This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BUHR A

a39015 01809172 1b

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
1817

Deutsche Rechtspartei

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland

Herausgegeben

von

Wilhelm Hopf.

Neue Folge

Nr. 43—54

(Jahrgang 1900)

Melsungen
Druck und Verlag von W. Hopf.

DD
119
D48
v.9-10

634409:125

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite.
Monologe zur Jahrhunderts-Wende	1
Großdeutsche Richtpunkte. Von einem Oesterreicher . .	11
Die Rechtsfrage des südafrikanischen Krieges . . .	22
Politisch-sittliche Leichtfertigkeit	35
Das Ewige. Aus dem Schwedischen von Tegnér . .	40
Die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns vor den Delegationen	41
Die alldeutsche Bewegung	54, 122
Heldenhafte Unfehlbarkeit	59
Im Zeiten Graus — Halt aus. Von Paul Müller.	67
Burenbegeisterung und Nicht-Intervention . . .	78
Finnland und Russland	87, 111
Der internationale Horizont	106, 138
Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat	157, 193, 219, 261, 282
Geschichte und Bedeutung des neuesten reichsdeutschen Flottengesetzes	169
Für ein österreichisch-reichsdeutsches Zollbündnis . .	189
Der Kriegszug in China	202
Das Bürgerliche Gesetzbuch, F. C. von Savigny und der Statsminister Dr. Bosse	209
Zur Lösung der Frauenfrage	228
Ursachen und Veranlaßung des Krieges in China . .	233
Der Königsmord in Italien	246
Der Bismarckskultus der Reichsphilister	252
Die chinesische „Weltpolitik“ des deutschen Reiches . .	265
Die deutsche Politik der Zukunft	295

Seite.

Der russisch-reichsdeutsche Streit um die Führung des chinesischen Weltconcerts 298
Rechtsparteiliche Aehrenlese 311
August Reichensperger I 314
Der Kanzler-Wechsel 330
Die Vertretung der Centrumspartei im Reichstage und die auswärtige Politik des neudeutschen Reiches . 434
August Reichensperger II 351, 380
Die Vertretung der Centrumspartei und die innere Politik des neudeutschen Reiches 361
Der Türmer 395

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 43. [Neue Folge.] **Januar 1900. 9. Jahrgang.**

Monologe

zur Jahrhunderts-Wende.

In Rheims hatten die Sansculottes die Gebeine des heil. Remigius in den Graben geworfen. Mit dem Oel, welches die Taube zur Taufe des heil. Chlodwig vom Himmel brachte, hatten sie ihre dicken Stiefel geschmiert. — Wie inhuman! Ende des **grand siècle** des **roi soleil**!

Gewis, alles äußerst wenig human und ideal. Und das brachte den deutschen Idealismus doch zum Nachdenken.

Klopstock hatte redlich für Menschenrechte und Humanität geschwärmt. Und die Größen von Weimar nicht weniger.

Es war 1800. Schiller war eben von Jena hierher gezogen. Er schrieb seine Maria Stuart. Wieland schilderte in diesem Jahre Athens Blüte unter Perikles. Alles schwärmte in Antike. Herder gab in diesem Jahre in drei Teilen seine Kalligone gegen Kants Kritik der Urteilskraft. Das vertrieb ihm im großen Pfarrhause hinter der Stadtkirche seine Anwandlungen von Grämlichkeit. Und im Goethehaus saß der Altmeister Goethe. Er arbeitete „ein Weniges an Faust", wie Schiller erzählt. „Sein Gemüt ist nicht ruhig genug, weil ihm seine elenden häuslichen Verhältnisse, die er zu schwach ist, zu ändern, viel Verdruß erregen."

Da hatte Schiller freilich mehr in diesem Jahre getan. Die ganze Trilogie Wallenstein war im Juni bei Cotta erschienen. Den ganzen Sommer hindurch arbeitete er zugleich für die Jungfrau von Orleans.

In Jena an der Saale kühlem Strande dichten die Gebrüder Schlegel.

Steffens wohnte hier einst mit Schleiermacher in demselben Hause und demselben Zimmer. Jetzt conferiert er mit Schelling. Dieser schreibt hier in diesem Jahre sein System des transcenden-

talen Idealismus. Und gegen Schluß des Jahres beginnt er die Herausgabe seiner Zeitschrift für speculative Physik.

Eben in Jena entlaßen, gieng Fichte in Berlin spazieren. Er hatte gute Muße. In diesem Jahre schrieb er seinen „geschloßenen Handelsstadt". Nur für den Wein machte er rechtzeitig eine Ausnahme. Er sollte eingeführt werden dürfen. Es laße sich „für einen Fall" die Beibehaltung eines ausländischen Handels denken, „denn das Klima — im südlichen Frankreich sei so sehr vorteilhaft." Menschliche Schwäche! Den lieben Gott als Persönlichkeit hatte er aber vollständig expropriiert. Da war denn seine „Bestimmung des Menschen", die jetzt auch erschien, nicht von großem Belang, sondern sehr dünn.

Schleiermacher hatte „ehrerbietig" eine Locke „den Manen des heiligen, verstoßenen Spinoza geopfert". Diese Locke erwies sich dann freilich der speculativen Theologie der Protestanten eben so gefährlich im folgenden Jahrhundert wie jene höchst verhängnisvolle Locke, welche Simson dem Weibe zu Gaza zum Opfer brachte. Das Ende vom Liede war, daß nicht nur der theologische Simson, sondern auch seine und seiner Nachfolger Theologie mit zwo ehernen Ketten gebunden wurde, und mußte mahlen im Gefängnis, wie es einer Statstheologie zukommt.

Und im Anfang des Jahres 1800 — da erschienen Schleiermachers „Monologe". Friedrich Schlegel nahm Anstoß an der dithyrambischen Form. Hören wir Schleiermacher: „Durch das Anschauen seiner selbst gewinnt der Mensch, daß sich ihm nicht nähern darf Mutlosigkeit und Schwäche, denn dem Bewußtsein der innern Freiheit und ihres Handelns entsprießt ewige Jugend und Freude. Dieß hab ich ergriffen und laße es nimmer: und so sehe ich lächelnd schwinden der Augen Licht und keimen das weiße Har zwischen den blonden Locken. Nichts, was geschehen kann, mag mir das Herz beklemmen, frisch bleibt der Puls des innern Lebens bis in den Tod!" — So?

Schiller schrieb an Körner nicht sehr zufrieden darüber. Aber — der Himmel hieng voll Ideen, die Lucinde wie Tiecks Genovefa waren da. Der Dichtkunst und der Litteratur gehörte die deutsche Welt. Es regierten wenigstens Gedanken.

In Königsberg saß der alte Kant. Zum Kriegsrat von

Hippel, der in seinem schönen Hause im Roßgarten wohnte, die schönsten Oelgemälde hatte und Totenblumen zog, konnte er nun nicht mehr gehen und mit ihm über das Gebet reden. Der einsame Verfaßer der Lebensläufe hatte vor vier Jahren das Zeitliche gesegnet. Und Kant saß in seiner geweißten Stube, die Wände von Tabaksrauch geschwärzt, daß man mit dem Finger darauf schreiben konnte. So der ehrenwerte Vater der practischen Vernunft. Criminalrat Jensch stopfte ihm an jedem Donnerstag die Pfeifen, sieben auf einmal. Jetzt lebte der alte Denker wie hinter den Coulissen. Aber seine Logik wurde in diesem Jahre gedruckt. Bekanntlich hatte er gegen „das Barbarische, des Krieges zu gebrauchen", sein „Zum ewigen Frieden" geschrieben. Ein merkwürdiger Mann. Gottesfürchtig war er.

Gottesfurcht saß bei allem Rationalismus unter der Fläche, auch im Gelehrtenstand unten im Grunde. In Göttingen starb der Mathematiker und Dichter Hofrat Kästner. Es war in diesem Jahre am 20. Juni. Auf seinen Grabstein ließ er setzen: — „Im Glauben an den Sohn, der sich für mich gegeben, gieng ich getrost zur Ewigkeit".

Abends am 31. December 1800 war ein kleines Fest am Hofe zu Weimar, Schelling und Steffens waren auch befohlen. In einem Nebenzimmer sitzen, wie anderwärts erzählt, Goethe, Schiller, Schelling und Steffens und unterhalten sich bei einem Glas Wein über die Sonderbarkeit, daß man bloß der Zahl wegen geneigt sei, den Eintritt des neuen Jahrhunderts mit 1800, statt richtig mit 1801, zu datieren.

Gerade wie wir! So schloß das alte, so begann man das neue Jahrhundert. Humanität, Idealismus, Kosmopolitismus, das war die Signatur. Unter ihr stand Deutschland 1800.

* * *

Und im Jahre 1900? Ich laße einen Philosophen von Bedeutung reden. Fr. Paulsen sagt: Am Ende des vorigen Jahrhundertes: Glaube an Ideen. Am Ende des jetzigen Jahrhundertes: Glaube an Macht.* Ja, dort Kant, hier — — Nietzsche!

* Vaihinger, Kantstudien. Berlin 1899, S. 22.

Wie kams, daß wir beim wahnsinnigen Nietzsche angekommen sind?

Wie gieng das zu? Es kam doch der fromme Aufschwung der Freiheitskriege. Die Körner und Arndt, die Eichendorff und Schenkendorf und Uhland waren doch nicht vergebens. Es kam die romantische Schule. Es kam die historische Schule und damit eine Vertiefung der Wißenschaft auf allen Gebieten. Es kam das Revolutionsjahr 1848. Es kam im Gefolge davon eine ernste Rückwärtsbewegung auf kirchlichem Boden bei Katholiken und Protestanten. Und was ist geblieben? Wo und welches ist jetzt die bewegende Macht?

Oft frage ich mich, ob das nicht ein ganz neues Gewißen ist, welches jetzt das Wort hat. Ists noch das Gewißen, welches früher den sittlichen Maßstab auch für Beurteilung der Statenpolitik gab? Es ist eine Wandlung geschehen. Umkehr des öffentlichen Denkens!

Damals rief Kant noch, daß es ein Wahn sei, zu glauben, „vermeintliche gute Absichten könnten den Fleck der Ungerechtigkeit in den zu Gewalttaten gebrauchten Mitteln abwaschen." Damals zeigte er, daß man mit einem solchen Wahne dem Volke und jedermann die Freiheit gab, die Verfaßungen „mit Gewalt umzuformen und überhaupt einmal für allemal ungerecht zu sein, um nachher die Gerechtigkeit desto sicherer zu gründen."

Und heute? Wir stehen vor einer Verrohung des öffentlichen Denkens. Denn es ist ein Rechtsbruch geschehen und hat Stimmung gemacht.

Es würde mir unverzeihlich, weil einseitig und ungerecht zugleich erscheinen, wollte ich nicht hervorheben, daß Preußen in seiner scharfen und eckigen Krystallisation gewisse Seiten zeigt, welche dem Sachsen, dem Niedersachsen, dem Schwaben und Bayern sehr zuträgliche Erreger sein könnten. In rastlosem Fleiße auf sterilem Boden ist früh eine Sorge für Bodenkultur, für Betriebswesen, eine Kunst strammer Disciplin in Civil- und Militärverwaltung errungen, welche an sich nur heilsam nach außen wirken kann. Ebenso wenig wird unbeachtet bleiben dürfen, was dieser Stat für Kunst und Wißenschaft tut, wenn auch kaum Hinreichendes für die Volksschule. Denn das stehende

Heer belastet hervorragend. — Also große Gaben! Aber alter Ruhm und Bewußtsein junger Kraft verleiteten zu wildem Begehren, und man beging ein Verbrechen an Deutschland.

Wie Bismarck früher über Oesterreich dachte, ist doch aus seiner Rede bekannt. „Warum", sagte er, „will man Oesterreich nicht als deutsche Macht gelten laßen?" „Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon suchen, als daß Oesterreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schließen, daß, weil Slovaken und Ruthenen unter der Herrschaft Oesterreichs stehen, diese eine bloße beiläufige Zugabe des slavischen Oesterreichs seien, sondern ich erkenne in Oesterreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat." So 1850 am 4. December.

Und wodurch die Schwenkung? Ich komme darauf zurück.

Es ist wahr, der „Deutsche Bund" war mangelhaft. Niemand leugnets. Es kam also darauf an, ihn fortzubilden. Dann behielt man, von allem andern abgesehen, doch den Grund den alten, des Reiches Boden zusammen. Kein Bauer wird ein Drittel von seinem Ererbten wegwerfen, und wäre es noch so steinicht, noch so versumpft. Die Zeiten können sich ändern, neue Mittel können kommen. Den altererbten Boden hält man doch fest. Und nun zerstückt!

Es war an einem Augustmorgen des Jahres 1851, als „der preußische Gesandte, Herr von Bismarck, welcher den General von Rochow am Bundestage ersetzen wird", auf dem Johannisberge erschien, um einen Tag bei Metternich zuzubringen. — Fürwahr ein bedeutender Moment des hinter uns liegenden Jahrhunderts. Hier stand das neue dem alten Deutschland gegenüber, beide verkörpert in ihren politischen Vertretern. Das Jahrhundert, in der Mitte in zweimal fünfzig rückwärts und vorwärts zerlegt.*

Wodurch nun doch im letzten Grunde die Schwenkung? Fürst Bismarck sagte zur Deputation der Bergischen Frauen:

* O. Lorenz, Statsmänner und Geschichtsschreiber 1896. S. 53.

„Daß die Rolle, welche die Regierung Friedrich Wilhelms III. 1815 übernommen hatte, mit den damals nur 10 Millionen eine Großmacht zu spielen, nicht durchführbar.“ Das war's. So im Mai 1894. Also nackt: Wir nehmen uns die Mittel, Großmacht spielen zu können, wo wir sie finden.

„Vor welcher Katastrophe stehen wir!“ — sagte am 20. Juni 1866 Reichensperger — „Könnte doch der altpreußische Hochmut, der die Katastrophe bei den Haren herbeigezogen hat, ohne Blutvergießen gebrochen werden! Das Preußentum hat so viel Respectabeles, die von Friedrich II. her sich datierende Marotte von seinem ‚historischen Beruf‘ hat aber seine gesunden Säfte inficiert und es auf eine Bahn geschoben, die jedesfalls zum Abgrund hinführt, und zwar auch jenes Preußentum selbst früher oder später.“* Dann beklagt er im September mit Bindewald und v. Gerlach den Abfall der Kreuzzeitungs-Partei von ihren alten Principien. — „Abgrund“ — „am Abgrund hin“ — so schrieb ja auch v. Roon lange nach 1870 noch. Nun, darum eben sind nie endende Rüstungen in Aussicht.

Auf allen Meeren wollen unsere modernen Wickinger und Dichterlinge herrschen, wie Herr Schumacher singt. Warum?

Weil Deutschland einst das Scepter trug
Der Meere, die der Kiel bezwungen,

darum rät er:

So trauet fest und keck dem Glücke — (!)
Die deutsche Flagge aufgehißt!
Die Pforten auf! Und an die Stücke!
Hurrah! Zu Schiff durch Sund und Belt,
Zu Schiffe nur gilt's um den Preis der Welt.

Gewis, die Reichsfahne mit St. Michael ist in die Ecke gestellt; und diese kleindeutsche Tricolore weht über einem Volke, welches kein Hinterland mehr hat, welches Nationalvermögen und Bätererbe verwirtschaftete und nun zu verzweifelten Streichen seine Zuflucht nehmen muß wie ein Glücksjäger und Schwindler.

Ja, wer nimmt uns unsere Furcht, die für unser ganzes liebes Volk uns überkommt?

Und wie stehen wir nun?

* Ludwig Pastor, August Reichensperger I, 1899, S. 578.

„Mit festem Fuß und gespreizten Beinen, gesund und sicher, kraftvoll und mächtig, aber zugleich auch herrisch und aufdringlich, laut und anspruchsvoll steht der Militarismus inmitten unserer deutschen Welt und schreibt ihr fast dictatorisch seine Sitten und Anschauungen zur Nachachtung vor, und modelt und bestimmt unser ganzes Leben nach sich.“ So Professor Ziegler in Straßburg. Und er fährt fort, nun sei „unsere Politik robuste Interessenpolitik, robust selbst die Arbeit unserer Wißenschaft“. — Alles gemahne ihn wie: „Es poltert der Zug durch die Mondscheinnacht, die Räder dröhnen und rasen.“ *

Die Wißenschaft? Allerdings. Wir haben eine „historisch-politische Schule“ der Geschichtsschreibung, wie Karl Lamprecht sie nennt. Er meint: sie führe „zu rühmenswerter Förderung der Einheitsidee der Nation, wißenschaftlich aber zu einer starken Verarmung“. So im Nürnberger Vortrage vom vorigen Jahre. Und das ist natürlich. Jakob Grimm zeichnete sie auf dem Germanistentag zu Frankfurt als die, „welche aus der Geschichte die Politik aufzubauen für höchste Not hielt“. Das heißt, man schreibt Geschichte für den preußischen Stats- und Einheitsgedanken.

In den Gothanern lebte diese Richtung schon stark, als Gustav Freytag im Schutze seines Herzogs die Verehrung und Sammlung für den legitimen Auguſtenburger an den Nagel hieng und sich für die preußischen Kronjuristen entschied. Otto Lorenz — und da haben wir gleich eine Probe dieser Geschichtsforschung — sagt, die Auguſtenburger hätten „mit mehr Gemüt als mit realer Berechnung“ gehandelt. Bekanntlich lebte dieses Gemüt, lebte diese einfache Ehrlichkeit ohne Berechnung in der gemeinsamen Erklärung fast sämtlicher Statsrechtslehrer Deutschlands für das Recht des Auguſtenburgers.

Wir rechnen zu jener Schule politischer Geschichtsschreibung die v. Sybel, Droysen, Treitschke. Lamprecht sagt von ihr, sie habe sogar „die politische Lehre erzeugen können, daß nicht das Recht, sondern die Macht das eigentliche Wesen des States kennzeichne“. Die Schule macht Geschichte zurecht, wie wir es

* Th. Ziegler: „Die geistigen und socialen Strömungen des 19. Jahrhunderts.“ Berlin, 1899. S. 681.

bei Treitschke sehen, wenn er das Muster, nemlich Friedrich II. bespricht: „Die friedliche Arbeit der Verwaltung gab der Eroberung Schlesiens die sittliche Rechtfertigung und führte den Beweis, daß jenes viel gescholtene Wagnis eine deutsche Tat gewesen".* Dieß das Modell, nach welchem Treitschke auch die Geschichte von 1866 für Preußen mit ungeheuerem Beifalle bearbeitete. Wer denkt hier nicht an den ehrlichen alten Kant, den wir vorhin reden ließen!

Unter die Stuttgarter Handschrift vom Lied von Heinrich dem Löwen hat eine spätere Hand geschrieben:

Got wöll vnß auch verzeihen thon,
Daß wir sehr vil gelogen hon.

Das ist unser gerechtes und tiefes Trauern, daß diese Geschichtslügen in rohen Schändungen des Rechtsbegriffes den Sinn für göttliches Recht und Gottes Gebote dem Volke nehmen, und so jene edlen Kräfte in Preußen im Taumel erhalten, die an unsere Seite, mit uns warnend, treten müßten. Denn wenn nicht Scham und Reue eine Umkehr schaffen, so wird dieß Deutschland, einst in gewisser Weise Lehrerin der Völker, ein Schauspiel derselben, wie es in die Welt hineinbramarbasiert, ein Gernegroß, der seine Nase in alles steckt, statt an die Brust zu schlagen.

Neulich einmal meinte jener etwas anrüchige Max Harden: „Der Nimbus des deutschen Namens als des nur für adeligen Kampf aufzurufenden Volkes sei zerstört." Es sei deutlich „den Neidern zur Wonne gezeigt, daß auch der Deutsche des neuen Reiches, trotz Kulturkampf und Jesuitengesetz, nicht nach den Mitteln fragt, wenn er den Zweck erreichen will". Gut, nur hätte er statt: „trotz" ruhig sagen können: „auch durch". Er hat Recht, mag er sein, wer er will. Wir sind eine Stufe tiefer getreten und gehen noch tiefer, wenn wir auch gepanzerte Fäuste nach allen Windrichtungen ballen. Dieß Reich kann aufleuchten vor den Nationen, aber es ist ein wildes Flackern. Es ist metallisches Leuchten.

Die tiefe Revolution geht nun unter uns um unter dem Estrich

* Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts I 1879. S. 57.

von christlicher Kultur, auf dem wir einigermaßen noch stehen. Das ist der Relativismus. „Was ist gut, was ist böse?" Diese Ideale verändern sich im Fortschritt. Recht ist nur Machtbegriff. Es ist relativ. Der Uebermensch macht sich sein Recht. „Gut" und „Bös" sind als Begriffe nur Ergebnis der menschlichen Entwickelung, der Convention, des Vertrages! — So arbeitet der Rechtsbruch dem Communismus in die Hand. Und „Conservative" müßen sich von Socialdemokraten die Wahrheit sagen und höhnisch Buße predigen laßen. Antworten können sie nicht, nicht ein Wort. — Da klafft der Abgrund. Und das Imperatorentum der Statsstreiche ist immer nur von kurzer Dauer.

Man nennt uns die Legitimisten, Romantiker. — Nun gut, aber wo sind die wahren Freunde Deutschlands? Sind sie dort, wo man unermüdlich im Hurrah-Schreien Bismarcks-Säulen baut? Sind sie dort, wo man den Machthabern zu ihrem Verderben schmeichelt? Oder ist die wahre und heiße Liebe zum alten, ehrlichen Vaterlande dort, wo man dem, was man wahrhaft liebt, die Fehltritte und die Sünde zeigt? Wer dient dem Vaterlande und seinen Fürsten wahrhaftiger? Wer ists, der den echt monarchischen Sinn aller Revolution gegenüber stärkt und die legitimen Trone und die Kronen, auf denen noch das heilige Kreuz funkelt, stützen will? Denn auf altem Granit stehen sie sicherer als auf flüchtigem Sand zweifelhafter „Erfolge". — Das aber nennen wir gefährlich, wenn wir hören, wie ein gewisser Privatdocent Sommerlad in Halle ruft: „Möchten alle, die diese Sonnen-Sendung der Hohenzollern mit ungeschwächter Sehkraft erkannt haben, dafür leben und sorgen, daß das hochherzige Herrschergeschlecht ein hochherziges Volk finde."* Der will einen roi soleil am Schluße des Jahrhunderts. Er soll erst Geschichte studieren, und dann auf seine Machtgelüste zurückkommen.

Eine Stahlfeder, welche im Sauerstoff brennt, leuchtet prachtvoll, weithin blendend. Aber sie verzehrt sich rapid. Und dann ist alles tot.

* * *

* Sommerlad, Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern. Leipzig 1899. S. 112.

Der Anfang des Jahrhunderts unter der Signatur des Gedankens und des Idealen, der Schluß unter der der Macht und des Brutalen.

Turgeniew hat eine merkwürdige Novelle geschrieben. Der Erzähler der Vision wird von einer Frau im Flug über Stadt und Land und Meer geführt. Das verlockende gespenstische Weib aber saugt dabei dem im Schauen Trunkenen das Blut aus dem Leibe. Wenn das gelingt, wenn die von Weltpolitik und eisenschwerer Faust auf allen Meeren, von nationalem alldeutschem Größenwahn Taumelnden das Land mit sich reißen, so wird diesem Volke das edelste Blut entzogen. Die Treue und das Rechtsgefühl, Einfalt und Bescheidenheit, Tiefe der Anschauung, sie weichen dem brutalen Machtbewußtsein und der Gier und Haß ohn Unterlaß.

Immer die alte infernale Melodie. Wie für den Christen, so für christliche Völker gilts: Wie Gott mich führt, so will ich gehn! Aber immer zischelt der große Unheimliche: „Dieß alles will ich dir geben, so du niederfällst" — und mich — nur ein klein Wenig anbetest!

Der geistvolle Schleiermacher schrieb seine „Monologe" am Anfang 1800. Verblendet hat er dann geholfen, den preußischen Statsgedanken zu mästen. Denn er hat ihm auch die Kirche opfern und preisgeben helfen. Er war ein reicher Mann, der konnte verschenken. Und wir armen Leute antworten ihm mit unserem Monolog vom Anfang 1900. Wir haben nichts zu verschenken. Wir sind auch nicht geistvoll wie die Rhetoriker. Wir haben nur dieß, daß wir mit unsern ehrsamen Bürgern und Bauern zusammen in Treue zähe stehn. Das ist Theologie der Tatsachen. Diese führen uns ins neue Jahrhundert.

Das sind aber Tatsachen, die nicht lügen. Das nur haben wir, daß wir zähe noch unser Gratias beten, wie ein Hausvater sein Gesinde soll lehren Morgens und Abends sich segnen. Und da heißt's allemal:

„Dein heiliger Engel sei mit mir,
daß der böse Feind keine Macht an mir finde. Amen".

†

Großdeutsche Richtpunkte.

Von einem Oesterreicher.

So gerne unsere Generation das Wort „Realpolitik“ gebraucht und so große Fortschritte wir in dieser Richtung gemacht zu haben glauben, so ist es doch eine Tatsache, daß die Gegenwart sehr wenige wirkliche Realpolitiker besitzt. Denn das was man im Deutschen Reiche und bei uns in Oesterreich heutzutage „deutsche Realpolitik“ nennt, ist genau besehen, ein Bauen ohne Fundament.

Statssecretär Graf Bülow sagte in einer Reichstagsrede vom 12. December: „Eine gesunde Realpolitik können, werden und dürfen wir treiben. Wir vergeßen aber bei allem Eifer für die Entwickelung unserer überseeischen Interessen nicht, daß unser Centrum in Europa liegt; und wir vernachläßigen nicht die Pflicht, für die Sicherheit unserer Stellung in Europa zu sorgen. Diese beruht auf dem Dreibunde, dem unerschütterlichen Dreibunde, und auf unseren guten Beziehungen zu Rußland.“

Der Dreibund und die guten Beziehungen zu Rußland, das waren seit der Reichsgründung auch die beiden Grundpfeiler der Politik des Fürsten Bismarck. Steht nun dieses Fundament heute noch so fest und unerschütterlich wie zur Zeit seines Wirkens!? Graf Goluchowski hat das in seinem neuesten Delegations-Exposé allerdings behauptet; sogar weit nachdrücklicher als in früheren Jahren. Weil es aber nicht die Regel ist, daß Diplomaten ohne Hintergedanken sprechen, wird es immerhin zweckmäßig sein, seine Bündnispolitik mehr nach ihren Ergebnissen, als nach seinen Worten zu beurteilen.

Wir leben in einer gährenden Zeit. Die politischen Parteien unterliegen daher gar zu leicht der Versuchung, im kaleidoskopförmigen Wechsel der Tagesbegebenheiten ihre Aufmerksamkeit auf mancherlei geräuschvolle aber minder wichtige Dinge zu zersplittern, dagegen gerade jene Ereignisse, welche die dauernden und tiefen Furchen in der Weltgeschichte ziehen, Anfangs unbeachtet zu laßen oder doch zu unterschätzen. Gar dann, wenn es sich um die Taten von Männern handelt, welche eine geräuschlose Tätigkeit lieben, weil sie mehr Wert auf den Enderfolg als auf

eine vorzeitige Befriedigung persönlicher Eitelkeit legen. Ein solches Ereignis ist das im April 1897 abgeschloßene St. Petersburger Uebereinkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Dieses scheinbar so harmlose und deshalb noch so wenig beachtete Uebereinkommen wird, aller menschlichen Voraussicht nach, in der Weltgeschichte eine tiefe Furche zurücklaßen und den kommenden Generationen weit mehr zu reden geben als bisher uns, den Zeitgenoßen.

Es liegt nicht in meiner Absicht, hier ausführlich zu erörtern, wie sehr die Tatsache, daß dieses Uebereinkommen überhaupt geschloßen werden konnte, allen Traditionen der Bismarck'schen Politik widerspricht. Das weiß ja ohnehin jeder, der die „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten gelesen hat. Wol aber möchte ich hier versuchen, das innere Wesen dieses Uebereinkommens, sowie dessen realpolitische Bedeutung für die Zukunft des Deutschtums, klarzulegen.

Unter den deutschen Nationalpolitikern der Gegenwart ist ziemlich allgemein die durchaus irrige Meinung verbreitet, daß Oesterreich-Ungarn durch seine bisherige Entwickelungsgeschichte und durch Rücksichten auf seinen Fortbestand an das Bündnis mit Deutschland zwingend angewiesen sei. Wer dieser Meinung anhängt, steht nicht auf realpolitischem Boden; denn seit dem Jahre 1866 ist eher das Gegenteil die Wahrheit.

Bevor ich auf die Beweisführung eingehe, möchte ich noch einige Worte über den „Fortbestand" Oesterreich-Ungarns sagen. Es ist nemlich ganz widersinnig, an die Möglichkeit eines „Zerfalles" zu denken. Oesterreich-Ungarn kann nicht zerfallen, weil sein Bestand eine durch die Völkerwanderung erzeugte und ohne eine neue Völkerwanderung nicht mehr abänderbare weltgeschichtliche Notwendigkeit ist. Das Verhältnis der Stats- und der nationalen Siedlungs-Grenzen zur Gestaltung des Geländes ist eben derart, daß es, ganz unbedeutende und vereinzelte Ausnahmen abgerechnet, nirgends Landstriche gibt, deren Erwerb dem Nachbar begehrenswert erscheinen könnte. Also nicht die Existenz, sondern bloß das innere Gedeihen unserer Monarchie steht im Mittelpunkt der Bündniserwägungen. Entweder an das germanische Abendland oder an das slavische Morgenland muß

sich Oesterreich-Ungarn dauernd anschließen, weil es sonst wieder zum Stoßballen zwischen Orient und Occident herabsinken würde, was es beiläufig bis zum Karlowitzer Frieden 1699 schon tatsächlich war. Die wichtigste der seit dem Jahre 1866 offenen Fragen ist jedoch, auf welcher Seite es während der nächsten europäischen Krisis stehen wird.

Die Verbindung des Ländercomplexes, welcher jetzt die österreich-ungarische Monarchie bildet, mit Deutschland datiert seit den Avarenkriegen Karls des Großen, ist also elfhundert Jahre alt. Im Rückblicke auf diesen langen Zeitraum pflegen aber unsere Herren „Realpolitiker" zu vergeßen, daß dieser Verbindung immer nur ein überwiegend dynastisches und bloß für die deutsche Minderheit der Bewohner auch ein nationales Interesse zu Grunde lag, daß ihr dagegen die große Mehrheit der nichtdeutschen Bevölkerung beharrlich widerstrebte, und daß seither kein einziges Jahrhundert vergangen ist, in welchem diese Opposition nicht zu heftigen Eruptionen geführt hätte.

Der bewaffnete Widerstand der Slaven datiert seit dem Jahre 819, ist also ebenfalls schon nahezu elfhundert Jahre alt. Erst mit ihm beginnt auch ihre beglaubigte Entwickelungsgeschichte, deren ununterbrochenen Hauptinhalt er bis zum heutigen Tage bildet. Die Magyaren haben in der Neuzeit durch anderthalb Jahrhunderte im Bunde mit den Türken gegen den deutschen Einfluß gekämpft, ja sogar noch in unseren Tagen aus demselben Grunde einen Verzweiflungskrieg riskiert. Während einer siebenzigjährigen Geschichtsepoche, beginnend mit den Prager Intriguen des Polenkönigs Wladislav Jagjello im Anfange der Hussitenkriege und endigend mit dem Preßburger Vertrage vom November 1491, einer Epoche, in deren Mittelpunkt Ulrich von Cilli, Georg von Podiebrad und Johann Hunyady standen, schien sich die Umwandlung der „deutschen Ostmark" in eine „slavisch-magyarische Westmark" sogar schon tatsächlich vollzogen zu haben. Nur die erstaunliche Zähigkeit Kaiser Friedrichs IV. und die vorschauende, kluge Politik Maximilians I. retteten damals dem Deutschtum sein östliches Bollwerk, an welchem dann während der beiden nächsten Jahrhunderte die gegen das Abendland anstürmenden Wogen der slavisch-osmanischen Völkerzüge zerschellten.

Hier möchte ich darauf hinweisen, wie unklug es ist, die realpolitische Bedeutung der geschichtlichen Tatsache zu unterschätzen, daß die mit den Magyaren verbündeten und bis an die Wälle Wiens gelangten türkischen Heere zur größeren Hälfte aus Südslaven bestanden, und daß gerade damals auch eine ganze Reihe türkischer Großveziere Südslaven waren. Wer diese Tatsache gebührend würdigt und auch die grundstürzende Wandlung kennt, welche sich im gegenseitigen Verhältnisse der Serben und Magyaren während des Krieges 1849 vollzog — Stratimirovics, ursprünglich die Verkörperung des serbischen Magyarenhaßes, wurde schließlich von Kossuth zum serbischen Wojwoden ernannt; dagegen sah sich die Wiener Regierung gezwungen, den von ihr selbst einberufenen serbischen National-Congreß gewaltsam zu sprengen — der wird kaum geneigt sein, über der seit Andrassys Reichskanzlerschaft datierenden Dreibundsbegeisterung der Magyaren die aus den Sechziger Jahren stammenden deutschfeindlichen Föderationsprojecte Kossuths (Ungarn, Polen und die Balkanstaten) zu vergeßen. Eine Feuerprobe hat diese Dreibundsbegeisterung noch nicht bestanden. Es bleibt also einstweilen zumindest fraglich, ob im entscheidenden Augenblicke nicht vielleicht doch wieder die alten Kuruzzen-Traditionen den Ausschlag geben werden.* Der namentlich in Ungarn nach oben und nach unten so einflußreiche Hochadel hat ja seine francophilen Sympathien seit 1870

* Während sich dieser Aufsatz im Druck befand, haben in der ungarischen Delegation tatsächlich die magyarischen Abgeordneten Ugron und Holló (Unabhängigkeits-Partei) dreibundsfeindliche Reden gehalten. Auch in dem inzwischen erstatteten Referat des ungarischen Ausschußes für auswärtige Angelegenheiten finden sich dießmal zwei Neuerungen, deren Tragweite nicht unterschätzt werden sollte. Es wird darin nemlich mit vielem Nachdruck das „intime Verhältnis zu Rußland" als ein bedeutender diplomatischer Erfolg bezeichnet, auf welchen Graf Goluchowski „mit berechtigtem Selbstgefühl" hinweisen darf; und weiter besagt dieses Referat wörtlich: „Nicht weniger wertvoll ist für uns jenes herzliche Verhältnis, welches zwischen unserer Monarchie und Frankreich besteht. Jene Sympathie, welche die ungarischen Nation seit Jahrhunderten für Frankreich hegt, hat bis auf den heutigen Tag ihre volle Innigkeit bewahrt."

kaum wesentlich modificiert; und in den Schenken müßen die Zigeuner auch heute noch oft genug auf allgemeines Verlangen das Lied aufspielen: „hundszfott a német“ („Der Deutsche ist ein Hundsfott“.)

Seit die deutschen Kaiser ständig in Wien residierten, wurde auch der deutsche Einfluß in dem seit 1526 entstandenen Ost-Reiche immer mächtiger, die slavische und magyarische Auflehnung dagegen immer aussichtsloser und seltener. Die Verlegung des Schwerpunktes der deutschen Kaisermacht nach Wien hat der politischen Entwicklung des deutschen West-Reiches zweifellos geschadet: der Ausweitung deutscher Macht nach Osten und der Rückstauung deutschfeindlicher Gegenströmungen hat sie jedoch ebenso zweifellos genützt. So günstig gestalteten sich hier allmählich die Verhältnisse, daß schließlich sogar jene energische Centralisierung und Germanisierung versucht werden konnte, welche die achtziger Jahre des vorigen und die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts ausfüllte. Allerdings wurde beide Male nicht der angestrebte Zweck, sondern dessen diametrales Gegenteil erreicht: das mächtige Aufwallen des beleidigten Nationalgefühles der betroffenen nichtdeutschen Völker. Man konnte eben die Germanisierung nicht lange genug betreiben, um ein anderes Resultat zu erzielen. Denn die Frictionen europäischer Politik, denen sich das Ost-Reich noch viel weniger zu entziehen vermag, als irgend eine andere Großmacht, übten auf die Stellung des Hauses Habsburg fortab eine doppelt fühlbare Wechselwirkung aus: es verlor um so mehr seinen geschichtlichen Rückhalt im deutschen West-Reiche, je intensiver es sich der inneren Consolidierung des Ost-Reiches zuwandte; und hier wurden wieder die Germanisierungs-Tendenzen um so aussichtsloser, je mehr es dort seinen Rückhalt verlor.

Solcher Art kam schließlich das Jahr 1866 und damit das für die Dynastie Habsburg, für die Völker Oesterreichs und für das gesamte Deutschtum gleich wichtige „Was nun?“

Die weitaus überwiegende Mehrheit der deutschen Politiker hält bis heute an der Ueberzeugung fest, daß die nichtdeutschen Völker Oesterreichs im Widerspruche ihrer gesamten nationalen

Entwickelungsgeschichte, auch jetzt noch an der Seite Deutschlands ausharren werden, trotzdem das einzige Bindeglied gelöst ist, welches sie bisher gegen ihren Willen an Deutschland fesselte; nemlich das dynastische Band. Und sie muten dem Hause Habsburg auch unter den bestehenden Verhältnissen noch immer den Willen und die reale Möglichkeit zu, an seiner früheren, auf das Deutschtum gestützten Politik fernerhin festzuhalten, den 9 Millionen Deutsch-Oesterreichern zu Liebe und den 34 Millionen nichtdeutscher Bewohner des States zum Trotz. Welch ein Verkennen der durch das Jahr 1866 geschaffenen Tatsachen!

Ich persönlich denke viel zu wenig „doctrinär", um mich der Erkenntnis verschließen zu können, daß für das Haus Habsburg, seit es aus dem engen Verbande deutscher Dynastien hinausgedrängt wurde, neue Machterwägungen entstanden sind, denen es sich notgedrungen fügen muß. Gegenwärtig erübrigt ihm keine andere Wahl, als das Anpassen der eigenen Zukunftshoffnungen an die Zukunftshoffnungen der Mehrheit seiner Völker. Nach dieser Richtung haben nun speciell die Polen ihr Programm längst schon fertig: Ein überwiegend katholisches, von der Ostsee bis zum ägäischen Meer reichendes, föderatives Statswesen, zwischen dem Deutschen Reiche und Russland alle jene Landstriche umfaßend, welche sich aus nationalen oder territorialen Gründen in diese beiden Nachbarstaten nicht leicht organisch einfügen laßen. Dieses Programm ist zwar weitgehender als die Programme der Czechen, Slovenen und Kroaten; aber es widerspricht ihnen nicht, erfüllt vielmehr ihre geheimsten Hoffnungen, welche beispielsweise Dr. Rieger in seiner Adresse der czechischen Landtagsabgeordneten an Aksakow im Mai 1877 ziemlich deutlich erraten ließ. Und es widerspricht auch nicht den Interessen Ungarns, ist vielmehr eine Realisierung des alten Föderativgedankens „Poljak Venger dva bratanki, i do sablje i do sklanki" („Polen und Magyaren sind Brüder beim Glase und beim Schwert"). Welch' ernste Beachtung dieses Programm wirklich verdient, glaube ich am besten mit der Behauptung klarzulegen, daß es jenen natürlichen Entwickelungsgang kennzeichnet, in welchem sich aller geschichtlichen Wahrscheinlichkeit zu Folge das Ost-Reich schon seit 400 Jahren ausgestaltet hätte, wenn nicht so kurze

Zeit nach dem Wirken des vorerwähnten Dreigestirnes Ulrich von Cilli, Georg von Podiebrad und Johann Hunyady, die Kronen Böhmen und Ungarns mit der deutschen Kaiserkrone auf einem Haupte vereinigt worden wären.

Die wahre Bedeutung des St. Petersburger Uebereinkommens vom April 1897 liegt nun meines Erachtens darin, daß es die schrittweise Verwirklichung dieses Programmes während der nächsten Jahre oder Jahrzehende im selben Maße ermöglicht, in welchem die anderen (außerhalb Rußlands liegenden) europäischen und weltpolitischen Constellationen zu einschlägigen Actionen ermuntern.

Wie bis vor Kurzem alle Welt, so war auch ich durch geraume Zeit in der Ueberzeugung befangen, Rußland sei der starrste Gegner einer Wiederaufrichtung Polens, diesem Endziel aller Politik des Grafen Goluchowski. Erst seit ich die „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck und die Broschüre des „Grafen Leliva" — „Leliva" ist das Wappenwort der Familie Goluchowski — „Russisch-polnische Beziehungen" gelesen habe, sehe ich in dieser Hinsicht klarer. Aus den „Gedanken und Erinnerungen" habe ich erfahren, daß im Jahre 1862 der Großvater des jetzt regierenden Zaren sehr geneigt war, die polnischen Gebiete westlich der Weichsel aufzugeben (I. 308), und daß das Berliner Cabinet es als einen sehr wertvollen „gelungenen Schachzug" betrachtete (I. 314), die Absicht verhindert zu haben. Seit Rußland mit der Möglichkeit „weltpolitischer" Machtrivalitäten von Seite Deutschlands zu rechnen hat, wird ihm die Existenz eines „polnischen Pufferstates" vermutlich noch weit weniger im Wege stehen als vor 38 Jahren. Aus der Broschüre des Grafen Goluchowski ersehe ich andererseits, daß die polnischen Nationalpolitiker keinen Wert auf die Angliederung der östlichen Gebiete an ihren Nationalstat legen; wenigstens vorläufig nicht. Ihnen ist es sichtlich weit mehr um die polnischen Gebiete Preußens zu tun, die vermöge ihrer vorgeschritteneren Volkswirtschaft ganz zweifellos auch den weit beßeren Grundstock für eine spätere nationale Aggressivpolitik bilden. Uebrigens darf man auch nicht übersehen, daß eine über die Weichsel hinaus gegen

Rußland gerichtete polnische Aggressivpolitik gar nicht auf Ländererwerb, sondern auch bloß darauf gerichtet sein kann, dort die Polen in einer erträglichen staatlichen Gemeinschaft mit den Russen zu erhalten, in der Voraussetzung, daß die Ersteren, als der intelligentere Teil, bald den ausschlaggebenderen Einfluß auf die russische Gesamtpolitik gewinnen werden („Ged. u. Erinng." I, 307 und „Leliwa" pag. 155).

Mit allen meinen vorstehenden Erwägungen glaube ich hinlänglich genau die Klippen gezeigt zu haben, welchen die „deutsche Realpolitik" der Gegenwart zusteuert; und auch gezeigt zu haben, daß es eines „**großdeutschen**" Programmes bedarf, wenn man **wirklich** auf dem Boden der **gegebenen Tatsachen** stehen und nicht etwa in angenehmer Selbsttäuschung **Luftschlösser ohne Fundament** bauen will.

Das Fundament der „gesunden Realpolitik" des Grafen Bülow besteht nach seinen eigenen Worten aus dem Dreibund, dem „unerschütterlichen Dreibund", und aus den guten Beziehungen zu Rußland. Nun sehen wir aber an der Spitze der Diplomatie Oesterreich-Ungarns einen Mann, welcher förmlich als Verkörperung aller jener Traditionen gelten kann, deren Einflüße Fürst Bismarck stets als die gefährlichsten für den Fortbestand seines Lebenswerkes bezeichnet hat. Und wir sehen eine Parlamentsmehrheit, deren Mitglieder sich nur zum geringeren Teile auf die „Preußenfeindschaft" beschränken, zum größeren Teile aber bereits das deutsche Supremat in Mitteleuropa bekämpfen. Und wir wißen, daß Rußland zu Frankreich und zu Oesterreich-Ungarn nicht bloß in vagen „freundschaftlichen Beziehungen", sondern in irgendwelchen positiven Verpflichtungsverhältnissen steht. Ich begnüge mich mit dem einfachen Hinweis auf diese offenkundigen Tatsachen, um daran die Frage zu knüpfen: „Was wird in der Stunde der Gefahr vom Fundament der „gesunden Realpolitik" des Grafen Bülow noch übrig sein?!

Und nun gar erst die deutschen Parlamentsparteien bei uns in Oesterreich! Sie haben für ihr Ringen überhaupt kein Fundament mehr, weil sie einerseits die

Ergebnisse des Jahres 1866 willig acceptieren, andererseits aber für die Aufrechthaltung eines Zustandes kämpfen, dessen Grundlagen damals zerstört wurden. Unsere führenden Parlamentarier verstehen bloß die Technik der Gesetzgebung, verkennen aber vollständig die treibenden Kräfte der internationalen („großen") Politik: sie sind Rechtsgelehrte, keine Machtgelehrten. Für die Erkenntnis, daß sie jetzt bloß noch die Waffe schmieden helfen, welche dem Deutschtum ins Herz gestoßen werden soll, mangelt ihnen der Sinn und das Empfinden. Sie wißen nicht, wie traurig und zugleich lächerlich ihre Rolle ist, einerlei ob sie als Oppositionspartei die Macht und den Einfluß der Deutschfeinde stärken, oder ob sie sich als Regierungspartei freuen, an der Waffe des Brudermordes Ornamente auch nach eigenem Geschmacke anbringen zu dürfen. Eine gewisse instinctive Bangigkeit und Beängstigung empfinden sie allerdings; die Exaltationen unseres Parteilebens, vergleichbar dem hülflosen Geschrei geängstigter Kinder, beweisen das. Auch die chauvinistischen Phrasen nützen jedoch bloß den Deutschfeinden, ohne vom Deutschtum selbst die Gefahr abzuwenden, welche Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (II, 257) mit den Worten kennzeichnet: „Eine Coalition wie im siebenjährigen Kriege gegen Preußen, von Rußland, Oesterreich und Frankreich, vielleicht in Verbindung mit anderen dynastischen Unzufriedenheiten, ist für unsere Existenz eben so gefährlich und, wenn sie siegt, für unseren Wolstand noch erdrückender als die damalige."

Wir eilen sichtlich und mit Riesenschritten einer verhängnisvollen Zukunft zu, Angesichts deren die Notwendigkeit einer engeren Verbindung als sie der Dreibund geschaffen hat, d. h. also einer Vereinigung im Sinne des großdeutschen Programms nicht länger verkannt werden darf. Wollten die deutschen Parteien Oesterreichs länger zögern, diesen einzigen noch offenen Ausweg zu betreten, dann wird es bald überhaupt keinen Ausweg mehr geben. Das Verhängnis wäre dann eben unaufhaltbar.

Zum Schluße noch einige Worte über die Logik des Gedankenganges, welcher dieses Programm als einzigen noch vorhandenen Ausweg für eine friedliche Lösung der drohenden Krisis erscheinen läßt.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß das dynastische Band zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche das einzige Mittel ist, um die Interessen der nichtdeutschen Völker der Monarchie mit den Interessen des Deutschtumes dauernd zu verbinden und die historische Stellung der Deutschen im State ausreichend zu gewährleisten. Es muß folglich unser Streben sein, dieses im Jahre 1866 zerschnittene Band in einer den Gesamt-Interessen des Deutschtums erträglichen Form wieder zu schaffen; und ein solches Streben wäre auch durchaus nicht aussichtslos.

Unserem angestammten Herrscherhause wird im Moment der großen Schicksalsfrage der Entschluß gewis nicht leicht fallen, aus der Höhe einer Dynastie „von Gottes Gnaden" freiwillig auf das Niveau eines polnisch-ungarischen Wahlkönigtums herabzusteigen. Denn was immer die Deutschfeinde dem Hause Habsburg bieten mögen, kommen sie doch über die eine Tatsache nicht hinaus, daß dasselbe seine weltgeschichtliche Bedeutung und die daraus entstandene moralische Macht über die Gemüter der Untertanen nur dann auf die Dauer zu behaupten vermag, wenn es aus dem Boden seines Wachstumes nicht entwurzelt wird. Darin liegt allen Machinationen der Deutschfeinde gegenüber unsere Stärke; wir müßen sie nur zu benützen verstehen. Insbesondere zu Lebzeiten des Kaisers Franz Joseph, welcher schon in schwerster Bedrängnis so hochherzige Beweise dafür gegeben hat, wie wertvoll ihm die weltgeschichtlichen deutschen Traditionen seines Hauses sind, dürfen aller Voraussicht nach unsere Bestrebungen auf ein empfängliches Herz an entscheidender Stelle rechnen.

Dem Hause Hohenzollern mutet das „großdeutsche" Programm allerdings einige Opfer zu. Sie sind jedoch ganz unbedeutend im Verhältnisse zu jenem Risico, dem die Gesamtheit des Deutschtumes ausgesetzt wäre, wenn ein durch europäische Coalitionen mächtiges Oesterreich-Ungarn an die gewaltsame Verwirklichung des „großpolnischen" Programmes schreiten wollte. Und sie sind auch unbedeutend im Verhältnis zu jenem Gewinn, welcher aus dem Jahre 1866 immer noch erübrigt. Die Opfer eines Krieges stünden also selbst im Falle eines abermaligen Sieges der Preußen,

der jedoch durchaus keine „ausgemachte Sache" wäre, wie man gemeinhin glaubt, ganz außer Verhältnis zum Gegenstande des Streites, so lange sich derselbe bloß um die Frage dreht, ob es zweckmäßiger ist, das „großdeutsche" Programm auf friedlichem Wege zu verwirklichen und solcher Art den deutschen Interessen eine Million nichtdeutscher Soldaten Oesterreich-Ungarns dauernd dienstbar zu machen, oder aber wegen des „großpolnischen" Programms einen Krieg gegen das gesamte nichtdeutsche Europa zu führen.

Die nichtdeutschen Völker Oesterreichs (ausgenommen bloß die Schlachta, doch nicht den Bauernstand Galiziens) haben von dem Augenblicke ab, in welchem sie durch eine weitgehende nationale Autonomie ausreichende Bürgschaften für eine ungehinderte nationale Entwicklung gewinnen, kein unmittelbares Interesse mehr daran, sich dem Phantom Polens zu Liebe die Köpfe einschlagen zu laßen. Im Rahmen des „großdeutschen" Programms, welches den Deutschen Oesterreichs als Teil eines großen und mächtigen Volkes wieder jenen Rückhalt schafft, den ihnen das Jahr 1866 genommen hat, kann diese Autonomie allen nichtdeutschen Völkern unbedenklich und in vollstem Maße gewährt werden. Ja, dieses Programm bietet ihnen sogar noch mehr: den vollen Anteil am volkswirtschaftlichen Aufschwunge eines States, in welchem die erwerbende Arbeit nicht durch brotlose Nationalitätenzwiste gehemmt ist.

Den heftigsten Widerstand hat das „großdeutsche" Programm bedauerlicher Weise gerade von jener Seite zu erwarten, welche für einen solchen Widerstand am allerwenigsten irgend einen denkbaren Grund hat: von Seite der „Alldeutschen". Können dieselben etwas anderes anstreben als die dauernde Fundierung der deutschen Suprematie in Europa und, darauf gestützt, die stetige Ausweitung deutscher Macht und deutschen Einflußes?! Das streben ja auch die „Großdeutschen" an! Die „Alldeutschen" wandeln bloß einen andern Weg zum gleichen Ziele; und daß ihr Weg nicht der richtige ist, fühlen wir Deutsche Oesterreichs schon jetzt empfindlich genug am eigenen Leibe. Wir stehen eben der vom Osten andrängenden slavischen Flut als Vorhut gegenüber. Sie würde aber eines Tages auch an die Tore Berlins

pochen, wenn ihr nicht durch eine kluge Politik rechtzeitig vorgebaut wird. Wie verfehlt der Weg ist, den die „Alldeutschen" wandeln, erhellt am besten aus einer Lehre, welche schon vor zwölfhundert Jahren einer der grösten Herrscher aller Zeiten als Summe seiner Lebenserfahrung am Totenbett ausgesprochen hat. Als der Khalif Omar, der eigentliche Begründer mohamedanischer Weltmacht, ein Muster strengster Gerechtigkeitsliebe und ordnenden Herrschersinnes, von Meuchlerhand tödlich verwundet wurde, ließ er die Großen des Reiches zusammenrufen und sagte dann zu Osman, seinem Nachfolger: „Versuche nicht, wenn Du zum Khalifen gewählt wirst, den Fuß des Hauses Ben Omeja allen Arabern auf den Nacken zu setzen; Du würdest dadurch den Siegeslauf des Islam hemmen". . . . „Großdeutsch" und „Alldeutsch" werden sich entweder in der Erkenntnis dieser Wahrheit zu gemeinsamem Siegeslauf zusammenfinden; oder die Deutschen Oesterreichs werden in der slavischen Flut untergegangen sein, ehe noch das beginnende Jahrhundert zu Ende ist.

Karl Hron.

Die Rechtsfrage des südafrikanischen Krieges.

Unsere Stellung zu dem Kriege zwischen England und den beiden südafrikanischen Republiken ist zwar schon in dem Aufsatze „Die Engländer in Afrika" sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht worden, jedoch wird eine kurze Zusammenfaßung der für dieselbe maßgebenden Gründe uns nahe gelegt durch die im Verlaufe der Kriegsereignisse erheblich gewachsene Bedeutung dieses Conflicts einerseits, andererseits durch eine gewisse unsichere und zwiespältige Betrachtungsweise desselben, die sich gerade in unserem Lager hier und da zu zeigen begonnen hat.

Unter den verschiedenen Gesichtspunkten, von denen aus der südafrikanische Krieg zu betrachten ist, muß für uns selbstverständlich derjenige des Rechtes allen übrigen so sehr voran stehen, daß er allein schon unsere Parteinahme für die Eng-

länder] oder ihre Gegner zu entscheiden hat. Für die Beurteilung der Rechtsfrage aber, mit der wir uns für dießmal ausschließlich zu beschäftigen gedenken, kann nur maßgebend sein in erster Linie das bis zum Ausbruche des Krieges zwischen beiden Parteien vorhanden gewesene Vertragsverhältnis und in zweiter Linie die geschichtliche Entwickelung der zwischen denselben bestehenden Beziehungen. Da der Krieg zwischen England und der früher Transvaal-Stat genannten Südafrikanischen Republik zum Ausbruch gekommen, der Oranje-Freistat aber, dessen völkerrechtliche Souverainetät bisher unbestritten war, in rechtlicher Beziehung nur als Verbündeter der letzteren beteiligt ist, so wird es für die Entscheidung der Frage, auf welcher Seite in diesem Kriege das Recht stehe, ausschließlich auf das Vertragsverhältnis zwischen England und der Südafrikanischen Republik ankommen.

Die vertragsrechtliche Grundlage, auf der das Verhältnis Englands zur Südafrikanischen Republik (Transvaal) beruht, ist die Londoner Convention vom 27. Februar 1884.

Sie sollte den Zerwürfnissen beider Staten ein definitives Ende machen. Was die Vorgeschichte dieser Zerwürfnisse betrifft, so verweisen wir auf ihre Darstellung in den bereits erwähnten Aufsatze „England und Transvaal“ (Rechtsp. Nr 41). Die letzte Phase des Conflicts datiert aus dem Jahre 1877, wo der durch Aufstände der Eingeborenen schwer bedrohte Transvaal-Stat, dessen Unabhängigkeit bis dahin von niemandem in Frage gestellt worden war, plötzlich durch die „conservative“ englische Regierung Disraelis überrannt und dann kurzer Hand als „Transvaalgebiet“ für England annectiert wurde, eine Untat, die der damals noch nicht „conservative“ Chamberlain im Parlament als „nationales Verbrechen“ bezeichnete. Das vergewaltigte Volk mußte sich zunächst fügen, seine Führer traten aber alsbald zu der eidlichen Verpflichtung zusammen, „bis in den Tod zusammen zu stehen für die Wiederherstellung der Republik“. Am 8. Januar 1880 wurde der depossedierte Präsident Pretorius „wegen Hochverrats“ verhaftet. In Folge dessen beschloß die in Dornkoop versammelte

Mehrheit der männlichen Bevölkerung den Kampf um des Landes Recht und Freiheit und betraute mit der Organisation desselben den früheren Vicepräsidenten der Republik Paul Krüger, „da es sich gezeigt hat, daß Ihrer Majestät oberste Commissäre für Recht und Gerechtigkeit taub sind und daraus klar hervorgeht, daß wir die uns so schlau geraubte Unabhängigkeit durch Petitionen und Bittgesuche nie wieder erlangen werden". Nach verschiedenen kleineren Erhebungen brach der von General Joubert geleitete Unabhängigkeitskrieg im December 1880 im ganzen Lande aus und brachte den Engländern eine ununterbrochene Reihe empfindlicher Niederlagen, von denen die am Majuba-Berge (27. Februar 1881) eine totale war, auch dem commandierenden englischen General Colley das Leben kostete.

Inzwischen hatten in England die „Conservativen" die Regierung an die Liberalen verloren, und das Cabinet Gladstone leitete Friedensverhandlungen mit den Buren ein, welche zu der zu Pretoria abgeschlossenen Convention vom 4. August 1881 führten. Dieselbe hob die Annexion auf und gab den Buren von Transvaal die Unabhängigkeit in der Regulierung ihrer inneren Angelegenheiten mit der alleinigen Beschränkung zurück, daß „allgemeine Anordnungen" der englischen Regierung vorbehalten bleiben sollten, „um den Misbrauch der ihnen zugestandenen Gewalt zum Nachteile der eingeborenen Stämme oder der fremden weißen Bevölkerung, welche unter ihnen ihren Wohnsitz aufgeschlagen hat, zu verhindern". Die auswärtigen Beziehungen wurden dagegen völlig der Controle der als Suzerän (Oberlehnsherr) bezeichneten und durch einen Residenten in Pretoria vertretenen englischen Macht unterstellt, ohne deren Bewilligung kein Vertrag und kein diplomatischer Verkehr des jetzt als „Transvaal-Stat" bezeichneten Landes mit irgend einem auswärtigen State stattfinden sollte. Der Volksraad des Transvaal-States genehmigte zwar die Convention, erklärte aber sofort, daß er die berechtigten Ansprüche des Landes nicht durch dieselbe befriedigt erachte, und daß das Ziel nach wie vor die Wiederherstellung des vollen Selbständigkeitsrechtes, wie es vor der Annexion gewesen, sein und bleiben müße.

In der Tat entschloß sich das Ministerium Gladstone schon

drei Jahre später, diesen Forderungen der Buren fast in allen und jedesfalls den wesentlichsten Stücken nachzugeben, indem es von der Ansicht ausgieng, daß ein einträchtiges Zusammenwirken mit den befriedigten Burenstaten, von denen die Oranje-Republik schon seit 1854 sich wieder voller Unabhängigkeit erfreute, die englische Vorherrschaft in Südafrika weit beßer stütze als der offene oder latente Kampf mit einem in widerwilliger, ganzer oder teilweiser Abhängigkeit gehaltenen Statswesen. So kam die Londoner Convention vom 27. Februar 1884 zu Stande, welche bis zum Ausbruche des gegenwärtigen Krieges bestand.

Was den allgemeinen Character derselben betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß sie nicht etwa eine Erläuterung, Ergänzung oder Erweiterung der im Jahre 1881 zu Pretoria abgeschloßenen war oder sein sollte, sondern daß sie als neuer und selbständiger Vertrag an die Stelle jener früheren Convention trat. Dieß wurde damals von dem englischen Kolonialminister Derby ausdrücklich erklärt in einem Schreiben vom 15. Februar 1884, in dem es heißt: er übersende hiermit den Entwurf eines neuen Vertrags, den Ihrer Majestät Regierung vorschlage als „Ersatz für die Convention von Pretoria" (insubstitution for the convention of Pretoria). Dieser Vertrag darf demnach nur aus sich selbst, nicht aus der durch ihn außer Kraft gesetzten Convention von 1881 ausgelegt und gedeutet werden.

In seinem ersten Abschnitt besagt er, daß das nunmehr nicht mehr als „Transvaal-Stat", sondern als „Südafrikanische Republik" bezeichnete Land wieder in die Reihe der selbständigen Länder eintrete. Dem entsprechend ist von der englischen Suzeränetät, die in der Einleitung, sowie in dem 2., 18. und 33. Abschnitt der Convention von 1881 genau stipuliert gewesen war, in dem neuen Vertrage mit keiner Silbe mehr die Rede. Dagegen wird ausdrücklich festgesetzt, daß England in Pretoria nicht mehr einen seine Oberlehnsherrlichkeit wahrnehmenden „Residenten", sondern nur noch wie in andern unabhängigen Ländern einen „Consul" unterhalten dürfe. Widerspruchslos verkündigte die transvaalische Abordnung bei ihrer Abreise aus London, daß die

Suzeränetät nun abgeschafft sei, und ebenso erklärten später die Mitglieder der englischen Regierung Smith und Buxton, auf bezügliche Interpellationen im Parlament, daß die Suzeränetät im Vertrage von 1884 nicht vorbehalten sei.

Nur eine Beschränkung der vollen Unabhängigkeit der Republik ist in demselben enthalten, und zwar in seinem Artikel 4, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Die Südafrikanische Republik darf keinen Vertrag oder Abkommen mit einem anderen State oder Volke abschließen, abgesehen vom Oranje-Freistat, noch auch mit einem östlich oder westlich angrenzenden Eingeborenen-Stamme, bevor er von der Königin gebilligt ist. Diese Billigung soll als gegeben angesehen werden, wenn die Regierung Ihrer Majestät nicht innerhalb 6 Monaten nach Eingang der Abschrift eines derartigen Vertrages (welche unmittelbar nach Abschluß vorgelegt werden muß) mitgeteilt hat, daß der Abschluß eines solchen Vertrages in Widerstreit mit den Interessen Großbritanniens oder Ihrer Majestät Besitzungen in Südafrika steht."

Obwol nun der Volksraad der Republik bei Genehmigung des Vertrags gegen diese und noch zwei andere (die Grenzregulierung und die Schuldenfrage betreffende) Bestimmungen desselben Protest erhob, so ist doch eine Ueberschreitung dieser einzigen Beschränkung der Unabhängigkeit niemals weder von der Republik begangen noch ihr auch nur von England zur Last gelegt worden. Die Republik hat sich nur mit dem Oranje-Freistat verbündet, und das steht ihr so vollständig frei, daß sie sich, falls es ihr gut dünkt, auch mit demselben verschmelzen könnte, ohne daß England eine rechtliche Einwendung dagegen zu erheben berechtigt wäre.

Wir haben schon oben erwähnt, daß die Beseitigung der Suzeränetät durch den Londoner Vertrag von 1884 nicht nur aus diesem selbst hervorgeht, sondern auch von Mitgliedern derjenigen englischen Regierung, welche den Vertrag geschloßen, ausdrücklich im Parlament bestätigt worden sei. Erst als die alsbald nach Abschluß des Vertrages entdeckten reichhaltigen Goldminen Transvaals den Besitz dieses bis dahin für ziemlich wert-

los gehaltenen Landes den Engländern immer begehrenswerter machten, wurden Stimmen laut, welche, allen Tatsachen zum Trotze, die Fortdauer des Suzeränetätsverhältnisses zu behaupten wagten. Doch blieben dieselben bis in die neueste Zeit so vereinzelt und in England selbst so unbeachtet, daß noch nach Ausbruch des jetzigen Krieges in der Unterhaussitzung vom 18. October 1899 Sir Harcourt, der Führer der Opposition, sagen konnte: „Jedermann sei überzeugt, daß die Suzeränetät 1884 fallen gelaßen worden sei; jedesfalls habe eine Reihe von Kolonialministern nach einander diese Meinung ausgesprochen."

Erst seitdem Herr Chamberlain im Jahre 1897 sich erdreistet hatte, dem Präsidenten Krüger gegenüber die Suzeränetät formell in Anspruch zu nehmen, machte sich die englische Rabulistik mit rasch wachsendem Eifer ans Werk, um nach Gründen für diesen frechen Anspruch zu suchen und, da es solche im Gebiete des Rechts nicht gibt, sie frei zu erfinden. Die erste Erfindung galt dem oben mitgeteilten Art. 4 des Londoner Vertrags, von dem jetzt frischweg behauptet wird, daß die in ihm enthaltene einzige und fest umschriebene Ausnahme der im Uebrigen unbeschränkten Souverainetät der Republik das Nichtvorhandensein derselben überhaupt beweise. Da man aber selbst einsehen mochte, daß dieses Fechterstückchen nicht ausreiche, dem zu Folge jede Regel, die Ausnahmen zuläßt — und bekanntlich ist keine Regel ohne Ausnahmen — hinfällig wäre, so wurde der ersten noch die zweite Erfindung hinzugefügt, es habe die Convention von 1884 diejenige von 1881 nicht ersetzt, sondern nur erweitert, so daß die letztere noch fortbestehe und bei Auslegung jener als Maßstab dienen müße, — eine Aufstellung, die, wie wir gesehen haben, nicht nur dem Inhalte der Convention von 1884, sondern auch allen Begleitumständen ihres Zustandekommens ins Gesicht schlägt.

Nachdem so die durch unzweideutigen feierlichen Vertrag aus der Welt rechtlicher Tatsachen beseitigte Suzeränetät der südafrikanischen Republik wieder zu einer lügnerischen Scheinexistenz emporgezaubert war, gieng es auf dieser halsbrecherischen Unterlage nun an eine fröhliche practische Verwendung des glücklich

citierten Gespenstes. Und zwar sollte die Unabhängigkeit der Burenrepublik eskamotiert werden nicht sowol auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo die einzige Beschränkung derselben tatsächlich lag, als vielmehr im Innern, wo die unbeschränkte Souverainetät durch die Londoner Convention so zweifellos hergestellt war, daß am 18. October d. J. Sir Harcourt in seiner schon einmal erwähnten Rede sich vor dem englischen Unterhause widerspruchslos wie folgt aussprechen konnte: „Niemals früher habe England den Anspruch erhoben, den Buren über ihre inneren Angelegenheiten Vorschriften zu machen, sondern lediglich das Recht beansprucht, ihnen im Interesse Südafrikas und der englischen Untertanen in Transvaal freundschaftlichen Rat zukommen zu laßen. Dieß habe Chamberlain selbst zugegeben. Verschiedene Minister hätten dargetan, daß der Hauptgrundsatz der Auseinandersetzung mit Transvaal (von 1884) die Nichteinmischung in die innere Verwaltung und Gesetzgebung gewesen sei." Hatte doch Herr Chamberlain selbst sogar noch im Jahre 1896 anläßlich des mislungenen Jameson'schen Freibeuterzuges die südafrikanische Republik amtlich als einen „fremden Stat, eine Fremdmacht" bezeichnet!

Im flagrantesten Widerspruche mit dieser seit 1884 vertragsmäßig festgelegten Nichteinmischungspolitik verfolgte nunmehr die englische Regierung unter den Impulsen des zum imperialistischen Jingoismus bekehrten Chamberlain die Tendenz rücksichtsloseſter Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik. Die Petitionen der englischen „Ausländer", welche sich bei ihrer Königin darüber beschwerten, daß ihnen die Republik die Erwerbung des politischen Wahlrechtes erschwere oder unmöglich mache, lieferte dazu den willkommenen und jedesfalls bestellten Anlaß, und nun wurde die magische Laterne teuschender Vertragsauslegung von neuem in Bewegung gesetzt. Nachdem dieselbe bereits aus dem Artikel 4 der Londoner Convention die imaginäre Suzeränetät vor die begehrlichen Augen der Engländer gezaubert hatte, konnte sie jetzt auf demselben Wege und mit noch leichterer Mühe aus dem Artikel 14 die gleichwertige englische Einmischungsbefugnis zu Gunsten des Wahlrechtes der Ausländer

noch hinzu liefern. Der einfache Wortlaut dieses Artikels wird beweisen, daß wir diese gewißenlose Interpretationskunst nicht zu hart beurteilen. Er ist folgender:

„Abgesehen von den Eingeborenen sollen alle den Gesetzen der S.-Afr.-Republik sich unterwerfenden Personen a) volle Freiheit haben, mit ihren Familien einzuwandern, zu reisen und sich niederzulaßen, wo es ihnen beliebt; b) ihren Handel selbst oder durch Beauftragte, welche ihnen geeignet erscheinen, betreiben können. c) Sie dürfen sowol in Bezug auf ihre Person und ihr Eigentum, wie hinsichtlich ihres Handels und Gewerbes keinen andern Stats- und Gemeinde-Steuern unterworfen werden als solchen, die den Bürgern der Republik auferlegt sind oder in Zukunft auferlegt werden."

Man sieht, hier sind den Ausländern bezüglich der Einwanderung, der Freizügigkeit, des Handelsbetriebs und der Besteuerung alle möglichen Freiheiten und die volle Gleichberechtigung mit den Bürgern gewährt. Dagegen steht in diesem Artikel ebenso wenig wie in der gesamten übrigen Convention auch nur eine Silbe von einem Anspruch der Ausländer auf Bürger- und Wahlrecht oder gar von einer Befugnis der englischen Regierung, dergleichen für dieselben in Anspruch zu nehmen. Diese angeblich aus Artikel 14 herzuleitende Befugnis existiert also außerhalb des Teuschungskreißes der englischen Laterna magica ebenso wenig wie die aus Artikel 4 hervorgezauberte Suzeränetät. Vom Rechtsstandpunkte aus, unter dem wir hier den Conflict ausschließlich betrachten, verlohnt sich darum auch gar nicht ein näheres Eingehen auf die dem Kriege vorausgegangenen verwickelten Verhandlungen über die Ausländerfrage und die in derselben von der Republik, trotz der evidentesten rechtlichen Unzuständigkeit Englands, gemachten weitgehenden, von England aber immer wieder zurückgewiesenen oder durchkreuzten Zugeständnisse. Es mag, was diese Verhandlungen und Zugeständnisse betrifft, hier genügen, noch einmal den Führer der englischen Opposition im Unterhause, Sir Harcourt, zu Worte kommen zu laßen, der in seiner schon mehrfach erwähnten Rede vom 18. October darüber folgendes sagte: „Bemerkenswerte Umstände bei den

Verhandlungen seien nicht geeignet gewesen, eine friedliche Lösung herbei zu führen, wenngleich er es der Regierung nicht zum Vorwurf machen wolle, daß es ihr Bestreben gewesen sei, eine friedliche Lösung zu vermeiden. Nichts rechtfertige es, gegen Transvaal die Anklage frevelhafter Hartnäckigkeit zu erheben, Transvaal habe auf Anraten des Oranjefreistates und der Regierung der Kapkolonie Schritt für Schritt nachgegeben und sei vor dem Drucke Englands gewichen."

Vom Standpunkte des Vertragsrechtes aus, welches die Beziehungen Englands zur Südafrikanischen Republik bis zum Ausbruche des Krieges regelte, sind mithin — das glauben wir im Vorstehenden unwiderleglich dargetan zu haben — die englischen Ansprüche auf Suzeränetät im Allgemeinen und auf Einmischung in die innern Angelegenheiten der Republik im Besondern als willkürliche Anmaßungen zu betrachten, die sich ein lebensfähiges und ehrliebendes Volk, als das sich die Buren schon in ihrem ersten Unabhängigkeitskriege und weit mehr noch in dem gegenwärtigen zweiten erwiesen haben, nicht bieten laßen kann, ohne sie der bewaffneten Drohung gegenüber mit den Waffen zurückzuweisen.

Das hat man dann auch in England eingesehen und sich deshalb neben der verfehlten Berufung auf das Vertragsrecht noch eine andere, die Berufung auf die englische Tradition — in Preußen würde man sagen: „göttliche Mission" — zurecht gemacht, welche angeblich darin bestehen soll, überall zu Gunsten der Civilisation und des menschlichen Fortschritts für die Gleichberechtigung der weißen Rassen einzutreten. Das ist, wie man sieht, schon nicht mehr ein concreter Rechtsbegriff, sondern eines jener schönen Schlagworte, die sich regelmäßig da einzustellen pflegen, wo die festen und ehrlichen Rechtsbegriffe fehlen, wo eben deshalb aber die abstoßende Blöße der unreinen Begierden nach Macht und Besitz um so dringender eines die urteilslose Menge teuschenden und die nationalen Hurrah-Patrioten anfeuernden Phrasenmantels bedarf. Darum war auch der „poeta laureatus" der Nation, Herr Alfred Austin, der rechte Mann

dazu, um diese klingende Schelle in seinem an den Professor Abel zu Wiesbaden gerichteten Brief zu schwingen, in welchem er neben dieser Rodomontade nur noch die Berufung auf das Beispiel der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik für das südafrikanische Vorgehen Englands anzuführen weiß, eben dadurch aber die Rechtsbrüchigkeit desselben allen Wißenden vollends klar macht. Befremdlicher nimmt sich jenes Schlagwort von dem gleichen Rechte aller Weißen schon im Munde englischer Statsmänner aus, die doch wißen müßen, daß es nicht einmal im britischen Mutterlande selbst gilt, wo heute noch die Iren keine katholische Universität gründen dürfen und kein Ire Vicekönig seines eigenen Heimatslandes werden kann. Anscheinend verlangen aber die Engländer das, was sie selbst nicht einmal den Iren leisten, mit um so größerer Biederkeit und Ueberzeugungstreue von andern Leuten, zumal von solchen, die im Besitze begehrenswerter Länder sind wie die Buren. Und das ist ja auch gar nichts neues unter der Sonne, wie jeder weiß, der den alten Fabelspruch kennt:

Da sprach der Junker Alexander:
Ja, Bauer, das ist ganz was anders.

Freilich haben diese Buren die Gleichberechtigung aller Weißen in ihrem Lande, so wie die Engländer selbst dieselbe noch im Jahre 1884 verstanden, in der damaligen Convention, ausweislich des oben wörtlich angeführten Artikels 14 derselben, schon längst gewährt und dieses Zugeständnis bis dahin auch unweigerlich gehalten. Aber was kümmert das den Junker Alexander? Seitdem die Goldminen der Südafrikanischen Republik einen vorher nicht geahnten Reichtum dieses Landes enthüllten, und seitdem die zunehmende Unsicherheit der britischen Weltmacht in Indien, Kanada, Australien ꝛc. die Errichtung eines großen britischen Kolonialreiches in Südafrika immer wünschenswerter erscheinen ließ, seitdem versteht er eben die Gleichberechtigung aller Weißen in der Burenrepublik etwas anders, als er selbst sie noch vor 15 Jahren vertragsmäßig definiert hat. Nun soll sie auch das Wahlrecht aller der Speculanten und Abenteurer umfaßen, die England seit 1884 in ungezählten Massen in die Minendistricte der Republik entsandt hat,

und die dort nichts weniger als Bürger der Republik, sondern Engländer und nur Engländer sein und bleiben wollen.

Es ist ja gewis ein „schreiendes Misverhältnis", daß diese durch die Bodenschätze der Republik zu vielfachen Millionären gewordenen üppigen Fremdlinge, wie sie ihrer Königin klagten, fast $^4/_5$ der gesamten Steuerlast trugen, ohne einen Einfluß auf die Veranlagung derselben, auf die Einrichtung von Statsmonopolen ꝛc., überhaupt auf die Regierung zu haben, während die in alter patriarchalischer Einfachheit von ihren Heerden und dem Ackerbau lebenden Besiedler des Landes und Begründer des States nur $^1/_5$ der Steuern zahlten und doch die Regierung ihres Landes führten. Aber ein noch weit schreienderes Misverhältnis wäre es gewesen, wenn diese an- und abflutende Woge fremder Ausbeuter und Glücksritter, die kein Interesse, keine Liebe für das Land, sondern nur Liebe und Interesse für den dort möglichst rasch zu machenden Gewinn haben, im Wege der Wahlmaschinerie das Uebergewicht in Volksvertretung und Gesetzgebung über die kleine Zahl der Buren erlangt hätte, um so schließlich auf gesetzlichem Wege die Annexion der Republik zu ermöglichen, die der vereitelte Raubzug der Jameson und Rhodes auf dem Wege der Gewalt nicht hatte erzielen können.

Die Regierung der Republik hat sich der Erkenntnis beider Misverhältnisse nicht verschloßen. Sie hat, wie schon erwähnt, jenes erste Misverhältnis durch weitgehende Zugeständnisse zu beseitigen gesucht, welche schließlich eine so beträchtliche Erweiterung des Wahlrechtes der Ausländer und ihrer Beteiligung an der Regierung gewährten, wie sie in den ersten Forderungen der englischen Regierung nicht einmal enthalten war, und wenn dieselbe sich durch diese Nachgiebigkeit dennoch nicht für befriedigt erklärte, so hat sie dadurch nur zu erkennen gegeben, daß es ihr auf etwas ganz anderes ankam als auf eine Verständigung. Nur ist immer wieder darauf zurück zu kommen, daß es auch nicht der leiseste Schatten eines englischen *Rechtes*, sondern nur die eigene Statsklugheit und Friensliebe war, die die Buren veranlaßte, den Forderungen ihrer Gegner bis zur äußersten Grenze des Möglichen entgegen zu kommen. Darum gebührt ihnen die Teilnahme und Anerkennung aller Ehre und Freiheit

liebenden Herzen, daß sie diese Grenze eingehalten und, als sie sahen, daß sie mit Gewalt über dieselbe hinaus gedrängt werden sollten, lieber zu den Waffen gegriffen als ihr Land jenem zweiten noch schreienderen Misverhältnisse, der Ueberantwortung seiner Regierung an die Fremden, preisgegeben haben. Wer von den nichts weniger als normalen, gefährlichen und im höchsten Grade ungesunden Zuständen nichts weiß, die in den Minendistricten Transvaals seit der Ueberschwemmung der Burenbevölkerung durch das überwiegend englische Gesindel der Goldsucher und Goldprotzen entstanden sind, der mag immerhin mit Herrn Alfred Austin von der Vortrefflichkeit der „Gleichberechtigung aller Weißen" phantasieren; er irrt nur und ist durch das Lächeln aller Kenner der Verhältnisse genügend bestraft. Herr Chamberlain aber irrte nicht, als er den Buren diesen Grundsatz unter Umständen aufzwingen wollte, die der reine Hohn auf denselben sind. Er wußte sehr wol, daß das für die Südafrikanische Republik den langsamen Tod bedeuten würde, und irrte nur in der Voraussetzung, daß derselben zwischen diesem Schrecken ohne Ende und dem Ende in dem Schrecken eines Krieges kein Ausweg bleiben werde. Die Tage von Dundee, Nicholsnek, Magersfontein, Stormberg und Colenso haben durch diese hochmütige Rechnung einstweilen ebenso viele dicke Striche gemacht.

Noch weniger Wert als das Schlagwort von der Gleichberechtigung der Weißen haben verschiedene andere Versuche, das Verfahren der Engländer zu rechtfertigen. Da sollen sich dieselben z. B. darum in einem gerechten Verteidigungskriege befinden, weil die Regierung der Republik die letzte englische Note vom 25. September, die der Sache nach bereits ein Ultimatum war, aber die äußeren Formen desselben nur deshalb vermied, weil die mobilisierte „große Armee" noch nicht zur Stelle war, ihrerseits mit einem offen als solches bezeichneten Ultimatum beantwortete und nach Ablauf desselben den Krieg eröffnete. Als ob alle angriffsweise begonnenen Kriege auch wirkliche Angriffskriege wären, und als ob die Begriffsbestimmung der letzteren lediglich von der Eröffnung der Feindseligkeiten abhienge! Sind etwa — um nur einige Beispiele zu nennen — die deutschen Freiheitskriege oder Oesterreichs Kämpfe gegen den ersten Na-

poleon von 1805 und 1809, gegen Italien und den dritten Napoleon von 1859 keine Verteidigungskriege gewesen, obwol sie sämtlich von den zur Verteidigung Genötigten begonnen wurden? Gewis, die Franzosen haben in allen jenen Fällen über ungerechte Angriffe gezetert, und wenn die Engländer jetzt dasselbe tuen, so wißen sie, daß das in ihrem Vorteile liegt, außerhalb Englands aber sollte man sich doch hüten, sie in diesem Heuchelspiel zu unterstützen.

Schlimmer aber noch ist die Heuchelei, welche angeblich die mit langer Hand angelegten Angriffspläne der Buren aus ihrer alle Welt und die Engländer am meisten überraschenden vortrefflichen Vorbereitung des Krieges beweisen möchte. Als ob die Buren seit dem Jameson-Rhodes'schen Raubzuge und seiner komödienhaften Bestrafung in England nicht sehr genau gewußt hätten, was ihnen drohe, wenn die jetzt vorliegende Wiederholung desselben im großen Stile sie in ungerüstetem Zustande träfe, und als ob sie nicht vier Jahre Zeit gehabt hätten, sich auf diese Wiederholung vorzubereiten! Wer ihnen die sorgfältige Ausnutzung dieser Frist zum Vorwurfe machen will, der soll auch den Mann schelten, der nach Vereitelung eines ersten Einbruchsversuchs in der sicheren Voraussicht des zweiten die Büchse schußfertig hält und sein Haus mit Fußangeln umstellt.

Nein, alle diese Versuche, die Buren ins Unrecht zu setzen und sie als die planmäßigen Angreifer darzustellen, müßen an dem Wahrheitsschilde der offenkundigsten Tatsachen zu Schanden werden. Die Südafrikanische Republik führt einen gerechten Krieg für Recht und Freiheit, und zwar handelt es sich bei demselben nicht um diese oder jene nebensächliche Frage, sondern um nichts weniger und nichts mehr als um die rechtmäßige und mühsam errungene Unabhängigkeit des States, kurz um die politische Existenz. Diesem zweifellosen Sachverhalte gegenüber müßen alle Bedenken gegen die Opportunität und Nützlichkeit eines Burensieges, so sehr sie sich wegen der unausbleiblichen Rückwirkung desselben auf die allgemeine Weltlage der politischen Betrachtung aufdrängen mögen, doch in die zweite und dritte Linie zurücktreten. Recht und Unrecht ist in diesem Kriege so klar und scharf geschieden, daß

den Vertretern des Rechtes, mögen sie auch, wie Schreiber dieser Zeilen, die Aufrechterhaltung der englischen Weltstellung für noch so nützlich halten, nichts anderes übrig bleibt, als der Sache der Buren von ganzem Herzen Heil und Sieg zu wünschen, denn sie ist die Sache des Rechtes und der Freiheit. W. H.

Politisch-sittliche Leichtfertigkeit.

In dem neuesten Jahrgange des von Otto Kraus herausgegebenen „Christlichen Bücherschatzes" befinden sich einige Recensionen, namentlich solche von O. K. selbst, die in einer Zeit, in welcher das Recensionswesen stark im Argen liegt, in welcher sich viele Verlagshandlungen nicht entblöden, ihren an Zeitschriften übersandten Recensionsexemplaren gleich gedruckte lobrednerische Recensionen beizulegen, geradezu herzerquickend wirken. So wird z. B. in der Besprechung der Selbstbiographie des bekannten Militärpfarrers Bernhard Rogge, der sich durch Hohenzollern- und Bismarcks-Vergötterung in seinen Schriften gewis längst ein Verdienst überzähliger guter Werke erworben hat, mit Recht dessen geradezu lächerliche Eitelkeit in das Licht gestellt und an die Tatsache, daß die in diesem Genre ja als einzigartig bekannte Gießer theologische Fakultät ihn zum Doctor der Theologie creierte, die treffende Bemerkung geknüpft: „daß der Verfaßer 1883 von Gießen aus Doctor der Theologie geworden ist, hat er als eine im Laufe der Jahre um so wertvoller gewordene Ehrung angesehen, als Gießen auch dem Fürsten Bismarck dieselbe Ehrung hat zu Teil werden laßen. Hier hat den Verfaßer die Logik im Stich gelaßen. Zu seiner Ernüchterung sei obendrein bemerkt, daß die theologische Facultät in Gießen auch einen Oberconsistorialrat zum Doctor gemacht hat, dem das Unglück passiert war, in einer Flugschrift Philipp den Großmütigen in der Schlacht bei Mühlberg den Heldentod sterben zu laßen."

Um so mehr überrascht die m. E. für einen „christlichen Bücherschatz" ungemein dürftige Besprechung der „Deutschen Krisis des Jahres 1866 von Wilhelm Hopf" auf S. 85 (unterzeichnet

mit H. Z.) Zwar wird von dem Recensenten dem Buche das Lob gespendet, daß der Verfaßer den Stoff mit emsigem Fleiße zusammengetragen habe, und daß er als Historiker von christlicher Weltanschauung redlich zu Werke gegangen sei. Allein daneben findet sich auch der Satz: „Das neue deutsche Reich kann nach ihm keinen Bestand haben, weil es nur nach vorausgegangenem Rechtsbruch, Umsturz, Unwahrheit und Teuschung zu Stande kommen konnte. Als ob alle diese Dinge nicht regelmäßig mit politischen Neugestaltungen verbunden wären!" Diese Redewendung tönt uns jetzt öfter aus dem „conservativen" Lager entgegen, und es ist erschreckend, daß man gar keine Ahnung davon zu haben scheint, welche Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit des sittlichen Urteils sich dahinter verbirgt. Bis jetzt waren wesentlich zwei Klassen unter den Schwärmern für die 1866er Ereignisse in jenem Lager zu unterscheiden: 1. Solche, die in Unwißenheit dahin wandeln, berauscht von den Erfolgen der Bismarckischen Politik, umnebelt von der preußischen Geschichtsfälschung, die sie fast schon mit der Muttermilch eingesogen haben; sie wiegen sich wirklich in der süßen Träumerei, die 1866er Politik Preußens sei eine sittlich gerechtfertigte Notwehr gewesen. Ihnen, soweit sie ehrliche Menschen sind und die Wahrheit sehen wollen, kann das Hopfsche Buch die grösten Dienste leisten, es kann sie auf die Bahn der Wahrheit leiten, und es hat dieß auch wol bei manchem schon zu Wege gebracht. 2. Solche, welche die sittliche Verwerflichkeit der 1866 von Preußen angewandten Mittel erkennen und durch bewußte Lüge und Fälschung den Ereignissen trotzdem einen sittlichen Mantel umzuhängen suchen. Jetzt tritt immer mehr eine dritte Klasse hervor, welche, in Nachfolge ihres großen Meisters und Abgottes, ganz ruhig eingestehen, daß Sünde und Unrecht geschehen ist, aber trotzdem die aus jenen Sünden herausgeborenen Tatsachen und Verhältnisse gutheißen, bejubeln und sie, ohne irgend welche Buße, so erhalten wißen wollen, wie sie sind. Während die zweite Klasse die politisch-sittliche Heuchelei vertritt, so diese dritte eine entsetzliche sittliche Leichtfertigkeit des Urteils. Mit demselben Satz: „Als ob diese Dinge nicht immer damit verbunden wären", freut sich der reiche, grausame Gütemschlächter seines zusammengerafften Besitzes, entschuldigt der lüster-

Don Juan sein wüstes, sittenloses Leben (man denke an den Processs der Harmlosen, da war das „Als ob diese Dinge nicht immer damit verbunden wären" geradezu das Leitmotiv!); mit demselben Worte kann auch Chamberlain seine brutale Gewaltspolitik gegen die Buren rechtfertigen, und sollte nicht mit ihm auch Herr Bebel die von ihm auf dem Wege der Revolution erstrebte Neuordnung der Dinge „legitimieren" können?

Gewis die Sünde spielt eine ungeheuere Rolle im Leben, auch in dem der Völker und Staten. In gewisser Beziehung ist die Weltgeschichte eine Geschichte der Sünde. Allein sie ist zugleich eine Geschichte der Strafe des heiligen Gottes, der über die, so ihn haßen, die Sünde der Väter heimsuchet an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Gewis, alle die großen, durch Eroberung entstandenen Weltreiche, von dem Reiche der Assyrer und Pharaonen bis zu dem des großen Napoleon am Anfang des zu Ende gehenden Jahrhunderts, sie sind sämtlich mit mehr oder weniger Sünde gegründet worden, und weil die Staten stets mit denselben Mitteln erhalten werden müßen, mit dem sie gegründet sind, so spielte auch bei ihrer Weiterentwickelung die Sünde eine gewaltige Rolle, bis das tödliche Gift seine Wirkung getan, bis sie, trotz alles Glanzes und aller Machtentfaltung, in Trümmer fielen. Die Sünde, namentlich aber die mit Bewußtsein festgehaltene Sünde, ist eben das zersetzende Gift, welches alle irdischen Erscheinungen, auch die Statsgebilde, dem Fluch der Vergänglichkeit anheimgibt. Ist es nun christlich, verrät es wirkliche warme Vaterlandsliebe, wenn man sagt: Weil alle politischen Neugestaltungen mit Rechtsbruch, Umsturz, Unwahrheit usw. verbunden sind und — setzen wir hinzu — deshalb den Keim des Unterganges in sich tragen, so verlangen wir vom neuen deutschen Reiche auch nicht mehr. Wir freuen uns seiner Machtfülle und seines Glanzes, mag es dann, wenn seine Zeit erfüllt ist, dem Looß alles Irdischen anheimfallen? Wie sittlich erhaben steht solchem Leichtsinn gegenüber das Streben der Rechtspartei! Sie ist nichts weniger als eine Gegnerin des Reiches an sich, ja recht verstanden ist sie eminent reichsfreundlich, sie will dem Reiche eine wirkliche Lebensfähigkeit verschaffen, dadurch daß sie

auf die in seinem Leibe vorhandenen giftigen Todeskeime hinweist, die brandigen Stellen nicht künstlich zudeckt, sondern bloßlegt und zur gründlichen, wahren Heilung auffordert. Sie will es durch ihr Zeugnis dahin bringen, daß nicht nur jene bösen Elemente in der Reichsgründung, welche die erwähnte Recension zugibt, als Sünde erkannt werden, sondern daß dafür auch Buße erfolgt. Solche Buße zu tun, ist man aber da weit entfernt, wo man nicht nur das erreichte Ziel d. h. das neue deutsche Reich, sondern auch die als sündig erkannten Mittel zur Erreichung dieses Zieles d. h. die ganze selbstsüchtige Politik des Jahre 1866, wie sie vor allem in den Annexionen, dann aber auch in der seitens Preußen beliebten Behandlung der braunschweigischen Tronfolgeangelegenheit zu Tage getreten ist, mit aller Energie festhalten will. Die Liebe zu unserm deutschen Volke, dem wir eine andere Zukunft gönnen als die der allmählichen, durch die mit Bewußtsein festgehaltene Sünde notwendigen Selbstzersetzung, bringet uns, so zu ihm zu reden, wie wir reden d. h. nicht in Lobpreisung der „großen nationalen Errungenschaften", sondern im ernsten Ton der Bußpredigt.

Und dann noch eins: Gewis die Sünde spielt eine ungeheuere Rolle in der Geschichte der Völker, ja es gehört zu den von unserm Verstande nicht zu ergründenden Majestätsrechten Gottes, daß er auch die Sünde zum Faktor in der Weltregierung macht, daß er seine ewigen Ratschlüße durch die Sünde der Menschen hinausführen läßt. Die Sünde der Brüder Josephs diente dem Herrn zur Errettung des Hauses Jakobs, und der schnöde Verrat des Judas Ischarioth mußte die Erlösung der Welt durch Christi Tod auf Golgatha zu Wege bringen. Allein wenn der Recensent in dem „Christlichen Bücherschatze" diese Wahrheit im Auge hat, dann sollte er bedenken, daß niemals der sündige Wille der Menschen an sich siegt, daß niemals das erreicht wird, was sie wollen, sondern daß Gott nach der Erklärung der dritten Bitte des hl. Vater-Unser „allen bösen Rat und Willen bricht und hindert" d. h. daß er den sündigen Willen der Menschen zu einem Ziele führt, an welches sie selbst am wenigsten gedacht haben. Auch die Sünden des Jahres 1866 müßen Gottes Weltregierung dienen, und wenn wir aufmerksam unsere

Zeit betrachten, dann beginnen wir bereits zu ahnen, wie sie ihr dienen, aber gewis nicht zur Erreichung des Zweckes, welchen die sündigen Menschenkinder in 1866 erreichen wollten. Gottes Willen und den sündigen Menschenwillen identisch setzen, heißt ihn lästern und führt zu dem fluchwürdigen Satz: „Laßet uns übel tuen, auf daß Gutes herauskomme", von dessen Vertretern der Apostel Röm. 2, 8 sagt: „Welcher Verdammnis ist ganz recht."

Wie wenig ernst unsere „Conservativen" es mit ihrem Urteil über das geschehene Unrecht nehmen, ergibt sich aber auch noch aus einem andern Grunde. Der Herr sagt Matth. 18, 7: Es muß ja Aergernis kommen, doch wehe dem Menschen, durch welchen Aergernis kommt!" Daß das Reich auf dem Wege des Unrechtes gegründet, daß Aergernis gekommen ist, erkennen die Conservativen von der Gattung des erwähnten Recensenten an, aber wie stellen sie sich zu dem, durch den das Aergernis gekommen? Haben sie ihm, dem schaffenden Geiste des Jahres 1863, gegenüber, so lange er unter den Lebenden weilte, jenes ernste Gerichtswort des Herrn bezeugt, oder haben sie ihm nicht vielmehr zugejauchzt als einem auserwählten Rüstzeug Gottes? Wird nicht mit dem Dahingeschiedenen ein ebenso abgeschmackter wie unchristlicher Kultus getrieben? Wie oftmals ist wol von „christlich-conservativen" Rednern im vorigen Jahre das geschmackvolle Thema „Bismarck als Christ und Deutscher" behandelt, wie oft ist die lächerliche Parallele zwischen Luther und Bismarck gezogen worden! Gott gebe, daß das Zeugnis der Rechtspartei, daß namentlich auch W. Hopfs „Die deutsche Krisis des Jahres 1866" dazu dient, unserem verblendeten Volke die Augen zu öffnen und es auf den rechten Weg zurück zu locken, sonst muß die Zeit kommen, in welcher der Herr in seinen gewaltigen Gerichten mit ihm redet und durch die Blitze seines Zornes die dumpfe Atmosphäre unserer jetzigen schwächlichen sittlichen Begriffsverwirrung reinigt.

K. A.

Das Ewige.

(Aus dem Schwedischen von Tegnèr.)

Wol formt mit dem Schwerte der Mächt'ge die Welt,
Sein Ruf fliegt auf Adlers Schwingen;
Doch einmal im Fluge der Adler fällt,
Einmal muß das Schwert zerspringen.
Vergänglich stets ist, was entsteht durch Gewalt!
Wie ein Sturm in der Wüste es stirbt und verhallt.

Doch die Wahrheit sie lebt! Zwischen Schwertern und Streit,
Steht mit strahlender Stirn sie erhoben.
Sie führet uns sicher durch Dunkel und Leid
Und immerdar weist sie nach Oben.
Von Geschlecht zu Geschlecht ihrer Worte Schall
Durchdringen den Himmel, die Erde zumal.

Das Recht bleibt ewig; man kann seine Saat,
So zertreten sie ist, nicht vertreiben.
Wenn das Böse die Welt auch erobert hat,
Der Wille zum Recht kann dir bleiben.
Wird's von außen verfolgt mit Gewalt und mit List,
Seine heimliche Freistatt im Herzen ist.

Und der Wille, versteckt in der Brust voller Glut,
Erscheint nun verkörpert, wird Handlung.
Das Recht bekommt Arme, die Wahrheit nicht ruht,
Und das Volk steht auf zur Verwandlung.
Die Gefahr, die du liefest, die Opfer schwer,
Sie steigen wie Sterne aus Lethe's Meer.

Und Dichten währt länger als Blüten und Laub,
Als der Bogen in wolkigen Höhen.
Was Schönes du bildest, ist mehr als Staub,
Im Alter bleibt's neu noch bestehen.
Das Schöne ist ewig! Wir fischen fürwahr
Aus der Woge der Zeit den Goldsand klar.

So halte die Wahrheit! So wage das Recht
Und bilde das Schöne mit Freuden.
Die Drei nie ersterben im Menschen-Geschlecht,
Man find't sie zu allen Zeiten.
Was die Zeit dir gab, gib du gerne hin,
Wenn das Ew'ge nur wohnet in deinem Sinn.

Für Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 44. [Neue Folge.] **Februar 1900. 9. Jahrgang.**

Die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns vor den Delegationen.

Die Delegationen der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Zustandekommen das österreichische Ministerium Clary durch Preisgabe der Badeni-Gautsch'schen Sprachenverordnungen erkaufen zu sollen glaubte, haben vom 1. December bis 17. Januar getagt. Sie bilden bekanntlich die Vertretung der habsburgischen Gesamtmonarchie. Vor ihr Forum gehört darum auch in erster Linie die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns, und sie haben sich mit derselben dießmal lebhafter beschäftigt, als das seit Jahren ihre Gewohnheit war. Nächst Oesterreich-Ungarn selbst ist aber niemand lebhafter an der auswärtigen Politik dieses Reiches interessiert als die Reichsdeutschen und insbesondere wir, die wir die gewaltsame Auseinanderreißung der beiden Hälften des alten Gesamtreiches durch den „Kaiserschnitt" von 1866 als das für Mitteleuropa unheilvollste Ereignis seit dem dreißigjährigen Kriege, die organische Heilung dieses Rißes aber als die eigentliche politische Existenz- und Zukunftsfrage nicht nur Oesterreich-Ungarns, sondern auch und weit mehr noch des neuen Deutschen Reiches und damit ganz Mitteleuropas betrachten. Sehen wir deshalb zu, wie sich von diesem Gesichtspunkte aus die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Delegationen über die auswärtige Politik des Donaureiches ausnehmen.

Es handelte sich dabei in erster Linie um die Stellung Oesterreich-Ungarns zu dem Dreibunde, im Besondern zu der Alliance mit dem preußisch-deutschen Reiche, diesem magern und zweifelhaften Ersatze für die alte Zusammengehörigkeit ganz Deutschlands. In der Ansprache des Kaisers an die Delegationen wurde weder diese Alliance noch der Dreibund ausdrücklich erwähnt. Beide waren jedesfalls gemeint, als

der Kaiser sagte, daß er die „sicherste Gewähr" für eine „ungestörte Fortdauer der friedlichen Lage in Europa" „nach wie vor in dem ungetrübten Bestande des engen und vertrauensvollen Verhältnisses zu unsern Verbündeten" erblicke. Nur ist es fraglich, ob der Kaiser nicht auch bei dieser Wendung schon „die Pflege loyaler und freundlicher Beziehungen zu dem russischen Reiche im Sinne eines einvernehmlichen Vorgehens gegenüber den auf der Balkanhalbinsel auftauchenden Fragen" mit einbegriffen wißen wollte, deren „erfreuliche Erfolge" er gleich darauf rühmte.

Noch deutlicher als die kaiserliche Ansprache zeigte das Exposé des Grafen Goluchowski, daß der Dreibund nicht mehr der einzige Angelpunkt der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns ist, sondern daß er in dem seit 1897 bestehenden besondern Verhältnisse zu Rußland einen Rivalen erhalten hat, der sich mehr und mehr Beachtung verschafft. Wol kehrten auch dießmal alle die schmückenden Beiworte des Dreibundes wieder, die sich wie stehende Clichés in allen Goluchowskischen Exposés nachweisen laßen: „Grundpfeiler unserer Politik", „eminentes, in den schwierigsten Zeiten bewährtes, seiner Aufgabe glänzend entsprechendes Bollwerk des Friedens" (1897), „unerschütterliche Festigkeit" (1898), „unerschütterlicher Bestand", „wahrer Hort des Friedens", „glänzend bewährte Basis" (1899). Aber zum ersten Male empfand Graf Goluchowski das Bedürfnis, sich, ohne aus den Delegationen heraus dazu angeregt zu sein, mit der Erschütterung dieses „unerschütterlichen" Dreibundes auseinanderzusetzen und „auf das Entschiedenste jenen falschen Ausstreuungen entgegenzutreten oder jene grundlosen Combinationen richtig zu stellen, die seit einiger Zeit wiederholt — und meine dießbezüglichen Wahrnehmungen reichen auch über die Grenzen der Monarchie hinaus — teils bona teils mala fide zum Besten gegeben werden, und die bei der nur zu sehr empfänglichen öffentlichen Meinung den irrigen Glauben an einen Wandel in der Orientierung unserer auswärtigen Politik leicht erwecken konnten". Den „Unerschütterlichen" gegen die für seine Erschütterlichkeit „nur zu sehr empfängliche öffentliche Meinung" zu verteidigen, das hatte der Graf früher nicht nötig gehabt. Es kann das auch gewis ebensowenig als ein Zeichen ungeschwächter Gesund-

sames Vorgehen, die Ruhe aufrecht zu erhalten. In die engeren Interessensphären sollten fallen: für Oesterreich Serbien, für Russland Bulgarien; in die weiteren für Oesterreich Makedonien mit Salonik und der größere Teil von Albanien, für Russland der östlich von diesem österreichischen Kreiße gelegene europäische Besitzstand der Türkei.

Diese Angaben der „Frankf. Ztg." wurden von dem Pariser „Temps" im Wesentlichen bestätigt. Nur glaubte das genannte Pariser Blatt zu wißen, daß das Abkommen nicht als förmlicher Vertrag, sondern nur als „entente cartographique" existiere, eine Unterscheidung, die jedesfalls nicht von großem Belang ist. Von um so größerer Bedeutung war dagegen, was der „Temps" über das Zustandekommen des Vertrags anzugeben wußte. Seinem Gewährsmanne zu Folge, „hatte Graf Goluchowski nachdem er die Leitung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns übernommen, zunächst das Bedürfnis gefühlt, den Dreibund auszugestalten, sodaß die drei an demselben beteiligten Mächte sich gegenseitig in ihren politischen Wünschen und Absichten unterstützen könnten. Goluchowski wandte sich zuerst an das Deutsche Reich, wurde jedoch reserviert aufgenommen und erhielt eine unbestimmte, wenn nicht ausweichende Antwort. Später, als das Datum des dem Zaren zu machenden Gegenbesuches des Kaisers Franz Joseph festgesetzt wurde, schrieb Graf Goluchowski an den Grafen Murawjew, um bei ihm anzufragen, ob Russland bereit sei, bei Gelegenheit dieses Besuches sich mit Oesterreich über Fragen zu unterhalten, die beide gemeinsam interessieren, besonders im Orient. Russland antwortete, es sehe kein Hindernis dagegen. Darauf fand eine Reihe von Beratungen der Minister in der Hofburg statt, wozu auch der Chef des Generalstabs v. Beck hinzugezogen wurde, dessen sachliche Vorträge viel Bewunderung fanden und von besonderem Einfluße waren. v. Beck reiste mit nach St. Petersburg, und nach seinen Anweisungen wurden in Noten vom Juni 1897 die respectiven Kreiße des russischen und österreichischen Einflußes auf der Balkanhalbinsel und an der untern Donau abgegrenzt und festgestellt."

Nun sind allerdings die Angaben der „Frankf. Ztg." von den österreichischen und russischen Officiösen alsbald dementiert worden. Graf Goluchowski selbst bezeichnete sie in den Delegationen sogar als „plumpe Erfindung". Aber sie waren und sind innerlich viel zu wol beglaubigt, als daß derartige Ableugnungen, zu denen die Contrahenten geheimer Verträge unbefugten Veröffentlichungen gegenüber sich ja immer für verpflichtet halten, einen großen Eindruck machen konnten. Dazu kam, daß die oben referierten Mitteilungen des „Temps" unseres Wißens ganz ohne Widerspruch geblieben sind, was um so mehr bemerkt zu werden verdient, als dieses Blatt vermöge seiner nahen Beziehungen zu dem Pariser Auswärtigen Amte für gut unterrichtet gelten konnte. Jedesfalls darf seit 1897 die Existenz eines förmlichen Vertragsverhältnisses der beiden Mächte in der einen oder andern Gestalt als ausgemachte Sache gelten, wenn auch über die Form der eingegangenen Verpflichtungen sowie darüber Zweifel bestehen können, ob sich dasselbe auf die Verhältnisse der Balkanhalbinsel d. h. auf Beseitigung der bisherigen Reibungsfläche beschränkt oder auch noch andere Ziele verfolgt.

Auch die den Delegationen des Jahres 1898 gemachten amtlichen Eröffnungen lieferten für diese Annahme eine weitere Bestätigung. In seiner Ansprache an dieselben betonte der Kaiser „mit besonderer Genugtuung", „daß unsere Beziehungen zu allen Mächten insbesondere zu unseren Nachbarstaten die allerbesten sind." Hier rangierte also das Verhältnis zu dem benachbarten Rußland schon in gleicher Höhe mit demjenigen zu den benachbarten Dreibundsstaten. Des Grafen Goluchowski Exposé aber fand, daß der „erfreuliche Charakter" der auswärtigen Beziehungen „ebenso von dem Dreibunde . . . als von dem Verhältnisse zu den übrigen befreundeten Mächten und speciell zu Rußland" bedingt sei, „mit dem Oesterreich-Ungarn, anlangend die Aufrechterhaltung der gemeinsam aufgestellten Grundprincipien für die Orientpolitik, in enger Fühlung verblieben" sei, woran auch die vorübergehende Meinungsverschiedenheit in Behandlung der kretischen Frage nichts geändert habe. Auf eine ängstliche Anfrage des deutschen Delegierten Hachenburger, was die damals bereits bemerkte Nichterwähnung des Dreibundes

in der kaiserlichen Ansprache zu bedeuten habe, versicherte der Minister dann noch, daß weder eine Lockerung noch Erkaltung dieser Beziehungen eingetreten sei, daß der Dreibund aber seinen Friedenszweck um so beßer erreichen könne, wenn seine Teilnehmer danach trachteten, auch mit anderen Mächten in den besten Beziehungen zu stehen, und daß gerade diese Erwägung Oesterreich-Ungarn zu der erfreulichen Ausgestaltung des Verhältnisses zu Rußland geführt habe.

Wir haben es für nötig gehalten, die Entstehung und bisherige Geschichte des österreichisch-russischen Einverständnisses, so wie vorstehend geschehen, unseren Lesern kurz in die Erinnerung zurückzurufen, da ohne Kenntnis der bisherigen Entwickelung desselben weder die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns im Allgemeinen noch die dießmaligen Delegations-Verhandlungen über dieselben verständlich sind, deren Besprechung wir nunmehr wieder aufnehmen.

Nach den schon erwähnten stehenden Lobsprüchen auf den Dreibund wendete sich auch das dießmalige Exposé des Grafen Goluchowski zu dem „engeren Einvernehmen mit Rußland", „das wir" — so sagte der Graf — „seit der in St. Petersburg vor zwei Jahren erfolgten Aussprache zu erhalten und zu einem immer vertrauensvolleren zu gestalten aufrichtig bestrebt sind." Ueber seine Verträglichkeit mit dem Dreibunde und seine Beziehung auf die Balkanhalbinsel wiederholte das Exposé nur schon früher Gesagtes, und auch das, was es über die sorgfältig beobachtete Nichteinmischung in die innerpolitischen Verhältnisse der einzelnen Balkanländer enthält, ist gerade nicht neu, verdient aber doch ebenso Beachtung wie die von dem Minister gerühmte „heilsame Wirkung" der österreichisch-russischen Verständigung, die von ihm wiederholt als das „wahre Mittel" bezeichnet wurde, „um das Auftauchen verhängnisvoller Gegensätze zwischen uns hintan zu halten." Im Lichte dieser besonderen österreichisch-russischen Verständigung gewinnen dann auch die ungemein warmen Worte besondere Bedeutung, mit denen sowol die kaiserliche Ansprache als auch das Exposé des Grafen

Goluchowski der „hochherzigen Initiative" des Zaren zur Haager Conferenz und des „unvergänglichen Verdienstes" desselben gedachten, durch „Anregung zu diesem großen Werke der Zukunft" wie Graf Goluchowski sich ausdrückte, „den Principien der Friedensapostel die völkerrechtliche Sanction aufgedrückt" zu haben.

Die Bündnis-Politik Oesterreich-Ungarn hat, wie man sieht, seit 1897 zwei Seelen: die eine lebt noch für den Dreibund, die andere ist auf Rußland gerichtet. Diese Zwiespältigkeit, welche in den Kundgebungen der Regierung möglichst verhüllt oder ausgeglichen erschien, trat natürlich in den Aeußerungen der Delegierten weit deutlicher und in der österreichischen Delegation mit um so größerer Schärfe hervor, als sie hier mit dem brennenden Gegensatze des deutsch-slavischen Nationalitäten-Kampfes zusammenfiel. Die Deutschen rühmten den Dreibund, die Slaven das Verhältnis zu Rußland; das Bemerkenswerte aber war, daß, während die letzte Alliance nirgends auf Widerspruch stieß, der Dreibund nicht nur in der österreichischen Delegation seitens der Slaven, sondern zum ersten Male auch in der ungarischen von Seiten der Magyaren heftige Anfechtungen erfuhr. Czechen und Südslaven hatten schon früher ihren, wie Dr. Gregr sich ausdrückte, „instinctiven Widerwillen" gegen den Dreibund nicht verhehlt. Jetzt aber mischten sich in ihre Klagen zum ersten Male auch polnische und vor allem magyarische Stimmen, während andererseits der von dem Ausschuß der ungarischen Delegation über das Goluchowskische Exposé erstattete Bericht — ebenfalls zum ersten Male — es dem Verfaßer des letzteren zum besondern Verdienste anrechnete „das intime Verhältnis zu Rußland" zu Stande gebracht zu haben.

Ueberblickt man diese Beschwerden der österreichisch-ungarischen Nichtdeutschen gegen den Dreibund, so ist zunächst zu bemerken, daß Italien dabei fast ganz leer ausgeht. Nicht als ob sich diese Macht besonderer Sympathie erfreute, sondern weil sie offensichtlich als quantité negligeable behandelt wird, von der zu sprechen sich kaum der Mühe verlohnt. Die Klagen richten sich fast ausschließlich gegen das Deutsche Reich, und man kann zwei Gruppen derselben unterscheiden. Zu der einen gehören die unzufriedenen Aeußerungen über rücksichtslose Behandlung

und wirtschaftliche Benachteiligung der österreichisch-ungarischen Monarchie seitens ihres reichsdeutschen Verbündeten, zu der andern die Klagen über die gedrückte Rolle und das hemmende Abhängigkeitsverhältnis von dem preußisch-deutschen Reich, zu welchem dieses Bündnis das Donaureich verurteile.

Die wirtschaftliche Benachteiligung fand man in der Teuschung der auf den Handelsvertrag gesetzten Hoffnungen, in der einseitigen Handhabung der Viehseuchenconvention, über welche in beiden Delegationen um die Wette geklagt wurde, in der Chicanierung der österreichischen Weichsel-Schifffahrt und vor allem in der Art, wie das Deutsche Reich seine Interessensphäre vermittelst der anatolischen Bahnconcessionen nicht nur ohne jede Berücksichtigung, sondern mit directer Schädigung des österreichischen Handels auf Kleinasien auszudehnen suche. Für rücksichtslose Misachtung aber, durch welche sich das preußisch-deutsche Reich die Sympathien der österreichischen Bevölkerung mutwillig verscherzt habe, erklärten Czechen sowol wie Polen die oft in brutalster Form erfolgten Ausweisungen österreichisch-slavischer Land- und Industrie-Arbeiter, und es gelang dem Grafen Goluchowski nur zum Teil, diesen Entrüstungssturm zu beschwichtigen. Die Czechen zeigten sich überhaupt gegen den Grafen Goluchowski stark animiert, da sie ihn hervorragender Mitwirkung bei Aufhebung der Sprachenverordnungen ziehen, welche der Abgeordnete Gregr sogar auf eine sträfliche Nachgiebigkeit gegen Wünsche des deutschen Kaisers zurückführen wollte. Sie fanden Goluchowskis Haltung in der Ausweisungsfrage im Gegensatze zu derjenigen des Grafen Thun „kläglich“ und führten überdieß bittere Klage darüber, daß der österreichisch-ungarische Botschafter am Berliner Hofe Graf Szechenij der Aufführung des Lauff'schen „Eisenzahns“ mit seinen Beschimpfungen des böhmischen Volkes habe beiwohnen dürfen, ohne wegen mangelhafter Wahrung der Würde des Reiches zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Sind diese Klagen unter politischem Gesichtspunkt nur als Stimmungszeichen von Belang, so fallen diejenigen der zweiten Gruppe weit schwerer ins Gewicht. Sie richteten sich nicht gegen den wirklichen oder angeblichen Misbrauch des Dreibundes

seitens des Deutschen Reiches, sondern gegen das Wesen dieses Bundes selbst oder doch, wie der Abg. Kramarz die Anklage formulierte, gegen die Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie in diesem Alliance-System, und es verdient die gröste Beachtung, daß gerade diese Klage jetzt zum ersten Male auch in der ungarischen Delegation durch die beiden Delegierten Ugron und Holló von der Volks- und Unabhängigkeitspartei erhoben wurden, und daß erst in Folge dieser bisher unerhörten Erscheinung die Mitglieder der Regierungspartei sich zu den üblichen Lobesfanfaren für den Dreibund veranlaßt sahen. Auch ist es um die von der reichsdeutschen Presse begierig aufgegriffene und für bare Münze genommene Beschwichtigung windig genug bestellt, der zu Folge die genannten beiden magyarischen Delegierten nur eine kleine, in Ungarn isolierte Partei führen sollen. Sie führen die katholische Volkspartei, die im Parlament zwar noch schwach vertreten ist, aber einen starken Halt im Volke und mächtige Verbindungen in Ungarn sowol wie in Oesterreich besitzt, da sie sich auf den Hochadel und den Klerus stützt und energisch darnach strebt, das nahezu völlig verbrauchte liberale Regime in Ungarn abzulösen.

Wenn Namens einer solchen Partei Gabriel Ugron sich wiederholt gegen das reichsdeutsche Bündnis mit einer Schärfe wendete, die auch von den schärfsten czechischen Rednern der andern Delegation nirgends übertroffen wurde, so ist das unter den zahlreichen Anzeichen der Erschütterung des „unerschütterlichen" Dreibundes sicherlich nicht das geringste. Er bezeichnete es als auf die Dauer unerträglich, daß die österreichisch-ungarische Politik sich in energieloſem Streben nach Gleichgewicht auf dem Angelpunkte des Dreibundes erschöpfe und dabei Ansehen und Einfluß in der Welt mehr und mehr verliere, während das Deutschtum in Oesterreich sich in einer Richtung bewege, die den Interessen des Bestandes der Monarchie nicht entspreche, die „Wacht am Rhein" singe, mit Kornblumen demonstriere und hierdurch auch das Gefüge des Dualismus erschüttere, ohne daß diese Agitation in den politischen und gesellschaftlichen Kreißen Deutschlands diejenige energische Zurückweisung erfahre, die erforderlich wäre, um die Innerlichkeit und Aufrichtigkeit des Bundesver-

hältnisses zu documentieren. In dem Bündnisse, dessen Vorteile ausschließlich das Deutsche Reich ziehe und dessen Opfer ebenso ausschließlich Oesterreich zu tragen habe, „erscheint — so sagte Ugron — der deutsche Kaiser nicht nur als Teilhaber, sondern auch als Agamemnon; er handelt, spricht im Namen der Allianee, wir aber werden am Gängelbande geführt und verfolgen eine Richtung, welche wir nicht immer als die für uns richtige anerkennen können. Wir gleichen in diesem Bündnisse dem Schleppschiffe, welches wol eine eigene Form und Umfang besitzt, das aber in Ermangelung einer Kraftquelle sich nicht selbst bewegt, sondern nur solche Bewegungen vollzieht, welche ihm von außen aufgenötigt werden."

Diese Beschwerden Ugrons sind dann in der österreichischen Delegation von dem vielstimmigen Chorus der Czechen, Polen und Südslaven nur weiter ausgeführt, nicht aber überboten worden. Wir können das stürmische Verlangen dieser nichtdeutschen Mehrheit nach Vergeltungsmaßregeln für die reichsdeutschen Ausweisungen slavischer Arbeiter, die an den fremden Geschäftsreisenden des Los-von-Rom-Schwindels zu üben seien, die bitteren Klagen über die Unverschämtheiten, die sich die reichsdeutsche Presse gegen die österreichische Verwaltung und das österreichische Heer erlaube, und über die schwächliche Zurückweisung solcher Anmaßungen seitens des Goluchowski'schen Pressbureaus ebenso auf sich beruhen laßen, wie den häufig wiederkehrenden nachdrücklichen Hinweis der Czechen auf die Tatsache, daß nur noch die Slaven es seien, welche die habsburgische Monarchie vor der reichsdeutschen Vasallenschaft schützten, die von den alldeutschen Landespreisgebern und Los-von-Rom-Schwindlern in kaum mehr verhüllter Form erstrebt werde, daß gleichwol aber unter dem Einfluße des reichsdeutschen Bündnisses die Signatur der dermaligen österreichischen Politik die sei, „treue, opferfreudige Völker für ihre Treue und Opferfreudigkeit zu bestrafen und zu bedrohen, dagegen die offenen Rebellen gegen den Stat und seine Existenzbedingungen zu belohnen." Wir wollen nur noch hinweisen auf eine Aeußerung des Delegierten Kramarz, dessen statsmännische Einsicht nicht nur unter seinen czechischen Landsleuten, sondern unseres Erachtens unter allen dießmal zu Worte gekommenen

österreichisch-ungarischen Delegierten um Haupteslänge hervorragte. Dr. Kramarz sprach es rund und nett aus, daß weder der Dämon Nationalitätenhader noch der Mangel einer Weltflotte und eines großen Kolonialreiches, sondern lediglich die verkehrte Stellung zum Dreibunde, insbesondere zum preußisch-deutschen Reiche und die „Wehleidigkeit" und „Selbsterniedrigung", die mit dieser verkehrten Politik einen wahren „Rettichismus" treibe, Schuld daran seien, „wenn dieses alte ehrwürdige Reich von seinem ersten Platze, welchen es durch Jahrhunderte in der Geschichte eingenommen, allmählich zu einer Stellung herab gleitet, die es wahrhaftig nicht verdient", wenn es „in einem Moment, wo die ganze Welt in Bewegung ist, wo man nicht weiß welche Katastrophen ganze Völker und Reiche [illegible]" eigentlich nichts anderes mehr ist, als ein [illegible], ein „Anhängsel" und eine „Rückendeckung" [illegible] es nicht mitzu[illegible] hat. Das [illegible] die weitere Be[illegible] Kraftentfaltung in Rußland [illegible] habe, [illegible] zur [illegible] insbesondere zu einer [illegible] dem Deutschen Reiche [illegible]

[illegible] Deutschland [illegible] [illegible] [illegible]

„Unerschütterlichkeit" angezündeten Weihrauch-Opfer entgegennehmen. Er hat sich für Oesterreich in seiner ihm dermalen zunächst liegenden Lebensfrage, der orientalischen, endgültig als ungenügend erwiesen. Er ist darum, wie der polnische Graf Dzieduszycki in der Delegation sagte, für Oesterreich nur noch insoweit gut, als er den Frieden erhalten hilft und der Monarchie ebenso freie Hand läßt, wie ihren Verbündeten, aber die Sympathien für denselben sind, nach dem Zeugnisse des magyarischen Delegierten Holló, nun auch in Ungarn ebenso erkaltet, wie sie es vorher schon in Oesterreich waren, und er kann, wie der czechische Delegierte Kramarz sich ausdrückte, so lange er noch besteht, jedesfalls nicht die einzige auswärtige Stütze des Reiches sein. So hat sich dasselbe bei Rußland nach der ihm vom Deutschen Reiche versagten Rückendeckung im Orient umgesehen und besitzt, nachdem es dieselbe gewonnen, an dem Dreibunde und insbesondere an dem reichsdeutschen Bündnisse, das lediglich zur Verteidigung gegen Rußland geschloßen war, nur noch insoweit Interesse, als es durch diese Alliance — gegen die Angriffe seiner daran beteiligten Alliierten selbst geschützt wird. Dieser Nutzen war aber schon von Haus aus durch die in den Dreibunds-Verträgen stipulierten eventuellen österreichischen Gegenleistungen zu teuer bezahlt. Jetzt, wo für Oesterreich einerseits die russische Gefahr durch das Abkommen von 1897 beseitigt erscheint, andererseits sein Dreibunds-Risico durch die nebelhafte reichsdeutsche „Weltpolitik" ins Uferlose gesteigert wird, macht sich jene Ueberzahlung um so empfindlicher fühlbar und drängt langsam aber sicher zu immer weiterer Lockerung und Ausleerung der Dreibundsformen.

An dieser Entwickelung vermag weder das „Herzensbedürfnis", als welches deutsche Delegierte wiederholt den Dreibund erklärten, noch auch das begreifliche Zögern des Kaisers Franz Joseph etwas zu ändern, durch Abwendung vom reichsdeutschen Bündnisse und völlige Zuwendung zu dem russisch-französischen Zweibunde seinerseits die letzte Consequenz aus dem ihm frevelhafter Weise aufgezwungenen Austritt aus dem gesamtdeutschen Bundesverbande zu ziehen. Die Dinge sind eben stärker als die Menschen, und so muß sich auch hier die innere und äußere Entwickelung Oesterreichs stärker erweisen als die zärtlichsten deut-

österreichisch-ungarischen Delegierten um Haupteslänge hervorragte. Dr. Kramarz sprach es rund und nett aus, daß weder der Dämon Nationalitätenhader noch der Mangel einer Weltflotte und eines großen Kolonialreiches, sondern lediglich die verkehrte Stellung zum Dreibunde, insbesondere zum preußisch-deutschen Reiche und die „Wehleidigkeit" und „Selbsterniedrigung", die mit dieser verkehrten Politik einen wahren „Fetischismus" treibe, Schuld daran seien, „wenn dieses alte ehrwürdige Reich von seinem ersten Platze, welchen es durch Jahrhunderte in der Geschichte eingenommen, allmählich zu einer Stellung herab gleitet, die es wahrhaftig nicht verdient", wenn es „in einem Moment, wo die ganze Welt in Bewegung ist, wo man nicht weiß, welche Katastrophen ganze Völker und Reiche ereilen werden", „eigentlich nichts anderes mehr ist, als ein passiver Zuschauer", ein „Anhängsel" und eine „Rückendeckung" des Deutschen Reiches, dessen „kühnen Weltflug" es nicht mitzubestimmen, wol aber die Gefahren desselben zu teilen habe. Das ist vollkommen richtig, und eben so richtig ist die weitere Bemerkung desselben Politikers, daß die Annäherung an Rußland bereits eine Erleichterung dieser beklommenen Lage gebracht habe, daß die letztere aber immer noch bedrohlich genug sei, um zur Verengerung des Verhältnisses zu Rußland, insbesondere zu einer völlig gemeinsamen, zunächst in Kleinasien dem Deutschen Reiche gegenüber zu betätigenden österreichisch-russischen Orientpolitik zu drängen.

Von dem Standpunkte der aus Deutschland ausgestoßenen, allein auf sich selbst gestellten habsburgischen Monarchie aus gesehen, ist — noch einmal sei es gesagt — diese Beurteilung der politischen Lage vollkommen zutreffend. Auch kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, wie sie in Folge jener Krisis sich innerlich allmählich in ein westslavisches Reich verwandelt, auch zu einer dieser inneren Umwandlung entsprechenden auswärtigen Politik getrieben werden wird. Dieselbe liegt auf der einfachen Verlängerung der mit dem russischen Abkommen von 1897 bereits beschrittenen Linie. Der Dreibund kann dabei ruhig fortbestehen und alljährlich die von dem Grafen Goluchowski oder dessen Nachfolgern seiner

„Unerschütterlichkeit" angezündeten Weihrauch-Opfer entgegennehmen. Er hat sich für Oesterreich in seiner ihm dermalen zunächst liegenden Lebensfrage, der orientalischen, endgültig als ungenügend erwiesen. Er ist darum, wie der polnische Graf Dzieduszycki in der Delegation sagte, für Oesterreich nur noch insoweit gut, als er den Frieden erhalten hilft und der Monarchie ebenso freie Hand läßt, wie ihren Verbündeten, aber die Sympathien für denselben sind, nach dem Zeugnisse des magyarischen Delegierten Hollé, nun auch in Ungarn ebenso erkaltet, wie sie es vorher schon in Oesterreich waren, und er kann, wie der czechische Delegierte Kramarz sich ausdrückte, so lange er noch besteht, jedesfalls nicht die einzige auswärtige Stütze des Reiches sein. So hat sich dasselbe bei Rußland nach der ihm vom Deutschen Reiche versagten Rückendeckung im Orient umgesehen und besitzt, nachdem es dieselbe gewonnen, an dem Dreibunde und insbesondere an dem reichsdeutschen Bündnisse, das lediglich zur Verteidigung gegen Rußland geschloßen war, nur noch insoweit Interesse, als es durch diese Alliance — gegen die Angriffe seiner daran beteiligten Alliierten selbst geschützt wird. Dieser Nutzen war aber schon von Haus aus durch die in den Dreibunds-Verträgen stipulierten eventuellen österreichischen Gegenleistungen zu teuer bezahlt. Jetzt, wo für Oesterreich einerseits die russische Gefahr durch das Abkommen von 1897 beseitigt erscheint, andererseits sein Dreibunds-Risico durch die nebelhafte reichsdeutsche „Weltpolitik" ins Uferlose gesteigert wird, macht sich jene Ueberzahlung um so empfindlicher fühlbar und drängt langsam aber sicher zu immer weiterer Lockerung und Ausleerung der Dreibundsformen.

An dieser Entwickelung vermag weder das „Herzensbedürfnis", als welches deutsche Delegierte wiederholt den Dreibund erklärten, noch auch das begreifliche Zögern des Kaisers Franz Joseph etwas zu ändern, durch Abwendung vom reichsdeutschen Bündnisse und völlige Zuwendung zu dem russisch-französischen Zweibunde seinerseits die letzte Consequenz aus dem ihm frevelhafter Weise aufgezwungenen Austritt aus dem gesamtdeutschen Bundesverbande zu ziehen. Die Dinge sind eben stärker als die Menschen, und so muß sich auch hier die innere und äußere Entwickelung Oesterreichs stärker erweisen als die zärtlichsten deut-

tumes kämpfenden Deutschen in Oesterreich und Ungarn aufzurufen. In der Tat ein Widerspruch, wie er klaffender nicht gedacht werden konnte.

Aus dem Deutschen Schul-Verein gieng der Alldeutsche (oder, wie er sich anfangs nannte, der allgemeine deutsche) Verband hervor, und der Widerspruch zwischen dem nationalliberalen kleindeutschen Fühlen und dem großdeutschen Wollen wurde ihm als Pätengeschenk bereits in die Wiege gelegt. Karl Peters, der Vater des neuen Vereins, brachte als Begründer der deutschen „kolonialpolitischen Totenfelder" zugleich das Interesse für überseeische Betätigung mit, und so ist dieser Verein einer der ersten Rufer im Kampfe um das größere Deutschland über See geworden.

So tritt uns in diesen neuesten Rettern des bedrohten Vaterlandes eine ganz besondere Gattung von Deutschen entgegen. Erwachsen in der Schule des Bismarck vergötternden überzeugungslosen Nationalliberalismus, der, seinem Namen zum Trotz, stündlich bereit war, Volk und Freiheit zu verraten, nehmen sie es gleichfalls nicht allzu genau mit Freiheit, Ehre und Recht. Bismarck ist ihnen der Inbegriff aller statsmännischen Weisheit und — Moral, nichts desto weniger geben sie aber zu, daß er die deutsche Frage nicht gelöst habe, und meinen, daß nunmehr sie berufen seien, den gordischen Knoten zu durchhauen. Das Hauen, vorläufig allerdings nur mit Worten, ist überhaupt ihre Stärke, und es gibt kein Volk der Erde, die Russen ausgenommen, dem sie nicht gelegentlich eine gehörige Tracht deutscher Prügel zudächten. Den Russen gegenüber ist diesen Urgermanen die Vorsicht der beßere Teil der Tapferkeit; sie möchte man sich gerne zu Freunden machen, sei's auch um den Preis von Konstantinopel und einen Teil der österreichischen Monarchie. Den andern Teil Oesterreichs aber, und zwar die ehemaligen Bundesländer, hofft man nachher mit gütiger Erlaubnis der russischen Freunde sich selbst aneignen zu können. Mit den Millionen Slaven, die in diesen Ländern leben, gedenkt man aber nach Bismarckschem Recept zu verfahren und ihnen par ordre du moufti den Garaus zu machen, d. h. sie zu germanisieren.

Und solches geschieht in einer Zeit, in der aus Westen,

Norden und Osten Klagen über Klagen kommen, daß die preußische Regierung der Hand voll Fremder in ihren Grenzen nicht Herr zu werden vermag, daß vielmehr gerade durch die unter Bismarck eingeleitete Gewaltspolitik eine Stärkung der Polen, Dänen und Franzosen und — unerhört aber wahr! — ein Zurückdrängen des mit allen Stats- und Machtmitteln ausgestatteten Deutschtums herbeigeführt worden sei!

Wie überall, so schreiten auch hier diese Jungen in den Fußstapfen der ältesten und unbedingtesten Verehrer des eisernen Kanzlers, der Nationalliberalen; steuerten doch diese mit der ihnen eigenen Charakterlosigkeit, allen kleindeutschen und sonstigen Grundsätzen zum Trotz, bereits auf das gleiche Ziel los. — Wenn man ehemals ihnen gegenüber den Vorwurf erhob, ihre Einigung sei vielmehr eine Zerreißung Deutschlands, da ja ein volles Drittel des historischen Deutschlands jetzt losgetrennt und hinausgestoßen sei, so konnte man hier und da das verschämte Geständnis hören, man wiße das sehr wol, es hätte sich eben vorläufig nicht anders machen laßen, doch komme Zeit, komme Rat. Gelegentlich werde man schon die noch draußen stehenden deutschen Länder Oesterreichs hinzu erobern und die heute allerdings noch unvollkommene Einheit zu einer vollständigen machen. — Aus Bismarcks Aeußerungen dem Münchener Sepp gegenüber und aus den Darlegungen, die der Bismarcksche Intimus Wagener vor einer Berliner Studentenversammlung gab, geht deutlich hervor, daß der Veranlaßer der 66er Entscheidung selbst diesem Gedankengange nicht fremd gegenüberstand.

Da redet man heute mehr als je — und im Lager der Alldeutschen nicht am wenigsten — von der deutschen Offenheit, Wahrhaftigkeit und Treue. Wie aber verhält sich das mit dem eben gekennzeichneten Verhalten den österreichischen Bundesgenoßen gegenüber? Und wie soll man nun gar über dieses Benehmen vom politischen Standpunkt aus urteilen? Sind es doch dieselben Leute, die uns hier entgegen treten, die seit Jahrzehenden uns in allen Tonarten glückberauschter Begeisterung vorgesungen und vorgejubelt haben, daß der innigste Wunsch des deutschen Volkes erfüllt sei, daß der Jahrhunderte alte Traum von der deutschen Einheit seine herrlich glänzende Verwirklichung gefunden habe, die

nun heute auf einmal von neuem anfangen, die Deutsche Frage zu lösen; sind es doch dieselben glühenden Bewunderer und Anbeter des „größten deutschen Statsmannes", die es heute als die unerläßlichste Bedingung für Deutschlands Fortbestand bezeichnen, daß die vornehmste und grundlegendste Tat Bismarcks, mit der allein sein Ruhm steht und fällt, — die Losreißung Oesterreichs — wieder rückgängig gemacht werde! Diese Patrioten scheinen wirklich gar nichts davon zu merken, daß sie sich selbst ins Gesicht schlagen, wenn sie heute mit denselben Forderungen und Entwürfen vor die Welt treten, die die Großdeutschen schon vor 50 Jahren der Verwirklichung nahe brachten und die nur scheiterten, weil sich ihnen eben jener „große Statsmann" mit seinem Anhang entgegen stellte, um selbstischen Plänen zu Liebe aus Großdeutschland ein Großpreußen zu machen. Was bei den Großdeutschen und bei allen anderen ehrlichen und urteilsfähigen Menschen von Anfang an als Ueberzeugung feststand, das mußten sich diese Neu- und Alldeutsche erst auf dem Umweg über Gotha, Königgrätz und Sedan kümmerlich zusammen lesen.

Aber die ungeheuerlichste Leistung auf politischem Gebiete bleibt bei alledem die Anrufung Bismarcks und die Berufung auf seine unerreichte Statskunst und Deutschheit, während man sich mit der Lösung der deutschen Frage in Oesterreich beschäftigt. Diese Leute scheinen wirklich von dem hierin liegenden unerhörten Widerspruch keine Ahnung zu haben, wie sie überhaupt über alles Tatsächliche hinweggehen, als wäre es nicht da! Es ist das freilich die gemeinsame Eigenschaft aller Bewunderer Bismarckscher „Realpolitik", der Triebsand, auf den sie alle bauen.

Sie betrachten nach dem glorreichen Vorgang ihres „Historikers" Treitschke die Geschichte nur als Werkzeug zur Verherrlichung Bismarcks und der Hohenzollern, schwindeln alles Unbequeme hinaus und lügen sich das, was sie brauchen, hinein. So gewinnt natürlich das Bild von 1866 ein ganz anderes Aussehen, das aber eben mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hat. Und so mag es wol gelingen, trotz der berüchtigten Proclamation „An die Bewohner des glorreichen Königreichs Böhmen", in der den Czechen ihr czechisches Königreich in Aussicht gestellt wird, trotz des Bündnisses mit den das Deutschtum austilgenden Magyaren,

trotz der Stoß-ins-Herz-Depesche, Bismarck als einen Schützer des österreichischen Deutschtums darzustellen, und so wurde es sogar möglich, die Verstimmelung, die durch die Hinausstoßung Oesterreichs herbeigeführte Zerreißung Deutschlands, eine Wiederherstellung und Einigung zu nennen! Und so läßt es sich schließlich erklären, daß solche ebenso unwißende wie anmaßende Leute sich vermeßen, eine der ernstesten, schwierigsten und verwickeltsten Angelegenheiten nur so über's Knie zu brechen.

„Eine Phantasiegeschichte gebiert einen Phantasiestat", ruft Trautwein v. Belle* schon den Nährvätern dieser Bestrebungen zu, „und der Phantasiestat soll eine Phantasiepolitik vollführen. Wenn es dann anders kommt, als die Einbildung hat erwarten laßen, wenn der Strom der überkühnen Entwürfe in die Katastrophe hineintreibt, alsdann wundert man sich! An das Wesentliche, nemlich an die Einwilligung der mithandelnden Personen, welche eben die wirklichen, historisch gewordenen, das eigene Land umgebenden Staten sind, hat man natürlich gar nicht gedacht! Diese Einwilligung versteht sich nach doctrinärer Anschauungentweder von selber oder sie wird auf oberflächliche Beobachtungen und ehrliche Erkundigungen hin gutmütig angenommen. Ein schönes Verfahren, zumal in dem Zeitalter des Cäsarentums und des Materialismus! Als wenn die praktische Politik nach den gutmütigen Einbildungen dilettantischer Traumseligkeit und nicht nach den bleibenden Interessen, nach der Natur, dem historischen Wesen und den Ueberlieferungen der Staten sich regeln müße."

(Fortsetzung folgt.)

Heldenhafte Unfehlbarkeit.

Im Jahre 1893 hatte der Berliner Kammergerichtsrat Ernst Wichert „ein vaterländisches Schauspiel" fertig gestellt und reichte es unter dem Titel „Der große Kurfürst in Preußen"

* Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1869, I, S. 4.

der Generalintendanz der königlichen Schauspiele zur Aufführung ein. Ganz ohne Sorgen war er dabei nicht. Sein harmloses Lustspiel „Ihr Taufschein“ hatte zwar Wolgefallen vor den kritischen Augen der Censur gefunden, als er dann aber wegen eines neuen Stückes den Rat des Hofbühnen-Censors einholte, hatte ihm dieser eingeschärft: „um Himmels Willen kein Trauerspiel zu bringen; es fehle dafür beim Publikum durchaus an Teilnahme. Allenfalls ein modernes Schauspiel, am liebsten aber wieder ein Lustspiel, das aber nicht politisch sein, kirchliches Gebiet nicht berühren und sich von jeder Satire gegen die höhere Gesellschaft frei halten müße.“ Nun hatte er aber doch ein Schauspiel verbrochen, aber es war ein „vaterländisches“. Der Kammergerichtsrat und Dichter war sich bewußt, darin sein Möglichstes an loyaler Gesinnung und unentwegter Verherrlichung des Herrscherhauses geleistet zu haben, und das gab ihm den Mut, Einlaß für sein Erzeugnis bei der königlichen Bühne zu begehren. Daß und warum das Wagnis gleichwol mislang, ist für die heutige Pflege nicht sowol der Kunst — denn dazu möchten wir die poetischen Abfälle des Wichertschen Actentisches überhaupt nicht rechnen — wol aber der sogen. patriotischen Dichtung so bezeichnend, daß wir von diesem erst jetzt bekannt gewordenen Vorgange als von einem kulturgeschichtlich höchst merkwürdigen signum temporis Kenntnis nehmen müßen.

Hören wir zunächst Herrn Wichert selbst darüber, der in seinen kürzlich unter dem Titel „Richter und Dichter“ erschienenen Lebenserinnerungen die Sache wie folgt erzählt: „Ich wußte, daß das königliche Schauspielhaus die generelle Erlaubnis erhalten hatte, Hohenzollernstücke bis einschließlich Friedrich den Großen ohne nachzusuchende Genehmigung auf die Bühne zu bringen. Bald darauf sprach ich den Intendanzrat Professor Taubert. Er sagte mir, daß Bedenken entstanden seien, ob der Kaiser eine Annahme dieses Stückes billigen werde, da der Kurfürst sich doch wol in seinem Gewißen belastet fühle und deshalb nachgebe. Jedesfalls würde erst Vortrag gehalten und ein umständliches Exposé eingereicht, dann aber abgewartet werden müßen, ob der Kaiser etwa eine Vorlesung befehle. Ich machte darauf aufmerksam,

daß der Patriotismus doch viel stärker und wirksamer angeregt werde, wenn die Hohenzollern als die großen Regenten, die sie gewesen, ohne offenkundige Geschichtsfälschung und byzantinische Adoration dargestellt würden. Er meinte aber, man sei durch einen andern Dichter [gemeint ist der bekannte borussische Tam-Tamschläger Ernst v. Wildenbruch] sehr verwöhnt worden. Ich hielt die Sache da verloren und erhielt dann auch wirklich ohne daß beim Kaiser angefragt war, ablehnenden Bescheid. Man wolle, hieß es dann, die **Hohenzollern** auf der Hofbühne **nur in heldenhafter Unfehlbarkeit** sehen."

Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieser von dem ersten theatralischen Kunstinstitute Preußens getroffenen Entscheidung ermeßen zu können, müßen wir uns nach Stoff und Behandlungsweise des fraglichen Stückes umsehen, welches im Herbst desselben Jahres nun unter dem Titel „Aus eigenem Recht" auf dem Berliner Theater des Herrn Barnay zur Aufführung gelangte und damals, wo man seine eben erzählte Vorgeschichte noch nicht kannte, ein nicht geringes patriotisches Geräusch verursachte.

Das Stück behandelt die Vergewaltigung und Zertretung der verbrieften Freiheits- und Selbständigkeitsrechte der Stadt Königsberg und ihres großen heldenmütigen Vertreters, des Schöffenmeisters Hieronymus Rhode durch den sogenannten „Großen Kurfürsten". Hieronymus Rhode hat bekanntlich für das gute Recht seiner Vaterstadt alles, Eigentum, Freiheit und Leben, willig aufgeopfert und die ihm zugemutete Bitte um „Gnade" verächtlich zurückgewiesen, weil ihm an des Kurfürsten Gnade gar nichts, alles aber am Rechte gelegen war.

Der Leser denkt nun vielleicht, daß bei einer dichterischen Behandlung jener Begebenheit Hieronymus Rhode selbstverständlich als Mittelpunkt und Held des Stückes erscheinen müßte. Hätte doch diese trotzige Reckengestalt echten deutschen Bürgertumes längst schon ihre Verewigung nicht bloß durch den Geschichtsschreiber, sondern auch durch den Dichter, Maler und Bildhauer und zwar in weit höherem Grade verdient als die zweifelhaften und untergeordneten „Größen", denen der heutige Erfolgskultus in der bildenden und darstellenden Kunst auf

Schritt und Tritt zu huldigen befliſſen iſt. Der Leſer gibt vielleicht ſogar der verwegenen Anſicht Raum, daß eine Dramatiſierung der erſchütternden Kämpfe und Leiden jenes alten Königsberger Schöffenmeiſters wie kaum ein anderer Gegenſtand geeignet wäre, der heutigen Bevölkerung Preußens die ſittliche Herrlichkeit und den unvergänglichen Wert der Vertretung des Rechtes und der nur in dem Rechte beſchloßenen und zu behauptenden Freiheit zum Bewußtſein zu bringen und ſo, dem in der Politik wie auf allen Lebensgebieten herrſchenden Materialismus der force majeure gegenüber, wieder einmal die Souveränetät der idealen Lebensanſchauung ins Bewußtſein zurückzurufen.

Aber der Leſer würde mit derartigen Vermutungen nur die Naivetät ſeines provinzialen Gemütes bezeugen und verraten, daß er hinter dem Geiſte, der nunmehr faſt ſeit einem Menſchenalter von der „Metropole der Intelligenz“ aus nicht nur die deutſche Politik, ſondern auch die deutſche Kunſt dirigiert, erſchreckend weit zurückgeblieben iſt. Herr Wichert iſt ſich jedesfalls auch ſchon vor der empfindlichen Belehrung durch die königliche Theater-Intendanz ſehr wol bewußt geweſen, daß er ſich dergleichen nicht zu geſtatten habe, wenn er in ſeinen kammergerichtsrätlichen Mußeſtunden die Acten ungeſtört auf den vaterländiſchen Helicon tragen wolle. Wahrſcheinlich hat er von der ihm, unſern altmodiſchen Begriffen nach, durch ſeinen Stoff geradezu auferlegten künſtleriſchen Verpflichtung nicht einmal eine blaße Ahnung gehabt, was ja auch gar nichts abſonderlich überraſchendes wäre. Jedesfalls hat er jene Verpflichtung ſogar in ihr gerades Gegenteil verkehrt, indem er nicht den Vertreter, ſondern den Vernichter des Rechtes und der Freiheit zum Helden ſeines Stückes erkor und ſich dabei offenbar von dem behaglichen, wenn auch, wie wir geſehen haben, trügeriſchen Gefühle geſchwellt fühlte, den „vaterländiſchen“ und „nationalen“ Ideen, wie ſie durch das Jahr 1866 im neuen Deutſchland zur officiellen und tatſächlichen Herrſchaft gelangt ſind, den völlig zeitgemäßen jambiſchen Ausdruck verliehen zu haben.

Gewiß hat Friedrich Wilhelm von Brandenburg den brandenburgiſch-preußiſchen Stat begründet. Aber wie hat er das gemacht! Während der größeren und tatenreichſten Zeit

seiner Herrschaft nahm er als geheimer Söldling Frankreichs das Gold mit möglichst vollen Händen von diesem damals gefährlichsten und unversöhnlichsten Feinde Deutschlands, gegen die Verpflichtung, Kaiser und Reich und ihren vitalsten Interessen überall möglich hindernd in den Weg zu treten. Nur dann, wenn der Kaiser ihm einmal größere Vorteile bot, zeigte sich dieser Mann, dem sein Zeitgenosse, der große Leibnitz, die Devise auf den Leib schrieb „Wer mir am meisten gibt, dem adhäriere ich", geneigt, seine Pflicht gegen das Vaterland zu tuen. Seine Verträge mit Louis XIV. und seine demütigen Schmeichelbriefe an denselben liegen heute urkundlich vor und beweisen, daß er es war, der nicht nur den Franzosen-König im Besitze Straßburgs gegen die Zurückeroberungspläne des Kaisers schützte und ihm den Raub des achten Teiles des Reichsgebietes durch die berüchtigten Reunionskammern ermöglichte, sondern der sich auch förmlich und feierlich verpflichtete, alles zu tuen, damit die Krone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation dem Hause Frankreich übertragen werde. „Die Sache ist die" — sagt der Historiker Legrelle in seinem auf Grund der französischen Statsarchive gearbeiteten Werke „Louis XIV. et Strasbourg" — „daß dieser kleine Despot, ausschließlich Preuße, weil Preußen er selbst, und keineswegs Deutscher, weil Deutschland die Andern, nur eine einzige Leidenschaft kannte: die Habsucht, ebenso wie seine Politik nur eine der einfachsten Triebfedern besaß: die Opportunität." Dabei kannten ihn seine französischen Soldgeber, ebenso wie die deutschen Reichsfürsten, als den unzuverläßigsten und treulosesten Vertragsgenoßen. Gervinus in seiner „Geschichte des 19. Jahrhunderts" nennt ihn einen Meister in den Künsten „des Windens und Wendens, des Schleichens und Lauschens, der List und der Arglist, der Zweizüngigkeit und der Zweideutigkeit", und sogar einer seiner neueren Panegyriker, Georg Hiltl in seinem Buche „Der große Kurfürst und seine Zeit", erzählt, daß „die Leichtigkeit, womit er feierliche Verträge noch im Augenblick des Abschlußes brach, selbst seine Räte mit einigem Grauen vor ihrem Gebieter erfüllt habe."

Als derselbe Typus des Gewalts- und Nützlichkeitspolitikers

aber, der er in der sogen. auswärtigen Politik war, erwies er sich auch im Innern, seinen eigenen Ständen und Untertanen gegenüber. Das mag uns hier ein begeisterter Preuße, der Schlesier Eberty bestätigen, der in seiner „Geschichte des preußischen States" von diesem „Großen Kurfürsten" folgendes erzählt: „Mit dem festen Entschluße sich zum Selbstherrscher zu machen, nahm er auf die verbrieften Rechte des Adels und der Städte ebensowenig Rücksicht als auf seine eigenen stets wiederholten feierlichen Zusagen und Abmachungen" (I, 531). . . „Die von ihm erlaßenen Landtagsrecesse fließen über von Versicherungen seiner fürstlichen Aufrichtigkeit und den Versprechungen, die Rechte der Stände zu bestätigen, in demselben Augenblicke, wo er bereits entschloßen war, sein Wort nicht zu halten" (I, 686). . . „Aus ganz ähnlichen Gründen wird es erklärlich, wie sich der Kurfürst oft treulos und wortbrüchig zeigte, wenn er fremden Fürsten oder seinen eigenen Ständen gegenüber trat, sodaß er z. B. niemals listiger und ränkevoller in die Privilegien des preußischen Landtags eingegriffen hat als in dem Augenblick, wo er demselben zurief, man solle auf sein ehrliches kurfürstliches Wort vertrauen und nicht glauben, daß er mit Sophistereien umgehe usw." (I, 711).

Das ist der Mann, gegen den ein Christian Ludwig von Kalckstein die in voller Uebung und Gültigkeit befindlichen ständischen Rechte und Freiheiten der ostpreußischen Ritterschaft, ein Hieronymus Rhode die nicht minder zweifellosen Gerechtsame der Stadt Königsberg pflichtmäßig und mit dem heiligen Ernste rechts- und freiheitsliebender Männer verteidigten, — ein Unterfangen, das der eine mit der Tortur und dem Galgen, der andere mit dem langsamen Verschmachten in einer brandenburgischen Festung nach sechzehnjähriger Gefangenschaft zu büßen hatte.

Unbefangene, von der Berliner Großstadts- und der preußischen Großmachtsluft noch nicht imprägnierte Gemüter haben damals den stärksten Anstoß daran genommen, daß Herr Ernst Wichert, Kgl. preußischer Kammergerichtsrat und „vaterländischer" Dichter im Nebenamte, sich in ungezählten Jamben damit abquälte, nicht das wirkliche Recht und seine todestreuen Zeugen, sondern

im directen Gegensatze dazu, den euphemistisch als „eigenes Recht“ bezeichneten Wortbruch und die Gewalttätigkeit als das vaterländisch Anbetungswürdige dichterisch zu verherrlichen! Poetische Lobpreisungen des Unrechts und der Gewalt an sich waren ja schon vorher durchaus nichts seltenes. Das Unterfangen aber, das unbestreitbare, zweifellose, handgreifliche Recht und das nicht minder feststehende, leibhaftige Martyrium der Treue gegen dieses Recht nicht nur als alten Trödel und vergilbten Plunder herabzuwürdigen, sondern ihm auch, so zu sagen ins Angesicht hinein, die pure blanke Gewalt und Willkür als das sittlich höhere und vaterländische errettende Princip in ellenlangen jambischen Tiraden zu preisen, — das war doch ein weiterer Fortschritt zum Schlimmern, ein noch tieferes Herabsinken der neudeutschen „vaterländischen Dichtung“ in das poetische Elend und die sittliche Begriffsverwirrung, durch die sich das einstige Volk der Denker und Dichter heute auszeichnet.

Die Strafe bleibt freilich auch den poetischen Sünden nicht erspart, und Herr Ernst Wichert hat sie, wie wir nunmehr wißen, sogar in empfindlichster Gestalt erfahren müßen. Als Strafe mußte schon die keineswegs ungeteilte vaterländische Begeisterung gelten, welche diese poetische Geschichtsverrenkung gleich nach ihrem Bekanntwerden erregte. Man lachte über die Tragikomik, welcher der kammergerichtsrätliche Poet und Vorsitzer des Vereins „Berliner Presse“ dadurch verfallen, daß er der Versuchung nicht hatte widerstehen können, einen der stupidesten Handwerkskniffe der gesinnungstüchtigen „vaterländischen Geschichtsschreibung“ nun auch in „vaterländische“ Jamben zu bringen, den Kniff nemlich, den „Großen Kurfürsten“ und ähnliche Zeitgenoßen von der famosen „deutschen Mission Preußens“ bereits ganz in dem nationalliberalen Jargon von 1860—70 sprechen und so tuen zu laßen, als hätten sie mit Bismarck schon das italienische Bündnis vom 8. April 1866 geschloßen, den „Stoß-ins-Herz“ verfaßt, die Emser Depesche redigiert und den Bayernkönig seinen Kaiserbrief „richtig abschreiben“ laßen. Für solche groteske Anachronismen hat schließlich doch auch der eingefleischteste Preuße nur ein grausames Lächeln, welches der von Herrn Wichert mit so emsigem Fleiße erstrebten Erhabenheit seines vaterländischen Dramas zum

unheilbaren Verderben gereichte. Dazu kam weiter, daß dem Stücke, trotz des ihm gespendeten Berliner Beifalles, von unbefangenen urteilsfähigen Kritikern bezeugt wurde, es errege keine vaterländisch erhebende, sondern im Gegenteil eine geradezu katzenjämmerliche Stimmung und leide überdieß an grausiger Langerweile. „Um dennoch zu seiner Hrrrenverehrung zu gelangen, schrieb damals ein Mitarbeiter der „Frankfurter Ztg.", muß der Dichter mit toten Phrasen von höherer Statsraison das heiße, lebendige Rechtsgefühl erwürgen. Darum war mir so elend zu Mute, viel elender, als bei der schmetternden Fanfaronnade eines Wildenbruch. Denn ich kenne keine Kömödie, in der das Wort „Macht geht vor Recht" und „Des Fürsten Wille ist das oberste Gesetz" so temperamentslos und sophistisch gepredigt wird. Dem Kampfe des Schöffenmeisters konnte ich teilnehmend folgen; vom höhern Rechte des Fürsten war ich nirgends überzeugt."

Das Aergste aber, was den „vaterländischen Dichter" Ernst Wichert betreffen konnte, war doch, daß sein im Schweiße des Angesichtes gereimter Patriotismus gerade von der competentesten Jury immer noch für ungenügend befunden wurde. Wol hatte er von Kaiser Wilhelm II. nach der Aufführung des Stückes im Berliner Theater den roten Adlerorden vierter Klasse erhalten und die gütigen Worte gehört, es freue den Kaiser, daß er seinen Vorfahr „so gut behandelt und auch der Gegenpartei ein gewisses Recht zugebilligt habe." Vor der zuständigen Jury vaterländischer Kunst dagegen war gerade dieses der Gegenpartei zugebilligte „gewisse Recht" und die schüchtern angedeutete Gewißensbedrückung des hohenzollernschen Helden dem Stücke zum entscheidenden Verbrechen angerechnet worden. Diese Jury hatte entschieden, daß „man" — auch auf Kosten „offenkundiger Geschichtsfälschung und byzantinischer Adoration" — „die Hohenzollern auf der Hofbühne nur in heldenhafter Unfehlbarkeit sehen wolle." Ist ihnen doch diese heldenhafte Unfehlbarkeit von der höfischen Geschichtsschreibung schon längst zugebilligt worden, kann da die höfische Bühne zurück bleiben?

Auch Herr Wichert hatte es ja gar nicht anders gewollt. Nur reichte das Maß seiner Kräfte nicht ganz aus. Er sah — und das eben war seine empfindlichste Strafe — seinen besten

Willen, seine mühseligsten Anstrengungen von einem Wildenbruch überholt. Heute aber ist auch Wildenbruch schon von Joseph Lauff geschlagen. Welche Darstellung der „heldenhaften Unfehlbarkeit der Hohenzollern" werden der nächsten Zukunft noch genügen? W. H.

Im Zeiten Graus Halt aus!

Auf der hohen Bergeskuppe
Frierend und sturmumtobt,
Stand ich im Wolkenmeere der Frühe,
Schaute dem Kampfe der Sonne zu,
Die mit Sturm und Nebel rang.

Zeig dich nur, Sonne, denn du bist da!
Was wir erblicken, das sehn wir nur
Im Lichte, das von dir scheint. — —
Schlagen die Wolken die Wagenburg
Wallender, brauender, flatternder Nebel
Ueber uns, unter uns, um uns,
Laßen kein einig Ritzlein frei —
Nebel, Nebel, Nebel ringsum!
Sturmgepanzert und sturmzerzaust
Sammeln sie sich zum rasenden Anlauf
Ballen sie sich in unabläßig
Dicht nachdrängenden Massen — — —
Sonne, dir bieten wir Trotz:
Wir umfangen mit breiten flatternden Armen,
Halten dich, bannen dich fest im Nebelkerker
Weichen nicht, ergib dich!
Du entrinnst nicht, ergib dich!
Gib dich, Sonne, denn unser bist du!

Sieh, da fegt die Windsbraut
Borne die Kuppen frei.
Durch die wogende Nebelflut
Leise mit raschem Zug

Schiebt im tiefen Erglühen des Purpurs,
Wie verstohlen, am Himmelsrande
Mutter Sonne ihr Fensterlein auf,
Mit den Rosenfingern der Morgenröte
Hinter dem dichten Wolkengraus
Strahlenglitzernd ihr Fenster. — —
Ich bin da und bin die Sonne!
Sonne bin ich und bin da,
Born und Spenderin des Lichts!
Leben bring ich und Hoffnung,
Hoffnung und Leben bring ich,
Freude den Trauernden.
Oeffn' ich des Hauses smaragdne Pforten,
Glüht es und blitzt im Lichtgeschmeide
Blüht es und quillt und prangt
Lebt und webt in Land und Meer,
Singt und klingt auf Berg und Flur
In des Atmens, Lebens und Schaffens
Immer erneutem Freudenfest,
Quillt aus ewiger Fülle,
Sproßt im fernsten Winkel.
Ich bin da, das Licht der Gotteswelt,
Leben bring ich, und Trieb,
Blüt und Frucht und Segen,
Kraft und Freud' — ich bin da!!

Ach, nur ein Blick wars! — —
Aber halt, da wieder und wieder
Stolzer noch, größer und heller
Blinkt das kristallene Tor auf — — —
Doch in neidischem Ingrimm
Wälzt das Wolkenmeer wieder und wieder
Sturmgejagte Wellen voran,
Schließt den Wall mit festen Riegeln,
Bäumt sich, ballt sich, wogt und braut
Rastlos im immer erneutem Andrang.

Müd und fröstelnd
Such ich des Zimmers
Warme, schützende Stätte
Müd und verzagt auf.

Nebel und Sturm, ich laß euch walten
Im nie endenden Ringkampf!
Siegende Sonne, wo bleibst du?
Allbeherrscherin, strecke dein Scepter aus,
Gürte dein Schwert um, schütze dein Reich!

Menschlein, du armes, auf steiler Warte
Stehst du frierend und sturmumtobt,
Bohrst du den Blick durch Wolkengraus
An des Jahrhunderts Wende:
Zeig dich, Sonne, den Suchenden,
Zagenden zeig dich, du bist doch da,
Sonne der lautern Wahrheit, der ewigen Liebe!
Sehn wir doch erst in deinem Lichte
Gott und Welt und uns selber inmitten.
Durch dich, ewige Lieb, allein
Atmen, leben, schaffen und lieben wir.
Ohn dich, wärn wir samt und sonders
Traumumfangen, mit Blindheit geschlagen,
Taub und stolz in törichtem Dünkel,
Klebten wir nur am Staub und Schaume,
Irrend im Vorhof des ewigen Todes. — —
Zeig dich, und brich die Nebelwand
Zweifelnder Fragen, Sorgen und Aengste:
Tiefe, grübelnde Gedanken,
Hohe, flatternde Entwürfe
Wühlen und wogen auf und nieder,
Drängen sich, bäumen sich, hastend ohn Ende,
Immer das Nächste, das Vorge verjagend. —
Allgewaltige Gottesmacht,
Wirf sie alle hinunter
In die brodelnde Tiefe hinab,
Jäh von Klippe zu Klippe!
Unter dich wirf sie, und leuchtend erstehe,
Füllend das All mit deiner Strahlenpracht,
Deiner allbelebenden Glut!
Laß dich selber uns schauen,
Nicht den Schein nur, dich selber!
Leuchte, du Allerleuchterin! —
All das Denken und eitle Wißen,
All das Meinen und stolze Träumen,

All das kecke Stürmen zum Himmel
Weiche dem blitzenden siegenden Blicke
Deiner strahlenden Majestät!
Rede, untrüglicher Mund,
Rede und richte und schlichte,
Schlichte den Streit der Meinungen selber! — — —
Herr, wir kämpfen, hilf uns!
Herr wir weinen, tröst uns!
Herr, wir fragen, o gib uns Antwort!

Stille dein Herz und harre,
Glaub und hoff und harre,
Zagendes, fragendes Menschenkind!
Hinter Sturm und Wolkengraus
Im grauen, wilden Gemenge
Bin Ich, der war und sein wird,
Bin Ich da von Ewigkeit zu Ewigkeit,
Wahrheit und Gnade und Lieb und Leben.
Ich bin da und leuchte dir,
Ich bin da und helfe dir,
Ich bin da und tröste dich!
Vorne der Kampf, Ich bin der Sieg,
Vorn das Ringen im Dunkeln,
Lichter Frieden bei Mir!

Stumm der Himmel, wolkenvermauert,
Flimmernder Trugschein nur
Winkte dem irrenden Blicke,
Aeffte die blöden Sinne
Mit dem flackernden Spiele der Bilder.
Da ward Ich das Wort,
In der Propheten Munde das Wort.
Kündete Gnad und den Trost der Vergebung,
Heilung des Treubruchs, der Todeswunden,
Tilgung der Schuld und Friedens- und Lebens-Bund!
Und in der Zeiten Fülle
Ich, das Wort, ward Fleisch,
Ward des Menschen Sohn, ließ erschauen
Heilsame Gnad und lichte Herrlichkeit
Des vom Vater allein Gebornen.
Licht vom Licht und Leben vom Leben,

Gab, erfüllend des Bundes Verheißung
Und des Vaters ewigen Ratſchluß,
Mich in den Tod für dich!
Kehrte zum Vater und gab den Geiſt,
Der aus Meinem Werk und Todeskampf
Himmliſchen Frieden und Leben erweckt
Allen berufenen, gläubigen Sündern.

Aber vor den Gluthblick der Liebe,
Vor den flammenden Opferaltar
Schoben ſeitdem und wälzten und drängten ſich
In den Stürmen und Wirren der Zeiten
Wolken und Wolken und wieder Wolken,
Schloßen die weiten Himmelstore
Dicht mit Riegeln und Wällen des Nebels,
Und verwahren noch immer die Feſtung. —
Und noch immer von unten braut es:
Zweifel und Irrtum und loſe Verführung,
Meinen und Fragen und müdes Verzagen,
Sünd und Frevel und ſchwere Verſchuldung,
Oben der Uebermut der Mächtigen,
Unten der Kleinen Trotzen und Fluchen,
Greuel und Schändung des heiligen Bodens.
Und noch immer zum lichten Himmel
Schreit das Blut des gerechten Abel,
Heiſchend die Rache des Brudermords — ⸗ —
So wirds bleiben und ruhelos walten,
Wachſen in Sturm und Wolken und Wirrſal,
Bis ans Ende und bis Ich komme,
Frieden mache, vollende Mein Reich.
Mein dann der Sieg und die Macht und Herrſchaft
Ohne Zeit im Walten der Ewigkeit!
Drum, du Menſchenkind, ſteh und kämpfe,
Harr und hoff und glaub und bleibe!
Durch den wallenden Nebelgraus
An der Zeiten Wende erblinkt dir
Fern im Oſten der Morgenſtern.
Laß ihn im Herzen,
Dir im harrenden Herzen aufgehen!
Wolken entquellen, entſteigen der Erde
Und umwallen die gähnende Tiefe;

Licht und Heil und Leben
Strömen aus ewiger Fülle
Siegend vom Himmel hernieder,
Wolken und Dunkel verjagend. — — —
Einst im gnädigen Jahre des Herrn
Wird der Tag des Gerichts erscheinen,
Wie der Blitz. Lebendigen und Toten.
Dann geht mitten aus Wolkengedränge
Siegend das Zeichen des Menschensohns auf,
Der in der Fülle der himmlischen Macht kommt.
Weit erschließt sich des Himmels Pforte,
Und es ersteht am Tage der Wiedergeburt
Himmel und Erde in prächtger Verjüngung,
Gottes Schöpfung in Wunderverklärung.
Und die Stunde der Freiheit schlägt dann
Allen gefangenen Todeskindern,
Allen Gebannten in Wolk und Dunkel,
Die zu des Lichts und des Friedens Stunde
Still sich in Glauben und Liebe gerüstet,
Sehnend zum Kommen des Herrn und Königs
Ihren hoffenden Blick gerichtet.
Heil dir, dann kommt Er, und prangend holt Er
Seine harrende Braut auf Erden
Wie im Traume zur himmlischen Hochzeit,
Zu des Lebens ewigem Fest empor,
Zu der Liebe leuchtendem Freudenfest!
Und ohn Leid und Geschrei und Tränen,
Und ohn Sünd und Kampf und Sterben
Tron ich dann im erstandenen Eden
Unter den Meinen im ewigen Frieden,
Ewigen Glanze, und labe die Durstenden
An des Lebens sprudelnden Brunnen. — — —
Sieh', ich komme! So komm, Herr Jesu!
Amen, ja komm, Herr Jesu! Amen.

Paul Müller.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 45. [Neue Folge.] **Merz 1900. 9. Jahrgang.**

Burenbegeisterung und Nicht-Intervention.

Im deutschen Reichstage ist kürzlich bemerkt worden, daß die gesamte deutsche Bevölkerung vom Droschkenkutscher bis zum Minister für die Buren und gegen England Partei nehme. Das ist richtig, obwol es von Herrn Liebermann v. Sonnenberg gesagt wurde. Man darf so ziemlich dasselbe aber auch von der gesamten übrigen Welt behaupten, von einigen Ländern, wie Rußland, Frankreich, den Niederlanden, sogar noch in erheblich höherem Grade wie von dem deutschen Reichsgebiete. Woher kommt diese seltene, seit der Erhebung Europas gegen die napoleonische Weltherrschaft unerhörte Einmütigkeit der Volksstimmung?

Zum Teil gewis aus erfreulichen Beweggründen. In erster Linie hat das natürliche Rechtsgefühl, welches durch einen jeden kriegerischen Conflict herausgefordert wird, für die Burenrepubliken gesprochen, und sein Verdict ist durch zwei Umstände wesentlich erleichtert worden. Einmal durch die ungewöhnliche Klarheit der rechtlichen Lage des Streites, die wir unsern Lesern im Januarhefte dieser Blätter vorgeführt haben, und sodann durch die Tatsache, daß die mit Vergewaltigung bedrohte Partei dießmal ganz außer Stande ist, mit den Interessen irgend einer nicht-englischen Macht in nennenswerten Conflict zu geraten.

Zu dem natürlichen Rechtsgefühl kam dann das ebenso natürliche Mitleid mit dem Schwachen, welches die Vergewaltigung desselben durch eine tausendfach überlegene Weltmacht in jedem menschlich fühlenden Herzen wach rufen mußte, und welches durch die hochmütige Ueberhebung und brutale Anmaßung der Angreifer noch in empfindlichster Weise gereizt wurde. Lord Wolseleys Bezeichnung der Buren als der „dümmsten Nation der Erde", die lächerlichen Ankündigungen der Generäle, welche schon

bei der Landung das Datum ihres Einmarsches in Pretoria bekannt gaben oder ihr Gepäck bereits dahin adressierten, sind den Engländern in der Achtung der Welt teuer zu stehen gekommen, weil sie nur charakteristische Symptome der in den leitenden Kreißen der Nation verbreiteten Selbstüberhebung waren. Ebenso schädlich war ihnen aber auch die durch nichts erwiesene, wol aber durch alles und nicht am Wenigsten durch die geschickte und humane Kriegsführung der Buren widerlegte, gleichwol aber bis auf diesen Tag immer wiederholte Behauptung von der „culturellen Rückständigkeit" und angeblichen Unfähigkeit derselben, den an ein modernes Statswesen zu stellenden Anforderungen gerecht zu werden.

Zur Begeisterung aber hat sich die Parteinahme für den Freiheitskrieg der Buren gesteigert angesichts der Geschicklichkeit, des Heldenmutes und — man übersehe das ja nicht — der glänzenden Erfolge, mit denen sie diesen Krieg vier Monate lang bis in die neueste Zeit hinein führen konnten. Diese Erfolge wirkten auf die den Buren bereits in hohem Grade günstig gestimmte Welt um so hinreißender, als ihnen das schreiende Misverhältnis zwischen Uebermacht und Uebermut der Engländer einerseits und der geringen Macht und großen Tatkraft der Buren andererseits zur wirksamsten Folie diente. Das Urteil der Massen ist nun einmal vom Erfolg abhängig, nicht nur im bösen, sondern auch im guten Sinne. Ihr natürliches Rechtsgefühl und ihr Mitleid wurden auch durch den vom Zaune gerißenen Krieg Amerikas gegen Spanien lebhaft bewegt, erloschen aber alsbald wieder, da sie an den ausbleibenden Erfolgen der Spanier keine Nahrung fanden. Dasselbe haben wir selbst in 1859 und 1866 erlebt, wo Anfangs ebenfalls Zorn und Entrüstung gegen den französischen und preußischen Angreifer, und zwar keineswegs bloß in dem nächstbeteiligten Deutschland, haushohe Flammen schlugen, in Folge der unglücklichen und, wie sich nicht bestreiten läßt, z. T. geradezu jämmerlichen Kriegsführung der Vergewaltigten aber rasch in sich zusammensanken. Aehnliche Beispiele liefert das gesamte Gebiet der menschlichen Geschichte, und erinnern wir, um in dem zu Ende gehenden Jahrhundert zu bleiben, nur noch an die Griechen- und Polenbegeisterung der zwanziger und dreißiger

Jahre, sowie an die durch Andreas Hofers Heldenkampf hervorgerufenen Stimmungsreflexe des Jahres 1809, denen sich bekanntlich nicht einmal ein so kreuzbraver und grunddeutscher Mann wie Johann Peter Hebel zu entziehen vermochte. Bloße Stimmungen und Gefühle, so berechtigt und erfreulich sie an sich sein mögen — und zu ihnen gehört auch die Erregung des natürlichen Rechtsgefühls — sind eben ihrer Natur nach der denkbar unzuverlässigste Factor, mit dem jemand rechnen kann. Selten nur und in sehr beschränkem Kreiße entwickelt sich aus ihnen die feste Rechtsüberzeugung und die Erkenntnis, um Gottes und des Gewißens willen für das als Recht Erkannte unter allen Umständen eintreten und beharren zu müßen. Die Regel ist vielmehr die, daß sich jene Gefühle vor der „überwältigenden Macht der vollendeten Tatsachen" nicht nur beugen, sondern sich für die Erfolge derselben schließlich genau ebenso „begeistern", wie sie es früher für diejenigen der Unterlegenen taten. Das haben wir in den deutschen annectierten Ländern schmerzlich erfahren, und die Buren werden es ebenfalls erfahren müßen, wenn, wie leider zu befürchten steht, auch bei ihnen die Gewalt das Recht unter die Füße treten darf.

Sind die bisher besprochenen Beweggründe der jetzt zur förmlichen Modesache gewordenen Burenbegeisterung harmloser, ja geradezu erfreulicher Natur, so fehlt es doch auch an andern von bedenklicher und bedenklichster Herkunft so wenig, daß man gerade ihnen sogar den Hauptanteil an der allgemeinen Erregung der Gemüter zuschreiben muß. Das sind die Motive der gegen England gerichteten Misgunst und der schadenfrohen Hoffnung, daß die schweren Verlegenheiten, welche diese Macht durch ihre verbrecherische und törichte Vergewaltigung der kleinen Burenrepubliken über sich herauf beschworen hat, den Anfangvom Ende der großen britischen Weltstellung bedeuten und die lachende Erbfolge in dieselbe eröffnen werde. Wer die amerikanischen, russischen, französischen, italienischen, reichsdeutschen ꝛc. Preßäußerungen über England und seine südafrikanische Kriegsführung mit einiger Aufmerksamkeit verfolgte, kann über diese höchst unlautere Tendenz der Buren-Begeisterung schlechterdings nicht im Zweifel sein. Diesen Leuten liegt an dem guten Rechte der Buren-Republiken

und seiner heldenmütigen Verteidigung nur insoweit etwas, als sie damit antienglische Stimmung und Geschäfte für eigene Rechnung machen zu können glauben.

Das lehrreichste und zugleich widerlichste Beispiel hierfür liefert die reichsdeutsche Ausschlachtung der Burenbegeisterung für die alldeutsche Weltpolitik und den modernen Waßermilitarismus. Die Leute, die jetzt mit transvaalischen Lichtbildern und einem wahrhaft unheimlichen Aufwande von Rechts- und Freiheitsgefühlen Stimmung für die Buren oder vielmehr gegen England machen, sind dieselben, die uns Annectierte noch vor zwei Jahren in dem damaligen Wahlkampfe um den deutschen Reichstag dahin belehrten: „Der Schlachtenlenker im Himmel habe zu Gunsten Preußens entschieden und diesem damit das Recht in die Hand gegeben, von dem die Rechtspartei immer fabele; wer also alles auf dem Rechte aufbauen wolle, der dürfe am wenigsten dieser Partei anhängen.“ Diese Erfolgsanbeter, die das Zertreten des Rechtes des eigenen Stammes durch die Preußen bejubeln, vor Begeisterung für das Recht der „niederdeutschen Stammesbrüder“ im fernen Südafrika aber sich nicht zu laßen wißen und so tuen, als ob die britischen Angelsachsen und Normannen für uns völlige Blutsfremde seien, liefern ein Schauspiel, welches einfach lächerlich wäre, wenn es nicht durch die mitspielende tiefe Unwahrheit und Heuchelei zu einem geradezu ekelhaften gemacht würde. Auch lugt der Pferdefuß gemeinster Gewinnsucht überall unter dem pathetisch-sentimentalen Faltenwurfe dieser Rechts- und Freiheitsphrasen hervor. Da wird daran erinnert, daß schon der große Treitschke den Zusammenbruch der „offenbar dem vorigen Jahrhunderte angehörigen“ englischen Seeherschaft zu erleben gehofft habe. Die Andeutungen, daß die Reichsregierung nur deshalb der Mishandlung der Buren ruhig zusehe, weil sie vor Durchführung der neuen Marinevorlage es noch nicht mit der englischen Flotte aufnehmen könne, sind kaum noch verschämt zu nennen, und geradezu unverschämt ist die geile Lüsternheit, mit der man die von dem Burenkriege erhoffte Schwächung der großen britischen Weltstellung als Mittel und Anfang zur späteren Errichtung eines reichsdeutschen Kolonialreiches auf den Trümmern des englischen und zum Uebergang der Seeherrschaft auf das preußisch-deutsche Reich betrachtet.

Der Ausfluß dieser häßlichen Gesinnung ist dann die ebenso häßliche Form, in welche gerade die gesinnungstüchtigsten Blätter ihre Sympathieen für die Buren kleiden. Den berüchtigtsten Pariser Karikaturen- und Boulevard-Blättern, wie „Rire“ und „Patrie“, hat unsere „Witz-“ und Chauvinisten-Presse mit Erfolg den Rang abgelaufen, und der biedere Reichsphilister, zu dessen namhaftesten Eigenschaften die urteilslose Abhängigkeit von der dürftigen Geistesnahrung seines Leibjournals gehört, bildet sich allmählich steif und fest ein, daß das ganze englische Volk nur ein Haufen von Diamantendieben, betrunkenen Boxern, dummen Prahlhänsen und elenden Feiglingen sei, zu deren verdienter Abstrafung und Ausraubung er, der reichsdeutsche Tugendspiegel, berufen und auch vollkommen befähigt sei, sobald nur die nichtswürdigen Reichsfeinde unschädlich gemacht und die große Weltflotte sicher gestellt sei.

Wie die „einhellige Burenbegeisterung“ auf den verschiedenartigst gemischten Beweggründen beruht, so kann man sie auch nur mit sehr gemischten Gefühlen betrachten. Immerhin aber ist sie vorhanden. Wie kommt es nun, daß sie trotz der geradezu phänomenalen Einmütigkeit, mit der sie, von der Türkei abgesehen, in ganz Europa und Nordamerika auftritt, doch nicht im Stande ist, einen erfolgreichen Druck auf die beteiligten Regierungen im Sinne der von ihr erstrebten Intervention auszuüben? Der Zwiespalt zwischen der „correcten Neutralität“ dieser Regierungen und der „öffentlichen Meinung“ ihrer Länder hat sich durch die Ablehnung der von den Buren nachgesuchten Friedensvermittelung soeben auch in aller Form bekundet. Er ist auf den ersten Blick nicht minder merkwürdig wie die Einhelligkeit der Buren-Begeisterung und reizt schon deshalb zu einer etwas genaueren Betrachtung, die ihn freilich als einen nur scheinbaren erkennen laßen wird.

Woher sollte zunächst auch nur eine einzige der heute wortführenden „Weltmächte“ die sittliche Berechtigung hernehmen, den Engländern bei ihrer schnöden Vergewaltigungen der kleinen Burenrepubliken in die Arme zu fallen, da alle längst gleich schuldig und zum Teil noch weit schuldiger sind? Laßen wir hier die Mitschuld der Andern auf sich beruhen und begnügen uns mit einigen Besenstrichen vor der eigenen Türe. Die Eng-

länder begründen bekanntlich ihre Bedrängung der Burenrepubliken mit der „Statsnotwendigkeit“ der britischen Suprematie über ganz Südafrika und der Errichtung eines großen einheitlichen Kolonialreiches in diesem Weltteile. Sind diese Argumente Chamberlains vielleicht etwas anderes als eine einfache Copie der Bismarckschen Beweisführung, welche die Verpreußung Deutschlands aus der Notwendigkeit seines Lebens und Atmens folgerte? Und weiter! Die Londoner Convention von 1884 bildete die rechtliche Grundlage des Verhältnisses Großbritaniens zu Transvaal ebenso wie die deutsche Bundesacte die Rechtsbasis war, auf der das Verhältnis Preußens zu den übrigen deutschen Staten beruhte, nur mit dem sehr beträchlichen Unterschiede, daß der Deutsche Bund die von jeher zusammengehörigen deutschen Staten zu einem unkündbaren organischen Ganzen zusammenschloß, während jene Convention nur einen Vertrag zwischen zwei fremden, seit einem Jahrhundert in offener oder nur zeitweise ruhender Feindschaft lebenden Staten darstellte. Wenn nun Lord Salisbury schon lange vor dem Kriege in seiner Oberhaus-Rede vom 29. Juli v. J. den Bruch dieses Vertrages mit der Motivierung ankündigte, „daß derartige Conventionen doch keine Gesetze wie die der Meder und Perser seien“, und man gegen die Idee protestieren müße, als seien solche Verträge ein unbewegliches Markzeichen, auf das man, was auch immer geschehen möge, zurückzugreifen habe, so ist auch diese Argumentation nur die englische Wiederholung der bekannten Bismarckschen Theorie, der zu Folge die Dauer der Verträge nur von der Dauer ihres Nutzens, nicht von derjenigen der eingegangenen Verpflichtung abhängig sein soll; die Frage aber, welche Anwendung dieser Theorie die frivolere sei, die Bismarck'sche von 1866 oder die Chamberlain-Salisbury'sche von 1899, mag sich der Leser selbst beantworten. Endlich stimmt auch die in England schon längst bereit gehaltene Rechtfertigung der geplanten ganzen oder halben Annexion der Burenrepubliken genau mit derjenigen der preußischen Annexionen überein. Wie diese für unvermeidlich erklärt wurden, weil Preußen den Fortbestand notorisch unzuverläßiger Staten zwischen seinen beiden Gebietshälften nicht dulden könne, so wies der englische Kap-Gouverneur

Milner schon im vorigen Sommer darauf hin, daß die Existenz der südafrikanischen Republik, die „Tausende britischer Untertanen dauernd wie Heloten behandelte", „beständig den Einfluß und den Ruf Großbritaniens und die Achtung vor der britischen Regierung innerhalb der Besitzungen der Königin untergrabe." Sogar an ausdrücklichen Berufungen auf Vorgang und Muster der preußischen Annexionen hat man es in England nicht fehlen laßen. So schrieben z. B. die „Times", um jede Klage der dem Untergange geweihten Burenstaten im Voraus abzuschneiden, schon im September des vorigen Jahres: „Als Hannover und Kurhessen im Jahre 1866 sich gegen Preußen an Oesterreich anschloßen, trotz der Aufforderung Preußens, neutral zu bleiben, machten sie ihre Annexion unvermeidlich, sobald das Kriegsglück gegen sie ausfiel. So würde auch der erste in Südafrika abgefeuerte Schuß eine Lage schaffen, aus welcher die holländischen Republiken nicht als unabhängige Staten hervorgehen könnten."

Tatsächlich hat man sich denn auch in den leitenden Kreißen des preußisch-deutschen Reiches der frappanten Aehnlichkeit der südafrikanischen Annexionspolitik Englands mit der deutschen Preußens nicht verschloßen und zu der Zeit, wo alle Welt noch rasche und entscheidende Siege der englischen Waffen über ihre winzigen Gegner erwartete, aus dieser schlagenden Parallele ganz offen und ausdrücklich diejenigen Consequenzen gezogen, die man später und auch heute noch, unter dem Eindrucke der überraschenden burischen Erfolge und Angesichts der durch dieselben beeinflußten öffentlichen Meinung, nur noch tatsächlich zu ziehen für angezeigt hält. Das geht u. a. aus einem offenbar hochofficiösen Artikel hervor, den die „Köln. Ztg." unmittelbar nach Ausbruch des Krieges im October v. J. veröffentlichte. „Endet der Krieg mit dem Siege Englands und der britischen Controle über die Republiken ", — so hieß es in demselben — „so wird sich die Lage der Ausländer dort zweifellos beßern, denn ‚die offene Tür', das Zulaßen aller zum geschäftlichen Wettbewerb ist die Lebensader des englischen Herrschaftsprincips. Vom Standpunkte der localen deutschen Interessen aus sollte daher, wenn wir die Lage ohne Liebe und ohne Haß betrachten, ein solcher Ausgang immerhin annehmbar sein. Anderseits täten diejenigen

unserer Landsleute, die heute so eilfertig den ersten Stein auf England werfen, besser daran, wenn sie den Maßstab ihres Urteils unserer eigenen, Preußens und Deutschlands Vergangenheit entnähmen, statt ihren subjectiven Gefühlen und Empfindungen. Sie sollten sich erinnern, daß das Preußen Friedrichs des Großen und Wilhelms I. wie jetzt England die Misgunst der Welt auf sich zog, als es um die Vorherrschaft in Deutschland denselben Kampf kämpfte, zu dem England sich gegenwärtig rüstet, um seine Hegemonie in Südafrika zu behaupten. Wir wißen, daß Preußen jener Kämpfe bedurfte, um sich Ellbogenraum zu schaffen; und in Erinnerung dessen sollten wir nicht bei Andern dasjenige als Sünde verdammen, was wir bei uns als Tugend preisen; das ist eine Pflicht der Gerechtigkeit und des Anstandes, die auch der Gegner fordern kann."

So damals die officiöse „Kölnische Zeitung", deren Hintermänner seitdem nur etwas vorsichtiger, nicht aber anderes Sinnes geworden sind. „Ein besseres Gefühl wird kommen", sagte schon im December v. J. unter dem Eindruck der schmählichen Niederlage Bullers bei Colenso, der Statssecretär Graf Bülow tröstend einem Berichterstatter des „New-York Herald", der ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, daß niemals ein so antienglisches Gefühl im deutschen Volke zu finden gewesen sei wie jetzt, und am gleichen Tage hörte derselbe Berichterstatter von „einem der bekanntesten Diplomaten Berlins" folgenden Vergleich: „Englands Stellung in Europa ist eben dieselbe wie seiner Zeit die Deutschlangs beim dänischen Krieg. Man betrachtet es allgemein als einen großen Bengel, der auf einen kleinen Jungen losschlägt. Aber wenn die Wahrheit an den Tag kommt, so wird sich das ändern. Die zwei Regierungen sind in vollständiger Uebereinstimmung." Mit der „Wahrheit" war natürlich diejenige der englischen Uebermacht gemeint, an deren schließlichem Erfolg die zünftige Diplomatie niemals gezweifelt hat, und von dem auch Graf Bülow, in ganz richtiger Würdigung der menschlichen Erbärmlichkeit im Allgemeinen und der seit 1866 von ihm selbst in allernächster Nähe beobachteten deutschen Erbärmlichkeit im Besondern, das Kommen des „besseren Gefühls" für England er-

wartet. Diese Erwartung wird auch schwerlich trügen. Die ersten Anzeichen eines Umschwunges zeigen sich schon jetzt, und wenn erst noch einige englische Erfolge wie die von Paardeberg, Ladysmith und Bloemfontein hinzu kommen — gleichviel ob mit 40,000 gegen 4000 oder mit 80,000 gegen 2000 errungen — so wird man schon sehen, daß sie auf unsere burenfreundliche Presse weit unwiderstehlicher wirken als auf die Buren selbst.

Einstweilen bereiten die Börsenblätter den Umdenkungsprocess der öffentlichen Meinung bereits vor. Bisher hatte nur die Londoner deutsche „Finanz-Chronik" darüber geklagt, daß in Deutschland, welches „noch immer für romantischen Dämmer und sentimentale Fliederlaubenlyrik Stimmung und Muße habe", „trotz des großen Beispiels, das der gewaltigste aller Realpolitiker des Jahrhunderts seiner Nation vor Augen stellte, die Erkenntnis nicht genügend weit verbreitet sei, daß Zärtlichkeit und Empfindsamkeit nur in der politischen Kinderstube ein Heimatsrecht besitze." Jetzt nach der Capitulation Cronjes und dem Entsatze von Ladysmith wagen sich derartige cynische Betrachtungen auch schon in Deutschland selbst hervor. „Die Erfahrung lehrt", meint z. B. das in Frankfurt a. M. erscheinende „Allg. Börsen- u. Verkehrsblatt", „daß Geschäfte keinen schlechteren Wegweiser finden können als Herzensneigungen und Abneigungen. Auch in Deutschland hat die öffentliche Meinung in der Tagespresse keinen guten Ratgeber gefunden. Die öffentliche Feindschaft Deutschlands ist keine Klugheit und wenig patriotisch, da sie im Gegensatz steht zu der beßeren Einsicht unserer Reichsregierung. Es ist ja menschlich verständlich, daß die Masse mit der Minderzahl Sympathie hat, besonders im vorliegenden Falle, wo alle menschlichen Tugenden auf der Burenseite zu stehen scheinen. *Aber in der Politik spielt die Gerechtigkeit einer Sache nur eine Rolle, wenn sie die Macht hat...* Wir gehören wahrlich nicht zu den Anbetern *Bismarcks*, aber das glauben wir, wenn der große Blut- und Eisenmann noch lebte, wäre unsere Tagespresse freier von den englischen Antipathien. Nach der glorreichen Beendigung des Krieges wird England stärker sein als je. Noch nie hatte England 200,000 Mann unter den Fahnen. Die Regierungen wißen wol mit diesen Factoren zu rechnen, und die Presse sollte

das auch lernen." Das sind so die Anfänge, und sie bürgen schon deshalb für reichliche Fortsetzung, weil sie dem maßgebendsten heutigen Wettermacher, dem Kurszettel, vorgedruckt sind.

Neben der moralischen Mitschuld, welche die Mächte der südafrikanischen Annexions-Politik Englands gegenüber stumm macht, stehen einer Intervention derselben aber noch andere Hindernisse im Wege. Dahin gehört zunächst die allgemeine gründliche Zerfahrenheit aller internationalen Beziehungen, die, längst auf die Spitze des Schwertes gestellt, bei dem leisesten Anstoße die mühsam hintangehaltene große Katastrophe herbeizuführen droht. Bis zur jüngsten Potsdamer Entrevue galt das russisch-reichsdeutsche Verhältnis für notorisch schlecht; daß es es sich seitdem gebeßert habe, ist wol von den Officiösen behauptet, aber an keiner Tatsache ersichtlich geworden. Die wiederholten reichsdeutschen Annäherungsversuche an Frankreich aber sind so völlig ergebnislos geblieben, daß schon im Januar deutsche Officiöse vor diesem „durchaus unsichern Kantonisten" warnen mußten, und ein Mann wie der französische Kammerpräsident Deschanel seine Landsleute wiederholt ganz offen an den eigentlichen und wirklichen Feind im Osten erinnern durfte, neuerdings sogar mit der eigens gegen den antienglischen Gefühlssturm der Pariser Presse gerichteten Nutzanwendung: „Wenn man schon nicht den Schwachen zu Hülfe eilt, so ist es kindisch und gleichzeitig unvernünftig, die Starken zu reizen und besonders sie zu verletzen". Auf wie schwachen Füßen der „unerschütterliche" Dreibund und insbesondere die Lebensfähigkeit des österreichisch-reichsdeutschen Bündnisses steht, haben eben erst die Verhandlungen der österreichisch-ungarischen Delegationen gezeigt. Endlich aber ist auch die nach dem letzten Besuche des deutschen Kaisers in England von Herrn Chamberlain verkündigte Verständigung zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staten und dem preußisch-deutschen Reiche bis jetzt noch Zukunftsmusik geblieben. Der gute Wille dazu mag überall vorhanden sein, die Beteiligten sind aber offenbar noch lange nicht handelseinig, und die wilde Burenbegeisterung in Deutschland und den Vereinigten Staten hat auf das zarte Gewächs des Chamberlain-Bülow'schen Treibhauses offenbar einen rauhen Reif fallen laßen, den die

träge Sonne des englischen Schlachtenglücks bisher noch nicht zu wegzutauen vermochte. So ist die Lage der Interventionsfrage tatsächlich die, daß keine Macht der andern traut und jede sich vor einem Schritte fürchtet, bei dem ihr von der andern ein Bein gestellt oder der ihr bei nächster Gelegenheit von England in verhängnisvoller Weise vergolten werden könnte. Ueberdieß ist ja bekannt, daß die bei Ausbruch des Krieges von dem russisch-französischen Zweibunde nicht zwar förmlich angeregte, wol aber gewünschte Vermittelung sämtlicher Mächte vornehmlich an reichsdeutschen Bedenken gescheitert ist.

Es gibt kaum ein traurigeres Schauspiel als diese Weltmächte, die mit unterschlagenen Armen der brutalen Erwürgung zweier kleiner, im besten Rechte befindlicher Staten durch eine tausendfache Uebermacht zuschauen. Dasselbe zeigt so recht, wie herrlich weit es die vielgepriesene Kultur des neunzehnten Jahrhunderts mit ihrer gefeierten Humanität und ihrem die Völker angeblich verbindenden internationalen Verkehre gebracht hat. Welche sittliche Höhe bezeichnet doch solcher Fin-de-siècle-Errungenschaft gegenüber die am Anfang des Jahrhunderts die Welt beherrschende heilige Alliance, von der zwar ein Goethe sagte, „es sei nie etwas größeres und für die Menschheit woltätigeres erfunden worden", die aber heute jeder grüne nationale Knabe als den Ausbund mittelalterlicher Rückständigkeit verachten zu müßen glaubt. Nicht einmal über den dritten Napoleon sich zu erheben, hat dieses Geschlecht noch ein Recht, der im Jahre 1866 den letzten Versuch machte, einen bevorstehenden Krieg durch den Schiedsspruch der Mächte im Keime zu ersticken, ein Versuch, der freilich scheiterte und scheitern mußte, der aber doch immer unternommen wurde, während er heute von niemandem auch nur noch gewagt wird. Seitdem regiert das sogen. Nicht-Interventions-Princip die Welt, ein Stück moderner Barbarei, welche jedes Bewußtsein von der innern Gemeinschaft der christlichen Staten verloren hat und an ihrer Stelle das sinnlose Walten der stärkeren Faust als obersten Regulator des Völkerlebens verehrt. Man läßt eben die Dinge laufen, wie sie laufen wollen. Die heutige Diplomatie versteht sich nur noch darauf, die Conflicts-Verlegenheiten Anderer zu allerhand kleinen schlauen Geschäften auszunutzen, wie wir

von den Interessen der imperialistischen Gewalts- und Opportunitätspolitik überwuchert wird, nach Außen aber das Vertrauen zu dem einstigen europäischen Freiheitshorte oder, wie die englische Schriftstellerin Ouida kürzlich es genannt hat, „der gute Name des Landes" verloren geht. Mit dieser moralischen muß aber, wie überall so auch hier, eine ebenso große physische Schwächung Hand in Hand gehen. Die Ströme gerechten Blutes, die die Buren für ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege vergießen mußten, haben in die südafrikanische Erde einen Abgrund zwischen der holländischen und der englischen Rasse gegraben, der letzterer die Durchführung der offenen oder auch bloß verschleierten Annexion der Buren-Republiken auf Jahre hinaus nur unter dem Aufgebot einer gewaltigen Militär-Herrschaft ermöglicht. So entsteht neben der irischen und indischen eine neue offene Wunde am britischen Leibe, die wahrlich keine Stärkung, sondern nur eine sehr folgenschwere Schwächung auch der äußeren Machtmittel des Reiches bedeuten kann.

Schwerlich wird man mit der Annahme fehl gehen, daß die Voraussicht der südafrikanischen Verlegenheiten Englands, die mit der Niederwerfung der Buren-Republiken erst recht eigentlich beginnen müßen, eine wesentliche Rolle unter den Gründen spielt, welche die Mächte zu ihrer Untätigkeit dem jetzigen Kriege gegenüber bestimmen. Nicht nur hinter der burenfreundlichen Stimmung der Völker, sondern auch hinter der „correcten Neutralität" der Regierungen verbirgt sich eine nichts weniger als englandsfreundliche Gesinnung, die nur in der Methode, nicht aber im letzten Ziele differiert. Darum nannten wir ihre Zwiespältigkeit eine nur scheinbare. Diejenige Macht aber, der der moralische Niedergang Englands, wie er schon jetzt vorliegt, und die Schwächung seiner Kraft, wie sie sich an die Ferse seines schließlichen Sieges heftet, am meisten zu statten kommen muß, das ist Rußland. Mögen die Andern größere oder kleinere Stücke von der Haut des britischen Löwen sich abreißen können, zum Erben des Ganzen wächst ganz von selbst sich doch nur Rußland aus. Ihm vermag schon seit der Zerreißung Deutschlands durch den preußischen Bundesstreich und der daraus entsprungenen unheilbaren Verfeindung des preußisch-deutschen Reiches mit Frankreich keine

Macht des Continents mehr ein Paroli zu biegen; Frankreich und Oesterreich haben sich Schutz suchend an Rußland angelehnt, und das neudeutsche Reich täte gar zu gern dasselbe, wenn es ihm nur gestattet wäre. England allein bietet dem russischen Colosse bis dahin noch auf dem Welttheater die Stirn. Eben darum muß jede Schwächung dieser Macht in erster Linie Rußland zu Gute kommen: in demselben Maße wie Ansehen und Einfluß Englands sinken, steigen diejenigen Rußlands.

Man hat überhaupt den Eindruck, als ob nicht nur die europäische, sondern die Weltpolitik seit Jahren nur noch die Aufgabe habe, der russischen Weltherrschaft die Wege zu bahnen. Im Jahre 1859 arbeiteten Frankreich und Piemont, 1866 und 70 Preußen, auf der Balkanhalbinsel aber Oesterreich mit seiner kleinlichen Orientpolitik und schließlich im chinesischen und spanischen Kriege auch noch Japan und Amerika der Hauptsache nach nur für Rußland, und zwar so, daß dieses selbst dabei keine Compagnie mobil zu machen und keinen Schuß Pulver zu verschwenden brauchte. Nun schließt sich auch England diesen Frohnarbeitern der russischen Größe an. Wie die Bismarck'schen „Triumphe" die sichere europäische Stellung Deutschlands untergruben, so legen die Chamberlain-Salisburyschen Siege die zerstörende Hand an die Weltstellung Englands. Es ist, als ob das Maß der allgemeinen Schuld erst voll und übervoll werden müße, ehe die Sonne der Gerechtigkeit und des Friedens über einer entsühnten Welt wieder aufgehen könne. Das sind nicht der Menschen, sondern Gottes Wege, die wir nur mit den größten Schmerzen verstehen lernen, zuletzt aber doch anbetend bewundern werden. W. H.

Finnland und Rußland.

Es liegt wol eine tief schmerzliche Ironie darin, daß das Jahr der Friedensconferenz den Ausbruch eines der blutigsten und ungerechtesten Kriege des zu Ende gehenden Jahr-

hunderts hat sehen müßen. Aber noch schärfer ist der Wiederspruch zwischen den Friedens- und Rechtsbestrebungen des Zaren und dem Rechtsbruche, den Rußland in aller Stille an dem Großfürstentume Finnland begeht.

Die Finnen, bekanntlich ein mongolisches Volk, müßen schon früh aus Asien nach Europa gekommen sein und in südlicheren Breiten, als sie jetzt bewohnen, einst als Nachbarn der Gothen gesessen haben. Das beweisen einige Lehnworte, die sich in ihrer, dem Indogermanischen sonst so fern stehenden Sprache seltsam genug ausnehmen. So empfiengen sie von den deutschen Nachbarn das Schaf als Haustier und mit ihm seinen Namen; noch heute heißt es lammas. Aus der Mitte des heutigen Rußlands wanderte dann das Volk nordwärts und ließ sich in der großartigen Welt der Seen, Felsen und Urwälder nieder, die seitdem das Herz vieler Geschlechter zu heißer Vaterlandsliebe entflammt und in unsern Tagen die begeisterten Dichterworte hervorgerufen hat:

Unser Laud! unser Land! unser Vaterland!
Kling laut, du teures Wort!
Es steigt kein Fels zum Himmelsrand,
Es ruht kein Tal, es braust kein Strand,
Geliebet mehr als unser Nord,
Der Väter Heim und Hort.

Dieß Land ist arm, stets arm dem sei,
Des Herz auf Gold gewandt.
Der Fremdling fahre stolz vorbei!
Doch dieses Land, wir liebens treu,
Für uns mit Wald und Fels und Strand
Ist's doch ein gülden Land.

(J. L. Runeberg.)

Es scheint immer so zu sein, daß ein Volk sein Land liebt im Verhälnis zu dessen Schönheit, aber auch zu dem Kampfe, den es kostet, ihm Lebensnahrung und Unterhalt abzugewinnen. Letzteres trifft auch bei Finnland zu; im Norden des Landes steht alljährlich die Hungersnot als drohendes Gespenst vor der Tür; Frost und Miswachs können in kurzer Zeit alle Mühe des armen Bauern zu Schanden machen.

Das Land, seit alten Zeiten mit Schweden vereinigt, hat der schwedischen Kultur viel zu danken, und schwedische Sprache herrscht noch jetzt dort. In den patriotischen Kreißen des Volkes wird jedoch finnisch gesprochen, und mit rührender Treue, mit Familiensinn möchte man sagen, ist das Volk in seinen gebildeten Vertretern bestrebt, Sprache, Eigenart, Sitte und Dichtung der Heimat zu bewahren und zu pflegen. Die ernste, erhabene Natur, in der er aufwächst, hat dem Finnen wie allen Bewohnern des Nordens einen ernsten, geschloßenen, im Unglück starken Character gegeben. Die Verkündigung des evangelischen Glaubens durch Michael Agricola, der Wittenberg besucht hatte und ein begeisterter Anhänger Luthers war, fand freudige Aufnahme; Luthers kleiner Katechismus ist — von einem vorher gleichfalls durch Agricola herausgegebenen ABC-Buche abgesehen — das erste Buch, das in finnischer Sprache gedruckt ward (1542). Eine ernste, innige Frömmigkeit ist des finnischen Volkes bestes Gut geblieben. „Eine feste Burg ist unser Gott" ist in der gegenwärtigen Drangsal zum Nationalliede geworden — man verzichtet auf jede unerlaubte Selbsthülfe (die ja auch zugleich die gröste Unklugheit wäre) und steht stark und ungebeugt im Vertrauen auf Gott. Selbst die Russen sollen gesagt haben: „Was kann man gegen ein Volk machen, das Choräle singt und das Denkmal Alexanders II. bekränzt?" Der Art des nordischen Volkes, dem ihm auferlegten harten Kampfe gegen Nacht und Eis entspricht auch der Charakter seiner Frömmigkeit: die strenge Sonntagsfeier erinnert an Schottland, der Kampf gegen geistige Getränke an Norwegen.

Die heimische Dichtung reicht in die graue Heidenzeit zurück. In unserm Jahrhundert erst hat Elias Lönrott das großartige Nationalepos Kalewala aufgezeichnet, das bis dahin mündlich fortgepflanzt war. In Runeberg (1804—77) erstand dem Volke sein gröster neuerer Dichter, der im Drama (Die Könige auf Salamis), im erzählenden Gedichte (Fähnrich Stolls Gesänge) und in der Lyrik gleich Herrliches schuf. Wer den Kampf mit dem harten, langen, dunkeln Winter, die Not der Armen, ihre entsagungsreiche Arbeit und ergebungsvolle Frömmigkeit kennen lernen will, lese die finnischen Novellen von Pietarie

Päivärinta*, einem Bauern, der im Alter von vierzig Jahren zum Schriftsteller geworden ist. Ueber den Dichtungen des allgemein wie ein Vater geliebten Topalius liegt dagegen ein sonnigerer Hauch.

Das mit diesen wenigen Strichen nur notdürftig gezeichnete Volk trägt seit dem letzten Frühling Trauerkleider. Es beweint seine politische Selbständigkeit, die ihm Rußland, mit dem es seit nahezu hundert Jahren in Personalunion vereinigt ist, jetzt zu entziehen beginnt, und sieht mit ihrem Schwinden schwere innere Gefahren herein brechen. Zur Erklärung der politischen Lage sei es gestattet, die Ereignisse, die sich in dem Verhältnisse des Landes zu Rußland seit dem Jahre 1808 vollzogen haben, kurz anzuführen.

Finnland, damals ein integrierender Teil des schwedischen States, besaß in Folge des Statsstreiches Gustavs III. eine Constitution, die der heutigen preußischen ähnlich war. Als 1808 die russische Armee Finnland den Schweden entriß, leistete Alexander I. der Bevölkerung nur für ihre confessionellen und civilrechtlichen Freiheiten Gewähr; aber schon im nächsten Jahre versammelte er den Landtag zu Borgo und versprach den Ständen in seinem und seiner Nachfolger Namen, die ständischen Rechte und die ganze Constitution des Landes aufrecht zu erhalten. Die Centralverwaltung und die Finanzen wurden gemäß den ausgesprochenen Wünschen des Landtages geregelt, und der Zar, der den Landtag persönlich mit einer Tronrede schloß, sprach dabei seine Ansicht über die Ereignisse aus, indem er das Geschehene „die Erhöhung Finnlands in den Rang der Nationen" nannte. Im September desselben Jahres ward Finnland völkerrechtlich von Schweden an Rußland abgetreten.

So lange die constitutionelle Gesinnung des Zaren, die er auch durch sein Verhalten gegen Polen bewies, fortdauerte, ward Finnland mit Woltaten überhäuft. Die Leitung und der Vortrag der finnischen Angelegenheiten in St. Petersburg ward ganz von der Reichsregierung getrennt und einheimischen Statsmännern übergeben. Die Centralbehörde in Helsingfors erhielt gleichen Rang

* Deutsch von Gustav Lichtenstein, Leipzig bei Reklam.

mit der Central-Regierungs-Behörde in Rußland und gleich ihr den Namen Kaiserlicher Senat. Die Provinz Wiburg, die bereits 1721 und 1743 an Rußland abgetreten war, ward mit dem Großfürstentum vereinigt.

Seit 1817 jedoch trat Alexander mit völlig veränderten, reactionären Ansichten hervor. Er bewahrte zwar seine Vorliebe für Finnland, wollte aber den Landtag nicht von neuem versammeln, indem er sich auf die schwedische Verfaßung stützte, die nichts von periodischen Versammlungen enthielt. Auch ermöglicht das ewige Fortbestehen der regulären Steuern bei strenger Einschränkung des Statshaushaltes das Regieren ohne Landtag. Da die Preßfreiheit ebenfalls nicht durch die Verfaßung geschützt war, so ward sie in Feßeln geschlagen.

Das bureaukratische Regiment dauerte unter Nikolaus I. (1825—55) ohne Unterbrechung fort. In der bürgerlichen Gesetzgebung trat ein Stillstand ein, und bei dem Fortbestehen der alten niedrigen Steuern und in Folge der prohibitiven Handelspolitik, durch die Verfaßung ganz in die Hände des Monarchen gelegt, machte auch die Verwaltung keine Fortschritte. Der Bau des Saima-Kanals, der die unermeßliche Binnenwaßerfläche des östlichen Finnlandes mit dem finnischen Meerbusen verbindet, war die einzige große öffentliche Arbeit dieses Zeitraumes. Doch ward die Verfaßung von Nikolaus gewißenhaft gehalten. Nie führte er Gesetze, die in das Bereich der landständischen Gesetzgebung fielen, eigenmächtig ein; auch schrieb er — von Einfuhrzöllen abgesehen — keine neuen Steuern aus und gestattete russischen Ministern und Behörden keine Einmischung in die finnischen Angelegenheiten.

Alexander II., der 1855 zur Regierung kam, hatte als Tronerbe das Amt des Kanzlers der finnischen Universität bekleidet und schon damals besonderes Wolwollen und viel Nachsicht gegen die unschuldigen, aber in St. Petersburg oft Mistrauen erregenden liberalen Kundgebungen der finnischen Jugend gezeigt. Seit seiner Tronbesteigung herrschte deshalb in Finnland gespannte Erwartung eines Systemwechsels. Nach oftmaligem Schwanken entschloß sich Alexander — gleichzeitig mit der Bauernbefreiung in Rußland — zu Vorbereitungen für die

Erneuerung des gemäßigten Parlamentarismus in Finnland zu schreiten. Die drohende Erhebung Polens verschob abermals die Ausführung dieses Planes; und erst im Jahre 1862 ward endlich ein Landtag für das folgende Jahr versprochen.

Der Ausbruch der polnischen Unruhen schien die freisinnigen Absichten des Kaisers in seinen Beziehungen zu Finnland eher zu stärken als zu schwächen. In der Tronrede, mit der er selbst den Landtag zu Helsingfors eröffnete (1863) versicherte er, daß er in seinem finnländischen Großfürstentume auf den von seinem Oheim bestätigten und von seinem Vater bewahrten Grundsätzen einer constitutionell beschränkten monarchischen Gewalt zu beharren entschloßen sei. Er sehe die finnische Nation an als einen Beweis dafür, daß ein den Gesetzen gewißenhaft gehorchendes Volk jene Freiheit, die die Verfaßung ihm biete, zu genießen vermöge, ohne sie zu misbrauchen. Indem er eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen privatrechtlicher und finanzieller Natur für die damalige und die folgende Session anmeldete, fügte er hinzu, daß es seine Absicht sei, die Periodicität des Landtages gesetzlich einführen zu laßen, den Ständen erweiterte Teilnahme an der Regelung des Stathaushaltes zu gewähren und ihr von Gustav III. geschmälertes Recht, selbst Vorlagen zu machen, wieder herzustellen. Die erste dieser Zusagen ward durch eine Vorlage an den nächsten Landtag (1867) erfüllt, woraus die Landtagsordnung von 1869 hervorgieng; die zweite kam im Beginne der Regierung Alexanders III. teilweise zur Ausführung.

Es erwies sich sofort, was für Fortschritte das neue repräsentative System zu erzeugen vermochte. In wenigen Jahren wurden trotz der schrecklichen Misernten von 1866 und 67 öffentliche Arbeiten (Eisenbahnbauten) in Angriff genommen, Schulen gegründet, der Credit des Landes im Auslande gehoben. Eigene Münze hatte Finnland seit 1861; 1865 ward selbständige Metallwährung (seit 1877 Goldwährung) eingeführt. Alexander II. war in der Tat schöpferisch in Finnland aufgetreten, und die tiefe und allgemeine Dankbarkeit des durch ihn zu Wolstand und erfolgreichem Fortschreiten auf allen Gebieten gelangten Volkes ist wol zu verstehen. Das Denkmal des Kaisers, das 1894 in Helsingfors enthüllt wurde, ist aus den Scherflein von Hundert-

tausenden errichtet, und im vergangenen Sommer wurden die Stufen nicht leer von den herrlichsten Kränzen aus allen Teilen des Landes.

Die Landtagsordnung von 1869, weiter entwickelt durch spätere Reformen, schreibt Sessionen mit höchstens fünfjährigen Zwischenräumen vor und bildet die alte Ständevertretung zwar nicht in ein modernes Parlament, aber doch in eine alle aufgeklärte Volksschichten repräsentierende Nationalversammlung um. Der Adel, obgleich ein erblicher Stand, ist nicht eine großgrundbesitzende Kaste, sondern umfaßt die Häupter der einflußreichsten Familien der Beamtenwelt. Die Geistlichkeit begreift die gewählten Vertreter der lutherischen Pastoren, der Universität und der Lehrer an den öffentlichen höheren Schulen. Die Bürger sind nicht mehr wie früher nur die Vertreter der kaufmännischen Gilden und Gewerkschaften, sondern aller Stadtbewohner, allerdings auf Grund einer etwas plutokratischen Wahlordnung gewählt. Die Bauern endlich sind die Vertreter der nichtadeligen Grundbesitzer; aber die Reform auch dieses Standes im Sinne einer allgemeinen Vertretung der Landbevölkerung, auch der nicht besitzenden, ist schon lange in Aussicht genommen und nur durch die letzten Verwickelungen mit Rußland verschoben. Die Präsidenten der Stände werden vom Monarchen bestimmt, nur im Klerus führt der Erzbischof (erster Superintendent) als selbstberechtigt den Vorsitz. Die Regierung kann ohne Genehmigung des Landtages ewige feste Steuern und Einfuhrzölle erheben und polizeiliche Verordnungen erlaßen, die allgemeinen Gesetzen nicht widersprechen; aber sie kann keine Gesetze geben in Sachen, die von Alters her zum Bereiche der ständischen Gesetzgebung gehören oder die auch nur einmal durch Landtagsbeschluß festgestellt sind. (In die letztere Kategorie sind das Währungsgesetz und das Wehrpflichtsgesetz, das den Kern des jetzigen Conflictes bildet, getreten.) Selbst in solchen Angelegenheiten, die zur unbeschränkten Machtsphäre der Regierung gehören, hat der Landtag doch das Recht, nach Gefallen in untertänigen Petitionen seine Wünsche auszusprechen.

Bald nachdem diese Landtagsordnung geschaffen war, trat ein Umschwung ein: die zweite Hälfte der Regierungszeit Ale-

xanders II. hatte in Finnland wie in Rußland im Allgemeinen einen reactionären Character. Der Landtag, der in den Jahren 1872, 1877 und 1878 versammelt war, erhielt auf seine Petitionen um erweiterte Teilnahme an der Statshaushaltung herbe Anweisungen, nicht in das Gebiet des Monarchen einzugreifen. Zu jener Zeit entbrannte auf's Heftigste der Streit um die Rechte der beiden Landessprachen, der schwedischen und der finnischen. Alexander II., der 1863, von dem Führer der finnischen Fraction, Senator Snellman, beeinflußt, dem Finnischen, d. h. der Sprache von sechs Siebenteln der Bevölkerung, zum ersten Male Berechtigung verliehen und zugleich versprochen hatte, binnen zwanzig Jahren die volle Gleichberechtigung beider Sprachen einzuführen, überließ später die Zügel der Verwaltung ganz den Händen der schwedischen Fraction, deren Sprache von einem Drittel der Stadtbewohner, darunter vorzugsweise von den größeren Kaufleuten und den Beamten, sowie auch von 300000 Bauern gesprochen wird.

Alexander III., der von 1881 bis 1894 regierte, schien Anfangs ganz mit der Züchtigung der russischen Anarchisten beschäftigt zu sein und in finnländischen Angelegenheiten dem System seines Vaters zu folgen. Nur in der Sprachenfrage vollzog sich ein Wechsel. Der neue Repräsentant der höchsten Regierungsgewalt in Finnland, Generalgouverneur Graf Heiden, nahm sich der finnländischen Partei an und besetzte einen Teil des Senats mit ihren Mitgliedern — (oder, richtiger gesagt, des Verwaltungsdepartements, weil der Senat auch ein Justizdepartement enthält, das als höchstes Gericht fungiert und nur bei Vorbereitung der Gesetzesvorlagen mit dem andern Departement zusammen den Statsrat bildet). Das Meiste von dem, was als Erfüllung der Zusagen des vorigen Kaisers verlangt werden konnte, ward erreicht, aber nicht alles, und deshalb dauerte der alte Zwiespalt fort, geschärft durch die mehr volkstümliche Färbung der finnischen Partei gegenüber der schwedischen Partei, die besonders die Geldinteressen vertrat, aber im Uebrigen eine liberale Haltung einnahm.

Die unterdes verstärkte reactionäre und chauvinistische Strömung in Rußland begann um die Mitte der achtziger Jahre die

Autonomie Finnlands zu bekämpfen. Der unermüdliche Katkow trat in den „Moskowskie Wjedomosti“ einen förmlichen Feldzug gegen die „Privilegien“ Finnlands an, die nach seiner Meinung unerträglich und mit den Grundsätzen der autokratischen Reichsmacht unvereinbar waren. Grobe Unwißenheit über die finnischen Verhältnisse und über die finnische Geschichte trug das Ihre dazu bei, das russische Publikum aufzuhetzen. Unter den Lehrsätzen, die Katkow a priori aufstellte, und die Publicisten zweites Ranges nebst Geschichts- uod Rechtskundigen drittes Ranges durch skandalöse Sophisterei verteidigten, waren zwei, die besonders lauten Beifall in Rußland fanden.

Erstens behauptete man, daß in Finnland die gleichen socialen Verhältnisse vorlägen wie in den baltischen Provinzen, d. h. daß hier wie dort der Grund und Boden sowie auch die öffentliche Gewalt in den Händen einer wenig zahlreichen fremden Kaste sei, während die Masse der Bevölkerung, die eigentlichen Finnen, einen ökonomisch und politisch geknechteten besitzlosen Haufen bilde, der gar nichts Beßeres erwünsche, als der allgemeinen russischen Reichsinstitutionen teilhaftig zu werden.

Die These ist auch in Bezug auf die baltischen Provinzen hinkend, weil die dortige Landbevölkerung finnischer Rasse sehr wol begreift, daß ihre Interessen unter dem Drucke des Russentums doch noch mehr leiden würden als unter dem der deutschen Barone. Aber in Bezug auf Finnland ist die Behauptung ganz besonders falsch. In Finnland hat die Leibeigenschaft niemals existiert. Der Grundbesitz ist nur zum zweihundertsten Teile in den Händen des Adels (wenn die nördlichen Einöden nicht gerechnet werden, zum fünfzigsten). Im Südwesten Finnlands ist der mittlere bäuerliche Besitz (mit landwirtschaftlicher Dienerschaft, Tagelöhnern und ein bis zwei kleinen Pachthöfen auf jedem Grundbesitze) vorherrschend, also etwa wie in Hannover oder Bayern; in den übrigen Gegenden und besonders in den an Rußland grenzenden der Kleinbesitz wie in Württemberg oder Hessen. Dazu kommt, daß die Tagelöhne sowol in der Großindustrie, die etwa 80 000 Arbeiter beschäftigt, als in der Landwirtschaft eher zu hoch als zu niedrig sind. Die Auswanderung, die auch früher aus dem wolhabenden Österbotten (Gouvernement

Wasa) nach Amerika gieng, rekrutiert sich vorzugsweise aus der besitzenden Klasse, die unter der Teuerung der Arbeit schwer leidet und durch die Erwartung des verhaßten neuen Wehrpflichtgesetzes zum Aeußersten gereizt worden ist, weil die Aussicht, in russischen Truppenteilen unter körperlicher Züchtigung zu dienen, besonders den Nordlandsbewohnern unerträglich erscheint. (1898 wanderten 1500 Personen aus, letztes Frühjahr, nach der ausgezeichneten Ernte von 1898, aber unter dem Drucke des Gerüchtes, daß die Wehrpflichtreform unmittelbar bevorstünde, 8000 und im Herbste, nach der schlechten Ernte von 1899, 4000.)

Der zweite von dem russischen Chauvinismus angenommene und kürzlich von dem jetzigen Monarchen selbst gebilligte Lehrsatz lautet, die Rechte Finnlands dürften unter keiner Bedingung dem Grundsatze des russischen Statswesens — der Autokratie — Abbruch tun. Die Publicisten haben es als ein Axiom aufgestellt, daß wenn auch die russischen Kaiser Finnland constitutionelle Sonderrechte verliehen hätten — was sie gegen alle Evidenz bestreiten — diese nichtig seien, sofern sie jenem Grundprincip des Reiches widersprächen. Beliebt ist bei ihnen die Erklärung, die Zugeständnisse der beiden Alexander seien von den finnischen Statsmännern durch Betrug erschlichen.

In den letzten Jahren Alexanders III. wurden durch die russischen Ministerien und den Generalgouverneur Heiden verschiedene Russifications- oder Uniformitätspläne in Bezug auf Finnland in Aussicht gestellt, sowie auch die Codification der finnischen Gesetze. Ein Comité, in dem auch der jetzige Ministerstatssecretär (Vortragender der finnischen Angelegenheiten beim Kaiser) Geh. Rat von Plehwe, saß, hatte die Einleitung zum neuen Codex schon fertig, in der die Souverainetät der russischen Statsgewalt über die Gesetzgebung Finnlands ausgesprochen und der Landtag zum ratgebenden Körper in den nicht zu Reichsinteressen gehörenden inneren Angelegenheiten Finnlands degradiert ward.

Das Verhalten Alexanders III. zu Finnland in jenen Jahren verrät ein Schwanken zwischen der in seiner Familie herkömmlichen Achtung vor der Sonderstellung Finnlands und seiner Anhänglichkeit an die reactionäre Clique des Pobedonostsew. Die einzige Sache, in der das Recht Finnlands wirklich gekränkt

ward, war die Unterordnung des finnischen Postwesens unter den russischen Generalpostdirector, die jedoch Angesichts der Unvereinbarkeit der Postfinanzen ohne Folgen geblieben ist. In Finnland erklärte man sich das Schwanken Alexanders III. durch die Annahme, daß er als strenger Pflichtmensch sich zur Beobachtung seiner gegebenen Versicherung gezwungen betrachte, während er bei der Russification der baltischen Provinzen keine Umstände zu machen brauchte, da er bei seinem Regierungsantritte die früher auch dort übliche „Regentenversicherung" unterlaßen hatte. Allgemein war daher die Freude in Finnland, als Nikolaus II. zwei Wochen nach dem Tode seines Vaters in Livadia die feierliche Bestätigung der Rechte Finnlands in herkömmlicher Form unterschrieb. Man sah darin seine feste Absicht, dem Drucke der chauvinistischen Agitation und der von seinem Vater berufenen Ratgeber entschieden zu widerstehen, wenigstens in Bezug auf Finnland. Diese Annahme ward noch im Januar 1895 durch die Suspendierung aller Comités für Ausarbeitung der Unifikationspläne verstärkt.

(Schluß folgt.)

Die alldeutsche Bewegung.

(Fortsetzung.)

Doch nicht wundern darf man sich, wenn jene deutsche Wißenschaft, die einst zu Erfurt und Gotha herrschte*, heute — z. T. mit denselben Vertretern — im umgekehrten Nationalverein sich

* Constantin Frantz zeichnete die Vertreter des kleindeutschen Gedankens von damals mit den Worten: „Von der Demagogie war ihnen wenig geblieben, außer einer gewissen Großmäuligkeit. Damit verbanden sie die Pedanterie eines Schulmeisters und die Trunkenheit eines Bräutigams am Polterabend mit der Zudringlichkeit eines Krämers, der verlegene Ware anpreist. ‚Laßt Euch umarmen, deutsche Brüder,' sagten sie, ‚und nehmt unsere Verfaßung! Wir meinen es ja so gut und wißen wahrlich am besten, was Euch frommt, denn wir sind die Männer, an deren Urteil alles gelegen.'" (Die Constitutionellen, S. 54.)

brüstet. Es zeigt das eben aufs Neue, wohin Gesinnungslosigkeit führt, und so unterliegt es denn für uns gar keinem Zweifel, daß dieselben Leute, die auf dem Wege der Zerreißung Deutschlands zu ihrem Alldeutschtum kommen konnten, eines Tages auch für ein Allrussentum oder selbst für ein Allchinesentum sich begeistern werden. Es kommt nur darauf an, daß die Verhältnisse sich darnach gestalten. Denn diese sind alles, der Geist des Menschen — d. h. solcher Menschen wie diese Nationalen und Alldeutschen — hingegen bedeutet gar nichts.

Bei einem und dem andern ernsten Beobachter könnten nun vielleicht Zweifel laut werden, ob es sich denn überhaupt lohne, wegen solcher characterloser Hansnarren Zeit und Geist zu verschwenden; dem wäre aber zu entgegnen, daß leider diese Geistesrichtung heute in unserm Volke viel weiter verbreitet ist, als es nach den oberflächlichen Aeußerungen scheint, denn im Grunde genommen gehört die ganze Gesellschaft der nationalen Parteien hierher, mag auch der gröste Teil davon sich heute aus Gründen des Anstandes noch gegen eine solche Zugehörigkeit öffentlich verwahren. Zum Glücke hat man wenigstens von einer Seite den neudeutschen Reformatoren heimgeleuchtet, wie das aus dem Berichte, den der alldeutsche commis voyageur Fritz Bley in Leipzig erstattet hat, hervorgeht. Die Bläminger, die sich der ganz besonderen Fürsorge der „Alldeutschen" erfreuen, haben sich nach jenem Bericht aufs Bestimmteste jede Einmischung der Herren aus dem preußisch-deutschen Reiche verbeten und ihren Kampf mit dem belgischen Franzosentum als eigene und innere Angelegenheit bezeichnet, um die sich Fremde nicht zu kümmern hätten. Aus dem ganzen, sehr bestimmt abgefaßten Schreiben des vlämischen Volksrates klingt der Sinn heraus, den der Lützelburger in die Worte kleidet:

„Mer welle bleiwe, was mer sin,
Mer well' ja keine Preiße sin!"

Wir glauben es wol, daß dieses flandrische Germanentum sich bis ins Innerste hinein abgestoßen fühlt durch die Vertreter der Kürassierstiefel-Politik und durch die von ihnen zur Schau getragenen, allem wahrhaft deutschen Wesen ins Gesicht schlagenden Grundsätze.

In dieser vlämischen Kundgebung tritt uns der erste offenkundige Beweis dafür entgegen, daß die alldeutschen Bismärcker alles eher vermögen, als einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen unter den Völkern und Stämmen Mitteleuropas zu schaffen. Zwar hat Herr Bley versucht — und die „Alldeutschen Blätter" machen es ihm nach —, sich und seinen Anhang als fromme Lämmer hinzustellen, die kein Wäßerchen zu trüben vermöchten und natürlich auch nicht daran denken könnten, den Vlämingen ihre Selbständigkeit zu rauben. Doch die Flanderer haben nur zu recht, wenn sie hierauf mit Goethe erwidern:

„Die Botschaft hör' ich wol, allein mir fehlt der Glaube."

Wer gibt ihnen die Bürgschaft dafür, daß in einem Lande, wo so offenkundig gezeigt worden ist, daß man die Rechte anderer für nichts achtet, wenn es den eigenen Vorteil gilt, das heute in der Not des Augenblickes gegebene Versprechen auch immer und unter allen Umständen gehalten wird, daß man nicht vielmehr hinterdrein mit ihnen verfahren wird, wie Bismarck und die „schonende Königshand" Wilhelms I. von Preußen im Jahre 1866 mit Hannover, den beiden Hessen, Frankfurt, Schlewig-Holstein usw. verfuhren?

Das eben ist die große und fortwirkende Bedeutung der Annexionen, daß sie kein Vertrauen aufkommen laßen, und zugleich erhalten wir hier wieder einmal den augenscheinlichsten Beweis des engsten Zusammenhanges zwischen innerer und äußerer Politik: mag man sich auch noch so viel Mühe geben, die Schweizer, Holländer, Belgier, Dänen zu überzeugen, daß Preußen-Deutschland nur ihr Bestes erstrebe, mag man noch so tadellose Bundesverträge vorlegen: das Vertrauen auf der andern Seite ist zerstört und könnte nur durch eine grundlegende Aenderung in der inneren Politik — vor allem durch eine Aufhebung der Annexionen — wieder gewonnen werden*, sonst wird man

* Es ist das zugleich die eben so deutliche wie erschöpfende Antwort an jene Politikaster, die in ihrem „patriotischen" Zorn die „Welfen", die Hessen, die Mecklenburger und andere Rechtsparteiler des Hoch- und Vaterlandsverrates zeihen zu müßen glauben, weil dieselben mit

allen Anträgen und Lockungen trotzen, — man wird wieder und wieder auf 1866 hinweisen und sagen: Waren Euch jene Bundesverträge, die Ihr einst vor ganz Europa eingegangen und beschworen, nicht heilig, wie sollen wir glauben, daß Ihr jetzt uns gegenüber es ehrlicher meinen werdet?!

Wir aber sagen, so lange das auf Annexionen, Bundesbruch und andern Gewalttaten aufgebaute preußisch-deutsche Reich auf den im Jahre 1866 vorgezeichneten Bahnen verharrt, so lange wäre es Torheit, himmelschreiender Leichtsinn, ja geradezu ein Verbrechen an sich und der westeuropäischen Kultur, wollte irgend einer der außerhalb stehenden deutschen oder germanischen Stämme sich uns anschließen.

Es würde gerade so gehen, wie es nach 1866 mit Süddeutschland gegangen ist. Dieses hat auch geglaubt, daß es durch die Aufgabe der eigenen Selbständigkeit und durch den Anschluß an den Norden der deutschen Gesamtheit einen Dienst erweise, während es in Wirklichkeit nur das preußisch-bismarcksche Gewaltregiment stärkte, Bismarck in den Stand setzte, den Krieg mit Frankreich zu führen, und so die eherne Herrschaft des Militarismus über Europa heraufbeschwor. Die vom Standpunkte der Kultur und des Deutschtums aus einzig richtige Politik der Südstaten wäre damals der Anschluß an Oesterreich gewesen, wohin übrigens die Süddeutschen schon durch die Bande des Blutes und durch die geschichtliche Entwickelung gewiesen wurden.

---

urgermanischer Zähigkeit und Rechtlichkeit festhalten an der geschichtlichen Ueberlieferung, und weil sie gebieterisch die Rückkehr fordern zu dem im Unheilsjahre 1866 verlaßenen Recht. Nicht einer bloßen Querköpfigkeit und nicht reactionären Gelüsten entspringt das Verlangen nach Wiederherstellung der 1866 zerstörten Selbständigkeit jener fünf deutschen Statswesen, sondern der klaren Erkenntnis, daß ohne diesen Schritt in der inneren Politik Deutschlands die Unmöglichkeit eines nachhaltigen Erfolges in der äußeren Politik vor Augen liegt.

Also nicht eine Zerstörung der deutschen Einheit wäre die Wiederherstellung Hannovers, Hessens usw., sondern der Grundstein zur mitteleuropäischen Einheit, zum Reiche der Zukunft, welches wiederum die notwendige Vorbedingung eines Weltfriedensreiches sein würde.

Dazu kommt noch, daß man durch Schaffung der preußisch-deutschen Einheit auf der einen Seite weite Kreiße des deutschen Volkes einschläferte, weil man sie nun in dem Glauben erhalten konnte, die deutsche Frage wäre wirklich gelöst, während man auf der anderen Seite den Deutschfeinden gewissermaßen die Anweisung erteilte, die neben und zwischen ihnen wohnenden Deutschen zu entnationalisieren, denn, so schloßen diese, ist das Deutsche Reich wirklich die Verkörperung der deutschen Einheit, die Lösung der deutschen Frage, so haben die auf unserem Boden lebenden Deutschen nichts von dort aus zu erwarten und nichts hindert uns, nunmehr unsererseits an die Lösung der ungarischen oder böhmischen Frage zu gehen.

Es war auch schon aus dem Grunde notwendig, einmal auf diese Tatsache hinzuweisen, weil man bei uns durchweg (auch in Kreißen derer, die Bismarcks sonstige Politik verurteilen) die Vereinigung des Südens mit dem Nordbunde als eine teilweise Sühnung der Schuld von 1866 ansieht. In Wirklichkeit läuft es eben nur auf eine Vergrößerung dieser Schuld hinaus, wie man das auch im Süden mehr und mehr einzusehen beginnt, nun aber freilich keinen Ausweg aus der unglücklichen Lage heraus zu finden vermag und sich meistenteils mit bloßem Schimpfen auf Preußen hilft, ohne zu bedenken, daß dadurch wol die Erbitterung zwischen Nord und Süd vergrößert, dem deutschen und auch dem eigenen Vaterlande aber nichts genützt wird.

Die deutliche Absage der flandrischen Volksgenoßen war zwar Waßer in den schäumenden alldeutschen Wein, aber die Alldeutschen müßten nicht das Maß von Einbildung und Aufgeblasenheit besitzen, über welches sie in Wirklichkeit verfügen, wenn sie sich nicht hätten sehr rasch darüber hinweg setzen sollen. Und so erklärten sie denn bald darauf in der Oeffentlichkeit, der Zwiespalt wäre ausgeglichen, und nur Misverständnisse wären es gewesen, die ihn verursacht.

Misverständnisse?! Ach, Ihr guten Leute, reicht Euer politisches Faßungsvermögen wirklich nicht so weit, um zu erkennen, daß es sich hier um grundlegende Anschauungen und Charaktereigenschaften handelt, nicht aber um ein bloßes Misverständnis? Glaubt es uns nur, wenn heute wirklich auf Grundlage der

bestehenden Verhältnisse eine Versöhnung zwischen Euch und den Flanderern zu Stande käme, morgen würde die Kluft nur um so weiter klaffen, denn Ihr könnt nicht aus Eurer Haut hinaus, Eure Grundsätze sind Gewalt und Unrecht, und diese aufzugeben ist Euch unmöglich, oder Ihr hörtet auf, Alldeutsche zu sein. Und die Flandrer andererseits widerstreben Eueren Vergewaltigungen so von Grund aus, sie stehen auf einem so vollständig andern Boden betreffs ihrer sittlichen und politischen Anschauungen, daß sie mit Euch gewis nicht 24 Stunden in einem Bunde zu leben vermöchten!

Im Weiteren werden wir uns aber auch hüten müßen, jenen Ausführungen Bleys einen zu großen Wert beizulegen, nach denen innerhalb des alldeutschen Verbandes die Erkenntnis der Notwendigkeit eines Zusammenschlußes Mitteleuropas zum Durchbruch gekommen zu sein scheint. Bley sagt nach dem Bericht in den „Alldeutschen Blättern" (Nr. 25, 1897):

„Die geschichtliche Macht der Ereignisse erweist täglich klarer die Notwendigkeit des Abschlußes eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses, das ja auch in Oesterreich immer lebhafter erstrebt wird, im bewußten Gegensatze zu der Schutzzollpolitik Rußlands, Amerikas und der britischen Kolonien. Jedem unbefangenen Wirtschaftspolitiker ist es klar, daß gegenüber diesen drei Riesenreichen Mitteleuropa gar nichts anderes übrig bleibt, als auch seinerseits unter Einschluß seiner Kolonien ein eigenes Wirtschaftsgebiet sich zu sichern. — — Die deutschen Staten Belgien, Holland, Oesterreich und Deutschreich aber und die deutschen Ueberseestaten haben alle Ursache, die Verwirklichung dieses Planes nach Möglichkeit zu beschleunigen. Daß dieß Wirtschaftsbündnis auch zur Vertiefung des Deutschbewußtseins und zur Förderung der deutschen Kultur führen müßte, ist ja klar. Ebenso klar ist aber auch, daß das staatliche Sonderleben der einzelnen deutschen Stämme und Stammgruppen dießseits wie jenseits der Meere davon gar nicht berührt zu werden braucht!"

Käme es nur auf eine rein äußere Uebereinstimmung der Ziele an, so könnten wir freilich mit diesen Darlegungen uns einverstanden erklären; wir müßten sogar hervorheben, daß die Alldeutschen die einzige Partei darstellen, die sich über den Stand-

punkt des tollen und vollen deutschen Reichsphilisters so weit zu erheben vermag, daß sie das Unzulängliche der Bismarck'schen Reichsschöpfung erkennt und von der Notwendigkeit der Schaffung einer mitteleuropäischen Föderation überzeugt ist. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß uns in den hier zum Ausdruck gebrachten Anschauungen nicht ein aus der innersten Erkenntnis hervorgegangenes, auf feste Grundsätze sich aufbauendes System entgegen tritt, sondern nur ein Gemenge von zusammen geschwemmten, zufällig gefundenen Wahrheiten. — Der schlagendste Beweis hierfür ist wiederum der Umstand, daß die Herren Alldeutschen in dem Manne den Inbegriff aller statsmännischen Fähigkeiten feiern, der die Hauptschuld trägt an der heutigen Anarchie und insbesondere an der wirtschaftlichen Zerrißenheit Mitteleuropas, die uns Deutsche zum Spielball russischer und amerikanischer Launen macht; 1853 verhinderte Bismarck die notwendige Ausdehnung Deutschlands bis an die Mündung der Donau und zwang Oesterreich, die von ihm besetzten Donaufürstentümer wieder aufzugeben. Dann wurde von der (damals bereits ganz unter Bismarck'schem Einfluß stehenden) preußischen Regierung der Handelsvertrag mit Frankreich geschloßen, der scheinbar dem Freihandel die Bahn ebnete, in Wirklichkeit aber eine unüberschreitbare Schranke gegen Oesterreich errichtete, also uns gerade von demjenigen Ländergebiet trennte, das wir aufs innigste an uns anketten mußten. Der „gröste deutsche Statsmann" feierte in jenem Handelsvertrag seinen ersten großen Sieg auf dem Wege zur „deutschen Einheit", und Oesterreich, mit ihm aber auch das übrige nicht preußische Deutschland erlitt sein wirtschaftliches Sadowa. Den letzteren, d. h. den nichtpreußischen Zollvereinsstaten, gegenüber, entblödete sich Preußen mit seinem bekannten „deutschen Beruf" nicht, auf das Verlangen hin, Oesterreich an das gemeinsame Zollgebiet anzuschließen, mit der Drohung zu antworten, durch seinen Austritt aus dem Zollverein diesen sprengen zu wollen.

Daß endlich die ganze Bismarck'sche Schutzzollpolitik — die Bismarck den Ruhm des Begründers einer nationalen Wirtschaftspolitik eingetragen hat — ein offener Hohn war auf das Bedürfnis der mitteleuropäischen Völker nach einem wirtschaftlichen Zu-

sammenschluß, bedarf kaum der Erwähnung. Gesagt muß es aber doch werden, daß die Flugschrift des „Alldeutschen Verbandes" über die Weltpolitik* den Ausspruch tut, Bismarck habe 1864 ein engeres Bündnis mit Oesterreich vorgeschwebt. — Damals bestand bekanntlich das überhaupt denkbar innigste Band zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland! Oesterreich war statsrechtlich ein Teil Deutschlands und zwar soweit es sich um die eigentlichen Stammlande handelte, seit nahezu einem Jahrtausend. Was Bismarck 1864 vorschwebte, das war, wie männiglich bekannt, nicht die innigere Einigung Oesterreichs mit Deutschland, sondern die Zertrümmerung Deutschlands und die Hinausstoßung Oesterreichs. — Diese unanfechtbaren Tatsachen sind nirgends innerhalb der alldeutschen Kreiße den Behauptungen Hasses entgegen gehalten worden, und es scheint somit, als ob man dem alldeutschen Leserkreiß ungestraft den gröbsten geschichtsfälschenden Blödsinn bieten dürfe.

Was dann die Versicherung unserer alldeutschen Gewährsleute anlangt, daß durch den Anschluß der noch außerhalb des heutigen Reiches Stehenden das statliche Sonderleben der einzelnen deutschen Stämme und Stammesgruppen dießseits wie jenseits der Meere gar nicht berührt zu werden brauche, so haben wir den Wert solcher Rednerei bereits zur Genüge gekennzeichnet. Die schweren Bedenken gegen die Zuverläßigkeit derselben werden namentlich auch durch die Behandlung, die die im Reiche lebenden Dänen und Polen in ihren heiligsten Rechten, in ihrer Muttersprache und ihrem volklichen Sonderleben von Seiten der Alldeutschen erfahren, nicht abgeschwächt.

(Schluß folgt.)

---

* Verfaßer derselben ist der Leipziger Professor Hasse, der langjährige Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 46. [Neue Folge.] **April 1900. 9. Jahrgang.**

Der internationale Horizont.

Wiederholt ist in diesen Blättern schon auf die Wolkenschiebungen hingewiesen worden, welche seit geraumer Zeit am Horizont der internationalen Politik stattfinden und das eine Reihe von Jahren zum Stehen gekommene Bild desselben verändert, aber noch nicht durch eine neue feste Gestaltung ersetzt haben. Es ist für den ferner Stehenden nicht leicht, eine sichere Uebersicht über diese Vorgänge zu gewinnen. Ihre einzelnen Erscheinungen bleiben ja heut zu Tage keinem aufmerksamen Zeitungsleser verborgen, und insofern ist es gewis richtig, wenn kürzlich aus den Beratungen der Budgetcommission des deutschen Reichstages über die schwebende Flottenvorlage verlautete, daß die dort gemachten vertraulichen Mitteilungen des Statssecretärs Grafen Bülow nichts wesentlich neues über die auswärtige Lage enthalten hätten. Es kommt aber für eine richtige Beurteilung derselben nicht nur auf die einzelnen Tatsachen, sondern mindestens ebenso sehr auch auf die inneren Zusammenhänge an, und in dieser Beziehung ist der Beobachter, der sich das Bild des Welthimmels nur aus den Meldungen über seine äußern Erscheinungen und ihren oft genug geradezu auf Irreführung des Publikums angelegten Zeitungscommentaren zusammensetzen kann, weit leichter Irrtümern und Teuschungen ausgesetzt als die Leiter großer Cabinette, die, in steter Fühlung mit ihren auswärtigen Botschaften und Agenten, über ein ungleich umfaßenderes und zuverläßigeres Material zur Prüfung der Ursprünge, Absichten und Zusammenhänge des Vorgehenden verfügen. Und das um so mehr in jetziger Zeit, wo sich die teilweise Umbildung der internationalen Constellation noch im Zustande der Vorbereitung, des Tastens und Experimentierens befindet. Immerhin aber ist das, was sich dermalen auf dem Gebiete der sogenannten großen

Politik vollzieht, von solcher Erheblichkeit, daß es den Versuch einer übersichtlichen Darstellung auch auf die Gefahr hin lohnt, den einen oder andern Vorgang nicht ganz richtig einzuschätzen. Das Gesamtbild wird durch derartige einzelne Irrtümer kaum wesentlich beeinträchtigt werden können.

Dem Fürsten Bismarck war es nach seinen großen Erfolgen von 1866 und 1870/71 bekanntlich gelungen, für seine Schöpfung und damit auch für ganz Europa eine gewisse Ruhe zu schaffen durch die Auseinanderhaltung Oesterreichs und Rußlands einerseits und Rußlands und Frankreichs andererseits. Diese Ruhe war aber eine künstliche, sie entsprach nicht dem wirklichen Zustande der Dinge, der durch die Zerreißung Deutschlands und die Schaffung eines nicht mehr auf das Recht, sondern nur noch auf das Schwert gestützten, jeder Zeit angriffsbereiten preußisch-deutschen Militärreiches das Schwergewicht Europas beseitigt und so den Weltteil aus der natürlichen Ruhe in die ebenso natürliche Unruhe versetzt hatte. Es konnte daher mit Sicherheit erwartet werden, daß sich diese in dem neuen Stande der Dinge selbst liegende Unruhe, aller Geschicklichkeit der Bismarckschen Diplomatie zum Trotze, über lang oder kurz zu überlegener Geltung bringen werde.

In der mit dem Jahre 1887 begonnenen Bildung des Zweibundes, der der Auseinanderhaltung Rußlands und Frankreichs ein Ende machte, erlebte Fürst Bismarck noch während seiner Amtsführung den Anfang dieses ganz natürlichen Processes. Noch aber boten die nunmehr bestehenden zwei großen Coalitionssysteme des Dreibundes und des Zweibundes insofern eine gewisse Bürgschaft der Ruhe, als sie an Stelle des bisher überwiegenden reichsdeutschen Einflußes ein gewisses Gleichgewicht zwischen diesem und dem russischen herzustellen schienen. Auch in Berlin war man schon so bescheiden geworden, daß man von diesem Gleichgewichtsstandpunkte aus die unliebsame Wandlung der Dinge sich annehmbar zu machen suchte. Um so mehr aber mußte es der preußisch-deutschen Politik darauf ankommen, nun nicht auch noch ihren zweiten Pivot, die Auseinanderhaltung Oesterreichs und Rußlands, zu verlieren. Welche Anstrengungen Fürst Bismarck sich das hat kosten laßen, zeigte seine „Zwei-

Eisen-Politik" und schließlich das geradezu desperate Mittel des Geheimvertrags mit Rußland, das bereits dem unverhohlenen Mistrauen gegen Oesterreich entsprang. Aber auch hier erwiesen sich die Dinge stärker als der Wille und die Kunst der Menschen, und genau zehn Jahre nach dem Verluste des ersten begann im April 1897 mit Verkündigung der russisch-österreichischen Solidarität auch der zweite Angelpunkt der preußisch-deutschen Politik zu versagen. Seitdem ist die Zwei-Eisen-Politik von Berlin nach Wien übergegangen, und Graf Goluchowski macht sich bekanntlich in jedem seiner „Exposés" das Vergnügen, das „intime Verhältnis" zu Rußland gegen den „unerschütterlichen" Dreibund auszuspielen. In Berlin aber darf man nicht einmal sauer dazu sehen, weil man dort früher dasselbe Spiel getrieben hat, vor allem aber, weil, nach dem tatsächlichen Ausscheiden Italiens aus dem Kreiße bündnisfähiger Großmächte, die endgültige Zuwendung Oesterreichs zu dem russisch-französischen Zweibunde gleichbedeutend sein würde mit der völligen Isolierung des preußisch-deutschen Reiches.

So ist Oesterreich wieder einmal, wie so oft schon in seiner langen Geschichte, an die entscheidende Stelle der deutschen sowol wie der europäischen Politik gestellt worden: dasselbe Oesterreich, das eine kurzsichtige Statskunst im Jahre 1866 zu einer Macht zweiten Ranges, für Deutschland aber „endgültig unschädlich" gemacht zu haben glaubte; dasselbe Oesterreich, von dessen „Zertrümmernng" und Verteilung zu phantasieren, die grünsten unter den grünen alldeutschen Knaben gerade jetzt für der weltpolitischen Weisheit höchsten Schluß erachten. Es handelt sich für Oesterreich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik um die Entscheidung zwischen dem preußisch-deutschen Reiche und Rußland, und so sehr es diese Entscheidung zu verzögern sucht und verzögern muß, so wird es derselben doch unaufhaltsam zugetrieben, sowol durch die allmähliche Zuspitzung der internationalen Verhältnisse als auch durch die innere Krisis, in welche jene kurzsichtige Bismarck'sche Statskunst den alten deutschen Kaiserstat durch seine wahrlich nicht in deutschem, sondern lediglich in preußisch-particularistischem Interesse erfolgte Ausschließung aus dem deutschen Statenverbande gestürzt hat.

Wie diese Krisis, falls ihre Ursache bestehen bleibt, mit der langsamen Verwandlung Oesterreichs in ein westslavisches Reich endigen muß, so drängt sie unter derselben Voraussetzung diese Macht auch in der Gruppierung der Mächte unaufhaltsam an die Seite Rußlands. Die Anzeichen einer solchen Entwickelung mehren sich von Jahr zu Jahr, und zwar zunächst nach der negativen Seite einer steigenden Entfremdung zwischen Wien und Berlin. Wir haben schon bei Besprechung der letzten österreichisch-ungarischen Delegationsverhandlungen auf diese Anzeichen und insbesondere darauf hingewiesen, daß hier zum ersten Male auch von ungarischen Delegierten der „unerschütterliche" Dreibund oder vielmehr, da Italien kaum noch in Betracht kommt, das Bündnis mit dem preußisch-deutschen Reiche der abfälligsten Kritik unterzogen wurde. Die Verstimmung gegen dieses Bündnis hat sich in den beiden Reichshälften inzwischen aber noch erheblich gesteigert.

Schon in den Delegationen wurde von cis- wie transleithanischer Seite über die anti-österreichische Tendenz Klage geführt, die die reichsdeutsche Eisenbahn- und Handelspolitik im Orient verfolge. Diese Tendenz empfindet man in Wien und Pest noch weit schärfer und bedenklicher, seitdem man die ganze Ausdehnung und Bedeutung der Concession übersehen kann, welche der deutschen Gesellschaft der Anatolischen Bahnen zur Fortsetzung ihrer Linien bis Bassorah und Bagdad durch die Bemühungen der Berliner Reichsregierung verschafft wurde. Mit welchem Mistrauen man auch in Ungarn die kleinasiatische Expansionspolitik des Deutschen Reiches betrachtet, zeigt u. a. eine Rede des zur ungarischen Volkspartei gehörigen Abgeordneten Franz Major, der bei der Budgetdebatte im Pester Abgeordnetenhause die von seinen Parteignoßen Ugron und Hóllo in den Delegationsverhandlungen vorgebrachten Angriffe gegen den Dreibund noch verschärfte und unter anderm sagte: „Uns blieb in der Türkei nichts anderes übrig, als die Beobachtung, wie sich dort Deutschland ausbreitet und die gesamten wirtschaftlichen Positionen einnimmt. Deutschland hat im fernen Orient wie unmittelbar beim Mittelländischen Meere, in Kleinasien, riesige Investitionen gemacht, so daß wir eines Tages aufwachen und lesen werden, es

habe in Kleinasien am Mittelländischen Meere einen Hafen gepachtet. Ich wüßte auch sehr leicht den Hafen zu nennen, der hierzu schon ausersehen ist. Was knüpft Deutschland anderes an den Dreibund, als die Schaffung der großen deutschen Einheit? Schon um den Weg nach Osten zu den dortigen großen deutschen Investitionen abzukürzen, wird es hierzu die Notwendigkeit fühlen. Deshalb hört man zu gleicher Zeit in Oesterreich immer lauter die Stimmen vom Gravitieren nach der deutschen Einheit. Ist aber diese in unserm Interesse? Nach meiner Ansicht kann Ungarns Interesse nur eines sein: diese deutsche Einheit darf nicht zu Stande kommen! Wer nur bis zur Grenze schaut, sieht nicht das Streben nach der deutschen Einheit, deren Hauptziel der Besitz des Triester Hafens ist, der für Deutschland unberechenbaren Wert besäße und seine Herrschaft am Mittelmeere sichern würde."

Neben der kleinasiatischen Wirtschaftspolitik des deutschen Reiches aber, welche man in Oesterreich nicht mit Unrecht als einen feindlichen Eingriff in die eigene Lebenssphäre betrachtet, fährt die rüpelhafte alldeutsche Hetze und die in ihrem Dienste tätige Los-vonRom-Bewegung fort, die österreichischen Beziehungen zum preußisch-deutschen Reiche zu vergiften. Wol sind die äußeren Erfolge beider Bewegungen so unbedeutend, daß sie als Factoren der practischen Politik einstweilen nicht in Anschlag gebracht werden können. Um so größerer und nachhaltiger aber ist ihre ideelle Wirkung. Der auch unseren Lesern bekannte deutsch-österreichische Schriftsteller Karl Hron, dem man wahrlich keine katholisch-kirchliche Befangenheit nachsagen kann, schilderte unlängst dieselbe in einer Zuschrift an die „Köln. Volksztg." folgendermaßen: „Kennen Sie die Broschürenflut, mit welcher die Deutschen Oesterreichs jetzt auf dem Umwege über München von Preußen aus überschwemmt werden, um unsere Loyalität zum angestammten Herrscherhause mit den dreistesten Geschichtslügen zu untergraben? Sind Sie darüber hinlänglich genau informiert, was in Jerusalem im Verkehr hoher Würdenträger mit den dort gewesenen Pastoren gelegentlich der jüngsten Kaiserreise gesprochen wurde? Sind Ihnen die Excesse der bald darauf entstandenen Los-von-Rom-Bewegung bekannt? Falls diese

Zustände noch einige Jahre andauern, steuern wir direct auf einen abermaligen Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche los... Erinnern Sie sich an das Wort des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888: ‚Jedes Land ist auf die Dauer doch irgend einmal für die Fenster verantwortlich, welche seine Presse einschlägt.' So gemütlich wir Oesterreicher immerhin sein mögen, die Esel sind wir schließlich doch nicht, die sich auf Kosten ihres volkswirtschaftlichen Gedeihens, namentlich auf Kosten ihrer Handelsexpansion im näheren Orient dauernd an den Ruhmeswagen des Großpreußentums spannen laßen. Auch berechtigt wird diese Misstimmung sein. Denn wie komme ich dazu, daß jeder nächstbeste fanatische Pastor den Glauben, in welchem meine Eltern mich in der Jugend erzogen haben, öffentlich schmähen, daß er mich als einen Dummkopf, als einen Verräter an der nationalen Sache hinstellen darf, weil ich diesen Glauben nicht abschwören mag? Und nach welchem Rechte muß ich mir gefallen laßen, daß mein Vaterland und der Volksstamm, dem ich angehöre, dem Uebermute jedes verbummelten preußischen Studenten als Zielscheibe dienen soll?"

Man vergeße dabei ja nicht, daß Karl Hron hier nur die Stimmung der kaisertreuen deutsch-österreichischen Kreiße schildert. Wie die österreichischen Slaven über diese Dinge denken, läßt sich im Bannkreiße der reichsdeutschen Pressgesetzgebung meist nicht wiedergeben, was deshalb zu bedauern ist, weil eine genaue und vollständige Kenntnis der in Oesterreich-Ungarn zur Zeit herrschenden, wirklich maßgebenden Anschauungen über das Verhältnis zum preußisch-deutschen Reiche die Bevölkerung des letztern am besten vor den heillosen Teuschungen bewahren könnte, die ihr unsere „nationale" Presse aus den verschiedensten Beweggründen und in der verschiedensten Gestalt immer noch vorgaukelt.

(Schluß folgt.)

Finnland und Rußland.

(Schluß.)

Die Jahre 1895—97 waren ohne Zweifel die glänzendste und glücklichste Zeit in dem Zusammenleben Finnlands mit dem Kaiserreiche. Selbst die Agitation in der russischen Presse verstummte fast gänzlich oder ward von den Finnländern in ihrer neuerworbenen Sicherheit übermütig ignoriert. Die ökonomische Lage war sehr befriedigend. Der Export der Butter stieg von 18 Millionen Francs auf 30, der der gesägten und ungesägten Holzwaren von 50 auf 80 Millionen. Der ganze Import, früher zwischen 100 und 150 Millionen schwankend, stieg zu 200—220 Millionen (davon 70 Millionen aus Deutschland). 1889 war in Hamburg eine Statsanleihe von ca. 30 Millionen zu 4 pCt. gemacht worden; 1895 ward in Paris eine Anleihe von 37 Millionen zu $3^1/_2$ pCt. und 1898 ebenda eine von 50 Millionen zu 3 pCt. und mit nur 7 pCt. Kapitalrabatte gemacht. In weniger als fünf Jahren verdoppelte sich die zusammen gerechnete Bilanz der Depositions- und Discontanstalten. Die Production der Großindustrie stieg von 150 zu 250 Millionen, der Tonnage der Dampfschiffsflotte von 25 zu 45 Tausend, die Länge der Eisenbahnen von 2000 zu 3000 km, die Einwohnerzahl der Hauptstadt von 65 000 auf 95 000. Die einzige Unruhe erweckende Erscheinung in den inneren Zuständen war das Umsichgreifen der socialistischen Agitation unter den Fabrikarbeitern der größeren Städte und die sehr schwache persönliche Vertretung Finnlands beim kaiserlichen Hofe. Die reichen Familien hatten seit der Neubelebung des constitutionellen Systems fast aufgehört, ihre Söhne in den russischen Militär- und diplomatischen Dienst zu schicken.

Im Stillen war indes in St. Petersburg ein großer Schlag gegen Finnland vorbereitet. Das Wehrpflichtssystem Finnlands mit einer schwachen activen Armee von neun Bataillonen, deren Commando dem russischen Kriegsminister zusteht, deren Verwaltung aber dem finnländischen Senate unterliegt, und mit einer Reserve, die zu Kriegszeiten als ein selbständiges Heer von 80 000 Mann operieren könnte, erweckte in Rußland Verbitterung

und Befürchtungen. Deswegen war schon unter Alexander III. der Gedanke angeregt, daß die finnische Heeresorganisation mit der russischen verschmolzen werden sollte, und die Finnen nach der allgemeinen russischen Praxis als Wehrpflichtige in verschiedene russische Regimenter verteilt werden sollten. Dieser Vorschlag war an der Opposition des Grafen Heiden gescheitert und 1895 durch einen kaiserlichen Befehl begraben worden, ward aber von dem neuen Kriegsminister Kuropatkin wiederum erweckt und vom Kaiser, der jetzt fast ganz der Reaction ergeben scheint, als ein Vermächtnis seines Vaters angenommen.

Die Proclamation, durch die ein außerordentlicher Landtag zur Verhandlung über die Wehrpflichtsfrage auf den 20. Januar 1899 berufen ward, erregte in Finnland schon von Anfang an ernste Besorgnisse. Die Form der Berufung war zwar ganz gesetzlich, aber nicht so die Ankündigung, die auch in der Eröffnungsrede enthalten war, daß das Princip der Gleichförmigkeit des Wehrpflichtssystems und der gleichen persönlichen und finanziellen Belastung des Großfürstentums und des Kaiserreiches vom Kaiser unwiderruflich beschloßen sei, und daß die Stände nur das Recht hätten, untertänig ihre Ansicht darüber auszusprechen, wie das Gesetz im Einzelnen den finnischen localen Verhältnissen genauer anzupassen sei. Damit war schon officiell bestätigt, daß man von russischer Seite das eigentliche Gesetzgebungsrecht des Landtages nicht respectieren würde. Auch waren alle Maßregeln in dieser Sache unter grundsätzlicher Uebergehung des Senats und teils auch des finnischen Ministers ergriffen worden.

Gleich nach dem Zusammentritte des Landtages erwies es sich, daß der im Herbste 1898 ernannte Generalgouverneur Bobrikow den Auftrag hatte, auf den Landtag, die Presse und das Publikum einen Druck auszuüben im Sinne einer vollständigen Unterwerfung unter den ausgesprochenen kaiserlichen Willen. Die äußerst strengen Bestimmungen der Pressordnung Alexanders III. wurden wieder ins Leben gerufen, und die Confiscationen und Unterdrückungen von Zeitungen begannen sich zu häufen.

Die einheimische Presse, sowol die schwedische als die finnische, hatte während der Wartezeit — Juli bis Januar — energisch das absolute Recht des Landtages, die angekündigte Gesetzes-

vorlage anzunehmen oder fallen zu laßen, behauptet und auf die Pflicht der Stände hingewieſen, eine die Kräfte des Landes überſteigende Militärbelaſtung abzulehnen. Daſſelbe hatten auch die Wähler ihren Deputierten eingeſchärft. Obgleich es nun ſeit dem Beginne des Landtages den ruſſiſchen Statsmännern bekannt war, daß der Landtag trotzdem, um allen Vorwürfen der Bevorzugung ſeines Vaterlandes im Verhältnis zu Ruſsland zu entgehen, beſchloßen hatte, die gleiche perſönliche Belaſtung, d. h. die Erhöhung der Zahl der activen finniſchen Armee anzunehmen, oder wenn dieß vom Kaiſer nicht gut geheißen würde, einen entſprechenden Militärtribut zu bewilligen, ſchritt man doch in St. Petersburg zu einer verhängnisvollen Zwangsmaßregel, die den Bruch der alten, mindeſtens officiell verſöhnlichen Beziehungen Finnlands zu Ruſsland unheilbar machen ſollte.

Am 15. Februar 1899 erſchien ein Manifeſt, das die Normen für eine künftige Geſetzgebung in denjenigen Angelegenheiten feſtſtellen will, die der Kaiſer auf Grund ſeiner abſoluten Gewalt für das ganze Reich, einſchließlich Finnlands, als gemeinſam anſieht.

Wenn Fragen dieſer Art, heißt es in dem Manifeſte, zu denen gehören, die in das Bereich der ſtändiſchen Geſetzgebung Finnlands fallen, ſo wird dem Landtage fortwährend das Recht zugeſtanden, in Bezug auf ſie ſein Gutachten abzugeben. Nachdem die Vorlage weiter von dem ruſſiſchen Reichsrate behandelt worden iſt, wird ſie vom Kaiſer auf Grund ſeiner autokratiſchen Macht entweder in der Form feſtgeſtellt, die ſie durch den Reichsrat erhalten hat, oder in einer andern. Alſo wenn auch vom Landtag verworfen, kann eine ſolche Vorlage doch in irgend einer beliebigen Form zum Geſetze für Finnland erhoben werden. Damit iſt das von Alexander II. feierlich und mit formellen Worten ausgeſprochene conſtitutionell beſchränkte monarchiſche Princip verneint worden, ganz im Sinne der ruſſiſchen Pamphletiſten, die in Finnland nicht einen innerlich autonomen Stat, ſondern nur eine mit allezeit widerruflichen Sonderrechten verſehene Grenzprovinz anerkennen. Die ruſſiſche Hetzpreſſe beeilte ſich nach dem Erſcheinen des Februarmanifeſtes, eine ganze Reihe von Angelegenheiten in Ausſicht zu ſtellen, in denen das neue Geſetz Anwendung finden ſollte.

Dagegen machte sich im Merz eine Gesandtschaft von 500 Finnländern nach St. Petersburg auf, um dem Zaren eine von 522 931 Mitbürgern unterzeichnete Petition zu überreichen, durch die man das drohende Unglück noch abzuwenden hoffte. Sie lautete:

„Großmächtigster, allergnädigster Kaiser und Großfürst!

„Das Manifest Eurer kaiserlichen Majestät vom 15. (3.) des vergangenen Februars hat überall in Finnland Befremden und Besorgnis erweckt.

„Das uralte Recht des finnischen Volkes ward von dem Kaiser Alexander I., dessen Andenken wir segnen, auf ewige Zeit versichert. Dieß Recht hat sich durch die Gunst der selig hingegangenen Kaiser, Alexanders II. und Alexanders III., stetig entwickelt und ist bestimmter geordnet worden. Aber den Grundartikeln gemäß, die mit dem Manifeste veröffentlicht wurden, dürften von nun an die Reichsstände in solchen Sachen, die man als auch die Interessen des Kaisertums betreffend ansieht, nicht mehr mit dem Beschlußrechte, das sie der Verfaßung Finnlands gemäß haben, an der Gesetzgebung teilnehmen. Auf diese Weise ist durch das Manifest der Eckstein unseres gesellschaftlichen Gebäudes zerrüttet worden. Wir unterzeichneten Bürger Finnlands aus allen gesellschaftlichen Klassenbitten untertänig, daß Ew. kaiserliche Majestät geruhe, unsere Worte zu hören, wenn wir jetzt unseren tiefen Kummer um das Schicksal, das unser Vaterland betrifft, falls seine constitutionelle Lage zu wanken beginnt, vor den Tron bringen.

„Allergnädigster Kaiser!

„Im Schutze seiner hochgesinnten Herrscher und von seinen Gesetzen gestützt, hat Finnland ununterbrochen Fortschritte gemacht; es ist materiell wolhabender geworden und hat in Geistesentwickelung zugenommen. Das Volk hat treulich versucht, seine Pflicht gegen seine Herrscher und das russische Reich zu erfüllen. Wir wißen, daß es in der letzten Zeit in Rußland unserem Volke feindlich gesinnte Personen gegeben

hat, die auf uns scheltend gesucht haben, Mistrauen gegen die Treue und Ehrlichkeit des finnischen Volkes zu erwecken. Aber wir wißen auch, daß diese Beschimpfungen sich nicht auf Wahrheit gründen. Es gibt kein Land, wo Ehrerbietung gegen die Obrigkeit und gegen die Gesetze tiefer eingewurzelt wäre, als in Finnland. Während der neunzig Jahre, die es mit dem mächtigen Rußland vereinigt gewesen ist, ist im Gemeinwesen Finnlands die Ordnung nie gestört worden. Revolutionäre Lehren haben keinen Fußbreit gewonnen. Die Gefühle der Sicherheit und des Glückes haben immer mehr die Bande befestigt, die Finnland zu einem untrennbaren Teile des russischen Reiches gemacht und doch zugleich dem finnischen Volke vergönnt haben, seinen eigentümlichen Nationalcharacter und sein nationales Wesen zu entwickeln, das Gott ihm gegeben hat, und das kein Zwang mit einem anderen vertauschen kann.

„Wir können nicht glauben, daß es die hohe Absicht Ew. kaiserlichen Majestät gewesen sei, mit diesem Manifeste die Rechtsordnung und den inneren Frieden Finnlands zu bedrohen. Dagegen glauben wir, daß Ew. kaiserliche Majestät in Gnaden wolgewogen die Gefühle verstehen werde, die das Manifest erweckt hat, und befehlen werde, die Bestimmungen desselben in Einklang mit den Grundgesetzen Finnlands zu bringen. Wir können das Zutrauen zu der Unerschütterlichkeit des Kaiserwortes nicht aus unseren Herzen reißen. Wir wißen ja alle, daß unser gnädiger Herrscher es der ganzen Menschheit kund getan hat, daß die Macht das Recht ehren solle. Und das Recht eines kleinen Volkes ist ebenso heilig wie das eines größeren; seine Vaterlandsliebe ist vor dem allmächtigen Gott eine Tugend und eine Pflicht, der es niemals entsagen darf.

„Mit der tiefsten Treue und Ehrerbietung eines Untertanen bleiben wir immer, allergnädigster Kaiser und Großfürst! die demütigsten und treuesten Untertanen Ew. kaiserlichen Majestät."

(Folgen die Unterschriften.)

Einige Mitglieder der Gesandtschaft begaben sich mit dieser Adresse in das kaiserliche Schloß. Der Zar ließ ihnen jedoch durch den Ministerstatssecretär mitteilen, daß er sie nicht em-

pfangen werde. Darauf sprach der Consul Eugen Wolf folgendes:

„Dieß ist also der ganze Trost, den wir unseren daheim in tiefstem Kummer uns erwartenden Landsleuten mitzubringen haben. Das ist die Antwort, die unser gnädiger Monarch zu geben hat auf unser demütiges Gesuch, Seiner hohen Person uns nahen und ihm unsere Sorgen und Bekümmernisse aussprechen zu dürfen — ihm, den wir nächst Gott als unsere stärkste Wehr und Stütze ansehen. Wir werden, das Gebot Seiner Majestät ehrend, friedlich nach Hause zurückkehren; aber wir kehren zurück, andere als die wir kamen Wir kamen mit festem Vertrauen, enttäuscht kehren wir heim. Ew. Excellenz! Wir sind nur eine Handvoll von Männern, die wir zu Ew. Excellenz reden im Namen der Hunderte, die hierher gekommen sind, im Namen der Hunderttausende, die uns aus allen Teilen unseres Vaterlandes gesandt haben. Ew. Excellenz! In dem wir uns sicher darauf verlaßen, daß Sie ohne Zaudern unsere untertänige Adresse vorbringen werden, bitten wir Sie, Seiner Majestät gegenüber auch folgendes zu betonen, das wir als eine teure Pflicht angesehen hätten, selber frei und offen auszusprechen, wenn Se. Majestät in Gnaden geruht hätten, uns anzuhören — stark in dem Bewußtsein, daß, indem wir vor unsern Kaiser treten, wir auch vor dem allmächtigen Gotte stehen, zu dem in diesem Augenblicke Millionen von heißen Gebeten für den Erfolg unseres Auftrages aus allen Häusern in unserem Lande emporsteigen, und der, das wißen wir, uns richten würde, wenn wir das Vertrauen teutschen sollten, das in uns gesetzt ist. Ew. Excellenz, wir bitten Sie, uns auf die für uns so teuren Zeugnisse berufend, die Se. Majestät selbst dem finnischen Volke gegeben hat, daß es seinen Herrschern gedient und sich ihres Vertrauens würdig gezeigt und dadurch seine Regierung versüßt habe, und ebenso auf die wiederholten Versicherungen derselben Art, die wir von seinem hochgeehrten Vater und von seinem tief beweinten Großvater empfangen haben — wir bitten Sie, ihn zu fragen, ob er vor Gott dem Allmächtigen und vor dem Urteile der Geschichte die Verantwortung des sittlichen Unterganges eines ganzen Volkes

auf sich nehmen könne. Sagen Sie ihm, daß wir gewohnt sind, harte Schicksale zu tragen. Der Frost hat unzählige Male unsere kärglichen Felder verheert, der Landmann hat sich in einer Nacht der Frucht der strengen Arbeit eines ganzen Jahres beraubt gesehen; aber wir haben diese Prüfungen demütig getragen, einander stützend und auf die Zukunft vertrauend, denn diese Verheerungen haben immer irgend einen von uns unberührt gelaßen. Eine solche Frostnacht wie die des 15. Februar hat das finnische Volk noch niemals erlebt. Mit einem Federstriche ist da das Teuerste uns geraubt worden, was wir besaßen, und was wir unvermindert, wenn nicht vermehrt unseren Kindern zu hinterlaßen hofften. Hier bleibt niemand unberührt. Hoch und niedrig, reich und arm, alle werden wir gleich von dieser Heimsuchung betroffen. Wir können die Folgen ihrer Verheerungen nicht überschauen, denn der Gedanke schaudert zurück vor den Perspectiven, die sich ihm öffnen. Unsere Kinder, denen wir ein sittliches Ideal, ein beßeres, ein höheres, zu vererben wünschten, sollen vielleicht, da sie die festen Grundlagen unseres politischen Daseins schwanken sehen, eine Schar von Heuchlern werden, mit Falschheit im Herzen. Der Ruf des finnischen Volkes, seiner Treue und Redlichkeit wird vielleicht eine halbverklungene Sage werden. Es möge mir gestattet sein, mir, der erwählt worden ist, die Gefühle unser aller auszusprechen, hier eine kleine Geschichte anzuführen, eine unter Tausenden, von loyaler, anspruchsloser Pflichterfüllung, weil sie für unser Volk und seine Art, die Dinge anzusehen, characteristisch ist. Möge sie hier ihre einfache Sprache reden: Es war in den Zeiten des Krimkrieges in einer der kleinen Städte Osterbottens ein Rheder. In dem Hafen, der von einem englischen Kreuzer blockiert ward, lagen vier von seinen Schiffen abgetakelt. Der Admiral benachrichtigte ihn durch Boten, wenn Segel und Takelwerk für eine Brigg, die ihm gefallen hätte, ausgeliefert würden, so sollten die übrigen Schiffe und seine Warenniederlage, seine Magazine ꝛc. verschont werden. Die kurze Antwort lautete: Ich unterhandele nicht mit den Feinden! Die Folge war: alles ward zerstört. Er suchte weder noch bekam er jemals irgend eine Auszeichnung für seine

Tat. Das Bewußtsein erfüllter Pflicht gegen das Vaterland, den Monarchen und das Reich war für ihn Belohnung genug. Aber er ist nur einer unter Tausenden, die den Nachkommen ein solches Vorbild hinterlaßen haben. Es gibt Tausende dieser anspruchslosen Herzen bei uns. Sagen Sie Sr. Majestät, daß er in Finnland mehr als zwei Millionen loyaler Untertanen hat, die ihre Pflicht zu erfüllen wißen. Aber verhehlen Sie Sr. Majestät nicht, daß wir unserer Rechte nicht unkundig sind. Der Mann, dessen herzhafte Handlungsweise ich soeben erwähnte, war ein Separatist in der Bedeutung, die man jetzt hier diesem Worte beilegt, denn er war der Erste, der mir ein einfaches Heft zeigte, auf dessen Deckel gedruckt stand: Die Grundgesetze des Großfürstentums Finnland; der Erste, der meinem jungen Gemüte ihre Bedeutung erklärte. Noch immer erinnere ich mich, wie er mit bewegter Stimme und tränenerfülltem Auge von den unvergeßlichen Tagen des Jahres 1863 erzählte, als die Herzen des Fürsten und des Volkes in der schönsten Harmonie einander entgegen schlugen. Fragen Sie Se. Majestät, ob er reich genug ist, um die Verehrung und Treue eines solchen Volkes weg zu werfen. Ew. Excellenz hat uns mitgeteilt, daß Se. Majestät beim Erlaße des gnädigen Manifestes sich vorbehalten habe, in jedem einzelnen Falle persönlich zu beurteilen, welche Fragen unter die Reichsgesetzgebung, welche unter die innere Gesetzgebung Finnlands fallen sollen. Wir antworten darauf, daß das Leben Sr. Majestät, wie auch das unsrige, in der Hand des Höchsten liegt. Die Liebe von Millionen konnte das teuere Leben Alexanders II. nicht gegen eine Handvoll Elender und diejenigen, die ihn ihnen überlieferten, beschützen. — Wir sind durch einen Teil der russischen Presse während des letzten Decenniums den gröbsten Schmähungen ausgesetzt worden. Man hat uns dort alles dessen beraubt, was den ehrlichen Bürger von dem Banditen unterscheidet: der Ehre, der Treue, des Ruhmes; nichts hat man uns gelaßen. Diese Beschuldigungen, so aufregend sie waren, haben uns kalt gelaßen, denn wir haben andererseits unter diesem edlen russischen Volke Freunde gehabt, deren Urteil uns für die Schmähungen der Schmutzpresse mehr als entschädigt hat, und wir wußten vor allem, daß wir das Vertrauen unserer hohen Herr-

scher genoßen. Mit dem tiefsten Kummer haben wir deswegen bemerkt, daß diese Schmähungen schließlich in der Brust Sr. Majestät Zweifel an unserer Ehrlichkeit erweckt haben. In einem Documente, das von den Ministerien Sr. Majestät ausgegangen und auf Seinen allerhöchsten Befehl unseren jetzt in Helsingfors zum außerordentlichen Reichstage versammelten gesetzlichen Repräsentanten mitgeteilt ist, wird gesagt, daß unsere am Trone angestellten Vertreter den unvergeßlichen Großvater Sr. Majestät betrogen haben. Ew. Excellenz, wir fordern, daß Sie Sr. Majestät offen sagen, daß dieß die gröste Unbill ist, ungerecht gegen ein treues Volk geschleudert. In Finnland nicht ist der Mann geboren, nicht aus unserem Volke stammt er, der des unerhörten Verbrechens fähig gewesen wäre, absichtlich einen Herrscher wie Alexander II. zu betrügen, den wir im Leben liebten, dessen schrecklicher Tod nirgends so aufrichtig beweint worden ist wie in Finnland, und dessen Andenken wir verehren wie das eines Heiligen. Die Finnen, denen die Gnade zu Teil geworden ist, dem Trone nahe zu stehen, haben niemals, wir sagen niemals dergleichen verübt. Sie haben in Fällen, wo die Interessen des Reiches nicht beleidigt wurden, aus Liebe zu ihrem Lande demselben Vorteile erwerben können, die eine spätere Zeit als veränderungsbedürftig erkannt hat. Aber Irrtümer sind nicht Verbrechen. Sie können, sie werden von den Repräsentanten des finnischen Volkes Sr. Majestät in loyaler Weise zurecht gebracht werden, wenn Se. Majestät geruht, zu ihrem Beschließen gnädige Vorschläge zu machen. Die, welche jene Männer angreifen, vergeßen, daß der edle Fürst selbst sein finnisches Volk aufrichtig liebte. Wir weisen jene Beschuldigung zurück. Schande treffe den, der sie zu erfinden gewagt hat! Wir bitten Ew. Excellenz, Se. Majestät zu versichern, daß wir niemals zu gesetzwidrigen Mitteln unsere Zuflucht nehmen werden. Deswegen eben ist es so kränkend für ein pflichtgetreues Volk, sich auf jedem Schritte von Gensdarmen umgeben zu sehen. Es sind nicht diese, die das Volk ruhig halten. Es ist die ererbte Achtung vor der Unverletzlichkeit des Gesetzes. Wir sind keine Rebellen, aber wir wären unserer freien Institutionen nicht wert, wenn wir nicht offen und ohne Furcht, demütig aber bestimmt

gegen jede Kränkung unserer Grundgesetze, unserer Verfaßung protestieren wollten, die von fünf Kaisern beschworen ist und unter ihrem weisen Scepter sich weiter entwickelt hat. Das ganze finnische Volk sieht eine solche Kränkung in dem Manifeste vom 15. Februar. Das können die jetzt in den Städten und auf dem Lande umherstreifenden Gensdarmen gerne hören; es gibt keinen unter uns, der seine Gedanken in dieser Hinsicht verbergen wollte. Wir bitten Ew. Excellenz, Sr. Majestät zu sagen, daß wir gewagt haben uns ihm zu nahen, um ihn zu bitten, gnädigst das Manifest vom 15. Februar zu widerrufen und der erniedrigenden Ueberwachung der Gensdarmen ein Ende zu machen. Ew. Excellenz, Sie haben uns versichert, daß, wenn bei dem Hierherkommen der Deputation der gesetzliche Weg wahrgenommen würde, Sie unbedingt Sr. Majestät die von mehr als 500 000 Bürgern unterzeichnete Adresse mit derselben lauten Stimme vorlesen würden, wie Sie die Darstellung des kaiserlichen Senats in derselben Sache, die jetzt der Gegenstand unserer Bekümmernisse ist, vorgelesen haben. Zwar hat Se. Majestät seinen hohen Willen schon kundgetan, wie mit unserem Wunsche zu verfahren sei; aber da wir vernehmen, daß bisher kein Versuch von Ew. Excellenz gemacht worden ist, in einer persönlichen Audienz bei Sr. Majestät diese Adresse vorzulegen, die das finnische Volk unter keinen Umständen dem jetzigen Generalgouverneur Finnlands anvertrauen will, so müßen wir aus diesem Grunde, uns auf die erwähnten Versicherungen Ew. Excellenz stützend, aufs Ernstlichste bitten, daß Ew. Excellenz, wenn nicht jetzt, so doch wenn Gelegenheit dazu sich bietet, die Adresse, die Ew. Excellenz empfangen haben, Sr. Majestät mitteilen wolle. — Da es uns bekannt ist, daß Adressen zu ganz anderem Zwecke, als die, die wir Ihnen übergeben haben, möglicher Weise Sr. Majestät zu Gesicht kommen, so bitten wir, daß Ew. Excellenz Sr. Majestät deren rechten Wert erklären mögen. Wir bitten Sie, Sr. Majestät zu sagen, daß es einst einen Judas gab, der seinen Meister für dreißig Silberlinge verriet. Es ist leider gelungen, auch bei uns Personen aufzuspüren, die bereit sind, ihr Vaterland für feiles Gold zu verkaufen.

„Ew. Excellenz, wir bitten Sie, diese unsere Gefühle unserem gnädigen Kaiser zu offenbaren. Gott schütze Se. Majestät den Kaiser, Gott schütze Ihre Majestät die Kaiserin!"

Nach dem bisher Mitgeteilten drängen sich noch einige Fragen auf, die zum Schluße beantwortet werden mögen.

Was ist in Finnland seitdem geschehen? Zu dieser Frage enthalten die außerfinnischen Zeitungen grobe Irrtümer, indem sie versichern, daß die Russification Finnlands monatlich große Fortschritte mache. Das ist nicht der Fall. Bisher ist eigentlich herzlich wenig der Art geschehen. Die Vorlage des Wehrpflichtsgesetzes, vom Landtage mit einer Gegenproposition beantwortet, ruht noch im Schoße des russischen Reichsrates. Keine andere Vorlage ist als in das Bereich der Reichsgesetzgebung gehörend bezeichnet, obgleich der jetzige ordentliche Landtag schon etwa zwanzig kaiserliche Vorlagen erhalten hat. Nur das unleidliche Zwangssystem gegen die Presse hat fortgedauert. Polizeiliche Anordnungen sind erlaßen, die die Bevölkerung mehr trakassieren oder erbittern, als sie in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte hindern. Der Generalgouverneur hat sich durch diese Maßregeln herzlich verhaßt, aber auch durch das Misglücken eines Spionagesystems lächerlich gemacht. Einige wirklich verfaßungswidrige Verordnungen sind schon durch kaiserliche Befehle angekündigt (z. B. die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit, die preventive Censur der Reden und Vorlesungen), sind aber nicht in Kraft getreten, weil der Senat den Kaiser aufmerksam gemacht hat, daß man ihre Befolgung nicht ohne Strafbestimmungen erzwingen könne, und daß solche der Zustimmung des Landtages bedürfen. Darauf hat der Senat den Befehl erhalten, entsprechende Vorlagen für den jetzigen Landtag auszuarbeiten.

Ist eine Katastrophe in Finnland bevorstehend? Eine Volkserhebung auf keinen Fall, das kann jeder Finnländer versichern. Aber wenn das Wehrpflichtsgesetz wirklich in einer Form gegeben wird, die die Finnen in Rußland und unter russischen Strafgesetzen zu dienen zwingt, so könnte vielleicht ein offener, passiver Widerstand erfolgen, der natürlich von russischer Seite mit einer officiellen Vernichtung der ganzen Autonomie

Finnlands beantwortet würde. Wird die russische Sprache, wie jetzt verlautet, zur Sprache der inneren Verwaltung bestimmt und das Wehrpflichtsgesetz in einer Form verkündigt, die zwar nicht weit von der jetzigen oder der vom Landtage bedingungsweise angenommenen abweicht, aber doch nicht verfaßungsgemäß ist, d. h. nicht übereinstimmend mit den vom Landtage aufgestellten Alternativen, so dauert der Conflict fort und damit auch die gespannte Unruhe und die zunehmende Auswanderung; und diese Uebelstände können natürlich am Ende auch in eine öconomische Krisis übergehen.

Die alldeutsche Bewegung.

(Schluß.)

Das alldeutsche Wüten gegen die nichtdeutschen Bewohner des Reiches und das fortwährende Betteln um ein machtvolles statliches Einschreiten in der Form der bewährten Blut- und Eisenpolitik bildet eines der häßlichsten Blätter in der Geschichte dieser Bewegung und macht dieselbe vor der ganzen Welt zu einem Gegenstand der Verachtung.

Ist es nicht ein blutiger Hohn auf all' die herrlichen und glänzenden Versprechungen, die man dem deutschen Volke nach 1866 und 1870/71 gemacht hat, wenn heute das ganze Gefüge des Reiches ins Wanken geraten soll, weil die par Dänen und Polen, die man gegen ihren Willen zu Bürgern dieses Reiches gemacht hat, Gewährleistung ihres Volkstumes fordern? Bei billig und gerecht denkenden Menschen wäre dieses Zugeständnis etwas Selbstverständliches, warum nun bei dem Volke, „das sich so hoch gebläht", nicht auch? Warum muß es bei diesem gleich die Grundlage des ganzen Statswesens ins Schwanken bringen? Schon Sallust erteilt hierauf die erschöpfende Antwort, indem er sagt, daß Staten nur mit denselben Mitteln erhalten werden können, mit denen sie begründet wurden. Und dieser Satz ent-

hüllt uns das ganze Geheimnis des inneren Triebes unserer neudeutschen Entwickelung; er zeigt uns, wie aus Ausnahmegesetzen, Belagerungszustand, Kulturkampf, dem Drohen mit Verfaßungsbruch und andern Gewaltsstreichen nicht heraus zu kommen ist — er läßt uns aber auch hineinblicken in einen gähnenden Abgrund, an dessen Rand wir mit unheimlicher Sicherheit näher und näher heranrücken.

Und die alldeutschen Chauvinisten, die gleich uns diesen Abgrund erkennen, glauben nun dem deutschen Volke einen Dienst zu erweisen, indem sie es mit einem Ruck vollends hinabstürzen. Man denke hierbei nur an das wahnsinnige Bestreben, den einzigen nennenswerten Bundesgenoßen, der dem deutschen Volke für den kommenden großen Entscheidungskampf mit dem Russentum noch bleibt, nemlich England, mit Aufbietung aller deutschen Machtmittel zu vernichten! Die Engländer, so selbstsüchtig sie bisweilen sein mögen, so wenig sie der Bande des Blutes achten, die sie mit uns verbindet, so sehr und so oft sie unsern gerechten Groll herausfordern, werden doch immer nach uns die vornehmsten Gegner des Weltrussentums bleiben, und darum sind sie uns unantastbare Freunde, mag sonst zwischen uns beiden stehen, was da wolle. Am allerwenigsten aber sollen uns die afrikanischen Sumpf- und Wüstenstrecken — die man dem deutschen Michel unter dem prahlerischen Namen „deutsche Kolonien" vorführt — auseinander reißen. — Gelänge es uns, in Europa wieder etwas zu werden, so möchte England getrost alles das einstecken, was wir in Afrika und sonstwo gewissen kapitalistischen Ausbeutern zu Liebe zusammen erobert haben. Denn gen Osten, im unmittelbaren Zusammenhang mit unserem Gebiete, nicht nach Westen jenseits des Weltmeeres liegen unsere Kolonien; wer das den Deutschen anders sagt, der belügt sie und betrügt sie um ihre Zukunft!

Und leider sind heute noch die Lügner oben auf; aber wie lange wird's dauern und die Macht der Tatsachen wird auch dem Dümmsten und Blödesten die Augen öffnen. Die Entwicklung geht ihren Gang und wird durch keine noch so lärmende Kundgebung „alldeutscher" Chauvinisten, durch keine noch so schneidige Engländerhetze, nicht durch das heißeste Liebeswerben und das

bedingungsloseste Sichunterordnen Rußland gegenüber aufgehalten. Im Osten wird sich in den kommenden Jahrzehenden das Geschick des deutschen Volkes entscheiden, ja dort hat es sich zum Teil bereits entschieden, als der preußische Kronprinz die Höhe von Chlum nahm! Die Erfolge der preußischen Siege auf den böhmischen Schlachtfeldern, von Bismarcks Söldlingen so überschwänglich gepriesen und als der Beginn des glorreichsten Abschnittes in der deutschen Geschichte verherrlicht, waren die ersten Schritte auf der Bahn zu Deutschlands Verderben.

Freilich ist es zu einem Zurück auf diesem Wege des Unheils noch nicht zu spät; noch liegt vor uns die Möglichkeit, dem drohenden Untergange zu entrinnen, aber — dazu gehörte ein Grad der Erkenntnis, eine so tiefe Einsicht in das Furchtbare unserer Lage, und vor allem ein so ernster, von sittlicher Stärke getragener Wille, daß man im heutigen, aller statsmännischer Einsicht und einheitlicher zielbewußter, von sittlichen Grundsätzen beherrschten Leitung baren, durch wild sich bekämpfende Parteien zerklüfteten, nach unten revolutionären, nach oben byzantinischen Deutschland fast alle Hoffnung schwinden laßen muß.

Der erste Schritt auf der Bahn, die uns noch eine Zukunft verbürgen könnte, wäre die Rückkehr zum Recht, die vor allem zum Ausdruck kommen müßte in der Sühnung des 1866 an Deutschland verübten Unrechts, in der Wiederherstellung der wider Recht und Gesetz annectierten Staten und in der wahrhaft bündischen Gestaltung Deutschlands. Daran müßte sich die Föderation des übrigen Mitteleuropas und die Brechung des übermächtigen russischen Einflußes in Europa schließen. Wären diese Taten vollbracht, so wäre damit die Entwickelung in sichere feste Bahnen geleitet, die für uns Deutsche und für die gesamte europäische Kultur noch eine große und herrliche Zukunft in sich schlöße. Kann oder will man sich aber nicht zu dieser Politik der großen Mittel, die sowol eine Politik selbstlosester Entsagung, wie auch eine Politik statsmännischer Ein- und Weitsicht sein würde, aufschwingen, so wird das Verhängnis seinen Lauf nehmen, und nicht sehr fern wird die Zeit sein, in der es heißen wird:

„Hie hat Deutschland gestanden."

Die Alldeutschen aber würden die Allerletzten sein, denen wir für die notwendig werdenden Anstrengungen und Kämpfe die Rolle von Rufern und Weisern zuerteilen möchten. Eingedenk ihres Grundsatzes, Dinge und Tatsachen möglichst außer Acht zu lassen, bauen sie das Reich der Zukunft — das „größere Deutschland" — ins Blaue hinein, und in dieser Weise beginnen sie denn auch jetzt mit der Besiedelung und Germanisierung des Orients. Diese Besiedelung muß, wie wieder und wieder hervor zu heben ist, als die eigentliche Lebensfrage Deutschlands gelten, und der günstigste Zeitpunkt, dieselbe im großartigsten Maßstabe zu beginnen, war die Zeit des Krimkrieges. Damals stand unsere Ostmark an der Donaumündung, die notwendige Zurückdrängung Rußlands ließ sich im Bunde mit England und Frankreich durchführen, und auch die Verhältnisse im Innern waren damals so günstig wie nie zuvor oder nachher.

Diesen einfachen geraden Weg mußte man einschlagen, wenn man Vernunft und Wißenschaft zu Rate gezogen hätte; anders aber verfährt man im Lande der Rechner mit realen Factoren, da schlägt man zunächst alles in den Wind, was von weitsichtigen, erfahrenen Männern gesagt, vorgeschlagen, gewarnt wird. Man läßt die herrliche Gelegenheit vorübergehen, Rußland unschädlich zu machen; es wird nicht zurückgeworfen, es wird vielmehr geschützt, gekräftigt, bis es übermächtig dasteht, den Oberherrn Europas zu spielen vermag und in Gemeinschaft mit seinem ehemaligen erbitterten Widersacher auf den Augenblick lauert, in dem es dem verhaßten Germanentum Mitteleuropas den Garaus machen kann. Oesterreich wird gezwungen, die Donaumündungsländer aufzugeben, dann zerstört man die Brücke, die uns in den Orient führte, stößt Oesterreich hinaus aus dem deutschen Verbande, verstümmelt Deutschland nach außen und zerreißt es im Innern durch Kulturkampf, Socialistengesetz, durch Klassen- und Nationalherrschaft; und nach 50 Jahren, nachdem 5 Millionen tüchtiger Deutscher auf Nimmerwiedersehen übers Weltmeer gegangen sind, sucht man die Gedanken der List und Huber unter Schutt und Trümmern hervor und verkündet es als eine neue Weisheit, daß der Orient ein Gebiet sei für deutsche Kolonisation. Aber um das Maß des Widersinns voll zu machen, verkündet man zugleich,

daß man diese Kolonisation durchzuführen gedenke in Anlehnung an Rußland (das schon lange den ganzen Orient als ihm verfallen betrachtet) und im Kampfe mit England.* Darum also brauchen wir, wollen wir England gewachsen sein, eine Verstärkung unserer Kriegsflotte (notabene um das 20fache!).

Also statt des Weges, der uns zur Verfügung stand, der sicher und für alle Zeiten in unserer Hand lag, gehen wir heute auf der Bahn der stärksten Seemacht der Welt, entlang den Küsten unseres Erbfeindes im Westen — frischweg darauf los, mit einigen noch ungebauten Panzerschiffen unsere Zukunft im fernen Osten zu begründen.

Insbesondere das Verhalten zu Rußland, durch welches zugleich das Verhältnis zu England bestimmt wird, zeigt uns die alldeutschen Patrioten in ihrer ganzen Glorie. Daß von ihnen das zeitweilig bemerkbare Zusammengehen der deutschen Regierung und Englands nur mit größtem Widerwillen ertragen wird, lehrt uns das Verhalten der „Alld. Blätter"; so wieder ein Aufsatz in Nr. 44 1899. Dort heißt es, nachdem das von Rußland dem deutschen Volke gegenüber zur Schau getragene Uebelwollen in das gehörige Licht gestellt worden ist:

„Wir müßen aber dringend wünschen, daß diese Vorliebe für England nicht so weit geht, uns Rußland noch mehr zu entfremden, den dort gegen uns an der Arbeit befindlichen Elementen noch neue Nahrung zuzuführen. Das Deutsche Reich hat von England nichts zu erwarten, und wenn es auch diesem gegenüber bis über die Grenze der erlaubten Nachgiebigkeit hinausgienge; in den Zeiten der Not wird uns England allemal im Stiche laßen, sobald sein Vorteil das wünschenswert erscheinen läßt. Aber durch dieselbe englandsfreundliche Politik, für die wir uns von Großbritannien doch keinen Dank erwerben, entfernen wir Rußland immer weiter von uns, das Rußland, von dem uns doch sonst keine politischen Interessen scheiden **, dessen Freund-

* Also u. a. dargelegt in den „Alld. Blätter" 1896, S. 172 und 1895, Nr. 49.

** Es mag hier nur daran erinnert werden, daß Rußland (auch nach dem Eingeständnis der Alldeutschen) mit allen ihm zur Ver-

schaft uns in zwei großen Kriegen so unendlich wertvoll gewesen ist. An Gelegenheit dazu, daß dieß wieder so sein möchte, wird es schon nicht fehlen, und darum richtet sich unsere Hoffnung auf eine klare, stetige auswärtige Politik des Deutschen Reiches, aber eine solche, die nicht im englischen Fahrwaßer herzieht."

Es muß leider gesagt werden, daß für die Alldeutschen, diese „Blüte des alten, unverfälschten Germanentums" ethische Gründe nicht vorhanden sind. Sie sehen in den Engländern nur lästige Concurrenten und in den Russen ein Volk, mit dem sich immerhin noch Geschäfte machen laßen. Und noch ein Anderes: Man fürchtet heute zwar außer Gott nichts weiter in der Welt, aber — mit den Russen ist es so ein eigen Ding — —. Wir haben noch keinen Alldeutschen gesprochen, der nicht wie ein Taschenmeßer zusammen geklappt wäre, wenn die Rede auf die fortschreitende Macht des Russentums kam. Und Professor Hasse äußerte sich einmal: „In dem Kampfe, der unausbleiblich kommen wird, dem Kampfe des Germanentums gegen das Slaventum, kann Deutschland keinen seiner Söhne entbehren. Darum mahnen wir an die Pflichten hüben und drüben. Der Sieg des Slaventums wäre gleichbedeutend mit dem Untergang aller Kultur; Deutschland aber ist zum Vorkämpfer des Germanentums im Streit berufen."

Was ist überhaupt Deutsches an den alldeutschen Musterpatrioten? Der Nationalitätsschwindel etwa, zu dessen unentwegten Verfechtern sie sich machen? Wir meinen: Weder deutsch noch menschlich ist dieses vom verkrachten Franzosenkaiser übernommene Völkererhetzungsprincip.

Der Weg der neueren Bildung geht
Von der Humanität
Durch die Nationalität
Zur Bestialität!

rief einst bitter der Oesterreicher Grillparzer, und der Preuße Trautwein von Belle* meint belehrend: „Ein großer Teil jener

fügung stehenden Mitteln an der Vernichtung des baltischen Deutschtums arbeitet, während uns von England noch nicht bekannt geworden ist, daß es auch nur einem Deutschen ein Haar gekrümmt hätte.

* Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1869, I., 4.

Politiker, welche den Einheitsstat Deutschland mit der Zuversichtlichkeit souveräner Kritik inauguriert haben, Hegelianer, Herbartianer, Schopenhauerianer und andere philosophierende „Aner", hat sich wol niemals die Präliminarfrage vorgelegt: wo liegt Deutschland? Die Landkarte sagt uns: es liegt im Mittelpunkte, im Herzen von Europa. Diese Lage ist unserer bescheidenen Meinung nach sofort über das Schicksal von Deutschland entscheidend. Im Herzen von Europa gelegen und nach keiner Seite (auch nicht nach der Nordseite, wo Dänemark uns begrüßt) ein abgeschloßenes Territorium bildend, ist sein eigenster Character von vornherein internationaler Natur, selbst abgesehen von der Buntfarbigkeit seiner Völkerstämme. Nun rückt die Denker-Weisheit heran und erklärt uns: Ja, was die Lage betrifft das ist richtig, deshalb müßen wir uns möglichst zusammenschließen, national abrunden und unsere Territorialverhältnisse durch die Energie unseres politischen Handelns verbeßern! Wirklich eine solonische Weisheit, welche nur leider etwas an die sybilliniſchen Bücher erinnert; denn aufgemerkt: was folgt aus besagter ‚Zusammenschließung'? Doch selbstverständlich die Ausschließung aller fremdartigen Elemente! Also ausgeschloßen werden nicht bloß die Czechen und czechischen Mähren, die Slowaken, Slovenen, Wenden, Croaten und istrischen Italiener, sondern auch die Lithauer, die Massuren, die Kassuben, die preußischen und posenschen Polen, die oberschlesischen Waßerpolacken, auch die Wenden im Spreewalde und in der Oberlausitz, die Dänen in Schleswig und die Wallonen im Regierungsbezirk Aachen. Sollte sich sonst noch wo irgendwelches Nationalitätlein auftreiben laßen im Umfange des altdeutschen Reiches und des ehemaligen Deutschen Bundes, so wird es ebenfalls ausgeschloßen. In der Tat, eine köstliche territoriale Abrundung ist hiernach zu Stande gebracht! Ei, bei Leibe nein! ruft wieder die rühmliche Denkerweisheit, so meinen wir das Ding nicht! Von den vorgenannten fremden Völkern und Völklein werden nur einige ausgeschloßen, besonders die ersten sieben, andere behalten wir nach den Erfordernissen territorialer Zusammengehörigkeit, dagegen aber wünschen wir die Oesterreicher, die österreichischen Schlesier, die Steiermärker, die Kärnthener und

Krainer Deutschen, die Tyroler und Vorarlberger aus Deutschland entfernt zu sehen!

„Ueberaus herzensgut und vortrefflich, auch den Bedürfnissen territorialer Geschloßenheit alsdann vollkommen entsprechend, wenn man die deutsche Grenze am Erzgebirge, Thüringer Walde, Main und Rhein festsetzen will, aber mit der Grundidee des erstrebten nationalen Einheitsstates denn doch wol im Widerspruch? Oder sollen wir uns teuschen, weil wir als Nichtbekenner des Nationalitätsprincips auf eine so schmale Portion nationaler Einheitsstat uns platterdings nicht verstehen? Vieles hingegen ist möglich, und das Allermöglichste stets die Uneinigkeit der Deutschen.

„Der Wahn, dem der deutsche Doctrinarismus huldigt — und es ist grausamer Ernst damit — besteht in der abstrakten Verneinung der bunten Mannigfaltigkeit und reichen Gliederung des Stats- und Völkerlebens. Eine Unsumme von Farben und Formen, Spitzen und Kanten darbietend, noch sechzig Jahre nach dem nivellierenden Gleichtritt der Bataillone Napoleons I. ist dieser wunderbare, jetzt altmodische Reichtum ein Hemmnis für die Verwirklichung des ‚nationalen Einheitsstates', folglich wird er geleugnet und alles auf den Generalnenner eintöniger, abstrakter Einförmigkeit nach derselben oft versuchten, oft gescheiterten Schablone zurückgeführt, und für das Uebrige, was es sonst noch in der Welt gibt, soll der preußische Stat mit seinem Herzblut einstehen."

Je weiter man auf der falschen Bahn der „nationalen Politik' fortschreitet, um so mehr werden die wahren Tatsachen hervortreten, um so klarer wird es werden, daß Deutschland weit davon entfernt ist, ein national abgeschloßenes Gebiet zu sein, und um so mehr muß man (bei den Bestrebungen zur Durchführung der nationalen Einheit) mit den eigentlichen Lebensbedingungen Deutschlands in Widerstreit geraten; was schon heute sich zeigt an den Mishelligkeiten, zu denen die Unterdrückung der Polen, Dänen, Franzosen, Wenden und Litthauer führt.

Hat nun etwa das Volk als solches gewonnen durch die Entfeßelung der nationalen Leidenschaften und durch die Konstruction eines preußisch-deutschen Nationalstates? Es sollte schwer halten, hierfür auch nur den geringsten Beweis zu erbringen;

wol aber ist das Gegenteil offenkundig. Soweit ist es schon gekommen, daß man in weiten Kreißen vom alten unverfälschten Deutschtum bereits keine richtige Vorstellung mehr hat. Trotz dem Franzosentum, das man wegen seiner nationalen Ueberhebung nicht genug verhöhnen konnte, haben die letzten Jahrzehende in Deutschland einen Chauvinismus gezüchtet, der kaum noch übertroffen werden kann, und dieser Dünkel ist es vielleicht mehr als die militärische Ueberlegenheit, was uns heute im Auslande so verhaßt macht. Ein Glück noch, daß dem Ausländer gar oft das Neudeutschtum mit dem Preußentum zusammenfließt.

Nun möchten wir aber durch unsere abfällige Beurteilung des Nationalismus nicht irre führen. Nicht gegen die Betätigung des Nationalgefühls und gesunder nationaler Bestrebungen wenden wir uns, wir bedauern vielmehr, daß das echte nationale Fühlen dem Deutschen mehr und mehr abhanden gekommen ist.

Daß und in wie weit der nationale Gedanke berechtigt ist, hat Friedrich List schon lange vor den nationalliberalen und alldeutschen Schwindlern klar und deutlich ausgesprochen. Dieser gröste deutsche Stats- und Wirtschaftsgelehrte, dem es in erster Reihe zu verdanken ist, daß Deutschland nach dem Zusammenbruch in den napoleonischen Kriegen wieder Gestaltungskraft erhalten hat, zeigt klar und deutlich, wie neben der nationalen Aufgabe, welche sich mit dem Zusammenschluß und der inneren Festigung des deutschen Volkes zu befaßen hat, sogleich die internationale Aufgabe steht, die zum mindesten ebenso bedeutsam wie jene ist; gipfelt sie doch in der Schaffung jener Volksorganisation, welche berufen erscheint, die Welt dem Ideal des ewigen Friedens näher zu bringen.

Der nationale Chauvinismus hat eben leider nicht das aus der deutschen Geschichte lernen können, daß nicht die deutsche Schwäche oder deutscher Kosmopolitismus die Schuld daran trugen, daß so oft fremde, nichtdeutsche Angelegenheiten in Deutschland oder durch Deutsche zum Austrag gebracht wurden und Deutschland so oft das Schlachtfeld für fremde Völker abgegeben hat, — nicht Schwäche und Vaterlandslosigkeit der Deut-

schen, sondern deren universaler Beruf. Und nur daran trug die deutsche Schwäche, d. h. die Zwietracht deutscher Fürsten, die Schuld, daß diese Entscheidungen so oft gegen Deutschland ausgefallen sind.

Wir meinen also, gerade darum weil dem deutschen Volke und der deutschen Politik so hohe Ziele gesetzt sind, und weil hierzu eine weit hinausgreifende zielbewußte Statskunst gehört, müßen wir allen Phantastereien und Uebertreibungen entgegen treten, und darum fühlen wir uns verpflichtet, Anschauungen zu bekämpfen, die, wie die soeben gekennzeichneten unserer Alldeutschen, nur dazu dienen können, die Abneigung, die uns heute schon unsere Nachbarvölker entgegen bringen, zu steigern, und die ihr am Ende den Stempel der Berechtigung aufdrücken.

Wohin die preußische Militärdiktatur und die darauf sich stützende nationale Ueberhebung führt, das sollte man doch nachgerade einsehen. Pickelhaube und Zündnadel, Krupp'sche Kanonen und Kommisstiefel sind eben durchaus nicht die wahren Kulturelemente; und wenn es auch nach Königgrätz und Sedan so geschienen hat, weil man in kurzer Zeit das ganze aufgespeicherte geistige und materielle Vermögen des deutschen Volkes daraufgehen ließ, so wird es doch nun von Tag zu Tag offenkundiger, von welch' verderblichem Irrwahn man befangen war, als man die Vorspiegelungen unserer Nationalen für bare Münze nahm.

Der nationalen Aufgeblasenheit und Ausschließlichkeit tritt ergänzend zur Seite der Cäsarismus und Byzantinismus. Mag man sich auch noch so sehr als Angehöriger des germanischen Herrenvolkes und als freier Sohn Teuts fühlen, einen Cäsar braucht man, und wenn's am Ende ein russischer oder chinesischer ist. Das Untertänigkeitsgefühl ist diesen deutschen Volksgenoßen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Schilderungen eines Tacitus in der Tat zu einem Märchen aus alten Zeiten geworden sind. Wie die Sittlichkeit des Volkes nur noch in gewissen, durchaus nicht mehr maßgebenden Kreißen gepflegt und erhalten wird, genau so auch im Allgemeinen, und als Be-

weis, daß die Aenderung sich vollzogen hat, sehen wir die protestantische Geistlichkeit jetzt auch den sittlichen Standpunkt verlaßen und in heißem Anbeten des Erfolgs (wie ein Backofen, nach Prophet Sacharja) schwelgen, weil die protestantischen Kanonen siegten. Und hat sie mit dem Unterricht der Jugend nicht die Schlüßel zum Himmelreich in der Hand, so daß jetzt ein Geschlecht heranwächst, dem das Verträge-brechen, wenn's dem Protestantismus frommt, mit der ganzen Blut- und Eisen-Politik als die herrlichste Hülfe von Gott in ihre Begriffswelt eingetrichtert wird? Und dieser Monarchismus, ist er nicht das Gegenteil von dem für alle Zeiten — weil allein auf die Menschenwürde bedachten und aus ihr hervorgegangenen — Verhältnis zwischen Fürsten und Volk, wie es den einen König nach Art der Heiden verlangenden Juden vorgehalten wurde? Und Christus, daß ja kein Zweifel aufkommen kann, heißt seinen Vicekönig, der ihm nach dem Leben steht, einen schlauen Fuchs! Höchste Ehrerbietung!

Wir wißen freilich, daß man aus jenen Kreißen uns entgegnen wird: Wenn wir dem Kaiser so hohe Verehrung zollen, so verehren wir zugleich Volk und Vaterland. Das Kaisertum ist uns eben nur der vornehmste Vertreter jener; und das Vaterland ist der Inbegriff alles Hohen und Teuren. Aber auch dieser Standpunkt ist falsch und verwerflich; mag er nun im Ernste eingenommen werden oder mag man sich nur auf ihn stellen, um die eigene Schwäche zu verbergen. Nicht das Vaterland an sich ist der Zweck, das Höhere, dem der Einzelne, die Familie, die Gesellschaft zu dienen hätte. Solche Lehrmeinungen konnten nur im Hirn jener constitutionellen Statskünstler entstehen. Es mag wol Zeiten geben im Leben eines Volkes, in denen es Pflicht des Einzelnen und der Körperschaften ist, sich und seinen Bestand für die Erhaltung der Gesamtheit zu opfern, doch solche Zeiten können nur als Ausnahmen gelten.

Jener falsche Glaube von der unbedingten Berechtigung und Bevorrechtigung des Vaterlandes wird immer zur Parteiherrschaft und Ausbeutung des Volkes — zu dessen Bestem angeblich alles geschieht — führen. Die herrschenden Parteien meinen nemlich

immer, wenn sie vom Wole des Vaterlandes reden, ihr eigenes Wol, und das ganze Volk ist ihnen verkörpert in der Partei, der sie selbst angehören.

Nun ist es aber mit Händen zu greifen, daß die ganze Rednerei von Volksbeglückung eitel Schwindel ist, sintemalen der große Chorus der nationalen Zeitungs- und Geschichtsschreiber seit Jahrzehenden offen zum Ausdruck gebracht hat, daß ihm die ganze deutsche Frage zu der Frage zusammenschrumpft: ob die hohenzollersche oder die habsburgische Dynastie über Deutschland herrschen solle? Also lediglich um die Angelegenheit zweier Herrschergeschlechter sollte es sich handeln, denen gegenüber das ganze deutsche Volk, seine Bedürfnisse und Wünsche, gar nicht in Betracht kämen, während doch die Tatsachen es nur zu laut und vernehmlich predigen, daß der ganze Gegensatz zwischen den beiden deutschen Großmächten erst daraus hervorgegangen ist, daß beide, Oesterreich und Preußen, ihre eigentliche Stellung innerhalb der deutschen Welt ganz vergeßen und sich in eine Bewegung hineingearbeitet hatten, die geradezu das Entgegengesetzte ihres wahren Berufs zur Voraussetzung hatte.

„Die Anhänger des idealen Einheitsstates Deutschland", sagt sehr richtig Trautwein von Belle*, „die Neupreußen, Großpreußen und Kleindeutschen überhaupt denken nie und nimmermehr daran, daß Preußen auf dem Grunde seiner Entstehung ein Kolonialstat ist. Und zwar ein Militär-Kolonialstat. Mit dem Schwerte in der Faust haben die brandenburgischen Markgrafen, die deutschen Ordensritter in Preußen und jenseits die Schwertbrüder in Livland die Zone der baltischen Länder dem Deutschtum und dem Christentum erobert, und in dieser Arbeit, deren Hauptrichtung stets die nordöstliche war, haben sie eine der schönsten und großartigsten Aufgaben der deutschen Kultur wie der deutschen Politik entwickelt. Es ist eine traurige Versäumnis der preußischen Statsleitung, daß sie den Sinn für den Zusammenhang Altpreußens mit Kurland, Livland und Esthland nie recht gepflegt hat, daß sie mit dem eigentlichen Altpreußen, von dessen

* Deutsche Vierteljahrsschrift 70, 2.

Königskrone der ganze Stat doch seinen Namen empfieng, nie etwas Rechtes anzufangen wußte, mit einem Worte, daß Altpreußen nicht zum Kryſtalliſationskern der baltiſchen Länder ward. Immer zu ehrfürchtiger Beſorgnis vor Rußland, immer oder faſt immer im Bündnis mit dem natürlichen Gegner dieſer Entwickelung, hat die preußiſche Regierung ihr ſo hochwichtiges Altpreußen in ſeiner Iſolierung verharren laßen und eine Sackgaße da angelegt, wo ihr ein Tor des Welthandels ſich hätte eröffnen können."

Wenn nun Preußen Sieger blieb in dem verderblichen Wettſtreite, ſo iſt damit weder etwas für das Recht der Hohenzollern bewieſen, noch auch für die Dauer des Errungenen. Wer ſich das einbildet und anderen einzureden verſucht, der iſt ein ſchlechter Prophet. Es beſteht ein innerer Zuſammenhang zwiſchen Bismarcks Blut- und Eiſenpolitik und dem heute bereits deutlich erkennbaren Niedergang unſeres Volkes, genau ſo, wie ein ſolcher Zuſammenhang einſt beſtanden hat zwiſchen dem Militarismus und den militäriſchen Erfolgen Friedrichs II. einerſeits und dem bald darauf folgenden Niedergange Preußens und Deutſchlands andererſeits. So wenig die von beſtochenen Geſchichtsſchreibern ſo viel gerühmte Friedenstätigkeit Friedrichs die Wunden zu ſchließen vermochte, die ſeine Kriege — und Erfolge geſchlagen, ſo wenig vermochte Bismarcks „Socialreform" die ſchlimme Entwickelung aufzuhalten, die die Dinge ſeit 1853 und 1866 in Deutſchland genommen haben.

Nun zum Schluße noch ein Bild, welches uns die Unwißenheit und Anmaßung der alldeutſchen Politiker im grellen Lichte zeigt. Von Anfang ſeines Beſtehens an verſuchte es der Alldeutſche Verband, den gewaltigen Bahnbrecher Friedrich Liſt in ſeinen Dienſt zu zwingen. Liſt ſollte Fleiſch von ihrem Fleiſche ſein und vorahnend an das Große gedacht haben, was Bismarck ſpäter ſo herrlich ausgeführt oder der Alldeutſche Verband noch auszuführen gedenkt. Da nun aber gar vieles, was Liſt einſt gewollt, zu dem, was Bismarck geſchaffen oder was die Alldeutſchen erſtreben, allzu ſehr im Widerſpruche ſteht, ſo wagen es dieſe Leute, ihn zu ſchulmeiſtern und ſein Syſtem nach ihren

eigenen Bedürfnissen umzumodeln. Im Uebrigen ist es eine stehende Redensart bei ihnen und ihres Gleichen, daß List selbst nichts erreicht habe, daß es vielmehr eines Bismarck bedurfte, um Deutschlands Einheit zu schmieden.

Die deutsche Einheit, so weit man von einer solchen sprechen kann, ist das Werk Friedrich Lists, und es ist eine große Lüge, wenn man behauptet, daß List mit all' seinem Streben nichts erreicht habe; daran aber, daß er die Einigung Deutschlands nicht vollständig durchgeführt hat, trägt nicht er die Schuld. Er hat durch sein rastloses, vaterländisches und statsmännisches Wirken das erste wirtschaftliche Einheitsband um die deutschen Stämme geschlungen. Die deutsche Handelseinheit, die sich freilich in Folge der Machenschaften des selbstsüchtigen Preußens nicht auf alle deutschen Staten erstrecken konnte, ist Lists Werk, das deutsche Eisenbahnnetz hat wiederum List begründet, und auch hier ist nur das kleinliche Streben gewisser Regierungen Schuld daran, wenn dieses Netz nicht jene nationale und internationale völkerverbindende Bedeutung erlangte, die List erstrebte, und die unerläßlich war, sollte Deutschland eine weltbeherrschende Stellung zurückgewinnen.

Daß das Bismarck'sche „Einigungswerk" in vielen Beziehungen — ganz abgesehen von dem unheilbaren Riß, der unser Vaterland seit 1866 zertrümmert hat — wenn nicht einen Rückschritt, so doch einen Stillstand der deutschen Entwickelung herbeigeführt hat, ergibt sich ja aus einer einfachen Betrachtung des Bestehenden. Herrschen doch, wenn auch in beschränkterem Maße, noch heute die Verhältnisse, die List zu seinen ersten Bestrebungen einer wirtschaftlichen Einigung trieben.

Gegenüber der Behauptung Lists, daß die herrschende Meinung in Deutschland in den Engländern ein Volk erkenne, welches sich namenlose Verdienste um den menschlichen Fortschritt erworben, belehren uns die „Allb. Blätter": „Es ist die herrschende Meinung nicht mehr! Wir gestehen vielmehr offen, unsere Nationalvorurteile nicht mehr bis zu diesem Grade überwinden zu können. Bei aller Hochachtung vor List können wir nicht um-

Königskrone der ganze Stat doch seinen Namen empfieng, nie etwas Rechtes anzufangen wußte, mit einem Worte, daß Altpreußen nicht zum Krystallisationskern der baltischen Länder ward. Immer zu ehrfürchtiger Besorgnis vor Rußland, immer oder fast immer im Bündnis mit dem natürlichen Gegner dieser Entwickelung, hat die preußische Regierung ihr so hochwichtiges Altpreußen in seiner Isolierung verharren laßen und eine Sackgaße da angelegt, wo ihr ein Tor des Welthandels sich hätte eröffnen können."

Wenn nun Preußen Sieger blieb in dem verderblichen Wettstreite, so ist damit weder etwas für das Recht der Hohenzollern bewiesen, noch auch für die Dauer des Errungenen. Wer sich das einbildet und anderen einzureden versucht, der ist ein schlechter Prophet. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Bismarcks Blut- und Eisenpolitik und dem heute bereits deutlich erkennbaren Niedergang unseres Volkes, genau so, wie ein solcher Zusammenhang einst bestanden hat zwischen dem Militarismus und den militärischen Erfolgen Friedrichs II. einerseits und dem bald darauf folgenden Niedergange Preußens und Deutschlands andererseits. So wenig die von bestochenen Geschichtsschreibern so viel gerühmte Friedenstätigkeit Friedrichs die Wunden zu schließen vermochte, die seine Kriege — und Erfolge geschlagen, so wenig vermochte Bismarcks „Socialreform" die schlimme Entwickelung aufzuhalten, die die Dinge seit 1853 und 1866 in Deutschland genommen haben.

Nun zum Schluße noch ein Bild, welches uns die Unwißenheit und Anmaßung der alldeutschen Politiker im grellen Lichte zeigt. Von Anfang seines Bestehens an versuchte es der Alldeutsche Verband, den gewaltigen Bahnbrecher Friedrich List in seinen Dienst zu zwingen. List sollte Fleisch von ihrem Fleische sein und vorahnend an das Große gedacht haben, was Bismarck später so herrlich ausgeführt oder der Alldeutsche Verband noch auszuführen gedenkt. Da nun aber gar vieles, was List einst gewollt, zu dem, was Bismarck geschaffen oder was die Alldeutschen erstreben, allzu sehr im Widerspruche steht, so wagen es diese Leute, ihn zu schulmeistern und sein System nach ihren

eigenen Bedürfnissen umzumodeln. Im Uebrigen ist es eine stehende Redensart bei ihnen und ihres Gleichen, daß List selbst nichts erreicht habe, daß es vielmehr eines Bismarck bedurfte, um Deutschlands Einheit zu schmieden.

Die deutsche Einheit, so weit man von einer solchen sprechen kann, ist das Werk Friedrich Lists, und es ist eine große Lüge, wenn man behauptet, daß List mit all' seinem Streben nichts erreicht habe; daran aber, daß er die Einigung Deutschlands nicht vollständig durchgeführt hat, trägt nicht er die Schuld. Er hat durch sein rastloses, vaterländisches und statsmännisches Wirken das erste wirtschaftliche Einheitsband um die deutschen Stämme geschlungen. Die deutsche Handelseinheit, die sich freilich in Folge der Machenschaften des selbstsüchtigen Preußens nicht auf alle deutschen Staten erstrecken konnte, ist Lists Werk, das deutsche Eisenbahnnetz hat wiederum List begründet, und auch hier ist nur das kleinliche Streben gewisser Regierungen Schuld daran, wenn dieses Netz nicht jene nationale und internationale völkerverbindende Bedeutung erlangte, die List erstrebte, und die unerläßlich war, sollte Deutschland eine weltbeherrschende Stellung zurückgewinnen.

Daß das Bismarck'sche „Einigungswerk" in vielen Beziehungen — ganz abgesehen von dem unheilbaren Riß, der unser Vaterland seit 1866 zertrümmert hat — wenn nicht einen Rückschritt, so doch einen Stillstand der deutschen Entwickelung herbeigeführt hat, ergibt sich ja aus einer einfachen Betrachtung des Bestehenden. Herrschen doch, wenn auch in beschränkterem Maße, noch heute die Verhältnisse, die List zu seinen ersten Bestrebungen einer wirtschaftlichen Einigung trieben.

Gegenüber der Behauptung Lists, daß die herrschende Meinung in Deutschland in den Engländern ein Volk erkenne, welches sich namenlose Verdienste um den menschlichen Fortschritt erworben, belehren uns die „Allb. Blätter": „Es ist die herrschende Meinung nicht mehr! Wir gestehen vielmehr offen, unsere Nationalvorurteile nicht mehr bis zu diesem Grade überwinden zu können. Bei aller Hochachtung vor List können wir nicht um-

hin, zu gestehen, daß uns diese Stelle einen etwas phrasenhaft geschraubten Eindruck macht. Aus ihr spricht der politisch noch etwas sehr grüne deutsch-radicale Liberalismus der vormerzlichen Zeit. Die heute herrschende Meinung in Deutschland erkennt vielmehr in England das, was es ist, ein modernes Karthago, und niemals hat vielleicht unser Kaiser der deutschen Volksstimmung in Angelegenheiten der Weltpolitik einen treffenderen Ausdruck verliehen als damals, da er dem *Präsidenten Krüger* das Glückwunsch-Telegramm sandte in *Veranlaßung* jenes Ereignisses, das den Sinn der Engländer für „Freiheit und Gerechtigkeit" in die grellste Beleuchtung gesetzt hat. Eher schon wird man bei uns teilweise an einen civilisatorischen Beruf Rußlands in Asien (Sibirien) glauben, als an denjenigen Englands in der Welt."

Wol wahr, daß das im großen Ganzen die heute England und Rußland gegenüber herrschende deutsche Meinung ist, aber wir wißen auch, wo und wie diese Meinung entstand, und es mag wol den Seher List, nicht aber den Menschen und Deutschen in unsern Augen herabsetzen, wenn er nicht vorahnend an Welfenfonds und Reptilienpresse gedacht und für möglich gehalten hat, daß diese Dinge einst beim Volke der Denker einen solchen Einfluß gewinnen und die öffentliche Meinung so in den Grund hinein verderben würden.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

In Berlin sind diese wiederholten feierlichen Bekundungen des unerschütterten Bestandes des Zweibundes gerade durch den Vertreter des zunächst umworbenen Frankreichs natürlich sehr wol verstanden worden. Die alsbald noch weiter zu besprechende Annäherung der reichsdeutschen Politik an England, welche durch den Besuch Wilhelms II. in Windsor im November v. J. demonstriert wurde, darf als Folge der französischen Sprödigkeit gelten. Ebenso wird man an dieselbe zu denken haben, wenn man die auffallende Schärfe verstehen will, mit welcher der deutsche Reichskanzler am 21. Februar den wiederholten Antrag des Reichstages auf Beseitigung des sogen. Dictatur-Paragraphen d. h. der außerordentlichen Gewalten des Statthalters von Elsaß-Lothringen zurückwies. „Was die außerordentlichen Gewalten des Statthalters betrifft" — sagte Fürst Hohenlohe damals — „so gelten diese nur für außerordentliche Zustände. Daß solche Zustände eintreten können, wird niemand leugnen können. Elsaß-Lothringen ist ein Grenzland. Unsere Nachbarn sind erregbar. Unsere Bevölkerung steht noch an vielen Orten in Beziehungen zu ihren früheren Landsleuten. Es ist immerhin möglich, daß wir von etwaigen im Nachbarlande auftretenden Erschütterungen nicht unberührt bleiben. Allerdings sind unsere Beziehungen zu der französischen Regierung die denkbar besten, und auch im Lande ist die Stimmung für uns eine freundlichere als in früheren Jahren. Aber eine Gewähr für die Dauer dieser Stimmung kann niemand geben. Deshalb müßen wir für alle Eventualitäten vorbereitet sein und dürfen die Mittel nicht aus der Hand geben, deren wir zur Sicherung unseres Besitzes bedürfen. Wir haben Elsaß-Lothringen nicht durch Volksabstimmung, sondern mit Waffengewalt erworben und wollen das wiedergewonnene Land behalten. Das ist unser Recht!" Auch in der reichsofficiösen Presse kam schon damals der Unmut über Frankreich zu deutlichem Ausdrucke. „Ob Frankreich" so ließ sich z. B. ein Berliner Officiosus Ende Januar in der Münchener „Allg. Ztg." vernehmen — „jemals ein sicherer Kantonist werden wird, steht sehr dahin. Als durchaus unrecht wurde es noch jüngst von hoher Stelle bezeichnet, der öffentlichen Meinung bei uns

einreden zu wollen, daß wir in irgend einer irgendwie schwierigen politischen Frage auf eine wirklich sichere Haltung Frankreichs zählen könnten."

Noch bedenklicher wurden die Berliner Statsmänner, als bald darnach der französische Kammerpräsident Deschanel in zwei Aufsehen erregenden Reden sein politisches Zukunftsprogramm aufstellte. Diesem jungen, eleganten und ehrgeizigen Akademiker wird sowol in Frankreich wie in Rusland eine große politische Zukunft zugeschrieben. Seit dem 1. Juli 1898 von den gemäßigten Republikanern zum Vorsitzenden der Deputierten-Kammer gewählt, war er schon nach Faures Tod ein beachtenswerter Gegencandidat Loubets und wurde dann am Anfang dieses Jahres im Gegensatze zu dem jetzigen Kabinet aufs Neue zum Kammerpräsidenten erwählt. Seitdem gilt er als kommender Mann und insbesondere als derjenige, der mit dem Consortium Waldeck-Millerand-Gallifet die große Abrechnung durchzuführen habe, sobald das Ende der Pariser Weltausstellung den Franzosen hierzu und zu noch manchem andern die Hände wieder frei gemacht haben werde. An Stelle Eduard Hervés, des durch seine Freundschaft für England bekannten Herausgebers des „Journal des Débats", in die Akademie berufen, hatte er dort Anfangs Merz d. J. seinem Vorgänger die übliche Gedächtnisrede zu halten und benutzte diese Gelegenheit dazu, der reichsdeutschen Politik entgegenzutreten und namentlich ihrer jüngsten englischen Wendung ein auffälliges Paroli zu biegen. Er lenkte zunächst auch seinerseits die Aufmerksamkeit auf die sogen. österreichische Frage, für welche die Franzosen schon seit einiger Zeit und zwar in Folge der alldeutschen Treibereien, ein bemerkenswertes Interesse verraten, indem er Hervés Ausspruch anführte und sich aneignete, „daß ein geeinigtes und starkes Oesterreich notwendig sei, um die Ambitionen Preußens und die Einigung Deutschlands aufzuhalten." Vor allem aber überraschte er seine Landsleute, deren antienglische Buren-Begeisterung damals sich dem Paroxysmus näherte, dadurch, daß er Hervés Lehre von dem hohen Werte eines französisch-englischen Einvernehmens pries und es als ein Ziel der französischen Statskunst bezeichnete, England in den gewonnenen festen Kreiß der französisch-russischen Politik hineinzuziehen und darin festzuhalten.

War man Anfangs geneigt, diese kühnen Combinationen, welche auf nichts geringeres hinauslaufen würden als auf die Erweiterung des Zweibundes zu einer französisch-russisch-österreichisch-englischen Quadrupel-Alliance, für politisch belanglose Hirngespinnste des jüngsten Akademikers zu halten, so hat sich Herr Deschanel beeilt, diesen Irrtum gründlich zu berichtigen. Nur wenige Tage später, am 4. Merz, wiederholte er in einer eigens politischen Rede vor seinen Wählern in Nogent-le-Rotrou dieselben Gedanken mit nur noch deutlicherer und schärferer Spitze gegen das preußisch-deutsche Reich. Er sagte dabei etwa folgendes: „Die Pessimisten in Frankreich, die über den Niedergang der politischen Macht der Nation jammern, sind im Unrecht: Frankreich ist ein reiches und lebenskräftiges Land, das alle Stürme überwinden kann. Es besitzt eine von der Liebe der ganzen Nation getragene Armee, und die Armee verfügt, wie der Kriegsminister erst kürzlich in der Kammer versicherte, über die beste Kanone und wird bald über das beste Gewehr verfügen. Wir erfreuen uns außerdem einer wertvollen Alliance. Unser Ziel werden wir also eines Tages erreichen, denn wir besitzen alle Mittel, die zu ihm führen müßen, nur müßen wir uns selbst und unseren politischen Führern Zeit laßen, die Entscheidung vorzubereiten und den rechten Augenblick abzuwarten. Im gegenwärtigen Moment haben wir keinen Grund, die große englische Nation zu beleidigen, zumal wir uns nicht entschließen wollen, für die kleinere Nation der Südafrikaner zu handeln. Wenn man schon nicht den Schwachen zu Hülfe eilt, so ist es kindisch und gleichzeitig unvernünftig, die Starken zu reizen und besonders sie zu verletzen. Laßen wir uns nicht ablenken von den großen Verpflichtungen, die uns die großen Continentalkriege der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auferlegt haben, und marschieren wir gerade aus auf unser unverrückbares Ziel."

Selbstverständlich hat Deschanel wegen dieser Reden viel Widerspruch erfahren. Seine Landsleute fanden es in hohem Grade unvorsichtig, daß er am Vorabende der Weltausstellung die antideutsche Grundrichtung der französischen Politik so offen hervorgehoben habe; mit dem Gedanken selbst jedoch waren sie

ganz einverstanden. Der gröste Erfolg des Redners aber bestand darin, daß er dem bis dahin geradezu betäubenden Geschrei der französischen Presse gegen England einen starken, bis heute nachwirkenden Dämpfer aufsetzte und der Regierung eine noch entgegenkommendere Haltung gegen den westlichen Nachbar abgewann, wie die Erörterung beweist, welche der Minister Delcassé dem Zwischenfall von Faschoda am 3. April im Senat angedeihen ließ. Auch in der russischen Presse verstummten die Angriffe rasch, welche die dortigen chauvinistischen Englandsfreßer zuerst gegen Deschanel gerichtet hatten. Man witterte dort sehr bald hinter den überraschenden Worten des französischen Redners Absichten, die den Leitern der russischen Politik selbst keineswegs fremd sind, und das in Sachen der russischen Außenpolitik meist vortrefflich unterrichtete panslavistische „Nowoje Wremja“ stellte demselben sogar das Zeugnis aus, er gehöre zu den in dem heutigen Frankreich sehr wenig zahlreichen Politikern, die ganz genau wüßten was sie wollten, und es sowol für ihre Pflicht als für ihren Vorteil hielten, das Publicum in dieser Beziehung nicht im Unklaren zu laßen; deshalb tue er sein Werk ruhig nnd ohne Furcht, da er — die Zukunft vor Augen habe.

Im Deutschen Reiche aber mußte der Erfolg der Deschanelschen Rede den letzten Rest der Hoffnung zerstören, durch eine Annäherung an Frankreich dem Zweibunde seine Gefährlichkeit zu benehmen, und auch sonst konnte hier das Programm des kommenden französischen Mannes nur den allerunangenehmsten Eindruck hinterlaßen. Hatte derselbe doch zum ersten Male den letzten Gedanken unserer französischen und russischen Gegner ohne Scheu angedeutet, indem er das Gespenst einer gegen das preußisch-deutsche Reich gerichteten allgemeinen europäischen Coalition vor den Augen aller Welt heraufbeschwor, dasselbe Gespenst, von dem schon Bismarck gestand, daß es ihn den Schlaf seiner Nächte koste, das aber bis dahin sein Wesen nur in den geheimsten Gedanken der Diplomaten und in dem dunkelsten Hintergrunde ihrer Entwürfe getrieben hatte. Dieser Eindruck wurde von den Reichsofficiösen später zwar wieder möglichst verhüllt, im ersten Augenblicke aber mit einer Offenheit wiedergegeben, welche die peinliche Ueberraschung deutlich genug erkennen

ließ. Bezeichnend für diese Berliner Stimmung war ein unter dem Titel „Französische Pläne“ in der „Köln. Ztg.“ veröffentlichter Artikel der etwa folgendes ausführte: Deschanel sei einer der Hauptträger der Pläne, welche die Loslösung Deutschlands vom Dreibund, Annäherung Rußlands und Italiens an England und Rückeroberung Elsaß-Lothringens durch Frankreich mit aktiver Hülfe Rußlands zum Ziele haben. Die hervorragende Stellung Deschanels an der Spitze der französischen Volksvertretung laße seinen wolvorbereiteten Aeußerungen ein besonderes Gewicht beimeßen. Denn wenn er die großen Pflichten, welche die continentalen Kriege in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts Frankreich auferlegten, in den Vordergrund seiner Rede stellte, um daran die Mahnung zu knüpfen, daß die Franzosen sich von denselben nicht ablenken laßen, sondern geradeswegs auf ihr unverrückbares Ziel losgehen sollen, so könne man daraus mit Sicherheit schließen, daß diese Mahnung in den weitesten französischen Volkskreißen die volkstümlichste und die am meisten beliebte sei. Deschanel sei nicht bloß ein einflußreicher, er sei auch einer der ehrgeizigsten französischen Statsmänner, er sei einer der kommenden Männer, und er würde kurz vor der Eröffnung der Weltausstellung nicht solche aufreizenden Reden gegen das Deutsche Reich halten, wenn er nicht davon durchdrungen wäre, daß gerade solche Ausführungen den lautesten Widerhall im französischen Volke finden und am raschesten den Weg zum Gipfel der von ihm erstrebten Macht, zur Nachfolgeschaft des verhaßten Loubet, des Präsidenten der französischen Republik, bahnen würden. Die deutschen amtlichen Kreiße hätten niemals verkannt, wie groß die Gefahren seien, welche sich aus den neueren chauvinistischen Strömungen und Bestrebungen in Frankreich ergäben. Deschanels vielbesprochene Rede habe auf diese innere Lage ein neues Schlaglicht geworfen. Man solle darauf achten, wie sehr diese französischen Kreiße alles aufbieten, einen gründlichen Haß Englands gegen Deutschland großzuziehen. Wol seien die Beziehungen Waldeck-Rousseau's zur deutschen Regierung durchaus gut und erfreulich, aber schon heute träten die ersten Anzeichen

zu Tage, daß die Unterwühlung seiner Stellung erkennbare Spuren hervorzurufen anfange. Darum sei es notwendig, die am politischen Himmel Deutschlands schwebenden Gewitterwolken mit aufmerksamem Auge zu verfolgen und rechtzeitig für zuverlässige Blitzableiter zu sorgen, damit sie niemals dem Vaterlande gefährlich würden.

So endigte der letzte Versuch der reichsdeutschen Politik, sich auf dem Wege über Frankreich zwischen die Zweibundsmächte einzuschieben und so dieser Allianz ihre Gefährlichkeit zu benehmen. Aehnliche Versuche sind früher bekanntlich mit Rußland unternommen worden und haben trotz zeitweiligen geradezu stürmischen Werbens stets zu demselben negativen Ergebnisse geführt, so daß man in Berlin Mut und Lust zu ihrer Wiederholung bis auf Weiteres verloren zu haben scheint.

Das reichsdeutsche Verhältnis zu Rußland gilt seitdem bei aller sorgfältigen Beobachtung der üblichen guten Verkehrsformen als ein reichlich kühles. Daran hat auch der lange im Zweifel gebliebene, dann auf zwei Stunden bemeßene und schließlich auf zehn Stunden ausgedehnte Besuch nichts geändert, den das Zarenpaar am 8. November v. J. auf seiner Rückreise nach einem vielwöchentlichen Aufenthalte in Darmstadt zu Potsdam abstattete. So, wie er endlich als das Ergebnis offenbar langer und nicht leichter Verhandlungen zu Stande kam, war dieser Besuch ungefähr das Wenigste, was geschehen mußte, wenn nicht der Glaube an eine geradezu bedenkliche Spannung beider Höfe Platz greifen sollte. Es ist denn auch nichts von einer günstigen Wirkung dieses Besuches zu merken gewesen. Wol aber wurde unmittelbar nach der Heimkehr des Zaren die französische Regierung in Stand gesetzt, durch ihre officiöse „Agence Havas" eine Mittellung des Grafen Murawjew zu veröffentlichen, welche besagte, „daß die Einigkeit zwischen Rußland und Frankreich niemals eine vollständigere gewesen sei als jetzt, und zwar in allen politischen Fragen". Das war das Ergebnis des langen Murawjew'schen Aufenthaltes in Paris und bezog sich nicht nur auf die französischen Dreyfuswirren, sondern, wie der Zeitpunkt der Veröffentlichung zeigte, vor allem auf die Potsdamer Entrevue. Es war die russische Ergänzung der von uns schon erwähnten vorher und

nachher abgegebenen gleichlautenden Erklärungen Delcassés und stellte auch russischerseits fest, daß der reichsdeutsche Versuch, den Zweibund zu lockern, mislungen sei.

Auch alles, was später über die russisch-reichsdeutschen Beziehungen bekannt geworden ist, läßt nur auf die Fortdauer und weitere Vertiefung der Verstimmung schließen, die durch das widerstrebende Verhalten des Reiches zu dem russischen Unternehmen der Haager Conferenz eben erst besonders verschärft worden war. Es darf als zweifellos gelten, daß russischer Seits bei Ausbruch des südafrikanischen Krieges eine an die Haager Verhandlungen anzuknüpfende freundschaftliche Vermittelung beabsichtigt gewesen ist, die aber für England nur dann ohne Demütigung annehmbar und zugleich unwiderstehlich gemacht werden konnte, wenn sie von allen im Haage vertreten gewesenen Mächten ausgieng, und ebenso zweifellos dürfte sein, daß dieser über das Stadium der ersten vertraulichen Anfühlungen nicht hinausgekommene und darum leicht dementierbare Versuch an dem Widerstande des Deutschen Reiches gescheitert ist. Einen womöglich noch unangenehmeren Eindruck hat dann — ebenso wie in Oesterreich-Ungarn — die geplante Ausdehnung des deutschen anatolischen Bahnunternehmens bis Basforah und Bagdad gemacht, ein Triumph der deutschen Diplomatie, der seine antirussische Spitze schon dadurch verriet, daß er schließlich nur mit Hülfe Englands errungen werden konnte und das Reich dabei als ein vorgeschobener Posten Englands erschien. Betrachtet man in Wien und Budapest dieses Vordringen des reichsdeutschen Einflußes in Kleinasien als einen Eingriff in die natürliche wirtschaftliche Sphäre Oesterreich-Ungarns, so erscheint es den Russen geradezu als eine Bedrohung ihres orientalischen Machtkreißes. Daher dann auch die sofortigen russischen Gegenanstrengungen, die den Sultan bekanntlich zur Preisgebung des ganzen nördlichen Kleinasiens an die russische Verkehrspolitik genötigt und so einen latenten „Eisenbahnkrieg" zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche hervorgerufen haben, der auch in seinem weiteren Verlaufe jedesfalls nicht zur Verbeßerung der beiderseitigen Beziehungen beitragen kann.

Wie diese der laufenden Tagespolitik angehörigen Vorgänge,

so deuten aber auch noch verschiedene andere Zeichen an, daß das Verhältnis des Reiches zu Rußland vieles zu wünschen übrig laße. Ob und in wie weit zu diesen Symptomen die kürzlich in die Oeffentlichkeit gedrungenen Erzählungen zu rechnen seien, die von der schwierigen Stellung des reichsdeutschen Botschafters am russischen Hofe Fürsten Radolin und der Berliner Weigerung berichteten, ihn durch eine genehmere Persönlichkeit zu ersetzen, das mag hier dahin gestellt bleiben. Von erheblich größerer Wichtigkeit scheint uns ein anderer Vorgang zu sein, der merkwürdiger Weise in der deutschen Presse fast gar keine Beachtung gefunden hat. Wir meinen die beiden Verfügungen des russischen Unterrichtsministeriums vom December v. J. zu Gunsten der Polen. Durch die eine wurde in sämtlichen Mittelschulen des Königreichs Polen d. h. in den Gymnasien, Realgymnasien, Progymnasien und den ihnen gleichstehenden Lehranstalten der polnische Sprachunterricht als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt und die Zahl der wöchentlichen Lehrstunden desselben verdoppelt, sodaß jetzt dem Unterricht in der polnischen Sprache die gleiche Stundenzahl wie dem in der russischen gewidmet wird. Die zweite Verfügung betraf die Volksschulen des Weichselgebietes und ordnete an, daß auch in ihnen die Zahl der für das Erlernen der polnischen Sprache bestimmten Lehrstunden von drei auf sechs zu erhöhen, und daß dieser Unterricht von den Lehrern nicht wie bisher in russischer, sondern in polnischer Sprache zu erteilen sei. In den Volksschulen des russischen Polens werden hiernach jetzt zwei Fächer — Polnisch und Religion — in polnischer — und nur noch zwei — Russisch und Rechnen — in russischer Sprache gelehrt. Ein Zugeständnis von solcher grundsätzlicher Wichtigkeit ist dem russischen Polentum seit vielen Jahrzehenden nicht gemacht worden, denn es bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Verzicht auf das bisher mit eiserner Strenge durchgeführte Princip der „einen herschenden Statssprache in Schule und Behörde“ d. h. den Verzicht auf die weitere gewaltsame Russificierung in Polen. Und das zu einer Zeit, wo die preußischen Polen mit allen Mitteln der Gesetzgebung und Bureaukratie borussificiert werden sollen! Da muß man sich wol des alten russischen Regierungsgrundsatzes erinnern, der vorschreibt,

den eigenen polnischen Untertanen immer dann entgegen kommen, wenn man glaubt, einen Conflict mit den übrigen Teilungsmächten erwarten oder vorbereiten zu sollen. Von diesen Mächten kommt aber hier nur noch Preußen in Betracht, da die Emancipation der österreichischen Polen längst soweit vorgeschritten ist, daß die Russen mit denselben nicht mehr concurrieren können.

Die zunehmende Unsicherheit des Dreibundes und die Unmöglichkeit, den Anschluß an den Zweibund zu erreichen, setzen das Reich der Möglichkeit aus, im Augenblicke der Gefahr völlig isoliert zu sein. Dasselbe hatte sich also bei Zeiten nach einer andern Anlehnung umzusehen und konnte dieselbe jetzt nur noch bei England suchen.

Nichts aber ist für die Unsicherheit des neuen reichsdeutschen „Zickzackkurses" bezeichnender als die häufigen und oft ganz jähen Wechsel seiner Stellung zu England. Im ausgesprochenen Gegensatze zu der Bismarck'schen Aera begann der neue Kurs mit einer durch den Helgolands-Vertrag vom 17. Juni 1890 eingeleiteten Periode der Freundschaft mit England, deren Veranlaßung die unbefriedigenden Ergebnisse der ersten kaiserlichen Reisen nach Rußland waren. Als dann im Jahre 1895 der sogen. ostasiatische Dreibund wieder die Möglichkeit einer Annäherung an die Zweibundsmächte zu bieten schien, folgte eine neue Entfremdung mit England. Sie wurde gekennzeichnet durch die bekannte Depesche Kaiser Wilhelms vom 3. Januar 1896 an den Präsidenten Krüger, welche nach dem Mislingen des damaligen englischen Attentats auf die Südafrikanische Republik diese demonstrativ dafür beglückwünschte, daß es ihr gelungen sei, „ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appellieren, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren". Dann kam wieder der Rückschlag der Bemühungen um den Zweibund, ja im April 1897 sogar die Anlehnung Oesterreichs an denselben durch die vertragsmäßige Feststellung der „russisch-österreichischen Solidarität", und alsbald folgte ein abermaliger Wechsel in den Beziehungen des Reiches zu England. Die erkennbaren Zeichen desselben waren die im Einverständnis

mit England erfolgte Besetzung Kiaotschou's, der bis heute geheim gehaltene Vertrag über die spätere Aufteilung der Besitzungen Portugals in Afrika, die kaiserliche Beglückwünschung des Sirdars Kitchener zu dem Siege von Omdurman und der Verzicht des Kaisers auf die in England sehr übel aufgenommene Absicht, im Laufe seiner orientalischen Reise auch Egypten zu besuchen. Außerdem ist es sehr wahrscheinlich, daß auch der im Herbst 1897 zum ersten Male unternommene und im Frühjahr 1898 durchgesetzte stürmische Anlauf, die Reichsflotte in rapider und unverhältnismäßiger Weise zu vergrößern, mit der Erwägung zusammenhieng, sich den Engländern als Verbündeter auch zur See wertvoll zu machen. Inzwischen hatte sich aber der amerikanisch-spanische Krieg abgespielt und zwischen den Vereinigten Staten und England eine Annäherung zu Wege gebracht, durch welche letztere Macht aus ihrer bisherigen „splendid isolation" befreit und in den Stand gesetzt wurde, den reichsdeutschen Werbungen eine spröde Zurückhaltung entgegenzustellen. Dieselbe betätigte sich in einer für die Reichspolitik sehr empfindlichen Weise durch die im Frühjahr voriges Jahres sich zeigenden samoanischen Reibereien, machte aber alsbald einer sehr entgegenkommenden Haltung Platz, als am englischen Horizont die Möglichkeit auftauchte, die geplante Beugung der Buren-Republiken unter britische Oberhoheit im Wege des Krieges durchsetzen zu müßen. In Berlin aber reagierte man um so freudiger auf dieses englische Wolwollen, als man soeben an den weiter oben geschilderten Folgen des Iphigénie-Versuches die Unnahbarkeit des russisch-französischen Zweibundes von neuem erfahren hatte. Der Verzicht Englands auf Samoa und die Auslieferung der Hauptbestandteile dieser kleinen Inselgruppe an das Reich war das deutliche Zeichen, daß nun auch England den Freundschaftsbemühungen der Reichspolitik entgegenkomme, und gewissermaßen das erste Handgeld auf die von derselben in den südafrikanischen Händeln zu erwartenden Dienste.

Dieselben begannen mit der schon erwähnten Durchkreuzung der russisch-französischen Absicht, durch eine freundschaftliche Vermittelung aller Mächte den englischen Annexionskrieg gegen die Republiken zu verhindern, und mit der bedeutenden, wenn auch zu-

nächst nur moralischen Stärkung, welche unmittelbar nach Ausbruch des Krieges der Besuch des Kaisers am Hofe zu Windsor der englischen Kriegspolitik bot. Dabei war man aber englischerseits sorgfältig darauf bedacht, das Reich als den werbenden Teil erscheinen zu laßen, der es ja auch in Wirklichkeit war. „Für niemanden, der mit der Politik vertraut ist" — so hieß es in dem Begrüßungsartikel, den die „Times" dem deutschen Kaiser widmeten — „kann es ein Geheimnis sein, daß Deutschland immer und immer wieder versucht hat, im Hinblick auf gewisse orientalische Möglichkeiten, unsere Actionsfreiheit zu binden, während niemand einen Fall nachweisen kann, in welchem wir gesucht hätten, Deutschland irgend eine solche Verpflichtung aufzuerlegen." In dem Samoa-Vertrage, so heißt es in diesem merkwürdigen Artikel weiter, sehe das englische Volk „das nicht unwichtige Eingeständnis des Kaisers und der Statsmänner, die Deutschlands Politik leiten, daß die deutsche koloniale Ausdehnung nicht mit großem Erfolge betrieben werden kann, wenn nicht in kolonialen Angelegenheiten ein gutes wirkendes Einvernehmen mit dem britischen Reiche hergestellt wird. Das ist eine neue Wendung in der deutschen Politik, und zwar eine Wendung, welche für Deutschland von unendlich größerer Wichtigkeit ist als für England. Es ist eine neue Wendung, welche dem Scharfsinn des Kaisers und seiner Ratgeber zu danken ist, welche die populäre Kolonialpolitik Deutschlands factisch über Bord geworfen haben, die darin bestand, die britische Kolonialpolitik, die in ihren breiten Grundlagen anzugreifen Deutschland machtlos ist, zu chicanieren und an allen Enden zu durchkreuzen."

Der bekannte österreichische Schriftsteller Karl Hron hatte nicht Unrecht, als er damals sagte*: „Was die „Times" da als

* Karl Hron, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatz und in der europäischen Politik. Wien 1899. Die kleine Schrift darf namentlich wegen ihrer politischen Erörterungen noch heute nachdrücklichst empfohlen werden.

Willkommensgruß schreiben, ist eigentlich eine Unverschämtheit, aber im Grunde genommen leider auch die Wahrheit." Es war wirklich eine „neue Wendung in der deutschen Politik" die sich mit dem Samoa-Vertrage und mehr noch mit dieser der antienglischen Gesamtstimmung Trotz bietenden Kaiserreise ankündigte. Schärfer konnte die Reichspolitik nicht dementiert und in ihr Gegenteil verkehrt werden, welche vier Jahre zuvor nicht nur durch das oben mitgeteilte kaiserliche Telegramm an Krüger, sondern deutlicher noch durch eine Depesche des damaligen Statssecretärs von Marschall an den deutschen Konsul in Pretoria vom 30. Dec. 1895 gekennzeichnet worden war, in der es hieß: „Bei Mitteilung Ihres Telegramms vom 24. December habe ich der englischen Regierung gegenüber hervorgehoben, daß für uns die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstates, wie sie im Vertrage von 1884 festgesetzt sei, den leitenden Gesichtspunkt bilde, und wir in einer Störung dieses Zustandes nach der von gewisser Seite angestrebten Richtung eine schwere Beeinträchtigung unserer Interessen erblicken müßten." Der damalige Standpunkt war bereits aufgegeben durch den deutsch-englischen Geheimvertrag von 1898, der nach allgemeiner Annahme dem Reiche Compensationen für den Fall einer Beeinträchtigung der Unabhängigkeit Transvaals in Aussicht stellte. Jetzt hatte England diese Unabhängigkeit offen angetastet, und das Reich sah darin nicht nur nicht mehr „eine schwere Beeinträchtigung seiner Interessen", sondern der deutsche Kaiser erschien persönlich in England, um sich, während die Buren für den einstigen „leitenden Gesichtspunkt" seiner Politik in den Tod giengen, von den Engländern zu der „neuen Wendung" beglückwünschen zu laßen.

Und damit nicht genug, verkündigte der Kolonialminister Chamberlain unmittelbar nach der Abreise des Kaisers die Summe des mit diesem und seinen Räten gepflogenen Gedankenaustausches. Herr Chamberlain, der Vater des südafrikanischen Krieges nicht nur, sondern die treibende Kraft der ganzen heutigen britischen Politik, ist unter den Statsmännern der Gegenwart derjenige, der dem Fürsten Bismarck sowol seinen scrupellosen Machiavellismus, als auch die scheinbar unvorsichtige, in Wirklichkeit aber sehr

nächst nur moralischen Stärkung, welche unmittelbar nach Ausbruch des Krieges der Besuch des Kaisers am Hofe zu Windsor der englischen Kriegspolitik bot. Dabei war man aber englischerseits sorgfältig darauf bedacht, das Reich als den werbenden Teil erscheinen zu laßen, der es ja auch in Wirklichkeit war. „Für niemanden, der mit der Politik vertraut ist" — so hieß es in dem Begrüßungsartikel, den die „Times" dem deutschen Kaiser widmeten — „kann es ein Geheimnis sein, daß Deutschland immer und immer wieder versucht hat, im Hinblick auf gewisse orientalische Möglichkeiten, unsere Actionsfreiheit zu binden, während niemand einen Fall nachweisen kann, in welchem wir gesucht hätten, Deutschland irgend eine solche Verpflichtung aufzuerlegen." In dem Samoa-Vertrage, so heißt es in diesem merkwürdigen Artikel weiter, sehe das englische Volk „das nicht unwichtige Eingeständnis des Kaisers und der Statsmänner, die Deutschlands Politik leiten, daß die deutsche koloniale Ausdehnung nicht mit großem Erfolge betrieben werden kann, wenn nicht in kolonialen Angelegenheiten ein gutes wirkendes Einvernehmen mit dem britischen Reiche hergestellt wird. Das ist eine neue Wendung in der deutschen Politik, und zwar eine Wendung, welche für Deutschland von unendlich größerer Wichtigkeit ist als für England. Es ist eine neue Wendung, welche dem Scharfsinn des Kaisers und seiner Ratgeber zu danken ist, welche die populäre Kolonialpolitik Deutschlands factisch über Bord geworfen haben, die darin bestand, die britische Kolonialpolitik, die in ihren breiten Grundlagen anzugreifen Deutschland machtlos ist, zu chicanieren und an allen Enden zu durchkreuzen."

Der bekannte österreichische Schriftsteller Karl Hron hatte nicht Unrecht, als er damals sagte*: „Was die „Times" da als

* Karl Hron, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatz und in der europäischen Politik. Wien 1899. Die kleine Schrift darf namentlich wegen ihrer politischen Erörterungen noch heute nachdrücklichst empfohlen werden.

in der angenehmsten Weise überrascht sein, da dort eine größere Zurückhaltung wünschenswert gewesen wäre, nicht nur wegen des alten Dreibundes, den man doch so lange als irgend möglich erhalten und ausnutzen will, sondern auch wegen der von der deutschen Bevölkerung geteilten und gerade von den „nationalsten" und „reichsfreundlichsten" Parteien fanatisch geschürten antienglischen Gesamtstimmung der öffentlichen Meinung. Desavouieren aber konnte und wollte man die Chamberlainschen Erklärungen nicht. Die auf dem Berliner Auswärtigen Amte instruierten Blätter durften dieselben nur mit dem „Milieu" entschuldigen, aus dem der britische Minister gesprochen, mußten aber auch ihrerseits ausdrücklich feststellen, daß sie „einen wahren Kern" enthielten, denn es habe sich „die politische Lage durch den Kaiserbesuch in England insofern allerdings tatsächlich geändert, als zwischen England und Deutschland nunmehr alle Streitpunkte beseitigt seien und sich in einer Reihe politischer Fragen zwischen beiden Mächten eine Uebereinstimmung ergeben habe, die ein positives Zusammengehen von Fall zu Fall möglich erscheinen läßt."

Mehr hatte ja Chamberlain auch nicht gesagt, und dabei ist es auch bisher geblieben, wie die glatte Begleichung des Zwischenfalles der englischen Beschlagnahme deutscher Postdampfer und die wiederholten Demonstrationen des Kaisers für England beweisen, die sich seitdem ununterbrochen gefolgt sind, bis herab zu der Begrüßung des dem Brüsseler Dummen-Jungen-Streiche entgangenen Prinzen von Wales in Altona und der von der Berliner Hochfinanz verlangten halben Million für die Opfer der indischen Hungersnot. Daran ändert auch der mehr scheinbare als wirkliche Gegensatz zwischen dieser englandsfreundlichen Reichspolitik und der antienglischen öffentlichen Meinung nur wenig, da jene durch diese, wie der Kaiser dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses klagte, zwar erschwert, nicht aber verhindert wird. Scheinbar ist dieser Gegensatz insofern, als jene antienglische Stimmung zur Rechtfertigung der Flottenvermehrung dient und benutzt wird, während diese doch zunächst nur den Bündniswert des Reiches in den Augen Englands steigern soll. Anders ver-

hält es sich freilich mit denjenigen Beweggründen der deutsch-englischen Gegnerschaft, welche auf der wirtschaftspolitischen Concurrenz beider Länder und den „weltpolitischen", auf einstige Beerbung der englischen Kolonial- und Seeherrschaft gerichteten Gedanken beruhen. Die wirtschaftspolitische Concurrenz des rasch in einen Industrie- und Handelsstat sich verwandelnden Deutschen Reiches ist schon jetzt eine Gefahr für England, und die „weltpolitischen" Pläne drohen wenigstens eine Gefahr zu werden, wenn sie vorläufig auch nur von den „Alldeutschen" offen ausgesprochen, von der Reichsregierung aber desavouiert werden, ähnlich wie einst die Agitation des Nationalvereins für die „preußische Spitze" von der preußischen Regierung lange Zeit desavouiert, aber doch benutzt und im geeigneten Augenblicke durchgeführt wurde. Hier liegen die Klippen, an denen ein festes und dauerndes Zusammenstehen Englands und des Deutschen Reiches vermutlich scheitern wird. Deshalb will auch Chamberlain von Vereinbarungen nichts wißen, „die im Hinblick auf den Wechsel der Umstände nicht als dauernd angenommen werden können." Er zieht vielmehr das lockere „Einverständnis" der „Alliance" vor, und damit stimmt das von Berlin aus constatierte „positive Zusammengehen von Fall zu Fall" überein.

In der Vereinbarung dieses „positiven Zusammengehens von Fall zu Fall" besteht in der Tat die „neue Wendung", welche die reichsdeutsche Politik mit ihrer neuerlichen Annäherung an England vollzogen hat. Der Natur der obwaltenden Verhältnisse entsprechend, macht sich dieselbe zunächst und in erster Linie auf dem Gebiete der Kolonialpolitik geltend und zwar vor allem in Afrika, wo sich die überseeischen Interessen beider Mächte am nächsten berühren. Wie folgenreich diese Wendung sei, ersieht man schon jetzt aus dem Umstande, daß „die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstates" für die Reichspolitik nicht mehr der „leitende Gesichtspunkt" ist, als der sie noch in der oben erwähnten Marschall'schen Depesche vom 30. December 1895 bezeichnet wurde, daß an ihrer Stelle vielmehr die wolwollende Duldung und indirecte Förderung der Unterdrückung jener Unabhängigkeit zum „leitenden Gesichtspunkte" geworden ist. Die Wirkungen der englisch-reichsdeutschen Annäherung können aber

nicht auf das kolonialpolitische Gebiet beschränkt bleiben. Es hängt die Kolonialpolitik mit der auswärtigen Politik eines jeden States und namentlich Englands so eng zusammen, daß internationale Freundschaften und Feindschaften, welche auf jenem Gebiete sich geltend machen, unweigerlich auch auf diese zurück wirken müßen. Das hat sich in dem vorliegenden Falle bereits gezeigt an der reichsdeutschen Deckung des englischen Rückens gegen die russisch-französischen Vermittelungs-Gelüste und an der dadurch zweifellos hervorgerufenen weiteren Spannung zwischen diesen Mächten und dem Reiche, und es wird sich bald genug noch weiter zeigen, so sehr man auch in Berlin zu beteuern und wol auch wirklich zu verhindern bemüht sein mag, daß das kolonialpolitische Einvernehmen mit England die Gesamtpolitik des Reiches nicht alterieren solle.

Einstweilen hat das neue reichsdeutsche Verhältnis zu England das Bestreben der Zweibundsmächte zur Folge gehabt, dasselbe dadurch zu durchkreuzen, daß auch sie sich gegen England möglichst entgegenkommend bezeigen, um so den Wert der reichsdeutschen Freundschaft für England möglichst herabzusetzen und durch Verhinderung eines weiteren Zusammenschlußes dieser Staten die Isolierung beider, namentlich aber diejenige des Deutschen Reiches vollständig zu machen. Die Bemühungen Deschanels um eine Umstimmung der antienglischen öffentlichen Meinung Frankreichs und der auffallende, nach einer unwiderrufen gebliebenen Angabe der „Kreuzzeitung", sogar von dem Zaren selbst der Königin Victoria garantierte Widerstand der russischen Regierung gegen die sich ihr geradezu aufdrängende Versuchung, die südafrikanische Verlegenheit Englands zu einem Vorstoß in Asien zu benutzen, machen dieß zweifellos und erklären zugleich die wiederholten Andeutungen der reichsdeutschen Officiösen, daß in Paris und St. Petersburg nichts lieber gesehen würde, als daß sich das Reich durch die Buren-Freundschaft seiner Bevölkerung gegen England vorschieben ließe.

So drehen sich die Wolkenschiebungen des internationalen Horizontes augenblicklich an erster Stelle um England, dem jetzt das Deutsche Reich sowol wie der Zweibund die Erbroßelung der kleinen Burenrepubliken möglichst bequem zu machen

suchen in Erwartung der spätern englischen Gegendienste. Ob dabei auch nur einer der beiden Concurrenten jemals auf seine Rechnung kommen werde, steht dahin. Mislingt es der Reichspolitik, in England eine dauernde Stütze zu gewinnen, — und das ist, trotz der Chamberlain'schen Luftspiegelung eines neuen angelsächsisch-germanischen Dreibundes, sehr wahrscheinlich wegen des tiefen englischen Mistrauens gegen die wirtschaftspolitische Concurrenz des Reiches und die alldeutschen Hoffnungen auf künftige Kolonial- und Seeherrschaft — so werden die reichsdeutschen Werbungen um Russland und Frankreich ebenso wieder von neuem unternommen werden müßen, wie die Galvanisierungs-Versuche des Dreibundes schon bei dem im Anfange dieses Monats stattgefundenen Besuche des Kaisers Franz Joseph am Berliner Hofe von neuem begonnen haben.

In dem unaufhaltsamen Sinken der Lebenskraft des Dreibundes, dessen Gründe wir im Eingange dieser Studie bloß zu legen suchten, liegt die Ursache der unruhigen Bewegung, in der wir die Erscheinungen des internationalen Horizontes dermalen begriffen sehen. Während der Zweibund allen Zersetzungsversuchen Trotz geboten hat, sehen sich die Mitglieder des Dreibundes überall nach Ersatz für denselben um. Oesterreich hat die neue Anlehnung an Russland bereits vollzogen und nimmt seitdem eine abwartende Zwischenstellung zwischen diesem und dem preußisch-deutschen Reiche ein; Italien kann je nach Bedarf bei Frankreich oder England unterkommen; nur das Deutsche Reich, der Begründer und Hauptinteressent des Dreibundes, weiß noch nicht, wo es nach dem völligen Zerfalle desselben den Bündnisschutz finden soll, auf den es, trotz seiner furchterregenden Wehrmacht, durch seine Lage und mehr noch durch seine Entstehung und seinen Character unbedingt angewiesen ist. Nachdem es ihn bei Russland und Frankreich nicht gefunden, sucht es ihn jetzt bei England. Zugleich aber ist es bemüht, das englische Experiment mit dem Dreibunde zu combinieren und zu dessen Wiederbelebung zu benutzen oder doch wenigstens die Dauer des letzteren bis zum erhofften Gelingen des englischen Versuches auszudehnen.

In dem Bestreben, das erlöschende Leben des Dreibundes

möglichst zu verlängern, trifft einstweilen noch, wie wir früher gezeigt haben, das österreichische mit dem preußisch-deutschen Interesse zusammen. Das ist die Erklärung des jüngsten Besuches des Kaisers von Oesterreich in Berlin, der, obwol durch das Familienfest der Großjährigkeits-Feier des preußischen Kronprinzen veranlaßt, zweifelsohne die Bedeutung einer politischen Demonstration für den altersschwachen Dreibund hatte und haben sollte. Schon dieser Entstehungsgrund muß den nüchternen Beobachter vor einer Ueberschätzung der Erscheinung schützen. Wol hat Kaiser Wilhelm II. die Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph und der zahlreichen übrigen fürstlichen Gäste bei der 18. Geburtstags-Feier seines ältesten Sohnes als ein „welthistorisches Moment erster Größe" bezeichnet. Aber dergleichen große Worte pflegen jetzt so häufig in Berlin zu fallen, daß man sich gewöhnt hat, den wirklichen Wert der ihnen zu Grunde liegenden Tatsachen nur um so kritischer zu prüfen. Eine derartige Prüfung ergibt aber nichts anderes als den bereits angedeuteten Sachverhalt.

Die Initiative gieng in einer für Berlin überraschenden Weise von Wien aus. Die jetzt von dort aus gehandhabte „Zwei-Eisen-Politik" erfordert eben, so lange sie sich überhaupt durchführen läßt, die stärkere Anwärmung bald des russischen, bald des reichsdeutschen Eisens. Wie verbeßerungsbedürftig aber die österreichischen Beziehungen zum preußisch-deutschen Reiche in letzter Zeit geworden waren, ist jetzt auch den weitesten Kreißen gerade durch das officielle Jubelgeschrei über ihre angeblich in Berlin erfolgte völlige Sanierung bekannt geworden. Mußte die österreichische Politik auf diese Verbeßerung Wert legen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, welche dermalen noch darin besteht, zwischen dem allmählich zerfallenden Dreibunde und dem russisch-französischen Zweibunde so lange wie möglich zu lavieren, so ergibt sich für die reichsdeutsche Politik die Beteiligung an der österreichischerseits angebotenen Dreibunds-Demonstration und die möglichste Steigerung derselben aus dem in Berlin noch mangelnden genügenden Ersatz für diese absterbende Alliance und aus der nach ihrem Verschwinden drohenden Gefahr völliger Isolierung.

Jedesfalls ist durch die Berliner Kaiser-Begegnung der

Dreibund nicht wieder lebenskräftig gemacht worden. Der unsichere Zustand zwischen Berlin und Wien wird nach diesen Maitagen voraussichtlich ebenso wenig verschwinden, wie der reichsdeutsche Annäherungsversuch an England den internationalen Horizont aufgeklärt hat. Beide Erscheinungen können selbst nur — nicht mehr und nicht weniger wie die früheren Annäherungsversuche des Reiches an Rußland und Frankreich — den jagenden, unaufhörlich sich verdrängenden Wolkenbildern zugezählt werden, welche den dermaligen politischen Gesichtskreiß kennzeichnen. Die Beendigung dieser fieberhaften, die Welt verzehrenden Unruhe wird nicht eher gelingen, als bis im Herzen des Weltteiles wieder ein festes und ruhiges Friedenscentrum aufgerichtet ist, wie es der Deutsche Bund und vor ihm das alte föderative Reich waren. Dazu gehört aber mehr als herzliche Umarmungen, glänzende Hoffeste und tönende Tischreden, auch mehr als Besprechungen der gerade zu Tage getretenen bedrohlichen Erscheinungsformen der allgemeinen Unruhe. Es gehört dazu in erster Linie eine dem Rechte und der Geschichte entsprechende Neuordnung der im Jahre 1866 leichtfertig zerstörten Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland. Daß aber etwas derartiges bei der Berliner Kaiser-Begegnung nicht beabsichtigt gewesen sei, steht heute schon fest; daß es in näherer oder fernerer Zukunft zu Stande kommen könne, kann einstweilen von uns leider nur gewünscht, kaum gehofft und noch weniger erwartet werden.

W. H.

Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat.

Nach den Darstellungen der preußisch-deutschen Geschichtsschreiber lag in den Ereignissen der Jahre 1866 und 1870/71 zugleich die Lösung der deutschen Frage und mit der Errichtung des Deutschen Reiches war die so lange ersehnte

deutsche Einheit geschaffen. Das unerreichte und unerreichbare Genie eines Bismarck hatte allen deutschen Staatsmännern und Statsgelehrten der nahen und fernen Zukunft nichts weiter übrig gelaßen als die Bewunderung und Ausdeutung seines eigenen Werkes.

Wir glauben nun aber schon so manchen Beweis gegen diese zum mindesten leichtsinnige Auslegung der letzten Jahrzehende unserer Geschichte vorgebracht zu haben und gedenken auf diesen Blättern in die Erörterung weiterer Tatsachen einzutreten, um endgültig festzustellen, daß allerdings noch eine deutsche Frage besteht, ernster und drohender als in irgend einer Zeit zuvor. Ist doch heute der Fortbestand des ganzen deutschen Volkes, nicht nur jener seiner staatlichen Existenz, in Frage gestellt.

Was die Last der Geschichte getragen hat, muß in der Natur und der Bestimmung des Menschen begründet sein, sagt Willmann. Der Schöpfer der „deutschen Einheit" dachte anders. Er begann vielmehr damit, daß er die Lehren der Geschichte und alle Errungenschaften der geschichtlichen Entwickelung bei Seite schlug, dem deutschen Volke mit Gewalt und aus dem Stegreif eine Form aufzwang: Ein blutiger Bruderkrieg, ein Krieg zur Niederwerfung derjenigen Macht, die uns als Kulturmacht hätte nahe stehen sollen; dann eine Verfaßung nach französisch-belgisch-englisch-amerikanischem Muster, ein Reichstag mit einem Juden an der Spitze — und die deutsche Frage war gelöst. Die deutsche Frage, an der sich seit Jahrhunderten die besten Geister der Nation zerarbeitet hatten, war zur reinen Machtfrage geworden; und obendrein war es der blinde Zufall gewesen, der bestimmt hatte, auf welcher Seite die Macht sein sollte. Wäre bei Königsgrätz die im österreichischen Centrum entstandene Lücke rechtzeitig geschloßen worden, so wäre Oesterreich Sieger geblieben und die Ruhmesdenkmäler für Bismarck den Einzigen und Wilhelm den Großen wären unerrichtet geblieben!

Wir wißen wol, daß man uns hier wiederum mit der schon abgebrauchten Rednerei entgegen treten wird: Die Schaffung der deutschen Einheit wäre ein schweres Werk gewesen und gerade

die vorhergegangene Geschichte hätte bewiesen, daß es sich anders als mit Gewalt nicht hätte machen laßen. Darauf bemerken wir: daß es eine leichte Sache gewesen, hier einen Ausweg zu finden, das zu behaupten, wird keinem urteilsfähigen Kenner der Verhältnisse einfallen; aber gerade weil es eine so unendlich schwierige Aufgabe war, muß die leichtfertige Art mit der der pommersche Junker glaubte, sie behandeln zu können, gebrandmarkt werden.

Doch nicht die Gewalt allein hat an der Wiege der deutschen Einheit gestanden, auch List und Betrug waren zugegen. Die Gewalt hatte kaum ausgereicht bei der Schaffung des Nordbundes den Widerstand des übrigen Deutschlands zu brechen; schon Frankreich zu betören bedurfte es der List und des Versprechens einer schließlichen Abfindung durch deutsches Land! Zwar hat Bismarck in seiner gewohnten unverfrorenen Weise diese vaterlandsverräterische Handlung öffentlich abgeleugnet, und als nach der aktenmäßigen Darlegung und Nachweisung der Bismarckschen Machenschaften in La Marmoras Buch „Un po piu di luce“ der edle von Mallinckrodt (am 16. Jan. 1874) im Reichstag auf das schmähliche Verhalten des gefeierten deutschen Nationalheros hinwies, verstieg dieser sich dazu, den Vorwurf „für eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu erklären“; er „habe niemals irgend jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder auch nur eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt.“ — Welcher Wert solchen Bismarckschen Ableugnungen inne wohnt, ist uns aus unzähligen Beispielen bekannt, und wir wollen nur an eines noch erinnern: Auch die Klapka'sche Legion hat er mit demselben Aufwand sittlicher Entrüstung abgeleugnet, heute aber weiß jedermann, daß diese Legion bestanden, und daß die preußische Regierung sie geschaffen und unterhalten hat. So hat auch bald nach den Bismarck'schen Ableugnungen im Reichstage La Marmora in einem zweiten Buche „I segreti del stato“ nun seinerseits Bismarck als Lügner gebrandmarkt und seine durch Actenstücke belegten Behauptungen aufrecht erhalten. Wir können übrigens zum Ueberflusse noch auf die Zeugnisse drei anderer zuverläßiger Gewährsmänner, des kurhessischen Gesandten v. Schachten, des Gesandten Benedetti

und des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen hinweisen.* Und Sybel, der Bismarcksche Hofhistoriograph wagt es denn auch nicht, in seinem Werke die Tatsache der Versprechungen an Frankreich zu leugnen; sondern sucht sie nur dadurch zu entkräften, daß er versichert, diese Versprechungen wären nicht ernst gewesen.** Als ob das an der Sache selbst etwas änderte. Und wenn nun Napoleon weniger vertrauensselig gewesen wäre und im Augenblick als die preußische Armee in Böhmen festgelegt war, mit den zur Verfügung stehenden 90 000 Mann an den Rhein gerückt wäre, um die ihm versprochenen und noch weitere Gebiete mit Beschlag zu belegen?*** Ein neuer Rheinbund müßte die sichere Folge gewesen sein!

Eine ganze Reihe von Glücksumständen traf zusammen und verlieh einer Sache, die wert gewesen wäre, zu Grunde zu gehen, einen guten Ausgang. Friedrichs II. Grundsatz: Wenn sich mit der Ehrlichkeit etwas gewinnen läßt, so wollen wir ehrlich sein und wenn wir zu diesem Statszweck der Teuschungen bedürfen: soyons fourbes, — dieser Grundsatz hatte sich auch dem Nachahmer des großen Friedrich gefällig erwiesen. Doch was Bismarck 1866 erreichte, konnte ihm nicht genügen; hatte er doch trotz allem Glücke auf halbem Wege stehen bleiben müßen. Er aber verlangte ein ganzes Werk. Nicht als ob ihm die nun in die weiteste Ferne gerückte deutsche Einheit Sorge gemacht hätte — er hatte ja durch die Hinausstoßung Oesterreichs bewiesen, daß er diese Einheit überhaupt nicht wollte — nein, er sah nur zu deutlich, daß der Nordbund eine vollständig ungenügende Schöpfung sei, und daß zum mindesten die Verbindung mit den Südstaten zu erstreben war, um den immer noch drohenden Krieg mit Frankreich mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Und hier zeigte sich nun allerdings seine diplomatische Meisterschaft, die noch in demselben Jahre, in dem Preußen den Deutschen Bund gesprengt und Deutschland zertrümmert hatte, die militärischen Schutzverträge mit den Südstaten und fünf

* Vergl. W. Hopf „Die deutsche Krisis von 1866". S. 109 u. f.
** a. a. O., IV. S. 413.
*** Hopf, a. a. O.

Jahre später durch den geschickt construierten Krieg mit Frankreich den politischen Anschluß dieser Staten an den Nordbund erzwang.

Wir haben schon früher die Meinung, als ob in der Hereinbeziehung Süddeutschlands in das preußisch-deutsche Reich eine teilweise Wiedergutmachung des Verbrechens von 1866 gelegen hätte, auf ihren wahren Wert hin untersucht und als unhaltbar zurückgewiesen; da ist es nun interessant, in einer gewichtigen Stimme, die bald nach dem 66er Kriege aus Süddeutschland kam, einen Beleg dafür zu finden, daß man damals auch dort die gleiche Ansicht vertrat.

Beim Schluße der Session des ersten deutschen Zollparlamentes richteten die süddeutschen Abgeordneten eine Kundgebung an ihre Wähler, in welcher sie erklärten: „sie hätten ihren Aufenthalt in Berlin benutzt, um die Menschen und Dinge in der Nähe zu studieren, und sie hätten sich überzeugen können, daß im Nordbund die militärischen Interessen allem vorgiengen, und daß die herkömmliche Politik Preußens nicht verfehlen würde, ihren Verbündeten stets wachsende Lasten aufzubürden; daß ferner dieser Bund nur eine vorübergehende Einrichtung sei, und die Staten, welche ihn bildeten, früher oder später in einem großen preußischen Einheitsstat verschwinden würden; daß folglich der Beitritt Süddeutschlands ein Unglück für Deutschland und die Freiheit sein würde; es tue also Not, neben aufrichtiger Erfüllung ihrer nationalen Pflichten, ihre Unabhängigkeit energisch zu wahren. „Dieses Ziel", fügten sie bei, „werden wir durch eine offene liberale Politik erreichen und dadurch, daß wir unter uns ein festes und dauerndes Einverständnis gründen."* Wer hätte es wol voraussagen mögen, daß dieselben Leute, die noch 1867 so wacker und mannhaft ihren eigenen und damit den deutschen Standpunkt vertraten, wenige Jahre später dem neugegründeten Reiche zujubeln würden, obgleich in diesem Reich eben der vorher so gefürchtete und abgewehrte „große preußische Einheitsstat" lag.

Freilich trifft das Verschulden nicht das Volk allein; eben

* Cherbuliez, Das politische Deutschland, S. 216.

ſo groß oder noch größer iſt die Schuld der nichtpreußiſchen Regierungen, welche doch deutlich erkennen mußten, daß die in der deutſchen Entwickelung eingeſchlagene Bahn nur zum vollſtändigen Einheitsſtate und ſomit zur Vernichtung des deutſchen Fürſtentums führen kann. Und wenn ſie es nicht ſelbſt ſahen, ſo hatte der bis zur Rohheit rückſichtsloſe Heinrich v. Treitſchke ihnen das in ſeinen „Preuß. Jahrbüchern“ mit den Worten begreiflich gemacht: „Alle Landesverfaßungen leiden an dem unheilvollen Fehler, daß ſie ausgehen von der Vorausſetzung einer Souveränetät, welche ſeit der Begründung des Reiches verſchwunden iſt. Mittel- und Kleinſtaten führen ein unnützes Daſein, wo wir den Moderduft der Verweſung atmen.“ — Dieſer Ausſpruch eines der unbedingteſten Verteidiger der Bismarckſchen Einigungspolitik iſt aber auch nach einer anderen Richtung hin wertvoll. Er beweiſt uns nemlich, daß man ſich in den Kreißen derer um Bismarck klar war über die unehrlichen Rollen, die in der Einheits- und Reichskomödie zu ſpielen waren.

Was aber ſagt die deutſche Wißenſchaft — zu deren Vertretern wir Heinrich v. Treitſchke doch wol nicht zu rechnen haben — zur Einheit des halbierten Deutſchlands?

Wie ſtellt ſich dieſe oberſte und unbeſtochene Richterin zu einer Sache, die ihr einſt ſo ſehr am Herzen gelegen hat? Werden ihre Jünger nicht in heiligem Zorne ſich gegen die angeſonnene Schmach erheben und mit der reinigenden Lohe einer lauteren Wahrhaftigkeit in den von einem bezahlten Geiſtesſöldlingstum verbreiteten erſtickenden Dunſt und Qualm hineinleuchten? O beileibe nicht! An den Beiſpielen ſchon, die wir in dieſen Blättern berichtet, haben wir erkannt, wie wenig in dieſer Beziehung zu erwarten iſt. Begnügen wir uns darum hier damit, noch auf den Verſuch des Geographie-Profeſſors Kirchhoff in Halle hinzuweiſen, die berechtigte „geſchichtliche Grenzverengerung“ des Begriffs Deutſchland zu erklären.

„Wer das Chaos der Meinungen überſchaut, in welches durch die Strömungen der Gegenwart die deutſche Frage, die Lebensfrage unſerer Nation, verſenkt iſt“, ließ ſich vor drei Jahrzehenden die ehrliche, markige Stimme eines deutſchen Gelehrten von

altem Schrot und Korn vernehmen*, „dem könnte wahrhaftig bange werden um die gedeihliche Zukunft des deutschen Volkes! Werden nicht diejenigen ‚Particularisten' genannt, welche die Gesamtheit der Nation, ohne Ausschluß irgend eines Stammes, um das deutsche Banner geschart wißen wollen? Gelten nicht diejenigen bei gar vielen für minder warme Freunde der Einheit, diejenigen gerade, welche behaupten, daß die Einheit nicht aus äußerlicher Zusammenschweißung oder der Unterwerfung des einen Stammes unter den andern, sondern aus dem innersten Schoße des deutschen Geistes, Willens und Gemütes, aus dem freien Triebe der Nation nach selbständiger Ordnung ihrer Angelegenheiten, hervorgehen muß? Wirft man nicht denjenigen ‚dynastische Sonderinteressen' vor, welche unumwunden behaupten, daß die Zukunft der Nation keineswegs dem dynastischen Widerstreit der beiden mächtigsten Herrschergeschlechter Deutschlands, Habsburgs und Hohenzollerns, geopfert werden darf, wogegen die aller dynastischen Bedenken spotten wollen, denen dieser unseligen für die Größe und die Macht der Nation oft schon so unheilvolle Gegensatz der Anhaltspunkt aller ihrer politischen Combinationen und die Rechtfertigung ihres Verfahrens ist? Denn in solcher Situation befinden wir uns. Eine babylonische Sprachverwirrung ist über Deutschland gekommen. Jener ‚unwiderstehliche stürmische Stoß', den schon Robert von Mohl im zweiten Teil (S. 259) seiner ‚Geschichte und Litteratur der Statswißenschaften' für das Gelingen der deutschen Einheitspläne gefordert hatte, er ist Wirklichkeit geworden und hat seine Wirkungen entfaltet. Wer das freie Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und seiner Stämme leugnet, wer um der Politik der Habsburger willen acht Millionen Deutschösterreicher aus Deutschland entfernt haben will, schmückt sich mit dem Titel ‚nationalliberal' und glaubt heiligen Ernstes ein mannhafter Kämpe der deutschen Einheit, Freiheit, Größe und Herrlichkeit zu sein! Es ist, als wäre jeder Schimmer von Einsicht in die wahre Sachlage verschwunden und kaum nur die leiseste Ahnung von Verständnis der Aufgabe jemals vorhanden gewesen. Nur bei wenigen Männern hat sie Spuren

* Trautwein v. Belle, Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1869, 2. Heft.

gezeigt, und diese wenigen haben in der Stunde der Entscheidung mit ihrer Stimme nicht durchdringen können. Um was es sich bei der deutschen Frage recht eigentlich handelt, das ist unklar geblieben,' es ist aber endlich Zeit, daß die Unklarheit aufhöre, daß die Nation in sich gehe, daß sie sich selbst, ihr Wesen, ihre Bestimmung, ihre Zeit und ihr Ziel begreifen lerne!

„Und um was handelt es sich denn bei der deutschen Frage? Einfach darum, daß Deutschland das Subject seiner eigenen Erhebung sei! Nicht das Object: diese Wonne könnten auch Rußland und Frankreich uns bereiten. Darauf kommt es an: Aus Deutschland das handelnde Subject seiner eigenen politischen Tätigkeit zu machen, nicht aber darauf, daß irgend welche Macht in Europa, habe sie deutsche oder bloß außerdeutsche Besitzungen, Deutschland zum Gegenstande seiner territorialen Erweiterung ausbeuten soll. Mit diesem einen Gedanken des souveränen Selbstzwecks der deutschen Nation ist der ganze Vorstellungskreiß der Hegemonien, der Cäsarismen, der ‚leitenden Spitze' und des particulären ‚Grundsteins' rundweg beseitigt. Auf eigenen Füßen muß Deutschland stehen, wenn es überhaupt stehen und nicht über kurz oder lang wieder der Spott seiner Nachbarn werden soll."

Das ist die deutsche Frage! Nicht um Hohenzollern oder Habsburg, um Preußen oder Oesterreich handelt es sich; nicht darum, ob dieser oder jener Teilstat fortbestehen oder von den Großmächten verschluckt werden darf, sondern lediglich darum, daß der ganzen großen, der ungeteilten deutschen Nation für alle Zukunft eine Lebensmöglichkeit gewährt wird.

Im Prager Frieden ist die verhängnisvolle Bahn aufs Neue eingeschlagen, die zum Heile Deutschlands seit dem Wiener Congreß verlaßen worden war. Der Prager Frieden ist nur das größere Gegenstück zum Baseler Frieden. Wie hier mitten durch Deutschland eine Demarkationslinie gezogen worden war, die Preußen im Norden frei schalten und walten ließ, darüber hinaus aber den Fremden und Todfeinden des deutschen Volkes freie Hand gab, so war auch dort ein Teil von Deutschland Preußen als Herrschaftsgebiet zugewiesen worden, während das außerhalb dieses Gebietes liegende Deutschland in Zukunft fremdem Interesse dienen sollte. Aber wie aus dem Baseler Frieden sich Austerlitz

und Jena entwickelte, so steckt in dem Prager Frieden die ganze orientalische Frage.

„Die logische Consequenz der Politik von 1866", sagt der vorher citierte Beurteiler der preußisch-kleindeutschen Politik*, „ist die Vernichtung des österreichischen Kaiserstates: das sehen alle, denen ein politischer Blick beschieden ward. Ohne Deutschösterreich kann der centralisierte Einheitsstat Neudeutschland sich nicht vollenden, und ohne die Losreißung der Deutschösterreicher von einer sechshundertjährigen Vergangenheit, von ihrem Herrschergeschlecht, von der habsburgischen Monarchie ist wiederum gegen den status quo nichts auszurichten. Die czechischen Böhmen und Mähren können immerhin abfallen zur größeren Wonne Rußlands und der panslavistischen Idee, so lange die Deutschösterreicher fest zum Kaisertron halten, ruht Habsburgs Weltstellung auf ehernen Säulen. Dasselbe sittliche Gefühl, welches Millionen wackerer Preußen so innig und kräftig um den Tron des Hauses Hohenzollern geschart hat, es ist in Oesterreich für die angestammten Habsburger mächtig; solch ein Gefühl erschüttert man nicht ungestraft, auf die Gefahr hin, die Axt an die Wurzeln des eigenen Baumes zu legen. Oder, wer glaubt etwa an die Zukunft einer ungarisch-rumänischen Monarchie? Diejenigen wol, welche Rußlands Fortschritten gegenüber mit Blindheit geschlagen sind, die Leute mit sehenden Augen nicht! Die ungarisch-rumänische Monarchie, wenn sie zu Stande kommt, ist eine Abschlagszahlung auf Rußlands orientalische Politik, und daß diese auf die Vernichtung der Türkei hinausläuft, weiß auch jedermann, der denken gelernt. Die österreichischen Statsmänner, deren Widerstandsgründe man viel zu gering angeschlagen hat, wußten genau, wie eng die deutsch-österreichische Frage mit der orientalischen zusammen hängt. Darauf hinaus durften sie den äußersten Bruch wagen. Sie wußten: fällt Oesterreich, so fällt Preußen ihm nach; gerät die Türkei ins Wanken, so ist ein preußisch-russisches Bündnis die Abdankung des Cabinets von Berlin. Mag man sich drehen

* A. a. O., S. 11.

und wenden, wohin man will: die wahrhafte, leibhaftige Solidarität der rechtschaffenen Interessen Preußens und Oesterreichs und ihre innige Verflechtung und Einigung auf der Höhe der deutsch-nationalen Idee ist der Brennpunkt aller politischen Combinationen von Mitteleuropa, denn sie ist die große Lebens- und Sterbensfrage der deutschen Kultur! Entweder man erkennt dieses flammende Fanal unserer Zukunft oder man steuert in das eigene und beiderseitige, in des gesamten Deutschlands Verderben hinein.

Wer verkannte gegenüber einer Entwickelung, wie sie sich seit dem Unheilsjahr 1866 vor unsern Augen vollzogen, noch die Wahrheit der Weissagung Trautwein von Belles? Der erste Act, der Zerfall Oesterreichs, ist nahezu vollendet; die übermächtige Stellung Rußlands am Balkan, ja in ganz Europa ist gleichfalls zur Tatsache geworden; vielleicht nur kurze Zeit noch und auch das Letzte und Schlimmste wird sich erfüllen!

Die Geschichte des neuen Deutschlands zeigt uns aufs Deutlichste, wohin es führt, wenn abstraktem Denken die Herrschaft über Menschen und Dinge eingeräumt wird. War es doch bloß hierdurch allein möglich geworden, weiten Kreisen für den Begriff „deutsche Einheit" etwas unterzuschieben, was mit der Einheit, wie man sie erhofft und erstrebt und wie sie Deutschland allein frommte, rein gar nichts gemein hatte. Diese war ein hohes und hehres Ziel, jenes hingegen ein hohler, leerer Schemen. Oder meint man vielleicht, jenes Ideal, für das einst die Größesten der Deutschen gelebt und gestritten, verwirklicht zu haben dadurch, daß man den größten Teil Deutschlands der Centralisation und dem Militarismus in die Arme getrieben hat? Leider muß es ja zugegeben werden, daß die große Masse der neudeutschen Reichsbewunderer diese Meinung vertritt und damit zufrieden gestellt ist, daß heute alle von Berlin aus commandiert werden, daß es diesen Leuten ein kindliches Vergnügen gewährt, zu sehen, wie die Mehrzahl der Deutschen in derselben Uniform herumspaziert, mit norddeutscher Schneidigkeit denselben Stechschritt übt, kurz, von Berlin aus nach ein und derselben Methode gedrillt wird, wie an der Memel und am Bodensee dasselbe schwarz-weiß-rote Baumwollstück flattert, zu wissen, daß derselbe Richter, der

heute einen Berliner Gaumer aburteilt, in der Lage ist, morgen einen demokratischen Frankfurter oder einen nationalliberalen Heidelberger zu verdonnern. Selbst der über den großen Durchschnitt hervorragende Gebildete erhebt sich wenig über jenen naiven Standpunkt, im günstigsten Falle ist es ihm nur darum zu tun, daß auf deutschem Boden französisches Imperatorentum mit russischer Selbstherrschaft sich vermählt. Deutscher Ernst und deutsche Wissenschaft sind ja nach dem Ausspruch Bruno Bauers nicht mit ihm in Berührung gekommen.

Nationalliberal nannten sich dann die Vertreter und Bewunderer dieses westlichen Rußlands wol zum Hohn darauf, daß der nationale Gedanke durch die Zerreißung Deutschlands offen ins Gesicht geschlagen und die deutsche Freiheit seitdem zu Grabe getragen worden ist.

Es war freilich notwendig, den gesunden Sinn und das Unterscheidungsvermögen weiter Kreise in Deutschland in Strömen von Tinte und Druckerschwärze zu ersäufen, ehe man ihnen den großpreußischen monarchisch-erbkaiserlichen Bundesstat als Antwort auf die deutsche Frage darbieten durfte.— Der Particularismus, der Erbfeind deutscher Einheit, soll in diesem Kunststatengebilde für immer überwunden sein, und wenn man kurzsichtig und urteilslos genug ist, Particularismus nur im Sonderstreben der deutschen Klein- und Mittestalten zu erkennen, so kann man wol sagen: Lieb Vaterland magst ruhig sein! denn im Aufgeben jeglicher Selbstachtung und in der Unterordnung unter die preußische Fuchtel haben die kleinen Staten in der Tat das Menschenmöglichste geleistet. Leider besteht aber der ganze Gewinn, den uns nach dieser Richtung hin die Bismarcksche Statskunst gebracht hat, nur darin, daß der große preußische — durch das Hohenzollern- und Ostelbiertum verkörperte — Particularismus die kleinen deutschen Particularismen aufgefreßen und sich selbst dadurch so gemästet und gekräftigt hat, daß er heute dem gesamten Deutschland gewachsen ist und sich nunmehr den wackern Reichsbürgern, die seit 1866 und 1870/71 von dem Rechte, andere für sich denken und urteilen zu laßen, im Lande der Denker einen mehr als reichlichen Gebrauch machen, als „schwer errungene Einheit“ darzubieten vermag.

gebliebenen Bauten nachzufordern. Man erkennt diesen Sachverhalt am besten aus folgender tabellarischen Uebersicht der Baupläne von 1898 und 1900, die wir einer Aufstellung der Berliner „Volkszeitung" entnehmen:

I. Linienschiffe.

das Gesetz von **1898** setzte fest:	der Gesetzes-Entwurf von **1900** wollte diesen Bestand vermehren um:	das **Compromiß** bewilligt:
1 Flaggschiff	1 Fl.-Flaggschiff	2 Flaggschiffe
16 Schiffe verwendungsbereit	16 Schiffe verwendungsbereit	32 Schiffe verwendungsbereit
2 Schiffe Materialreserve	2 Schiffe Materialreserve	4 Schiffe Materialreserve
19 Linienschiffe +	19 Linienschiffe =	38 Linienschiffe

Die Linienschiffe sind also sämtlich bewilligt, wie die Regierung sie gefordert hat.

II. Kreuzer für die Schlachtflotte.

Das Gesetz von **1898** setzte fest:	Der Gesetz-Entwurf von **1900** verlangte eine Vermehrung um	Das **Compromiß** bewilligt:
6 große Kreuzer +	2 große Kreuzer =	8 große Kreuzer
16 kleine Kreuzer +	8 kleine Kreuzer =	24 kleine Kreuzer.

Die heimische Kreuzerflotte wird demnach gleichfalls in dem von der Reichsregierung gewünschten Umfange bewilligt.

III. Bei der Auslandsflotte

ist zu unterscheiden zwischen denjenigen Schiffsbauten, welche die Regierung bis 1905 in Angriff nehmen, und denjenigen, die sie von 1906 bis 1916 bauen wollte.

Die Regierung wollte erreichen bis 1905:

3 große Kreuzer,
10 kleine Kreuzer.

Das alles ist vom Compromiß einfach bewilligt, und zwar ohne jede zeitliche Begrenzung, in der Form des Aeternats, der zugleich die Festlegung des Ersatzes für die bewilligten Schiffe innerhalb eines gewissen Zeitraumes enthält.

Von 1906 bis 1909 (in der sogen. „zweiten Bauperiode") wollet aber die Regierung nun noch des Weiteren für die Auslandsflotte bauen:

6 große Kreuzer und 5 kleine Kreuzer.

Nur diese 11 Schiffe und eine entsprechende Zahl von Schiffen der Materialreserve, welche die Regierung beim allerbesten Willen vor 1906 nicht in Angriff nehmen kann, schied das Compromiss vorläufig aus.

Daß dieses „vorläufig" keine böswillige Unterstellung sei, ergibt sich deutlich aus der Stellung, welche der Bundesrat zu dem Compromiss eingenommen hat. Schon in der Budgetcommission erklärte der Marine-Statssecretär Tirpitz auf Grund einer Beratung mit den damals anwesenden Mitgliedern des Bundesrates, „daß ein Verzicht der verbündeten Regierungen auf eine Vermehrung der Auslandsschiffe bis 1916 ganz ausgeschlossen sei, daß dagegen die Möglichkeit ernster Erwägung bedürfe, die gesetzliche Entscheidung über diese Vermehrung so lange hinaus zu schieben, bis die verbündeten Regierungen es für angängig hielten, weitere Auslandsschiffe in Bau zu nehmen." Nun sollte aber nach der Regierungsvorlage eine Vermehrung der Auslandsschiffe überhaupt erst vom Jahre 1906 an in Angriff genommen werden. Demnach schrumpft der dem Reichstage zufallende Gewinn an dem Compromiss zusammen auf eine rein formelle Vertagung der Entscheidung über denjenigen Teil der Bewilligungen für die Auslandsflotte, von dem die Regierung ohnehin vor 1906 keinen Gebrauch machen kann, weil alle verfügbaren Werften bis dahin mit Arbeit überhäuft sind. Es wiederholte sich hier also, nur in etwas vergrößertem Maßstabe, dasselbe Kunststück, welches der Vater dieses Compromisses, das findige Centrum, schon bei Lieferung der letzten Heeresvermehrung im Frühjahre voriges Jahres durch seine damals ebenfalls nur vorläufige Streichung der berühmten 7006 Mann geleistet hat. Wie nach einer neuerlichen Erklärung des preußischen Kriegsministeriums diese 7006 bis zum Jahre 1903 entbehrlich waren, dann aber nachverlangt werden sollen, so sind auch die jetzt vom Centrum verweigerten Auslandsschiffe bis zum

Jahre 1906 entbehrlich, weil überhaupt nicht herstellbar, werden dann aber mit Sicherheit nachgefordert werden.

Und nicht viel beßer verhält es sich auch mit demjenigen Teil des Compromisses, der die Kostendeckung betrifft. Während der Regierungsentwurf die einmaligen Kosten der Neubauten 2c. ganz aus Anleihen, die laufenden Mehrkosten aber aus der erwarteten Steigerung der ordentlichen Reichseinnahmen zu decken gedachte, soll nach dem Compromiss die neue Flotte nicht ganz auf Pump gebaut, sondern auch aus der Erhöhung schon bestehender und der Einführung neuer indirecter Steuern, die den Massenverbrauch nicht belasten, bestritten werden. Gegen die Natur dieser neuen Abgaben an sich ist unseres Erachtens nicht sehr viel zu erinnern, da sie durchweg auf die zahlungsfähigen Bevölkerungsklassen fallen sollen. Um so bedenklicher ist dagegen ihre bedingungslose Ueberantwortung an den Reichsfiscus. Derselbe sollte nur im wirklichen Bedarfsfalle über sie verfügen können, der Reichstag aber in der Lage bleiben, sie jeder Zeit zurück zu ziehen oder zur Ermäßigung anderer, die ärmere Bevölkerung drückender Abgaben zu benutzen. Damit würde sich auch die Bestreitung der neuen Flottenkosten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge sehr wol vereinigen laßen, eine Deckungsart, die wir schon deshalb für die einzig richtige halten müßen, weil sie die Einzelstaten in der Zustimmung zu künftigen Flottenvermehrungen vorsichtiger machen würde. Dazu kommt noch, daß nach Ansicht der Regierungsvorlage nur 17 Millionen Mark aus neuen Steuern zu decken wären, während das Compromiss dem Reichsfiscus nicht weniger als 56 Millionen aufdrängt. Die neuen Steuern und Zölle gehen demnach über das Deckungsbedürfnis auch nach der beschloßenen Verkürzung der Deckung aus Anleihen weit hinaus. Man hat in erheblichem Umfange neue Steuern auf Vorrat bewilligt. Das heißt aber doch geradezu die Reichsregierung auffordern, die jetzt einstweilen abgesetzten Schiffe möglichst bald nachzufordern.

Sehen wir uns nun nach der Geschichte des neuen Gesetzes um, so fällt uns vor allem die jähe Plötzlichkeit auf, mit der es in die Erscheinung trat. Bei Verabschiedung des Gesetzes vom 10. April 1898 war von zuständiger Stelle aus-

drücklich versichert und von den Optimisten auch geglaubt worden, daß nun alle Ansprüche, welche die neumodische „Seegeltung" des Reiches erheben könne, auf absehbare Zeit, mindestens aber bis zum Jahre 1903 befriedigt seien. „Wenn wir" — hatte damals der Statssecretär Tirpitz erklärt — „eine Flotte haben werden, die dieser (d. h. der 1898 bewilligten) Stärke entspricht, dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv an unseren Küsten vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges sich dreimal bedenken würde. Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Wagschale werfen kann. Sie schaffen vom militärischen Standpunkt aus für die Stellung Deutschlands im europäischen Concert einen Machtfactor, der mit dem Jahre 1904 aufgehört haben wird, eine quantité negligeable zu sein." Ja noch am 11. Januar 1899 hatte derselbe Beamte in der Budgetcommission des Reichstages die feierliche Zusicherung abgegeben: „Ich erkläre hiermit ausdrücklich Namens der verbündeten Regierungen, daß bis jetzt an keiner Stelle die Absicht hervorgetreten ist, einen neuen Flottenplan vorzulegen, sondern daß im Gegenteil an allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht besteht, das Flottengesetz [von 1898] auszuführen und die für dasselbe vorgesehenen Bedingungen inne zu halten."

Da hielt am 18. October 1899 der Kaiser bei dem Stapellaufe des neuen Linienschiffes „Karl der Große" zu Hamburg plötzlich die bekannte Tischrede über den Text „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte". Aber noch immer wollte man nicht glauben, daß die Umstoßung des erst vor anderthalb Jahren festgestellten Flottengesetzes geplant sei, und dieser Unglaube herrschte offenbar sogar in den zuständigen Beamtenkreißen. Brachte doch noch am 23. October, also fünf Tage nach der kaiserlichen Rede, die officiöse „Nordd. Allg. Zeitung" die offenbar von Herrn Tirpitz selbst veranlaßte beschwichtigende Erklärung, daß in der damals bevorstehenden Reichstagssession keine über das 1898er Flottengesetz hinausreichende Marineforderung kommen werde. Die nächstbeteiligten Ressortbeamten wußten also selbst nicht, woran sie waren, und wurden nunmehr erst darüber

aufgeklärt, was geschehen solle. Freilich hat Herr Tirpitz bei der ersten Lesung der neuen Vorlage die merkwürdige Tatsache verraten, daß der neue Flotten-Vermehrungsplan schon entstanden sei, als das vorige Flottengesetz genehmigt wurde. Der Reichskanzler, Graf Bülow und Herr Tirpitz hatten sich darüber verständigt. Die Absicht war aber, mit diesem neuen Plan erst an den Reichstag zu kommen, wenn das jetzige Flottengesetz abgelaufen sei, oder wenigstens erst in zwei Jahren. Durch diese Enthüllung wurde auch das andere in derselben Debatte abgelegte Geständnis des Herrn Tirpitz erst recht verständlich, daß er schon im vorigen Frühjahr und Sommer bei den Schiffsbauern 2c. herumgereist sei, um sie vertraulich auf das Kommende vorzubereiten; die wiederholten Versicherungen des Herrn und seiner Collegen aber, daß die im 1898er Gesetz bewilligte Flottenstärke auf absehbare Zeit ausreiche, geraten dadurch in eine um so merkwürdigere Beleuchtung.

Erst am 24. October erfuhren der aus Wilhelmshaven nach Berlin berufene Herr Tirpitz sowie Herr v. Bülow, daß die im Frühjahre getroffenen Dispositionen wirklich umgestoßen seien, wie es die Hamburger Rede des Kaisers bereits angekündigt hatte. Schon am 25. October mußte nun Herr Tirpitz zu dem noch ganz ahnungslos in Baden-Baden weilenden Reichskanzler eilen und demselben klar machen, was die Berliner Uhr geschlagen habe. Am 28. October aber veröffentlichten die officiösen Blätter schon die Grundzüge der neuen Flottenvorlage. Sie rührten offenbar weder von Herrn Tirpitz noch von dem Fürsten Hohenlohe her, sondern aus dem Marinecabinet des Kaisers. Man hatte es recht eigentlich mit einem der Gesetzentwürfe zu tuen, die der neudeutsche Sprachgebrauch als „Vorlagen des Kaisers" zu bezeichnen pflegt. Wozu aber die eilige Veröffentlichung, da der Gesetzesentwurf dem Reichstage doch erst im Januar vorgelegt werden konnte? Diese Frage hat der Abg. Richter am 13. December v. J. im Reichstage durch folgende Gegenfragen wol ziemlich richtig beantwortet: „Ist da etwa auch die von dem Herrn Abgeordneten Bebel gekennzeichnete persönliche Incarnation der Nervosität wirksam gewesen? Wenn das nicht der Fall, was hatte die Sache anders für einen Zweck, als durch

vorschnelles Veröffentlichen zu präjudicieren der Entscheidung aller der Instanzen, die zunächst berufen waren, sich darüber schlüßig zu machen?"

Und damit kommen wir zu der merkwürdigen Rolle, welche diese verfaßungsmäßig zuständigen Instanzen bei dem Zustandekommen dieser Vorlage gespielt haben. Zuerst der Herr Reichskanzler. Als der einzige verantwortliche Reichsbeamte hat er das einheitliche Reichsinteresse zu vertreten; von ihm müßten daher alle wichtigen, ein einzelnes Ressort überschreitenden Pläne ausgehen. Statt dessen erfuhr er hier erst nachträglich, was mit zweien seiner untergebenen Statssecretäre, den Herren Tirpitz und Graf Bülow, der Kaiser schon festgemacht hatte.

In noch weit bedenklicherem Lichte aber erscheint der Bundesrat in dieser Angelegenheit. Nach der Verfaßung ist er der einzige Vertreter der bei der Gesamtheit der verbündeten Fürsten und Städte ruhenden Reichssouverainetät. Demgemäß schreibt auch seine Geschäftsordnung ausdrücklich vor, daß vor der Inangriffnahme wichtiger Reichsgesetze das Programm derselben im Bundesrat festgestellt werden solle unter Zuziehung der leitenden Minister der Einzelstaten. Das ist hier jedesfalls nicht geschehen. Schon bei der Etatsberatung im December v. J. konnte im Reichstage festgestellt werden, daß die „verbündeten Regierungen" bis zum 18. October von den neuen Flottenplänen nicht das Geringste wußten, und daß erst nach jener Hamburger Rede und nach Veröffentlichung der Grundzüge des Planes Herr Tirpitz die größeren süddeutschen Höfe bereiste, um die nachträgliche Zustimmung derselben zu dem ohne sie Beschloßenen einzuholen.

Daß anders verfahren werde, konnte freilich — wie wir zugeben müßen — kaum erwartet werden nach dem lediglich passiven Verhalten, das sich die nichtpreußischen „Verbündeten" und ihre bundesrätlichen Vertreter seit dreißig Jahren in stets steigendem Maße selbst auferlegt haben. War es doch nur allzu treffend, wenn der Abg. Schädler unlängst in der Münchener Kammer die Grundsätze sogar der gröbsten dieser Regierungen, der bayerischen, in ihrem Verhalten zum Reiche oder vielmehr zu Preußen folgendermaßen geißelte: „1. Wir laßen uns nicht majorisieren, darum

stimmen wir gleich von vornherein zu; 2. die Sache ist so unbedeutend, daß wir deshalb keinen Spektakel anfangen wollen; 3. die Sache ist so wichtig, daß sie auch ohne uns zu Stande kommt, und darum gehen wir gleich mit." Und doch bedeutet jede neue Betätigung dieser „Grundsätze" eine neue Entwertung des Bundesrates, will sagen einen neuen Schritt zum großpreußischen Einheitsstate, zumal wenn es sich um eine so folgenreiche Sache wie diese Flottenvermehrung handelt. Angesichts der in dieser Angelegenheit dem Bundesrate zugefallenen und von demselben willig durchgeführten Rolle durfte der Abg. Richter in der Reichstagssitzung vom 14. December mit Fug und Recht von der Gefahr sprechen, „daß der Bundesrat zu einer bloßen Registrierbehörde des Willens von oben herabgedrückt werde". Wo diese Rolle aber schließlich endigen müße, hat in derselben Sitzung der Abg. Bebel mit unanfechtbarer Logik und wünschenswertester Deutlichkeit ausgeführt, als er unter den heitern Beifallsstürmen der Linken sagte: „Ich habe mir schon manchmal gesagt: wenn die tatsächlichen Zustände im Deutschen Reiche so sind, daß im Grunde nur Einer entscheidet — wozu sind denn die anderen noch da? Meine Herren, Sie wißen, wir sind Freunde der Expropriation. Wenn daher die verbündeten Regierungen sich einmal entschließen wollten, dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, worin sie ihre eigene Expropriation aus ihrer gegenwärtigen Stellung beantragen wollten, so würde ich mit Vergnügen einer solchen Vorlage zustimmen. Ich wäre sogar bereit, eine sehr reichliche Abfindung zu bewilligen; denn ich sage mir: wozu ein Factor, der das nicht ist, was er auf Grund der Verfaßung sein soll und bis zu einem gewissen Grade zu sein scheint. Ich liebe die klaren Situationen. Ich meine also, wenn wir in Deutschland die Situation so vereinfachen könnten, daß in der Tat nur der regiert, der es tatsächlich tut, so wäre das in aller Interesse gelegen. . . . Es gab einmal eine Zeit, wo ich Föderalist war; die Zeit ist längst hinter mir; ich bin auf Grund der Entwickelung unserer politischen und socialen Verhältnisse in Deutschland längst strammster Centralist geworden und werde jede Vorlage unterstützen, die meinem Statsideal entgegenkommt."

Bedenklich wie die Rolle der zuständigen Reichsbehörden war aber auch die Haltung derjenigen Parteien zu der Flottenvorlage, denen dieselbe ihre Annahme zu verdanken hat. Man darf ohne Uebertreibung behaupten, daß, abgesehen von den Alldeutschen, die eine nennenswerte Vertretung im Reichstage heute noch nicht besitzen, keine Partei mit ganzer Seele für diese Flottenvorlage war, daß sich alle vielmehr durch dieselbe peinlich berührt fühlten, und daß die Mehrheit, die sich schließlich zusammenfand, nicht sowol von sachlichen als von geschäftlichen und geschäftspolitischen Interessen bestimmt wurde.

Die große „Weltflotte", zu deren Schaffung die Annahme des heurigen Gesetzes den entscheidenden Schritt getan hat, kommt der Natur der Sache nach vor allem dem Handel und der Industrie zu Gute und leistet der ohnehin schon reißend fortschreitenden Entwickelung des Reiches zum Industriestate weiteren mächtigen Vorschub. Darum brachten denn auch die Conservativen und Agrarier der Vorlage im Grunde ihres Herzens eine instinctive Abneigung entgegen, die sich am aufrichtigsten in dem Angstschrei eines biedern Mecklenburgers in der „Deutschen Tageszeitung", dem Organ der Landwirtsbündler, Luft machte: „Es handelt sich heute nicht mehr um Flotte und Landwirtschaft, sondern um Flotte oder Landwirtschaft; unsern Reichsboten aber rufe ich ein Videant consules zu!" Von diesen und ähnlichen Bedenken bis zur wirklichen Ablehnung der Vorlage durch die Landwirtsbündler und ihre conservativen und antisemitischen Genoßen war freilich ein sehr weiter Weg, zu dessen Bewältigung es wol nicht an Lust, um so mehr aber an der moralischen Kraft fehlte. Am liebsten würde man es in diesen Kreißen gesehen haben, wenn die Vorlage ohne eigenes Zutuen ins Waßer gefallen wäre. Dann hätte man nicht nur den Vorteil gehabt, sondern konnte auch die aufopfernde, wenn auch leider vergeblich betätigte nationale Gesinnung zum Sprungbrett für weitere politische und wirtschaftliche Wolverhaltungs-Preise benutzen. Der Versuch des Directors des Bundes der Landwirte Dr. Hahn, das Centrum durch den Abg. Szmula für Ablehnung der „gräßlichen Flotte" festzumachen, hat diese conservativen Herzensgedanken in wahrhaft tragikomischer Weise beleuchtet. So bequem sollte es den

Herren aber nicht werden, sie mußten „die Gräßliche" lebendig werden sehen und konnten ihre patriotischen Verdienste um dieselbe nur um einen Zukunftswechsel verkaufen, den ihnen in der Commission der Reichssecretär v. Thielmann nach längerem Sträuben schließlich Namens des Bundesrates dahin ausstellte, daß derselbe „zur nachdrücklichen Wahrung der Interessen der Landwirtschaft beim neuen Zolltarife und beim Abschluße der Handelsverträge entschloßen sei".

Dieselben Gründe, welche die conservativen und agrarischen Vertreter der Landwirtschaft gegen die Weltflotte stimmten, verursachten andererseits jene flottenfreundlichen Unterströmungen, die sich in den vorzugsweise aus Handels- und Industriekreißen rekrutierten liberalen Parteien bemerklich machten. Am offensten kamen dieselben bei den Nationalliberalen zum Vorscheine, veranlaßten die freisinnige Vereinigung zum offenen Uebergang ins Flottenlager, beunruhigten aber auch die freisinnige und die süddeutsche Volkspartei und scheinen ab und zu selbst bis in die socialdemokratischen Reihen hinein gespukt zu haben. Ist doch in glaubwürdiger Weise erzählt worden, daß Regierungs-Agenten sogar direct mit einzelnen Persönlichkeiten der Freisinnigen Volkspartei verhandelt hätten, daß diese „eine Zeit lang die gröste Lust gehabt hätten, die Sache zu machen", und daß erst, als die Verhandlungen an dem zur Zeit noch überwiegenden Einfluße Eugen Richters gescheitert seien, der Kaiser gesagt habe: „Nun, Tirpitz, dann machen Sie es mit den Agrariern!" Natürlich betrachteten auch die freisinnigen Volksparteiler, „die eine Zeit lang die gröste Lust hatten, die Sache zu machen", ebenso wie die Herren Conservativen, Agrarier und Centrumsleute die Flottensache als politisches Geschäftsobject. Unter welchen Gesichtspunkten diese Geschäfte gedacht waren, verriet dann das Stöhnen des „Berliner Tageblattes" über die verpaßte Gelegenheit „das Dogma von der Unentbehrlichkeit der extremen Bündler zu widerlegen" und „durch einmütiges, zielbewußtes Eintreten für den notwendigen Flottenausbau den Liberalismus in seiner Machtstellung wesentliche Fortschritte machen zu laßen."

Am Verblüffendsten — um einen noch dem parlamentarischen Sprachbereiche angehörenden Ausdruck zu gebrauchen — ist diese

Geschäftspolitik beim Centrum zum Vorschein gekommen, welches durch seine Presse die Vorlage zuerst in wegwerfendster Weise behandeln ließ, um sie dann schließlich in Form des oben geschilderten scheinbaren Compromisses der Regierung einfach zu apportieren. Nicht als ob die Kundigen ein anderes Schlußergebnis von dieser Fraction erwartet hätten, die durch ihre „Compromiß"-Leistungen bei dem Zustandekommen der letzten Marine- und Militärvorlagen bereits hinlänglich verraten hatte, wessen sie fähig sei. Verblüffen konnte nur die Plumpheit des dießmaligen Uebergangs aus der scheinbaren Opposition in die willfährigste Hingebung. Sie bewies, daß das Centrum von der kleinen Excellenz auf — die Herrn Müller-Fulda und Gröber gekommen sei, da Dr. Lieber, der dergleichen doch immer noch mit einer gewissen seriösen Grazie zu machen weiß, der entscheidenden Wendung durch Krankheit fern gehalten wurde. Einen Vorteil aber hat dieser täppische Umfall des Centrums doch gehabt. Er hat manchem der bisher nicht sehen wollte, die Augen darüber geöffnet, daß das Centrum die Erhaltung der „regierenden" Stellung, welche die Nemesis des Bismarckschen Kulturkampfes ihm in der Schöpfung von 1866 verliehen, durch Preisgebung seiner besten Traditionen erhalten zu können glaubt, damit aber nur selbst die unerbittliche Nemesis über sich heraufbeschwört.

Zur Erklärung und bis zu einem gewissen Grade zur Entschuldigung gereicht der cynischen Geschäftspolitik der Flottenparteien die Haltung der Volksmasse selbst, aus der dieselben hervorgegangen sind. Denn wenn es nicht immer richtig ist, daß ein Volk die Regierung hat, die es verdient, so ist es doch wenigstens in den Ländern des allgemeinen Stimmrechtes unbestreitbar, daß es stets die Volksvertretung besitzt, deren es wert ist. Nun hat aber — von der Socialdemokratie und einigen andern kleinen Kreißen abgesehen — die reichsdeutsche Bevölkerung der dießmaligen Flottenvermehrung von Anfang an eine ganz auffällige Teilnahmlosigkeit entgegengebracht. Der noch andauernde gute Geschäftsgang verführte auch sonst verständige Leute zu dem Wahne, daß wir es ja allenfalls dazu hätten, neben der größten Landmacht uns auch eine Flotte ersten Ranges zuzulegen. Dazu

kam, daß die fortwährenden Heeres- und Flottenvermehrungen, zu deren Bewilligung sich der Reichstag trotz aller anfänglichen Opposition schließlich doch immer hat breitschlagen laßen, auch bei dem namhaften und in Wahrheit immer noch überwiegenden Teile der Bevölkerung, der von dem Land- und Waßermilitarismus im Grunde nichts wißen will, eine pessimistische Abstumpfung und Gleichgültigkeit erzeugt hat, welche die Dinge laufen läßt, wie sie eben laufen wollen, weil sich das angeblich doch nicht ändern laße. Unter diesen Umständen hatte die unter dem Protectorate des Kaisers selbst und der übrigen Reichsfürsten mit allen Mitteln arbeitende Agitation für die Weltflotte, wie sie von dem regierungsseitig dazu angestellten Corvettencapitän v. Heringen und seinen Officiösen einerseits, von dem Flottenvereine der alldeutschen Chauvinisten und großindustriellen Flottenbau-Lieferanten andererseit betrieben wurde, von vornherein das breiteste Feld, und selbst die massiven Aufdringlichkeiten des bekannten mährischen Juden und Miquel-Officiösen Schweinburg haben ihr nicht allzuviel geschadet. Die Masse des Volkes stand diesem Treiben zwar kopfschüttelnd und mistrauisch, aber — und das war die Hauptsache — auch teilnahms- und tatenlos gegenüber. So hat es geschehen können, daß der winzige Profit, den das Reich aus der südafrikanischen Verlegenheit Englands in Samoa bereits herausgeschlagen hat, und die Aussicht auf den weiteren, den es vielleicht noch mit einem Stückchen Afrika herausschlagen wird, ebenso erfolgreich als Vorspann für die neue große Flottenvermehrung benutzt werden konnten, wie die wunderbare „Pachtung" von Kiaotschou — es scheint das schon heute fast unglaublich, und doch ist es buchstäblich wahr — als wirksamster Vorspann des 1898er Flottengesetzes gedient hat. Gewis ein schlechtes Zeugnis für die politische Reife der „wiedergeborenen" reichsdeutschen Nation, aber doch, wir wiederholen es, eine gewisse Entschuldigung für die klägliche Haltung seiner geschäfts-politischen Reichstagsparteien.

Die Bekämpfung des Gesetzes stützte sich vorzugsweise auf die enormen Kosten, welche dasselbe verursachen werde, und das Centrum hat diesen Umstand benutzt, um seinen Rückzug dadurch erträglich erscheinen zu laßen, daß es die „Deckungsfrage"

in den Vordergrund schob und dieselbe dann durch eine Reihe neuer Steuern zu erledigen suchte, die, wie wir schon hörten, vorzugsweise die leistungsfähigen Schultern treffen sollen. Nun werden die Flottenkosten in der Tat durch das neue Gesetz zu einer ganz außerordentlichen Höhe empor getrieben. Eine in der Budgetcommission aufgemachte Berechnung gibt dieselben für die in der Regierungsvorlage vorgesehene, von dem Compromiss bis 1906 ausdrücklich und im Uebrigen indirect zugestandene Bauperiode bis 1916 auf 4,353,110,000 Mark an, so daß man annehmen darf, die Flotte werde in diesem Zeitraum annähernd fünf Milliarden verschlingen. Auch ist es mehr als wahrscheinlich, daß die neuen Centrumssteuern auf die Dauer den für sie vorgesehenen Teil dieser Riesensumme nicht decken und dann noch andere, auf die ärmeren Schultern fallende Steuern nötig werden, während die Verzinsung der Anleihen, aus denen der Rest bestritten werden soll, von vornherein schon der Masse der Steuerzahler zur Last fällt. Gleichwol gehörte bei Beurteilung der Vorlage die Deckungsfrage in den Hintergrund, nicht in den Vordergrund, da die Kosten nur eine secundäre Rolle spielen durften, wenn die Flottenvermehrung nötig war oder auch nur wirklich berechtigte Ziele verfolgte.

Das aber ist eben nicht der Fall. Daß die bisherige Stärke der Marine mehr als ausreiche, um die Grenzen und Küsten des Reiches zu verteidigen, sowie unsere wertlosen Kolonien und die verhältnismäßig wenigen Reichsbürger im überseeischen Auslande so zu schützen, wie das überhaupt durch eine Flotte, und wäre sie die größte der Welt, geschehen kann, — das ist in den letzten 6 Monaten innerhalb und außerhalb des Reiches oft genug unwiderleglich nachgewiesen worden. Wenn trotzdem jetzt der im Jahre 1898 amtlich für ausreichend erklärte und für 6 Jahre festgestellte Flottenbauplan schon in dem Augenblick seiner gesetzlichen Verkündigung an maßgebender Stelle für ungenügend befunden, nach 1½ Jahren auch in aller Form umgestoßen und durch einen andern ersetzt wurde, der nicht mehr und nicht weniger als die Verdoppelung der eben erst beschloßene Schiffszahl bezweckt, und wenn das alles geschah, ohne daß irgend ein auch nur halbwegs zureichender Grund

aus den inzwischen gemachten Erfahrungen des Seekrieges oder der internationalen Lage dafür angeführt werden konnte, — so kann bei einer derartigen Flottenvermehrung nicht mehr von Notwendigkeit und erstrebenswerten nationalen Zielen die Rede sein. Es kamen vielmehr ganz andere Gesichtspunkte in Betracht, unter denen dieselbe, und zwar in allererster Linie, auf das Entschiedenste zu bekämpfen war.

Dahin gehört zunächst die schon jetzt feststehende Tatsache, daß durch diese Flottenvermehrung der unselige Rüstungswettstreit der Mächte definitiv auf die See fortgepflanzt wird, nachdem er schon bisher auf dem Lande Europa zu einem Lager und die Gesellschaft zu einer Kaserne gemacht hatte. Noch während unser Flottengesetz dem Reichstage vorlag, schickten sich die beiden großen europäischen Seemächte an, den Vorsprung ihrer Flotten vor der unsrigen, den ihnen das neue deutsche Flottengesetz teilweise abgewinnen soll, wieder einzuholen. In der Tronrede, mit der die Königin Victoria am 30. Januar das britische Parlament eröffnete, heißt es u. a.: „Zu einer Zeit, wo mehrere andere Nationen ihre Flottenrüstungen unter steigenden Anstrengungen und Opfern vervollkommnen, wird die Sorge, mit der das Parlament für die Schlagfertigkeit der britischen Flotte und der Küstenverteidigung Vorkehrung traf, sicherlich nicht ermatten." Diese Ankündigung bezog sich selbstverständlich in erster Linie auf die reichsdeutschen Flottenrüstungen. Und gleichzeitig kam aus Paris die Nachricht von einer neuen Marinevorlage der französischen Regierung, durch welche nicht nur die Verteidigung der Küsten, Kriegshäfen und Kolonien neu organisiert und ein neues unterseeisches Kabelnetz eingerichtet, sondern auch die französische Kriegsflotte bis zum Jahre 1907 um im Ganzen 177 neue große und kleine Kriegsschiffe vermehrt werden soll. Auch diese Flottenverstärkung, die übrigens der unsrigen noch nicht entspricht, wurde mit den reichsdeutschen Flottenplänen begründet. Haben dann die Engländer und Franzosen ihre Projecte ebenso ausgeführt wie wir die unsrigen, so sind ihre Flotten uns in einigen Jahren wieder ebenso überlegen oder wahrscheinlich noch erheblich überlegener als jetzt, und dann wird bei uns das Geschrei nach weiteren

Seerüstungen sich von neuem erheben. Ja es erhebt sich sogar schon jetzt in zahlreichen Stimmen. Wir erinnern nur an diejenige des Berliner Privatdocenten v. Wenckstern, der noch während der Geburtswehen des neuen Flottengesetzes in kürzester Frist ein neuestes und vermittelst desselben noch ein drittes Doppelgeschwader von 17 Linienschiffen als unerläßliches Erfordernis unserer „Weltpolitik" verlangte. Mag dieser weltpolitische Chauvinismus einstweilen für Wahnwitz gelten, wie die einst als „uferlos" bezeichneten und von der Reichsregierung damals selbst bekämpften, jetzt aber längst überholten Flottenprojecte der Peters und Consorten eine Zeit lang verlacht wurden, so steckt in solchem Wahnsinn doch ersichtlich Methode, und einen Satz der Wenckstern'schen Broschüre hat auch jetzt schon niemand zu bestreiten gewagt. Dieser Satz aber lautet: „Kein einziger Mensch in Deutschland glaubt heut zu Tage daran, daß die [durch das neue Gesetz inzwischen verwirklichte] Forderung von 40 Linienschiffen eine definitiv abschließende ist."

Wo dieser jetzt zu Waßer und zu Lande betriebene fieberhafte internationale Wettstreit schließlich enden müße, weiß zwar jeder; es scheint aber der heutigen Menschheit die Kraft abhanden gekommen zu sein, sich dem jähen Lauf in den offenen Abgrund zu entziehen. Sie versteht nur noch, sich die wachsende Angst vor dem Kommenden durch um so lauteres nationales und weltpolitisches Hurrahgeschrei zu vertreiben. Darum ist es immer gut, wenn ihr von Zeit zu Zeit ein so deutliches „Discite moniti!" zugerufen wird, wie es bei der ersten Lesung der Flottenvorlage im Reichstage am 10. Februar von dem Abgeordneten Bebel mit den Worten geschah: „Wenn je das Wort des Herrn von Puttkamer: Dahinter lauert die Hydra der socialen Revolution — einmal wahr würde, so an dem Tage, an dem die Völker, mit ihren ungeheueren Mordmitteln ausgerüstet, gegen einander rückten, wo alsdann das wirtschaftliche Leben der Nation zu Boden liegt, Hungersnot, Arbeitsnot, Elend und Verzweiflung an allen Ecken und Enden ausbricht, weil Millionen von Ernährern unter die Fahnen gerufen sind, wo niemand daran denken kann, daß der besiegte Feind die Kriegskosten zahlen könne, weil alle von denselben riesigen Nachteilen, die aus einem Weltkriege

kommen, zu Boden gedrückt werden. Aus einem solchen Zustande hochgradiger Gährung und verzweifelter Unzufriedenheit werden alsdann die Fermente der socialen Revolution in alle Kreiße der Gesellschaft getragen, sodaß ein solcher Krieg der letzte (!!) in Europa wäre. Seine Folgen noch zu überwinden, wäre die bürgerliche Gesellschaft außer Stande. An die Wurzeln ihrer Existenz wäre die Axt gelegt."

Eine zweite gewichtige Erwägung, die gegen das Flottengesetz sprach, war die aus seiner Annahme sich ergebende mächtige Stärkung des neudeutschen Imperialismus. Wir haben schon im Verlaufe unserer Darstellung gezeigt, wie der Entwurf, aus der eigensten Initiative Wilhelms II. entsprungen und ganz unabhängig von den berufenen verfaßungsmäßigen Organen, recht eigentlich eine Vorlage des Kaisers war, der sich dann auch durch zahlreiche Kundgebungen — von den telegraphischen Beglückwünschungen eines jeden Fürsten, der dem Flottenverein beizutreten nicht umhin zu können geglaubt hatte, bis herab zu der Reclame-Rheinfahrt der Torpedoboote — an der Agitation für das Zustandekommen des Gesetzes höchstpersönlich in unausgesetzter Folge beteiligte. So anerkennenswert diese energische und consequente Betätigung des Kaisers für ein in den Augen desselben zweifellos als notwendig geltendes Ziel ohne alle Frage ist, so mußte dieselbe doch dem föderativen Character des Reiches zu Gunsten einer verfaßungsmäßig auch heute noch nicht vorhandenen kaiserlichen Monarchie so beträchtlichen Eintrag tuen, daß schon um deswillen die Verabschiedung eines solcher Gestalt zu Stande gebrachten Gesetzes für die weitere Entwickelung des Reiches gefährlich erscheint. Es wird durch diesen Vorgang, der ja keineswegs vereinzelt dasteht, sondern nur die bis jetzt erreichte Spitze einer langen Reihe vorausgegangener ähnlicher Erscheinungen bildet, jener in dem neuen Deutschland nur schon allzuheimische Geist des Weiteren gepflegt und gefördert, auf den in den Reichstagsdebatten — bedauerlicher, aber auch sehr bezeichnender Weise — weder von evangelischen noch von katholischen Conservativen, sondern nur von rechtsparteilichen und socialdemokratischen Rednern hingewiesen wurde: der imperialistische Geist des sinkenden Römerreiches, den der Abgeordnete Bebel in treffendster Weise characteri-

sierte durch Anführung folgender Worte des jüngeren Plinius: „Biegsam werden wir vom Kaiser nach jeder beliebigen Seite gelenkt und schmiegen uns seinem Vorgange an; denn ihm wünschen wir lieb zu sein, seinen Beifall zu erwerben, was solche, die ihm unähnlich sind, nicht hoffen dürfen. Durch fortgesetzte Fügsamkeit sind wir dahin gekommen, daß fast die ganze Welt nach den Sitten des Einzelnen lebt."

Ausschlaggebend für die Unannehmbarkeit dieser Flottenvermehrung mußte aber endlich ihr eigentlicher letzter Zweck sein, über den nach Lage der Dinge ein Zweifel nicht mehr bestehen kann. Ist sie für Vertheidigung des Vaterlandes eingestandener Maßen überflüßig, so kann sie nur zur Unterstützung einer Welt- und Eroberungspolitik und der abenteuerlichen Hoffnungen auf die Herrschaft zur See bestimmt sein. Das läßt sich schon aus manchen Aeußerungen des Kaisers selbst entnehmen. Wenn derselbe z. B. in einer seiner Säcular-Ansprachen als Zweck der geplanten Vermehrung der Flotte ihre „Gleichberechtigung mit dem Landheere" und die „Erringung des von dem Deutschen Reiche noch nicht erreichten Platzes auch im Auslande" bezeichnete, so kann das nur die Herstellung einer Flotte ersten Ranges bedeuten. Eine andere Auslegung läßt auch das in dem Trinkspruche auf den aus China zurückgekehrten Prinzen Heinrich gefallene Wort von dem „neuen Marksteine" nicht zu, den sich das „deutsche Volk in seiner Entwickelung setzen wolle in der Schaffung der großen, den Bedürfnissen entsprechenden Flotte." Noch deutlicher hat der Kaiser schon im Jahre 1891 in einer zu Kiel gehaltenen Ansprache als letztes Ziel bezeichnet: auch bei der deutschen Flotte „das altpreußische, zur energischen Offensive drängende Element voll und ganz zur Geltung kommen zu laßen" . . . „ja unter Umständen die Entsendung eines compacten, aus besten Schiffen bestehenden Geschwaders dem Feinde weit entgegen auf dessen Anmarschlinie, um seine Dispositionen bereits im allerersten Beginn seiner Initiative zu zerstören."

Die beste und jedesfalls competenteste Auslegung dieser und anderer ähnlicher kaiserlicher Toaste hat der Statssekretär Graf

Bülow am 11. December vorigen Jahres in einer bei Beratung des Reichhaushaltes gehaltenen Rede geliefert. Nach derselben ist „die deutsche Politik" „eine gesunde Realpolitik", die davon überzeugt ist, daß „die starken Staten immer stärker, die schwachen immer schwächer werden müßen". Sie will daher den großen Weltmächten gegenüber nicht mehr die Rolle des „bescheidenen Hauslehrers" spielen, sich nicht auf die Füße treten und mit dem barschen: „Die Welt ist vergeben" bei Seite schieben laßen. Nein, die Deutschen des Herrn v. Bülow, die seiner Aussage nach, früher sogar „die Knechte der Menschheit" gewesen sind — wann und wo, muß er ja wißen; wir andern waren das nie, können es also auch nicht wißen —, diese jetzt aus ihrer „wirtschaftlichen und politischen Demut" erwachten Menschheitsknechte wollen nun auch etwas haben oder vielmehr, da sie bereits „Interessen in allen Weltteilen haben", so wollen sie mehr haben. Sie vertrauen ihrem „aufgehenden Stern". Ihr nächstes Bedürfnis sind „Kohlenstationen" und „maritime Stützpunkte", aber das ist noch nicht ihr letztes Wort. Dieses letzte Wort war bisher nur in den Versammlungen der Alldeutschen zu hören gewesen, Herrn v. Bülow blieb vorbehalten, es nun auch in den deutschen Reichstag einzuführen, wo er es folgendermaßen formulierte: „Wie Engländer, Franzosen, Russen so haben wir ebenfalls Anspruch auf ein größeres Deutschland." Mit der amtlichen Anerkennung dieser alldeutschen Imitation des „Greater Britain" ist der alldeutsche Verband nun wol im Deutschen Reiche regierungsfähig geworden, was seinem Vorläufer, dem Nationalverein, bekanntlich außerhalb der Staten weiland Seiner schützenkönniglichen Herrlichkeit Ernsts II. nur noch im badischen Musterländle widerfahren konnte, und wir werden uns auf die unausbleiblichen Folgen dieser Anerkennung gefaßt zu machen haben.

Daß es bei Verwirklichung dieses „größeren Deutschlands", wie Graf Bülow zu beteuern sich beeilte, „nicht im Sinne der Eroberung, sondern der friedlichen Ausdehnung" hergehen solle, versteht sich von selbst, auch wußte Redner die freundliche Gesinnung der fremden Mächte gegen uns kaum genug zu rühmen. Aber merkwürdig! Schon im nächsten Augenblicke sprach er auch

von der Misgunst der eben noch so freundlich geschilderten Völker rings um uns her und von der uns daraus erwachsenden Verpflichtung, jeder Zeit „gegen Ueberraschungen zu Land und zu Waßer gesichert zu sein". Nun ist die Misgunst der Nachbarn für das Gewaltsproduct der Jahre 1866 und 71 leider eine sehr alte und bekannte Sache, auch war man bisher der Ueberzeugung gewesen, dieser Mahnung des „**Oderint dum metuant**" durch Unterhaltung eines starken Landheeres und einer zur Küstenverteidigung mehr als als ausreichenden Flotte hinlänglich gerecht zu werden. Wenn aber die erst eben weit über den Bedarf ihrer Verteidigungsrolle verstärkte Flotte, trotz damaliger feierlichster Versicherungen, sie genüge nun mindestens für 6 Jahre, schon nach $1^1/_2$ Jahren ganz plötzlich mehr als verdoppelt wird, so versteht das niemand, der die Beteuerungen für bare Münze nimmt, es sei nur auf Verteidigung und friedliche Ausdehnung abgesehen. Auch kann die von Herrn v. Bülow aufgestellte Theorie von einer bevorstehenden neuen „Liquidation" oder „Aufteilung der Welt", die nach seinen Forschungen angeblich in jedem Jahrhunderte einmal stattfinden soll, nur ebenso stark befremden, wie folgende Sätze: „Wir müßen uns eine starke Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff jeder Macht zurückweisen zu können. . . Ohne eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte können wir neben Frankreich und England, neben Rußland und Amerika unsere Stellung in der Welt nicht behaupten." Das kann doch wieder nichts anderes heißen, als daß wir neben einer Landmacht ersten Ranges auch eine Seemacht ersten Ranges werden müßen, und zwar sobald als möglich, da jetzt noch die leidlich guten Beziehungen zu den anderen großen Mächten dieß gestatten, und daß wir es sein müßen vor dem Hereinbruche der großen „Liquidation", um uns an der dort erwarteten neuen Teilung der Welt in einer Weise beteiligen zu können, die offenbar durchaus nicht nur als „friedliche Ausdehnung" gedacht ist.

Und für diese maritime Großmachts- und Weltteilungspolitik sollen wir uns instradieren laßen auf Grund einer Basis, die sich einerseits aus einem verzettelten und wertlosen Kolonialbesitz, andererseits aus einer von allen europäischen Staten angefochtenen

und in Frage gestellten europäischen Position zusammensetzt! Denn entweder — oder. Entweder haben wir wirklich, wie Herr v. Bülow versicherte, ein „sicheres Centrum" „im Dreibunde und dem guten Verhältnis zu Rußland", — dann brauchen wir eine große „Liquidation" nicht zu fürchten, bei der wir, nach einem andern Rede-Clichè desselben Statsmannes, nur „Ambos oder Hammer" sein könnten d. h. um Kopf und Kragen spielen müßten. Oder aber wir haben jene sichere Position in Wahrheit nicht, — dann wird es sich bei der großen Liquidation allerdings nicht an letzter Stelle um unsere eigene Existenz handeln. Aus der Bülow'schen Rede ist unschwer heraus zu lesen, daß die letzte Hälfte dieser Alternative diejenige ist, mit der man in Berlin rechnet. Man traut weder dem Dreibunde noch den guten Beziehungen zu Rußland und Frankreich und macht sich zugleich darauf gefaßt, daß auch das neue englische Neigungsverhältnis nur ein „Flirt" von kurzer Dauer sein werde. Mit einem Worte, auch unter dem oratorischen Blütengewirre des Grafen Bülow grinste unheimlich die Tatsache der fortschreitenden und bereits nahezu vollendeten europäischen Isolierung des Reiches hervor. Nun ist freilich auch diese Tatsache für den aufmerksamen Beobachter des politischen Horizonts schon längst keine Neuigkeit mehr. Neu und wahrhaft verblüffend dagegen ist das Unternehmen, dieser Lebensgefahr gegenüber die Kräfte des Reiches auf weltpolitische Flottenpläne und eine überseeische Expansions-Politik zu zersplittern, anstatt sie so fest und eng wie nur irgend möglich zusammen zu halten und sie da zu stärken und zu erweitern, wo sie allein — wenigstens jetzt und für die allernächste Zukunft noch — naturgemäß gestärkt und erweitert werden könnten, nemlich durch die Anbahnung und den Ausbau des organischen Wiederzusammenschlußes mit Oesterreich.

Vorbereitung und Durchsetzung des neuen Flottengesetzes können unter solchen Umständen nur den Sinn der entscheidenden Abwendung von dem gewiesenen Wege dieser historischen Restaurations- und Erhaltungs-Politik und der definitiven Zuwendung zu jenen lebensgefährlichen weltpolitischen Abenteuern

haben. Darum muß diesem Gesetze eine für die weitere Entwickelung des preußisch-deutschen Reiches geradezu verhängnisvolle Bedeutung zugeschrieben werden. Wohin der Abweg schließlich führen müße, auf den dasselbe das Reich festlegt, darüber kann bei denjenigen kein Zweifel bestehen, die sich von den seit einem Menschenalter das deutsche Volk benebelnden nationalen, alldeutschen, weltpolitischen und sonstigen Räuschen freigehalten haben. Die Andern scheinen, wenn überhaupt, erst durch den unausbleiblichen Schaden klug werden zu können, wobei aber das Schlimmste ist, daß auch die Klugen den Schaden mit zu tragen haben. W. H.

Für ein österreichisch-reichsdeutsches Zollbündnis.

Die Erörterungen über die Gesundheitsumstände des Dreibundes, welche die Berliner Kaiserbegegnung veranlaßte, haben allmählich aufgehört. Ihr Schlußergebnis, zu dem alle nüchternen Beurteiler, wenn auch von verschiedenen Gesichtspunkten aus, gelangten, war im Gegensatze zu den officiösen Jubel-Fanfaren und der unzurechnungsfähigen Begeisterung der multitude moutonnière übereinstimmend ein sehr minimales. Die Bismarckischen „Hamb. Nachrichten" haben es in folgende Sätze zusammen gefaßt: „Die europäische Situation wird zur Zeit von anderen Gegensätzen beherrscht, wie vor 20 Jahren, und sie findet deshalb in dem Dreibund kaum noch ihren adäquaten Ausdruck. Wenn der Dreibund trotzdem weiter besteht, so ist das erfreulich, aber wir glauben, daß es keinen ernsthaften Politiker gibt, welcher nicht den Wunsch hegte, daß dieser Alliance jede practische Probe auf ihre Haltbarkeit erspart bleibt. So lange diese Probe nicht nötig ist, wird er gewis bestehen bleiben, für den Fall kriegerischer Ereignisse aber glauben wir, daß es doch weniger von den Verträgen als von dem Verlaufe der ersteren abhängen würde, wie sich Oesterreich und Italien

weiter verhalten würden. Wir unsererseits wißen uns in dieser Beziehung frei von Optimismus. So lange Deutschland siegreich bliebe, würde vielleicht auch der Dreibund fortbestehen, ob er aber eine Peripetie und gar eine Katastrophe überdauern würde, wer kann das wißen? Unter diesen Gesichtspunkten scheint sein Nutzen in der Stunde der Gefahr, also gerade dann, wenn er sich bewähren sollte, immerhin problematisch. Im Uebrigen registrieren wir die ministerielle Phraseologie, in welcher der Telegraph hinsichtlich des Dreibundes Kunde gegeben hat, mit entsprechender Wertschätzung, erblicken aber die Hauptaufgabe Deutschlands darin, nach wie vor, selbst so stark wie möglich zu sein und zweitens seine Beziehungen zu Rußland so sorgsam als möglich zu pflegen."

Es hat sich eben aufs Neue gezeigt, daß mit einem bloßen politischen Bündnis die im Jahre 1866 zwischen den beiden Hälften des alten mitteleuropäischen Reiches gerißene Kluft sich nur zeitweilig und in sehr zweifelhafter Weise überbrücken läßt. Wir an unserm Teile haben uns deshalb von einer derartigen künstlichen Ueberbrückung auch nie etwas gutes versprochen, um so mehr aber einer allmählichen Heilung und Wiederausfüllung jener Kluft das Wort geredet und uns für dieselbe bemüht. Den Weg dazu wies folgende Resolution, welche der letzte, im September v. J. zu Kassel abgehaltene Congreß der Deutschen Rechtspartei einstimmig annahm:

„Die Deutsche Rechtspartei bringt darauf, daß von den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches, unter schärfster Misbilligung der beklagenswerten Ausschreitungen deutscher Agitation, der österreichischen Regierung ein Bündnis geboten werde, zunächst mit folgenden Einrichtungen:

Zollbündnis mit gemeinsamem Zollparlament, welches abwechselnd in den beiden Reichen zu tagen hätte;

gemeinsame Gesetzgebungs-Commissionen für gewisse Gebiete des Rechtes (Handelsrecht, Wechselrecht, civilprocessualische Bestimmungen), wie für gewisse Verkehrsgegenstände (Münze, Maß, Gewicht);

gegenseitige Gewährleistung gewisser einheitlicher Beziehungen zu Schule und Wißenschaft;

ständige Militär-Commission zur Beratung und Durchführung gemeinsamer Armee-Einrichtungen;

Zulaßung von beratenden Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich zu gewissen Ausschüßen des Bundesrates."

Der im Jahre 1903 bevorstehende Ablauf der bestehenden Handelsverträge legt nun die Mahnung an Verwirklichung zunächst des ersten Punktes dieses Einigungs-Programmes, eines österreichisch-reichsdeutschen Zollbündnisses, besonders nahe, und es ist jedesfalls erfreulich, daß sich für diese Sache jetzt auch außerhalb der Deutschen Rechtspartei im Deutschen Reiche sowol wie in Oesterreich beachtenswerte Stimmen zu erheben beginnen. So brachte das Berliner „Kleine Journal" am 12. Mai „aus handelspolitischen Kreißen" einen „wirtschaftspolitischen Nachklang zu den Zweikaisertagen", dessen Autor nachdrücklichst dafür eintrat, das große Ziel eines mitteleuropäischen Zollbündnisses zunächst einmal durch eine zollpolitische Annäherung an Oesterreich in Angriff zu nehmen. Auch glaubte der Verfaßer versichern zu können, daß gelegentlich der Berliner Kaisertage bereits Besprechungen mit dem Grafen Goluchowski stattgefunden hätten, die eine gemeinsame zollpolitische Action für das Jahr 1903, namentlich der ins Drohende wachsenden wirtschaftlichen Ausdehnung der Vereinigten Staten und des **Greater Britain** gegenüber, zum Gegenstande gehabt hätten.

Ob Besprechungen dieser Art wirklich stattgefunden und, wie der angeführte Aufsatz weiter behauptet, die angeblich im Gange befindliche Annäherung gefördert haben, das wißen wir ebenso wenig wie wir die Personen kennen, die diese Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Außenminister gepflogen haben sollen. Der Wunsch ist hier vielleicht den Tatsachen vorausgeeilt. Mag dem indessen sein, wie ihm wolle. Wir freuen uns schon, daß dieser Wunsch sich allmählich in den nächstbeteiligten Kreißen nicht nur zu regen, sondern auch laut zu werden beginnt. Dafür aber, daß das, und zwar auch in Oesterreich, wirklich der Fall sei, wollen wir schließlich noch aus den auch in dem Artikel des

„Kl. Journals" erwähnten Verhandlungen der „Gesellschaft österreichischer Volkswirte"* ein Zeugnis anführen, das unsere Leser um so mehr interessieren dürfte, als es direct auf die Eingangs angeführte Resolution des Kasseler Congresses der Deutschen Rechtspartei Bezug nimmt. In der Plenarversammlung jenes Vereins österreichischer Volkswirte vom 13. Febr. d. J. sagte der Vorsitzende Professor Dr. Eugen von Philippovich am Schluße einer längeren Rede unter „lebhaftem, anhaltendem Beifall und Händeklatschen" der Versammlung folgendes:

„Darum ist besonderes Gewicht darauf zu legen, daß wenn ein Zoll- und Handelsbündnis mit dem Deutschen Reiche überhaupt möglich ist, seine Form von der eines Handelsvertrages abweiche und die einer Verwaltungsvereinigung annehme, mit gemeinsamen Organen und verfaßungsmäßiger Festlegung der Grundsätze der Verbündung. Ob es heute schon möglich ist, die Form zu finden, die vom Congresse der Deutschen Rechtspartei in Kassel im September 1899 angeregt wurde, ein Zollbündnis mit gemeinsamem Zollparlamente, welches abwechselnd in den beiden Reichen zu tagen hätte, mag allerdings zweifelhaft erscheinen. Der Sache nach kann eine solche Einigung nach dem im vorher Dargelegten nicht nur nicht bedenklich erscheinen, sie muß vielmehr als im wirtschaftlichen Interesse beider Teile gelegen angesehen werden, und wir dürfen hoffen, daß, wenn einmal diese beiden Statsgebiete sich in einheitlicher Wirtschaftspolitik gefunden haben, sie ein mächtiges Attractionscentrum für die kleineren, umliegenden Wirtschaftsgebiete bilden."

---

* Ein Zoll- und Handelsbündnis mit Deutschland. Verhandlungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirte in den Plenarversammlungen vom 23. und 30. Januar, 6. und 13. Februar 1900. Wien 1900. S. 151—52.

Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat.

(Fortsetzung.)

„Deutschlands Einheit ist ein großer Gedanke, allein Bürgerkrieg und Meineid sind wahrlich ein schlechter Kitt für die edle Sache", rief einst der würdige Harkort den aufrührerischen Arbeitern zu. Er ahnte nicht, daß bald eine Zeit kommen werde, in welcher dieselben Arbeiter sich erheben sollten gegen die Revolution von oben, gegen „Bürgerkrieg und Meineid" und zur Verteidigung von „Deutschlands Einheit".*

Die Wahrheit ist Eine, wie überall, so auch in der Politik: es hatten entweder 1866 diejenigen Recht, die für die beschworenen Verträge, für die Gesamtverfaßung Deutschlands und für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme und Länder eintraten, oder Bismarck hatte Recht; und hatte Bismarck Recht, so waren Lug und Trug, Vaterlandsverrat, Bundesbruch und Bruderkrieg berechtigt, und waren diese berechtigt, so haben die sittlichen und christlichen Gebote keine Gültigkeit mehr. Nur Kinder und altersschwache Greise könnten eine solche Folgerichtigkeit bestreiten. Da sie nun aber tatsächlich bestritten wird und die große Zahl derjenigen, die sie bestreiten, dem Augenschein nach zu den schon oder noch Urteilsfähigen gehört, so muß man leider zu einem für den geistigen und sittlichen Zustand unseres Volkes wenig ehrenvollen Schluß kommen. Und das ist die niederdrückendste Beobachtung, die der ehrliche Beobachter im neuen Deutschland machen muß.

Völker können einem äußerlichen Drucke lange unterliegen, ohne an ihrer Lebenskraft zu leiden. Brutale Gewalt drückt zu Boden, greift aber nicht in das Innere des Lebens. Erhebt sich jedoch in ihrer Mitte Sophistik und wuchert, so werden die

* Die alte deutsche Arbeiterpartei war bekanntlich groß-deutsch gesinnt, und die Führer Bebel und Liebknecht blieben diesem Standpunkte noch lange nach dem Siege der kleindeutschen Politik treu. Ihnen stand gegenüber die ihrem Verfall entgegen gehende Lasallesche Partei, die von Anfang an sich zum Verteidiger der großpreußischen Politik gemacht hatte und von Bismarcks Revolution alles Heil erhoffte.

treibenden Kräfte vergiftet, der Verfall tritt ein und der Untergang droht.

„Es liegt im Wesen der Sophistik, daß sie die Dinge verschiebt und verstellt und daß sie die Ideale zerstört, um zu einer niedrigen Betrachtungsweise herab zu ziehen. Sie säet Kleinmut aus." (Wuttke.) Und diesem Kleinmut begegnen wir heute auf Schritt und Tritt, so daß leider auch in den noch unverdorbenen Schichten unseres Volkes mehr und mehr der Glaube an eine große Zukunft und die Schaffensfreudigkeit geschwunden ist.

Der heute herrschende Reichs-Chauvinismus mit seiner Ergänzung, dem Byzantinismus und der Misachtung der Rechte Einzelner, sind das beste Merkmal dafür, wie sehr die Selbstachtung, diese vornehme Tugend eines aufwärtsstrebenden Volkes, bei uns gesunken ist, und wie wenig somit Aussicht vorhanden ist, auch nach dem Sturze der vornehmsten Stütze jenes Systems, uns eine Zukunft zu sichern. — Zwar sagt der Geschichtsphilosoph Johannes Scherr*, selbst ein Nationalliberaler, also einer, der's wißen muß: „Nur Gaukler und Gauner sind der Gunst und des Beifalls der niedrigen wie der vornehmen Menge gewis. Die Kunst der Popularitatät besteht darin, noch gemeiner zu sein als der obere und untere Pöbel, und wer Menschen wie Völkern imponieren will, der muß damit anfangen, sie zu misachten. Die Nerone, die Tamerlane, die Iwane, die Napoleone werden in den mit bebendem Erstaunen zu ihnen aufblickenden Erinnerungen der Nachwelt zu Halb- oder Ganzgöttern. Warum? Weil sie der niederträchtig vor ihnen im Staub liegenden Menschheit den Eisenfuß auf den Nacken drückten." — Aber so etwas ist doch nur möglich bei einem Volke, das sich sittlichen Gehaltes zum guten Teile entleert hat und das vom Christentum innerlich abgefallen ist, so daß es der gemeinen Rohheit und der rohen Gewalt keinen Widerstand mehr entgegen zu setzen vermag und es am Ende noch als ein lobenswertes Verdienst betrachtet, wenn es die Ueberlegenheit solcher Mächte anerkennt und sie anbetet: Der Erfolg ist die Religion der Schwachen.

Es waren drei mächtige treibende Kräfte, die das, was

* Gartenlaube 1873.

man heute deutsche Einheit nennt — Großpreußen — zu Stande brachten: der Geldadel mit seinem Streben, die bis dahin ihm noch unabhängig gegenüberstehenden Kreise des Mittelstandes und der Handarbeiter sich vollständig zu unterwerfen, um sie nach Belieben ausbeuten zu können, — die Hohenzollern, die schon seit einem Jahrhundert sich abmühten, das nichtpreußische Deutschland ihrer Herrschaft zu unterwerfen, und schließlich das im deutschen Volke schlummernde ideale Streben nach Zusammenschluß aller deutschen Kräfte und nach der Betätigung einer machtvollen deutschen Politik im Innern wie nach außen. Ein Streben, welches durch unsere großen Dichter und Denker genährt und zur lodernden Flamme angefacht worden war, um schließlich von den beiden zuerst genannten Mächten ausgenutzt zu werden und dadurch seines idealen Inhalts verlustig zu gehen.

Rudolph Meyer, der in seinem Buche „Der Kapitalismus fin de siècle" das Testament eines weitsehenden, aber an der Zukunft seines Volkes bereits verzweifelnden Deutschen gibt, sagt betreffs der Reichsgründung: „1871 wurde das Deutsche Reich gegründet. Schon der Zollverein hatte aus Deutschland eine wirtschaftliche Einheit geschaffen. Allein diesem großen wirtschaftlichen Complex fehlte die politische Gewalt, welche nun einmal nicht zu entbehren ist, wo es sich um den großkapitalistischen Betrieb mit großem Export handelt, und wegen des liberum veto der einzelnen Glieder war die wirtschaftliche Zusammenfassung durch den Zollverein doch noch nicht straff genug. Die politische Einigung Deutschlands wurde eine geschäftliche Notwendigkeit."

Es fällt nicht schwer, den Beweis dafür zu erbringen, daß die eigentlichen Geschäftsmacher und Großbesitzer den weitaus größten Gewinn aus der nach 1866 und 1870/71 herbeigeführten Zusammenschmelzung der nord- und mitteldeutschen Staten zogen. Die Großfinanz erhielt das Actiengesetz, Aufhebung des Wucher-Gesetzes, die Goldwährung, das Emporblühen der Borgwirtschaft. Für Großindustrie und Handel waren bestimmt: Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, Freihandel, Schutzzölle, der auf die Spitze getriebene Militarismus mit seinen gewaltigen Anforderungen. Die Eroberung des Weltmarktes durch billige Arbeiten (billige

Löhne) und Schutz desselben durch Consuln und Flotte. Auch der Großgrundbesitz gieng nicht leer aus. Er erhielt Schutzzölle von der Zeit an, da das Zollgebiet hauptsächlich Getreide einführendes Land wurde, Zuckerprämien, Schnapsliebesgabe, und schließlich erwuchs ihm gleichfalls ein nicht unbeträchtlicher Gewinn aus der militaristischen Entwickelung.

In den Kreißen von „Besitz und Bildung" wird zum öfteren bedauernd darauf hingewiesen, daß bei dem kleinen Mittelstand zu wenig Verständnis zu finden sei „für den Idealismus, der in dem Streben für ein größeres Ganzes liegt". Und man trifft damit in der Tat den Nagel auf den Kopf. Dieses Verständnis ist nur wahrhaft ausgeprägt in den Kreißen der großen Geschäftsmacher, wo sonst ja freilich von Idealismus wenig oder nichts zu spüren ist, und hat seine reale Grundlage in der Gelegenheit zum leichteren und größeren Gewinn, die diesen das größere Ganze gab. Wo wären doch z. B. in den 70er Jahren unsere Gründer und Schwindler geblieben ohne die famosen Actien- und anderen Gesetze, und wo das ganze kapitalistische Unternehmer- und Ausbeutertum ohne jene Wirtschaftsgesetzgebung, die eben das Bestehen des „größeren Ganzen" zur Vorbedingung hat? Darin liegt zugleich die Erklärung dafür, daß die Gründer und Freunde des neuen Reiches dieses, so wie es ist, erhalten wißen wollen, daß jene Leute geradezu krankhaft reizbar werden, wenn es jemand auch nur wagt, mit kritischer Sonde an ihren Reichsbau zu rühren, der eben so und nicht anders sein darf, soll er den ihm zugeschobenen Zweck erfüllen.

Da die solcher Gestalt erzielten Gewinne ziemlich gleichmäßig Süd- wie Norddeutschland zu gute kommen, so läßt es sich wol begreifen, daß das Loblied, welches dem neuen Reiche gesungen wurde, im Süden nicht minder kräftig erklang wie im Norden. Es beweist uns aber auch zugleich, wie hoch dieses Lob einzuschätzen ist.

Auf Machterfolge und materielle Errungenschaften lief also diese Einheit hinaus. Imperialismus und Kapitalismus waren die Gewinner. Doch so blendend auch der nach außen verbreitete Glanz zur Stunde noch sein mag, so möchten wir doch alle die-

jenigen, die sich dadurch teuschen laßen, an die Worte eines alten schweizerischen Dichters erinnern:

Tütsch Volk, bedenk auch du das end,
Das wird die höchste wysheit gnennt.
stuck buchsen harnasch und gewer
gehiren wol zu kunigs er,
Doch baß noch im die freyheit frumt
so von dem Himmel selber kumt.
al weltlich macht und rich zergat,
freyheit allein on end bestat.
der römer rich was ganz zergangen
Do bfreyheit werd in turm gefangen.
freyheit ist mannes höchster orden,
we dem der will freyheit morden.
o bouwt der freyheit nur ein hus!

„Ich meine, man wird zu spät erkennen, daß es sich in Deutschland nicht bloß um eine Bewältigung äußerer Hindernisse handelt, wozu das Schwert genügen könnte," so warnte bereits bei Errichtung des neuen Reiches Constantin Frantz*, „sondern es ist noch etwas anderes, was hier vorliegt. Geistige Elemente sind es, deren Gegensatz sich durch gewonnene Schlachten nicht verwischen läßt, und die auch keine Gewalt in innere Harmonie zu bringen vermag. Denn zuletzt ist doch der eigentümliche Character des preußischen States etwas Geistiges, gerade wie die deutsche Nationalität. Das Eine wie das Andere ist durch Sadowa noch nicht verändert, es ist im Wesentlichen geblieben wie es war. Und so ist auch die Aufgabe, den preußischen Stat in das rechte Verhältnis zur deutschen Nationalitätsentwickelung zu stellen, noch immer ungelöst geblieben. Oder richtiger gesagt, die hier versuchte Lösung, wonach man einfach von dem Unterschied abstrahierte, um dann beides in eine gemeinsame Form zu bringen, war keine Lösung und wird sich hinterher als unhaltbar erweisen. Wirkungslos ist das Unternehmen zwar keineswegs geblieben, insoweit es aber wirkt, wird dadurch die deutsche Nationalentwickelung verfälscht und andererseits die Existenz des preußischen States untergraben."

* Das neue Deutschland, S. 7.

Daß es soweit kommen konnte, und daß zugleich das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit gleichgültig zur Seite stehen oder gar diese Zustände noch bejubeln konnte, läßt sich nur begreifen, wenn man immer wieder aufs Neue sich daran erinnert, daß die Bismarck'sche Statskunst ebenso sehr mit den Mitteln des Betrugs und der Teuschung wie mit jenen der Gewalt zu arbeiten verstand.

Oeffentliche Meinung und neudeutscher Patriotismus, Welfenfonds und Reptilienpresse! Diese wenigen Worte zeigen uns den Zusammenhang der Dinge, die Lösung des Rätsels, und geben uns zugleich die Erklärung dafür, daß ein Mann, der Deutschland so unendlich geschadet, als dessen Erretter gefeiert, daß die Zerreißung Deutschlands als dessen Wiederherstellung und Einigung gepriesen werden konnte.

Wenn es auch zweifelhaft ist, ob Bismarck in die Tiefen deutschen Schrifttums eingedrungen, ein und die andere weise Lehre hat er sicherlich daraus geholt. Das beweist uns gerade der Reptilienfonds, welcher ohne Zweifel seine Einwirkung dem Rate verdankt, den Goethe seinen Mephistopheles erteilen läßt:

Ich dächt', Ihr ließet Euch belehren,
Associiert Euch mit einem Poeten,
Laßt den Herrn in Gedanken schweifen,
Und alle edlen Qualitäten
Auf Euren Ehren-Scheitel häufen.

Nach diesem Recept wurde in Deutschland öffentliche Meinung gemacht, wurde Jahrzehende hindurch von allen Zeitungsschreibern, in den Folianten der Historiker, von den Kanzeln, vom Katheder herab als unwandelbares Evangelium verkündet, daß es hinfort des deutschen Volkes Beruf sei, in Bismarck und Preußen aufzugehen.

Es muß aber doch daran erinnert werden, daß Bismarck selbst dieser Ruhm, der Erfinder dieser Reptilien-Tätigkeit zu sein, streitig gemacht werden muß. Er hat darin lediglich Friedrich II. nachgeahmt, der in seinem unter der Leitung Voltaires stehenden Preßbureau, welches in Potsdam, Ferney und Paris sein Hauptquartier hatte und den Ruhm des Königs an den Höfen und unter den Großen des Festlandes verbreitete, das Original und Vorbild geschaffen hatte. Seitdem ist die Sold-

schreiberei in Preußen im Schwung geblieben, und wurde eine jede zu verrichtende Tat auf ihren weltdramatischen Knalleffect hin geprüft. Und darauf ist es dann auch zurück zu führen daß — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — unsere preußischen Volksgenoßen sich einbilden, Preußen sei in jeder Beziehung den andern deutschen Staten immer weit voraus gewesen, und es müßten diese also die Unterwerfung durch Preußen noch als ein großes Glück schätzen. Leider hat es ja an Leuten, die dieses anmaßende Gebahren sich nicht nur gefallen ließen, sondern es sogar ganz in Ordnung fanden, im nichtpreußischen Deutschland nie gefehlt, denn, sagt Schopenhauer sehr richtig: „Die meisten Menschen tun alles andere lieber als denken und überlegen. Autorität wirkt allein, urteilen will keiner im Bewußtsein eigener Unfähigkeit, sondern wartet auf den Klügeren; statt dessen kommt der Unverschämte und urteilt ihm vor, dann geht die Herde." — Das alles kann aber Bismarck keineswegs entlasten, da er mit gutem Vorbedacht die neue Aera des Volksbetruges eingeleitet und in einer Weise durchgeführt hat, die allerdings bis dahin unerhört war.

Nie zuvor hat politische Unmündigkeit tiefer am Mark des deutschen Volkes gefreßen als in der Zeit, der das Gepräge aufgedrückt worden ist durch die Soldschreiberei, Solddenkerei und Soldschreierei des neudeutschen Statsmannes. Die „Logik der Tatsachen", vordem so wenig geachtet im Lande der Denker, durfte sich nun breit machen auf allen Straßen und Gaßen.

Bismarck war entschieden jenem mittelalterlichen Diplomaten, den wir in Reinecke Vos kennen lernen, noch über. Dachte dieser:

Die Klugheit hilft doch mehr als Gold,

so nahm Bismarck das Gold der von ihm vertriebenen Fürsten und kaufte damit die Klugheit der Bucher, Busch, Rößler, Aegidi, Radowitz und Genoßen.

Ueber die Tätigkeit des preußischen Central-Preßbureaus bis zum Jahre 1860 geben uns die Schriften des Pfarrers Jürgens „Deutschland im französisch-sardinischen Kriege" und „Die deutsche Politik Preußens und das Berliner Central-Preßbureau. Hildesheim 1855" Aufschluß. Die Zeit bis 1875 schildert uns der ehemalige Leipziger Geschichtsprofessor Heinrich

Wuttke in seinem Buch „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“ (3. Auflage 1875). Seit Jürgens' und Wuttkes Enthüllungen über die Verderblichkeit und Käuflichkeit der deutschen Presse ist es um vieles anders, doch mit nichten besser geworden. Standen ehemals nur einzelne, wenn auch oft sehr einflußreiche Blätter im Dienste der Regierung und der herrschenden Parteien und gab es in den einzelnen Ländern und da wiederum in den Städten und selbst in den kleineren Orten unabhängige Zeitungen, die es sich zur Ehre anrechneten, die heimischen Angelegenheiten, wenn auch mitunter mit particularistischem Anstrich zu vertreten, und die darum das von auswärts Kommende auf seinen wahren Wert hin zu prüfen verstanden, — so hat sich in den letzten Jahrzehenden eine Wandlung vollzogen, die uns heute tiefbeschämt stehen läßt vor dem Gott, der den Deutschen nach Arndt „den Mut der freien Rede“ gab.

Wirklich unabhängige Blätter, d. h. solche mit durchaus selbständigem Urteil gibt es heute außerhalb der rechtsparteilichen und süddeutsch-demokratischen Kreiße kaum noch.* Aber nicht nur das; die Sache steht jetzt so, daß wir außerhalb Berlins in Dingen, die die große Allgemeinheit angehen, aus dem Zeitungswald heraus nur vernehmen, was die reichshauptstädtische Weihe erhalten hat, daß die heiligsten Interessen des einen Teils von der Presse dieses selben Teiles beschimpft und verraten werden.

(Fortsetzung folgt.)

---

* Selbst die katholischen und socialistischen Blätter sind hier nicht auszunehmen, die ersteren gefallen sich gar oft in der Rolle der „Reichsfreunde“, und die letzteren nehmen eben von anderer Seite her Weisung an. — Die freisinnigen Blätter aber, die sonst so sehr mit ihrem „Mannesstolz“ zu prahlen pflegen, unterscheiden sich puncto Reichspatriotismus kaum von ihren nationalliberalen und conservativen Gegnern.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 49. [Neue Folge.] **Juli 1900.** **9. Jahrgang.**

nn Der Kreuzzug in China.

Wer hätte wol geglaubt, daß an der Wende des 19. zum 20. Jahrhunderte die christlichen Völker der alten und neuen Welt noch einmal genötigt sein würden, momentan ihre inneren Zwistigkeiten zu vergeßen und sich „zur Verteidigung ihrer heiligsten Güter" die Hand zu reichen. Als das bekannte Bild mit der Aufforderung hierzu als Unterschrift erschien, wurde es von den Meisten belächelt und der Urheber wol im Stillen als „sonderbarer Schwärmer" taxiert, der antiquierten Nationen noch Bedeutung für die Gegenwart beimeße. Und doch hätte ein Besinnen auf die eigenen Erfahrungen der letzten Jahrzehende, auf die Rolle, welche „Kulturkampf" und „Centrum" in der Geschichte unserer letzten Zeit gespielt haben, ausreichen sollen, die Unzulänglichkeit der „materialistischen Geschichtsphilosophie" zu demonstrieren, die zwar formell als eine Verirrung der Marx'schen Socialdemokratie perhorresciert, tatsächlich aber von der Mehrzahl der Gebildeten als ausschließlicher Regulator mindestens der auswärtigen Politik angesehen wird.

Es ist nun freilich war: die Interessen spielen eine gewaltige Rolle unter den Bestimmungsgründen des menschlichen Handelns, und weil dieses Motiv so offen zu Tage liegt, ist man gerne geneigt, es zum alleinigen Erklärungsgrunde zu machen. Tatsächlich aber sind die tiefer liegenden Beweggründe, welche in Ideen wurzeln, doch die stärkeren, denn sie allein können den Menschen bestimmen, sein Leben für sie zu opfern, was vom Interessenstandpunkte gar keinen Sinn hätte. Die Sache wird lediglich dadurch verdunkelt, daß nur in den seltensten Fällen die Antriebe der einen oder anderen Gattung allein wirksam werden. In der Regel werden die Menschen von Motiven beider Art zugleich bewegt,

und dann pflegen die Erklärer sich gewöhnlich mit den einen als angeblich entscheidender Triebfeder zu begnügen, während dieselbe in Wahrheit doch gar nicht ausreicht, den specifischen Charakter des Vorganges zu erklären.

So haben z. B. diejenigen vollkommen Recht, welche den socialen Charakter des großen Kampfes hervorheben, der in der Weltgeschichte als die Aera der Christenverfolgungen bekannt ist. Und doch wäre die besondere Gestalt desselben, die ihn beispielsweise von dem Sclavenkriege so wesentlich unterscheidet, vollkommen unverständlich, wenn man die mitwirkende tiefere Triebfeder der Religion und deren Character nicht gleichzeitig in Betracht ziehen wollte. Ebenso ist denjenigen sicher beizupflichten, welche auf die politischen Interessengegensätze hinweisen, die bei den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts mit im Spiele waren. Aber was für ein falsches Bild würde man erhalten, wenn man die Hugenottenkriege in Frankreich, den dreißigjährigen in Deutschland, die Revolution in Holland und England bloß als politische Kämpfe behandeln und sein Auge den gewaltigen geistigen Impulsen verschließen wollte, welche die Ideen von Luther, Calvin und Knox zum Mittelpunkte der Ereignisse gemacht haben.

Diese Lehren muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, wenn man den Vorgängen in China nicht als einem Rätsel gegenüber stehen will, zu dessen Erklärung die oberflächlichen, ausschließlich von öconomischen Gesichtspunkten ausgehenden oder mit nationalen Phrasen arbeitenden Räsonnements bei weitem nicht ausreichen.

Geradezu komisch wirkt es, wenn in diesem Augenblicke noch Vertreter der Staten, die sich seit Jahrzehenden von chinesischem Raube gemästet haben, das deutsche Reich wegen seiner bescheidenen Erwerbung an der Küste von Shantung als den Erwecker des explodierenden chinesischen Nationalgefühls anklagen. Es gemahnt dieß einigermaßen an die Fabel vom Löwen und Wolf, die sich von ihren Raub- und Mordtaten als durch das Naturbedürfnis gerechtfertigten Taten absolvieren, den hungernden Esel aber, der bekennt, an dem aus den Schuhen seines Herrn heraus ragenden Stroh genagt zu haben, als Gefährder von Leib und

Leben des Todes schuldig finden! Daß England sich seit zwei Menschenaltern vor den Toren von Canton in Hongkong und Kailung als Souverän eingerichtet hat, der erpachteten Reservationen in Shanghai und anderwärts ganz zu schweigen; daß Rußland vor reichlich vierzig Jahren die Amurprovinz, ein Gebiet, dreimal so groß wie das deutsche Reich, an sich gerißen hat; daß wenige Jahre später Engländer und Franzosen, nachdem sie vorher Canton bombardiert hatten, als Sieger in Peking einzogen und den kaiserlichen Sommerpalast zerstörten; daß die Franzosen und Japaner die Tributärstaten Anam, Tonkin und Korea abrißen, letztere sich überdem Formosas und der den Meerbusen von Petschili beherrschenden Halbinsel Liaotong bemächtigten, das alles soll auf das chinesische Nationalgefühl gar keinen Eindruck gemacht haben. Aber daß das deutsche Reich zum Danke für die in Gemeinschaft mit Rußland durchgeführte Restitution von Liaotong, die ersteres sich mit der Bahnconcession und der beherrschenden Stellung in der Mandschurei bezahlen ließ, sich auf Grund einjähriger Studien nicht Kiautschou (was uns gar nicht gehört) sondern das Dorf Tsingtau und die anstoßende Bucht einräumen ließ, das soll das chinesische Blut bis in die innersten Hochtäler des Reiches hinauf in Wallung gesetzt haben!

Denn wunderbar genug, nicht von den Stellen, wo man die Conflicte, die sich bei der Berührung mit den Fremden ergaben, unmittelbar empfand, sondern tief aus dem Innern, aus Gegenden, wo man nie einen Deutschen gesehen, noch viel weniger unter seiner angeblichen Brutalität zu leiden gehabt hat, ist die Bewegung gekommen. Sie hat begonnen mit der Niedermetzelung von Tausenden eingeborener Christen. Aber alles das ist nicht im Stande, den eingefleischtesten Marxianern unter unseren Bulgär-Liberalen die Augen zu öffnen. Für sie ist und bleibt es eine keines Beweises bedürftige Tatsache, daß lediglich die Ausplünderung des armen chinesischen Volkes durch die mitleidslosen europäischen Kapitalisten die Massen zur Erhebung getrieben habe!

Es verschlägt nichts, daß die chinesischen Arbeiter den beßeren Verdienstgelegenheiten bei den Europäern und Amerikanern nach-

laufen, um nach einigen Jahren mit Ersparnissen, zu denen sie in der Heimat nie kommen würden, zurückzukehren, daß sie in Scharen, die in die Hunderttausende gehen, nicht nur die hinterindischen und australischen Kolonien der europäischen Mächte, sondern auch die Vereinigten Staten überschwemmen, die sich vor ihnen kaum zu retten wißen. Die par Tausend meist wolhabender Europäer und Amerikaner in den chinesischen Hafenstädten sind die „Eindringlinge", die dem armen chinesischen Volke das Brot wegnehmen und es dadurch zur Verzweiflung treiben!

„Aber wenn der Druck der Europäer und Amerikaner auf die chinesischen Arbeiter sich als ein Hirngespinnst erweist, so sind es sicher die chinesischen Geschäftsleute, die durch die erbarmungslose fremde Concurrenz zur Verzweiflung gebracht werden!" Wer so denkt, der unterschätzt die Chinesen gewaltig. Hier haben wir es nicht mit armen unwißenden Wilden, sondern mit geriebenen Kaufleuten zu tuen (gewissermaßen den Juden des fernen Ostens), die durch ihren auch den kleinsten Vorteil nicht verschmähenden Speculationsgeist, ihren unermüdlichen Fleiß und ihre Genügsamkeit auf die Dauer jede Concurrenz aus dem Felde schlagen.

Nachdem der durch die Absperrung genährte Dünkel überwunden war, haben es diese klugen Köpfe nicht verschmäht, bei den Fremden in die Lehre zu gehen, und wißen das Gelernte meist trefflich zu verwerten. Anfänglich den Fremden sich associierend, wißen sie deren Geschäftsanrteile nach und nach an sich zu bringen und haben so ganze Geschäftszweige, welche zuerst von den Fremden begründet wurden, z. B. die Küstendampfschiffsfahrt, wieder mehr und mehr in heimische Hände gebracht. Weit entfernt also in den Fremden Brotdiebe zu sehen, betrachten sie dieselben als nützliche Lehrmeister, von denen man, wenn man sie nicht mehr braucht, sich nach und nach in aller Stille emancipiert.

So sind denn auch bei den neuesten Wirren die chinesischen Kaufleute in den Städten mit Fremdenniederlaßungen keineswegs die Schürer des Angriffs, sondern vielmehr die Helfer und Beschützer ihrer ausländischen Geschäftsfreunde gewesen. Der Brand, entzündete sich da, wohin weniger Fremde kamen, wol aber bereits fremde Ideen gedrungen waren, und gegen diese und ihre Träger

die fremden Missionare und ihre einheimischen Helfer und Glaubensgenoßen, entlud sich zuerst der heidnische Fanatismus.

Was ist nun Angesichts dieser Sachlage zu tun? Sollen die Europäer und Amerikaner selbst zur Unterdrückung der Missionare die Hand bieten und sich zur Wahrung der chinesischen Glaubenseinheit auf engbegrenzte Concessionen einschränken laßen, wie die Portugiesen in Macao und die Holländer ehedem in Decima? Daß diese entwürdigende Stellung für die heutigen Großmächte unannehmbar ist, bedarf kaum der Bemerkung.

Oder sollen sie das Christentum desavouieren und für sich lediglich gesicherten Handel und Wandel fordern, die Missionare ihrem Schicksale preisgeben? Aber die Erfahrungen der Gegenwart beweisen ja, daß diese Unterscheidung unmöglich ist, weil der heidnische Fanatismus, wenn er sich erst am Blute der Missionare und ihrer Zöglinge berauscht hat, auch die sonstigen Glaubensgenoßen derselben, die er sämtlich als fremde „Teufel" taxiert, nicht schont.

Beiläufig gesagt mögen aus den Erfahrungen der Gegenwart diejenigen eine Lehre ziehen, welche so sehr gegen „die Verbreitung des Christentumes mit Feuer und Schwert" in früheren Jahrhunderten eifern. Die religiösen Gegensätze sind einmal solche, bei denen eine friedliche Verständigung durch wechselseitige Concessionen nicht möglich ist, und Christus sprach nur die Wahrheit, wenn er sagte: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert." Die fränkischen Mordwaffen waren sicher nicht die erwünschtesten Verfechter des Christentums in Deutschland. Aber man vergeße doch nicht, daß ohne sie die heidnischen Mordwaffen die Oberhand behalten hätten!

Und so bleibt denn auch heute in China, nachdem die Dinge nun einmal auf die Schärfe des Schwertes gestellt sind, nichts anderes übrig, als diesen neusten, den Materialisten der Gegenwart so unerwartet gekommenen Kreuzzug bis ans Ende durchzufechten.

Zweimal ist das christliche Europa vor dem asiatischen Antichristentum zurück gewichen, im 13. Jahrhunderte, als es den Türken in Vorderasien das Feld räumte, und im 17., als es in China und Japan die heidnische Reaction über das schon im

Lande eingewurzelte Christentum siegen ließ. Aber damals waren die siegreichen Asiaten kraftbewußte, politisch aufstrebende Völker. Heute befinden sie sich, während Europas Machtmittel enorm gewachsen sind und an Amerika einen Doppelgänger gefunden haben, in tiefem Verfall. Und dazu kommt, daß das Hindernis der Entfernung, welches im 17. Jahrhundert für die Europäer fast unüberwindlich war, heute an Bedeutung ungemein verloren hat.

Wol birgt die fernere Zukunft Ostasiens eine Menge von Problemen, welche geeignet sind, die christlichen Völker aufs neue wider einander zu entflammen. Für den Augenblick bleibt ihnen aber doch nichts anderes übrig, als die sonstigen Händel zu vertagen und den ihnen gemeinsam aufgedrungenen Kampf gemeinsam durchzuführen.

Daß dabei den nächsten Anliegern naturgemäß die Hauptrolle zufällt, liegt in der Natur der Sache. Es sind dieß von europäischen Mächten Rußland, Frankreich und England. Vor 60 Jahren war England der einzige Repräsentant Europas an jenen Gestaden. Zwanzig Jahre später teilte es Arbeit und Erfolg mit Frankreich. Jetzt droht Rußland alle beide auszustechen, da seine natürliche Präponderanz mittelst des durch den sibirischen Eisenbahnbau so sehr verkürzten und keinen Störungen ausgesetzten Landweges kaum durch die stärksten Anstrengungen der Westmächte wettgemacht werden könnte. Zu solchen Anstrengungen hat aber das mit Rußland verbündete Frankreich keinen Anlaß, und England, das nahezu seine ganze in auswärtigen Kriegen verwendbare Wehrkraft in Südafrika festgerannt hat, ist einfach unfähig, den Wettkampf aufzunehmen.

Japan, das die englische Politik gern vorschieben möchte, erinnert sich, wie es von dieser, obwol sie damals ihre Hände frei hatte, nach dem Frieden von Schimonoseki im Stiche gelaßen wurde, und beeilt sich trotz großer Ankündigungen durchaus nicht mit großen Taten. An dem compacten Körper Chinas, den zu beherrschen es kaum hoffen darf, ist ihm an sich weniger gelegen als an dem peninsularen Korea. In den Halbinseln Liaotong und Shantung hätte es weniger mit den Chinesen als mit den Russen, Engländern und Deutschen zu tun, und dabei ist nicht viel zu holen. Endlich befindet sich Japan der nun einmal nicht zu um-

gehenden Frage der Missionen gegenüber in einer schwierigen Stellung.

Die japanischen Buddhisten sind Glaubensgenoßen der chinesischen. Nun ist der Buddhismus in Japan freilich ebenso fadenscheinig geworden und geneigt, ein europäisches Mäntelchen umzunehmen, wie die officielle japanische Politik. Trotzdem kann er doch nicht gut an der Spitze der Repression gegen die chinesischen Glaubensverwandten einhermarschieren. Kurz, man merkt es der japanischen Politik an, daß sie im Grunde nur widerwillig mittut, damit der Entscheid nicht ohne sie und eventuell zu ihrem Nachteile ausfalle.

Aehnlich ist die Stellung der Vereinigten Staten, welche als Besitzer der Philippinen zwar auch Nachbarn Chinas, aber mit ihren jungen Erwerbungen noch viel zu sehr beschäftigt sind, um sich tief in neue Abenteuer einzulaßen, zumal am Vorabende der Präsidentenwahl, wo man Resultate, nicht Engagements mit zweifelhafter Perspective braucht.

So kommt man denn immer wieder auf Rußland zurück, welches vor allen anderen Mächten den Vorzug besitzt, an Chinas Norden, in dem die Entscheidung fallen muß, unmittelbar anzugrenzen, und dessen Einfluß mithin nicht auf einer vorübergehenden Expedition, sondern auf einer permanenten und an Bedeutung stetig wachsenden Machtstellung beruht.

Um die Bedeutung derselben vollständig zu ermeßen, muß man bedenken, daß Rußland auf mehr als 1000 Meilen Chinas Grenznachbar ist, und daß sich an dieser Grenze Punkte befinden die viel verwundbarer als die Provinz Petschili, daneben aber keiner anderen Macht als Rußland zugänglich sind; wir meinen die seit einem Menschenalter einen Streitgegenstand zwischen Heidentum und Islam bildenden ostturkestanischen Gebiete.

Eine Reihe von Jahren hindurch haben sich dieselben unter dem kraftvollen Jakub Beg der chinesischen Hoheit entzogen. Als nach seinem Tode das von ihm gegründete Reich zerfiel, drangen die Chinesen aufs neue vor, vermochten aber nicht, die Russen zu vollständiger Herausgabe der von ihnen in „einstweilige Verwahrung“ genommenen Gebiete in Ostturkestan zu bestimmen. Jetzt haben sich die Russen dort trefflich eingerichtet (man lese

darüber Swen Hedins Reisewerk), ihre transkaspische Eisenbahn bis Andidschan und Margelan vorgeschoben, kurz sich den unter chinesischer Hoheit stehenden Turkmenen fühlbarer gemacht als die Regierung in Peking. Man unterschätze deshalb nicht die Gefahr, die der letzteren muhamedanischer Seits von Westen droht, wenn sie oder ihre illegitimen Usurpatoren das Panier des Glaubenskrieges erheben. Der noch in frischer Erinnerung stehende Dunganenkrieg ist sicher nicht der letzte gewesen.

Die Früchte einer solchen Verwickelung wird und kann aber niemand anders pflücken als Rußland, welches dadurch wieder auf weitere 500 Werst Englands indischer Grenznachbar würde.

Ja Rußland könnte, wenn es wollte, sich die ganze Mongolei aneignen, ohne daß irgend eine andere Macht etwas dagegen zu tun vermöchte. Einst haben die Mongolen China beherrscht; jetzt sind sie Knechte der Chinesen, wobei es ihnen, freilich nicht bloß durch die Schuld der letzteren, ziemlich schlecht geht. Wie sie und die Dunganen sich zu den jetzigen Vorgängen stellen, darüber fehlt jede zuverläßige Kunde. Betreffs der letzteren hieß es anfänglich, daß auch zwischen Chinesen und Muhamedanern Kämpfe stattfänden. Dann sollte wieder die Armee des Generals Yungli [großenteils aus Muhamedanern bestehen, was eben so wenig glaublich ist als die sich widersprechenden Nachrichten über die Haltung der Prinzen Tuan und Tsching.

Einstweilen stehen wir einem vollständigen Chaos gegenüber, aber einem solchen, daß die kleinlichen Eifersüchteleien der europäischen Mächte vollständig schweigen müßen, denn ohne festes Zusammenhalten werden sie sämtlich eine Beute der elementaren Gewalten, die in China tatsächlich die Macht an sich gerißen haben. Daruu müßen sie, so schwer es ihnen ankommen mag, zur Zeit sich vor dem Worte beugen: In hoc signo vinces!

Das Bürgerliche Gesetzbuch, F. C. von Savigny und der Statsminister Dr. Bosse.

Das dießjährige Januarheft der „Deutschen Revue" beginnt mit einem Aufsatz des Kultusministers Dr. Bosse über Savigny's Schrift „Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswißenschaft." Diese zuerst 1814 erschienene Schrift Savigny's wendet sich gegen die damals vielfach vorgebrachte und besonders von Thibaut vertretene Forderung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches, also nicht gegen den Erlaß von Einzelgesetzen, sondern gegegen die Codificierung des gesamten Rechts, wie solche in dem preußischen Landrechte und dem Code Napoléon vorlag. Der Statsminister Bosse, der ein Jahr lang Vorsitzender der Commission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches gewesen ist, kommt schließlich zu der Annahme, daß Savigny das Buch, so wie es vor uns liege, heute nicht geschrieben haben würde; schon die Existenz des Deutschen Reiches und die Tatsache, daß wir ein oberstes Reichsgericht haben, hätten die Voraussetzungen, von denen er ausgieng, von Grund aus geändert. Ueberdieß erscheine Savigny's Argumentation — bei allem ihrem Reichtum an geistvollen, zutreffenden Einzelbemerkungen und bei aller ihrer vornehmen Idealität und und Großartigkeit der juristischen Auffaßung — nicht recht überzeugend. Er findet aber doch die Savigny'sche Argumentation in dem Grade der Berücksichtigung wert, daß er dem Lesepublikum der „D. R." eine Ueberssicht derselben auch nach der durch die Publikation des Bürgerlichen Gesetzbuches tatsächlich gegen Savigny erfolgten Entscheidung bietet.

Der Annahme, daß Savigny das Buch mit Rücksicht auf die veränderte Gesamtlage heute nicht geschrieben haben würde, dürfte jedoch der Umstand entgegenstehen, daß Savigny im ersten Bande seines Systems des heutigen römischen Rechtes den wesentlichen Inhalt seiner früheren Schrift wiederholt, hierauf zur Begründung der Unerschütterlichkeit seiner Ansicht in der Vorrede zu dem 1848 erschienenen siebenten Bande des genannten Werkes ausdrücklich Bezug nimmt und auch in

der Vorrede zu dem 1849 erschienenen achten Bande deutlich erkennen läßt, daß er noch auf dem früheren Standpunkte stehe. Um diese Zeit waren dieselben Ideen verbreitet, die später bei der Reichsgründung benutzt sind. Einen Einfluß auf seine Beurteilung der vorliegenden Fragen hat Savigny diesen Bestrebungen, deren grundstürzende Richtung ihm durchaus nicht verborgen geblieben ist, nirgends eingeräumt. Er konnte dieß auch nicht, weil sein Urteil sich aus seiner Auffaßung über die Entstehung des Rechtes mit Notwendigkeit ergab. Danach entsteht alles Recht als Gewohnheitsrecht anfänglich durch Sitte und Volksglauben, später durch Tätigkeit der Juristen. Der historische Hergang ist ja auch zweifellos der, daß jedes Volk bei seinem Eintritt in die Geschichte bereits rechtliche Begriffe und Formen gehabt hat, in denen sich der Verkehr der Menschen untereinander vollzog, daß diese Begriffe ursprünglich einfache und die Formen symbolische waren, daß später die Begriffe entwickelter wurden und die Symbolik allmählig verschwand, daß endlich ein Juristenstand aufkam, dem wesentlich die Anwendung und Ausbildung des Rechtes anheim fiel: Savigny stellt diesen Hergang der Entwickelung von Sprache, Sitte und Verfaßung an die Seite, und die gegenseitigen Beziehungen dieser Aeußerungen des Volkslebens laßen sich auch nicht verkennen.

Fragt man sich nun weiter, was diese stete Bewegung in Recht, Sprache, Sitte und Verfaßung eines Volkes bewirkt, so hat jedes Volk, wenn es in die Geschichte eintritt, schon eine Individualität, die im Ganzen, wie in den Einzelnen als eine ihm mitgegebene Naturanlage erscheint, die für ihn die Basis seiner geistigen Entwickelung ist. Diese Mitgabe ist gewis nicht gleichgültig, aber der nach Gottes Ebenbild erschaffene Mensch ist frei, es kommt daher darauf an, was ermit seiner Mitgabe macht. Die Voraussetzung dafür ist, daß der Mensch in Beziehung zu etwas tritt, das außerhalb seiner Individualität liegt. Für die Frage nach dem Recht kommen nur die Beziehungen des Menschen zum Menschen in Betracht; der völlig einsame Mensch steht der Natur als absoluter Herr gegenüber, für den es nur Macht- und keine Rechtsfragen gibt. Das ändert sich, sobald irgend welche Beziehungen zu andern Menschen hinzukommen, d. h. so wie die

Menſchen ſeit dem Sündenfall ſind, denn urſprünglich ſollte nicht das Recht, ſondern die Liebe die Beziehungen der Menſchen zu einander beherrſchen. Nicht der Stat oder das Recht, ſondern die Familie und die Liebe ſind das Erſte, das auch das Letzte werden ſoll. Recht und Liebe ſind keine Gegenſätze, vielmehr iſt erſteres als zeitweiliger Erſatz für die ſchwindende Macht der Liebe und als Schutz gegen deren völlige Verkehrung in die Selbſtſucht zu denken. Auf den Zuſammenhang von Liebe und Recht iſt ſchon von Ihering hingewieſen. Wenn nun für das Recht nur die Beziehungen des Menſchen zum Menſchen in Betracht kommen, ſo ergibt ſich von ſelbſt, daß das Recht um ſo entwickelter werden muß, je mannigfacher und complicierter die Beziehungen der Menſchen zu einander werden. Die Vervielfältigung dieſer Beziehungen oder, wie man auch ſagen kann, die Erweiterung des Verkehrs, ſowol innerhalb der Volksgenoßenſchaft als über dieſelbe hinaus, iſt eine ſich von ſelbſt ergebende Folge deſſen, was wir Kulturfortſchritt nennen, der immer gründlicheren und immer mehr ins Einzelne gehenden Beherrſchung der Natur. Die Geſchichte zeigt auch an zahlreichen Beiſpielen, daß die Entwickelung des Rechtes tatſächlich in dieſer Weiſe geſchieht d. h. daß ſie der Entwickelung des Verkehrs folgt.

Am klarſten ſehen wir dieß am römiſchen Rechte, teils weil wir von deſſen Geſchichte beßer unterrichtet ſind als von irgend einer andern Rechtsgeſchichte, teils aber auch weil Rom von einer Stadtgemeinde mit nicht bedeutendem Landbeſitze zur Beherrſcherin des orbis terrarum ununterbrochen, wenn auch nicht ohne Kämpfe, herangewachſen iſt, und ſo die Entwickelung von dem beſchränkteſten Localverkehr zu dem umfaßendſten Weltverkehr aufzeigt. Es iſt daher ganz erklärlich, daß man in Deutſchland das römiſche Recht recipierte, als der Verkehr in einer Weiſe gewachſen war, mit der die Fortbildung des einheimiſchen Rechtes nicht Schritt hielt und nicht Schritt halten konnte, weil daſſelbe urſprünglich kein Stadtrecht, ſondern Bauernrecht war und in Folge der Eroberungen ſich zum Feudalismus entwickelte. Es iſt aber auch ferner erklärlich und gerechtfertigt, wenn man ſich auf Grund der Geſchichte des römiſchen Rechtes vor und nach

der Codification desselben durch Justinian gegen die Wiederholung solcher Unternehmung erklärt.

Formell hat man nun eine eigentliche Wiederholung auch nicht beabsichtigt. Justinian's Arbeit ist ein der umfangreichen juristischen Litteratur jener Zeit entnommenes Mosaik, die neueren Gesetzbücher reden ihre eigene Sprache, d. h. sie geben die theoretischen Ansichten ihrer Verfaßer über bestehendes und zu schaffendes Recht, während letzteres in der Compilation Justinians überhaupt keinen Platz hat und ersteres fast nur als Entscheidung practischer Fälle, nicht als Ergebnis eines Systems oder einer Theorie erscheint. Die Römer hatten keine Universität im modernen Sinne, deren Aufgabe sofort auf eine systematische Lehrmethode führte, und wenn auch in der späteren Zeit Lehrbücher des Rechtes erschienen, so befaßten sie sich doch, soweit wir das wißen, mehr mit einer äußeren Ordnung des Stoffes als mit der Begründung und Durchführung eines Systems, aus dem heraus Forderungen für die fernere Gestaltung des practischen Rechtes zu stellen seien. Die uns bekannten Anfänge des römischen Rechtes standen ohne Zweifel in sehr nahem Zusammenhange mit der Religion, Sitte und Verfaßung der Römer, die weitere Entwickelung glich aber nicht der Entfaltung der Blüte aus der Knospe. Es machte sich vielmehr durch den Verkehr mit der Außenwelt die Erkenntnis geltend, daß Existenz und Wirksamkeit des Rechtes an sich keineswegs an die eigentümlich römischen Formen gebunden seien; neben das **strictum jus civile** trat das **jus gentium**, die Rechtsgrundsätze, die im Wesentlichen allen Völkern gemeinsam waren, weil sie in der Natur der Sache lagen.

Heut zu Tage nun würden viele sehr geneigt sein, bei solcher Erkenntnis das von den Vätern Ueberkommene als historischen Plunder bei Seite zu werfen sich ein System aus einigen Gemeinplätzen zu bereiten, und von da aus durch Consequenzmacherei etwas ganz neues zu Stande zu bringen. Es hängt das mit der durch die französische Revolutionsphilosophie über ganz Europa verbreiteten Gedanken- und Sinnesrichtung zusammen; wie denn auch mit deren Paroxysmen der Durchbruch des gesetzgeberischen Triebes bisher zeitlich zusammengefallen ist. Die-

römische Pietät gieng einen anderen Weg. Sie suchte selbst beim Uebergang vom Volkskönigstum zur Republik und von der Republik zum Imperatorentum von dem Alten so viel nur möglich zu erhalten. Die römische Rechtspflege und Jurisprudenz wies aber die sich ihr bietende Aufgabe der weiteren Rechtsentwickelung so wenig zurück, daß vielmehr ihr eifrigstes Bestreben dahin gieng, in allen Rechtsverhältnissen die innere Wahrheit zu ermitteln und zur praktischen Geltung zu bringen. Dieser in das Wesen der rechtlichen Beziehungen unentwegt eindringende Wahrheitssinn ist es, der der römischen Jurisprudenz ihren unvergänglichen Wert gibt. Zugleich ist sie ein Muster pietätvoller Durchführung der erkannten Wahrheit.

Diesem Beispiele der Römer ist man übrigens nach der Reception des römischen Rechtes auch in Deutschland gefolgt. Dasselbe ist nicht plötzlich und nach Art der neueren Gesetzbücher unter vollständiger Beseitigung des bisher geltenden Rechtes eingeführt worden. In Italien, das damals den Verkehr Europas mit dem Orient vermittelte, und in dem das alte Recht nie ganz verloren gegangen war, fühlte man sich zuerst veranlaßt, dasselbe der notwendigen Entwickelung des Verkehrsrechtes zum Grunde zu legen. Dasselbe geschah dann in Deutschland in Folge des ausgedehnten Verkehrs mit Italien. So hat sich durch italienische Vermittelung auf römischer Grundlage ein Handels-, Wechsel- und See-Recht entwickelt, das den modernen Verkehrsverhältnissen um so beßer entsprach bezw. um so leichter angepaßt werden konnte, als zur Zeit seiner letzten Ausbildung Rom der herrschende Mittelpunkt der ganzen civilisierten Welt war. Im Uebrigen blieb auf den Gebieten des Sachen-, Familien- und Erbrechtes von den alten deutschen Satzungen und Rechtsgewohnheiten so vieles bestehen, daß man es es noch bis in die neueste Zeit der Mühe wert gefunden hat, Bücher darüber zu schreiben und Vorlesungen darüber zu halten. Sonderbarer Weise hat man in nationalem Eifer auch auf diesen Gebieten die Gleichmacherei betrieben, obwol man sich hätte sagen müßen, daß dieß doch nur auf der Grundlage des römischen Rechtes als der **ratio scripta** erfolgen konnte.

Es ist schon aus dem Gesagten erklärlich, daß unser Handelsgesetzbuch das beste größere gesetzgeberische Werk der Neuzeit ist.

Man darf darf dabei aber nicht aus den Augen laßen, daß nebenher das gemeine Recht bestand und stets weiter entwickelt wurde, daß die so gewonnenen Fortschritte schon seit längerer Zeit auf die Notwendigkeit einer neuen Bearbeitung des Handelsgesetzbuches hinwiesen, und daß der concentrierte kaufmännische Verkehr die gewohnheitsmäßige Rechtsentwickelung sehr begünstigt. Wenn auf das Handelsgesetzbuch hingewiesen wird, um den Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung nachzuweisen, so ist das also nur in sehr eingeschränktem Sinne richtig. Die andern Gesetze, auf die Bezug genommen wird, die Processgesetze, das Strafgesetzbuch, die Gewerbeordnung, die Arbeiterversicherungsgesetze könnten mit mehr Berechtigung als Beweise des Gegenteils angeführt werden.

Uebrigens handelt es sich gar nicht um die Frage, ob einzelne brauchbare Gesetze zu Stande gebracht werden können. Das Bedürfnis, den einen oder den andern Punkt durch ein Gesetz neu zu regeln, hat immer bestanden und wird immer bestehen, so lange die Verkehrsverhältnisse der Menschen in der Entwickelung begriffen sind. Etwas anderes ist die Forderung, das Privatrecht in seinem ganzen Umfange systematisch festzulegen, und es ist ganz richtig, daß dieß nach Savigny's Auffaßung zu keiner Zeit berechtigt ist. Es fragt sich also, ob Savigny's Auffaßung richtig ist, und das ergibt sich am einfachsten, wenn man untersucht, was dagegen geltend gemacht ist. Der Versuch einer directen Widerlegung der Savigny'schen Auffaßung von der Entstehung und Fortbildung des Rechtes ist überhaupt nicht gemacht. Die Erörterungen in der „Deutschen Revue" darüber, ob es richtiger gewesen wäre das Gesetzbuch von einem Einzelnen unter Beihülfe anderer, oder von einer durch Stimmenmehrheit beschließenden Commission ausarbeiten zu laßen, kommen offenbar erst in Betracht, wenn die Frage: ob überhaupt ein Gesetzbuch zu machen war, bejahend entschieden ist.

Der einzige Einwand, der bezüglich der Hauptsache erhoben wird, ist folgender. Einer der verhängnisvollsten Fehler (andere Fehler werden überhaupt nicht gerügt) in der ganzen Gedankenreihe Savigny's über die Frage des Gesetzbuches wird in dem Umstande erblickt, daß er auch an das Buch selbst einen idealen Maßstab anlegt, dem in dieser Welt der Endlichkeit die tatsächliche

Leistung niemals völlig würde entsprechen können. Es kann nun ganz dahin gestellt bleiben, ob Savigny's Maßstab zu ideal ist oder nicht. Aus seiner Argumentation folgt notwendig, daß er jede Codification, als Festlegung des zu einer bestimmten Zeit Erreichten für eine unabsehbare Zukunft, verwirft, weil dadurch die naturgemäße Fortbildung des Rechtes gehemmt wird, während er die Bedingungen der Fortbildung in dem Zusammenwirken des gemeinen Rechtes und der Landesrechte und Gesetzgebungen in ausreichender Weise gegeben findet.

Man kann ja auch von der systematischen Festlegung des Rechtes unmöglich einen Vorteil für die weitere Entwickelung desselben erwarten. Von dem allgemeinen Teil ist dieß sofort klar. Er war bisher recht eigentlich die Domaine der gewohnheitsrechtlichen Weiterbildung durch das Zusammenwirken von Theorie und Praxis. Unverständlich ist es auch, weshalb man sich gerade den jetzigen Zeitpunkt für eine erschöpfende Festlegung aussuchte, während alle Welt sich darüber einig ist, daß die sociale Frage, die dabei doch so wesentlich in Betracht kommt, wol aufgeworfen ist und jedes Jahr dringender aufgeworfen wird, aber keineswegs gelöst ist. Wir befinden uns noch im Kampfe einander widerstrebender Interessen, Ansichten und Kräfte. In dem fraglichen Aufsatze heißt es: Mit der Wende des Jahrhunderts ringt sich eine neue Zeit ans Licht, und das kann nicht geschehen ohne Schmerzen und Wehen. Gelindert werden letztere wol nicht, wenn das juristische Prokrustesbett fertig gestellt ist, bevor man weiß, was wirklich ans Licht kommen wird, um sich darin zu strecken. Ob das Neue, womit die Zeit kreißt, nicht auch die speciellen Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches unsanft berühren wird, weiß niemand vorher. Die Tendenz dazu ist sicher vorhanden, und wie sehr man ihr absichtslos entgegenkommen kann, zeigt das auch in andern Beziehungen recht merkwürdige sogen. Klebegesetz. Und doch, so heißt es in dem Aufsatze weiter, hebt uns über alle Schmerzen und Sorgen die eine Tatsache hinweg, daß wir wieder ein Volk und ein Reich sind; die stärkste Klammer aber für die wiedergewonnene Einheit unseres Volkstums und seiner Organisation im Reiche bildet das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ein Recht für

das gesamte Deutsche Reich! Diese Redewendungen sind nicht neu. Das „Groß ist die Diana der Epheser" ertönt in Deutschland unabläßig seit mehr als einem Menschenalter. Wie man sich die Wirkung des Gesetzbuches als stärkste Klammer zu denken hat, ist nicht gesagt, mag auch schwer zu sagen sein. Das den Verkehr beherrschende Obligationenrecht hat sich längst nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa auf der Grundlage des römischen Rechtes sehr gleichmäßig entwickelt, und das Gesetzbuch legt eben nur den augenblicklichen Standpunkt dieser Entwickelung fest. Allerdings unter Beseitigung einiger vor hundert Jahren durch das preußische Landrecht eingeführter vermeintlicher Verbeßerungen des gemeinen Rechtes, andere dergleichen sind beibehalten, ob durchweg zur Freude der bisher gemeinrechtlichen Territorien ist wol noch zweifelhaft. Noch weniger ist ersichtlich, welches Glück die Uniformierung des Familien- und Erbrechtes bringen soll. Dasselbe berührt die Verkehrsverhältnisse am wenigsten und scheint am meisten die Aufgabe zu haben, sich den hergebrachten localen Sitten und Gewohnheiten anzuschließen. Welches Interesse der Badenser daran hat, daß diese Dinge bei ihm ebenso geordnet sind wie bei den Ostpreußen, ist bisher nicht nachgewiesen. Wol aber ist es tatsächlich erwiesen, daß die Verschiedenheit des Familien- und Erbrechtes überhaupt keinen Einfluß auf die politische Entwickelung der Bevölkerung hat. Eins der schlagendsten Beispiele ist Schleswig-Holstein. Hätte die vermeintlich stärkste Klammer die ihr beigelegte politische Bedeutung, dann hätte dort vor einem halben Jahrhundert keine Einigkeit aufkommen können, und es wäre schwerlich unter sehr verwickelten Verhältnissen Ordnung und Gesetzlichkeit viel beßer gewahrt worden als gleichzeitig im Gebiete des preußischen Landrechtes oder des österreichischen Gesetzbuches.

In Wirklichkeit liegt auch, wie bereits gesagt, diesem gesetzgeberischen Drange die Revolutionsphilosophie mit ihrem Phantom des allgemeinen Vernunftrechtes zum Grunde, das jeder vermeintlich Vernünftige in seinem Kopfe trägt. Der revolutionäre Instinct sagt diesen Philosophen, daß für die practische Durchführung ihrer Ideale (Hirngespinnste kann man wol diese Producte des voraussetzungslosen Denkens nennen) kaum etwas

fördernder ist als die Verdrängung des historischen Rechtes durch ein Vernunftsrecht. Daß Savigny sich gegen solches Unternehmen erklärte, ist selbstverständlich, und seine wißenschaftlichen Erörterungen der Frage haben auch den Erfolg gehabt, daß man von dem Vernunftsrecht nicht gerne mehr spricht. Aber unter der Firma der Rechtssicherheit und der Beseitigung der Localrechte durch ein Nationalrecht sucht man mehr oder weniger bewußt dasselbe zu erreichen. Für unverbeßerlich kann ja kein positives Recht gehalten werden, und es ist auch richtig, daß der Mensch bei der Kritik des Bestehenden und der Erwägung, wie dasselbe zu beßern sei, seine Vernunft zu brauchen hat. Aber dieß hat nicht in der Weise zu geschehen, daß er sich einige sogen. große Principien ausdenkt und aus diesen Consequenzen zieht, sondern indem er sich klar macht, inwiefern das Bestehende erstens dem göttlichen Gebote der Liebe und Wahrheit und zweitens dem Bedürfnisse des menschlichen Verkehrs in den gegebenen verschiedenen Centren (Familien, Gemeinden, Stat, Reich usw.) und deren gegenseitigen Beziehungen entspricht oder nicht entspricht. Beides, das göttliche Gebot und das Bedürfnis des Verkehrs, wird sich bei richtiger Erkenntnis decken.

Vorläufig ist allerdings die Sache durch das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches zu einem Abschluße gebracht, daß wir aber noch nicht beim letzten Ziele angelangt sind, gibt auch der Aufsatz in der „Deutschen Revue" zu und trägt gerade deswegen das Wesentliche der Savigny'schen Auffaßungen vor. Bei der Abfaßung des preußischen Landrechtes hatte man die Absicht, ein Gesetzbuch zu geben, das für alle denkbaren Fälle die Entscheidung enthalte, so daß es auf die Urteilsfähigkeit des Richters nur insofern ankommt, als sie erforderlich ist, um den richtigen Paragraphen des Gesetzes zu finden. Die Folge davon war, daß als Resultat des Rechtsstudiums viel mehr Bekanntschaft mit den Gesetzesparagraphen als wißenschaftliche Erkenntnis verlangt wurde. Dem entsprach und entspricht auch die Trennung der Vorbereitung in eine kurze wißenschaftliche und eine längere practische. Das Bürgerliche Gesetzbuch steht nun allerdings nicht auf dem, man kann wol sagen, naiv-kindlichen, Standpunkte des preußischen Landrechtes, ist aber in anderer Beziehung für das

juristische Studium noch gefährlicher als das Landrecht. Letzteres hatte neben sich andere Rechtsgebiete, die des gemeinen und des französischen Rechtes, welch letzteres wiederum die subsidiäre Geltung des römischen Rechtes anerkennt. Da die angehenden Juristen die Anstellungsfähigkeit auch für diese Rechtsgebiete erlangen mußten, so war einige Kenntnis des römischen Rechtes erforderlich, die immerhin dem Strebenden den Weg zu wißenschaftlicher Behandlung des Rechtes weisen konnte. Dieß fällt für die Zukunft weg, das Bürgerliche Gesetzbuch hat keinen Gleichberechtigten neben sich. Behalten wir die gegenwärtige Examensordnung, so geht es mit der wißenschaftlichen Bildung der Juristen notwendig rückwärts. Soll dem soweit tuenlich vorgebeugt werden, so muß eine gründliche Kenntnis des römischen Rechtes verlangt werden als des einzig ausreichenden Lehrmittels wirklicher Rechtswißenschaft d. h. der Einsicht in das Werden und den inneren Zusammenhang des Rechtes.

Diese Einsicht ist ohnehin in viel weiterem Umfange verloren gegangen, als man gewöhnlich annimmt. Die durchschnittliche Auffaßung des Rechtes ist die eines Reglements, wonach der bürgerliche Verkehr sich einzurichten hat, und in der Tat hat es ja auch dem Einzelnen gegenüber diese Eigenschaft. Machte das aber sein wirkliches Wesen aus, so würde der als Hort der Freiheit gerühmte Rechtsstat die ärgste Zwangsanstalt sein, und diese Zwangsanstalt würde ihre vermeintliche Aufgabe, der Herstellung einer unverbrüchlichen Ordnung, immer weniger erfüllen, weil diejenigen, welche ein Interesse daran haben, sich dieser Ordnung zu entziehen, dieß um so leichter können, je künstlicher sie ist. Andererseits ist es auch für den Rechtlichen kaum möglich, sich vor Gesetzesübertretungen zu hüten. Bei dem enormen Umfang der Gesetzgebung des letzten Menschenalters ist es geradezu unmöglich, den Inhalt derselben wirklich zu kennen, und dieser Inhalt ist, weil man alles regulieren will, so künstlich, daß auch das Gewißen diesem Zustande gegenüber so hülflos ist wie etwa einem Exercier-Reglement gegenüber. Es läßt sich bei ernster Betrachtung nicht verkennen, daß wir auf äußerst gefährlichem Wege sind und daß es hohe Zeit ist, die Hirn-

gespinnste der Neuzeit als solche zu erkennen und sich der Erforschung des wirklichen Zusammenhanges der Dinge zuzuwenden.

-n.

Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat.

(Fortsetzung.)

Man nehme heute eine beliebige nationale Zeitung Mittel- und Süddeutschlands in die Hand und man wird immer finden, daß dieselbe ihrem ganzen Inhalt nach ebenso gut in einer preußischen Provinzialstadt erscheinen könnte. An ein fast belustigend wirkendes Vorkommnis sei hierbei erinnert. Wir finden in sächsischen und süddeutschen Blättern wiederholt den 66er Krieg als einen gerechten, von uns zur Abwehr österreichischer Anmaßung unternommenen Kampf bezeichnet, die preußischen Siege werden dann schlechtweg unsere Siege genannt!

Es ist heutzutage ganz gleichgültig, ob man ein conservatives oder liberales oder sonstwie bezeichnetes Blatt in die Hand nimmt, man findet in ihnen allen die Weisheit des Berliner Pressbureaus wieder: dieselben Lobeserhebungen über Taten der (preußischen oder Reichs-) Regierung, dieselben Schmähungen jener, die das Misfallen der Berliner leitenden Kreiße erweckt, denselben Hurrahpatriotismus und überall dieselbe geistige Flachheit.

So ist das nationale, ja das gesamte politische Denken im neuen Deutschland zum bloßen Handwerk herabgesunken, dessen Geschäftsbetrieb allerdings in der Form seiner centralisierten Großindustrie stattfindet. „Deutschland ersäuft nachgerade in den ebbelosen Wogen des Holzpapiers", wie sich Lagarde sehr bezeichnend ausdrückt. — Die Journalisten sinken dem entsprechend zu reinen Lohnarbeitern herab. Der Eine, im Wesentlichen mit der Scheere arbeitend, berichtet die einfache Tatsache, oder richtiger, er schreibt sie ab, wie sie ihm berichtet wird. Ob die

Sache falsch oder richtig ist, vermag er nicht zu ermeßen, ist im Uebrigen auch ganz gleichgültig, denn es kommt nur darauf an, die Spalten zu füllen, da die Masse der Leserschaft ja ebenso urteilslos ist wie er selber. Hierher gehören die Fabrikanten der kleinen Blätter, die ohne bestimmte Parteirichtung sich von der großen Zeitungsflut tragen laßen. Die andere große Gruppe ist die der im wahren Sinne des Wortes gesinnungslosen Partei-Politiker, der die Verpflichtung auferlegt ist, an jede berichtete Tatsache die Parteischablone zu legen und die Sache so zu drehen und zu kneten, daß sich für die Partei des Schreibers, beziehungsweise für die auftraggebende Regierung Kapital daraus schlagen läßt. Diese Sorte von Journalisten ist die gefährlichste, sie ist aber auch die verächtlichste. Ihre Angehörigen sind jene geistig Prostituierten, deren klassischer Vorläufer der Jude Saphir war. In Deutschland aber steht das Emporkommen dieser Gesellschaft im engsten Zusammenhang mit der Aera Bismarcks und mit der nationalliberalen Centralisations-Politik des neuen Reiches.

Ein Hauptkennzeichen der reptilen Polemik war die Art ihrer Berichterstattung. Wuttke sagt darüber*: „Wer von der Rednertribüne des Reichstages für die Freiheit so, wie es sich ziemte, sprach, oder wer gegen die fortschreitende Verpreußung deutscher Staten das Wort ergriff, ward von der Presse totgeschwiegen oder beschimpft, und wäre es der ehrwürdige Ewald gewesen, dieser Mann fast unsterblichen Namens. Die Bande ist so roh und gemein, daß sie keine Ehrfurcht vor wahrer Größe kennt. Las man die stenographische Aufzeichnung seiner Reden, so fand man woldurchdachte Aussprüche, bedeutende Gedanken, las man die Berichte in den Zeitungen (und nur diese werden allgemein gelesen), so klangen seine Worte lächerlich. Ergriff der Abgeordnete der ehemaligen freien Reichsstadt Frankfurt Sonnemann das Wort für die mundtot gemachten Elsäßer und sagte heraus, was Briefe aus diesem Lande bestätigen, so las man in den Zeitungen: ‚auf seine Aeußerungen zu antworten, wäre unter der Würde eines deutschen Reichskanzlers; ein solcher Grad politischer Ehrlosigkeit hat nicht Anspruch darauf, als berechtigte

* A. a. O. S. 336.

individuelle Ansicht zu gelten.' Als Mallinckrodt die Hand auf das Buch des italienischen Ministers La Marmora legte, erklärte die „Spenersche Zeitung": ‚Die nationalen Parteien sind ‚von dem ganzen Gebahren der Centrumspartei mit tiefem Ekel erfüllt, können ihr Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß Fürst Bismarck die ultramontanen Kläffer einer Antwort würdigt, daß er den Herren Windthorst, Mallinckrodt, Schorlemer, indem er sich herabließ, von ihren Künsten ein Aufhebens zu machen, erst ein Relief verliehen hat und daß er ihre oratorischen Uebungen nicht vollständig ignoriert', und schloß mit dem Hinweis auf Friedrichs des Großen Wort: ‚Und mit dem Gesindel sollen wir uns herumschlagen'. Auf die gleiche Weise ließen sich die „Norddeutsche Allgemeine" und die „Nationalzeitung" aus, und diese ihre Aufsätze flogen fast durch die ganze deutsche Presse.

„So wird der Beruf und die Bedeutung der Volksvertretung von der herrschenden Partei verstanden. Wann hätten jemals die Vorbereiter der Knechtschaft sich offen zu ihrem Werke bekannt? Entweder sprachen sie von der für die allgemeine Wolfahrt notwendigen Ordnung, oder, wenn sie geschickter verfuhren, stellten sie sich gar an, als ob sie der Freiheit Bahn brächen.

„Weidlich drosch die Knüppelgarde der Pressknechte auf alle los, welche noch dachten wie früher, welche noch wagten, ihre Meinung zu bekennen. Das Herunterreißen, Schmähen und Verlästern aller hervortretenden Gegner kam an die Tagesordnung und machte deutlich wahrnehmbar, daß die Männer von selbstständigem Urteil eingeschüchtert, zum Verstummen gebracht werden sollten. Um Gegenbeweise bemühte sich die herrschende Presse selten, misfällige Vorbringungen wurden einfach auf eingefleischten ‚Haß gegen Preußen' geschoben, höhere Auffaßungen als engherzig und hämisch oder als fanatisch, kindlich, partikularistisch bezeichnet und es endlich für eine wahre Schande erklärt, daß dergleichen aller großen Principien bare Menschen sich überhaupt noch äußern dürften!"

Es scheint als ob Geibel an dieses Gelichter gedacht hätte, als er in seinem „Tiberius" dichtete:

„Nichts unterschied vom reißenden Getier
Dieß Kotgeschlecht, als im ehrlosen Munde

Der Falschheit Honig und im Herzensgrunde
Die größere Feigheit und die wilde Gier."

Wenn mit Recht der Meuchelmörder als der verworfenste der Verbrecher gilt, so verdient der Schriftsteller, welcher sich für Geld verdingt, um die öffentliche Meinung zu fälschen und die Menschheit um ihren gesunden Verstand und ihre ehrliche Gesinnung zu bringen, daß man ihn jenem an die Seite stellt.

„Wo den Stimmführern ein besonders widerwärtiger Gegner aufstieß", heißt es wiederum bei Wuttke*, „hieben die Preßhusaren nicht bloß auf ihn ein, sondern brandmarkten ihn als einen, der Geld vom Feinde genommen habe. Von der schwarz auf weiß hinausgeworfenen Beschuldigung, bestochen zu sein, blieb sogar Constantin Frantz nicht verschont. Die sauberen Gesellen urteilten nemlich nach sich selber. Da sie Geld nehmen, wo sie es finden, setzten sie Gleiches von andern voraus, um so mehr, da sie sonst nicht zu begreifen vermochten, wie gescheute Männer für eine Sache einstehen, die ihnen klärlich keinen Gewinn, wol aber recht empfindlichen Schaden einbringt. Namentlich flog die Verleumdung umher, der entgegengesetzt Schreibende sei von den Welfen bestochen, und eine Zeitung, die den Erfolgsanbetern unangenehme Betrachtungen zu schmecken gab, hieß ‚Welfenblatt'. Das alte Herrscherrecht des hannoverschen Königs und hessischen Kurfürsten sollte nicht mehr vorgehalten, gar nicht mehr erwähnt werden, gleich als läge über ihm schon der Moder von Geschlechtern. Es ist richtig, daß eine Zeit lang der Tätigkeit des Berliner Pressbureaus ein ‚Welfenfond' entgegen wirkte, beßer deutsch gesprochen: daß der König von Hannover einigen Schriftstellern seines Anhangs Geld zahlte, vielleicht auch einige Zeitungen unterstützt, damit sie sich seiner annähmen, allein in erheblichem Umfange ist dieß keinesfalls geschehen, konnte auch bald, aus dem jedermann einleuchtenden Grunde nicht geschehen, weil König Georg nicht mehr so viel Geld besaß, um viel für Pressszwecke auszugeben, entließ er doch im September 1870 verdiente Hofbeamte, die ihm in die Verbannung gefolgt waren, aus ‚Ersparungsrücksichten'. Wahrscheinlich ist, daß König Georg seit

* A. a. O. S. 338.

mehreren Jahren für Beeinflußung der Presse gar nichts ausgibt. Gleichwol spukte die Rede vom hannoverschen Gelde im neuen Reiche fort, und zwar gerade seitens solcher, die aus dem Welfenfond, nemlich dem weggenommenen Vermögen Königs Georg, gespeist wurden."

Wir wollen nunmehr, ehe wir in diesen Betrachtungen weiter gehen, einen Blick werfen auf die Geschichte und innere Mechanik jener merkwürdigen und geradezu einzigartigen Maschinerie. Dieselbe wurde unter dem Ministerium Manteuffel von Dr. Ryno Quehl und nach dem Plane des Pariser Dr. Oelsner-Monmerqué ins Leben gerufen. „Das Pressbureau", berichtet Wuttke, „zerfiel in zwei Abteilungen, die eine für das Ministerium des Innern, welcher oblag, den Untertanen das Urteil an die Hand zu geben, die andere für das Auswärtige, um der Politik Preußens Vorschub zu leisten. In das Ministerium des Innern wurde 1854 vom Minister Westfalen Geheimer Regierungsrat Dr. Ludwig Hahn als Vortragender für Pressangelegenheiten berufen. Hahn richtete das Pressbureau dieses Ministeriums ein, welches dessen jedesmalige Haltung zu empfehlen hatte."

Ueber die Aufgabe und Wirksamkeit des Pressbureaus in den ersten Jahren seines Bestandes erhalten wir aus Jürgens' vorzüglicher Schrift* Aufklärung.

„Es galt", so schreibt Jürgens, „diejenigen Darstellungen der Tagesvorgänge, diejenigen Urteile über die handelnden Persönlichkeiten, diejenigen Grundsätze, Ansichten und Meinungen, von welchen die Regierung wünschte, daß sie möglichst rasch und weit verbreitet und von möglichst vielen in sich aufgenommen wurden, in der Form von Zeitungsartikeln in möglichst viele Blätter aller Art hinein zu bringen, auch in nichtpreußische, in gänzlich unabhängige von der Regierung, in solche von den verschiedensten Farben und Richtungen; oder aber möglichst viele Blätter aller Art und aller Orten zur Verbreitung der preußischen, der gouvernemental-preußischen Anschauungen zu vermögen und zu benutzen.

---

* Die deutsche Politik Preußens und das Centralpressbureau, ohne Verfaßers-Namen 1855 zu Hildesheim erschienen.

„Ein vielfacher Vorteil stand in Aussicht, wenn das Stratagem gegen die feindliche, die abneigende oder abgewendete Presse geschickt und umfänglich zur Anwendung gebracht werden könnte.

„Zehn- und hundertfach wurde dann gesagt, was die Regierungsblätter nur zwei- oder dreifach zu sagen vermochten. Es wurde gesagt zu Hunderttausenden statt zu Tausenden. Für Preußen und für die Regierung konnte viel [illegible]ener, viel dreister und ohne Scheu vor dem Selbstlobe plaidiert, viel herzhafter und rücksichtsloser konnte polemisiert, viel weniger genau brauchte es mit Manchem genommen zu werden, man konnte die fremden Blätter, zu welchen man Zugang gewann oder die man unter den Einfluß des Pressbureaus brachte, zu Veröffentlichungen benutzen, welche in den eigenen Organen wegen des Vorwurfs der Indiscretion oder Feindseligkeit gegen befreundete Regierungen nicht gewagt werden durften, denn wenigstens anscheinend tat es die Regierung, sprach die Regierung nicht, ihre Verantwortlichkeit fiel auf die Blätter, welche die Regierungsartikel aufnahmen, ohne dieselben als solche zu bezeichnen; die Regierung konnte nicht in Anspruch genommen werden, das Publikum wußte nicht, daß sie dahinter stand, die anonymen ungeahnten Regierungs-Zeitungsartikel wurden ohne Mistrauen gelesen, je unabhängiger und entfernter von der Regierung, je oppositioneller das Publikum die Blätter hielt, in welchen jene Artikel erschienen. Was die Regierung schreiben zu laßen für gut fand, wurde wenigstens gelesen, von Unzähligen gelesen, die niemals ein Regierungsblatt in die Hand genommen hätten. Man schaffte preußisch und gouvernemental-preußisch gefärbten Berichten und Darstellungen Gehör auch im übrigen Deutschland, auch in abgewendeten Kreißen, auch im feindlichen, mitten im feindlichen Lager. Sprachen in den nichtfreundlichen und unfreundlichen Blättern auch noch immerfort gegenpreußische, antigouvernementale Stimmen, so wurden sie doch gekreuzt und abgeschwächt oder die antipreußisch, die antigouvernemental gesinnten Leser mußten stutzig, verwirrt und unsicher in ihren Anschauungen und Meinungen, irre werden an ihren bisher für wahr gehaltenen Maximen und Ideen. So viel Raum man bekommen konnte in fremden Blättern, wurde darin andern entzogen. So viel eigene Sprecher man

hinein zu bringen vermochte, so viel andere wurden hinausgeschoben. Man konnte hoffen, daß die eigenen an Ansehen und Autorität gewinnen würden, denn wenn ihnen auch der Vorteil abgieng, zu Ueberzeugten zu sprechen, wenn sie sich auch in dem Nachteil befanden, wider vorhandene Richtungen und Dispositionen, wider befestigte Ueberzeugungen und vorgefaßte Meinungen einzureden, selbst wenn sie manches vorbrachten, was den Lesern irrig oder unrichtig, unglaublich oder unwahr deuchte, so stand ihnen dafür ein mehrfacher Vorteil zur Seite. Sie hatten einmal die größere Geübtheit in den Künsten der Dialektik, Rhetorik und Sophistik voraus. Sodann konnte man ihnen stets Mitteilungen, neueste Nachrichten, Auskünfte u. dergl. suppeditieren, welche den andern Mitwirkenden unzugängig waren und wodurch ihre Artikel zuletzt doch als von gut, wenigstens oft gut Unterrichteten, die Lage richtig Bezeichnenden, das Kommende sicher Ansagenden herrührend erschienen. Endlich wurde das von ihnen Gesagte dem Anscheine nach von sehr vielen, die in gar keiner Verbindung miteinander standen, an den verschiedensten Orten und von den verschiedensten Geistern, nicht selten mit officiöser Miene, gern mit einem vornehmen Anstrich gesagt, ob auch in Wahrheit nur ein Dutzend oder halbes Dutzend litterarischer Dutzend- und Dunkelmänner sprach.

„Mit einem Worte, in dem Maße, in welchem der Gedanke umfänglich und durchgreifend verwirklicht wurde, mußte sich ergeben, daß die antipreußisch, die antigouvernemental verbleibenden Stimmen verhallten, daß die preußischen und gouvernementalen in der gesamen Tagespresse die Oberhand erhielten, die öffentliche Discussion beherrschten, das ganze unwißentlich und deshalb unwiderwillig ihnen folgende Publikum führten — daß die preußische, die deutsche Tagespresse zum besten Teile den Händen, der Influenz, der Lenkung preußischer Rhetoren, besoldeter Fürsprecher des preußischen Gouvernements anheim fiel, preußische Regierungspresse wurde.

„Man kennt das große, das gedankenlose große Publikum. Man weiß, wie die Tagesblätter gelesen zu werden pflegen und wie sie wirken. Man konnte darauf rechnen, wenn stets dasselbe wenigstens scheinbar von so vielen, in so vielen und verschieden-

artigen Organen, von so vielen und entferntesten Orten und von so vielen, auch dem anders gesinnten und abneigenden Publikum unverdächtigen Seiten, von geachteten und für Autoritäten ihm geltenden Stellen hergesagt wurde: man konnte darauf rechnen, daß dann das Publikum glauben, in den gewünschten Gedankengang sich hineinlesen und hineingewöhnen laßen, die preußische die gouvernemental-preußische Ansicht für die weithin verbreitete und vorherrschende, also zu verehrende, für die öffentliche Meinung nehmen, daß man somit zu einem guten Stücke durch Zeitungsartikel öffentliche Meinung machen, Preußen für die Regierung und Deutschland für Preußen erobern werde."

Wenn es die Gewinnung und Beeinflußung der Presse galt, so hat sich die preußische Regierung immer bereit gezeigt, Opfer zu bringen, wußte sie doch, daß es ihr tausendfältig Zinsen bringen mußte. „Aus den geheimen Fonds wurden", wie uns Wuttke weiter berichtet, schon vor längerer Zeit jährlich 36 bis 50 000 Taler an die neue Anstalt gesetzt. Als 1855 die preußische Regierung eine Bewilligung von 80 000 Talern für höhere Polizei begehrte, erklärte ihr Commissar am 19. Merz vor dem Abgeordnetenhause: ‚Man könne nicht fordern, daß Preußen der Presse des Auslandes schutzlos gegenüberstehen solle, mehr als ein Drittel der abgeforderten Summe werde hierfür verwendet'. Nachdem vor dem Kriege von 1866 das Abgeordnetenhaus die etatsmäßige Stelle eines Directors des Litterarischen Bureaus im preußischen Statsministerium des Innern gestrichen hatte, wurden als Leiter für die innern Pressachen Geheimer Oberregierungsrat Hahn u. a. eine Zeit lang diätarisch verwendet. Für das Auswärtige sorgten Metzel, Geh. Regierungsrat Zittelmann, Dr. Moritz Busch aus Leipzig, der gegen Ende des Jahres 1867 als Director des ‚Litterarischen Bureaus' angestellte Dr. Kuttge. Später wurde an die Spitze dieser Abteilung aus Hamburg der Professor Dr. Ludwig Aegidi mit dem Titel eines Geh. Legationsrates gerufen." *

Die nach 1866 von den Ständen für das Pressbureau bewilligte Summe betrug 210 000 Mark, während die später

* A. a. O.

aus den Vermögen der vertriebenen Fürsten für Beeinflußung der Presse aufgewendeten Summen viele Millionen ausmachten.

„Der preußische Landtag genehmigte", heißt es gleichfalls bei Wuttke*, „gleich als ob er eine Rechtsbehörde wäre, am 29. und 30. Januar diese beiden Beschlagnahmen fremden Eigentums und wies den Ertrag dieser beiden fürstlichen Vermögen, soweit er nich kraft besonderer Verpflichtungen beschwert war, den Statsleitern zu freier Hand an, damit sie ihn verwendeten, um den ‚Umtrieben' der Feinde Preußens zu begegnen. In den damaligen Verhandlungen hatte Graf Bismarck die Worte ausgesprochen: ‚er verfolge bösartige Reptilien bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben'. In Folge dieser Aeußerung benannte der Berliner Witz das ihm anvertraute Geld den Reptilienfond.

„Seitdem standen höchst bedeutende Summen für Presszwecke zu Gebote. Noch im Jahre 1869 erklärte ein Schreiben der Regierung an den Vorsitzer des Abgeordnetenhauses, die Zinsen der beiden fürstlichen Vermögen langten nicht zu Verwendungen für die Länder. Allenthalben, wo preußische Belange in Frage kommen könnten, wurde in einem weit größerem Maßstabe als bisher mit diesem Gelde eingegriffen, und die Zahl der im Solde befindlichen Tagesschriftsteller ward viel stärker. Da die Gegenkraft, welche wider das Pressbureau eingesetzt wurde, lediglich in den Gegenbestrebungen Einzelner bestand, die außer ihrem Verstande nichts zur Verfügung besaßen, war die Wirkung eine außerordentliche. Bloß innerhalb der Kreiße der katholischen Kirche gab es einen nicht bestimmbaren Mittelpunkt und Geldmittel, wurde auch manches ganz anders angesehen als in Berlin. Auf diese fallen jetzt Keulenschläge."

Auch in diesem Punkte zeigte sich Bismarck als der alte, der nicht von seiner Lügenhaftigkeit und Heuchelei laßen konnte. Er leugnete in der Oeffentlichkeit wieder und wieder die Verwendung des Welfenfonds für Presszwecke, trotzdem daß die Spatzen es längst von allen Dächern pfiffen. So äußerte er u. a. zu dem bekannten altkatholischen v. Schulte: „Die Fonds,

* A. a. O. S. 298.

welche der Regierung zur Verfügung standen, nemlich der Welfenfonds und der hessische, werden zum grösten Teil zu militärischen Zwecken, dann zu Kanalbauten und dergleichen in jenen Ländern gebraucht."

(Fortsetzung folgt.)

Zur Lösung der Frauenfrage.

(Um Nachdruck wird gebeten.)

Die Frauenfrage ist einerseits Damen-, andererseits Mägdefrage, soll heißen: heutzutage sind der Damen zu viele, der Mägde zu wenig.

Der Damen sind zu viele, wenigstens in den Städten. Auch die Töchter der kleinen Handwerker und der kleinen und kleinsten Beamten mögen heute nicht mehr Dienstmädchen sein; wenn es die Mittel irgend erlauben, so suchen sie es zur Lehrerin zu bringen, sonst zur Verkäuferin, Putzmacherin, Schneiderin; ist auch das nicht möglich, weil die Eltern das Lehrgeld nicht bezahlen können, so werden sie noch viel lieber Fabrikarbeiterin als Dienstmädchen. Die Folge davon ist die Mägdenot, die mancherorts zu einer schreckhaften Höhe gestiegen ist. Während früher Kaffee trinkende Frauen in dem Aufzählen der Mängel und Untugenden ihrer Mägde einen schier unerschöpflichen Unterhaltungsstoff fanden, jammern sie sich jetzt einander die Ohren voll über die große Schwierigkeit, überhaupt Mägde zu bekommen, selbst gegen hohen und höchsten Lohn.

Der Grund ist gar nicht schwer zu finden; er liegt in dem gesteigerten Selbstbewußtsein und Ehrgefühl der sogen. niederen Klassen, und dieses hat wieder seinen Grund in dem außerordentlichen Bildungsfortschritt, den wir namentlich in der letzten Hälfte des zu Ende gehenden Jahrhundertes zu verzeichnen haben.

Da haben wir's, werden manche (hoffentlich nicht viele!) Leser rufen, die abscheulichen Schulen sind schuld, in denen jetzt

die Kinder des gemeinen Volkes mit allen möglichen Kenntnissen, die doch nur für uns, die vornehmen Leute, sind, vollgepfropft werden! Was braucht die Kuhmagd Geographie, Naturgeschichte, Uhland, Schiller und Goethe? Wozu lernt sie Briefe schreiben, sogar — horribile dictu! — ohne namhafte Fehler und in einem ganz annehmbaren Stil! Erlauben Sie, verehrte Leserin, daß ich durchaus anderer Ansicht bin. Ihre Worte erinnern mich an die Auslaßungen eines ostelbischen Geistlichen, die ich vor Jahren einmal in der „Kreuzzeitung„ fand: „Mir ist es ganz einerlei", schrieb der besagte Herr, „ob mein Schuhmacher in der Rechnung, die er mir schickt, Stiefel oder Stiebeln oder Stibbeln schreibt, wenn er mir nur gutes Fußzeug liefert." Was liegt in diesen Worten? Nichts als gemeiner Egoismus, wenn auch vielleicht unbewußter. Für sich selbst möchte der werte Herr die geistige Bildung gewis um keinen Preis entbehren; ob aber auch der Schuhmacher sein bescheidenes Teil davon gewinne, das ist ihm einerlei. Ja wol, ihm ist es einerlei, aber doch dem Schuhmacher nicht; denn bei der einförmigen Arbeit ums tägliche Brot muß dieser ja unfehlbar in Stumpfsinn versinken, wenn ihm jeder höhere Geistesinhalt abgeht. Er hat Bibel und Gesangbuch, werden Sie sagen, darin mag er lesen. Ganz richtig, aber lesen Sie nichts anderes? Das Leben in Gott soll zwar der alles beherrschende Mittelpunkt sein, aber so lange wir auf dieser Erde weilen, sind wir auch auf die irdischen Dinge angewiesen, müßen uns belehren über das wechselnde Tuen und Treiben der Menschen und über die wunderreiche Natur, die uns umgibt und umschlingt. Und wenn wir das in rechter Weise tuen, so verstehen wir auch Bibel und Gesangbuch noch viel beßer.

Sollte sich nicht in der gegenwärtigen Mägdenot eine alte Schuld rächen? Ich meinerseits zweifele gar nicht daran. Machen wir uns doch einmal klar, was so ein Dienstmädchen bedeutet. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend geht es seiner Arbeit nach. Es reinigt unsere Zimmer, bereitet unser Eßen, wäscht unsere Kleider und unser Leinenzeug, wartet unsere Kinder und pflegt unseren Garten. Das ganze Wolsein der Familie hängt wesentlich von ihm ab. Was erhält es dafür? Täglich etwa eine halbe Mark, in den meisten Häusern weniger. Dazu das

Eßen. Aber wenn wir uns im hübschen reinlichen Zimmer am sauber gedeckten Tische niedersetzen „zum lecker bereiteten Mahle“, muß diejenige, die dieses Mahl bereitet hat, in der dunstigen Küche bleiben und dort von einer Tisch- oder Herdecke ihren oft knapp bemeßenen Anteil zu sich nehmen.

Was aber die dienenden Mädchen noch viel stärker drückt als die geringe Belohnung, das ist die Paria-Stellung, die man ihnen anweist. Sie gehören nicht mit zur Familie, darum dürfen sie auch die Räume, die die Familie bewohnt, nicht betreten, außer zur Arbeit. Eher wird noch der Haushund und die Hauskatze im Familienzimmer geduldet als das Dienstmädchen. Selbst am Feierabend und am Sonntage muß das arme Mädchen in der Küche bleiben. Darum hat es auch keinen Anteil an den Familienfreuden, auch nicht, was sehr zu beachten ist, an der intellectuellen, ästhetischen und moralischen Förderung, die ein echtes Familienleben jedem seiner Glieder vermittelt.

Das Allerempörendste aber ist, daß wir, um die Paria-stellung noch deutlicher zu bezeichnen, eine ganze Anzahl häßlicher Schimpf- und Spottnamen geprägt haben, mit denen wir den armen Mädchen, die ihre Kräfte in unseren Dienst stellen, danken. Oder hört und liest man nicht überall Ausdrücke wie Dienstspritze, Besenschwinger, Küchendragoner, Küchenfee, Donna und viele andere? Dazu stimmt es dann gut, wenn die Hausfrau Tag für Tag keift und keift und wieder keift, und für jeglichen Verdruß, den ihr Mann, Kinder, Freundinnen und Nachbarinnen bereiten, sich bei dem dienenden Mädchen schadlos hält.

Da ist es doch nicht zu verwundern, daß je länger je mehr die Töchter der geringen Leute keine Lust haben, in Stellungen einzutreten, wo die geforderten Leistungen so übel vergolten werden. Lieber gehen sie in die Fabriken, arbeiten ihre bestimmte Stundenzahl ab, genießen dann aber ihre Freiheit und — nehmen Schaden an ihrer Seele.

Nichts in der Welt ist ohne Ursache; wir sehen, daß auch die Mägdenot dieser allgemeinen Regel folgt. Kennen wir aber die Ursache des Uebels, so werden wir auch über das Mittel zu seiner Entfernung nicht lange im Zweifel sein.

Seit fünfzig Jahren etwa hat sich zwischen Hausfrau und

Dienstmädchen vielerorts ein weibliches Wesen eingeschoben, das den Namen Stütze der Hausfrau, oder kurzweg Stütze führt. Es soll, wie sein Namen sagt, die Hausfrau in ihren Arbeiten unterstützen; das soll ja die Magd auch. In der Tat ist zwischen den Dienstleistungen der Stütze und denen der Magd vielfach kaum ein Unterschied zu beobachten. Auch wird die Arbeit beider fast gleich bezahlt. Desto größer ist der Unterschied in der Stellung. Die Stütze speist am gemeinsamen Familientische, wohnt im Familienzimmer, nimmt Teil an den Freuden und Unterhaltungen der Familie, wird höflich und freundlich von allen behandelt.

Was die Stütze empfängt, gebührt auch der Magd. Oder leistet sie der Familie weniger als die Stütze? Wenn sie aber dasselbe leistet oder wol gar noch mehr, warum soll sie dann geringeren Lohn empfangen? Weil sie viel weniger gebildet ist als die Stütze? Oft ist sie das nicht einmal. Wenn sie es aber auch ist, so wird sie es nicht bleiben, sobald man sie aus ihrer Pariastellung erlöst. Wenn sie ein Glied der Familie ist — freilich, wie die Kinder, dem Haushern und der Hausfrau untergeordnet — so wird sie, oft mit rührendem Eifer, in Sprache, Haltung und Benehmen sich den erwachsenen Gliedern der Familie anzugleichen suchen. Eine wolgesinnte Hausfrau wird ihr dabei helfen, indem sie ihr zeigt, wie man sich bei Tisch oder Fremden gegenüber benimmt, welche Sprachfehler zu vermeiden sind usw.

Für eine neue Stellung bedarf es eines neuen Namens. Nicht als ob an dem Worte Magd an sich irgend etwas auszusetzen wäre; aber es verbindet sich leider mit ihm der Gedanke an die eben geschilderte unwürdige Behandlung. Ich war selbst Zeuge, wie den Töchtern eines angesehenen Photographen von anderen Mädchen vorgeworfen wurde, daß ihre Mutter vor dreißig Jahren eine Magd gewesen sei. Diese Frau war also dafür, daß sie als junges Mädchen mit treuem Fleiße ihr Brot in einem fremden Haushalte verdient hatte, für immer geächtet. Hätte sie ganz dieselbe Arbeit als „Stütze" verrichtet, so würde das nicht der Fall sein. Ja, ein Name macht viel aus, und darum sagen wir in Zukunft nicht mehr Magd, sondern Ge-

hülfin, nemlich Gehülfin im Haushalt. Denn „Stütze“ ist abgeschmackt.

Schwindet die Magd, so schwindet auch der „Dienstboten-Mangel“, das ist meine feste Ueberzeugung. Tausende von Mädchen, die sich nicht entschließen können, Magd zu werden, die aber gern in der dem Weibe so gemäßen und ihm so wol anstehenden Hausarbeit die Hände regen wollen, werden herbei eilen, um Stellen als „Gehülfinnen“ anzunehmen. Es werden solche kommen, die jetzt zur Fabrikarbeit übergehen und dadurch Leib und Seele vergiften. Es werden aber auch zahlreiche Töchter aus gebildeten doch mittellosen Familien kommen, die sich bisher um Stellen als Gesellschafterinnen, Kindergärtnerinnen, „Repräsentantinnen“ und dergl. abquälen. Auch diese werden sich nicht vor den „rauhen Händen“ fürchten, wenn ihnen nur die „familiäre Stellung“ sicher ist. Die aber muß ihnen allen werden, den weiblichen wie den männlichen Dienern des Hauses, damit das Wort des Apostels Paulus erfüllet werde, an Philemon gerichtet: Halte ihn nicht mehr als einen Knecht, sondern als einen Bruder!

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, sagt das englische Sprüchwort. Wo aber ein Weg ist, da ist noch lange nicht immer der Wille vorhanden, ihn zu gehen. Hier ist ein Weg gezeigt zur Lösung eines sehr wesentlichen Teiles der Frauenfrage. Wo sind die klugen, willensstarken deutschen Frauen, die vorangehen und Bahn machen wollen? Sie werden sich ein großes, bleibendes Verdienst erwerben!

Lyncea.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 50. [Neue Folge.] **August 1900. 9. Jahrgang.**

Ursachen und Veranlaßung des Krieges in China.

Ueber Nacht ist unsere Weltpolitik im äußersten Osten in ihr erstes großes Abenteuer verwickelt worden, und zwar ist dasselbe so ernster und dunkler Art, daß niemand Umfang und Ende abzusehen und vor allem nicht zu sagen vermag, ob es nicht etwa nur das Vorspiel zu dem allgemeinen Weltbrande sei, dessen seit Jahrzehenden drohende Entzündung bisher nur durch die äußerste Vorsicht vermieden werden konnte.

Ja, nicht einmal von der Entstehung des blutigen Krieges, in welchem sich seit dem Juni dieses Jahres die in Peking vertretenen Großmächte, wenn auch ohne Kriegserklärung, so doch tatsächlich mit „China" befinden, vermag man sich zur Zeit ein völlig klares Bild zu machen. Als Urheber gilt bekanntlich der Aufstand der sogenannten „Boxer", die sich selbst I-ho-chuan nennen. Wie Herr v. Brandt, der sich als langjähriger Gesandter des Deutschen Reiches in Peking eine nicht gewöhnliche Kenntnis der chinesischen Vorhältnisse erworben hat, in einer seiner dießbezüglichen Veröffentlichen mitteilt, hat dieses chinesische Wort zwei Bedeutungen. Nach der Auffaßung v. Brandt's heißt der Name des Boxerbundes in deutscher Ueberſetzung „der Bund der vereinigten Patrioten". Da aber chuan auch Faust bedeutet, so ist die Bezeichnung als „Bund der gepanzerten Faust" in den europäischen Sprachen begreiflich. Aus der letzteren Bezeichnung haben die Engländer „Boxers" gemacht. Ob aber nicht auch die Boxer selbst bei ihrer Benennung die „gepanzerte Faust" und die Beziehung dieses Namens auf die bekannte Rede des deutschen Kaisers im Auge gehabt haben, ist trotz der eifrigen gegenteiligen Versicherung des Berliner „Militär-Wochenblattes" noch keineswegs ausgemacht.

Die Anfänge der Boxer-Bewegung, welche sich gegen die „fremden Teufel" und die als von denselben verführt angesehen einheimischen Christen richtet, reichen nach dem Bülow'schen Rundschreiben vom 11. Juli bis zur Mitte des heurigen Januarmondes zurück, wo sie sich nach derselben Quelle zuerst in der Provinz Petschili zeigten, in der auch die Hauptstadt Peking liegt und der nordchinesische Fremdenverkehr concentriert ist. Andere zuverlässige Angaben bezeichnen als Herd der Unzufriedenheit die Provinz Shantung, zu der bekanntlich die reichsdeutsche Pachtung Kiautschou gehört. Jedesfalls sind Petschili und Shantung Küstenprovinzen und kommen als solche mit den Fremden in unmittelbare Berührung. Es ist daher die Annahme unhaltbar, daß die fremdenfeindliche Bewegung im Innern des Landes entstanden und von Haus aus gegen die christlichen Missionare und die einheimischen Christen als die dort allein bekannten Träger der fremden Ideen gerichtet gewesen sei.

Sicherlich gehört die Ausbreitung des Christentums in China zu den Ursachen der dortige Wirren, wenn auch nicht in dem Sinne gewisser Zeitungen, welche die Verantwortung für dieselben einfach den in China arbeitenden christlichen Missionaren aufbürden möchten. Die Kirchen- und Christen-Feindschaft, in der diese Blätter es den chinesischen Boxern womöglich noch zuvortuen, läßt sie die in Betracht kommenden Verhältnisse von vornherein in schiefem Lichte sehen und benimmt ihnen oft genug sogar die Möglichkeit einer sachlichen Beurteilung. Die Missionare der verschiedenen christlichen Kirchengemeinschaften erfüllen in China wie in der übrigen Heidenwelt nur den Auftrag Christi, und es kann ihnen, von einzelnen Ungeschicklichkeiten abgesehen, auch nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie das in „plumper" oder „fanatischer", das „Gefühl eines alten Kulturvolkes" verletzender und herausforderuder Form getan hätten. Richtiger ist schon die Behauptung, daß es neben den Wahrheit suchenden besten auch gerade die schlechtesten Elemente der Bevölkerung sind, die sich den Missionaren anschließen und von diesen nicht immer sogleich erkannt und als solche behandelt werden. Am objectivsten hat diese Seite der Sache vielleicht ein im „Ostasiatischen

Lloyd" vom 15. Juni veröffentlichtes, anscheinend echtes Edict der Kaiserin-Regentin beleuchtet, in welchem es heißt: „Die Religion des Westens [das Christentum] hat seit vielen Jahren große Verbreitung in ganz China gefunden, und Jene, die sich für sie bemühten, haben dem Volke nie etwas anderes gepredigt, als gutes zu tun. Niemals haben die Bekehrten es versucht, unter dem Deckmantel ihrer neuen Religion Unruhen zu stiften. Deshalb unterhalten auch die Bekehrten und das Volk im Allgemeinen die friedlichsten Beziehungen zu einander. Erst in der jüngsten Zeit, da sich die Zahl der westlichen Kirchen im Lande stetig mehrt, und deshalb auch die Menge der zu der fremden Religion Uebertretenden in ungeahnter Weise zugenommen hat, hat sich eine Klasse von Menschen unter die Bekehrten eingeschlichen, deren schlechten Character es den Missionären unmöglich ist zu erkennen. Diese böswilligen Menschen sind unter dem Deckmantel des Christentums zum Schrecken ihrer Nachbarn, namentlich auf dem Lande, geworden. Es ist unmöglich, daß die Missionare dieses Treiben gebilligt haben."

Weit schärfer wird dieselbe Tatsache von zahlreichen europäischen Christen bezeugt, am Schärfsten vielleicht von dem letzten reichsdeutschen Gesandten in Peking, dem unglücklichen Baron von Ketteler, der, der „Pall Mall Gazette" zufolge, vor fünf Jahren gesagt haben soll: „Unbescholtene Eingeborene oder solche, die zu der beßeren Klasse gehören, kommen nur wenig mit den Missionaren in Verbindung." Auch die Missionare selbst bestätigen diese Tatsache, so z. B. der 13 Jahre lang in China beschäftigt gewesene Missionar Maus in einem zu Kassel am 23. Juli gehaltenen Vortrag, wo derselbe geradezu sagte: „Wenn der ermordete Herr v. Ketteler behauptete, kein anständiger Mensch trete mit den Missionaren in Verbindung, so habe er damit die Wahrheit gesagt". Nur will der evangelische Missionar Maus den Vorwurf ausschließlich an die Adresse der „römischen Priester Frankreichs" gerichtet wißen, während der katholische Herr von Ketteler ihn vielleicht in erster Linie auf die evangelischen Missionare gemünzt haben mochte. Man wird aber wol annehmen dürfen, daß die Tatsache bei allen christlichen Confessionen vorkam, weil sie bei allen die gleiche Ursachen hatte. Diese aber

bestanden, neben der unvollkommenen Kenntnis von Land und Leuten, in dem politischen Schutze, den die christlichen Mächte den Missionaren und den Gemeinden derselben namentlich dadurch gewährten, daß die Mitglieder derselben der einheimischen bürgerlichen Justiz entzogen und der Gerichtsbarkeit des betreffenden Consuls unterstellt waren. Nur so konnten Zustände entstehen, die Herr v. Ketteler in der schon erwähnten Unterredung mit dem Vertreter der „Pall Mall Gazette" wie folgt schilderte: „Der schlimmste hiermit verbundene Umstand ist in China, daß es im Allgemeinen gerade der unehrliche Schuldner und besonders der treulose Verwalter von ihm anvertrauten Geldern ist, in dem plötzlich die Ueberzeugung von der Schönheit und dem Wert der christlichen Religion erwacht. Auf diese Weise sind oft Landgüter und anderes Eigentum von beträchtlichem Werte der chinesischen Jurisdiction entzogen und unter die Consulargerichte gebracht, und es ist unvermeidlich, daß der Unwille des Volkes, der dadurch hervorgerufen wird, eine schwere Gefahr bildet." Der Uebelstand fällt also weit weniger den Missionaren als dem über dieselben geübten Protectorat der Fremdmächte und dem Mistrauen und der Abneigung der Chinesen gegen diese zur Last.

So bedeutend die Rolle zweifellos ist, welche der Christenhaß in der chinesischen Bewegung spielt, und so schauerlich die von ihm veranlaßten Verfolgungen der einheimischen Christen tatsächlich sind, so verweisen ihn doch die competenten Kenner der Verhältnisse mit wachsender Einmütigkeit erst in die zweite Stelle der Ursachen des ausgebrochenen Brandes. An erster Stelle steht nicht der Christen-, sondern der Fremden-Haß, wie ihn die „skandalöse Behandlung" Chinas durch die fremden Mächte hervorgerufen hat, über die der edle Gordon bereits vor Jahren mit besonderer Bezugnahme auf die damaligen chinesischen Landräubereien Englands, Rußlands und Frankreichs klagte. Diese Mächte betrachteten schon vor 40 Jahren das chinesische Reich als einen beliebig abzubröckelnden und allmählich zu verspeisenden Kuchen, und neuerdings hat ihnen bekanntlich das Deutsche Reich diese „Weltpolitik" nachzuahmen gesucht, ja durch die „Pachtung" des Hafens von Kiautschou, der das gleiche Verfahren der Engländer und Russen in Weihaiwei und

Port Arthur folgte, eine neue Phase der Aufteilung Chinas eröffnet. Unter den zahlreichen Zeugen, die den verhängnisvollen Eindruck dieser Vorgänge auf die Chinesen erhärten, nennen wir hier nur den vorhin schon erwähnten Missionar Maus, der in seinem Kasseler Vortrage u. a. sagte: „Nicht zum Wenigsten an dem ersten Ausbruche der Leidenschaften sei die von den Mächten in China geübte Politik beteiligt. Eine jede der Mächte habe erst ein Stück Land oder einen Hafen in ihren Besitz zu bringen gewußt, und dann werde noch unaufhörlich in den Zeitungen von Aufteilungspolitik gesprochen. Es sei deshalb nicht zu verwundern, wenn den Chinesen der Geduldsfaden schließlich riße."

Der Umstand aber, daß dabei gerade von deutscher Seite von Anfang an die Interessen der Mission und der Ausbreitung des Christentums mit besonderem Nachdrucke in den Vordergrund geschoben wurden — bezeichnete es doch schon die Rede des deutschen Kaisers vom 15. December 1897, welche die „Pachtungs"-Action einleitete, als Aufgabe der „gepanzerten Faust" in China, den „deutschen Brüdern kirchlichen Berufs für immer Halt und Schutz zu schaffen" — hat begreiflicher Weise nicht wenig dazu beigetragen, den Haß der Chinesen gegen die Fremden als solche zum Christenhaße werden zu laßen und so der Ausbreitung des Christentums in China unermeßlichen Schaden zu tuen. Dazu kam, daß schon durch eine Rede des Grafen Bülow vom 8. Februar 1898 die nichts weniger als apostolische Rolle bekannt geworden war, welche in der Kiautschouer Angelegenheit der apostolische Vicar der Provinz Shantung Bischof Anzer insofern gespielt hatte, als derselbe die dortige „Festsetzung" des Deutschen Reiches als eine „Lebensfrage für den Fortbestand der chinesischen Mission" bezeichnet und — wie man erst neuerdings erfahren hat — gegen den Rat der Diplomatie bei dem deutschen Kaiser auch durchgesetzt hatte. Den Eindruck, den dieß Verfahren in China hervorbrachte, hat dann kein geringerer Zeuge als Herr Anzer selbst im Januar d. J. in der „Köln. Volksztg." geschildert, wo er schrieb: „Vor der Besetzung von Kiauschou erfreute sich die Mission beim Volke

[illegible], zum Gehilfen im Haushalt. Denn „Stütze“ ist abgethan.

Schwindet die Magd, so schwindet auch der „Dienstboten-Mangel“, das ist meine feste Ueberzeugung. Tausende von Mädchen, die sich nicht entschließen können, Magd zu werden, die aber gern in der dem Weibe so gemäßen und ihm so wol anstehenden Hausarbeit die Hände regen wollen, werden herbei eilen, um Stellen als „Gehilfinnen“ anzunehmen. Es werden solche kommen, die jetzt zur Fabrikarbeit übergehen und dadurch Leib und Seele vergiften. Es werden aber auch zahlreiche Töchter aus gebildeten doch mittellosen Familien kommen, die sich bisher um Stellen als Gesellschafterinnen, Kindergärtnerinnen, „Repräsentantinnen“ und dergl. abquälen. Auch diese werden sich nicht vor den „rauhen Händen“ fürchten, wenn ihnen nur die „familiäre Stellung“ sicher ist. Die aber muß ihnen allen werden, den weiblichen wie den männlichen Dienern des Hauses, damit das Wort des Apostels Paulus erfüllet werde, an Philemon gerichtet: Halte ihn nicht mehr als einen Knecht, sondern als einen Bruder!

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, sagt das englische Sprüchwort. Wo aber ein Weg ist, da ist noch lange nicht immer der Wille vorhanden, ihn zu gehen. Hier ist ein Weg gezeigt zur Lösung eines sehr wesentlichen Teiles der Frauenfrage. Wo sind die klugen, willensstarken deutschen Frauen, die vorangehen und Bahn machen wollen? Sie werden sich ein großes, bleibendes Verdienst erwerben!

Lyncon.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

den chinesischen Christenhaß berufen will, der darf, will er gerecht urteilen, die hier angedeuteten Tatsachen nicht übersehen. Sie zeigen, daß der Haß und die Verfolgung der Christen durchaus nicht das Primäre, sondern erst entsprungen sind aus dem Haß gegen die Fremden als solche, der seinerseits wieder durch das berechtigte Mistrauen gegen die Annexionsgelüste derselben zu seiner jetzigen gefährlichen Höhe entflammt wurde. Freilich haben Russen, Engländer und Franzosen kein Recht, die reichsdeutsche „Pachtung" von Tsintau (Kiautschou) für die chinesischen Wirren verantwortlich zu machen, da sie selbst vorher und nachher weit größere Stücke von dem chinesischen Reiche abgerißen haben. Wol aber steht den Chinesen selbst dieses Recht zu, da die reichsdeutsche „Festsetzung" in ihrem Lande im November 1897 bekanntlich ohne vorherige Ankündigung in Form eines einfachen Ueberfalles der dortigen nichts ahnenden chinesischen Besatzung, d. h. durch einen schweren Bruch des Völkerrechtes erfolgte, der erst später durch den erzwungenen „Pacht"-vertrag die notdürftige formelle Sanierung erfahren hat. Da dieses Vorgehen des Deutschen Reiches, wie schon erwähnt, alsbald Anstoß und Beispiel zu den ganz ähnlichen „Festsetzungen" der Russen und Engländer in Port Arthur und Weihaiwei gab, so wird nun in der Tat das Deutsche Reich von den Chinesen auch dafür und für die befürchtete Aufteilung des ganzen Landes in erster Linie verantwortlich gemacht.

Dafür, daß Kiautschou wirklich der Tropfen gewesen sei, der den chinesischen Unmut gegen die Zudringlichkeit und Anmaßung der Fremden zum Ueberlaufen gebracht habe, mehren sich die Zeugnisse von Tag zu Tag. Noch neuerdings hat das wieder Li-Hung-Tschang, der bekannte Vicekönig von Kanton, einem Correspondenten des Berliner „Lokalanzeigers" gesagt. Dieser geriebene chinesische Statsmann, der viel zu klug ist, um das Heil seines Vaterlandes in einer grundsätzlich fremdenfeindlichen Politik zu finden, wies darauf hin, daß eine gewisse steigende Erbitterung gegen die Fremden in den letzten Jahren durch die fremden Mächte selbst hervorgerufen worden sei, und fuhr dann in seiner vorsichtigen Weise fort: „Ich nenne Ihnen als Beispiel die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland. Ein

paar Missionare waren ermordet worden. Die chinesische Regierung hat, als Genugtuung gefordert wurde, die Verbrecher und auch die verantwortlichen Beamten hart genug bestraft, sie hat eine sehr große Geldbuße angeboten, aber das alles hat nicht genügt. Deutschland hat auf seiner Forderung, Land in China zu erwerben, bestanden und hat seinen Willen durchgesetzt. Das war eine übermäßige Buße für ein paar Missionare. Aber Kiautschou ist nur ein Beispiel. Andere Mächte sind gefolgt, und dieses Vorgehen hat in weiten Kreißen der Bevölkerung auch bei sonst fremdenfreundlichen Chinesen Erbitterung hervorgerufen. China darf unter keinen Umständen weiteres Land abtreten."

Zu dem mit der Festsetzung in Kiautschou gemachten ersten und schwersten Fehler sind dann noch andere gekommen und kommen fast täglich neue hinzu. Nicht nur der Graf Kassini, der fünf Jahre lang russischer Gesandter in Peking war und jetzt denselben Posten in Washington bekleidet, hat den Deutschen das Verständnis des äußersten Ostens abgesprochen und gesagt: „Mit den Chinesen muß man sehr menschlich und höflich umgehen, weil auch sie ein in hohem Grade höfliches Volk sind; wie die Deutschen aber mit ihnen verkehrt haben, ist bekannt." Auch der schon einmal genannte frühere deutsche Gesandte v. Brandt hat dasselbe wiederholt bezeugt. „So kommt man" — schreibt derselbe z. B. in der „Deutschen Rundschau" — „auf der einen Seite zur Misachtung der Rechte der Leute, die man reformieren will, und auf der andern, besonders wenn man Deutscher ist, zu dem Wunsche, vielleicht dem Versuche, möglichst alles nach dem bekannten Schema zu machen und den Chinesen in größter Eile in einen guten Preußen zu verwandeln." Und in einem späteren vom 7. Juli d. J. datierten Aufsatze, sagt derselbe Verfaßer, nachdem er auf die bittere Lection verwiesen, welche die verächtliche Unterschätzung Chinas durch den bisherigen Verlauf des Krieges erhalten, noch folgendes: „Daß die Lehre aber noch nicht verstanden und gewürdigt worden ist, das Traurigste und vielleicht das Folgenschwerste an dem ganzen Vorgange, beweist ein Teil der deutschen Presse, der noch immer die Ansicht vertritt, daß Rücksichtslosigkeit, unter der sich nur zu oft ein Mangel an Verständnis der Lage verbirgt, im

Stande gewesen sein würde, der Katastrophe vorzubeugen, an der sie einen nur zu großen Anteil hat. Als der Schreiber dieser Zeilen vor wenig mehr als fünfzehn Monaten bei einem in der Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft gehaltenen Vortrage darauf hinwies, daß der Versuch, China zu majorisieren, zu Zuständen führen müße und werde, die die Herausssendung eines deutschen Armeecorps nach Shantung nötig machen könnten, haben nur Wenige die Aeußerung ernst genommen und der Beachtung gewürdigt, die sie vielleicht, als von jemand kommend, der mehr als ein Menschenalter in Ostasien zugebracht hatte, verdient haben würde. Die Presse hat vielmehr munter weiter die Aufteilung Chinas zum Gegenstand ihrer Erörterungen gemacht und damit einen neuen Beweis von der Zweischneidigkeit der Waffe gegeben, die der brave Gensfleisch zum Gutenberg vor fünfhundert Jahren seinen Landsleuten in die Hand gelegt hat."

Aus dem bisher Gesagten und aus den dafür angeführten Zeugnissen, die sich leicht noch beträchtlich vermehren ließen, geht hervor, daß die chinesische Bewegung, soweit sie sich bisher erkennen läßt, den Charakter eines nationalen Unabhängigkeits-Kampfes besitzt und einen nicht unberechtigten Fremdenhaß zur Ursache hat.

Aber auch was die Veranlaßung zum Ausbruche der kriegerischen Feindseligkeiten betrifft, so kann die Schuld ebenfalls nicht allein auf chinesischer Seite gefunden werden. Nach der amtlichen Mitteilung des russischen auswärtigen Amtes vom 4. Juli haben die fremdmächtlichen Gesandten in Peking Angesichts des wachsenden Boxeraufstandes Anfangs Juni der chinesischen Regierung das Ultimatum gestellt, binnen fünf Tagen die Polizeiverwaltung nach genau aufgezählten, überaus rigorosen Vorschriften einzurichten, widrigenfalls sie ihre Truppen ins Land rufen würden, und die chinesische Regierung hat dagegen mit der Erklärung protestiert, sie habe das, was die Gesandten zum Schutze der Fremden verlangen könnten, bereits getan und sei im Stande, es auch ferner zu tuen. Was hätte die Regierung auch wol anders antworten können, wenn diese Antwort nicht die sofortige Kriegserklärung sein sollte? Es ist wirklich schwer, sich das auszu-

denken. Obwol nun ein Beweis für das mangelnde Wollen oder Vermögen der Regierung, ihrer Antwort entsprechend zu handeln, damals nicht vorlag, wurde dieselbe doch für „ausweichend“ erklärt, und die Berufung der fremden Truppen beschloßen. Die chinesische Regierung aber ließ sich auch das gefallen und willigte ausdrücklich oder stillschweigend ein, daß die Gesandtschaftswachen um etwa 500 Mann vermehrt wurden.

In einem kaiserlich chinesischen Edict vom 29. Juni, welches sich in dem englischen Blaubuche vom 25. Juli als von der chinesischen Gesandtschaft zu London mitgeteilt findet, wird über das herausfordernde Auftreten dieser Truppen in Peking bittere Klage geführt und gesagt, es habe dasselbe das Volk so sehr erbittert, „daß es den falschen Gerüchten, welche durch die Mitglieder der Gesellschaft der Boxer geflißentlich verbreitet wurden, Gehör schenkte und viel Volks der Gesellschaft beitrat und, das Gesetz misachtend, dazu übergieng, bei der Ermordung von Christen und anderen Vergehen mitzuwirken.“ Wie weit diese Beschwerde begründet sei, muß einstweilen dahin gestellt bleiben. Aber auch ohne diese soldatischen Provocationen war das Auftreten der Gesandten schon herausfordernd genug gewesen, sodaß die von den Boxern ausgesprengten „Gerüchte“, die chinesische Regierung sei nur noch das willenlose Werkzeug in den Händen der Fremden, eine beßere Bestätigung gar nicht hätten finden können. Hatte das Ultimatum derselben doch keinen andern Sinn, als die Erklärung der fremden Gesandten, die chinesische Regierung unter ihre Vormundschaft stellen und selbst die Oberregierung übernehmen zu wollen. Kann man sich da noch wundern über das, was nun geschah? Mußte durch ein solches Verfahren die Autorität der Regierung den Boxern gegenüber nicht aufs Schwerste erschüttert, der Aufstand, der sich ja gerade gegen die Herrschaft der Fremden richtet, gerechtfertigt und seine damals erst aufzüngelnden Flammen zu haushohem Brande gesteigert werden? Konnte endlich eine chinesische Regierung, die sich solchergestalt zwischen diese entwürdigenden Forderungen der Fremden und die nationale Bewegung der Boxer gedrängt sah, anders handeln, als sie schließlich gehandelt hat? Sie hat sich bekanntlich dem Eindringen weiterer fremder Truppen widersetzt und mußte

dieß tuen, wenn sie China nicht zum Vasallen der wie Dictatoren auftretenden fremden Gesandten machen wollte; aber sie hat es offenbar zögernd und erst dann getan, als sie durch das Vorgehen der Fremden gegen die Taku-Forts zum Aeußersten gezwungen wurde. Dieses Zögern aber und der ihm zu Grunde liegende Wunsch, mit den fremden Mächten womöglich in Frieden hinzukommen, hat ihr die durch das anmaßliche Auftreten der Gesandten aufs Aeußerste gereizte fremdenfeindliche Bewegung über den Kopf wachsen laßen, so daß sie die ihr entfallenen Zügel nur allmählich und, wie es scheint, auch heute noch erst teilweise wiederzuerlangen vermochte.

Der ursächliche Zusammenhang der Dinge, welche den Ausbruch der Feindseligkeiten veranlaßten, ist hiernach der gewesen, daß das ebenso völkerrechtswidrige wie törichte, weil auf erstaunlichster Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhende Auftreten der Gesandten in Peking und das durch dieselben veranlaßte Vorgehen der fremden Admirale bei Taku den Damm durchbrochen hat, den die chinesische Regierung bis dahin noch der Boxerbewegung gegenüber bildete. Es kommt dabei wenig darauf an, ob die Chinesen bei Taku, wo in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni der Krieg tatsächlich begann, noch vor oder erst nach Ablauf des nur nach Stunden zählenden Ultimatums geschoßen haben, in welchem die fremden Admirale die Räumung der die Peiho-Mündung sperrenden chinesischen Forts verlangten. Jedesfalls waren hier die Fremden, welche die Preisgabe chinesischer Befestigungen verlangten, nicht nur formell, sondern auch sachlich die Angreifer. Die Rückwirkung dieser Tatsache aber auf die chinesische Volksstimmung und insbesondere auf die Boxerbewegung haben wir vor uns in der drei Tage später am 20. Juni, zu Peking erfolgten Ermordung des deutschen Gesandten, die kaum anders angesehen werden kann als die Folge des inzwischen bekannt gewordenen, durch Erstürmung der Taku-Forts gewaltsam erzwungenen Einbruchs der fremden Truppen in das chinesische Gebiet. Ließ damals doch sogar das Berliner „Kleine Journal", dem man eine große Beliebtheit in dortigen Hofkreißen zuschreibt, einen „Diplomaten" zu Worte kommen, der sich über diese Vorgänge wie folgt äußerte: „Den unmittelbarsten Anlaß

zum Ausbruch der Feindseligkeiten, die nunmehr auch von den regulären chinesischen Truppen ausgehen, hat vor allen Dingen das Erscheinen eines starken Geschwaders fremder Kriegsschiffe vor Taku sowie die Ausschiffung des Seymour'schen Detachements ergeben. Es ist ein unerhörter Vorgang, mitten im tiefsten Frieden starke Truppen auf Peking marschieren zu lassen und den Versuch zu machen, die Einfahrt in den Peiho zu erzwingen. Kein Mensch darf sich wundern, daß die Forts von Taku unter solchen Umständen das Feuer auf die Fremden eröffneten. Ich bestreite, daß die Entsendung des Seymourschen Geschwaders und das Erscheinen einer großen Truppenmacht vor Taku—Tientsin notwendig war, und ich schreibe den gegenwärtigen beklagenswerten Zustand der Dinge nicht den Chinesen, sondern im Wesentlichen dem übereilten Vorgehen der Mächte zu."

Nun wird man freilich sagen, daß wenn auch die fremden Mächte China gegenüber das Völkerrecht verletzt hätten, die Chinesen dieß doch durch die an den Fremden begangenen Bluttaten, insbesondere durch die Ermordung des deutschen Gesandten, die doch zweifellos eine noch weit gröbere Verletzung des Völkerrechtes darstelle, mehr als wettgemacht hätten. Aber auch das ist nur in sehr bedingtem Maße richtig. Es ist bisher nicht möglich gewesen, der chinesischen Regierung eine Mitschuld oder auch nur die Verantwortlichkeit für diese Mordtat in haltbarer Weise nachzuweisen. Unter dem Eindrucke der Schauerromane von der Niedermetzelung aller Gesandten und Fremden in Peking, welche englische Sensationsblätter frei erfanden und ihren entsetzten Lesern eine Zeit lang aufbinden konnten, war man allerdings allgemein geneigt, eine solche Mitschuld anzunehmen. Der verständige Beobachter hat aber diese Annahme fallen lassen müßen, nachdem in zweifelloser Weise bekannt geworden, daß die chinesische Regierung nicht nur mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Gesandten gegen die aufständischen Boxer und meuternden Truppen zu schützen, sondern auch schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten bereit war und jetzt wieder bereit ist, sie aus Peking nach Tientsin geleiten zu lassen, ja ihnen neuer-

dings sogar den chiffrierten Verkehr mit ihren einheimischen Regierungen wieder freigegeben hat.

Es bleibt also als eigentlicher völkerrechtswidriger Frevel nur die Ermordung des unglücklichen Barons Ketteler übrig, aber auch von ihr muß heute angenommen werden, daß sie sehr gegen Wunsch und Willen der Regierung durch die Aufständischen erfolgte. In dem bereits erwähnten kaiserlichen Edict vom 29. Juni d. J. heißt es darüber: „Während im Tschung-li-Yamen über diesen Vorschlag [das diplomatische Corps zu ersuchen, sich zeitweilig von Peking zu entfernen] verhandelt wurde, wurde der deutsche Gesandte Baron von Ketteler auf dem Wege zum Tsung-li-Yamen getötet. Am Tage vorher hatte er den Tsung-li-Yamen schriftlich um eine Unterredung ersucht. Aber in Folge der drohenden Haltung des Volkes, welches sich zu jener Zeit in den Straßen drängte, hielt man es nicht für sicher, wenn er sich außerhalb der Gesandtschaft sehen laße. Der Yamen lehnte darum sein Gesuch um eine Unterredung ab. Wie weise man hier verfahren war, erhellt aus dem beklagenswerten Resultate, welches sein Versuch, am nächsten Tage zum Yamen zu kommen, hatte. Die wachsende Kühnheit der Volksmenge kannte nun keine Grenzen mehr. Es war nun zu spät, die ausländischen Gesandten, wie es der Yamen vorhatte, unter dem Schutze einer ausreichend bewaffneten Escorte nach Tientsin zu schicken. So war das Einzige, was dem Yamen zu tuen übrig blieb, daß er die Gesandten unter dem Schutze einer ausreichenden Truppe chinesischer Soldaten in Peking bleiben ließ. Und dieß geschah; der die Wache befehligende Officier hatte strengen Befehl, die Gesandtschaften wirksam allen Angriffen gegenüber zu schützen". Es ist dieß freilich nur die Darstellung der einen beteiligten Seite, und man wird ihre Bestätigung oder Widerlegung durch die andere erst abzuwarten haben, ehe man sich ein abschließendes Urteil zu bilden vermag. Unter den sonst bisher zur Sache erfolgten Veröffentlichungen sowie unter den übrigen glaubwürdig bekannt gewordenen damaligen Handlungen und Aeußerungen der chinesischen Regiernng befindet sich aber keine, welche mit dieser kaiserlichen Darstellung in Widerspruch stünde; im Gegenteil haben englische und namentlich russische Blätter gegen das herausfordernde Auftreten des deutschen Ge-

sandten noch weit schärfere Anklagen erhoben, als es in dem hier citierten Edict des Kaisers von China geschieht. Da denselben eine namhafte Autorität nicht zur Seite steht, so laßen wir sie auf sich beruhen und betonen nur nochmals, daß — soweit sich bis jetzt sehen läßt — von der chinesischen Regierung wol eine ausreichende Genugtuung für diesen Gesandtenmord verlangt werden kann, von ihr aber auch nach Wiederherstellung geordneter Zustände schwerlich verweigert werden wird, daß ihr dagegen die directe Verantwortlichkeit oder gar die Mitschuld an demselben bis dahin nicht nachzuweisen ist.

Soviel über Ursachen und Veranlaßung des inzwischen bereits zu einem Weltereignisse ersten Ranges angewachsenen chinesischen Krieges. Eine Erforschung derselben sine ira et studio und insbesondere ohne die heute übliche blinde Voreingenommenheit des nationalen Hurrah-Patriotismus, der sittlich gewis nicht höher, in manchem Betrachte sogar noch sehr viel tiefer steht als der Fanatismus der chinesischen Boxer, ist nicht nur eine Pflicht der Gerechtigkeit, sondern auch der Liebe zum deutschen Vaterlande, das sich vermöge einer jener heute in demselben üblichen Plötzlichkeiten mit einem Male an die Spitze dieses dunkeln und unabsehbaren, in jeder Hinsicht zur höchsten Vorsicht mahnenden chinesischen Abenteuers geschoben sieht. W. H.

Der Königsmord in Italien.

Als der Königin Margherita der Gemahl tot ins Haus getragen wurde, soll die unglückliche Frau ausgerufen haben: „Das ist das größte Verbrechen des Jahrhunderts! Humbert war gut und ohne Falsch. Niemand hat sein Volk mehr geliebt als er, und er hegte gegen niemanden Haß!“ Alle Welt ist mit diesem erschütternden Schmerzensschrei der unglücklichen Königin insoweit einig, als sie die Ursachen des grausigen Verbrechens von Monza nicht in der Persönlichkeit des ermordeten Königs

sucht. Derselbe hat sich nie anders als ein wolmeinender, leutseliger, stiller und sehr einfach auftretender Herr gezeigt, dem die Ehren seiner großen Lebensstellung viel mehr Last als Vergnügen waren, der aber da, wo dieselben mit persönlicher Gefahr verknüpft erschienen, wie z. B. bei der Cholera-Epidemie zu Neapel und den beiden ersten von ihm bestandenen Attentaten, eine anspruchslose, eben darum aber um so ansprechendere Ritterlichkeit zu zeigen pflegte.

Dieser harmlose Mann stand also dem Glücke Italiens gewis nicht im Wege. Andererseits ist es freilich eine unleugbare Tatsache, daß in den zweiundzwanzig Jahren seiner Regierung die Zustände dieses Landes sich innerlich und äußerlich mehr und mehr verschlechtert haben, und daß er diesem rasch fortschreitenden physischen und moralischen Zersetzungsprocess machtlos gegenüber stand und in demselben eine rein passive, oft genug geradezu klägliche Rolle spielte.

Die schimpfliche Niederlage Italiens durch den Negerkönig Menelik und die nicht minder schimpfliche Zurückweisung, welche der Versuch, der in Afrika verkrachten italienischen Weltpolitik in Ostasien nach berühmtem reichsdeutschem Pachtungs-Muster wieder aufzuhelfen, noch im vorigen Jahre durch das erst kürzlich bekannt gewordene Wort der chinesischen Kaiserin erfuhr: „Die Italiener erhalten nicht einmal den Kot, der auf der Straße liegt", — das ist die Summe dessen, was aus der Weltstellung der vor dreißig bis vierzig Jahren von allen Jüngern der revolutionären Gewalts- und Nützlichkeits-Politik als glänzendes Vorbild bewunderten und von der stumpfsinnigen Herde unserer nationalen Schützen-, Turn- und Sangesbrüder angestaunten Schöpfung Camillo Cavours und seines Re Galantuomo schon unter dem ersten Nachfolger desselben geworden ist.

Und diesen äußeren entsprechen mehr als vollauf auch die inneren Ergebnisse. Kein Parlament der Welt umfaßt ein solches Gesindel von Gründern, Wucherern und politischen Abenteuerern, die nur den einen Lebenszweck kennen, sich und ihren Spießgesellen zu Ministerposten und anderen einflußreichen Regierungsämtern, vor allem aber zu Reichtum und Genuß zu verhelfen. Als dienlichstes Mittel zu diesem Ziele hat man einen wahrhaft infernalen

Haß gegen Christentum und Kirche verbreitet, denn die Gauner welche dieses glorreiche Königreich gründeten und fortwährend in der schamlosesten Weise ausbeuten, bedurften eines Sündenbocks, auf den sie die Verantwortung für das von Jahr zu Jahr ins Riesenhafte wachsende Elend des Landes abwälzen konnten. Indessen mußte auch diese Methode allmählich versagen. Der Raub der Kirchengüter war ihre letzte Leistung, aber gerade dieser Gewaltsact hat nicht wenig dazu beigetragen, die Massen von dem Gängelbande der nationalen Beglückungsphrasen zu befreien, da jene Kirchengüter, deren unermeßlicher Reichtum allen Nöten angeblich ein Ende machen sollte, nicht etwa zur Tilgung der Statsschulden oder zur Hebung des maßlos geschundenen Bauernstandes verwendet, sondern von einer Bande gewißenloser Speculanten verschlungen wurden und so die Finanzmisère des States und das Elend der armen Bevölkerung nur noch vermehrten. Trat dann das um sich freßende Geschwür dieser beispiellosen Demoralisation irgendwo einmal zu Tage, so wurde es entweder, wie die notorisch nachgewiesenen Spitzbübereien Crispis, einfach ignoriert oder, wie der so ziemlich alle Statsmänner in heillosester Weise bloßstellende Process der Banca Romana, gewaltsam unterdrückt.

Das Einzige, was die italienischen Statslenker zu leisten vermochten, waren unaufhörliche gewaltige Aufwendungen für Heer und Marine und unerhört scharfe Repressivgesetze, mit denen aber nicht einmal die äußeren Kundgebungen der wachsenden Unzufriedenheit, geschweige denn diese selbst aus der Welt geschafft werden konnte, wie die im Jahre 1898 in 27 Provinzen, namentlich in Sicilien und Mailand, ausgebrochenen blutigen Aufstände zeigten. Alles, was man einst über die wirkliche oder angebliche Miswirtschaft der Priester-Regierung im Kirchenstate und der Bourbonen-Herrschaft im Königreiche beider Sicilien zu lesen bekam, wird hundertfach überboten durch die Miswirtschaft und das Elend, die mit der „nationalen Einheit" über das unglückliche Land gekommen sind. Der Steuerdruck wird für die Masse des Volkes immer unerträglicher und zwingt dasselbe, so einfach es auch zu leben gewohnt ist, in fortwährend wachsenden Scharen die Heimat zu verlaßen. Selbst ein den italienischen Verhältnissen

so wolwollend gegenüber stehendes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ kann nicht umhin, sein Urteil über die Entwickelung derselben unter der Regierung des ermordeten Königs folgendermaßen zusammen zu fassen: „Die Rechts- und Sicherheitszustände Italiens lassen sehr zu wünschen übrig, das Gros des Volkes lebt in jammervollen Verhältnissen und ist unruhig mit dem Ruhme der Waffen, in manchen anderen Ländern der Blitzableiter der Unzufriedenheit, ist nichts weit her, und mit der internationalen Haltung Italiens steht es ebenso.“

Darf Umberto I. eine Schuld an der rapiden Entwickelung dieser inneren und äußeren Verkommenheit beigemessen werden, so kann es nur die des untätigen Gewährenlassens und des anscheinend völligen Mangels an sittlichem Ekel gegen den Schmutz seiner Umgebung sein. Als Beispiel dafür hebt ein sachkundiger Artikel der „Basler Nachr.“ hervor: „Die Schmutzereien Crispis waren kein Geheimnis, die Vögel pfiffen es von den Dächern, wie er gemaust; der König aber hatte kein Wort des Tadels für den alten Sünder und wahrte ihm seine Huld.“ Bedenkt man aber, daß der König diese Zustände übernommen hatte, wie nicht er, sondern sein von der „Nation“ gefeierter Vorgänger und Vater Victor Emanuel sie geschaffen; erwägt man die ganze corrupte Atmosphäre von Heuchelei und Arglist, Gewalt und Raub in der Umberto selbst mit dem jungen Königreiche aufgewachsen war, so wird man diesen Schuldanteil des ohnehin nicht mit besonderer Characterstärke ausgerüsteten Mannes jedesfalls sehr mild zu beurteilen haben. Wie an Louis XVI., so rächten sich auch an ihm, dem verhältnismäßig Schuldlosen, die Sünden seiner Väter Victor Emanuel und Karl Albert, und leider ist anzunehmen, daß die Erfüllung dieses ebenso furchtbaren als gerechten göttlichen Vergeltungsgesetzes bei diesem unglücklichen Sohne des einst so ehrenwerten Hauses Savoyen erst begonnen hat.

Und merkwürdig! Der übernommenen Schuld entsprach auch das Werkzeug der Nemesis. Denn der Königsmörder Gaetano Bresci entstammt ebenso wie die Luccheni, Caserio und alle die übrigen Mordbuben, welche das „glücklich geeinte Italien“ während der letzten Jahre über Europa ausgespieen hat, einer jener geheimen Gesellschaften, welche in der Geschichte der „nationalen

Wiedergeburt" dieses Landes eine so entscheidende Rolle gespielt haben, daß man geradezu sagen darf, der italienische Einheitsthron sei von diesen dunkeln Verschwörerbanden begründet und aufgebaut worden.

Sie waren es, die die legitimen Throne in Toscana, Modena, Rom, Neapel 2c. systematisch unterwühlten. Sie waren die eifrigsten und lange Zeit auch die einzigen Bundesgenossen Karl Alberts und Victor Emanuels. Aus ihnen sind die erfolgreichsten Helfershelfer dieser Raubkönige, die Mazzini, Garibaldi, Crispi 2c., hervorgegangen. Auch haben dieselben damals schon ebenso scrupellos mit Dolch, Bombe und Kugel für ihre Zwecke gearbeitet wie ihre heutigen Nachfolger für die ihrigen. Nur haben die letzteren ihre geistigen Väter in consequentem Fortschritt allmählich überholt und widmen ihre „Propaganda der Tat" jetzt nicht mehr ausschließlich der unità Italia, sondern in wachsendem Maße einer höheren Stufe der Revolution, der socialen oder anarchistischen Republik. Welche scandalöse Rolle zwei dieser Geheimgesellschaften, die Maffia und Camorra, auch unter der Regierung des Königs Umberto spielen durften, ist noch im vorigen Jahre zu Tage gekommen, wo der Proceß wegen der Ermordung Notarbartolos die engen Beziehungen der königl. italienischen Regierung zu diesen geheimen Mörder- und Diebesgesellschaften bloßlegte. Wenn daher der alte Crispi, der selbst einst seinen rechtmäßigen Herrn, den König von Neapel, dessen Beamte und Anhänger durch eigenhändig gefertigte Bomben zu zerfleischen suchte, jetzt in Tränen darüber zerfließt, daß ein geschickterer geistiger Nachkomme sein auf solchem Wege erzeugtes Geschöpf und Werkzeug, den armen Umberto, wirklich zerfleischt hat, so kann der innere Zusammenhang zwischen Schuld und Strafe nicht wirksamer illustriert werden. Aber auch die verlogene Heuchelei der Begründer und Stützen der heutigen italienischen Monarchie kann sich nicht empfindlicher selbst bloß stellen als durch solche Comödien eines faßungslosen Entsetzens über die angeblich unbegreifliche Tragödie von Monza.

Wer diese inneren Zusammenhänge der Dinge ins Auge faßt, der vermag nur zu lachen über das Geschrei, das jetzt natürlich wieder an allen Ecken und Enden losbricht in dem bekannten

stürmischen Verlangen, daß nun endlich etwas, irgend etwas geschehen, geschehen, ja geschehen müße, um die „Hydra der Revolution" unschädlich zu machen. Geht doch dieses Verlangen gerade von denen aus, die selbst dem oberflächlichsten Kenner der Geschichte des 19. Jahrhunderts als die hauptsächlichsten Schuldigen, Mitschuldigen und Nutznießer des neuerlichen Erstarkens der internationalen Revolution bekannt sind! Ganz besonders gut nimmt es sich z. B. im Munde des Lord Salisbury aus, des regierenden Ministers jenes Englands, das seiner Zeit den Einbruch der garibaldinischen Horden in das Königreich beider Sicilien und die dortigen glorreichen Taten des Bombenfabrikanten Crispi in erster Linie ermöglichte. Nicht übel macht es sich aber auch, wenn der „conservative" Berliner „Reichsbote", der noch jüngst seinen frommen Zorn darüber ergoß, daß die von der Hessischen Rechtspartei vertretenen Grundsätze des Rechtes und der Legitimität noch immer nicht „in der Rumpelkammer der Vergangenheit verstauben" wollen, sich jetzt durch das Verbrechen in Monza zu Zeterrufen wie der folgende begeistern läßt: „Furchtbar sind die Zeichen der Zeit, und der revolutionäre Socialismus, der unter Verachtung des vierten Gebotes Wind gesäet hat, erntet mehr und mehr Sturm. Möchte es endlich einen Sturm geben, der diese Gegner der gottgesetzten Obrigkeit, die mit heimtückischer Verschwörung und feigen Verbrechen wüten, endlich einmal mit starker Kraft aus den monarchischen Staten fortfegt und diesen blutdürstigen Revolutionären zeigt, daß die Geduld wie das Unrecht ein Ende finden muß." Oder wäre es etwa nicht zum Lachen, die „conservativen" Lobredner der Annexion gegen „diese Gegner der gottgesetzten Obrigkeit" wüten, das „Ende des Unrechtes" herbeisehnen und für die „Verachtung des vierten Gebotes", sowie die zweifellos daraus hervorgegangene Windsaat und ebenso zweifellos drohende Sturmernte den — „revolutionären Socialismus" verantwortlich machen zu sehen?

Ja, wenn die Herren nur anzugeben wüßten, nicht nur daß etwas geschehen müße — denn das hat man seit dem Erscheinen und Wiederverschwinden unseres Socialistengesetzes nachgerade zur Uebergenüge gehört —, sondern auch wie es geschehen solle, um

(wir citieren noch einmal den „Reichsboten") „das gesamte Gebiet der revolutionären Propaganda, das innerlich überall zusammenhängt", zu zerstören! Aber gerade damit haperts. Man weiß nicht, was geschehen soll, aber man will, man fordert, man verlangt, daß es durchaus, unbedingt und sofort geschehen müße, da es sich um die „Existenzfrage jeder Statsordnung, besonders der monarchischen" handele. Ein beschämenderer Beweis dafür, daß das ganze Jammergeschrei nur durch die Angst des eigenen bösen Gewißens ausgepreßt sei, ist denn doch nicht denkbar.

Allerdings könnte etwas geschehen, um dem drohenden Verderben noch in elfter Stunde Einhalt zu tuen, und es wäre sogar, wie das jedes richtige Mittel zu sein pflegt, etwas überaus einfaches, wenn auch nicht leichtes. Die nun so oft und so nachdrücklich gewarnten wirklichen Urheber des heutigen revolutionären Zustandes brauchten aus den sich immer erschreckender ankündigenden Folgen ihres Tuens nur ihre Pflicht zu lernen, den Anfang der Bekämpfung der Revolution bei sich selbst zu machen durch ihre eigene bedingungs- und vorbehaltlose Rückkehr von den abschüßigen Bahnen der Macht- und Nützlichkeitspolitik zu dem Rechte der Gebote und Ordnungen Gottes. Gerade von diesem Discite moniti! aber wollen die Schuldigen nichts wißen. Daher das sinnlose Geschrei nach neuen „umfaßenden" Umsturzgesetzen, von denen sie doch selbst nachgerade recht gut wißen, daß dieselben, wenn sie überhaupt möglich sind, nur Oel für den aufzüngelnden Brand sein können. Daher vor allem aber auch die fortdauernde dumpfe Verblendung, die, nach dem bekannten Worte des alten Dichters, das unentrinnbare Verderben vorbereitet und ankündigt.

Der Bismarckskultus der Reichsphilister.

I. Allgemeines.

Jede Religion, auch die heidnische, muß, wenn sie sich verbreitet, möglichst plastische, eindrucksvolle Formen suchen, in denen sie sich bei ihren Anhängern einführt, sinnlich zu ihnen redet und

auf sie wirkt und ihren Vorstellungen die bestimmte Richtung, ihren Gesinnungen das Gepräge gibt. Die Religion bedarf des Kultus, um zu leben und zu erstarken. Als die Bismarcks-Verehrung bei gewissen gehirnschwachen Leuten zur Bismarcks-Religion sich entwickelte, brachte sie den Bismarcks-Kultus aus innerem Drange mit Notwendigkeit hervor. —

Und zwar schon bei lebendigem Leibe ihres Gegenstandes. Niemals ist ein einzelner Mann so bei seinen Lebzeiten gefeiert worden und hat sich so schrankenlos feiern laßen, wie das Bismarck tat. Nie hat eine so ungemeßene Ehrbegierde bei unzweifelhaft höchst großartigen, äußerlich glänzendsten Erfolgen eine so schrankenlose Befriedigung gefunden, wie das bei Bismarck geschah. Er ward unter den Lorbeeren, die sich auf sein Haupt häuften, buchstäblich erdrückt, vom Weihrauch, der ihm von seinen Verehrern dargebracht ward, mit dem Ersticken bedroht. Das Ehrungs- und Dankesbedürfnis der „Edelsten der Nation" erreichte durch die Steigerungen des Wetteifers wahrhaft colossale Dimensionen. So ward er in dieser Atmosphäre geistiger Versimpelung erst zum Kolos, zum Heros oder Halbgott emporgesteigert und die Länge seines Ausruhens im Glanze des erlangten Ruhmes hat dann den Bismarck'schen Heroendienst geschaffen, hinter dem der Kultus, welcher einst den alternden Goethe umgab wie der Schein des Saturn oder Jupiter hinter dem Monde mit seinem Hofe zurücktritt. Man vergleiche nur die meist so bescheidenen Denkmäler oder schlichten Gedenksteine, welche unsre Väter ihren Kriegshelden und Geistesfürsten setzten, mit all' den prunkvollen Monumenten, die unsre Zeit Wilhelm I. und seinen Paladinen, vor Allem Bismarck, errichtet. An diesem Maßstabe gemeßen, waren jene Größen der vergangenen Epoche nur zwerghafte Streber, die sich neben den Titanen Bismarck und „Wilhelm dem Großen" nur in ein verdientes Dunkel zu verkriechen hätten.

Wie Prinz Heinrich von Fallstaff's Aufschneidereien sagt: „Diese Lügen sind, wie ihr Vater, aufgeschwemmt, breit und ungeschlacht!" so wuchsen die Huldigungen, dem Herkules des Jahrhunderts geweiht, allgemach in's Gigantische, Kolossale. Die Zahl der Wallfahrer nach Friedrichsruhe hat man im Laufe der Jahr-

zehende, in denen der Heros sich zu diesen Huldigungsexcessen unermüdlich hergab, sicherlich nicht nach Tausenden, sondern nach Hunderttausenden berechnen müßen. In dem, was dem Abgotte der Reichsdeutschen allein an „edlen Tropfen" nationaler Herkunft: Bier, Wein, Sect 2c., gespendet ward, würde man 100 000 Reichsfeinde mit Bequemlichkeit haben ertränken können, sofern dieselben nur eine so annehmliche Todesart verdient hätten. Im ganzen neudeutschen Reiche gab's kaum noch ein Städtchen dritten, vierten und fünften Ranges, dessen Bürgerschaft sich nicht gedrungen gefühlt hätte, in ihre Ruhmesannalen den Namen des „größten Statsmannes aller Zeiten" durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts einzutragen, Bismarcksstraßen, Bismarcksplätze, Bismarckshöhen, Bismarckstürme, ja eigentliche Bismarcksdenkmäler gab's, noch ehe der Heros seine Augen schloß, im Norden, Süden, Westen und Osten, in Alt- und Neu-Preußen, wie in allen Gauen und auf allen Wegen und Stegen des deutschen Reichs bei vielen Hunderten. Wie's dem alten „Reichsschmied", der, nun sein Gebilde in andere Hände übergegangen war, zum Reichsnörgler sich gemausert hatte, wie's dem Alten in seinem Sachsenwald-Schmollwinkel wol dabei zu Mute war, wenn die glühende Ungeduld seiner Verehrer ihn durchaus schon bei lebendigem Leibe in Stein und Erz aushauen, ihm jetzt schon ein Monument errichten wollte, des Spitze zum Himmel sich emporrecken sollte? Das hat sicher niemand erfahren, und Der's vielleicht weiß, wird's nie sagen. Jedesfalls hat der Gegenstand dieser Huldigungen dadurch, daß er sich den offenbaren Unfug, in dem sie sich selbst überschlugen, gefallen ließ, seinen Ruhm bei der ruhig abwägenden Nachwelt nicht vergrößert, sondern wesentlich geschmälert.

Nie ist das Füllhorn der dankbaren Verehrung einer Volksklasse — hier Derer von „Bildung und Besitz" — über ein Haupt ausgeschüttet worden, wie's über sein's geschah. Nie und nirgends in der weiten Welt, außer vielleicht in China, haben diese Bezeugungen Ausländern sowie inländischen Andersdenkenden gegenüber einen so aufdringlichen und insolenten Ton angeschlagen, nie hat man's so unverschämt gewagt, allen, die bei den lärmenden Kundgebungen nicht mittun wollten, das Brandmal der nationalen Verwehmung aufzuheften, als es seit dem Indieblüteschießen der

Bismarcksschwärmerei bei den Edelsten der Nation geschah und stellenweise noch geschieht. —

Doch ihre characteristischen Züge als Religion zeigt die Bismarcksverehrung der Reichsphilister nicht in den massenhaften Wallfahrten aller möglichen Corporationen mit der ebenso massenhaften Befriedigung des urteutschen Bierdurstes, nicht in den Fackelzügen, den die deutschen Studenten oder die nationalliberalen Freimaurer ihrem erwählten Heros brachten. Man muß, um den rechten Eindruck zu bekommen, vielmehr den einzelnen Bismarcks-Gläubigen nachgehen, die an diesem oder jenem Stammtische rings im Reiche das stille Gelübde einer Pilgerfahrt nach dem Wohnorte ihres Halbgottes getan hatten; der Eine vielleicht aus dem liebenswürdigen, liebebedürftigen Schwabenlande, der Andere aus der Heimat der königlich sächsischen Gemütlichkeit. So treffen sie unter den viel besungenen Eichen des Sachsenwaldes zusammen. Sie sind einander unbekannt, aber im Aufblicke zum Friedrichsruher Herrenhause, hinter dessen geschloßenen Läden und Gardinen sie den Heros, krank, von Gicht geplagt, in seinem historischen Lehnstuhl sitzend wißen, angeblich electrische Blicke unter den buschigen Augenbrauen hervor auf seine lauschende Umgebung schleudernd — finden sich stillbewegt die gleichgestimmten Herzen, und der Druck der Manneshand sagt ihnen ohne Worte, daß sie einander verstehen; und, wie sie stumm dem Friedrichsruher Bahnhofe wieder zuschreiten, kündet's der feuchte Schimmer um das „Mannesauge", was froh die Seele bewegt, stolz die Brust hebt in dem Bewußtsein: da wohnt und waltet „zu Deutschlands Schutz und Ehr'" unser großer Alt-Reichskanzler. Er ist unser, wir sind sein — — —

Merke, der Romane, Franzose oder Spanier liebt die dröhnenden Worte, raßelt gern mit dem Säbel, rühmt alle seine nationalen Vorzüge, die „Europa kennt, die Welt bewundert." Der deutsche Patriotismus, heute eben so chauvinistisch-großsprecherisch, kann doch des Beisatzes an Sentimalität, Gefühlsduselei, nicht entbehren. Wir haben ja die „Gemütstiefe" gepachtet. Davon wißen und verstehen andere Nationen nichts. Den in der Männerfaust erhobenen Bierhumpen und das rührseligste Anschwärmen seiner Helden in so schönen Verein zu

bringen, das versteht nur der deutsche Philister. An dergleichen zarten Blüten der Bismarcksbuldigung hat die jüngste Zeit einen ganzen Frühling hervorgebracht. Wir könnten davon aus den Bismarcksblättern einen großen Strauß winden, wenn sich's der Mühe verlohnte. Ex uno disce omnes!

Und als der große Reichsschöpfer nun dennoch endlich dem Tode seinen Tribut entrichten mußte, da blieb das eigentliche Volk in Stadt und Land ganz teilnahmslos. Sein socialdemokratisch überzeugter oder bearbeiteter Teil, wie gleichfalls die vom Centrum, gaben sogar ihrem Grolle gegen ihren mächtigsten und gefürchtetsten Bekämpfer mehr oder weniger schonungslosen Ausdruck. Da waren's nun wieder die Reichsphilister, welche ihrem Schmerze über den Verlust des Einzigen, der ihnen Leben, Gewicht und Bedeutung gegeben hatte, durch den ungeheuren Lärm, den sie vollführten, den Schein und Klang einer Trauer der ganzen Nation zu verleihen, sich ehrlich bestrebten; und die dröhnende Klage, die unter diesen Besten und Edelsten sich erhob, vom Fels zum Meere und über's Meer, so weit die deutsche Zunge klingt, gewann nun immer bestimmter und ungescheuter das eigentlich religiöse Gepräge. —

Um nur ein Beispiel unter vielen anzuführen: bei der Trauerfeier der städtischen Kollegien zu Wandsbeck bei Hamburg hielt der Oberbürgermeister unter dem umflorten, lorbeerumkränzten Bildnisse Bismarcks die Trauerrede, die mit folgenden Worten schloß: „Im Aufblicke zu Ihm wird das deutsche Volk, so vertrauen wir, nicht nur in Zeiten des Friedens, sondern auch in Stürmen und Wettern den festen Willen und die Kraft finden, das zu erhalten, was Er uns geschaffen. Auf daß dieß also geschehe, senke dich, du verklärter Geist, auf uns herab und erfülle unsere Herzen mit deiner Treue und deiner Liebe."

Wir sehen: hier erhebt sich die Herosverehrung zum Gebete, das sich an den Heros selber richtet. Wir haben da schon den Kultus in seiner klassischen Form.*)

*) Wer den österreichischen Apostel von „Bismarck sans phrase", den großen Judenerwürger, Ritter v. Schönerer, in der Dauer-

Wo die Reichsbegeisterung sich in Ueberschwänglichkeiten versteigt, da darf der reichsdeutsche Geistliche höherer Ordnung nicht fehlen. Generalsuperintendent Hofprediger Faber, der sich durch seinen Schlußeffekt bei einem evangelischen Gottesdienste zur Reichstagseröffnung mit der Apostrophe: **Ave Caesar, — morituri te te salutant!** bekannt gemacht hat, hielt gleich nach des Herrschgewaltigen Tode im kaiserlichen Auftrage die bezügliche Gedenkfeier in der Kaiser Wilhelms-Gedächtniskirche zu Berlin ab. Er war hier im Ausdrucke byzantinischer Ersterbensfreudigkeit nicht glücklicher, wie damals. In seiner Rede, eigentlich einem einzigen, langen Gebete, welches dem Herrn im Himmel die Ruhmestitel des großen Toten im Einzelnen in Erinnerung brachte, damit droben ja nichts davon in Vergeßenheit käme, kam nach Anleitung des als Text dienenden 149. Psalms folgende Stelle vor:

„Weil alles, was des Patrioten Brust mit freudigem Hochgefühle schwellt, mit dem Namen „Bismarck" verbunden ist, darum danken wir Dir, daß Du Ihn uns gegeben hast! Aber auch des wollen die Heiligen (!) fröhlich sein, das preisen und rühmen auf ihren Lagern (!), daß Du uns in dem entschlafenen Fürsten ein leuchtendes Vorbild deutscher Treue (!) und Kraft geschenkt hast, daran sich je und je die Jugend begeistern, der Volksgeist sich stählen, die Volksseele sich erquicken (!) kann, also, daß auch sein Name ein Zauber bleiben wird, die Feiglinge zu beschämen, die Schwachen zu ermutigen, die Starken zu entflammen zu mannesk ühner Tat."

Wir sehen hier, zu welcher erbärmlichen Stelle im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte diese Bismarcksschwärmer unser Einen zusammenschrumpfen laßen, der mit ihnen nicht durch Dick und Dünn gehen will. Nicht allein, daß diese Generalpächter des Patriotismus alles, was nicht denkt und fühlt wie sie, zum vaterlandslosen, reichsfeindlichen Gelichter werfen, auch

---

rede gehört hat, die er in Hamburg zusammen haspelte, wobei er einzelne Aussprüche „unseres großen Meisters" (Bismarcks) auf Zetteln vor sich hatte und sie förmlich, wie der Prediger auf der Kanzel die Worte göttlicher Offenbarung behandelte, der bekam eine Idee davon, wie der Bismarcksglaube auch eine Bismarckspredigt erzeugen kann. Und was ist von „Los von Rom" zu halten, so lange ein Geist dieses Schlages in irgend einem Betracht als Vorkämpfer einer Bewegung gelten darf, die sich doch als eine religiöse gibt?

jede religiöse Qualität wird diesem odium generis humani abgesprochen, denn die Heiligen, die auf ihren Lagern sich dessen freuen und rühmen (man vergleiche den Text des hier so schnöde gemisbrauchten herrlichen Psalms), daß der Herr im Himmel ihnen, seinen artigsten Kindern, im entschlafenen Fürsten ein so leuchtendes Vorbild deutscher Treue geschenkt hat (!), das sind doch einzig die Bismarcksgläubigen. Wir anderen in der dunkelen Ecke mögen Gott danken, daß man uns nur existieren und an unserer neidischen Verbißenheit fortwürgen läßt!

Liefert uns der Berliner geistliche Hofpoet in seinem Trauergebete ein Spezimen byzantinischen Schwachsinns, der, wie im Trunke, die Dinge auf den Kopf gestellt sieht, das Vorbild der deutschen Treue da erblickt, wo die Quelle des Bundesbruchs, der Vergewaltigung schwacher Bundesglieder, der diplomatischen Ueberlistungskunst floß, so geraten wir mit der „Magdeburger Zeitung", dem mitteldeutschen Weltblatte, in die Brüche des höheren Blödsinns in Reinkultur. Dieses Organ für die idealen Interessen der Industrie, des Binnenhandels und des rationellen Kartoffelbaues brachte zwei Tage nach Bismarcks Tode folgenden Erguß, der, wenn der hochgemuten Stimmung eines deutscher Sage kundigen Tertianers entflossen, von einer lobenswerten, wenn auch etwas gefährlichen Anlage zum pomphaften Commersstile Zeugnis ablegen würde:

„Neuestes aus Walhalla. Bismarck †. Und wieder tronte Odin in Walhalla, und sein sonniges Auge blickte über die Welt hin. Da stieß er mit dem Speer auf den Boden, daß die Flamme emporschoß: Oeffnet das Tor und führt mir den Alten herein, der vom Sachsenwalde heraufkommt! Er soll hier unter den Erwählten einen Ehrenplatz frei finden neben dem schwertgewaltigen Moltke!... Und die kampffrohen Helden sprangen auf, giengen dem Eintretenden entgegen und nahmen in ihre Mitte.... Unten aber auf der Erde brach ein Tag des Trauerns an in den deutschen Gauen....!!

Heidnische oder heidnisch werdende Religionen bedürfen zur Bearbeitung der Volksphantasie der teilweise von ihr selber erzeugten, aus Wahrheit und Dichtung zusammengewobenen Legende. Keine geschichtliche Größe hat wol so unverfroren und geflißentlich selbst für die Legendenbildung um ihr Bild her unter Heranziehung diensteifrigster Federn (hier die der W. Busch,

Lothar Bucher, Kohl, Poschinger) gesorgt, wie Bismarck das tat. Kein Lebensbild ist so sorgsam von professionsmäßigen Federkünstlern unter höchsteigener Oberleitung des im Bilde Dargestellten zurecht retouchiert, von allen Flecken und dunklen Stellen, selbst Schönheitsfehlern, gesäubert, zu silberheller Weiße gebrannt worden, wie Bismarcks Bild. Der Pabst ist unfehlbar, Bismarck war impeccabel. Alle die Böcke, die er bei all' seiner diplomatischen Kunst geschoßen, auch die noch so offensichtlichsten, meist in der zornigsten Aufwallung eines rachsüchtigen Naturells begangenen Fehler (wie der Versuch, die katholische Kirche durch Geldentziehungen 2c. zur Reison zu bringen) wurden den „Anderen" — seinen Mitarbeitern, Vorgängern, Nachfolgern — aufgeheftet; und dabei wurden allerhöchst stehende Personen, selbst die drei kaiserlichen Herren, denen er doch in „deutscher Mannentreue" gedient haben will und soll, keineswegs verschont. —

Doch seinen feurigsten Anhängern genügte die schönmalende Legende, selbst die reichsdeutsche Kanonisation der sogen. Paladine des „großen" Kaisers, noch nicht. Sie bedürfen der Apotheose, um ihrem Huldigungsdrange genug zu tun. Da nun eine eigentliche Bismarcks-Mythologie noch nicht vorhanden oder doch noch nicht hinreichend ausgebildet war, so griff man vorläufig in die deutsch-nordische, also nationale Götter- und Heroenwelt, und die Wuotans, Thors, Baldurs und gehörnten Siegfrieds mußten herhalten. — — — —

Damit hatte uns Wagner's großconcipierte Musikdramatik schon vertraut gemacht; und auch zu reichsdeutsch-decorativen Zwecken waren die nationalen Götter und Helden schon vor Bismarcks Tode zu sehr dankbarer Verwendung gekommen. Besonders tief hatten die Reichsschönmaler bei der Bestattung des „großen" Kaisers ihre Pinsel in diesen Farbentopf getunkt. Damals war's Friedrich der Große, der beim Empfange seines großen Enkels in Walhalla die Honneurs machte. Das entsprach den dynastischen und Familienrücksichten. Bei der aus Magdeburg inspirierten Enthüllung über Bismarcks Aufnahme in den nationalen Himmel ist's der große Schweiger, der, seiner typisch-stummen Rolle gemäß, den Mitpaladin schweigend in die Mitte der neuen Kollegenschaft einführt. — Bemerkenswert bleibt hierbei immerhin,

daß unter diesen der noch markantere Vertreter, der alte Kaiser selbst, nicht erwähnt wird. Das könnte ein so reichsverbostes Gehirn, wie das unsere, dazu bringen, hieraus den Schluß zu ziehen: im reichsdeutschen Himmel seien die Beziehungen zwischen den beiden Haupt-Reichsbegründern, Wilhelm I. und Bismarck nicht mehr so ganz ungetrübt?

Es sind einmal wieder die Führer der Socialdemokratie, die auch an diesen übergeschnappten Reichsbarden das Gerichtsamt vollzogen haben. Bald nachdem diese sich unabläßig selber steigernde Trauer um den Einzigen, den größten Sohn der Nation und des Jahrhunderts, an der Neige desselben ausgetobt hatte, schrieb W. Liebknecht im „Vorwärts" mit reichlich verdientem Spotte: Die Bismarcks-Nachrufe zeigen in wahrhaft erschreckendem Maße Geschmacklosigkeit, Geistes- und Gefühlsöde. Alle Kräfte werden zusammengefaßt und aufgestachelt, um eine titanische, eine gigantische, eine übermenschliche Wirkung hervorzubringen. Alle Götter der altdeutschen Mythologie müßen aufmarschieren: Odin und (?) Wodan mit samt den Walkyren; und der tote Halbgott sitzt in der Walhalla und wird ob seiner Deutschheit gefeiert in einem Deutsch, das ein Hohn ist auf das gute und schöne Deutsch unserer Lessing-Schiller und Goethe, die ja freilich keine Deutschen gewesen sind, sintemalen Deutschland und das deutsche Volk erst lange nach ihnen, wie die Bismarcks-Deutschen uns verkünden, von dem Halbgott geschaffen worden .... Man hat gesagt: der Stil ist der Mensch. Der Stil ist auch die Sache. Eine Sache, die einen so erbärmlichen Stil hat, wie dieser Bismarcksrummel, kann keine gute Sache sein. — Doch „die Besten der Nation", unsere Reichsphilister, laßen sich durch solche verbißene und verboste Kritikasterei nicht irre machen. Sie wollen nicht ohne Bismarck in ihr altes Nichts zurücksinken. Sie wollen ihrem Bismarck leben und sterben. Darum bauen sie nun erst recht ihre neue Reichsreligion aus und schreiten unentwegt und zielbewußt in ihrer Entfaltung des Bismarcksglaubens zum Bismarckskultus weiter unter dem glorreichen Banner der Bismarckssäule. davon in einem späteren Artikel. P. M.

Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat.

(Fortsetzung.)

In dem so berühmt gewordenen „Pro Nihilo" wird uns berichtet, daß aus Anlaß der Vorgeschichte des Arnim-Processes dem Welfenfonds 126 000 Mark entnommen worden seien. Als Urheber dieses Buches war bekanntlich der ehemalige Pariser Botschafter Graf Arnim angeklagt und — mit Hülfe von allerhand Zeugen — auch wirklich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Frhr. v. Loë berichtet aber in einer von ihm verfaßten Schrift, daß er selbst der Verfaßer sei, daß der als Zeuge vernommene Züricher Buchhändlergehülfe Matthiä einen Meineid geschworen habe und zum Lohne dafür Anstellung im Berliner Auswärtigen Amte gefunden habe. Matthiä hatte nemlich beschworen, daß die ihm vorgelegte Handschrift Arnims dieselbe sei, wie die Schrift des Manuscripts zu „Pro Nihilo"; daraufhin hatte schon gleich nach dem Bekanntwerden dieser Aussage der Verleger von „Pro Nihilo" und frühere Brotgeber Matthiäs, Schabelitz in Zürich, an Eidesstatt erklärt, daß Matthiä das Manuscript zu „Pro Nihilo" niemals in Händen gehabt, also einen Meineid geschworen habe. Nichts desto weniger erfolgte die Verurteilung Arnims.*

Alle diese schmählichen Dinge sind von unserer „würdigen" Presse bis auf den heutigen Tag totgeschwiegen worden, und noch mehr: die bezahlten Schreiber haben es fertig gebracht, den Grafen Arnim als einen wirklichen Verbrecher hinzustellen und anderes Teils Bismarck es als ein unnennbares Verdienst anzurechnen, daß er jenen „Hochverräter" unschädlich gemacht habe.

* * *

In einem vor Kurzem veröffentlichten Brief Gustav Freytags an Treitschke schrieb dieser: „Leider ist Bismarck in allem, was Behandlung der öffentlichen Meinung betrifft, ein Kinds-

* Siehe Otto Frhr. v. Loë: Fürst Bismarck. Urkundliche Beiträge zum Ruhme eines großen Mannes. Basel.

kopf, und Duncker nicht anders." Daß dieser spätere Bewunderer und freiwillige Trabant Bismarcks hier wirklich im Ernste gesprochen, ist kaum anzunehmen. Hatte er doch schon reichlich Gelegenheit gehabt, die wirkungsvolle Tätigkeit des Central-Preßbureaus auch unter Bismarck kennen zu lernen. Schon in einem Brief, den Bismarck am 12. Mai 1859 von Petersburg aus an den Minister des Auswärtigen v. Schleinitz richtete, riet er, die Zeitungen zu bestechen. Und in welch' großartigem Maßstabe das gerade damals betrieben wurde, erfahren wir von Jürgens*, welcher uns auch mitteilt, daß eben in jener Zeit der nachmals viel genannte „Preß-Condottière" Const. Rößler sich seine Sporen verdiente.

Rößler ist nachher die Seele der einen Abteilung des Preßbureaus geblieben, während die andere, später mehr auf das Reich zugeschnittene Abteilung von Aegidi geleitet wurde. Wie vorteilhaft diese Zweiteilung für die Regierung war, ist leicht einzusehen. War von der einen Abteilung etwas in die Oeffentlichkeit gebracht worden, was man hinterdrein gern vertuschen wollte, so erklärte die andere Abteilung — und zwar der Wahrheit gemäß —, daß sie nichts mit der Geschichte zu tun habe, und dann hieß es in der übrigen dienstwilligen Presse: Bismarck stand der Sache fern! Hier nur ein Beispiel dieses betrügerischen Tuns: Bekanntlich war im Sommer 1875 durch den „Krieg-in-Sicht"-Artikel der „Post" mit einem Male die öffentliche Meinung so gewaltig aufgeregt worden, daß allgemein geglaubt wurde, der Krieg mit Frankreich stehe vor der Tür. Und in der Tat stand die Sache so, daß nur das Einschreiten des schon damals den Oberherrn Europas spielenden Zaren den Krieg verhinderte. Diese Tatsache ist festgestellt allen Ableugnungen zum Trotze. — Der „Krieg-in-Sicht"-Artikel war, wie später Bismarck selbst zugegeben hat, von Const. Rößler verfaßt und der Aegidi-Flügel der Preß-Reptilien konnte ihn mit gutem Gewißen ableugnen und hat es auch redlich getan. So schreibt Aegidi noch im Jahre 1899 (im „Deutschen Wochenblatt" S. 416):

---

* Aus dessen schon erwähnter Schrift: Deutschland im französisch-sardinischen Kriege.

„Im Jahre 1875 hatten die Franzosen sich in den Kopf gesetzt, wir gedächten einen neuen Krieg gegen sie anzufangen. Dabei trieben sie nach Vermögen in einen solchen hinein: ihre Rüstungen überstiegen das Maß einer gerechten Steigerung ihrer Wehrkraft, gemahnten an eine Vorarbeit zur Mobilmachung. Dem mußte Einhalt geschehen. Bismarck machte sich durch die Presse den Franzosen vernehmbar. Ich meine da nicht den berüchtigten Artikel der „Post": „Krieg in Sicht", dessen Ursprung mir fremd und noch bis heute unbekannt ist, sondern eine vorangehende Aufklärung in der „Nordd. Allgem. Ztg.", die in Paris tiefen Eindruck machte."

„Aegidi, welcher," wie Wuttke berichtet, „stets für Preußen begeistert und glühender Verehrer des Fürsten Bismarck war, entwickelte unermüdliche Tätigkeit und die größte Umsicht, den Leistungen des Pressbureaus in großen und kleinen Blättern Eingang zu verschaffen, ihren Herausgebern schönen Zeitungsstoff zur Verfügung zu stellen und ihr Blatt zu versorgen, ohne daß es diese Geld kostete; überall mühte er sich, mit Zeitungsschreibern Verbindungen anzuknüpfen und den Bereich der Wirkungsmacht des Centralpressbureaus zu erweitern". Freilich gab es noch einen Geist, der alle die hier und im weiteren Verlaufe genannten Pressewerkzeuge zweiter und dritter Ordnung noch weit überragte, nemlich Lothar Bucher; und dieser Mann müßte eigentlich zu allererst genannt werden, wenn die Rede ist von der Zustutzung und Beeinflußung der öffentlichen Meinung in der Aera Bismarcks. Denn er war der weitaus bedeutendste der Köpfe, die ihr Sinnen und Trachten jenen Bestrebungen widmeten, aber er war auch der ehrenwerteste, der, nur durch die Not gezwungen, seiner Ueberzeugung untreu wurde, und darum fällt es uns wahrlich schwer genug, ihn an die Spitze eines geistigen L . . . . . tums zu setzen.

Ueber Buchers Eintritt ins Auswärtige Amt, d. h. in den Dienst Bismarcks, ist viel geschrieben, viel gefabelt worden. Nach des bekannten Vielschreibers H. v. Poschinger Darstellung*, die sich wiederum auf Mitteilungen eines früheren Gesinnungs-

* Ein Achtundvierziger, II, S. 108.

genoßen Buchers stützt, hatte sich Bucher an den damaligen preußischen Justizminister mit der Bitte um Anstellung gewandt und dieser Bismarck davon Mittellung gemacht, woraufhin Bismarck Bucher brieflich sagen ließ, daß er ihn beschäftigen wolle. Bucher antwortet aber: „Excellenz kennen meinen nationalen Standpunkt, welchen ich niemals verleugnen werde." Darauf schreibt Bismarck: „Ihren nationalen Standpunkt kenne ich freilich sehr genau, aber den brauche ich gerade zur Durchführung meiner Politik, und ich werde Ihnen nur Arbeiten zur Ausführung übertragen, welche sich im Geiste Ihrer nationalen Bestrebungen bewegen." Darauf erfolgte die sofortige Erklärung Buchers, daß er in diesem Falle die gebotene Stellung annehme.

Diese Erzählung trägt den Stempel des Unwahren an der Stirn. Bismarck wußte nur zu gut, daß er den alten nationalen, d. h. großdeutsch gesinnten Bucher nicht brauchen konnte, und daß er ihn als seinen Dienstläufer werde zwingen müßen, mit seiner politischen und deutschen Ueberzeugung ein für allemal zu brechen. Nach der aus Buchers eigenem Munde stammenden Darstellung verhielt sich die Sache einfach so: Bucher hatte sich brieflich mit der Bitte an Bismarck gewandt, ihn zur Rechtsanwaltschaft zuzulaßen. Daraufhin hatte Bismarck kurzer Hand im „Statsanzeiger" bekannt geben laßen: Bucher ist zum Legationsrat im Auswärtigen Amte ernannt worden, und Bucher hatte sich dem fait accompli gegenüber gefügt und war ins Auswärtige Amt eingezogen, ohne — wie wir zu seiner Ehre annehmen — zunächst über die ganze Tragweite dieses Entschlußes Klarheit zu haben. Handelte es sich doch für den bedauernswerten Mann darum, in der ihm zugewiesenen Stelle seine ganze ehrenvolle Vergangenheit auszulöschen, das, wofür er bis jetzt eingetreten, für falsch und verwerflich, das aber, was er bisher aufs Grimmigste bekämpft hatte, für richtig und lobenswert zu erklären.

(Fortsetzung folgt.)

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 51. [Neue Folge.] **September 1900. 9. Jahrgang.**

Die chinesische „Weltpolitik" des Deutschen Reiches.

Durch die Ermordung seines in Peking beglaubigten Gesandten ist das Deutsche Reich an den chinesischen Wirren in einem Maße beteiligt worden, die dem bis dahin sehr geringfügigen Umfange seiner dortigen Interessen jedesfalls nicht entspricht. Es erwuchs ihm aus dieser Freveltat der Anspruch auf eine besondere Genugtuung und die Verpflichtung, zur Erlangung derselben das Nötige zu tuen. Dieser Anspruch ist auch von den in China hauptsächlich interessierten Mächten — Rußland, England, Frankreich und Japan — ohne weiteres anerkannt worden, und dieselben haben demgemäß nichts dagegen zu erinnern gehabt, daß das Reich mit einer beträchtlichen, ihre eigenen Contingente teilweise übertreffenden Truppenmacht an der Ordnung der chinesischen Wirren Teil zu nehmen sich anschickte. Es zeigte sich aber bald, daß die maßgebende Stelle in Berlin entschloßen sei, den an sich höchst unerwünschten Gesandtenmord zum erwünschten Anlaß einer möglichst schneidigen Betätigung derjenigen weltpolitischen Pläne zu benutzen, die seit einigen Jahren so zu sagen in der reichsdeutschen Luft liegen.

Darüber wurde die Welt zur Genüge aufgeklärt durch die zahlreichen Reden, welche Kaiser Wilhelm II. über seine chinesische Politik zu halten, seit dem Bekanntwerden der Ermordung des Herrn v. Ketteler sich bei jeder Gelegenheit gedrungen fühlte. Schon in der ersten, am 2. Juli zu Wilhelmshaven an die Mannschaften der ausreisenden Seebataillone gerichteten Ansprache hieß es, der Kaiser gedenke „Rache zu nehmen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat", und „nicht eher zu ruhen, bis die deutschen Fahnen auf den Mauern von Peking flattern und dort den Frieden dictieren".

An demselben Tage fielen den Officieren jener Bataillone gegenüber die Worte: „Ruhen Sie nicht eher, als bis der Gegner zu Boden geschmettert auf den Knieen um Gnade fleht". Am folgenden Tage sagte der kaiserliche Redner in einer dritten Wilhelmshavener Rede, daß der „mächtige Wellenschlag des Oceans" das Deutsche Reich „zur Weltpolitik zwinge" und beweise, „daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf." „Ich bin nicht der Meinung", fuhr er dann fort, „daß unser deutsches Volk vor 30 Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen bei Seite schieben zu laßen. Geschähe das, so wäre es ein für allemal mit der Weltmachtsstellung des deutschen Volkes vorbei, und Ich bin nicht gewillt, es dazu kommen zu laßen. Hierzu die geeigneten und, wenn es sein muß, auch die schärfsten Mittel rücksichtslos anzuwenden, ist Meine Pflicht nur, Mein schönstes Vorrecht." Am 8. Juli wurde der abfahrenden Linienschiffs-Division eingeschärft: „Ich werde nicht ruhen, bis China niedergeworfen ist und alle Bluttaten gerächt sind". Nach kurzer, durch eine Erholungsreise in die nordischen Gewäßer veranlaßter Pause setzte der Kaiser unmittelbar nach seiner Rückkehr am 27. Juli diese Kundgebungen in noch gesteigerter Tonart fort. Bei der Ausreise der ersten Abteilung des ostasiatischen Expeditionscorps von Bremerhaven sprach er an dem bezeichneten Tage von den „großen überseeischen Aufgaben, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen" seien und die es, was das alte Reich nicht vermocht habe, lösen könne, durch sein Heer. Aus der an dem Gesandten begangenen Freveltat könne man ersehen, „wohin eine Kultur kommt, die nicht auf dem Boden des Christentums aufgebaut ist; jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und herrlich sein, wird bei der ersten Kraftprobe erliegen! ... Kommt ihr vor den Feind, so wird er geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem

König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!" Der Schluß dieser seitdem als „Hunnenrede" bezeichneten Ansprache aber lautete: „Und Gottes Segen möge an Euere Fahnen sich heften und dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christentum in jenem Lande seinen Einzug hält, damit solch traurige Fälle nicht mehr vorkommen! Dafür steht Ihr Mir mit Euerem Fahneneid!" In einer zwei Tage später an Bord seiner Yacht „Hohenzollern" gehaltenen „Seepredigt" schilderte der Kaiser „das heilige Schlachtenbild unserer Tage" mit den Worten: „Drüben in der Ferne die Scharen der Kämpfer, hier in der Heimat die Scharen der Beter" und bezeichnete es als die Aufgabe beider Scharen, „die Drachenbanner in den Staub zu werfen und die Kreuzesbanner auf die Mauern zu pflanzen". Am 5. August sprach er dann in Bielefeld wieder von dem „Weltreiche", dessen „Grund- und Eckstein" schon der sogen. Große Kurfürst von Brandenburg gelegt und damit für ihn (den Kaiser) die „feste Basis" geschaffen habe, und fuhr dann fort: „Mir ist es vielleicht vergönnt, den Teil eines Traumes auszuführen, der durch die späteren Kämpfe in unserer Entwickelung zurücktreten mußte, den Weg über die See. Was damals der Große Kurfürst nur angedeutet und begonnen, das vermögen wir jetzt im Großen aufzunehmen, weil wir ein geeintes großes deutsches Vaterland haben. Sie haben es jüngst erlebt: Deutsche Heere unter dem Schutz deutscher Fahnen ziehen hinaus, bestehend aus Gliedern und Söhnen unseres Vaterlandes aus allen Gauen, von den Schären des Belts bis zum Wasgau, gemeinsam für die schwarz-weiß-rote Fahne zu kämpfen, die Größe und den Ruhm unseres Vaterlandes im Auslande zu besiegeln, zu zeigen, daß der Arm des deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Teile der Welt reicht."

Versucht man es, sich aus diesen Reden des deutschen

Kaisers ein Programm der in China zu verfolgenden reichsdeutschen Politik zusammen zu stellen, so kommt man zu dem Ergebnisse, daß es dabei auf einen mit der unerbittlichen Schonungslosigkeit der Hunnen zu führenden Rachekrieg gegen das chinesische Reich als solches, sowie auf die gewaltsame Einführung des Christentums in dasselbe abgesehen sei, daß aber diese Unternehmung nur das Mittel sein solle, um das letzte Ziel des Kaisers, die „Weltmachtsstellung des deutschen Volkes", „die Größe und den Ruhm desselben im Auslande", die Ausdehnung des Machtbereichs des deutschen Kaisers „bis in die entferntesten Teile der Welt", verwirklichen zu helfen, als dessen Aufgabe Wilhelm II. es schon früher bezeichnet hatte, „auch auf dem Waßer den Frieden zu gebieten". So nehmen sich die von dem Kaiser zu Bielefeld angekündigten, „unserem deutschen Vaterlande noch bevorstehenden großen Zeiten" aus, von denen er schon bei einer andern Gelegenheit sagte: „Herrlichen Zeiten führe Ich Euch entgegen". Es ist der „Traum" des von dem Großen Kurfürsten erhofften und begonnenen, von Wilhelm II. zu verwirklichenden preußisch-deutschen „Weltreiches", ein Name, der jetzt zum ersten Male rund und nett ausgesprochen wurde, da offenbar die Meinung bestand, die von demselben bezeichnete Sache vermittelst des Heereszuges nach China erreichen zu können.

Nun ist allerdings nicht nur ein großer Teil der reichsdeutschen Presse, sondern auch das Auswärtige Amt bemüht gewesen, diese hochfliegenden Gedanken möglichst zu ermäßigen und in den brausenden Wein der kaiserlichen Worte nach Kräften Waßer zu schütten. Der bemerkenswerteste Versuch dieser Art wurde von dem Reichsstatssecretär Grafen Bülow in einem am 11. Juli an die verbündeten reichsdeutschen Regierungen gerichteten, später auch den auswärtigen Cabinetten mitgeteilten Rundschreiben gemacht, welches für die chinesische Politik folgendes Programm aufstellte: „Die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen sollen uns in den Stand setzen, an der von allen Mächten für notwendig erachteten militärischen Action in China in einer der politischen Bedeutung Deutschlands entsprechenden Weise teilzunehmen. Durch die Vor-

gänge in China sind das so erfolgreiche deutsche Missionswerk im fernen Osten, der blühende deutsche Handel in Ostasien und endlich die in der Provinz Shantung im Entstehen begriffenen großen deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen in gleichem Maße bedroht. Diese idealen und materiellen Interessen müßen wir mit allem Nachdruck schützen. Das Ziel, das wir verfolgen, ist die Wiederherstellung der Sicherheit von Person, Eigentum und Tätigkeit der Reichsangehörigen in China, Rettung der in Peking eingeschloßenen Fremden, Wiederherstellung und Sicherung geregelter Zustände unter einer geordneten chinesischen Regierung, Sühnung und Genugtuung für die verübten Untaten. Wir wünschen keine Aufteilung Chinas; wir erstreben keine Sondervorteile. Die kaiserliche Regierung ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Aufrechterhaltung des Einverständnisses unter den Mächten die Vorbedingung für die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in China ist, und wird ihrerseits in ihrer Politik diesem Gesichtspunkte auch ferner in erster Linie Rechnung tragen."

Man sieht, daß hier — im Gegensatze zu den Reden des Kaisers — die Genugtuungsfrage und das Missionswerk eine nur beiläufige Rolle spielen, während von den großen weltpolitischen Zielen mit keinem Worte die Rede ist. Dagegen wird die „Aufrechterhaltung des Einverständnisses unter den Mächten" an die erste Stelle der maßgebenden Gesichtspunkte gerückt und das Programm nach der negativen Seite dahin abgegrenzt, daß man „keine Aufteilung Chinas und keine Sondervorteile" wünsche. Es blieb allerdings schon damals nicht unbemerkt, daß diese Begrenzung eine sehr vorsichtige und vieldeutige sei, da auch ohne „Aufteilung" Chinas, an die überhaupt kein vernünftiger Mensch denken kann, sehr wol neue „Pachtungen" oder die Erwerbung bestimmter „Interessensphären" möglich wäre, und diese Dinge auch „keine Sonderinteressen" darstellen würden, falls andere Mächte Aehnliches täten. Gleichwol wurde das Bülow'sche Programm als ein im Ganzen befriedigendes angesehen. Es wirkte unverkennbar be-

ruhigend, und zwar mehr noch im Auslande als im Inlande. Im Reiche selbst fand man es mit Recht befremdlich, daß der einzige verantwortliche Reichsbeamte, der Kanzler, während der ganzen Entwickelung dieser ernsten Angelegenheit ebenso völlig unsichtbar blieb wie der Bundesrat, und noch befremdlicher wurde die oft geradezu schnöde officiöse Zurückweisung des Verlangens nach Einberufung des Reichstages empfunden. Nicht nur die großen Geldopfer der chinesischen Expedition, die allein bis zum Ende des Monats September auf 100 Millionen geschätzt werden, sondern auch die mindestens zweifelhafte Berechtigung der Heeresleitung, 20000 Mann des Landheeres, wenn dieselben auch Freiwillige sind, in einen ohne förmliche Kriegserklärung geführten blutigen überseeischen Krieg zu schicken, machten das Verlangen nach Mitwirkung des Reichskanzlers, Bundesrats und Reichstages bei diesen großen und unter Umständen verhängnisvollen Unternehmungen zu einem durchaus berechtigten. Nicht minder berechtigt erschien aber auch die Forderung eingehender Klarlegung und Beleuchtung der eigentlich treibenden Beweggründe und letzten Ziele der ganzen chinesischen Reichsaction vor der verfaßungsmäßigen Volksvertretung. Von alledem erfolgte jedoch nichts. Die eigentlichen Reichsinstanzen blieben nach wie vor aus dem Spiele, und als handelnde Person erschien immer nur wieder der Kaiser. War doch auch in dem Bülow'schen Rundschreiben — nach einem bisher noch nicht gehörten Sprachgebrauche — nur von der „kaiserlichen Regierung", von ihrer Ueberzeugung und von ihrer dem Auslande gegenüber eingenommenen Haltung die Rede gewesen. Es ist daher erklärlich genug, daß die Kundgebung des Grafen Bülow ihre beruhigende Wirkung gerade im Reiche selbst größtenteils verfehlte, da eben die Reden des Kaisers die herrschende Beunruhigung hervorgerufen hatten.

Aber auch im Auslande hielt diese Beruhigung nicht lange vor, und das hatte seinen Grund in der ganz eigentümlichen Art, wie die Bestellung des Feldmarschalls Grafen Waldersee zum sogenannten „Obercommandierenden in China" betrieben, veröffentlicht und ausgebeutet wurde.

Dieselbe wurde durch die „Köln. Ztg." am 8. August von Berlin aus der Welt bekannt gegeben und am folgenden Tage

brachte der Kaiser auf dem Kasseler Bahnhofe „dem Obercommandierenden der verbündeten Truppen in China" ein Hurrah aus. Alsbald aber wurde bekannt, daß um diese Zeit nur Rußland dem Vorschlage des Kaisers zugestimmt habe, und man hatte den Eindruck, daß durch die Bekanntmachung eine sogen. „vollendete Tatsache" geschaffen werden sollte, der sich zu entziehen den etwa zum Widerspruch geneigten Mächten nun sehr schwer gefallen wäre. Selbst in Wien fühlte man sich durch dieses Vorgehen überrascht, anderwärts überrumpelt, in Frankreich peinlich betroffen, und auch Rußland beeilte sich jetzt, seine Beteiligung an der Sache als eine wesentlich passive darzustellen. Zwar hat der deutsche Kaiser bei Verabschiedung des Grafen Waldersee im Residenzschloße zu Kassel am 18. August gesagt, daß die Ernennung desselben „zum Ausgangspunkte hat die Anregung und den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen", und dann im Verlaufe dieser Rede noch einmal betonte, „daß auf die Anregung Sr. [russischen] Majestät hin die gesamte gesittete Welt ohne Unterschied aus freiem Antriebe" den Marschall mit dem Obercommando betraut habe. Drei Tage vorher aber, am 15. August, hatte der amtliche russische „Regierungsbote" ausdrücklich das „Bestreben" des deutschen Reiches constatiert „an der Spitze der internationalen, gegen die chinesischen Rebellen operierenden Kräfte zu stehen", und eine Darstellung der Vorgeschichte der Ernennung Waldersees gegeben, in der es heißt: „Als unter den Mächten ein Meinungs-Austausch über die beste Art der Einigung bezüglich der Operationen der internationalen Truppen stattfand, wandte sich Kaiser Wilhelm direct telegraphisch an Kaiser Nikolaus sowie auch an alle interessierten Regierungen und stellte den Feldmarschall Grafen von Waldersee zur Verfügung, welchem in der Eigenschaft eines Obercommandierenden die Leitung der Operationen der auf dem Kriegsschauplatze von Petschili concentrierten internationalen Truppen übertragen werden könnte. Von dem Wunsche beseelt, die im fernen Osten entstandenen Verwickelungen in kürzester Zeit zu ordnen, antwortete Kaiser Nikolaus, daß er seinerseits kein Hindernis für die Annahme des Vorschlages Kaiser Wilhelms

finde." Zur Aufklärung des scheinbar unlöslichen Widerspruches beider Darstellungen hat später die officiöse Münchener „Allg. Ztg." zugegeben, daß die „Anregung" des Zaren bei den anderen Mächten, namentlich Frankreich, erst erfolgt sei, nachdem die vorausgegangenen vertraulichen Eröffnungen des deutschen Kaisers an den Zaren eine greifbare Form angenommen hätten. Jedesfalls darf es als Tatsache gelten, daß die erste Initiative zur Erschaffung des „Weltmarschalls" ebenso wie diejenige zur deutschen „Weltpolitik" von der Person Kaiser Wilhelms II. ausgegangen sei. Diese Tatsache konnte aber im Reiche kaum weniger überraschen wie im Auslande, da die Officiösen des Berliner Auswärtigen Amtes bis dahin stets den Standpunkt vertreten hatten, daß das Reich nach der Oberbefehlswürde in China keinerlei Verlangen trage und sich allesfalls nur auf einstimmigen Wunsch aller Mächte dazu verstehen könne, die Bürde dieser Würde auf sich zu nehmen. Nach diesem Grundsatze war auch in einem früheren Stadium der Sache wirklich verfahren worden, wo, wie es heißt, von England versucht worden war, das Reich zur Bewerbung um diese zweifelhafte Würde zu veranlaßen. Um so befremdlicher erschien es jetzt, daß diese Bewerbung nun doch erfolgt war. Hatte man in unserer China-Politik bisher schon die Mitwirkung des Reichskanzlers, des Bundesrates und des Reichstages vermisst, so gewann es nun den Anschein, als ob dieser neue Act auch über den Kopf des Auswärtigen Amtes hin erfolgt sei, d. h. daß sich die Leitung der chinesischen Politik immer ausschließlicher in der Person des Kaisers concentriere. Selbst in der „Germania", dem Berliner Centrumsorgan, welche nach den ersten Wilhelmshavener Reden des Kaisers „Deutschlands Statsschiff stolz und majestätisch auf dem Ocean der Weltpolitik dahin gleiten" gesehen hatte, fiel jetzt das bedenkliche Wort, es sähe so aus, als ob wir im Deutschen Reiche ein „absolutistisches Regiment" hätten.

Die Folgen des „geschickten Coups", durch welchen der deutsche Weltmarschall den Mächten aufgedrängt war, ließen nicht lange auf sich warten. Sie zeigten sich zunächst in dem allgemeinen Bestreben, die Befugnisse desselben von vornherein auf das Aeußerste einzuschränken. Welche ehrgeizige Träume man in

dieſer Beziehung in Berlin gehegt hatte, wurde von einem Artikel verraten, den die „Köln. Ztg." juſt einen Tag vorher, ehe ſie die „Ernennung" Walderſees urbi et orbi verkündigte, „von ſehr geſchätzter Seite" zu veröffentlichen in Stand geſetzt war. In dieſem Artikel wurde über die dem gemeinſamen Oberbefehlshaber zu verleihenden politiſchen und diplomatiſchen Machtvollkommenheiten geſagt: derſelbe müße auf unbedingten Gehorſam aller Glieder ſeines Heeres rechnen können; er müße daher die Macht haben, obere Befehlshaber, die ſeinen Anordnungen nicht pünktlich Folge leiſten, vorläufig ihrer Stelle zu entheben; er müße die Contingente miſchen dürfen, Kriegsgerichte einſetzen, Nachſchub, Verpflegung, Munition, Lazarethweſen ordnen und „ſeinen Weiſungen und ſeiner Vorſorge in dieſer Richtung müßten auch die heimatlichen Behörden rechtzeitig nachkommen". Und weiter hieß es da: „Das militäriſche Ziel kann nicht die Eroberung von Peking, es muß die Niederwerfung der chineſiſchen Streitmacht ſein, derart, daß das Reich der Mitte gezwungen iſt, die Forderungen der Mächte zu erfüllen. Nur in dem Ermeßen des Oberbefehlshabers darf es liegen, den Zeitpunkt zum Beginn der dann erforderlichen Verhandlungen zu beſtimmen, die ebenfalls in ſeine Hand zu legen und nach ſeinem Gutdünken wieder abzubrechen ſind. Erlangten die Diplomaten das Recht zu ſelbſtändigen Verhandlungen, ſo könnte alles Erreichte bald wieder in Frage geſtellt werden, und bei dem hinterliſtigen Character der Chineſen möchten ſich die Vorgänge von 1860 wiederholen, wo Friedensverhandlungen nur zum Zwecke der Verzögerung ſtattfanden, und während derſelben die franzöſiſchen und engliſchen Bevollmächtigten im chineſiſchen Lager grauſam gefoltert und getötet wurden." So alſo ſtellte man ſich in Berlin die von dem reichsdeutſchen Befehlshaber in China zu ſpielende Rolle vor. Er ſollte carte blanche zur Löſung nicht bloß der militäriſchen, ſondern auch der politiſchen Fragen haben, und während ſeiner Tätigkeit ſollte die Diplomatie ſich zur Ruhe ſetzen. Auch ſpäter iſt noch in einem offenbar von Berlin her ausgeſtreckten Fühler der Wiener allerweltsofficiöſen „Politiſchen Correſpondenz" und noch ſpäter in einem Artikel der Berliner

„Post“ für den reichsdeutschen Weltmarschall der Character nicht nur eines militärischen, sondern auch eines „diplomatischen Obercommandanten“ in Anspruch genommen worden. Aber diese Träume sah man schon in den ersten Tagen nach der „Ernennung“ zerrinnen. Zuerst wurde dem Marschall klar gemacht, daß er überhaupt nicht „Obercommandierender der verbündeten Truppen in China“ sei, als der er in Kassel proclamiert worden war, da die Russen, Engländer und Franzosen gar nicht daran dächten, ihm diese Würde in ihren besondern „Interessen-Gebieten“ zuzugestehen, sondern sein Amt nur für die Provinz Petschili, d. h. für den Zug nach Peking anerkannt hätten. Und auch um die auf Petschili beschränkten Vollmachten des Marschalls ist es übelgenug bestellt. Verhandlungen über diese wichtige Frage haben, wenn sie überhaupt geführt worden sind, offenbar kein Ergebnis gehabt, und die „Köln. Ztg.“ hat dann auch geradezu melden müßen, daß „keine ins Einzelne gehende Vereinbarungen“ darüber getroffen worden seien. Der ministerielle Londoner „Standard“ sagte ohne Umschweife: Der Bequemlichkeit halber möge Graf Waldersee Generalissimus oder Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte genannt, aber es dürfe nicht vorausgesetzt werden, daß er die Art der Autorität über die gemischten Contingente ausüben werde, die z. B. Lord Roberts in Südafrika besitze; seine Stellung werde vielmehr die des Präsidenten eines Kriegsrats sein, er werde anerkennen müßen, „daß seine Untergebenen notgedrungen eigene Anschauungen haben, daß sie von ihren Regierungen mit Ratschlägen versehen werden, die nicht immer mit jenen, die er selber empfängt, übereinstimmen können.“ Hiernach werden also die dem Weltmarschall in Petschili einzuräumenden Machtvollkommenheiten lediglich diejenigen sein, die ihm als rangältestem Officier nach internationalem Brauche ohnedieß zugestanden hätten, wie das die merkwürdige Faßung auch geradezu ausspricht, in welcher die officiöse Pariser „Agence Havas“ die Zustimmung der französischen Regierung zu jener Betrauung Waldersees mitteilte. In derselben heißt es nemlich, die französische Regierung habe in Berlin mitteilen laßen, „daß, wenn Generalfeldmarschall v. Waldersee in China eingetroffen

sein und im Rate der Corpsbefehlshaber des internationalen Heeres den hervorragenden Platz eingenommen haben wird, den er seinem hohen Range verdankt, General Voyron, Oberbefehlshaber des französischen Expeditionscorps, nicht ermangeln wird, mit dem Marschall Beziehungen anzuknüpfen."

Aber nicht genug damit, daß die Bestellung des reichsdeutschen Oberbefehlshabers zu einem bloßen Act formaler Höflichkeit herabgedrückt wurde. Die betreffenden Mächte entnahmen ihr auch den Ansporn zu äußerst beschleunigtem Vorgehen in China selbst, offenbar in der Absicht, den Taten des neuen Weltmarschalls dort wenig oder nichts mehr übrig zu lassen. Während die von den militärischen Kreißen Berlins inspirierte Presse es noch am 12. August so darstellte, als habe der Vormarsch gegen Peking noch immer nicht begonnen, da die blutigen Kämpfe des 5. und 6. August bei Peitsang und Yangtsun nur der Sicherung der Stellung bei Tientsin gegolten hätten und der weitere Vorstoß gegen die chinesische Hauptstadt erst nach dem Eintreffen weiterer beträchtlicher Verstärkungen und insbesondere des neuen Oberfehlshabers Grafen Waldersee möglich sei, hatte der in der Tat sehr gefährliche Vorstoß damals — allem Anscheine nach unter dem unliebsamen Eindrucke der Ernennung dieses Oberbefehlshabers — bereits begonnen. Er führte in den Tagen des 14. bis 16. August zur Eroberung Pekings und zur Befreiung der dortigen Gesandten und sonstigen Fremden, und zwar durch die ohne einheitlichen Oberbefehl nur nach gemeinsamer Verabredung operierenden Truppen der Japaner, Russen, Engländer, Amerikaner und Franzosen. Die damals noch in sehr geringer Zahl in China anwesenden Truppen des deutschen Reiches waren ebenso wenig wie diejenigen der beiden übrigen Dreibundsmächte bei Erzielung dieses großen und überraschenden Erfolges beteiligt gewesen und wurden erst nach getaner Arbeit zur Besetzung der eroberten Stadt herangezogen, um den Chinesen die Eintracht der fremden Mächte zu demonstrieren.

Diese Vorgänge waren bereits als zweifellose Tatsachen bekannt, als Kaiser Wilhelm II. am 18. August zu Kassel seine Abschiedsrede an den Grafen Waldersee hielt, in der er jedoch

kein Wort fand, um zu derselben Stellung zu nehmen. Und das war ja auch begreiflich genug Angesichts der durch diese ganz unerwartete Wendung unverkennbar recht peinlich gewordenen Lage der reichsdeutschen Politik. Hatte dieselbe nach ihren bisherigen Verlautbarungen in China zeigen wollen, „daß der Arm des deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Teile der Welt reicht", hatte sie angekündigt, daß „die deutschen Fahnen siegreich über den chinesischen Mauern wehen" sollten, um „den Chinesen den Frieden zu dictieren" und „Rache zu nehmen, wie sie die Welt noch nicht gesehen", so war jetzt zu constatieren, daß die reichsdeutschen Soldaten bei der Einnahme der chinesischen Hauptstadt in Wahrheit gar nichts zu tun gehabt hatten, während die Hauptrolle gerade den Fahnen derjenigen Mächte zugefallen war, die sich bis dahin möglichst still verhalten hatten und jetzt ihr Möglichstes taten, um der ganzen Sache womöglich noch vor Eintreffen des reichsdeutschen Obercommandierenden ein rasches Ende zu machen. Ja, die Ironie der Weltgeschichte hatte es sogar gewollt, daß bei dieser reichsdeutscher Seits gern als moderner Kreuzzeug dargestellten Unternehmung die Hauptlorbeeren den — japanischen Heiden zugefallen waren. Das alles stand ganz und gar nicht im Einklang mit den Voraussetzungen, von denen man bei Ernennung des Grafen Waldersee ausgegangen war, und es wäre allerdings, wie die „Freis. Ztg," damals richtig bemerkte, „unter diesen Umständen eine oratorisch sehr schwerige Aufgabe gewesen, die Bedeutung der Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber in der bisherigen Weise in Einklang zu bringen mit den jüngsten Ereignissen."

Mit der Eroberung Pekings war die militärische Aufgabe der fremden Mächte in China der Hauptsache nach offenbar erledigt, da eine Ausdehnung der kriegerischen Operationen in das Innere des chinesischen Reiches, wohin sich der kaiserliche Hof und die Regierung rechtzeitig zurückgezogen hatten, ganz außerhalb der bisher von den Mächten getroffenen Vereinbarungen liegt. Damit war aber auch die Oberbefehlshaberschaft des Grafen Waldersee in allem Wesentlichen gegenstandslos geworden, und dieser Ansicht haben die beteiligten Mächte nicht nur durch ihre Presse, sondern auch

dadurch einen sehr deutlichen Ausdruck gegeben, daß sie, einer amtlichen Pariser Meldung zu Folge, alsbald nach der Einnahme Pekings dort eine von dem Generalstabe Waldersees unabhängige, aus Mitgliedern aller verbündeten Mächte bestehende *internationale Commission* einsetzten, deren Aufgabe es sein soll, für die Auswahl der zu besetzenden Punkte, für Ausrüstung und Verpflegung der Truppen und die anderen militärischen Angelegenheiten Sorge zu tragen. Was nach alledem noch für die Competenz des Weltmarschalls übrig bleiben soll, ist wirklich schwer auszudenken.

Um so überraschender mußte es daher überall, und dießmal namentlich im Auslande, empfunden werden, daß sich die *Ausreise des Grafen Waldersee* aus dem Deutschen Reiche unter den ungewöhnlichsten Demonstrationen vollzog, die sowol zu dem Zustandekommen seiner Bestellung als auch zu den inzwischen eingetretenen Ereignissen im äußersten Misverhältnisse standen. Bei der Verabschiedung des Grafen in Kassel hatte der deutsche Kaiser die Bestellung desselben dargestellt als „eine einheitliche Anerkennung für unser ganzes militärisches Leben und Wirken sowie für das militärische System und für die Ausbildung und Führerschaft unserer Generäle und Officiere," was von der auswärtigen Presse, namentlich der russischen und französischen, sofort in schärfster Weise als dem wirklichen Hergange durchaus nicht entsprechend gerügt worden war. Graf Waldersee selbst hat dann so ziemlich auf jeder Station irgend eine Ansprache halten zu müßen geglaubt. In Hannover sagte dieser redselige Nachfolger des „großen Schweigers" Moltke, er gedenke zu beweisen, daß er „wirklich der rechte Mann am rechten Platze" sei, und dem Kaiser antwortete er gar, „daß, so lange der Arm die Kraft behalten wird, diesen [ihm eben verliehenen Marschalls-] Stab zu halten, ein Befehl zum Rückzug über meine Lippen nicht kommen wird." Das war aber noch gar nichts gegen den hirnerschütternden Lärm, mit dem der offenbar aus der Umgebung des Marschalls selbst bediente officiöse Telegraph die Reise desselben begleitete. In einem solchen officiösen Telegramm hieß es z. B. „Die Fahrt des Sonderzugs des Feldmarschalls Grafen Waldersee durch die deutschen Lande gleicht einem *Triumph-*

zuge." In dem Münchener Bericht der dortigen „Allge. Ztg." las man: „Kurz vor 7½ Uhr wurde das Nahen des Zuges signalisiert, und gleich darauf fuhr derselbe in majestätisch langsamem Tempo unter Donner und Blitz in den Bahnhof ein." Dann wurde es u. a. als „rührend" und „ergreifend" geschildert, wie sich der greise Feldmarschall selbst mit den königlichen Prinzen von Bayern „in zwangloser Weise" unterhalten habe. Auch stellten die officiösen Reise-Telegramme Betrachtungen darüber an, daß „der freudig bewegte Feldmarschall der Empfänger begeisterter Ovationen sei, wie ähnliche seit 1870/71 nicht vorgekommen sein dürften." „Ein Zug von hohem Enthusiasmus weht durch diese dem Moment entsprungenen Kundgebungen." Es wurde so dargestellt, als ob das deutsche Volk „längs der Linie des Sonderzuges sich aufgestellt" habe, und als ob „die arbeitenden Klassen und die von weither gewanderte ländliche Bevölkerung sich stürmisch an den Begrüßungen beteiligt".

Mit wahrer Genugtuung verzeichnen wir es hier, daß dieses Gebahren in dem weitaus größten Teile der deutschen Presse bis tief in die Reihen der Conservativen hinein die allerschärfste Verurteilung fand. Der Spott und die Entrüstung über diese „Vorschußlorbeeren" auf „pränumerando" gefeierte und inzwischen ganz unwahrscheinlich gewordene Kriegstaten wollte kein Ende nehmen und ließ sich auch nicht zum Schweigen bringen, als dieß von „Reichsanzeiger" und „Nordd. Allg. Ztg." durch ein ebenso nervöses wie ungeschicktes, jedesfalls hochofficiöses Quos ego! versucht wurde. Im Gegenteile wurde nun erst recht darauf hingewiesen, wie die „Tropenausrüstung" des Marschalls einschließlich aller Unterhosen und Leibbinden in den Zeitungen beschrieben, wie man gerühmt hatte, es sei ihm ein Haus aus Asbest, ein Landauer, ein Jagdwagen, sowie fünf andere Wagen und dazu je ein Vierergespann zur Verfügung gestellt worden, wie er selbst sich vor seiner Abreise nach Kassel in seiner feschen Ulanenuniform, einen vom Kaiser erhaltenen Stock mit silbernem Griff in der Hand, in den verschiedensten Stellungen für einen Kinematographen habe photographieren laßen ꝛc. ꝛc. Das beste Wort gegen die „Schreihälse des nationalen Dicketuns, die wir ja leider in großer Menge besitzen", fand damals wol die gemäßigt liberale,

durchaus reichsfromme „Weserzeitung", als sie sagte: „Bei uns wird zu viel Tamtam in solchen Dingen gemacht, und damit machen wir uns vor fremden Völkern lächerlich, so daß sie ihren Spott an uns üben können. Jeder Erfolg wird sofort in das grellste electrische Licht gestellt, und meist geht es ohne ein bedeutendes Quantum dessen nicht ab, was im Gegensatz zu Feindes Lob und selbst Freundes Lob die Nase so unangenehm berührt. Es wird ein übertriebener Wert auf das Demonstrative und Decorative, auf die Pose gelegt. Das Vertrauen auf die spätere, aber nachhaltigere Anerkennung, die ein stilles Geltendmachen der guten Eigenschaften einer Sache, einer Leistung, einer Errungenschaft findet, ist zu sehr geschwächt. Ein etwas rustikales, aber drastisches Sprüchwort sagt: „Man muß nicht eher Hering rufen, bis man ihn beim Schwanz hat"; und selbst das geht nicht weit genug, denn wenn man den Hering wirklich hat, so macht es sich oft am besten, wenn man selbst dann nicht dicke tut, sondern sich still beneiden läßt. Weniger Tamtam wäre ein großer Gewinn für uns . . . Was bleibt noch übrig, wenn Waldersee wirklich als internationaler Heerführer die Chinesen zu Paren treibt?"

Der Schluß, den das Ausland aus diesem Tamtam zog war vielleicht falsch, aber man muß zugeben, daß er sich ganz von selbst aufdrängte. Man sagte sich dort, daß diese lärmende Großspurigkeit doch nicht der beißenden Witze wegen, zu denen sie überall Veranlaßung bot, in Scene gesetzt sein könne. Man brachte sie mit den sensationellen Reden von dem hunnischen Rache-Feldzuge, von der deutschen Weltmacht, dem zu gründenden überseeischen Weltreiche und dem Eifer in Verbindung, mit dem man sich zu der Oberbefehlshaberschaft in China gedrängt hatte, und folgerte nun, daß der reichsdeutsche Weltmarschall zur Ausführung aller jener Ankündigungen auch jetzt noch ausersehen sei, wo die übrigen Mächte ihn bereits für überflüßig und die militärische Arbeit durch die Einnahme von Peking für erledigt hielten. Fehlte aber noch etwas, um die Mächte in diesem Mistrauen zu bestärken, so wurde es überreichlich nachgeholt durch die törichten Fanfarronaden von der den Chinesen und dem

chinesischen Reiche zugedachten Behandlung, in der sich ein Teil der reichsdeutschen Presse zu ergehen nicht müde wurde. Es verlohnt sich hier nicht, der blutdürstigen Tobsucht Erwähnung zu tuen, mit der in Organen wie dem „Kleinen Journal" und dem „Schwäb. Merkur" die hunnische Kriegsführung gegen die „Bezopften" im Einzelnen empfohlen wurde. Aber auch in so ernsthaften Blättern wie der „Kreuzzeitung" ist noch in jüngster Zeit die Stellung des Kaisers von China und seiner Regierung unter die Controlle eines Collegiums auswärtiger Vertreter, die Stellung von Geiseln, die Besetzung der Häfen, die Unterhaltung internationaler Garnisons in den wichtigsten Städten des Reiches als unerläßliche Garantien für die Zukunft verlangt worden. Noch später hat in der „Marine-Rundschau", einer im Nachrichten-Bureau des Statssecrecretärs der Marine gearbeiteten, auf dem Umschlage allerdings als ganz unabhängig von der Regierung bezeichneten Zuschrift, ein Oberleutnant z. S. Schultz ausdrücklich proclamiert, „daß die Aufteilung Chinas begonnen habe", und „daß Deutschland, falls es nicht die weiteren Provinzen zwischen dem Hoang-ho und dem Jang-tse, mit anderen Worten zwischen der russischen und englischen Interessen-Sphäre zugesichert bekommt, in wenigen Jahrzehenden in China ungefähr dieselbe bescheidene Stellung einnehmen wird, die die portugiesischen und französischen Kolonteen in Vorderindien haben". Dieß Ziel sei allerdings nur „mit großen Land- und Seestreitkräften und russischer Rücksichtslosigkeit" zu erreichen, könne aber so auch erreicht werden, da „das Kaiserreich Deutschland" (auch das Aufkommen dieses in der Kasseler Rede Wilhelms II. zuerst gebrauchten, der Reichsverfaßung ganz zuwiderlaufenden Ausdruckes verdanken wir der chinesischen Weltpolitik) „der einzige Stat" sei, „der Rußland in seinem Vordringen nach Süden behindern kann", da es „seinen Platz an der Sonne, den es auch in China weiter beanspruchen wird, auf den europäischen Schlachtfeldern ausfechten" könne. Noch merkwürdiger geberdet sich ein „jüngerer ehrgeiziger Diplomat", welcher in der in einer Berliner Militärbuchhandlung erschienenen Schrift „Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts" seine weltpolitischen Hallucinationen

austobt. Derselbe verlangt nicht mehr und nicht weniger als Krieg mit Frankreich und Rußland, auf daß nach der Zerschmetterung beider Staten der Krieg gegen Oesterreich begonnen werde; der selbstverständlichen Besiegung Oesterreichs soll die Ausweisung der nichtdeutschen Bevölkerung Cisleithaniens folgen, alsdann haben Frankreich sowol wie Rußland Grenzmarken an uns abzutreten, um ein gewaltiges, geschloßenes Reichsgebiet zu schaffen, das auch wirtschaftlich in jeder Beziehung selbständig, die Deutschen aus Ungarn, Siebenbürgen, Amerika usw. aufnehmen kann! Gewis hat die Reichsregierung als solche mit diesen und andern weltpolitischen Athleten und nationalen Feuerfreßern nichts gemein und hat sie ab und zu auch nach Kräften von ihren Rockschößen abzuschütteln gesucht. Sie haben sich aber während der letzten Monate in so erschreckender Zahl und mit noch erschreckenderer Großmäuligkeit bei uns produciert und konnten sich mit so gutem Fug auf die ausgegebenen officiellen Parolen der deutschen „Weltmachtsstellung" und des deutschen „Weltreiches" berufen, daß sie wol oder übel die ernsteste Aufmerksamkeit des Auslandes erregen und das dort durch alles Vorausgegangene schon lebhaft angefachte Mistrauen gegen die reichsdeutsche Weltpolitik noch ganz erheblich steigern mußten.

Das natürliche und folgerichtige Ergebnis des solchergestalt gezeitigten Mistrauens haben wir zunächst in der russischen Note vom 25. August vor uns, welche die Zurückziehung der russischen Gesandtschaft und Besatzung aus Peking nach Tientsin ankündigt und das gleiche Verfahren bei den übrigen Mächten in Anregung bringt, um so der chinesischen Regierung einen raschen und ehrenvollen Friedensschluß zu ermöglichen. Durch diesen Schritt hat Rußland die Rolle eines Protectors von China übernommen und einen neuen Abschnitt des ostasiatischen Dramas eröffnet, dessen Besprechung einem späteren Artikel vorbehalten bleiben muß. W. H.

Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit auf sich hat.

(Schluß statt Fortsetzung.)

Kurz zuvor noch hatte Bucher seinen Landsleuten bitter zugerufen:

„Weshalb sind die Fremden gerade jetzt so versessen darauf, uns klein zu machen? Weil sie besser als wir selbst bemerken, daß wir gerade dabei sind, die harmonische Entwickelung unserer geistigen und materiellen Kraft da wieder aufzunehmen, wo sie durch die Religionskriege unterbrochen ward, daß wir auf dem Wege zur realen Einheit weiter sind, als je im Laufe unserer Geschichte, daß sich endlich aus dieser realen Einheit die formale Einheit, die stattliche Form mit Leichtigkeit entwickeln wird. Einer der Dichter, die in der Winternacht und über der Wüstung des dreißigjährigen Krieges zuerst wieder unsere Sprache stammelten, Logau, sagte von dem westfälischen Frieden:

„Wir mußten alle Völker zu Totengräbern haben,
Bevor sie konnten Deutschland in sich selbst vergraben.
Jetzt sind sie sorgsam doppelt, den Körper zu verwahren,
Damit nicht neue Geister in solchen etwa fahren.

„Damals wurden wir wenigstens nach den Regeln der Kunst, unter den schimpflichen Eselshäuten von Osnabrück und Münster erstickt und bestattet. Heute hat der Fremde es leichter. Heute begräbt er uns unter dem Löschpapier unserer eigenen Zeitungen, er zwingt es mit Leitartikeln, telegraphischen Depeschen und den bewußten ‚vertraulichen Aufklärungen und Verständigungen'. Zerreißt das ekle Leichentuch! Horcht auf das Schnarrwerk in der Brust der Automaten, die daran weben, und schlagt den fremden Meistern, die sie aufziehen, den Schlüßel aus der Hand! Seid deutsch! Lernt von den Ausgewanderten in Koblenz, die über die Niederlage ihrer jacobinischen Landsleute Tränen vergoßen. Entschuldigt Euch nicht vor andern und Euch selbst, daß wir mit dem Pfluge und dem Bergmannshammer den Namen Deutschland in Gebiete gezeichnet haben, die einst ihn nicht getragen. Behauptet Euer Recht, das ferner zu tun! Redet nicht von Bundesgenoßen, die wir nicht brauchen, wenn wir alle einig sind und nie haben werden, so lange wir nicht alle einig sind. Glaubt nicht, daß Ihr den Westen retten werdet, indem Ihr den Süden preisgebt. Glaubt nicht, den begehrlichen Feind damit zu entwaffnen, daß Ihr Euch ihm verächtlich macht. Erinnert Eure Wortführer, daß es zum ABC der Politik gehört, nicht dem Gegner die Wahl von Zeit und Gelegenheit zu laßen."

Mit den „vertraulichen Aufklärungen und Verständigungen" zielt Bucher auf die insbesondere während und nach dem französisch-sardinischen Kriege geübte Beeinflußung der deutschen öffentlichen Meinung zu Gunsten Frankreichs. Diese Beeinflußung wurde sowol von Paris aus wie auch durch das Berliner Central-Pressbureau betrieben. War doch eine Napoleon III. zugeschriebene Flugschrift zu Gunsten eines deutsch-französischen, Oesterreich feindlichen Bündnisses im Auftrage der preußischen Regierung von Const. Rößler ins Deutsche übersetzt worden.*

Seine beim Schillerfeste in Leipzig (10. November 1861) gehaltene Rede ließ Bucher in die Mahnung ausklingen: „Zu dem Werke (der deutschen Einigung) wollten wir den Baugrund frei machen durch einen Bruderkrieg, ähnlich jenem dreißigjährigen, der das deutsche Volk von seiner weltgebietenden Stellung herabwarf, Deutschland zu einer Wüste machte, den Menschen wieder in den Stand der Wölfe trieb? Nein! Wir wollen uns nicht dadurch als Deutsche erweisen, daß wir es den Italienern nachmachen, die das Phantom von Einheit in den Bürgerkrieg und das Vasallentum verlockt hat, aus dem sie sich vielleicht frei machen werden, vielleicht nicht. Wir wollen die Dinge in Deutschland faßen und prüfen, wie Schiller tat, den Dingen auch, die uns widerstreben, ihr Recht geben. Wir wollen die Rassen anderer Zungen, die ein geschichtliches Gesetz wieder und wieder auf Deutschland angewiesen hat, als Brüder in unsere Statsgemeinschaft aufnehmen, wie wir es immer getan, wollen mit ihnen in Frieden leben, wie es gewesen, ehe die aqua toffana des sogenannten Nationalprincips ihnen eingeträufelt war. Wenn dann aber das Schwert gezogen werden soll, so wollen wir den Besitztitel, den unsere Vorfahren mit dem ‚schwereren deutschen Pfluge' und mit dem Bergmannshammer für uns in die Erde gezeichnet haben, für unsere Nachkommen behaupten mit dem Schwert:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr."

Kaum waren diese herrlichen Worte verklungen, so spitzte Bucher bereits die Feder, um der Nation begreiflich zu machen, daß „in der Verstümmelung Deutschlands" dessen Zukunft läge, daß die „aqua toffana des Nationalitätsprincips" gerade der rechte Saft sei, der, dem deutschen Körper eingeträufelt, diesen gesund zu machen vermöchte, daß „das Schwert gezogen werden solle, nicht, um den Besitztitel, den unsere Vorfahren mit dem ‚schweren deutschen Pflug' und mit dem Bergmannshammer für

* Von Jürgens ausführlich mitgeteilt in: Deutschland im französisch-sardinischen Kriege.

uns in die Erde gezeichnet haben, für unsere Nachkommen zu behaupten", sondern um diesen Besitztitel Italienern, Magyaren und andern deutschfeindlichen Völkern von Deutschland, d. h. durch einen blutigen Bruderkrieg zu erkämpfen.

Poschinger will uns zwar weiß machen, Bucher hätte mit der Behandlung der Presse nichts zu schaffen gehabt, aber diese Behauptung steht mit den bekanntesten Tatsachen in so grellem Widerspruche, daß wir wol sagen dürfen, Poschinger habe selbst nicht an eine Wirkung derselben geglaubt. Gewis hat Bucher die gewöhnlichen Handwerkerdienste der Preß-Reptilien nicht verrichtet, dazu waren untergeordnete Elemente genug vorhanden, aber der oberste Leiter, der nach Bismarcks Weisung das Volk der Kleinen beaufsichtigte und durchdrang, ist er von Anfang an und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt gewesen. Es wird genügen, an dieser Stelle auf das Beweismaterial hinzuweisen, das vom enfant terrible der Bismarck'schen Creaturen, Moritz Busch, in seinen Tagebuchblättern dargeboten wird.

Um nun aber die Bedeutung der Bucher'schen Preß-Tätigkeit ganz und voll würdigen zu können, müßen wir uns daran erinnern, wie derselbe Bucher kurz vorher über jenen Meuchelmord des Geistes geurteilt hat:

„Was es heißen soll", ruft er*, „sich aus träger Gewohnheit des Denkens losreißen? Es soll heißen, daß Ihr die Zeitungen nicht zu Euren Propheten machen sollt, daß, wer den Autoritäts- und Formelglauben auf andern Gebieten verleugnet, sich nicht damit lächerlich machen soll, ihn in der ‚liberalen' Politik wieder aufzurichten, daß, wem Glaube ein Bedürfnis ist, den Inhalt anderswoher nehmen soll als von einem anonymen Wir. Eine Zeitung ist kein übernatürliches Wesen. — Wer hat denn je gesagt, daß sie es sei? — Niemand, daß wir wüßten. Aber es sagt auch selten einer, daß sie es nicht sei, und doch täte es bei der herrschenden Gewöhnung des Sprechens und Denkens jeden Morgen um diese Erinnerung not. Was immer in der Zeitung steht, ein Mensch hat es geschrieben, hätten ihn auch mehrere beraten, — ein einzelner Mensch, der vielleicht seine Sache versteht, vielleicht auch nicht; vielleicht von Vaterlandsliebe bewegt ist, vielleicht von Leidenschaft oder Eigensinn; vielleicht von Scheu, einen Irrtum zu gestehen, vielleicht von schimpflicheren Antrieben; vielleicht Kraft und Leben setzt an den Kampf für die Wahrheit, die er erkannt, vielleicht Euch behäbig vorplaudert, was Ihr gern hört, vielleicht Euch sagt, was er selbst gedacht, vielleicht nur verzapft, was ihm eingetrichtert worden;

* a. a. O., S. 58.

der vielleicht ein Herz im Leibe hat, vielleicht nur eine Disputiermaschine; vielleicht Eurer Nationalität ist, vielleicht nicht; auf den glänzenden Blättern unserer Vergangenheit vielleicht die Taten von Ahnen liest, als deren Enkel er sich zu bewähren, vielleicht die Taten von Unterdrückern, an deren Enkeln er Rache zu nehmen hat; der seine Brust nährt mit dem Odem, der in unsern Eichen weht, vielleicht seine Sinne gegen des Tages Licht und Luft ertötet hat in dem parfümierten Gestank des Bonapartismus.

„Wendet gegen den einen Menschen, der hinter dem Wir steckt, denselben Widerspruchsgeist, dieselbe Rechthaberei, dieselbe Eigenliebe, wie gegen den, der das Visier aufschlägt und Ich sagt! Prüfet ihn, was er wert ist. Prüfet seine Einsicht an dem, was er sagt, und seine Ehrlichkeit an dem, was er unterdrückte. Forschet, sammelt, behaltet und vergleichet. Baut Euch selbst die Unterlagen Eures Urteils. Raisonniert nicht jeden Abend auf das hin, was Ihr am Morgen gelesen. Legt die Scheu ab, etwas auszusprechen, was Ihr für verständig erkannt, nur weil die Conservativen sagen könnten: das ist verständig. Die Wahrheit ist Eine, auch in der Politik. Legt die Scheu ab, etwas zu bestreiten, was Ihr für unverständig erkannt, nur weil die magyarischen, polnischen und ruthenischen, slovakischen und slovenischen, kroatischen und chrobatischen, wallachischen und morlackischen, zigeunerischen und montenegrinischen Nationalitätsgelehrten, weil Jung-Rußland, der selbst bestellte Wunderdoctor der ‚altersschwachen germanischen Welt', weil die litterarischen Landsknechte des Völkerbefreiers an der Seine den Kopf dazu schütteln würden, wie ein liberaler Germane so reactionär sein könne. Weiset die Fremden, die Euch ihren Rat aufdrängen, mit demselben Mistrauen und Selbstgefühl zurück, mit dem sie Euren Rat zurückweisen würden! Schüttelt das Lob des Fremden ab wie ein giftiges Kriechtier! Seid stolz darauf, Querköpfe gescholten zu werden von einem, dessen Kopf durch das allgemeine Schrotsieb gelaufen ist! Durchbrecht die Komödie der wechselseitigen Furcht zwischen der Zeitung, die sich vor dem Leser, und dem Leser, der sich vor der Zeitung fürchtet! Stellt Euch auf die eigenen Füße, habt den Mut des eigenen Urteils! Bekehret andere und verschmähet es nicht, einen zu bekehren, der Eine bekehrt vielleicht hundert." Und an einer andern Stelle hören wir von demselben Bucher: „Der Alaun, den manche Stadtteile (Londons) Jahre lang mit dem Brote genoßen, hat chronische erbliche Krankheiten erzeugt, und ein täglich aufgenommenes geistiges Gift sollte nicht ebenso die Gesundheit gefährden? Nein, nicht ebenso, unendlich mehr, weil Geistespatienten viel schwerer ihren Zustand erkennen als die körperlich Leidenden."

Nach Buchers Ableben ist ein Streit darüber entbrannt, ob

er Erinnerungen hinterlaßen habe. Buchers Bruder verneinte es und berichtete, daß Lothar allen Aufmunterungen gegenüber nur die eine Antwort gehabt habe: „Das Beste, was Du wißen kannst, darfst Du den Buben doch nicht sagen.“ Die meisten Zeitungen haben in ihrer kindlichen Naivetät diesen Ausspruch berichtet, ohne zu bedenken, daß für sie alle doch eine recht bittere Pille darin liegt. Uns beweist die Zurückhaltung Buchers, daß er immerhin Anstandsgefühl genug gehabt, um nicht zum Schluß, gleich seinem einstigen Genoßen Busch, die schmutzige Reptilienwäsche vor weitester Oeffentlichkeit breit zu zerren.

Moritz Busch, oder Büschchen, wie Bismarck ihn nannte, bildet weit mehr als Bucher das Urbild des gesinnungslosen Preßreptils. Soeben noch im Dienste des Herzogs von Augustenburg stehend, wo es seine Aufgabe war, die Rechte des Herzogs zu verfechten, stellte er sich frisch und fröhlich derjenigen Partei zur Verfügung, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Schleswig-Holstein Preußen zu verkuppeln: den Grenzboten-Leuten, an deren Spitze bekanntlich Gustav Freytag, ein Mann mit gleicher „ehrlicher Gesinnung“, stand. Aus der Grenzboten-Redaction zog Busch im Jahre 1866 nach Hannover, um an der Verpreußung des niedergetretenen niedersächsischen Stammes mit zu arbeiten. Und dann erfüllte sich sein Herzenswunsch: er durfte als das unmittelbare Sprachrohr des eisernen Kanzlers tätig sein.

„Daß Fürst Bismarck es fertig brachte“, so beurteilt Hans Delbrück* diesen Herzensbund zweier gleichwertiger Charactere, „mit einem Menschen wie diesem Busch, dessen Gemeinheit er vollkommen durchschaute, immer wieder ganz intim zu verkehren und an seinen Büchern mit zu arbeiten, müßen wir jetzt als eine Tatsache hinnehmen und sehen, wie wir uns mit ihr abfinden, und wenn von Bismarcks statsmännischer Kunst die Rede ist, so werden wir in Zukunft vielleicht ihren Gipfelpunkt darin finden dürfen, daß er es lange Zeit fertig gebracht hat, im deutschen Volke und vielleicht darüber hinaus als ein Muster von Wahrhaftigkeit zu gelten. — — —

„In Bismarcks Augen war und blieb er (Busch) zweifellos ein Erpreßer. Welch' eine kalte Menschenverachtung gehört dazu, daß der Kanzler einen solchen Gauner, der auch selber ganz gut wußte, daß er erkannt war, immer wieder an sich gezogen und ihn benutzt hat, die Mitglieder der Dynastie und unsere großen Heerführer zu beschimpfen und zu verleumden!“

Es ist ein notgedrungenes Zugeständnis Delbrücks an die deutsche „öffentliche Meinung“, das „kalte Menschenverachtung“ Bismarcks zu nennen, was er nur zu gut und nur zu leicht als

* Preuß. Jahrb., 96. Bd., S. 464 u. f.

eine geistige Verwandtschaft zwischen jenen beiden Männern erkennen konnte. Oder sollte der Anstifter zum Meuchelmord weniger verworfen sein, wie der Meuchelmörder selbst?

Wir nannten eben Gustav Freytag. Dieser Geschichts- und Geschichtenschreiber stand gleich Busch im Dienste des Herzogs von Augustenburg und mag sich eine Zeit lang auch als ergebener Diener des Herzogs gefühlt haben, so daß er die Bismarck'schen Bestrebungen zur Untergrabung der schleswig-holsteinischen Selbständigkeit in den Grund hinein verurteilte. Ließ er doch damals (1865) in einem Briefe an Heinrich v. Treitschke* der Bismarck'schen Tätigkeit eine Beurteilung zu Teil werden, die es allerdings schwer begreifen läßt, daß derselbe Mann kurz darnach sich zum bewundernden Verkünder der Bismarck'schen Eisen- und Blutpolitik aufwerfen konnte. In jenem Briefe heißt es nemlich: „Die gegenwärtige Politik Preußens hat für mich etwas sehr Widerwärtiges. Zunächst weil sie launisch mit kecken Einfällen operiert, denen jede nachhaltige Kraft fehlt, dann, weil sie so erbärmlich und schamlos unehrlich ist.

„Der Fuchs, welcher lüstern nach den Trauben springt, ist nicht das Tier, dem ich mit Vertrauen zuzusehen vermag. Und wenn solch' bestienhaftes Wesen, welches unnütz das Hundegebell von ganz Europa gegen mein armes Preußen aufregt, noch wagt, was selbst genialer Kraft erst von der Dankbarkeit späterer Geschlechter verziehen werden darf, so schwillt mir der Grimm."

Durch die „Grenzboten", deren Miteigentümer er war, hat Freytag später das Menschenmöglichste getan, seinen deutschen Volksgenoßen dieselbe Politik, die er vorher „erbärmlich und schamlos unehrlich" genannt, als eine vaterlandsrettende Tat erscheinen zu laßen.**

Neben Freytag steht Heinrich v. Treitschke, der begeistertste Beschreiber und Verfechter der Revolution von oben. Man könnte die ganze Tätigkeit dieses Mannes eine Politik von Narrenspossen nennen, wenn nicht durch das Ganze ein Zug so gemeiner Gesinnung gienge. Dem vertretenen System, so schlecht und verwerflich es auch sein mag, wird göttliche Herkunft angedichtet; der Gegner wird nur genannt, um mit Kot beworfen zu werden. Seine Absichten können nur die unlautersten sein, und nur die niedrigsten Triebe können ihn leiten. Und wenn nun ein solcher Mensch im neuen Deutschland als einer der ersten

---

* Gustav Freytag und H. v. Treitschke im Briefwechsel. Seite 54.

** Wer sich hierüber näher unterrichten will, der lese den die politischen Aufsätze enthaltenden Band aus Freytags gesammelten Werken.

Patrioten gelten konnte, so lernt man gewis begreifen, daß dieses neue Deutschland auf keiner hohen sittlichen Stufe steht.

Auch ein Geschichtsschreiber soll Treitschke sein und womöglich gar einer der ersten; aber wir meinen, Leute dieses Schlages können überhaupt nur vom pathologischen Standpunkt aus als Größen Beachtung finden. Das weite gewaltige Gebiet der Geschichte schrumpft ihnen zusammen auf jene engen Räume, innerhalb welcher Bismarck mit seinen Kürassierstiefeln Spuren gezogen oder ein Hohenzoller einen Eindruck hinterlaßen hat. Was darüber hinausgeht, interessiert nur dadurch, daß es den schwarzen Hintergrund abzugeben vermag für die glänzenden Gestalten der aus der eigenen Phantasie herausgeborenen Helden. Wenn aber Treitschke dem unheimlichen Anwachsen des Socialismus gegenüber fragt*: „Warum greift dieser durch und durch undeutsche Wahnsinn der Sinnlichkeit und Unfreiheit so gewaltig um sich?", so gibt es hierauf die einzige Antwort: Weil es einer „so durch und durch undeutschen" und sittenlosen Politik, wie es die Bismarck'sche war, mit Hülfe „so durch und durch undeutscher" Männer wie Treitschke und Genoßen, gelungen ist, in Deutschland zur Herrschaft zu gelangen; nur ein Mann wie Treitschke konnte sich darüber wundern, daß die von ihm verherrlichte Revolution von oben Hand in Hand mit der Gewaltvor-Recht-Politik schließlich in dem noch denkenden Teile des Volkes die Neigung zu einer Revolution von unten weckte.

Vom allgemein menschlichen und vom deutschen Standpunkt aus muß man die Tätigkeit Freytags sowol als auch Treitschkes als eine gleich verwerfliche bezeichnen. Beide Männer, die obendrein auf den Rang von Gelehrten und Lehrern Anspruch erheben, haben das Ihrige dazu getan, die deutsche Welt von ihrem natürlichen Entwickelungsgange abzudrängen und in die Bahn eines heidnischen Centralismus und Imperialismus zu leiten, aber während Freytag Preuße war und seine dem preußischen Particularismus gewidmete Tätigkeit somit wenigstens erklärlich ist, läßt sich für Treitschke, den Sachsen, auch nicht das Geringste anführen, was seine dem engeren und dem weiteren Vaterlande gegenüber geübte Verräterei weniger verdammenswert erscheinen laßen könnte.

Wenigstens dem Namen nach wollen wir noch Julius Fröbel und Oskar Meding — gen. Gregor Samarow — anführen; zwei Männer, die sich gleichfalls, nachdem sie früher die entgegengesetzte Politik vertreten, in den Dienst Bismarcks und des Reptilienfonds stellten und redlich abmühten, die neueste deutsche Geschichte zu verfälschen.

---

* A. a. O.

Sehr oft kommt es vor, daß man uns „unabhängige, unbestochene“ Stimmen des Auslandes vorführt, um zu beweisen, wie unrecht wir handeln, wenn wir an dem deutschen Beruf Preußens im Allgemeinen und dem eines Bismarck im Besonderen zweifeln; doch der Eingeweihte weiß diese ausländischen Stimmen nach ihrem wahren Werte einzuschätzen, ihm ist es nur zu gut bekannt und der Arnim-Proceß hat es durch eine ganze Reihe von Tatsachen gewissermaßen amtlich und actenmäßg festgestellt, daß der Reptilienfonds auch außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches eine große Anzahl williger Federn in Bewegung setzte. Auf den Bestechungsversuch mit der „Moskauer Zeitung“ haben wir schon früher hingewiesen. In Oesterreich bestanden sowol in Wien wie in Pest Zweiganstalten des Berliner Pressbureaus. Und die tonangebende Zeitung des Kaiserstates, die „Neue Fr. Presse“, wurde nach Angabe Wuttkes für eine Million Gulden den Bismarck'schen Interessen gewonnen. Mit Bezug auf Ungarn teilt der „Volksfat“ vom 30. November 1872 mit, daß der unvermögende, mit 800 Talern Jahresgehalt angestellte Redacteur der „Ostdeutschen Posener Zeitung“, Dr. Paul Waldstein, um 1870 nach Pest gegangen sei, um daselbst die deutschen Interessen zu vertreten. Er habe dort nach einander den „Ung. Lloyd“, das „Pester Journal“, das „Neue Pester Journal“ und das „Pester Tageblatt“ angekauft. „Sei dem wie ihm wolle“, berichtet Wuttke*, „große Summen müßen damals aus Norddeutschland nach Wien und Pest geflossen sein. Das sparsame karge Preußen konnte sein Geld nicht beßer anlegen. Bei den Ungarn stand seit 1867 vorzugsweise die Entscheidung. Ungarische Blätter wurden dem zu Folge gekauft. — — Ein Ungar, Graf Bethlen, gab in Pest und Wien auf preußische Kosten eine diplomatische Wochenschrift heraus, die in Ungarn zwar nicht sonderlich viele Leser fand, jedoch von den preußischen Zeitungen als Ausdruck der in Ungarn herrschenden Partei ausgebeutet wurde.“

Sehr belehrend sind auch die Darlegungen, die Windthorst über diesen Gegenstand am 3. December 1873 im preußischen Abgeordnetenhause gab. „Man versucht Einleitung zu treffen,“ so berichtet er, „um in London neben der Gesandtschaft ein litterarisches Pressreptilienbureau zu etablieren. Das ist dann freilich, weil man den in Betracht kommenden Personen nicht die richtige Stellung hat einräumen können, nicht zu Stande gekommen, dafür aber hat man hier in Berlin für alle diese Länder ein besonderes Pressreptilienbureau eingerichtet. Ich will davon nicht reden, was die Correspondenten der bedeutenderen Blätter dieser Länder den Zuweisungen von Nachrichten und den Be-

* A. a. O.

sprechungen und Arrangements zu verdanken haben, die in der Wilhelmsstraße (allwo die Ministerialgebäude stehen) vor sich gehen, aber darauf will ich aufmerksam machen, daß hier in Berlin die „Deutschen Nachrichten" erscheinen und zu kaufen sind in der Schützenstraße Nr. 15, welche — ich habe hier ein englisches Exemplar in der Hand — in englischer und italienischer Sprache erscheinen und in England und Italien verbreitet werden, daß außerdem eine französische Correspondenz erscheint, die ebenso in Frankreich verbreitet wird. An und für sich würde ich das nicht für unzuläßig halten, wenn die Berichte wenigstens unparteiische und objective wären, es ist aber das gerade Gegenteil der Fall."

Von Wuttke mögen noch, als hierher gehörend, folgende Ausführungen Platz finden*: „Freese tat in der Demokratischen Correspondenz Nr. 63 vom 10. August 1869 dar, daß in einem Aufsatze der „Times", von welchem die Wolff'sche Telegraphie die gebildete Welt zu unterrichten nötig gefunden hatte, ein Stück aus einer amtlichen Erklärung des preußischen Diplomaten Thile enthalten war, die erst später, am 1. August 1869, in der Spenerschen Zeitung an die Oeffentlichkeit gebracht wurde. Daraus folgerte er, daß die „Times" diesen Aufsatz entweder von dem Berliner Pressbureau oder aus der preußischen Gesandtschaft erhalten habe. Als selbständigen Ausdruck der Gesinnung der Engländer teilte ihn der Telegraph mit." — — „Man könnte füglich aus der häufigen Anführung eines fremden Blattes und aus der wiederkehrenden Berufung auf dasselbe schließen, welche ‚Organe der öffentlichen Meinung' das Pressbureau sich eröffnet hatte. Die Pressreptilien vermöchte ich zu nennen, welche die „Independance belge", welche den „Hour" versorgen, welche in italienische und skandinavische Blätter zu schreiben hatten. Erinnert werden muß auch daran, daß in den Hauptstädten mit der Gesandtschaft zusammenhängende oder an ihr angestellte oder ihr zugewiesene Männer dieselben Dienste leisteten. Man will z. B. wißen, daß Herrn Rudolf Lindau zur Einwirkung auf die Pariser Blätter 50 000 Taler zu Gebote stehen."

„Einer Regierung das Recht zu bestreiten, ihre Ansicht nachdrücklich in der Presse vertreten zu laßen," sagt gleichfalls Wuttke**, „sind wir weit entfernt. Die Presse ist ein Regierungsmittel geworden. Wir verdenken es keinem Ministerium, wir finden es vielmehr in der Ordnung, wenn dasselbe danach trachtet, gleich den Parteien zum Worte zu kommen und Gehör sich zu verschaffen. Jedoch aufmerksam zu machen ist auf das Ueble, das

* A. a. O., S. 311 u. f.

** A. a. O., S. 165.

in der Versteckung des Ursprungs der Aufsätze liegt, in der Heimlichkeit des amtlichen Gepräges, in dem versteckten Spiele, in der Teuschung, die daraus hervorgeht, daß vorgezeichnete Auslaßungen sich als freie Betrachtungen einführen und die Ansicht der Regierung dem Volke als öffentliche Meinung untergeschoben und ein falscher trügerischer Schein erweckt wird. Was vorgeht, ist ein Maulwurfstreiben, um es zu einer geheimen Leitung der deutschen Presse zu bringen, und in der Hauptsache ist dieß dem Berliner Preßbureau so ziemlich gelungen. Es ward in der Zeitungspresse nahezu tonangebend. Wahrlich, ein schweres Unheil für das Volk ist es, daß von einer Bande käuflicher Schriftsteller das öffentliche Urteil bearbeitet und so häufig irregeleitet wird."

„Die Vorteile" heißt es weiter, „welche dieses ganze Verfahren der preußischen Statsleitung gewährte, sind wahrlich nicht gering anzuschlagen. Was ehedem durch ein oder einige Regierungsblätter einigen Tausend Lesern bekannt geworden war, wurde nunmehr durch die Menge der Blätter, welche die amtlichen Berichterstatter nicht von sich wiesen, nach allen Seiten hin ausgetragen und konnte gleichwie eine Privatansicht rücksichtslos, bei weitem dreister und derber ausgesprochen werden. Eine Verantwortlichkeit für die Preßbearbeitung trug das Ministerium durchaus nicht. Erklärte doch noch am 1. Juni 1865 Herr von Bismarck im Abgeordnetenhause auf die Vorhaltung, daß er die Schleswig-Holsteiner drangsalieren laße, ‚er habe keine Zeit, um in die Zeitungen zu schreiben; das, was in den officiös genannten Zeitungen geschrieben werde, zu vertreten, lehne er ab; er stehe für kein anderes Blatt als den Statsanzeiger.' Was der Regierung gut dünkte, auf die angegebene Weise in die Welt zu werfen, wurde von Unzähligen gelesen, die ein Regierungsblatt ungelesen aus der Hand gelegt haben würden. Die Variationen desselben Themas klangen gleich selbständigen Hervorbringungen, während sie alle ein und denselben gemeinsamen Ursprung hatten. Ein melodischer Chorus tönte aus dem Zeitungswalde: wer da nicht wußte, daß ein versteckter Kapellmeister den Takt schlug, den überzeugten von der Wahrheit, Richtigkeit und Güte des Gehörten so viele gleichlautende Stimmen. Also wurden die Gegner betäubt, wurden bestimmte Ansichten über die öffentlichen Verhältnisse, bestimmte Urteile über die hervortretenden Persönlichkeiten durch möglichst viele Blätter in Umlauf gesetzt, hier der anders denkende Leser in seiner Ueberzeugung verwirrt, dort der Begeisterung ein Dämpfer aufgesetzt, an einer andern Stelle geschürt, jede Wandlung und Windung der preußischen Politik belobigt und die Stimmung geschickt vorbereitet auf das, was den Absichten des Berliner Cabinets entsprach. Ein und dasselbe Bild spiegelte sich in einem Heere von Zeitungen wider: da konnte

man getrost die Ansicht der Pressstelle als Volksmeinung austragen. Das mußte schon ein verhärteter Widersacher sein, der zu widersprechen sich getraute! Und indem die Trompetenbläser und Heerpauker aus Leibeskräften spektakelten, stellte doch nichts die Regierung selber bloß. Gewis war's ein außerordentlicher Vorteil, daß von all' dem Gelärme nicht die allermindeste Verantwortlichkeit auf sie fiel; waren's ja doch alles Auslaßungen unabhängiger Blätter! Sie mochte die wahren Zielpunkte ihrer Politik in der Presse verfolgen, während sie in offenen Statsverhandlungen eine ganz andere Sprache führen mußte. Es war ihr möglich, die Karten zu mischen und ein Doppelspiel zu treiben.

„Mit dem angesetzten Hebel des Central-Pressbureaus konnte man wirklich öffentliche Meinung machen, Gimpel im Netze fangen und nicht bloß Gimpel, sondern auch gescheite Männer. Das Central-Pressbureau hat Jahre lang in unverfänglicher Weise Propaganda für preußische Eroberungspläne getrieben. Seine Werkzeuge haben in der gesamten nord- und mitteldeutschen Presse die Oberhand erlangt, und so ist es in der Tat gelungen, eine breite Strömung für den anspruchsvollen Gedanken zu Wege zu bringen, daß unter Aufhebung der Gleichberechtigung der deutschen Stämme der preußische Stat an die Spitze der mittleren und kleineren Staten Deutschlands gehoben werden müße."

Das, was wir auf den vorhergegangenen Blättern geschildert haben, ist aber nur eine — allerdings die hauptsächlichste — der von der preußischen Regierung zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung benutzten Anstalten; neben ihr gibt es noch unzählige andere Mittel und Wege, das Volk in seinen Anschauungen und Meinungen zu gängeln. Es sei hier nur auf das Wolff'sche Telegraphen-Bureau hingewiesen, eine Anstalt, die zwar im Besitz von Privatleuten, aber in ihrer politischen Haltung ganz und gar von der Regierung abhängig ist, und das will etwas bedeuten, denn man bedenke nur, daß dieses Bureau tagtäglich allen deutschen Zeitungen die neuesten Nachrichten liefert!

Daß neben der von statlichen Organen geübten Zurechtstutzung der öffentlichen Meinung auch eine weitgehende Beeinflußung derselben durch besondere Interessentenkreiße stattfindet, ist schon gesagt worden. Meistenteils nun — und besonders in der Angelegenheit der „deutschen Einheit" — wirkt die Reptilienpresse beider Parteien in einer Richtung; mitunter aber kreuzen sich auch die Richtungen, und dann gibt es für den parteilos Gegenüberstehenden ein belustigendes Schauspiel. Denn es entsteht in den Reihen der „Patrioten" eine unbeschreibliche Verwirrung, und es werden, wie es im neudeutschen Kauderwelsch heißt, „dem nationalen Gedanken tiefe Wunden geschlagen". So

in der Frage des südafrikanischen Krieges. Hier stand die Regierungspresse von Anfang an auf Seite Englands, die Presse der Großindustrie aber und anderer interessierter Kreise wußte sich kaum genug zu tun in der Beschimpfung und Besudelung Englands und englischen Wesens.

Scheinbar war hier, wenn man von der rohen Art der Kundgebungen absieht, die Presse der Großindustriellen und Händler im Rechte, aber doch nur scheinbar. Ein Jeder, der den Dingen auch nur einigermaßen auf den Grund zu sehen vermochte, hätte doch schon darüber stutzig werden müßen, daß die Bewunderer und Verteidiger der Blut- und Eisenpolitik auf einmal die Forderung erhoben: es müße in den hier entstandenen Fragen nach den Forderungen des blanken Rechtes entschieden werden, — daß Leute, die den Erfolgen und Folgen der deutschen Revolution von 1866 zugejubelt hatten, nun auf einmal sich sittlich entrüsteten, weil angeblich in einem Winkel von Afrika ein Völkersplitter von 300 000 Menschen vergewaltigt werden sollte.

In Wahrheit handelte es sich bei diesem Pressmanöver lediglich darum, den wegen seines Vorsprunges auf wirtschaftlichem Gebiete wütend gehaßten Briten einmal ordentlich etwas am Zeuge zu flicken; und dann war auch ein guter Teil der bellenden Pressbrabanten zu seiner Haltung veranlaßt durch den von Brüssel aus fließenden Strom von Transvaal-Gold. Kein geringerer als der deutsche Staatssecretär v. Bülow hat dem transvaalischen Abgesandten entgegen gehalten, daß seine Regierung die deutsche Presse in ungehöriger Weise beeinflußte.

Es ist das freilich nicht der erste Fall und wird nicht der letzte bleiben, in dem der angebliche oder wirkliche Freiheitskampf eines Volkes von den Zeitungen zu einer Sache der Ausbeutung gemacht wird. Wir wollen nur an die Polenkämpfe erinnern, die Jahrzehende lang in der Presse Westeuropas so warm besprochen wurden, weil — wie die „Gazetta Torunska" Anfang 1873 verkündete — die polnische aristokratische Auswanderung diese selbe Presse reichlich dafür bezahlt hatte.

Zum Schluß noch ein Beispiel aus der neueren Zeit. Als aus Anlaß des lippischen Streites weitere Kreise des deutschen Volkes sich mit der Frage zu beschäftigen begannen, ob denn für die Behandlung statsrechtlicher Dinge im Reiche die Grundgesetze der Reichsverfaßung noch maßgebend seien? lasen wir in der „N. Züricher Ztg.": „Es gibt in Deutschland sicher mehr Menschen, welchen die Erschwernis der russischen Gänse-Ausfuhr oder die Aufhebung der Rheinlachs-Convention mit Holland wichtiger bedünkt, als ein Streit zwischen dem Kaiser und dem Grafregenten Ernst zur Lippe wegen des Gruß-Comments der Officiere in Detmold. Auch im Auslande wird man gut tun, die

geschehen muß, um aus dem gefährlichen Wirrsal der Gegenwart und den noch größeren Gefahren der Zukunft wieder heraus zu einem gesicherten, lebenswürdigen Zustande Deutschlands und Mitteleuropas zu gelangen. Dieses Ziel liegt in der Erneuerung und zeitgemäßen Um- und Ausgestaltung des mitteleuropäischen Bundes, d. h. in der Wiederaufnahme und consequenten Fortführung der geschichtlichen Entwickelung, welche seiner Zeit zu dem föderativen, niemals national abgeschloßenen, alten mitteleuropäischen (römischen) Reiche deutscher Nation und von diesem zum Deutschen Bunde geführt hat.

Diese Grundlinien seiner Betrachtungsweise laßen den Verfaßer als einen Schüler von Constantin Frantz erkennen, der auch heute noch als der beste Kenner der deutschen Frage zu bezeichnen ist. Ottomar Schuchardt wiederholt oder umschreibt aber nicht etwa die verba magistri, sondern er reproduciert sie, wie das jeder rechte Schüler eines Meisters tuen muß, aus seinem eigenen Geiste und seiner eigenen ausgebreiteten Wißenschaft und scharfen Beobachtung. Und gerade in dieser geistigen Originalität des Buches, dem überall eine ganz eigenartige, ungemein lebendige und anregende Darstellung entspricht, besteht seine Anziehungskraft. Ueber die verhängnisvollen Folgen, welche der preußische Bundesstreich von 1866 in politischer, socialer, wirtschaftlicher und internationaler Hinsicht bereits gezeitigt hat und, wenn er nicht noch rechtzeitig eine grundsätzliche Correctur erfährt, auch ferner zeitigen muß, kann es kaum eine beßere Orientierung geben als die Schuchardt'sche „Politik der Zukunft". Zur Erhärtung dieses Urteils begnügen wir uns hier auf den Abschnitt des ersten Bandes über den „gelben Schrecken" zu verweisen, der sich heute liest, als wäre er unter dem Eindrucke der dermaligen unseligen Wirren geschrieben. Wir empfehlen daher die beiden vorliegenden Bände des Werkes allen, denen es darum zu tuen ist, von den heutigen Vorgängen des politischen, socialen und internationalen Lebens nicht nur die trügerische Oberfläche, sondern die inneren Zusammenhänge kennen zu lernen. Namentlich unsere föderativ und rechtsparteiliche Jugend sollte das Buch studieren; sie wird demselben reichen Gewinn entnehmen können.

W. H.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 52. [Neue Folge.] **Oktober 1900. 9. Jahrgang.**

Der russisch-reichsdeutsche Streit um die Führung des chinesischen Weltconcerts.

Die Entwickelung, in welche die chinesische Angelegenheit durch das russische Circulartelegramm vom 25. August geleitet wurde, stellt sich dar als Kampf der russischen und reichsdeutschen Politik um die Führung der dortigen Action. Die Reden des deutschen Kaisers, die Art und Weise, wie die Oberbefehlshaberschaft des Grafen Waldersee den Mächten aufgedrängt wurde, der herausfordernde Lärm, der bei der Ausreise dieses Weltmarschalls mit den Vorschußlorbeeren desselben getrieben wurde, das aufdringliche Gerede unserer alldeutschen Presse von der Niederschmetterung und Aufteilung Chinas, — das alles hatte ein tiefes Mistrauen gegen die Endabsichten der reichsdeutschen Chinapolitik angeregt, und am tiefsten gieng dasselbe in Rußland, das die für sich selbst in Anspruch genommene Führung in Ostasien jetzt durch den Versuch direct angetastet sah, die an sich sehr einfache Sühne der Ermordung v. Kettelers für die deutschen Weltreichspläne auszubeuten.

Die Wirkung des russischen Mistrauens war das Circulartelegramm vom 25. August, und es war jedesfalls richtig, wenn die Berliner Officiösen in dem ersten Schrecken verrieten, daß dasselbe seine Spitze gegen die deutsche Reichspolitik richte und keinen anderen Zweck habe, als dieselbe zu isolieren und matt zu setzen.

Mit Recht durfte die russische Regierung sich in ihrer Kundgebung darauf berufen, daß sie nie etwas anderes in China gewollt habe, als der dortigen Regierung in ihrem Kampfe gegen die Rebellen Hülfe zu leisten und die Gesandtschaft sowie die übrigen Statsangehörigen Rußlands zu schützen. Das war in

der Tat vom ersten Augenblicke an das amtlich verkündigte Programm der russischen Politik gewesen. Als Richtschnur, welche sich dieser Betrachtungsweise für die Behandlung der chinesischen Wirren ergab, hatte die russische Regierung, wie ihr Circular vom 25. August mitteilt, neben „Aufrechterhaltung des gemeinsamen Einvernehmens der Mächte" diesen von Haus aus folgende „Grundprincipien" vorgeschlagen: Aufrechterhaltung der früheren Statsordnung in China; Beseitigung von allem, was zu einer Aufteilung des himmlischen Reiches führen könnte; Herstellung einer gesetzlichen Centralregierung in Peking, welche im Stande ist, allein die Ordnung und die Ruhe zu bewahren." In diesen Punkten hatte aber, wie man des weiteren aus dem Circular erfuhr, nicht zwischen allen, sondern nur „zwischen fast allen" Mächten Einvernehmen bestanden, und man geht wol kaum fehl, wenn man die schon von Haus aus dissentierende Minderheit bei dem deutschen Reiche und England sucht, von denen das Reich eben die chinesische Verwirrung zur Inscenierung einer möglichst „gewaltigen" Weltpolitik benutzen, England aber den Einfluß seines russischen Rivalen in Asien nicht durch die von demselben ausgehende glatte Ordnung der chinesischen Wirren weiter wachsen laßen wollte, und, da es dieß aus eigenen Mitteln zur Zeit nicht vermochte, den weltpolitischen Ehrgeiz des deutschen Reiches in seinem Interesse aufstachelte.

Dem gegenüber verkündigte Rußland im Verfolg seines Circulars mit gröster Bestimmtheit, daß es seinem früheren Actionsprogramm treu bleiben werde. Es wurde dieß zunächst durch die feierliche Erklärung erläutert, daß die russische Eroberung von Niutschwan und das Einrücken russischer Truppen in die Gebiete der Mandschurei nur „zeitweilige Maßregeln" seien, „welche ausschließlich durch Ungesetzlichkeiten hervorgerufen wurden, um aggressive Handlungen der chinesischen Rebellen abzuwehren, keineswegs aber von irgend welchen selbstsüchtigen Plänen Zeugnis geben, welche der Politik der kaiserlichen Regierung vollkommen fremd sind"; daß deshalb auch nach Herstellung der dauernden Ordnung in der Mandschurei und des unumgänglichen Schutzes der dortigen Eisenbahn, „das Nachbarreich Rußland" nicht ermangeln werde, „seine Truppen aus diesen Gebieten zurückzurufen,

vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem nicht im Wege steht." Diese letztere bemerkenswerte „Voraussetzung" zielt offenbar wieder auf die Minderheit der Mächte, welche dem russischen Versöhnungs-Programm schon von Anfang an sich nicht angeschlossen hatten, und es muß dahin gestellt bleiben, ob damit gesagt sein sollte, daß wenn diese Mächte wirklich so etwas wie eine Aufteilung Chinas versuchen würden, Rußland die Mandschurei für sich behalten oder aber — was wir für wahrscheinlicher halten — von dort aus die Teilung verhindern werde.

Nach dieser Einleitung wurde dann der eigentliche Zweck des Circulars in folgenden Sätzen mitgeteilt: „Durch die Einnahme Pekings ist die erste Hauptaufgabe, welche sich die kaiserliche Regierung setzte, nemlich die Befreiung der Mächte mit allen sich in der belagerten Stadt befindlichen Ausländern, erreicht. Die zweite Aufgabe, die Mitwirkung einer gesetzlichen Centralregierung zur Herstellung der Ordung und regelmäßiger Beziehungen zu den Mächten, erscheint bisher schwierig in Folge der Abreise des Kaisers, der Kaiserin-Regentin und des Tshung-li-Yamens aus der Residenz. Unter solchen Umständen findet die kaiserliche Regierung nicht einen hinlänglichen Grund, daß die Gesandtschaften weiter in Peking verweilen. Sobald eine gesetzliche chinesische Regierung neuerdings die Zügel in die Hände nimmt und ihre mit Vollmachten versehenen Vertreter zu Verhandlungen mit den Mächten ernannt haben wird, wird Rußland nach Einvernahme mit allen auswärtigen Regierungen seinerseits nicht ermangeln, zu diesem Zwecke einen Bevollmächtigten nach jenem Orte zu senden, wo die Verhandlungen stattfinden werden." Gleichzeitig teilte dann auch der amtliche russische „Regierungsbote", welcher das vom 25. August datierte Circulartelegramm am 1. September veröffentlichte, mit, daß dem Gesandten in Peking v. Giers und dem dort befehligenden Generallieutnant Lenewitsch der Befehl zugegangen sei, „für die Verwirklichung der allerhöchsten Absichten bezüglich der Ueberführung der kaiserlichen Gesandtschaft, der russischen Untertanen und der russischen Truppen von Peking nach Tientsin zu wirken, wobei

zweifellos alle Lokalbedingungen berücksichtigt werden." Man ersah aus dieser Mitteilung, daß Rußland mit seinem Circular den übrigen Mächten zwar keinen Vorschlag machen, wol aber ein anregendes Beispiel geben wollte, und daß es, wenn dasselbe nicht befolgt werden sollte, entschlossen war, die Zurückziehung seiner Gesandtschaft und Besatzung aus Peking allein auszuführen d. h. aus dem Welteoncert auszuscheiden.

In Berlin war man von diesem Auftreten Rußlands um so mehr betroffen, als dasselbe dort offenbar ganz unerwartet kam und man sich sagen mußte, daß es die Antwort auf den in Kassel unternommenen Versuch des deutschen Kaisers bedeute, die ihm von dem amtlichen russischen „Regierungsboten" zugeschriebene Initiative zur Waldersee'schen Weltmarschallswürde dem Zaren zurückzuschieben. Die in der Reichshauptstadt durch das russische Circular erzeugte erste Aufregung kennzeichnet wol am besten die von den Zeitungen berichtete Aeußerung Wilhelms II., „er werde auf keinen Fall Peking aufgeben, und wenn zu dem Zwecke alle Armeecorps mobilisiert werden müßten." Dem entsprach auch die Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten" aus London, derzufolge dortige „wolinformierte Kreise" versicherten, der deutsche Kaiser würde die von Rußland in Aussicht gestellte Räumung Pekings vor dem Eintreffen Waldersee's als eine persönliche Kränkung auffaßen. Das Bestreben der reichsdeutschen Diplomatie aber, die russische Action in möglichst höflicher Form zu durchkreuzen, ersah man alsbald aus einem officiösen Artikel der „Köln. Ztg." vom 31. August. Es wurde da zunächst so dargestellt, als ob die Räumung Pekings vor dem Friedensschluße von der chinesischen Bevölkerung als Schwäche gedeutet und zu neuen Ausbrüchen des Fremdenhaßes benutzt werden würde, — eine jedesfalls sehr unsichere Argumentation, da die unwißende chinesische Volksmasse auch eine spätere Räumung Pekings als Schwäche der Mächte auffaßen wird, neue Ausbrüche des Fremdenhaßes aber doch am besten von einer rehabilitierten und mit den Mächten wieder ausgesöhnten chinesischen Centralregierung unterdrückt werden können. Dann aber machte der offenbar von dem Grafen Bülow inspirierte Artikel den schlauen Vermittelungsvorschlag, Rußland möge immerhin

seine Truppen aus Peking zurückziehen, um sich ganz seinen „großen Aufgaben in der Mandschurei“ zu widmen, dagegen kein Bedenken haben, wenn die: „Truppen anderer Mächte“ in Peking verblieben, die „stark genug seien, um ihre militärische Tätigkeit in Petschili fortzusetzen“ und „nicht nur Peking zu halten, sondern auch, um von Peking aus einen so starken, weit reichenden Einfluß auszuüben, daß die chinesische Regierung, wohin sie auch geflüchtet sei, sich ihr nicht würde entziehen können.“ In diesem Vermittelungsvorschlage, dem jedesfalls auch die reichsdeutsche Antwort auf das russische Circulär entsprochen hat, trat die Besorgnis um die gefährdete Rolle des mit so vieler Mühe und so ungeheuerem Geräusch errungenen reichsdeutschen Weltmarschalls in fast naiver Weise zu Tage. Nimm immerhin, sagte Graf Bülow zu Rußland, die Mandschurei und mache damit, was du willst, nur laß uns den Marschall in Peking; er wird ja auch dort nichts tuen, was dir unangenehm sein könnte, aber es wäre doch gar zu grausam, wenn er überhaupt nichts mehr zu tuen bekommen sollte!

Gegenliebe fand die Bülow'sche Verlegenheitsauskunft bei Rußland natürlich nicht. Vielmehr erklärte das hochofficiöse „Journal de St. Petersbourg“ schon am 5. Sept. in sehr kategorischem Tone: „Eine militärische Action im großen Stile über Peking hinaus erscheint als ein Grund zu neuen Verwickelungen und nicht als ein Mittel zur Beruhigung, und zwar mit Rücksicht auf die gewaltige Ausdehnung der Gebietsteile, in welchen die Mächte allein die Ruhe nicht völlig würden wieder herstellen können. Vielmehr könnte nur die Tätigkeit der rechtmäßigen Regierungsorgane in China auf die Dauer ein heilsames Ergebnis herbeiführen. Die Zurückberufung der Vertreter der Mächte nach Tientsin würde in China als ein Beweis nicht der Schwäche, sondern dafür aufgefaßt werden, daß die Mächte dem Geiste, von welchem ihr ursprüngliches Programm erfüllt war, treu blieben. Eine bedeutende Arbeit bleibt für sie noch zu tuen, um eine Lösung der aus den gegenwärtigen Unruhen sich ergebenden Fragen herbei zu führen. Aber die Gedanken der Mäßigung müßen die Oberhand behalten über jeden

anderen Beweggrund, der dazu verpflichten könnte, der militärischen Action einen größeren Impuls zu geben, und zwar im Interesse einer glücklichen Lösung der zahlreichen schwebenden Fragen." Das lautete für die Zukunftstaten des Weltmarschalls wenig tröstlich, und das „Berl. Tgbl." sah ganz richtig, wenn es meinte: „Die Spitze dieser Ausführungen gegen Deutschland ist zu deutlich, um sie auch nur einen Augenblick verkennen zu können." Noch wies man es aber in Berlin weit von der Hand, „sich — wie das oben genannte halbofficiöse Blatt sich ausdrückte — „vor diesem russischen Impromptu gehorsam zu verneigen", und die dortige officiöse Presse ergieng sich nicht nur in Prophezeiungen von dem Scheitern der russischen Anregung bei den übrigen Mächten, sondern fieng auch wieder an, die Rolle des Grafen Waldersee als diejenige eines nicht bloß militärischen, sondern auch politischen Obercommandanten darzustellen.

So bildete sich das neue Stadium der chinesischen Wirren immer deutlicher zu einem Conflict heraus, in welchem auf der einen Seite Rußland, auf der andern das Deutsche Reich im Vordergrunde steht, und zwar ist der Gegensatz der, daß Rußland, seinen von Anfang an sehr bestimmt betonten Absichten entsprechend, jetzt offen die Rolle eines Protectors des chinesischen Reiches und der bestehenden chinesischen Regierung übernommen hat, während für das Deutsche Reich die mit so lauter Rhetorik verkündigten Absichten der „völligen Niederwerfung Chinas", des „Friedensdictates" 2c. 2c. maßgebend sind. Rußland hatte dabei den unverkennbaren Vorteil, daß es auf seinem Wege eine rasche Beendigung des chinesischen Handels und ein greifbares, wenn auch bescheidenes Ergebnis in sichere Aussicht stellen konnte, während die vom deutschen Reiche verfolgte weitere Ausdehnung der militärischen und politischen Action einstweilen weder ein Ende noch ein Ergebnis absehen läßt. Dazu kamen die weiteren Erwägungen, daß Rußland sich durch sein Vorgehen jedesfalls die Freundschaft Chinas und damit auch die größten, von diesem Reiche in Zukunft zu gewährenden Vorteile sicherte, während das Deutsche Reich bei weiterer Verfolgung der bisherigen „Rachepolitik" mit seinen

Handels- und Verkehrsinteressen jedesfalls nicht auf die künftige Gegenliebe Chinas zählen kann und außerdem mit einer Gegnerschaft Rußlands zu rechnen hatte, die ihm in Europa weit mehr noch als in Asien Sorge machen darf.

Niemandem konnte diese Sachlage erwünschter sein als England, das, dermalen selbst außer Stande, den Russen in Ostasien die Spitze zu bieten oder auch nur namhafte Schwierigkeiten zu machen, jetzt mit beiden Händen zugriff, um das Deutsche Reich vor sich her gegen Rußland vorzuschieben. Wir kamen auf diese Weise in Gefahr, durch Uebernahme der Führung gegen Rußland in Ostasien, wo wir, abgesehen von der an sich sehr untergeordneten und nichts weniger als schwierigen Genugtuung für den Gesandtenmord, bisher nur ganz unbedeutende Interessen zu wahren haben, in das Schlepptau der wirklichen Weltpolitik Englands und damit in endgültige Verfeindung mit Rußland zu geraten. An englischen Lockungen zur weiteren Verfolgung dieses gefährlichen Weges fehlte es nicht. So drückte der ministerielle „Standard" das Vertrauen aus, daß das Reich nicht davor zurückschrecken werde, trotz des russischen Auftretens, seine Truppen in Peking zu belaßen, und stellte in Aussicht, daß die britischen Truppen dort mit ihnen cooperieren würden. Auch wurde dem damaligen Besuche des Prinzen Heinrich von Preußen am englischen Hofe die Absicht zugeschrieben, ein deutsch-englisches Zusammengehen in Ostasien anzubahnen.

Indessen fieng doch die optimistische Stimmung, die man in Berlin zu forcieren suchte, schon bald zu wanken an. Wol hatte Wilhelm II. noch in einer am 7. Sept. zu Stettin gehaltenen Rede — wahrscheinlich im Hinblick auf die alsbald zu erwähnende reichsdeutsche Gegenaction vom 18. Sept. — gesagt: „Ich habe gar keine Besorgnis für die Zukunft. Ich bin überzeugt, daß Mein Plan gelingen wird." Aber Graf Bülow ließ diesen Satz bereits aus der officiösen Redaction verschwinden, wol in der richtigen Annahme, daß das Wort vom „Plane" des Kaisers und das zuversichtliche Betonen seines „Gelingens" im Auslande verstimmen müße. Ebenso bemerkenswert war der Umstand, daß die in den ersten Septembertagen von

Bremerhafen nach China abgegangene neue — die dritte — oſtaſiatiſche Brigade nicht durch eine bis zum letzten Augenblick erwartete Kaiſerrede, ſondern nur durch ein politiſch ganz bedeutungsloſes Telegramm verabſchiedet wurde. Der ſehr merkliche Unterſchied zwiſchen dieſer und den früheren kaiſerlichen Kundgebungen von Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bielefeld und Kaſſel bewies, daß man auch in Berlin mit der durch die ohne reichsdeutſche Beteiligung erfolgte Eroberung Pekings und den ruſſiſchen Vorſchlag ſtark veränderten Situation zu rechnen begonnen habe.

Und darin konnte man durch die Aufnahme des ruſſiſchen Circulars Seitens der übrigen Mächte und durch alles, was ſonſt von dort zu hören war, nur beſtärkt werden. Nachdem die Vereinigten Staten dem Vorgehen Ruſsland ſich ſofort angeſchloßen hatten, geſchah daſſelbe auch von Frankreich, deſſen feſte Allianz mit Ruſsland gleichzeitig durch die ſolenne Verleihung des ruſſiſchen Andreasordens an den Präſidenten Loubet von neuem demonſtriert wurde. Da Japan ſich mindeſtens nicht als Gegner der ruſſiſchen Anregung gezeigt hatte und einſtweilen eine zuwartende Stellung einnahm, ſo ſah ſich der Berliner Widerſpruch, abgeſehen von den in Oſtaſien ganz irrelevanten beiden anderen Dreibundsmächten, auf die engliſche Unterſtützung beſchränkt. Die gehoffte Majoriſierung Ruſslands war mislungen. Zugleich kamen aber von Frankreich und Ruſsland her neue Anfechtungen der Befugniſſe der Waldersee'ſchen Oberbefehlshaberſchaft. Der deutſche Generaliſſimus ſollte nur Vorſitzender jener „internationalen Commiſſion" ſein, deren Bildung als oberſte militäriſche Inſtanz in Petſchili ſchon früher durch eine amtliche Mitteilung der franzöſiſchen Regierung bekannt geworden war, ſollte ihr aber nichts zu befehlen haben, ſo erklärte der ſelbſt dieſer Commiſſion zugeteilte bekannte franzöſiſche Obriſtlieutenant Marchand, und wenn die Berliner „Poſt" dem gegenüber behauptete in Berlin wiße man überhaupt nichts von einer ſolchen Commiſſion, ſo wurde die Sache dadurch nur noch ſchlimmer, da das erſt recht bewies, daß über die wirklichen Competenzen des Grafen niemand, auch er ſelber nichts ſicheres wiße. Ruſſiſcher Seits aber wurde dem deutſchen Gerede von der politiſchen Oberbefehlshaberſchaft des Grafen nunmehr durch eine officiöſe Petersburger

Mitteilung der „Polit. Correspondenz" ein geradezu brüskes Ende gemacht. „Wo man sich noch einige Nüchternheit bewahrt hat," — so hieß es da mit unverkennbarer Gereiztheit — „wird man sich wol daran erinnern, daß dem deutschen Feldmarschall auf Grund eines Einvernehmens der Mächte ausschließlich die Stelle eines Oberbefehlshabers der verbündeten Truppen anvertraut worden ist. Von der Zutat einer politischen Mission war in den amtlichen Auseinandersetzungen schlechterdings keine Rede." Daraufhin erhielten die Berliner Officiösen endlich Befehl zum Rückzuge von dieser Position. In der von ihnen verbreiteten Mitteilung hieß es, es habe den Anschein, als ob die russische Note vom 25. August dadurch mit veranlaßt worden sei, daß die angeblich (!) geplante Erweiterung der militärischen Mission des Grafen Waldersee zu einer politischen anscheinend gewisse Besorgnisse hervorgerufen habe, deren Grundlosigkeit durch die volle Uebereinstimmung der deutschen und russischen Regierung in diesem Falle mit aller wünschenswerten Klarheit dargelegt sei.

Eines aber hatte die reichsdeutsche Politik, trotz aller dieser Misserfolge, durch ihren Widerspruch gegen das russische Circular-Telegramm vom 25. August doch erreicht. Sie hatte die politische Action der Mächte, welche durch jenes Telegramm beschleunigt werden sollte, zeitweilig in völliges Stocken gebracht und die Eröffnung der Friedensunterhandlungen bis auf weiteres verhindert. Die chinesische Regierung hatte schon am 21. August Li-Hung-Tschang, den Vicekönig früher von Kanton, jetzt von Petschili, und den Prinzen Tsching zu ihren Friedensunterhändlern bestellt. An ihr lag es also offenbar nicht, daß die Unterhandlungen nicht schon längst begonnen hatten, und ebensowenig lag das an Rußland und der Mehrheit der Mächte, die sich mit dem russischen Circular vom 25. August mehr oder weniger einverstanden erklärt hatten. Es war durch dasselbe die Räumung der chinesischen Hauptstadt in Anregung gebracht worden, um einen raschen Friedensschluß zu erleichtern. Es sollte dadurch dem chinesischen Hofe die Rückkehr nach Peking ermöglicht werden, die ihm, so lange die Hauptstadt in der Gewalt der fremden Truppen ist, nur dann zuzumuten ist, wenn man zugleich seine

Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangt. Gleichzeitig aber sollten die Gesandtschaften der Mächte unter dem Schutze ihrer Truppen in Tientsin bleiben und diese zweitgrösste Stadt Petschilis mit dem Küstenstriche bis Taku als Faustpfand bis zum Friedensschlusse gehalten werden. Man hätte dann die chinesische Regierung in nächster Nähe gehabt, wo sie jeder Zeit erreichbar und ihr Tuen und Lassen zu beaufsichtigen war; gegen die Gefahr einer bedrohlichen Ansammlung chinesischer Truppen in und um Peking aber konnte man sich leicht dadurch schützen, daß man die für zulässig erachtete Zahl derselben bestimmte und sich vorbehielt, dieselbe zu controllieren. Die Annahme dieser Anregungen Russlands, das muß jeder Unbefangene zugestehen, würde den sofortigen Beginn und den ununterbrochenen Fortgang der Friedensunterhandlungen gesichert und die Möglichkeit einer raschen Beendigung des ganzen Zwischenfalles geschaffen haben. Sie beruhten aber allerdings auf der Voraussetzung, daß China als eine große und ebenbürtige Macht zu behandeln sei, nicht als eine quantité négligeable, die man nach König Etzels Vorbilde „niederschmettern" und der man den Frieden beliebig „dictieren" könne. Dazu wollte man sich aber damals in Berlin noch immer nicht verstehen, wo sich „die kaiserliche Regierung" freilich auf die Niederschmetterungs-Theorie in einer Weise rhetorisch festgelegt hatte, von der nicht so leicht wieder los zu kommen war. Darum hatte man mit englischer Hülfe die einheitliche Sammlung der Mächte um das russische Friedens- und Versöhnungsprogramm verhindert und glaubte diese Situation nun benutzen zu können, um sich selbst an die Spitze des solchergestalt decontenancierten Concertes zu schwingen und dasselbe unter reichsdeutscher Führung von neuem zu sammeln, d. h. das von einer neuen und von einer anderen Seite zu probieren, was mit dem „geschickten Coup" der Waldersee'schen Oberbefehlshaberschaft einstweilen misslungen war.

Dieser Versuch wurde durch das Circular-Telegramm des Grafen Bülow vom 18. Sept. unternommen. In demselben wird gesagt: „Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers erachtet als eine Vorbedingung für den Eintritt in diplo-

matischen Verkehr mit der chinesischen Regierung die Auslieferung derjenigen Personen, welche als die ersten und eigentlichen Anstifter der gegen das Völkerrecht in Peking begangenen Verbrechen festgestellt sind." Dann heißt es, daß „dem civilisierten Gewißen eine Massen-Execution widersprechen" würde, auch werde „selbst die Gruppe der Leiter nicht vollständig ermittelt werden können; die Wenigen aber unter ihnen, deren Schuld notorisch ist, sollten ausgeliefert und bestraft werden"; in dieser „Untersuchung" würden die Vertretungen der Mächte in Peking „vollständiges Zeugnis abzulegen oder beizubringen" in der Lage sein. Nachdem dann noch einmal betont war, daß es auf die Zahl der Bestraften weniger ankomme als auf ihre Eigenschaft als „Hauptanstifter und Leiter", schloß das Circular wie folgt: „Die Regierung Sr. Majestät glaubt auf die Einstimmigkeit aller Cabinette in diesem Punkte zählen zu können, denn Gleichgültigkeit gegen den Gedanken einer gerechten Sühne würde gleichbedeutend sein mit Gleichgültigkeit gegen eine Widerholung des Verbrechens. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers schlägt deshalb den beteiligten Cabinetten vor, ihre Vertreter in Peking zur Bezeichnung derjenigen leitenden chinesischen Persönlichkeiten aufzufordern, über deren Schuld bei der Anstiftung oder der Durchführung der Verbrechen der Zweifel ausgeschloßen ist."

Es läßt sich nicht verkennen, daß dieses Bülow'sche Circular bereits eine ganz erhebliche Einschränkung des anfänglichen, durch die verschiedensten Reden des Kaisers verkündigten Racheprogramms enthielt. War damals die Anweisung erteilt worden, keinen Pardon zu geben, keine Gefangenen zu machen und nach dem Muster der Hunnen die Waffen so zu führen, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese wagen möchte, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen, so wurde jetzt ausdrücklich auf „Massenexecutionen" verzichtet. Es hatte also ein Rückzug von dem anfänglich geplanten „gewaltigen" auf ein bedeutend kleineres Racheprogramm stattgefunden. Immerhin war dasselbe aber noch groß genug, um die stärksten Bedenken zu erregen.

Die Gesandten der fremden Mächte sollten diejenigen „leitenden chinesischen Persönlichkeiten", über deren Schuld bei Anstiftung

oder Durchführung der gegen die Gesandtschaften verübten Verbrechen „der Zweifel ausgeschloßen ist", bezeichnen, diese Personen sollten ausgeliefert und vor der Auslieferung die Friedensverhandlungen nicht eröffnet werden. Das war schon deshalb eine sehr merkwürdige Zumutung, weil sämtliche Gesandtschaften und ihre Regierungen während der inzwischen verstrichenen sechs Wochen keinerlei amtliche Aufklärung über die der Eroberung Pekings vorausgegangenen Ereignisse hatten verlauten laßen. Weder von der deutschen noch von irgend einer andern Gesandtschaft liegt selbst heute noch nicht einmal ein Bericht über den äußeren Hergang der Ermordung des Herrn v. Ketteler vor, sodaß sogar der Todestag desselben amtlich noch nicht feststeht, geschweige denn, daß über die näheren Umstände seiner Ermordung oder gar über die Mörder irgend eine zuverläßige Angabe gemacht wäre. Dieses einstimmige Schweigen der Gesandtschaften läßt sich nur daraus erklären, daß keine derselben über die Teilnahme der chinesischen Regierung und ihrer Würdenträger an den Verbrechen der Rebellen etwas sicheres weiß. Verdacht gegen die kaiserliche Regierung, insbesondere gegen die Kaiserin-Regentin und den Prinzen Tuan, haben sie mehr oder weniger alle, und dieser Verdacht ist auch insofern sicherlich nicht unbegründet, als die Kaiserin, in der peinlichen Klemme zwischen der nationalen fremdenfeindlichen Bewegung und der Rücksicht auf die fremden Mächte, sich vielfach höchst zweideutig benommen haben mag. Dabei ist indes immer wieder daran zu erinnern, daß die Feindseligkeiten von den Mächten durch das allem Völkerrecht zuwiderlaufende Vorgehen gegen die Takuforts eröffnet wurden; daß die chinesische Regierung, wie kürzlich durch den Bericht des österreichischen Vertreters in Peking bekannt geworden ist, in diesem Gewaltact eine Kriegserklärung erblickte und in Folge dessen die Gesandten aufforderte, binnen 24 Stunden Peking zu verlaßen, was dieselben jedoch nicht taten, wol weil sie es ohne Lebensgefahr nicht tuen zu können glaubten; daß der deutsche Gesandte ermordet wurde, weil er so unvorsichtig war, sich in diesem kritischen Augenblicke und, wie die chinesische Regierung bekanntlich behauptet, gegen deren ausdrücklichen Rat in das Tshung-li-Yamen zu begeben, und endlich, daß die Erhaltung der übrigen Gesandten doch offenbar nur dem

Einfluß der chinesischen Regierung zu danken ist. Sicheres über die gearwöhnte Mitschuld hoher und höchster Personen an der Ermordung Kettelers, an den Angriffen auf die Gesandtschaften und den sonstigen Fremden-Morden weiß offenbar keiner der in Peking beglaubigten Diplomaten, und noch weniger gibt es dafür Beweise, sonst wäre darüber ohne jeden Zweifel schon von einer der beteiligten Regierungen etwas verlautet. Was konnte also wol bei der Aufforderung des Grafen Bülow an die Mächte, zu sagen, was sie offenbar ebensowenig wie er selbst wußten, herauskommen? Nichts anderes als eine weitere Verwirrung der Mächte und demgemäß eine weitere Verschleppung des Beginnes der Friedensverhandlungen. Denn wenn auch die Mächte wirklich diesen oder jenen „Anstifter" bezeichneten, so glaubte doch niemand, daß die Chinesen denselben ausliefern und dem Gerichte der Fremden preis geben würden. Sie würden vielmehr die Untersuchung und Bestrafung als ihr eigenes gutes Recht in Anspruch genommen haben. Denn aber sollte wol Graf Waldersee seine „Vorschußlorbeeren" einlösen und schließlich doch noch die Rolle des militärischen und politischen Oberbefehlshabers spielen, die man ihm bis dahin so gestissentlich versperrt hatte. Dazu aber dem Manne zu verhelfen, verspürte offenbar auch jetzt noch und jetzt erst recht keine der Mächte die geringste Lust, und so blieb es bei der störenden und verschleppenden Wirkung des Bülowschen Circulars.

Den Vereinigten Staten wurde das chinesische Concert durch diese Note so gründlich verleidet, daß sie offen erklärten, sich ganz von demselben zurückziehen und ihren Separatfrieden mit China schließen zu wollen. England, auf dessen Zustimmung man in Berlin am Sichersten gerechnet hatte, war zu einer Antwort überhaupt nicht zu bewegen. Es hatte seine Freude daran gehabt, daß sich das Reich von ihm soweit gegen Rußland hatte vorschieben lassen; jetzt aber, wo es selbst hätte in den Riß treten müssen, versagten die in Afrika immer noch gebundenen Kräfte, und es legte sich einfach aufs Kneifen. Rußland, Frankreich und Japan waren zwar höflich genug, die ganz unverbindliche Bemühung ihrer Gesandten nach den „Hauptanstiftern" zu ver-

sprechen; von der Hauptsache aber, der Auslieferung und Bestrafung der Schuldigen vor Beginn der Friedensunterhandlungen, wollten sie sämtlich nichts hören. So blieb dem Bülow'schen Circular nur die Zustimmung Oesterreichs und Italiens, die diesen Mächten nichts kostete, da sie in den chinesischen Händeln nichts zu verlieren haben. Die reichsdeutschen Officiösen aber und ihr freiwilliger Heerbann in der nationalen und loyalen Presse erregten Mitleid und Gelächter zugleich durch ihre halsbrechenden Anstrengungen, diesen argen Miserfolg vor der **multitude moutonnière** ihrer gesinnungstüchtigen Leserschaft auch nur einigermaßen zu vertuschen.

Es war nach der ärgerlichen Beschränkung der Machtvollkommenheiten des Weltmarschalls bereits die zweite *schwere Niederlage*, welche sich die „kaiserliche Regierung" in dem chinesischen Abenteuer zugezogen hatte. Stellte die erste dem Reiche die *militärische Isolierung* in sichere Aussicht, wenn es versuchen sollte, seinen Weltmarschall die ihm zugedachte Rolle eines soldatischen und politischen Oberbefehlshabers wirklich spielen zu laßen, so wurde es durch die zweite mit der ebenso sicheren *politischen Isolierung* bedroht und vor die bedenkliche *Alternative* gestellt, entweder seine Auslieferungs- und Bestrafungsforderung fallen zu laßen, d. h. den *diplomatischen Rückzug* anzutreten, oder aber seine Rachepolitik und schließlich auch seinen Rachekrieg mit China *allein* auszufechten. Wie ernst diese Alternative war, ersah man gleichzeitig aus den mißlichen Schwierigkeiten, welche der inzwischen auf seinem Wirkungsgebiet in Petschili angelangte „Oberbefehlshaber" Graf Waldersee schon bei der Abhaltung von Paraden — der einzigen berufsmäßigen Tätigkeit, die bisher von ihm bekannt geworden ist — an dem Widerstreben der übrigen Truppencontingente fand, noch weit mehr aber daraus, daß Rußland, Amerika und Japan mit der Räumung Pekings und der Ueberführung ihrer Gesandschaften nach Tientsin d. h. mit der Ausführung der russischen Note vom 25. August inzwischen ruhig begonnen bezw. fortgefahren haben.

Mit einer jener plötzlichen Absprünge, die für den gegenwärtigen Reichskurs ebenso characteristisch sind wie seine gewaltige Rhetorik, hat derselbe dieser gefährlichen Sachlage Rechnung

getragen und durch das Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Kaiser von China vom 30. September sowie durch ein neues Circular-Telegramm des Grafen Bülow vom 1. October den Rückzug angetreten. Die näheren Umstände und die Wirkungen dieses plötzlichen Umschlages der Berliner Politik, durch welchen das gefährdete und fast schon zersprengte Weltconcert — nunmehr unter der einstweilen nicht mehr bestrittenen Führung Rußlands und Frankreichs — wieder in Action tritt, werden sich erst später in einer zusammenfaßenden Darstellung schildern laßen.

W. H.

Rechtsparteiliche Aehrenlese.

Auf dem Felde rechtsparteilicher Litteratur liegt so manche Aehre; sie aufzulesen und in eine Garbe zu binden, ist der Zweck nachfolgender Artikel.

Uns Rechtsparteiler berührt sympathisch Immanuel Kants Bekenntnis, daß Ehrlichkeit beßer als Politik sei, seine Forderung, daß deshalb die Moral den Eckstein des Friedens bilden müße, sein scharfes Bekämpfen jeglichen Unrechtes, das Verschlingen eines kleinen States für eine leicht verzeihliche Kleinigkeit zu halten, wenn dadurch ein viel größerer zum vermeintlichen größeren Weltbesten gewinne. Vor allem auch sein Wort: „Die wahre Politik kann keinen Schritt tuen, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben, und ob zwar Politik für sich selbst eine schwere Kunst ist, so ist doch die Vereinigung derselben mit der Moral gar keine Kunst, denn diese haut den Knoten entzwei, den jene nicht aufzulösen vermag, sobald beide einander widerstreiten. Das Recht der Menschen muß heilig gehalten werden, mag es der herrschenden Gewalt noch so große Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren und das Mittelding eines pragmatisch-bedingten Rechtes (zwischen Recht und Nutzen) ausfinnen, sondern alle Politik muß ihre Knie vor dem ersteren beugen, kann aber dafür hoffen, ob-

zwar langsam, zu der Stufe zu gelangen, wo sie beharrlich glänzen wird." — So zu lesen in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden." Was sagt unser heutiges Geschlecht dazu? „Allen Respect vor dem Philosophen von Königsberg, aber in diesem Stücke ist er doch zu altmodisch", so würde ihr Urteil lauten.

* * *

Die Kluft zwischen dem, was Friedrich Wilhelm IV. wollte und dem, was hernach zu Zeiten seines Bruders verwirklicht wurde, zeigen uns des ersteren Worte: „Preußen geht fortan in Deutschland auf. Ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Trone stürzen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen. Sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfaßung." — Dieß wurde vom Könige im Schloßhofe zum Volke gesprochen, umgeben von den versammelten Prinzen und sämtlichen Ministern. Vom Pferde herab vor dem Universitätsgebäude wurden diese Worte wiederholt: „Ich will nicht usurpieren und will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit und Einigkeit..... Merken Sie sich das, meine Herren, und schreiben Sie sich das auf, daß ich nichts usurpieren will, nichts will, als die deutsche Freiheit und Einigkeit." — Blicken wir auf die Lostrennung der deutschen Ostmark, so hat Friedrich Wilhelm IV. seinen Protest in einem Schreiben an Dahlmann nieder gelegt, der ein erschütternder Ruf an das Gewißen der deutschen Nation ist. Er lautet: „Ich will nicht herrschen über einen Rumpf, Deutschland ohne die österreichischen Erbstaten ist aber ein Rumpf, oder vielmehr zwei Drittel eines Rumpfes. Fühlen Sie denn nicht, lieber Dahlmann, daß es nicht eitle Worte sind, wenn ich verlange, daß man Arndts zum Volksgesange erhobenes treffliches Lied: Was ist des deutschen Vaterland? vor allem sein Ende: Das ganze Deutschland soll es sein! vor kaiserlicher Majestät, ohne dieselbe erröten zu machen, auch künftig singen könne?" — Friedrich Wilhelms IV. hohenzollerisches Vermächtnis ist ein Protest gegen die heutige Verwirklichung; aus Gründen des Rechtes verharren wir bei diesem Proteste.

* *

Ernst Moritz Arndt schreibt in seinem 1807 erschienenen Buche „Geist der Zeit“: „Welchen Sinn hatte die Monarchie Friedrichs des Einzigen? Doch wol einen sehr nationalen? Leere Klänge, womit man immer gespielt hat! Fremd war der Sinn der Monarchie allem, was deutsch heißt, und ist es noch. Daher die Abneigung, ja fast der Abscheu der kleinen Staten von Deutschland, wenn es heißt, der preußische Adler soll über ihren Thronen seine Fittige ausbreiten“ usw. An deutsche Begeisterung und Teilnahme war also nicht zu denken.

Freiherr von Stein an den Grafen Münster (1812)t „Setzen Sie an Stelle Preußens, was Sie wollen, lösen Sie es auf, verstärken Sie Oesterreich mit Schlesien und Kurmark und dem nördlichen Deutschland — ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist.“

Professor Lehmann an der Marburger Universität, preußischer Patriot, sagt in seiner Vorlesung über neuere Geschichte: Preußen ist empor gekommen nicht mit, sondern gegen die Ordnungen des alten Reiches. Von einer deutschen Politik Preußens kann erst seit dem Jahre 1808 die Rede sein. —

Ja freilich, Preußen hatte nach 1815 durch Erwerbung der Provinzen Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz seinen Schwerpunkt aus dem slavisch-deutschen Osten nach Deutschland verlegt, hatte es doch die Souveränetät in Deutschland, vor allem den Rang der zweiten deutschen Großmacht erlangt. Diese völlig veränderten Umstände geben der preußischen Geschichte von 1815 bis 1866 eine gegen früher völlig veränderte Richtung. Dieselbe lief jetzt auf das Bestreben hinaus, durch Zu-Tage-Legung deutscher Gesinnungen, durch das Eintreten für deutsche Interessen es allen anderen zuvor zu tuen, die Rolle eines deutschen Musterstates zu spielen und so allmählich den Glauben zu verbreiten, daß die Führung der deutschen Angelegenheiten nirgends beßer aufgehoben sei als in preußischen Händen, unter der preußischen Spitze. Es ist also nicht mehr wie früher das Streben nach Vergrößerung der preußischen Herrschaft neben und im Gegensatze zu Deutschland, sondern nach preußischer Herrschaft in und über Deutschland, welches diese Periode characterisiert. Daß diese Politik Preußens eine deutsche zu nennen sei, bestreiten wir nicht, wenn

sie auch nichts weniger war als die Politik der Unterordnung unter das Ganze und des Aufgehens in dem Ganzen, die wir für die allein richtige und ersprießliche deutsche Politik halten. Wir leugnen auch nicht, daß das Motiv dieser Politik die Liebe zu Deutschland gewesen sei, wenn es auch eine etwas seltsame Liebe war, die oft genug an diejenige des Habichts zur Taube erinnerte. Gefährlich und schädlich und deshalb auch tatsächlich feindlich gegen die zu Recht bestehende Verfaßung, nunmehr also den Deutschen Bund, war jedesfalls auch diese neue deutsche Politik Preußens, weil sie darauf ausgieng, die preußische Oberherrschaft an die Stelle des Bundes zu setzen, und weil sie zur Erreichung dieses Zieles wieder derselben Mittel sich bediente, die früher zur Begründung der preußischen Macht im Gegensatz zu Deutschland hatten dienen müßen. — Caprivi sagte 1892 in Grünberg: Der preußische Stat habe sich unter schwierigen Verhältnissen Dank seinen Königen zu Deutschland entwickelt. — Hiernach ist es keine Wunder, daß der Kanzler, wenn von Deutschland die Rede war, Preußen meinte, das sich zu Deutschland entwickelt hat.

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

I.

Reichensperger und Pastor: Allgemeine Characteristik.

* „Wie selten sind doch die Charactere! Dank dem obligatorischen Schulunterricht, der allgemeinen Militärpflicht und der Zeitungsleserei nimmt die Fabriksbutzendware immer mehr Platz in der Welt ein! Wieviel Kuren müßten wol noch durchgemacht werden, bevor der Strom wieder eine andere Richtung einschlägt! Wie hoffnungslos indes im Großen der Kampf für das Rechte und Wahre aber auch sein mag, jeder muß auf seinem Posten das Seinige tun und Gott für das Weitere sorgen laßen." Der Mann, dem das Verschwinden der Charactere Sorge machte,

hat sich in einem Leben von siebenundachtzig Jahren als ein christlicher, katholischer, deutscher, politischer, künstlerischer und wißenschaftlicher Character im edelsten Sinne vor Freund und Feind bewährt, hat sich einen Ehrenplatz unter den Kernmännern seiner Zeit errungen. Es ist August Reichensperger.

Mit der Renaissance deutscher Kunst, mit der Bekämpfung des Pseudoclassicismus, mit der Vollendung des Kölner Domes, mit der Gründung und Glanzzeit des Centrums, mit dem Siege seiner mishandelten Kirche im Kulturkampfe ist sein Andenken ruhmvoll verbunden. Ein origineller, reich und vielseitig begabter Geist von nachhaltiger Kraft, wahrhaft, aufrichtig, treu, hatte er jeder Zeit den Mut seiner Ueberzeugung. Entschieden im Urteil, tapfer im Streit, mild gegen die Personen, von zäher Beharrlichkeit, rastlos tätig, wog ihm, der als Redner seinen Platz neben Mallinckrodt und Windthorst behauptete, ein Quentchen Tat mehr als ein Centner Worte. Er strebte nach harmonischer Verwendung seiner Kräfte, im Gegensatz zu jeder Einseitigkeit. Alles, auch Unbedeutendes, ward ihm bedeutend, sofern es ihm Arbeit und Ideen gab. Dieser liebenswürdige, interessenreiche Rheinländer, eine weltoffene, frische und frohe Künstlernatur, wollte nicht „wie eine Schwarzwälder Drehorgel leben, worin ein Stückchen nach dem andern, in strengster Wiederholung, abgeleiert wird. Das Herz im Leibe schrumpfe einem dabei vor Langeweile zusammen, wenn auch die Stückchen noch so lustig hüpften, tanzten und sprängen, und vielleicht noch Püppchen dazu. Nicht gewaltsam müße der Mensch seine Bildungs- und Schöpferkraft verrosten und verfaulen laßen, sich immerdar frei und selbstätig regen, keinerlei Vorurteile, Leidenschaften, Gewohnheiten in sich herrschen laßen".

Durch Gottesfurcht ward er von Menschenfurcht befreit, in der Demut erhalten, vor Ueberschätzung und Ueberhebung geschützt. Nichts lag ihm ferner, als sich zu montieren. Die einzige Art, in der er, „der kein in großem Stil angelegter Mensch, Schriftsteller und Redner sei, der guten Sache dienen könne und vielleicht auch einigermaßen diene, sei die, daß er, im Kleinen und Kleinsten stets tätig keine Gelegenheit versäume, um einen Stein oder auch nur ein Sandkorn für den Bau der Ewigkeit hinzu

zu tragen. In solcher christlich-deutschen Bescheidenheit lebte er seinem Wahlspruch „Immer frisch drauf, viam fata invenient“. Stets auf dem Posten, setzte er seine Person gern ein, um fördern zu helfen, was er für recht, gut und schön hielt, unbekümmert um des Tages Last und Mühe, nicht zu beirren durch Declamationen, nicht mürbe zu machen durch bittere Erfahrungen und Hemmnisse.

Offen sprach er seine Ansichten aus, hielt auch mit seiner Abneigung gegen alle Uebertreibungen auf politischem und kirchlichem Gebiete nicht zurück. Begründeten, sachkundigen Widerspruch ertrug er nicht nur, er provocierte ihn, denn Kampf sei das Leben oder wenigstens wesentlichste Grundbedingung des Lebens. Freilich die Zeitungsinvectiven afficierten kaum seinen Puls. Dieser Schmutz falle um so eher zu Boden, je weniger man darin herumrühre. Ueber den Erfolg seiner Mühen ließ er sich das Herz nicht schwer werden und zerbrach er sich den Kopf möglichst wenig. Als Christ vertraute er, so sauer auch oft der Kampf für die Wahrheit sei, werde sie sich dennoch Bahn brechen, wenn nur ihre Verfechter, unbeirrt durch alle Wechselfälle, immer eingedenk des Spruches: „Tragt Holz und laßt Gott kochen“, mutig ausdauerten. Der Gedanke an den fehlenden augenblicklichen Erfolg dürfe, wo es sich um öffentliche Angelegenheiten handele, niemand bestimmen, sein ehrlich gemeintes, auf Erfahrung sich stützendes Wort unausgesprochen und den Dingen ihren Lauf zu laßen. Bringe doch der Laut einer Menschenstimme zuweilen eine Lawine zum Sturz, die, wer weiß wie lange, Stürmen und Wettern gegenüber Stand gehalten. Um der Sache der Wahrheit, nicht um ihres sofortigen Sieges willen gelte es, gegen den Strom zu schwimmen, unbesorgt, wann das magna est veritas et praevalebit in Erfüllung gehe. Inzwischen il faut faire flèche de tout bois. Der energische Mann, der, je höher er jemanden hielt, um so mutiger ihm die ganze Wahrheit sagte, hatte für Menschen und Dinge ein von Wolwollen erfülltes Herz. Spröde, reservierte Naturen, denen der Wein seines Feuereifers zu stark war, gewann er durch nie verletzenden, glücklichen Humor. Man könne von jedem Menschen etwas haben, falls man verstehe, ihm auf sein Steckenpferd zu

helfen. Diese harmlose Kunst besaß R. und im Frohsinn einen Schlüßel, um in sehr heterogenen Gemütern die Saite klingen zu laßen, die einen schönen Ton gab. Hülfreich, wo er konnte, zog es ihn am meisten zu den Armen. Jedem alten zerlumpten Mann oder Weib auf der Straße gab er Almosen. Aber absichtlich mied er, in Equipagen zu sehen: die Insaßen fühlten sich schon genug; die brauche man nicht noch zu grüßen. Durch Lob ohne Maß konnte man ihn verstimmen.

Diese wenigen dürftigen physiognomischen Linien möchten Lust zur vertrauten Bekanntschaft machen. Damit der Gedanke an den strengen Katholiken sie nicht dämpfe, ein vorläufiges Wort über dessen confessionelle Stellung zu uns. Er wußte, was er an seiner Kirche hatte, und fühlte sich als ihr treuer Sohn im Innersten befriedigt, durch ihre Vorzüge beglückt. Ihre Blüte war ihm Herzenssache. Dem Schlendrianskatholicismus feind, suchte er ihm durch Reden, Schriften, Opfer an Geld, Kraft und Zeit zu wehren. Der Schönfärberei, die alles Katholische als unübertrefflich glorificiert, verdarb er das lügnerische Spiel, indem er die erkannten Schäden des kirchlichen Lebens, wo es not tat, bloßlegte, ohne die Pietät zu verletzen und Unerreichbares zu begehren. Seine Kirchlichkeit, weil von Herzensfrömmigkeit durchdrungen, machte ihn tolerant in echtem Sinne. Mit seinem Meister Görres gestand er: Wir alle, Katholiken und Protestanten, haben in unseren Vätern gesündigt und weben fort in der Webe menschlichen Irrsals; die Gegenwart aber gebietet, daß wir uns mit einander vertragen. Es schmerzte ihn, daß der kirchliche Zwiespalt auch in edleren Naturen den Sinn für Recht und Billigkeit verdunkele, sobald das Parteiinteresse irgendwie in Frage komme. In dieser Hinsicht über sich wachend, konnte er sich das Zeugnis geben: es ist mir nie eingefallen und nie, hoffe ich, wird es mir einfallen, Protestanten als solche anzufeinden oder mit ihrem Glauben auf's Korn zu nehmen. Das sei nicht nur überflüßig, sondern auch den gemeinsamen Interessen zuwider. Alle, die im Christentum die gemeinsame Glaubensbasis hätten, müßten zusammenstehen gegen den immer geschloßener und drohender auf sie eindringenden Materialismus. Katholische Proselytenmacherei, Confessionsgezänk, Gaßenpolemik, Verhetzung waren ihm

fast siebenhundert an der Zahl, wieder durchlesen und excerpieren können! Die Tagebücher von 1825—1892 „sollten Eindrücke von Personen und Zuständen fixieren, um im politischen und parlamentarischen Leben frühere Aeußerungen und Lagen sich vergegenwärtigen zu können. Frische, anschauliche Schilderungen des Erlebten, Momentaufnahmen, wechseln ab mit selbständigen Geschichtsdarstellungen. Bald ist das Wesentlichste sinnspruchartig zusammengefaßt, bald werden die Tatsachen in ihre Wurzeln verfolgt." (Pastor.)

Fräulein von Klettenberg sagte zur Frau Rat: Reist Dein Wolfgang von Frankfurt nach Mainz, so sieht er mehr als wenn Andere im ganzen Reiche waren. So sah R., der reiste, um seine Bildung zu bereichern und seine Selbständigkeit zu stärken, alles Wesentliche, wußte ihm neue Seiten abzugewinnen, originell zu combinieren. Diamantstaub überraschender Gedanken ziert die Tagebuchblätter. Ein scharfes Auge und tiefes Gefühl für die Natur gaben ihm prächtige Reisebilder, wenn er auch nicht verstand, das Meer auf einer Schüßel zu präsentieren. Der Biograph des Bischofs Brown von Winchester bemerkt zu den fünfzehnhundert Briefen, die der Prälat an ihn richtete, dergleichen dürfte nicht wieder vorkommen. Correspondenzen solches Umfanges würden mit unserm Jahrhundert begraben, Postkarten, Kartenbriefe, Telegramme verdrängten sie. Ein Glück, daß R. vor dieser neuesten Aera lebte! Gern und ausführlich schrieb er. Hatte er doch viel zu sagen nnd beherrschte die Kunst des Briefstils. Was er in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien von Bauten, Gemälden, Statuen gesehen, schildert er den Freunden als Einer, dem der Mund von dem übergeht, dessen das Herz voll ist, nie in ausgefahrenen Gleisen sich bewegend, das sofort heraus erfaßte Eigentümliche herausgreifend. Die Empfänger vergelten die willkommene Freigebigkeit des reichen Mannes. So entstand ein Archiv von Briefen. „Vielleicht befaßt sich nach meinem Tode jemand damit", schrieb er Paulsen.

Der Jemand, dessen Namen er nicht verriet, war sein Freund, der Professor der Geschichte in Innsbruck, Hofrat Ludwig Pastor, den der ebenso neidische wie antikatholische Fakultätsring in Wien auf die Dauer von dem ihm gebührenden Lehrstuhle nicht wird

geistvollen, frommen Könige Johann entwarf er für den Kardinal-Erzbischof von Köln Compositionen nach der Schrift zu einem Handbuch der biblischen Geschichte. Daß er ein eifriger Lutheraner war, befestigte die Freundschaft mit R., der den Indifferentismus für das Grundübel der Gegenwart hielt, dessen Bekämpfung vor allem Not tue. „In confessioneller Beziehung gieng jeder von uns den Weg, den er für den sichersten hielt, und freute sich, daß der andere in gar vielen anderen Dingen mit ihm übereinstimmte, das Weitere seinem Gewißen und Gott anheimstellend." Vilmar, der eminente, congeniale Kenner Luthers nach allen Seiten, nennt in seiner, dicke Bände aufwiegenden Skizze des Reformators dessen Leben von Meurer die bei Weitem beste aller neueren Lutherbiographien. Mit dem Verfaßer derselben hatte R. einen kleinen kunsthistorischen Disput gehabt. „Gott erhalte Ihrer und unserer Sache den trefflichen Pastor Meurer" schrieb er an Andreae. Mit andern Lutheranern verband ihn die Ueberzeugung: das Einzige, was uns Deutsche retten könne, sei, den vom Christentum in Jahrhunderte langer Arbeit geschulten echt deutschen Geist wieder zur Herrschaft zu bringen. Zeigt sich hier eine Brücke zwischen uns und dem, der sich stolz einen Ultramontanen nannte, aber die Ultras nicht liebte, die überall Feuer anzünden und das Löschen Andern überlaßen, so teilt er in Kardinalpunkten die Grundsätze der Rechtspartei. Hoffentlich findet in ihr seine Biographie viele lernbegierige, reichlich belohnte Freunde.

Professor Paulsen in Berlin, der berühmte Verfaßer der gediegensten Geschichte des gelehrten Unterrichts, hatte R. zur Abfaßung von Memoiren aufgefordert. „Mich nahezu Neunundsiebenzigjährigen — war die Antwort — schreckt die Masse des vor mir liegenden Materials zurück, neben einer ziemlichen Reihe von Tagebüchern eine Anzahl von Briefen bedeutender Personen verschiedenster Art, dazu die in meinem Kopf aufgespeicherten Erinnerungen, endlich, daß ich Tag für Tag durch Laufendes in Anspruch genommen werde. Zu eigentlicher Selbstbesinnung komme ich nicht, noch zum Ordnen des angehäuften Materials der in Rede stehenden Art. Uebrigens steht meine Biographie zur Genüge im „Kladderadatsch" und in den übrigen Witzblättern." Wie hätte der Greis seine litterarischen Arbeiten,

fast siebenhundert an der Zahl, wieder durchlesen und excerpieren können! Die Tagebücher von 1825—1892 „sollten Eindrücke von Personen und Zuständen fixieren, um im politischen und parlamentarischen Leben frühere Aeußerungen und Lagen sich vergegenwärtigen zu können. Frische, anschauliche Schilderungen des Erlebten, Momentaufnahmen, wechseln ab mit selbständigen Geschichtsdarstellungen. Bald ist das Wesentlichste sinnspruchartig zusammengefaßt, bald werden die Tatsachen in ihre Wurzeln verfolgt." (Pastor.)

Fräulein von Klettenberg sagte zur Frau Rat: Reist Dein Wolfgang von Frankfurt nach Mainz, so sieht er mehr als wenn Andere im ganzen Reiche waren. So sah R., der reiste, um seine Bildung zu bereichern und seine Selbständigkeit zu stärken, alles Wesentliche, wußte ihm neue Seiten abzugewinnen, originell zu combinieren. Diamantstaub überraschender Gedanken ziert die Tagebuchblätter. Ein scharfes Auge und tiefes Gefühl für die Natur gaben ihm prächtige Reisebilder, wenn er auch nicht verstand, das Meer auf einer Schüßel zu präsentieren. Der Biograph des Bischofs Brown von Winchester bemerkt zu den fünfzehnhundert Briefen, die der Prälat an ihn richtete, dergleichen dürfte nicht wieder vorkommen. Correspondenzen solches Umfanges würden mit unserm Jahrhundert begraben, Postkarten, Kartenbriefe, Telegramme verdrängten sie. Ein Glück, daß R. vor dieser neuesten Aera lebte! Gern und ausführlich schrieb er. Hatte er doch viel zu sagen nnd beherrschte die Kunst des Briefstils. Was er in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien von Bauten, Gemälden, Statuen gesehen, schildert er den Freunden als Einer, dem der Mund von dem übergeht, dessen das Herz voll ist, nie in ausgefahrenen Gleisen sich bewegend, das sofort heraus erfaßte Eigentümliche herausgreifend. Die Empfänger vergelten die willkommene Freigebigkeit des reichen Mannes. So entstand ein Archiv von Briefen. „Vielleicht befaßt sich nach meinem Tode jemand damit", schrieb er Paulsen.

Der Jemand, dessen Namen er nicht verriet, war sein Freund, der Professor der Geschichte in Innsbruck, Hofrat Ludwig Pastor, den der ebenso neidische wie antikatholische Fakultätsring in Wien auf die Dauer von dem ihm gebührenden Lehrstuhle nicht wird

fern zu halten vermögen, falls er die schöne Stadt mit dem goldenen Dachl mit Wien vertauschen will, von wo Ihering nach Göttingen floh, um tüchtiger studieren zu können. R. hatte seinen künftigen Biographen, der, zum Kaufmann bestimmt, durch Janssen der Geschichte gewonnen ward, als Studenten angeregt und beraten. Später war durch Briefwechsel und Begegnungen die Geistesgemeinschaft, welcher der Jüngere einen nicht geringen Teil seiner Ausbildung zu verdanken bekennt, immer inteusiver geworden. Die Lösung der schönen Aufgabe, Biograph des väterlichen Freundes zu werden, bereitete eingehende Besprechungen der wichtigsten Lebensmomente, Winke und Ratschläge an den Universalerben des litterarischen Nachlaßes vor. Der Erblaßer wußte, er übergebe ihn einem Manne, „der die complicierteſten Verhältnisse zu beherrschen, ihren Zusammenhang klar zu stellen und alles zu beleben wiße, ohne es an Gründlichkeit und Beweiskraft fehlen zu laßen".

So hatte schon die Darstellung der kirchlichen Reunionsbestrebungen während der Regierung Karls V. vornemlich nach den Berichten der Frankfurter Gesandten Pastor gezeigt. Als der gröste katholische Historiker der Gegenwart erschien er durch seine Geschichte der Päbste seit dem Ausgang des Mittelalters, deren bis jetzt erschienene drei Bände dem Zeitalter der Renaissance gewidmet sind. Dieser Dank deutscher katholischer Wißenschaft an Leo XIII., den alten Professor, wie ihn Hermann Grimm berlinerisch tituliert, für die Eröffnung des vatikanischen Archivs, das bisher nur der Pabst und der Kardinal-Statssecretär betreten durften, erregte die Verwunderung und Bewunderung der Gelehrtenwelt.

Der erste Byzantinist unserer Zeit K. Krumbacher fährt nach der Hindeutung auf die Lücke, welche der Tod von Pertz, Duncker, Waitz, Ranke, Giesebrecht gebracht, also fort: „Die Auflösung in Einzelgebiete, unter der heute alle Wißenschaften seufzen, bemächtigte sich der Geschichtsschreibung mit zudringlicher und dem ferner stehenden Beobachter fast unverständlicher Heftigkeit. Die Spaltung in kleinere Arbeitsfelder vermehrt sich in den Jahrhunderten des Mittelalters und wächst zu unheimlichen Graden mit dem Beginne der neueren Zeit. Die meisten jüngeren

Historiker leben und arbeiten nur noch für irgend ein Jahrzehend, für eine Stadt, einen Localkrieg, einen Bischof oder Fürsten. Immer drohender wird die Gefahr, daß sich jeder Einzelne in einen besondern Schutt vergrabe, wo er weder die Tätigkeit seiner Mitarbeiter übersehen, noch selbst von ihnen erblickt und nach den Ergebnissen seiner Arbeit gerecht beurteilt werden kann. Bald wird der große Verein unserer Geschichtsforscher einer Riesenwerkstätte gleichen, in welcher jeder Arbeiter sich um ein Rad, eine Schraube oder ein anderes Teilchen bemüht, ohne von dem Zusammenhange dieses Arbeitsstückes mit den übrigen und mit dem Gesamtbau der Maschine eine Ahnung zu besitzen. — — Nach wie vor hat der einzelne Diener der Wißenschaft die Pflicht, bei aller Versenkung in die „Kärrnerarbeit" sich den Blick für das Ganze offen zu erhalten und über der Beschäftigung mit abgelegenen Seitenfragen den großen Zusammenhang nicht aus dem Auge zu verlieren. Hierin liegt doch schließlich das untrügliche Merkmal, durch welches sich der berufene Meister von dem nur durch mechanische Unterweisung und äußere Nötigung zur Arbeit getriebenen Handlanger unterscheidet." Pastor hat diesen Forderungen meisterhaft entsprochen. Wo es sein muß, nimmt er es an Schärfe, Genauigkeit, Geduld in der Detailforschung mit dem verbohrtesten Specialisten auf. Er mustert zehn Bücher und ebenso viele Manuscript, um heraus zu bringen, wann ein Bild Raffaels, eine Statue Michelangelos bestellt, begonnen, vollendet, abgeliefert, bezahlt, aufgestellt wurden, wann ein Gesandter seine erste Instruction erhielt, an wen der Pabst in einer schwierigen Sache vertraulich schrieb, und Aehnliches.

Ranke war es gräßlich, zu wiederholen, was vor ihm schon gesagt sei. Pastor will im Gegensatz dazu die Ergebnisse der unzähligen in den letzten Jahrzehenden publicierten Einzel-Arbeiten zusammenfaßen, durch weitere Quellenforschungen ergänzen und berichtigen. Wie ernst das gemeint ist, zeigt ein Blick auf die Liste derjenigen Bücher, die in den drei Bänden wiederholt citiert wurden. Sie führt sechzehnhundert Werke auf. Aber der Autor ist ein delischer Schwimmer, der auch in diesem Büchermeer nicht untergeht. Ihm bleiben der weite Horizont, die hohen Gesichtspunkte, der psychologische Scharf- und Tiefblick,

die geistvolle Durchdringung des Stoffes mit neuen, aus dem Wesen der Dinge geschöpften Gedanken, ungeschmälert durch alle gelehrten Mühen um die solideste Fundamentierung seines Baues, dem keine Kulturnation etwas Ebenbürtiges über den Gegenstand an die Seite zu stellen hat. Man fühlt dem Werke, mag es Portraits oder große historische Gemälde bieten, politische, litterarische oder Kunstzustände schildern, die Begeisterung an für das Christentum, die Kirche, die Institution des Pabsttums; dazu den festen Maßstab des Urteils in einer entschieden katholischen Ueberzeugung. Aber weder die Begeisterung noch die Gläubigkeit sollen Pastor nötigen, die Sachen anders darzustellen wie sie wirklich waren, zu verdrehen, zu vertuschen, Sünden, Mißgriffe, Schwächen der Päbste und ihrer Ratgeber zu leugnen, zu beschönigen, mittelst Advokatenkünsten ins Gegenteil zu verwandeln. Er will wahr sein, was die Möglichkeit des Irrtumes in Einzelheiten eines so colossalen Stoffes nicht ausschließt. Die neue Kunde überwiegt an vielen Stellen, was die Forschung bisher zu Tage gefördert. Eine erquickende Geistesfrische labt den Leser. Die Schönheit der Darstellung läßt ihn nicht los. Man hat gesagt: Würde diese Pabstgeschichte zehn Bände füllen, sie wären niemand zu viel.

Einst wünschte der Geschichtsforscher J. F. Böhmer in Frankfurt: Möchten doch unter den Katholiken, besonders auf dem Gebiete der Geschichte, mehr Leute erstehen, die gründliche Kenntnisse mit richtigem Urteil und Talent in der Darstellung verbinden, damit die andern das Wort nicht allein behalten. Ranke und seine Schule ist mit diesen andern gemeint. „Die römischen Päbste, ihre Kirche und ihr Stat im XVI. und XVII. Jahrhundert" haben den europäischen Ruhm des Verfaßers begründet. Man kann dieser allgemeinen Anerkennung ihre volle Berechtigung zugestehen und doch einräumen, daß in einzelnen Beziehungen der Nachfolger den Vorgänger überholt hat. Hinsichtlich der handschriftlichen Quellen ist jener der Glücklichere. Ranke benutzte einige italiensche Archive, Pastor, wie die Verzeichnisse der drei Bände dartun, dreihundertundvierzig Archive in hunderteinundneunzig Städten. Wäre er Kardinal, wozu Leo XIII. Janssen machen wollte, er würde keinen freieren Zugang zu den vaticanischen Urkundenschätzen haben als ihm jetzt gewährt ist, wie dem Baronius. Dazu kommt der verschiedene Umfang der Bearbeitungen. Ein Zeitraum, dem Ranke fünfzig Seiten widmet, erhält bei Pastor zweitausenddreihundert mehr. Sixtus IV., Alexander VI., Julius II. schildert Ranke auf einer und einer halben, auf sechs und fünf Seiten, Pastor auf hundertneunundachtzig, zweihundertunddreißig und dreihundert. Der italienischen Renaissance gibt Ranke zwanzig, Pastor zweihundert Seiten mehr. Da nun dieser

quantitative Fortschritt auch von einem qualitativen begleitet ist, so erklärt sich der Erfolg. Im Laufe von siebenzig Jahren haben Rankes Päpste die zehnte Auflage erreicht. Von Pastors drittem Bande erschien die erste Auflage 1897, die vierte 1899; eine französische, italienische und englische Uebersetzung wurde veranstaltet.

„Durch die Zeitungen geht die Nachricht, Seine Heiligkeit habe einen Innsbrucker Jesuiten beauftragt, meine Geschichte Roms zu widerlegen. Ich glaube es wol nicht. Aber es gibt hier einige Leute, sogar Döllinger, die daran glauben." So schrieb F. Gregorovius der Gräfin Locatelli. Er hat doch in dem vermeinten Jesuiten den Stärkeren, der über ihn kam, erleben müßen. Siebzehn Jahre hatte der civis romanus an der achtbändigen Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter gearbeitet, die binnen zwanzig Jahren vier Auflagen erlebte, trotz der halben Ungnade von Seiten Rankes und Mommsens, die den Autor nicht als voll gelten ließen. Man möchte Pastors Exemplar des Buches sehen. Ob wol die Ränder Frage- und Ausrufungszeichen tragen an seinem Stellen, wo Gregorovius, „der jede historische Angabe zu einem farbenreichen, künstlerisch wirksamen, wol gruppierten und abgerundeten Werke zu gestalten liebte", den versiechenden oder nicht fließenden Quellen mittels poetischer Intuition nachhalf und die Lücken der Ueberlieferung durch Vermutungen ergänzte. Aus seiner Antipathie gegen die Kirche hat der Königsberger Denker und Feinschmecker Theolog kein Hehl gemacht. Man kann es den Päpsten nicht verargen, wenn sie notorischen Feinden, gleichviel Gnadenbettlern und Kostkindern die Archive nicht öffnen. Doch hat Pastor bei Gregorovius im Vergleich mit Pastor. Für Leben ist Traum eine trübe Post, ein schrecklicher Traum, der nur einen wüsten Leben nennen. „Der Zufall herrscht in der sichtbaren Welt, wo nicht zu sein, nach Sophokles der höchste Preis ist. Dieser Zufall gehorcht für zur Notwendigkeit. Wenn, wenn es nun wirklich wie die Welt von zahllosen, [illegible] Jeden zu Boden tritt und diese ein unzerreißbares Netz [illegible] Welt [illegible] und verschlingen, in den Punkt [illegible] wo sie der Tod [illegible]. Er kommt nicht mehr los, die [illegible] Spinne [illegible] der sie erzeugt. Das ist Pessimismus, [illegible] Tode [illegible] mehr dazu. Das Christentum [illegible] Erlösung ist das [illegible], den engen Kreiß [illegible] Jahrhunderte und Jahrtausende vor der Tyrannei [illegible] zu retten. Es heißt die aus Schuld, aus [illegible] Sünde Kette durch Eingreifen eines [illegible], der ist Wunder wirkt und ein Kind des [illegible]." Wer [illegible] so der [illegible] Gesinnung an die [illegible] des [illegible] Wortes, der Bücher geht, muß mit Ekel [illegible] Verachtung [illegible]. Ich habe es satt, mich mit

dem circulus vitiosus zu beschäftigen, welcher Geschichte der Menschheit heißt.

Hatte der Innsbrucker Jesuit den Zorn des Münchner Pessimisten nicht zu fürchten, so konnte er über den großen Bann lachen, den die Majestäten des Altkatholicismus über ihn verhängten, und dem natürlich moderne protestantische Zeitschriften ihr Placet nicht versagten. Es gehört zum Credo der Jünger Döllingers, „des Großen, des Theologen ohne Gleichen", daß echte Wißenschaft nur bei ihnen und bei den abgefallenen Pseudoprotestanten gedeihe. Orthodoxe Protestanten und Katholiken sind geschworene Feinde, Mörder, Wegelagerer im Reiche moderner Forschung und Geschichtsschreibung. Das zeigt Janssen, der dummpfiffige Falschmünzer, der ungeheure Lügner voll ultramontaner Pfiffe, mit unheimlichem Glühauge, der Abschaum des abjectesten Jesuitismus, der moderne Drachentöter der Ultramontanen, der Hehler der päbstlichen Pornokratie, der wißenschaftliche Kretin, der Judas, der Bube, das Rüstzeug des Satans, die abgefeimte jesuitische Bestie. In derartigen Liebkosungen wetteifern Protestanten und Altkatholiken. Der berühmte Philolog Bonitz, himmelweit entfernt von katholischen Sympathien, urteilte: „Die protestantische Kritik hat sich in Bezug auf Janssens Geschichtswerk furchtbare Blößen gegeben; eine solche Leerheit sachlicher Entgegnungen, verbunden mit so viel Schimpfereien, hätte man doch nicht erwarten sollen."

Darf es nur atheistische, pantheistische, deistische, rationalistische Historiker geben? Dürfen nur Protestanten die Reformation darstellen? Dürfen allein die Quellen reden, die dem Protestantismus günstig sind? Müßen alle uns demütigenden Tatsachen aus point d'honneur totgeschwiegen haben? Gilt das Wort des Herrn von viererlei Acker nicht auch für die Reformationszeit? Verdienen alle traditionell so genannten teuren Gottesmänner im Chorrock und im Fürstenmantel wirklich diese Bezeichnung? Gab es bei uns keine Kirchensünden? Wer den Mut hat, diese Fragen, die sich noch vermehren laßen, zu bejahen, kann, in die Verurteilung Janssens einstimmend, sein Werk eine in großem Stile vollzogene Fälschung nennen, deren süß schmeckendes Gift um sich freße. Wer die Fragen verneinen muß, wird das Gebot befolgen: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider Deinen Nächsten, mag ihm auch an Janssens litterarischem Restitutionsedict noch so Vieles schmerzlich sein. Es schrieb mir einst einer der Herausgeber der Werke Calvins, er habe in Genf die Archive durchforscht und sei auf sehr viel schmutzige Wäsche gestoßen. Warum soll es den Katholiken überlaßen bleiben, sie an's Licht zu ziehen? Fällt etwa die Wahrheit der Augsburgischen Confession, wenn Sünden des XVI. Jahrhunderts zu

Tage kommen, von denen die ältesten Darsteller jener Zeit keine Kunde hatten und haben konnten? Die Katholiken protestieren gegen die Forderung sündloser Päbste, und wir sollten es für Pflicht halten, gegen die Wahrheit, sündlose Führer der Reformation herstellen zu wollen? Pastor hat Janssens Werk fortgesetzt, an den neuen Auflagen der früheren Bände wichtige Verbeßerungen und Ergänzungen vorgenommen. Der 17. und 18. des ersten Bandes gab er Einschaltungen mit hinsichtlich der großen Schäden in der Kirche des XV. Jahrhunderts, der sittlichen Gebrechen in der Laienwelt, der weit verbreiteten Rom feindlichen Richtung.

Die Liebe zu seinem Lehrer hat ihn an diesen Zusätzen nicht gehindert. Wie groß sie ist, zeigt das schöne Lebensbild, das er einer großen Biographie desselben vorangehen ließ. Diese Arbeit beweist, daß er einen zeitgeschichtlichen Stoff ebenso zu beherrschen, zu durchdringen, zu gestalten weiß wie die Pabstgeschichte. Was er mit dem Bilde Janssens im Kleinen unternimmt, setzt er in großem Stile in der vorliegenden Biographie August Reichensperger fort.

Das wie alle Verlagswerke Herders schön und splendid ausgestattete Buch zerlegt sich in zwölf Kapitel. I. Jugendjahre und Universitätsstudien. II. Beginn der juristischen Laufbahn. Studienreise nach Paris und Nordfrankreich 1833. Ende der Sturm- und Drangperiode. Entscheidende Einwirkung des Kölner Kirchenstreits und der Schriften von Görres auf R.s Entwickelungsgang. III. Italienische Reise von 1839—40. IV. Die Schrift für den Kölner Dom und der Dombauverein. Uebersiedelung nach Köln. Kunststudien. Freundschaft mit Steinle und Thimus. Vermählung 1842. Landesgerichtsrat in Trier 1844. „Die christlich-germanische Baukunst und ihr Verhältnis zur Gegenwart". V. Reise nach England 1846. Wirken für Kunst und Altertum der rheinischen Heimat. Förderung der katholischen Presse. Stellung zur Revolution des Jahres 1848 und Eintritt in das politische Leben. VI. Im Frankfurter Parlament, in der preußischen Nationalversammlung und im Erfurter Volkshaus 1848—50. VII. Politische Tätigkeit im preußischen Landtage. R. als Führer im Kampfe für das Verfaßungsrecht und für die Parität der preußischen Katholiken 1851—63. 1. Die katholische Fraction und die „Reaction" 1851—58. 2. Die Fraction des Centrums, „die neue Aera", die deutsche und die italienische Frage, der Verfaßungsconflict 1858 bis 1863. 3. Abschied vom parlamentarischen Leben. Politisches Testament 1863—64. VIII. Die beiden Jahrzehende der reichsten Tätigkeit für die christliche Kunst. Die „Fingerzeige", die „Vermischten Schriften" und der Briefwechsel des Architecten Unge-

witter. Reisen durch Frankreich, England, Belgien, Holland, die Schweiz und Deutschland 1849—70. IX. R. als Verteidiger von Wahrheit, Freiheit und Recht im Kulturkampfe 1870 bis 85. 1. Gründung des neuen Centrums. Vorspiele des Kulturkampfes. 2. Das Schulaufsichtsgesetz und die Verbannung der Jesuiten. 3. Die Verfassungsänderung und die „Maigesetze". 4. Der Höhepunkt der Kirchenverfolgung. Austritt aus dem Statsdienste 1875. 5. Fortdauer des „Kulturkampfes" bis zum Einlenken Bismarcks. 6. Das Socialistengesetz. Annäherung der Regierung an die Centrumsfraction in wirtschaftlichen Fragen. Der Rücktritt Falks. 7. Umkehr der Regierung auf kirchenpolitischem Gebiete. R.s Wiedereintritt in den Landtag. Verlängerung des Socialistengesetzes. 8. Die Jahre 1881—84. „Durchlöcherung" der Maigesetze. 9. Ablehnung eines neuen Reichstagsmandates 1884. Lebensgefährliche Erkrankung und völliger Abschied vom parlamentarischen Leben 1885. X. Tätigkeit für die Wiederbelebung der Kunst, insbesondere der christlichen Kunst des deutschen Mittelalters, 1871—85. 1. Stellung zur Antike und zur Renaissance. 2. Kunsthistorische und kunstkritische Vorträge und Schriften. 3. Die Vollendung des Kölner Domes. 4. R.s Kunstanschauungen: seine Stellung zur Antike, zum romanischen Stil, zur Gothik. XI. Förderung der katholischen Litteratur und Wißenschaft. Der Borromaeus-Verein. Die Studie über Shakespeare. R.s Freundeskreiß und Briefwechsel mit Musikern, Schriftstellern und Parlamentariern. XII. Lebensabend und Tod 1885—95.

Man sieht, welch' eine reichbesetzte Tafel die beiden Bände darbieten, welch' ein Panorama voll Abwechselung sie eröffnen! Bald führen sie den Leser in Kirchen und Bauhütten, bald in die stürmische, politische Arena, bald zu alten Büchern und Pergamenten, bald zu interessanten, bedeutenden Menschen, in das stille Studierzimmer, an den beladenen Schreibtisch, dann in weite, herrliche Fernen zu unerschöpflichen Kunstgenüßen, bald zu dem Gottesfrieden eines christlich geweihten Familienlebens, bald in die frische blühende Vereinstätigkeit. Es tritt uns der Jurist, der Richter, der Statsmann, der Redner, der Kunstforscher, Kunsthistoriker und Kunstpraktiker, der Gelehrte, der Autor, der Reisende, der Freund, der Helfer, der Collectant, der Vereinsgründer, der Patron seines Domes, der Defensor deutscher Art und Kunst, der Bekämpfer ihrer Feinde, der Retter ihrer bedrohten Werke, das geliebte Familienhaupt, der demütige Christ in den verschiedensten Situationen, Aufgaben, Werken, Erfolgen, Leiden und Freuden entgegen und nahe. So hat Pastor sein Wort gelöst, ein möglichst zuverläßiges und vollständiges Bild des langen Lebens und weitverzweigten Wirkens seines Freundes

zu geben. Eine Künstlerhand forderte der so mannigfaltige, bunte, reiche Stoff, und hat sie gefunden. Was Pastor sagt von R.s „Erinnerungen an Steinle", den Overbeck den genialsten Künstler in der Conception nannte, gilt von seiner eigenen Leistung: bewundernswert ist die Kunst, womit der Autor aus dem überreichen Material eine Auswahl getroffen hat, so herrlich disponierend, daß alles am rechten Platze steht, alles sich gegenseitig ergänzt und belebt. Den durch nichts zu ersetzenden Vorzug der persönlichen Beziehungen merkt man überall dem Buche an, das keine widerwillig um Geld, Ehre, Carrière zusammengequälte Handwerkerei ist wie so viele Litteraturproducte, sondern eine Schöpfung der Liebe, der Freude und Dankbarkeit. Den scharfen Blick für das Characteristische teilt der Portraitmaler mit dem Original. Mit sicherem Tact hat er das Bedeutende, bleibend Wertvolle, allgemein Interessante ausgehoben. Die Folge ist, daß man seinem Buche nicht nach einmaliger Lectüre den Abschied gibt, sondern Goethes Mahnung Gehör schenkt: Willst Du Dich am Buch erlaben, Mußt Du es zu eigen haben, um die schönen Stunden in solcher Gesellschaft oft genießen zu können.

In Kunstfragen werden die Leser mit Details, die nur der Fachmann versteht, verschont. Das Notwendige ist zu klarem Verständnis gebracht. Ueber die politische Wirksamkeit ist die Form der Berichterstattung vorgezogen, da die Dinge für eine völlig abschließende Betrachtung noch zu sehr im Fluße seien. Ist hier auf Kritik verzichtet, so kommt sie zu Wort, wo es sich um Principien auf dem Kunstgebiete handelt. Durch eigene Studien dazu befähigt und der Sache wegen auch verpflichtet, gibt Pastor sein Votum ab. Er läßt das Eigentümliche in R.s künstlerischen Bestrebungen scharf und deutlich hervortreten und ermöglicht ein ruhiges Urteil über lange Zeit leidenschaftlich behandelte Streitfragen. Den Reiz einer Autobiographie wußte er seinem Werke zu geben. So oft wie möglich läßt er R. selbst reden. Mosaikartig sind Stellen aus Briefen, Tagebüchern, Reden, Schriften glücklich zusammengefügt. Hierzu waren nicht alte Schutthaufen durchzuschaufeln, wie manchmal in der Pabstgeschichte. Nicht unter Heu, Stroh und Stoppeln vergraben lagen R.'s Gold, Silber und Edelsteine. Man fühlt, der Biograph hat hier Umschau gehalten und Auswahl getroffen mit der Gesinnung, die Dante seinem Lehrer ausspricht:

Im Herzen lebt und jetzt mein Herz beschwert
Das teure, gute, väterliche Bild
Von euch, wie ihr mir oftmals habt erklärt,
Was not tut, wenn sich's zu verew'gen gilt.
Und wie ich lebenslang euch dankbar bleibe,
Merkt ihr an dem, was von den Lippen quillt. —

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 53. [Neue Folge.] **November 1900. 9. Jahrgang.**

* Der Kanzler-Wechsel.

Die Ersetzung des Fürsten Hohenlohe durch den Grafen Bülow in dem obersten Reichsamte ist innerhalb wie außerhalb des Reiches mit einer wol begreiflichen Gemütsruhe aufgenommen worden. Man weiß nachgerade überall, daß Kaiser Wilhelm II. sein eigener Reichskanzler, der jeweilige nominelle Inhaber dieses Postens aber nur ausführendes Werkzeug des kaiserlichen Willens ist. Bei einem Kanzlerwechsel kann also nur noch die Frage nach dem Grade der Geschicklichkeit interessieren, mit der der neue Mann die kaiserliche Selbstherrlichkeit nach Innen und Außen zu vertreten und etwa neben derselben seiner Individualität einen mehr oder weniger geringfügigen Spielraum zu wahren weiß.

Fürst Hohenlohe hatte sich, im Gegensatz zu den beiden ersten Kanzlern und durch ihr Schicksal gewitzigt, in diese bescheidene Rolle von Anfang an gefunden. Er wußte, daß er weder die innere noch die äußere Politik zu machen habe, und sah seine Aufgabe nur noch darin, da, wo es seiner Meinung nach mit allzu viel Volldampf vorausgehen sollte, den Hemmschuh zu spielen und Maßnahmen, die er direct für gefährlich hielt, möglichst abzuschwächen oder ganz hintan zu halten. In den ersten Jahren seiner sechsjährigen Amtstätigkeit ist ihm das auch öfters gelungen, und seine damals viel gerühmte „Verhinderungskunst" söhnte mit dem unscheinbaren, gewis nicht statsmännisch veranlagten Manne auch diejenigen aus, die von dem Kanzleramte eine ganz andere Vorstellung haben und nach der Reichsverfaßung auch haben müßen. Allmählich aber wurde die dämpfende Kraft des Fürsten immer geringer, und den stürmischen Aufwallungen unserer neuesten Weltreichs-Politik gegenüber versagte sie gänzlich. Während der Lärm derselben die Bühne des

Reiches füllte, verschwand der Kanzler desselben vollständig nicht nur aus dem Kreiße der Handelnden, sondern sogar aus dem Gesichtskreiße der Zuschauer und tauchte erst wieder auf, um in der hessischen Taunus-Residenz dem dort eben verherrlichten „Imperator Germanorum“ das Abschiedsgesuch einzureichen.

Selbstverständlich wird dasselbe als ein freiwilliges dargestellt. Der alte Herr zählt ja nun bald 82 Jahre, nichts natürlicher also, daß er endlich das Bedürfnis der Ruhe gefühlt und sich, wie das welke Blatt vom Baume, selbst von seinem Amte abgelöst habe. Und doch dürfte in diesem Bilde höchstens nur die Geräuschlosigkeit des Falles der zutreffende Vergleichungspunkt sein. In Wahrheit ist der Rücktritt des dritten Kanzlers offenbar nicht viel freiwilliger gewesen als derjenige seiner beiden Vorgänger auch. Kundige Blätter, die keine Verpflichtung zur Vertuschung haben, erklärten übereinstimmend, daß es die Absicht des Fürsten nicht gewesen sei, gerade jetzt zurück zu treten. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ erfuhren, derselbe habe sich noch wenige Tage vorher dahin ausgesprochen, „daß er für seinen Rücktritt, sofern der Kaiser ihm sein Vertrauen bewahre, keinen Anlaß sehe, ja daß ein Rücktritt im gegenwärtigen Augenblicke ihm als Fahnenflucht erscheinen würde. Noch am Sonnabend [es war das am 13. October; vom 17. ist die kaiserliche Entlaßung datiert. Red. d. „Deutschen Rechtspartei“] sah er es als seine selbstverständliche Pflicht an, daß er dem Reichstage wegen der Nichteinberufung in diesem Sommer Rede zu stehen habe. Die Ueberzeugung, daß er seinen Jahren nunmehr den Tribut zollen müße, den das Alter von ihm fordert, kann mithin erst am Sonnabend und Sonntag Platz gegriffen haben.“ Dieser Sachverhalt wird von einer ganzen Reihe von Blättern — „Münchener N. Nachr.“, „Frankf. Ztg.“, „Deutsche Tagesztg.“, „Kreuzztg.“ u. a. — bestätigt. Auch in den Berliner Reichsämtern, den preußischen Ministerien und den auswärtigen Botschaften war der Rücktritt des Kanzlers eine große Ueberraschung. Wenn einige Blätter es so darstellen, als ob derselbe zwer weiter habe wirken wollen, aber in Homburg plötzlich die Gebrechlichkeit seines Alters entdeckt habe, so

klingt das schon fast wie eine Verhöhnung des alten Herrn und bestätigt nur, daß der Rücktritt desselben ein unfreiwilliger gewesen sei. Den bis jetzt vorliegenden ausführlichsten und offenbar bestunterrichteten Aufschluß über denselben liefert aber ein in der fränkischen Heimat des Fürsten erscheinendes Blatt, der „Fränkische Kurier", durch einen ihm aus Berlin zugegangenen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

„In der Umgebung des Kaisers hatte man schon lange darauf gewartet, daß Fürst Hohenlohe seinen Abschied erbitten würde; schließlich soll er es mit dem Kaiser verdorben haben, weil er seine Kur in Bad Ragatz nicht sofort unterbrach und nach Berlin zurückkehrte, als die Entwickelung in China sich zuspitzte. Offenbar dachte Fürst Hohenlohe, daß seine persönliche Anwesenheit am kaiserlichen Hoflager nicht von Nöten sei, da ja Bülow beständig in der Nähe des Kaisers weilte und schlimmstes Falles des Reichskanzlers Rat telegraphisch eingeholt werden könnte.

„Später begab sich dann Fürst Hohenlohe nach Bremerhaven zum Kaiser und verbrachte alsdann die heißen Wochen Ende Juli und Anfangs August in Berlin, um sich schließlich zur weiteren Erholung nach Werki in Rußland zu begeben. Man flüsterte damals, daß in den Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe eine merkliche Spannung eingetreten sei; eine Notiz ging durch die Zeitungen, Fürst Hohenlohe habe Unter den Linden in Berlin ein Haus gemietet, zur Beschwichtigung wurde aber später hinzugefügt, die Familien Andenken aus Werki sollten nach dem Verkauf dieses Schloßes in jenem Hause untergebracht werden. Fürst Hohenlohe hat das Haus tatsächlich gemietet — für 30,000 Mark jährlich, sagt man —, aber von den Kunstschätzen aus Werki ist bis jetzt nichts eingetroffen. Er trug sich wirklich mit Rücktrittsgedanken bis vor drei Wochen, nicht weil er arbeitsmüde und erschöpft gewesen wäre, sondern weil er sich offenbar selbst nicht verhehlte, daß sein baldiger Rücktritt gewünscht werde; dann aber faßte er in Folge irgend welches unbekannt gebliebenen Umstandes die Lage günstiger auf, er bereitete sich auf die Reichstagssession vor und zeigte sich gutes Mutes.

„Sein Rücktritt kam für die Mehrzahl der Minister und Statssecretäre gewis überraschend, ein Minister gab noch am Mittwoch Abend, als Hohenlohe längst entlaßen war, Anweisung an seinen Unterstatssecretär, sich zu erkundigen, wann Fürst Hohenlohe die nächste Statsministerialsitzung abzuhalten gedenke....

„Auch in den Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Grafen Bülow war im Laufe des Sommers eine Spannung eingetreten, so daß nun die Ernennung des letzteren zum Reichskanzler für manchen auch eine Ueberraschung bedeutet. Der Kaiser scheint eine Zeit lang geschwankt zu haben in der Wahl des Nachfolgers. In der Vorgeschichte der Entlaßung des Fürsten Hohenlohe ist noch vieles dunkel, aber manche Anzeichen deuten darauf hin, daß der Kaiser schließlich den alten Herrn weiter hätte gewähren laßen, wenn nicht „intime Feinde" seit langem an dem Sturze Hohenlohes gearbeitet hätten. Es ist nicht wahr, daß Hohenlohe die ganze Chinapolitik gebilligt hat, wie jetzt glauben gemacht wird, um vor der Geschichte die Verantwortung auf ihn abzuwälzen; ein so constitutionell denkender Statsmann, wie es der entlaßene Reichskanzler war, hätte gar nicht gezögert, den Reichstag im Sommer einzuberufen, wenn es auf ihn angekommen wäre, überhaupt hatte er sich nie der ganzen Machtfülle zu erfreuen, die notwendig gewesen wäre, um das Amt des Reichskanzlers mit der vollen Verantwortlichkeit führen zu können."

In dieser offenbar wol informierten Darstellung wird der Grund, der schließlich den Krach herbeigeführt hat, bereits deutlich genug bezeichnet. Es ist die chinesische oder Weltreichspolitik, deren „Ganzes" der alte Fürst nicht gebilligt habe, was ohne weiteres glaublich erscheint. In welcher Form sich die Differenz schließlich, unter verständnisvoller Beihülfe der leicht zu erratenden „intimen Feinde", zum Biegen oder Brechen zugespitzt habe, ist vorläufig unbekannt. Möglich, daß das deutsch-englische Abkommen oder irgend welche andere, einstweilen noch verborgene weltpolitische Pläne den Stein des Anstoßes gebildet haben. Sicher ist so viel, daß der „Hemmschuh" sich zu

lästig gemacht hatte und die chinesische Reichspolitik sich nach Befreiung von der Fesel Hohenloheſcher Verhinderungskunst sehnte. Darum fiel auch der dritte Reichskanzler als Opfer jener Plötzlichkeit, der schon Fürst Bismarck und Graf Caprivi erlegen sind.

Aus diesem Verlaufe des jüngsten Kanzlerwechsels ergibt sich bereits, daß von dem Grafen Bülow eine noch geringere Widerstandsfähigkeit gegen die kaiserliche Initiative erwartet wird und erwartet werden darf als von dem Vorgänger desselben. Die Bereitwilligkeit, dieser Erwartung zu entsprechen, wird ohne weiteres bei dem Herrn Grafen vorauszusetzen sein. Ob es aber gleichwol ohne alle Reibungen abgehen werde, steht dahin. Schon bisher hat sich Graf Bülow in den chinesischen Angelegenheiten ab und zu in der Hohenloheschen Verhinderungs-Rolle versucht. Daher wol auch seine von dem „Fränk. Kurier" bekannt gegebene „Spannung" mit dem Kaiser. Aber diese Rolle liegt seiner Individualität, seiner gesellschaftlichen Stellung und seinem Alter weit unbequemer, als das bei dem Fürsten Hohenlohe der Fall war. Auch wird der Druck, den das Mistrauen der Ostelbier gegen jeden nicht stockpreußischen Eindringling in die obersten Reichs- und Statsämter auszuüben pflegt, für ihn noch viel empfindlicher sein wie für seinen Vorgänger. Was für Hohenlohe jener Druck zu bedeuten hatte, zeigt die Erzählung des „Fränk. Kur." von der Mitwirkung der „intimen Feinde" bei seinem Sturze. Wie sehr sich Graf Bülow bewußt ist, mit demselben Factor rechnen zu müßen, ersieht man aus der Beteuerung der Officiösen, daß er mit Herrn Johannes Miquel, dem ministeriellen Vertrauensmanne der Ostelbier, ein Herz und eine Seele sei.

Nimmt man das alles zusammen, so kommt man zu dem Schluße, daß Graf Bülow ein noch „bequemerer" Reichskanzler sein werde wie Fürst Hohenlohe. Und das entspricht ja auch ganz der cäsaristischen Weltreichs-Politik, in deren rapider Entwickelung das deutsche Reich begriffen ist. Ihr in erster Linie dürfte der Kanzler-Wechsel zu Gute kommen. W. H.

Die Vertretung der Centrums-Partei im Reichstage und die auswärtige Politik des neudeutschen Reiches.

Von einem Katholiken.

Der unvergeßliche Centrumsführer Hermann v. Mallinckrodt tat in seiner berühmten Rede vom 12. Merz 1867 den Ausspruch, daß er den Satz „Justitia fundamentum regnorum“ an der Wiege des Norddeutschen Bundes nicht gefunden habe. Wenn aber bei der Geburt des Norddeutschen Bundes und des sich aus diesem entwickelnden neudeutschen Reiches die Justitia Patenstelle zu übernehmen nicht vermocht hatte, so war damit nach Zusammenberufung des ersten deutschen Reichstages der wieder neu gegründeten Centrumsfraction, wie bereits denen, welche vorher dieselben Interessen vertreten hatten, Haltung und Richtung auch in den auswärtigen Fragen klar vorgezeichnet.

Eine so idealen Gesichtspunkten entsprungene Partei wie das Centrum konnte einer Stats-Raison, wie sie von den leitenden preußischen Statsmännern vertreten wurde, nur den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Dieses schloß keineswegs eine Mitbetätigung auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, soweit hierbei die eigenen Grundsätze nicht verletzt wurden, aus. Aber in allen den großen Fragen der innern und äußeren Politik konnte es kein Pactieren oder gar Mittuen geben.

Diese mit den Grundsätzen einer christlichen Rechtspartei, wie es das Centrum war und sein will, unvereinbare großpreußische Statskunst ist bekannter Maßen auch nicht erst gestern geboren; sie ist nicht etwas vorübergehendes, ganz neues, was mit dem Wesen des preußischen States und dessen von früher her verfochtenen Zielen im Widerspruche steht, und daher bei ehrlicher Beihülfe rasch überwunden werden dürfte. O nein, wir haben es hier mit einem Statswesen zu tuen, welches unentwegt ein festes, unabänderliches Ziel seit Jahrhunderten ins Auge gefaßt hat. Wer diesen Plänen entgegen tritt, der wird entweder zerschmettert oder, falls er sich zugänglich zeigen sollte, so eng umsponnen und umgarnt, bis daß er in dieser Umarmung erstickt ist. Der Mittel und Wege sind manigfaltige, wenn auch die slavische, schroffe Rücksichtslosigkeit

das Beliebteste scheint. Das Ziel aber bleibt unveränderlich dasselbe: die Weltherrschaft einer Militärmacht, welcher sich alle andern Regungen und Gefühle unterzuordnen haben. Die Religion sinkt demgemäß zu einer Art höheren Polizeiinstituts herab. Auf kirchliche Lehrsätze kommt es hierbei weniger an, als vielmehr auf blinde Unterordnung unter den selbstverständlich mit höchster geistlicher ebenso als weltlicher Machtfülle ausgestatteten König, der hinwiederum von einem höchsten Wesen inspiriert und befördert wird, welch letzteres in einem Soldatenhimmel thront, der nach den Aussprüchen seiner Gläubigen auf eine idealisierte preußische Kaserne hinauslaufen würde, ebenso wie jener preußische oberste Schlachtengott dem Jupiter Capitolinus der alten Römer frappante Aehnlichkeitszüge entlehnt hat. Ueberhaupt weist das neue preußisch-deutsche Reich in seinem Werden, Auftreten und Bestrebungen so viele überraschend verwandte Seiten mit dem alten heidnisch-römischen Cäsarentume auf, daß wir nur aus voller Ueberzeugung den Worten Kaiser Wilhelms II. beipflichten können, welcher dieser Tatsache bei der Einweihungsfeier der wiederhergestellten Salburg so treffenden Ausdruck gegeben hat.

Zur Erreichung dieser Zwecke benutzte man jene Zeit großes Tiefstandes auf kirchlichem Gebiete, um aus Luthertum und Calvinismus eine königlich preußische evangelische Landeskirche, kurzweg Union genannt, zu gründen — ein wichtiger Schritt auf dem beharrlich verfolgten Wege. Als damals im Jahre 1817 König Friedrich Wilhelm III. mit seinem ganzen Hofe zum ersten Male das Abendmahl nach uniertem Ritus nahm, beeilte sich der alte General v. Bär dem landesherrlichen Vorbilde zu folgen. Da ihn jedoch die Gattin schüchtern darauf aufmerksam machte, daß dieß für ihn als Katholiken doch nicht gut angienge, erwiderte dieser wahrhaft classische Zeuge eines militärfrommen Preußen: „Ach was, Adelheid, wenn es meinen König jilt, is es mich janz einjal, an welchen von die beeden Jötter ich jloobe."

Das berüchtigte politische Testament des sogen. großen Kurfürsten und gewisse Anweisungen und Bekenntnisse Friedrichs II. von Preußen laßen im Uebrigen gar keinen Zweifel, wohin von jeher die brandenburgisch-preußische Statskunst steuerte. Nach

der Erwerbung des Herzogtums Kleve stellten sich den cäsareo-papistischen Bestrebungen der Hohenzollern-Regenten zuerst größere Mengen katholischer Untertanen in den Weg. Bei den auch hier mit der üblichen Rücksichtslosigkeit vorgenommenen Versuchen, eine An- bezw. Eingliederung in das officielle borussische Kirchentum zu erlangen, hatte man allerdings weniger Glück als in dem Kampfe gegen das lutherische Bekenntnis in den Erblanden, in Folge dessen bekanntlich der gemütvolle Dichter kirchlicher Lieder, Pfarrer Paul Gerhardt in die Verbannung getrieben wurde. Nach der Eroberung Schlesiens und später der Rheinlande und Westfalens wuchs die Mitgliederzahl der römisch-katholischen Untertanen immer mehr an, und hiermit wurde die Aufgabe, auch dieser unbequemen Gesellschaft Herr zu werden, immer schwieriger, durch welche Aussicht die Leiter des großpreußischen States sich jedoch keineswegs abschrecken ließen, ohne Wanken ihrem Ziele nachzujagen. Jedwede auf kirchlichem Gebiete sich zeigende liberalisierende Bewegung wurde liebevoll unterstützt, während andererseits die Zwangsmaßregeln sowol gegen die der „Union" widerstrebenden Lutheraner, wie gegen die ihre kirchliche Unabhängigkeit wahrenden katholischen Kirchenfürsten sich in Härte und Ungerechtigkeit überboten. Selbst der in dieser Beziehung unter Friedrich Wilhelms IV. Regierungszeit herrschende Friede war nur im Vergleich mit den vorhergegangenen Verfolgungen als ein befriedigender Zustand zu bezeichnen. Lange sollte diese Ruhe vor dem Sturme nicht dauern. König Friedrich Wilhelms IV. hochsinnige Gestalt passte durchaus nicht in den preußischen Statsbau hinein. Der Erringung der politischen Wünsche 1866 und 1870/71 mittels Blut und Eisen sollte die religiöse Einerleiheit auf dem Fuße folgen. Nachdem der damals noch jugendfrische Fürst Chlodwig von Hohenlohe als bayerischer Ministerpräsident in die Alarmtrompete gegen das vatikanische Concil geblasen hatte, ohne daß es diesem liberalen Josua gelungen wäre, den felsenfesten Sinn Pius IX. zum Wanken zu bringen, wurde jener allgemeine Sturmlauf gegen die gesamte bekenntnistreue deutsche Christenheit, welcher gewöhnlich als Kulturkampf bezeichnet wird, und der, wenn auch abgeschwächt, noch fortdauert, ins Werk gesetzt.

Der Kölner Rechtsanwalt Julius Bachem, früherer Abgeordneter und noch jetzt einer der einflußreichsten Führer der Centrumspartei des Rheinlandes, hat in einer Ende der 80er Jahre erschienenen Schrift „Preußen und die katholische Kirche" die besonderen Leiden seiner Glaubensgenoßen die Jahrhunderte hindurch in ebenso sachlicher als zu Herzen sprechender Form gezeichnet und damit in dankenswerter Weise bestätigt, was für den Kenner der Geschichte und Verhältnisse des leitenden States im deutschen Reiche nie ein Geheimnis war, daß nemlich des letzteren Kirchenpolitik nur die Folge jener Bestrebungen ist, welche wir in den Persönlichkeiten des unduldsamen, im Solde des Franzosenkönigs Ludwig XIV. stehenden reichsfeindlichen Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg, Herzogs von Preußen, und Friedrichs II., des furchtbaren Religionsspötters, Christushaßers und nicht minder Totengräbers des alten deutschen Reiches, am Besten zum Ausdruck gebracht finden. Verfaßer obiger Schrift durfte daher mit vollem Rechte sagen, daß, wenn es den Machthabern in Berlin geglückt wäre, ihre Vorhaben zur Ausführung zu bringen, die römisch-katholische Kirche innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle ausgerottet worden wäre, und daß es nur der Widerstandskraft letzterer selbst, sowie allerhand hinzugetretenen Hindernissen, nicht zum mindesten auch finanziellen Erwägungen zu danken ist, daß es zum größten Teile beim frommen Wunsche geblieben sei.

Wir haben mit Absicht die kirchlichen Bestrebungen Preußen-Deutschlands ausführlicher skizziert, da aus dem Gesagten klar hervorgehen dürfte, daß eine Partei, welche ihre Wählermassen fast ausschließlich unter der katholischen Bevölkerung zählt und demgemäß auch deren Interessen vor allem vertritt, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, vor einem State, wie dem gekennzeichneten, stets auf der Hut zu sein. Denn es ist einleuchtend, daß die leitenden Gesichtspunkte des preußischen States gegenüber den ausländischen katholischen Christen dieselben sein werden, und daß ein Statswesen, welches auf kirchlichem Gebiete derartige Pläne verfolgt, auch nach außen ein grundsätzliche Rechtspolitik nicht treiben kann.

Die Geschichte Preußens beweist diesen Schluß zum Ueber-

maß. Wer nur einigermaßen unbefangen und gerades Sinnes letztere verfolgt, gewahrt zu seinem Entsetzen, mit welcher Skrupellosigkeit ein Eroberungsreich ausgebaut und befestigt, wie viel des Guten und Schönen durch solche aller christlichen Ideale bare Politik vereitelt oder zerstört wurde, er sieht ferner bereits die deutlichen Keime unaufhaltsamer Zersetzung, die nur dem Oberflächlichen oder Unkundigen durch äußeren Flitterglanz verhüllt sind, und muß sich zu seinem schweren Leidwesen gestehen, daß eine Heilung kaum noch zu erwarten, eine Umkehr von der betretenen schiefen Bahn ebenso wenig zu erhoffen ist. Heilung eines kranken, mit Wunden bedeckten Körpers ist nur möglich, wenn der Arzt statt die Schäden äußerlich zu verkleben und zu behandeln, den kranken Stoff ausschneidet und die Wnunde rein auswäscht. Des neudeutschen Reiches Körper krankt an dem vielen Unrecht. Nur derjenige vermag ein großes, einiges, friedengebietendes deutsches Reich auf die Dauer zu schaffen, welcher mit den Annexionen und kirchlichen Verfolgungen gänzlich aufräumt, das fremde Gut seinen Eigentümern wieder erstattet, den getrennten deutschen Brüdern den ihnen gebührenden Platz wieder zuweist und das beleidigte Rechtsgefühl zur vollen Geltung bringt.

Es ist andererseits eine durch den Lauf der Geschichte bestätigte Lehre, daß Staten allein durch die Triebfedern ihres Entstehens und Aufsteigens erhalten werden. Nur der Augenblicksmensch, welcher in den Geist der Geschichte nicht eindringt, kann die zwingende Logik dieser Tatsache verkennen. Die besten und wolmeinendsten Regenten und Statsmänner vermögen den Schwung dieses Triebrades nicht aufzuhalten; sie werden erbarmungslos von seiner Gewalt mit fortgerißen, es sei denn, daß eine vollständige Um- und Abkehr ins Werk gesetzt wird. Gerade so hat uns auch Kaiser Wilhelm II. ein ergreifendes Spiegelbild in dem von ihm so hoch bewunderten altrömischen Weltreiche vorgehalten. Titus, „die Freude und Wonne des Menschengeschlechtes", Trajan, Marcus Aurelius, Diokletian, sie vermochten den Zerfall des Weltreiches nicht aufzuhalten, und als vollends die neue geistige Weltmacht, das Christentum, siegreich zum Durchbruch kam, da empfieng das auf seinem held-

nischen Götzen- und Cäsarenkultus aufgebaute, in allen seinen gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen darauf zugeschnittene und Hand in Hand damit auf nackteste Unrechtspolitik fußende Reich die Todeswunde, von der es sich nicht mehr erholen sollte. Wol gab es noch christliche Cäsaren und Imperatoren, aber sie krankten an innerem Widerspruche und vermochten daher das Ende des alten Roms nicht aufzuhalten.

Obige Wahrheiten waren den Gründern und alten Führern des Centrums wol bekannt. Hermann von Mallinckrodts volltönende Stimme ließ sich verschiedentlich in der Verurteilung der Auslandspolitik Preußen-Deutschlands hören — ein um so unparteiischerer und wertvollerer Zeuge, als er, der Sohn eines, einer reichsständischen Dortmunder adeligen Familie entstammenden, in preußische Dienste übergetretenen Beamten, trotz Militärdienst und Beamtenlaufbahn im gleichen State, getragen von lebhaftem religiösem Sinn, starkem Rechtsgefühl und klarem Geist, sich zu den Anschauungen durchentwickelt hatte, welche ihn in so hervorragendem Maße zum Führer der Centrumspartei befähigen sollten. Denselben Standpunkt vertrat Windthorst in vielen seiner glänzendsten Reden, und der großdeutsch-föderative Charakter der Centrumspartei war überhaupt eine ganz ausgemachte und auch programmatisch festgelegte Sache.

Es lag aber in der Natur der Dinge, daß in den ersten Jahren des Bestehens des neudeutschen Reiches und der Centrumsfraction die auswärtigen Fragen mehr zurücktraten, einmal, weil das eben Gewonnene erst verdaut werden mußte, dann auch weil der Kulturkampf in ganz hervorragendem Maße sowol das Centrum wie seine Gegner beherrschte.

Der großdeutsche Sinn der damaligen Centrumsführer, die idealen Gesichtspunkte derselben ließen es jedoch nicht zu, das neugegründete Reich anders als eine unfertige, mangelhafte Erscheinung zu betrachten, welcher erst durch Anwendung wahrhaft bündischer Grundsätze und Wiedervereinigung mit Oesterreich die notwendige Unterlage zur gedeihlichen Weiterentwicklung verschafft werden müßte. Das annexionssüchtige und kirchenräuberische Sardinien, oder, wie es sich seit dem Ueberfalle des König-

reichs Neapels betitelte, „Königreich Italien“ erfuhr selbstverständlich die Würdigung, welche es verdiente.

Daß andererseits das neue deutsche Reich preußischer Führung, eingedenk der „ergreifenden Analogie“, um mit Bismarck zu reden, die 1866 mit Sardinien geschloßene Freundschaft aufrecht erhielt, und das hochverräterische Magyarentum, in der Person des Grafen Andrassy zur Leitung der auswärtigen Politik des alten Kaiserstates berufen, Oesterreich als Dritten in den Bund mit seinen beiden gefährlichen Nachbarn presste, dieß alles darf nicht Wunder nehmen. Um so verwunderlicher aber dürfte die Haltung der jetzigen Centrumsvertreter gegenüber einem solchen Dreibunde berührern, den diese und die ihnen ergebene Presse nicht müde werden, als das Bollwerk und Unterpfand des Weltfriedens zu preisen. Also Preußen und Sardinien schließen einen Bund in der ausgesprochenen Absicht, sich ihre Eroberungen, bei letzterem vor allem den Kirchenstat, zu verbürgen und zu erhalten. Oesterreich wird als Dritter im Bunde kaltgestellt, liefert daneben seinen zwei Verbündeten die nötige Rückendeckung, und das alles in der von den „Alldeutschen“ schon jetzt laut verkündigten Erwartung, daß, wenn in der Folge die magyarische Frage und die innere Zwietracht soweit gediehen seien, die Aufteilung beginnen könne, wobei, falls kein anderer Ausweg, Rußland durch den galizischen Braten zu ködern sei.

Dieser Bund, der in offenbarem Gegensatze zu den Interessen des Oberhauptes der katholischen Kirche, sowie letzterer überhaupt, wie auch denen der ganzen gläubigen Christenheit steht, weil er eben als Hauptziel die Erhaltung eines rechtswidrigen Zustandes bezweckt, wird uns als Allheilmittel für das kranke Europa empfohlen. Auf der anderen Seite fühlen sich aber diese selben Leute gedrungen, für die weltliche Unabhängigkeit des Pabstes einzutreten. Freilich wird diese Frage in den letzten Jahren recht vorsichtig behandelt, und nur ein unerfahrener Provinzler, der am Borne des Wißens zu Berlin noch nicht getrunken, nimmt wol den Mund einmal zu voll. Demgemäß wurden denn auch die auf den Generalversammlungen der deutschen Katholiken gefaßten Resolutionen, nachdem einmal die alten Vorkämpfer des Centrums

die Augen geschloßen hatten, immer matter und matter, bis daß zuletzt auf jener überaus zahmen Katholiken-Versammlung in Danzig die römische Frage in einer Weise behandelt wurde, welche das berechtigte Misfallen des Vaticans erregte und Pabst Leo XIII. Veranlaßung gab, den tapfern Dreibündlern die Leviten lesen zu laßen, nachdem der Cardinal-Statssecretär bereits im Jahre vorher aus demselben Grunde auf die vom Congress-Vorstande abgesandte Huldigungs-Depesche nicht diesem, sondern dem Bischof der Diöcese die Antwort hatte zugehen laßen. In Folge dessen mußten sich die Leisetreter bequemen, den Text der unter Windhorsts Führung auf dem Freiburger Congresse verfaßten römischen Resolution wieder auszugraben, denselben Text, den man zwei Jahre vorher, mit Berufung auf den Dreibund und die gesamte politische Lage, als viel zu weit gehend, zornig verworfen hatte, —schweres Herzens, denn was sollte man in Berlin dazu sagen! Hatte doch Herr Dr. Lieber einigen törichten Grünschnäbeln, darunter einem katholischen Pfarrer, welche eine energischere Bekämpfung der piemontesischen Umsturzpolitik befürworteten, in der Section für die römische Frage, hochgerötet von Zorn, erwidert, daß man da draußen absolut nichts davon verstehe, in Berlin aber äußerst empfindlich in allen den Dreibund betreffenden Fragen sei, und insbesondere Majestät sehr empfindlich von allen auf Schwächung dieses hinzielenden Bestrebungen berührt werde, was für die Fraction wieder nur die schlimmsten Folgen haben könne.

Ein hervorragendes katholisches Blatt des Auslandes, der Genter „Bien Publie“, machte sich damals mit Recht über den vom Centrum aufgeführten logischen Saltomortale in Sachen Dreibund und Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Pabstes lustig. Die Reden über diesen Gegenstand ließen sich nach ihm in folgende Worte zusammenfaßen: „Wir fordern die Wiederherstellung des Kirchenstates, aber wir werden alles tuen, um diese Wiederherstellung zu verhindern.“

Wer aufmerksam die Gelegenheiten verfolgt, wo innerhalb des Centrums die römische Frage berührt wird, erkennt, wie großenteils nur von „der notwendigen Unabhängigkeit des heiligen Stuhles“, der „Notwendigkeit der Katholiken, frei, ohne

Störung, mit ihrem Oberhaupte zu verkehren", die Rede ist. Aengstlich wird da vermieden, von einer Rückgabe des Gesamt-Kirchenstates zu sprechen. Daß der Pabst ein legitimes Recht als König von Rom habe, hört man da auch nicht. Die Legitimität, deren Verfechterin einst das alte Centrum war, ist überhaupt bei den Diadochen ein verpönter Gegenstand geworden. Wird der legitime Anspruch des Pabstes auf das Patrimonium Petri in den Hintergrund vor allerhand Nützlichkeitsgründen geschoben, so ist von einem Rechte der übrigen italienischen Fürstenhäuser gar keine Silbe mehr zu hören. Da steht man, wie jeder url'berale Philister, ganz auf dem Boden der Tatsachen. Schade nur, daß dieser Boden, gleich der berühmten Wandelbahn auf der Pariser Weltausstellung, mit uns immer vorwärts gleitet, demgemäß neue Tatsachen schafft, und dadurch diese lächerliche echt liberale Redensart sich selbst Lügen straft. In Wirklichkeit gibt es nur einen Boden, welcher unveränderlich bleibt, und das ist der Boden des ewigen göttlichen Rechtes. Alles andere ist ewiger Wechsel, beständiges Vorwärtsgleiten.

Aeußerst unbequem ist unseren modernen Centrumsvertretern daher auch der Umstand, daß die katholische Volkspartei der Apenninenhalbinsel auch ein politisches Ziel besitzt; die Guelfi (Welfen), wie man diese Partei in Anlehnung an den mittelalterlichen Schlachtruf allgemein nennt, wollen neben der Freiheit der Kirche und durchgreifenden socialen Maßnahmen, die Abschüttelung der piemontesischen Vorherrschaft und Gründung eines Statenbundes mit dem Pabst als Vorsitzenden. Derartige gefährliche Bezeichnungen und Bestrebungen darf aber der deutsche gewöhnliche Centrumsmann nicht erfahren, er könnte sich ja erinnern, daß seine eigene Partei vor gar nicht so langer Zeit ähnlichen Bestrebungen huldigte, und darum werden diese Tatsachen einfach mit Stillschweigen übergangen. Dieses Spiel zeigte sich z. B. gelegentlich des im vergangenen Winter bei den italienischen Kommunalwahlen gezeitigten Erfolgs der Guelfen. Man mußte ausländische katholische Zeitungen zur Hand nehmen, um Näheres hierüber zu erfahren.

Hinsichtlich Oesterreichs im Besonderen wäre es gebotene Pflicht des Centrums, immer und immer wieder darüber sich

darbietenden Gelegenheit auf die Folgen des unseligen 66er Bruderkrieges hinzuweisen, und dergestalt denjenigen kaisertreuen und großdeutschen Oesterreichern, welche nicht von den dort so verbreiteten Haupschwächen, dem Pessimismus und dem Weiterfortwursteln ins Blaue hinein, angesteckt sind, die erwünschte Rückendeckung zu bieten. Hie und da schlagen noch einige süddeutsche Blätter und die „Deutsche Reichszeitung" den alten Ton an, aber in Berlin bei der Fraktion kein Sterbenswörtchen, selbst angesichts der unglaublicher Weise selbst von preußischen Generälen geförderten Los-von-Rom-Bewegung.

Es sollte eine Hauptaufgabe des Centrums sein, auf die für eine gesunde, freiheitliche Entwicklung des Deutschtums so heillosen Folgen von 66 hinzuweisen, und sich um eine, der Würde Oesterreichs und der geschichtlichen Entwicklung Rechnung tragende Lösung der trotz 70/71 ungelöster denn je gebliebenen deutschen Frage zu bemühen, im Gegensatze zu den hochverräterischen Plänen der wüsten Wotansverehrer vom Schlage eines Wolf und Schönerer. Statt dessen ist nur ein rein platonisches Mitgefühl zu verzeichnen; der Dreibund genügt, was will man mehr, dazu noch der schöne Zollvertrag, der den Deutsch-Oesterreichern zwar sehr wenig nützt, dafür aber für die ungarischen und rumänischen Getreidejuden um so beßer ist.

Bei der Beurteilung Frankreichs Seitens der Centrumspartei vermissen wir auch die nötige Folgerichtigkeit. Dieselbe republikanische Regierung eines Loubet wird einerseits wegen ihres Christenhaßes, ihrer steten Bedrückungen und Quälereien der katholischen Kirche verurteilt, andererseits werden alle sonstigen Maßnahmen derselben bedingungslos gutgeheißen und an den sog. Nationalisten kein gutes Har gelaßen. Man mag noch so sehr zugeben, daß sich in letztere Bewegung viele unlautere Elemente eingeschlichen, daß das so leicht überwallende französische Temperament besonders in der Dreyfus-Angelegenheit sich Verstöße habe zu Schulden kommen laßen. Alles das darf aber nicht gegen die gänzliche Verdorbenheit der jetzigen republikanischen Statsleitung noch gegen die Anerkennung der unzweifelhaft guten, christlich und vaterländisch gesonnenen Gegner der herrschenden Ausbeutergesellschaft verschließen. Die meist bedingungslose Auf-

nahme der vielfach gefälschten, fast stets entstellten einseitigen Nachrichten jüdisch-liberaler Agenturen oder Pressstimmen Seitens der Centrumspresse war ein großer Fehler, und die damit zusammenhängende kritiklose Parteinahme für den verächtlichen Dreyfus hat gerade in streng katholischen Kreißen Frankreichs eine Misstimmung erzeugt, welche leider während der römischen Jubiläumsfestlichkeiten auch ihren Ausdruck fand. Abgesehen hiervon, ist man in Centrumskreißen auch von dem neudeutschen Chauvinismus nicht frei, welcher unseres Erachtens dem französischen durchaus nicht nachsteht, vielleicht sogar über ist. Da ist man denn auch so naiv, den Franzosen ihren Zweibund zu verargen, auf welchen sie doch nach Abschluß des Dreibundes geradezu hingetrieben wurden, wie man ihnen auch jede Aeußerung des Unmutes über die 70er Geschehnisse verübelt, als ob nicht gerade von den altpreußischen Truppen vielfach in skrupellosester Weise gehaust und geplündert worden wäre. Selbst vor den geweihten Gefäßen der Gotteshäuser schreckte man zuweilen nicht zurück. Wir wißen, wie ehrenhaften Officieren das Treiben gewisser „Kameraden" die Schamröte ins Gesicht getrieben hat.

Was die spanischen und portugiesischen Verhältnisse angeht, so haben wir den Eindruck gewonnen, daß sie sehr vielen modernen Centrumspolitikern eben „spanisch" sind und darnach behandelt werden. Es gab aber eine Zeit, wo Don Carlos VII., Spaniens rechtmäßiger König, sich großer Sympathien in Centrumskreißen erfreute. Vor uns liegen eine die carlistische Frage in diesem Sinne behandelnde Schrift eines Centrumsabgeordneten und ein gleicher Aufsatz aus einem katholischen Unterhaltungsblatt. Der letztere dürfte als gar zu überschwänglich bezeichnet werden. In neuerer Zeit aber befindet man sich auch hier in rührender Uebereinstimmung mit der deutschen Reichspolitik, welche ja ihre guten Gründe hat, das schwächliche und corrupte Regiment sowol in Madrid als in Lissabon mit ihrem Wolwollen auszuzeichnen. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die ungezogene Manier, vom „Don Carlos" zu sprechen, sicher socialistischen Organen beßer anstehen würde. Besonders die „Kölnische Volkszeitung" pflegt die Specialität, jedwede Handlung des Herzogs von Madrid in wegwerfendster Weise zu beurteilen und nicht müde zu werden,

von ihrem Glashause aus nach ihm mit Steinen zu werfen. Wie Angehörige einer für Wahrheit, Freiheit und Recht streitenden Partei das so natürliche Mitgefühl für Verbannte, also auch für enttronte Fürsten, derartig außer Acht laßen können, ist uns ganz unverständlich.

Wenden wir uns nun dem Morgenlande zu, so sehen wir mit Staunen, wie die dortselbst beliebte Berliner Politik im Großen und Ganzen ungeteilter Billigung der Centrumsvertreter sich erfreut.

Daß Preußen und die Türkei sich zu einander hingezogen fühlen, ist nicht so verwunderlich. Bereits Friedrich II. gab sich im siebenjährigen Kriege viele Mühe, mit dem Großsultan und Tatarenchan ein wirksames Bündnis gegen seine große Gegnerin Maria Theresia abzuschließen, und nur dem Mistrauen der Hohen Pforte war es zu danken, daß der Erfolg nicht den Seitens des Berliner Hofes aufgewendeten Bemühungen und gehegten Hoffnungen entsprach. Daher wurde und wird denn auch das türkische Heer durch preußische Officiere eingeübt, und im jüngst verflossenen griechisch-türkischen Kriege erlebte man das seltsame Schauspiel, wie preußische Stabsofficiere dem osmanischen Heerführer den Feldzugsplan ausarbeiteten, als Beirat dienten und den Scharen der Ungläubigen dergestalt zu billigen Siegen verhalfen, welche die Gefilde Thessaliens mit den schlimmsten Verheerungen füllen sollten. Damals durfte sich auch der nunmehrige Reichskanzler in einer Reichstagsrede höhnische Ausfälle in witzig sein sollendem Tone gegen das kleine, arme, christliche Königreich erlauben, ohne daß auch nur Einer sich des Schwachen angenommen hätte. Zum Glücke sprang zu guterletzt doch noch Rußland hülfreich ein, indem es die Ernennung des Prinzen Georg zum Regierer Kretas durchsetzte, worauf die deutsche Reichsregierung, da bekanntlich der Zar zu den gewissen „Niemanden" zählt, welche die modernen Kleindeutschen außer Gott nach ihres Halbgottes Ausspruch am meisten fürchten, verstimmt ihre bekannte „Flöte" niederlegte.

Daß der „Schlächter auf dem Trone" kaltes Blutes die Vernichtung der innerhalb seines Reiches lebenden Armenier planen

und zum großen Teile auch durchführen konnte, daß insbesondere vor den Augen der Gesandten und Angesichts der Kanonen europäischer Kriegsschiffe in Konstantinopel selbst ein furchtbares Gemetzel unter den dort lebenden Armeniern angerichtet wurde, gehört zu den großen Verbrechen der Weltgeschichte. Wenn aber die herzlose Diplomatie des Abendlandes, und vor allem die reichsdeutsche, mit verschränkten Armen den Greueln zuschaute, so wäre es um so mehr Pflicht der großen christlichen Centrumspartei gewesen, laut und nachdrücklich gegen die Greuelscenen im Morgenlande die Stimmen zu erheben. Sie durfte dieß um so eher tun, als sie sich der vollen Billigung des Pabstes sicher wißen durfte. Im Vatican empfand man auf das Schmerzlichste die Untätigkeit der Mächte und unterstützte reichlich die Opfer muhamedanischer Grausamkeit. Gott der Herr wird das Flehen der Abertausende, die um seines Namens willen da hingeschlachtet wurden, nicht ungehört verhallen laßen. Wie wird er aber mit denen rechten, welche nicht den Mut hatten, für ihre christlichen Brüder aus kleinlichen Rücksichten die Stimme zu erheben? Kleinlich war es und kurzsichtig auch, denn drohend steigt bereits das Gespenst des Panislam herauf.

Vergebens auch suchte man gelegentlich des nicht lange darauf Seitens Kaiser Wilhelms II. erfolgenden abermaligen Besuches beim Padischah und Angesichts des Umstandes, daß Ersterer dem Grabe des irriger Weise zum Türken gestempelten Kurden-Emirs Saladin, des einstigen gefährlichsten Feindes der Kreuzfahrer, eine überraschende Verehrung entgegenbrachte, nach einem Ausdrucke der peinlichen Empfindungen, welche dieses erwecken mußte. Statt dessen herrschte eitel Freude, als der deutsche Kaiser seinen katholischen Untertanen ein kleines Grundstück in Jerusalem, wo die heilige Jungfrau eine Zeit lang sich aufgehalten haben soll (was nebenbei keineswegs sicher verbürgt ist), „zur Nutznießung überließ". Also kein „Geschenk", wie man es so gern darstellte, und darum auch kein sicherer Besitz. Die gute Absicht des hohen Geschenkgebers in allen Ehren, aber der preußische Fiscus hält noch so manche Stätte in seinem Besitze, für deren Rückgabe die Katholiken im Lande recht dankbar sein dürften.

Da wir einmal in Asien sind, so sei auch gleich der chine-

fischen Frage gedacht, in der sich die vom Grafen Bülow vertretene Reichspolitik sicherlich noch keine Lorbeeren geholt hat. Es war von Anbeginn an ein schwerer Fehler der Centrumspartei, die gewalttätige Besetzung der Kiautschou-Bucht gut zu heißen. Der Allmächtige sagt: „Verflucht, wer seines Nächsten Grenze engert, und alles Volk soll sprechen Amen.“ Hat das für das Reich der Mitte etwa keine Anwendung? Merkwürdige Logik, die dem nur durch die Gewalt des Faustrechtes herrschenden Türkentum eine Legitimität zuerkennt, welche einem seit Jahrtausenden bestehenden Statswesen versagt wird! Auf alle Fälle war Kiautschou die Pandorabüchse, welcher alle späteren Verwickelungen entstiegen sind, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Auch der Vorwurf darf unserer jetzigen Centrumsvertretung nicht erspart bleiben, weder Angesichts der traurigen Stellung Kleindeutschlands gegenüber den Vorgängen in Südafrika noch gegenüber der Teilnahmslosigkeit des Reiches an den Raubgelüsten der Vereinigten Staten, die einer politischen großen Partei zukommende Haltung gezeigt zu haben. Wir sind weit entfernt, den Herren Abgeordneten des Centrums Jingoe- oder Yankee-Sympathien anzudichten im Gegensatze zum Empfinden der Mehrzahl seiner Wähler — selbst Herrn Dr. Liebers antispanische Kundgebung „Namens der deutschen Katholiken“ auf dem deutsch-amerikanischen Katholiken-Congreß zu Pittsburg bringt uns diese Ueberzeugung noch nicht bei —, aber was helfen die besten Gesinnungen, wenn man sie nicht bekennt!

Es hat überhaupt den Anschein, als ob in der äußeren Politik des neudeutschen Reiches zwischen diesem und der Centrumsvertretung gar kein grundlegender Unterschied mehr bestände.

Schwer rächt sich auch hier, daß das Centrum an gar kein Programm sich mehr hält. Der wahre Politiker zieht aus der Geschichte, der großen Lehrmeisterin, und den Zeichen der Gegenwart seine Schlüße für die Zukunft, wobei er ein festes, unverrückbares Ziel im Auge hat. Dieses Ziel könnte für die Centrumspartei, ihrer ganzen Vergangenheit und ihren Grundsätzen nach, kein anderes sein, als neben Erringung voller kirchlicher und bürgerlicher Freiheit im Innern und socialer Ver-

beßerungen auf dieſem Boden ein organiſcher Ausbau des Deutſchen Reiches unter Zuziehung aller deutſchen Stämme, woraus in der Folge ein mitteleuropäiſcher Friedensbund erwachſen würde. Ein derartiger Bund wäre die beſte Gewähr für die Aufrechterhaltung des europäiſchen Friedens, das ſtärkſte Bollwerk gegen gewiſſe cäſariſtiſche Gelüſte, und er ermöglichte demgemäß die allgemeine Abrüſtung, bekanntlich auch ein Herzenswunſch Pabſt Leos XIII., wofür jedoch das „nationale“ Centrum noch nie in Berlin die Stimme erhoben hat, weil die Herren damit in den höchſten Kreißen ſehr anſtoßen würden.

Im übrigen müßte innerhalb der Partei bei Beurteilung der Angelegenheiten der anderen Länder der alte Rechtsſtandpunkt wieder Platz greifen. Nicht immer die bange Frage: „Was ſagt man in Berlin dazu?“ ſondern: „Was iſt Recht?“ Dazu gehörte allerdings auch als unerläßliche Bedingung, daß die gutgeſinnte Preſſe ſich von den jüdſch-liberalen und officiöſen Nachrichtenbureaux frei machte, da dieſe alle nur in ganz beſtimmter Richtung arbeiten. Die Anregung hierfür iſt bereits vor längerer Zeit von einem hervorragenden katholiſchen Socialpolitiker gegeben worden, leider ohne das nötige Verſtändnis zu finden.

Als characteriſtiſch für die Programmloſigkeit der Centrumsvertreter ſei folgendes Geſpräch mit einem hervorragenderen Reichs- und Landtagsabgeordneten hier eingeſchaltet. Auf die Frage: „Wie denken Sie ſich die Löſung der deutſchen Frage?“ „Wir denken gar nicht daran und beſchäftigen uns nur mit den näher liegenden Tagesfragen.“ „Ja, aber Sie müßen doch ein beſtimmtes Programm haben; die deutſche Frage, beſonders die Entwicklung in Oeſterreich, kann doch unmöglich ſo ſtehen bleiben.“ Antwort: „Um Himmels willen, laßen Sie mich mit dieſen Sachen in Ruhe, am beſten iſt, man denkt darüber gar nicht nach.“

Für den Niedergang des Selbſt- und Rechtsbewußtſeins innerhalb der Centrumskreiße dürfte auch der Gleichmut ſprechen, mit dem man ſeiner Zeit die Ernennung des Fürſten Hohenlohe zum Reichskanzler hinnahm. Dieſes Mitglied der erzliberalen Familie Hohenlohe-Schillingsfürſt, der ſein ganzes Leben lang nur, allerdings mit mehr Eifer als Talent, an der Zerſtörung

der europäischen Rechtsverhältnisse und der Bekämpfung seiner eigenen Mutterkirche gearbeitet hatte, dessen bereits Eingangs erwähnte Haltung Pius IX. gegenüber allein genügen sollte, ihn dem Centrum als ungenießbar hinzustellen, gibt nach seiner Ernennung auf den obersten Posten des Reiches eine Art Erklärung ab, die im Grunde auf jenes bekannte Dictum eines polnischen Edelmannes hinauslief, womit er einen Angeklagten entlasten wollte: „Wird man älter, wird man beßer", und das Centrum ist befriedigt.

Für den gleichen Tiefstand spricht das Wolwollen, welches die Fraction dem Nachfolger des abgetretenen alten Herrn entgegen brachte und entgegen bringt.

Die öffentlichen Reden des Grafen v. Bülow haben uns stets an Aufsätze eines gefühlvollen Secundaners erinnert, obendrein mit einer gehörigen Dosis jenes gewissen Berliner burschikosen Tons versehen. Viel Worte und wenig Inhalt, das ist die Quintessenz dieser unglaublicher Weise auch im Centrum bewunderten Reden.

In der chinesischen Frage hat sich die von dem vielrednerischen Herrn geleitete Reichspolitik eine gründliche Blamage bisher geholt, und die officiösen Presstrabanten haben alle Mühe, die Oeffentlichkeit über die bisherigen „Ergebnisse" hinweg zu teuschen. Trotzdem schreibt die „Kölnische Volkszeitung" noch am 6. November, daß man hoffe, Herr von Bülow werde in den inneren Fragen sich ebenso das Vertrauen des Centrums erwerben wie in den äußeren.

Es wäre unrichtig, anzunehmen, die ganze jetzige Centrumsvertretung wäre, wie es nach den Actionen der Hauptwortführer den Anschein hat, mit Sack und Pack ins Lager des großpreußischen Imperialismus abgeschwenkt. Bei manchen, besonders den schlesischen Abgeordneten dürfte das allerdings der Fall sein. Diese germanisierten Slaven haben für deutsche Eigenart und Rechtssinn nie ein besonderes Verständnis gehabt. Bei diesen schrumpft die ganze Centrumspolitik auf die Abstellung gewisser kirchlicher Beschwerden zusammen. Schon die kleine Excellenz hatte ihre liebe Not mit diesen Herren, und manche, sonst un-

begreifliche Concession des verewigten Centrumsführers findet nur in dem Bestreben seine Erklärung, diese unzuverläßigen Elemente zusammen zu halten.

Sicherlich aber verurteilen viele im Grunde ihres Herzens so Manches, wozu sie in der Oeffentlichkeit stillschweigen oder gar ihr Ja und Amen sagen.

Bestimmend wirkt so oftmals die Rücksicht auf die Spitze der Reichsgewalt, mit der man es auf keinen Fall verderben möchte. Uneingedenk des Bibelwortes, daß man sich nicht auf Fürsten allein verlaßen solle, hegt man trotz bitterer Enttäuschungen noch immer den Köhlerglauben, dort oben den erwünschten Einfluß und besonders die Ueberzeugung von der eigenen Ungefährlichkeit und „Reichstreue ohne Hintergedanken" zu befestigen. Als ob ein so festgefügtes, sein bestimmtes Ziel verfolgendes Statswesen wie das preußische sich dadurch von seiner Bahn ablenken ließe! Eher laßen sich Feuer und Waßer vermengen, als daß der preußische Stat allen seinen Ueberlieferungen untreu werden und eine der bisherigen Politik entgegen gesetzte einschlagen sollte.

Natürlich wird jedes Entgegenkommen der Centrumsvertretung gnädigst angenommen, aber die Abschlagszahlung an letztere seitens der Berliner Regierung verhält sich wie 1 : 10.

Schon vor längeren Jahren äußerte sich dem Schreiber dieses gegenüber ein hervorragender katholischer Socialpolitiker (nicht etwa Ratzinger), daß die Haltung des Centrums zum großen Teile von der Idee beherrscht sei, das Odium der Reichsfeindschaft von sich zu werfen. Aber, fügte er hinzu, sie mögen tun, was sie wollen, Reichsfeinde bleiben sie in den Augen der Regierung doch.

Das hier entworfene Bild ist für einen Verehrer des alten Centrums nicht erfreulicher Natur. Wie weit ist diese ideale Partei doch von ihrer stolzen Höhe herab gekommen!

Wir hoffen in der Folge noch die Haltung der Partei in den inneren Fragen unter die Lupe zu nehmen, und auf diese Gelegenheit unsere Schlußbetrachtung zu verschieben.

Von der gerühmten „praktischen Politik" des jetzigen Centrums, mit der sich dessen Vertreter so gern der Rechtspartei

gegenüber brüsten, hat der Leser in kurzen Umrißen mit Bezug auf die äußeren Fragen des neudeutschen Reiches wol schon genug ersehen. Gott beßer's!

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

II.

Verlieren und Wiederfinden der Kirche.

August Reichensperger ist am 22. Merz 1808 in Koblenz geboren. Der Vater war Generalsecretär des zum französischen Kaiserreiche gehörenden Rhein- und Moseldepartements, ein Amt, worin er sich durch Ueberarbeitung früh aufgerieben hat. Die Gottesgabe eines sonnigen, die Sonnenseite der Dinge sehenden Gemütes, durch die der Mann, selbst beglückt, so viele mit einem Hauch der Heiterkeit berührte, schlummerte tief verborgen im Kinde. Der Vater versprach ihm ein schönes Meßerchen, wenn er einen Tag, ja nur eine Stunde nicht weine. Nie hat er sichs verdient. Eines Tages hieß es um ihn her: weißt du was neues? Wir sind preußisch geworden. Nicht wie ein Evangelium, sondern wie eine Hiobspost wirkte die Nachricht. Es gab Schreckensausrufe auf allen Seiten. Confessioneller Eifer hatte Preußen nicht gehindert, bei der Länderlotterie und Kirchenberaubung großes Stiles die geistlichen Kurfürstentümer zu annectieren, wie einst gegen alles Recht das Land des deutschen Ordens. Einst war der Landesfürst zugleich der ehrwürdige Oberhirt der Kirche gewesen und hatte mit dem Krummstabe mild und väterlich regiert. Nun war die Selbständigkeit verloren, eine protestantische Regierung ohne die alten, geweihten Bande zu ertragen. Man sah Preußen als ein gemäßigtes Rußland an. Höchst unwillkommen war Junker Plump von Pommerland, der Hungerleider, der sich hochmütig wie er sei, anmaße, die Rheinländer bilden zu wollen

Als Gymnasiast in Köln durchlebte R. Flegeljahre und wollte Schauspieler werden. Der geistliche Gewißensrat der Familie schlug die Werkstatt eines Handwerkers als Correctiv der künstlerischen Aspirationen vor, da doch sonst nichts aus ihm werde. Nach Bonn versetzt fand sich der aus Rand und Band Geratene wieder zurecht, absolvierte das Gymnasium mit Ehren und studierte Jurisprudenz und Kameralwißenschaften in Bonn, Berlin und Heidelberg.

Volle Befriedigung fand er in den Fachstudien nicht. Professoren, die geschriebene mittelmäßige oder schlechte Bücher vorlesen, bringen eine bleierne Langeweile mit in den Hörsaal. Und wie selten sind die akademischen Lehrer, welche die Gabe des freien Docierens, dieses unentbehrlichste Requisit für ihren Beruf, besitzen. R. scheint nicht gefeßelt, ergriffen, electrisiert, hingerißen zu sein, wie es die glücklichen Studenten waren, die den Theologen Vilmar, Beck, Hase, den Wiener Medizinern Hyrtl, Billroth, Albert, den Juristen Stahl, Ihering, Vangerow, die einem K. Ritter und Schelling lauschen durften. Er klagt über das hochgelehrte Halbdunkel, das die Professoren über die sonnenklarsten Dinge mit so viel Bravour zu verbreiten wißen. Wehe den Hörern, wenn diese Vorträge über Institutionen und Pandekten die Quellen behandeln nicht wie Gronov den Livius, sondern wie Drakenborch mit pedantischer Mikrologie und Anhäufung antiquarischen Wustes! Wer könnte mit Begeisterung folgen, wenn der Docent nur die Verstandesconsequenz des römischen Rechtes bis zur Subtilität, nur die vollkommene Darlegung der Rechtsideen erkennen zu laßen beabsichtigt. Bei dieser Methode bleiben die Vorzüge der Disciplin verschloßen. Die ewigen Rechtswahrheiten, die Grundmotive, Unverbrüchlichkeit des positiven Gesetzes und des erworbenen Rechtes, wodurch die Römer das classische, weltgeschichtliche Volk des Rechtes sind, treten nicht in ihrer imponierenden Größe hervor, nicht die energische, concrete Anschauung und Würdigung der Lebensverhältnisse und der geschichtlichen Beziehungen. Die Hauptaufgabe bleibt dann ungelöst: nachzuweisen, das römische Recht ist ein Codex der Natur der Sache, weil es den gesamten Inhalt der privatrechtlichen Besitz- und Verkehrsverhältnisse zum deutlichen Bewußtsein gebracht, nach allen Momenten festgehalten

hat; es gab ein Fülle trefflicher materieller Entscheidungen, die für uns noch eben so gültig sind wie für die Römer, die in den factischen Lebensverhältnissen liegenden Beziehungen und Bedürfnisse hat es enthüllt und dadurch einen wertvollen Schatz hinterlaßen, trotz der Einseitigkeiten, Mängel, unrichtigen Entfaltungen und Entscheidungen aus falschem rechtlichem Princip, die für andere Zeiten und Zustände nutzlos sind.

Hat denn auch Walter in Bonn R. nicht genügt? Der Jünger und Freund Niebuhrs, der seinen Teil von den Orangen erhielt, die Pius VII. aus den vatikanischen Gärten alljährlich dem ehemaligen preußischen Gesandten schickte, dem er einst nach einer schwierigen Verhandlung beide Hände gereicht hatte, weil er ihn als einen ehrlichen Mann erfunden habe? Der Verfaßer der Geschichte des römischen Rechtes bis auf Justinian gehörte zu den Juristen, die dem römischen und germanischen Elemente des geltenden Rechtes den gebührenden Teil zuweisen und ihre innere Einigung im Rechtsbewußtsein und Rechtszustande fördern. Klar, elegant, geistvoll, mußte er das Vorurteil von der Trockenheit des Faches zerstreuen und erfrischend auf die gründlich belehrten Hörer wirken. Freilich, wenn sie kamen. Aber R. und seinen Gefährten war der Möhler des Kirchenrechtes ein Pfaffenknecht gleich dem Curiosum Windischmann. Warum? Im Kirchenrecht stellte Walter die kirchliche Disciplin mit steter Beziehung auf die ursprünglichen Grundideen dar und wies nach, wie diese unter den verschiedenen Formen bewahrt, auf die irdischen Zustände angewendet und auch unter den ungünstigsten, widerstrebenden Verhältnissen aufrecht erhalten seien. Für die Statslehre machte er die Notwendigkeit des christlichen Standpunktes geltend. Denn das Christentum hat durch die Macht, die es auf Gemüt und Erkennen der Menschen ausübte, auch die äußere Rechtsordnung mit einem neuen Geiste belebt und ihr ein eigentümliches Gepräge aufgedrückt. Das war genug für Bruder Studio, der nie eine Kirche besucht, den Professor sowie alle Frommen zu ächten. Dieses Urteil verriet einen Kapitalschaden.

Das „Wie hast du's mit der Religion? Du bist ein herzlich guter Mann, allein ich glaub' du hältst nicht viel davon" traf R. Er hatte seine Kirche verloren. Auch am Rheine war

der Katholicismus dem verfallenden Kölner Dome ähnlich geworden. Ein geistlicher Kurfürst hörte im Jagdwagen die Messe, einige Augenblicke vor der Türe seiner Kethedrale haltend. Ein anderer ließ sich von Heinse, dem Zola der Zeit, den scheußlichen Ardinghello im Hofcirkel vorlesen und belohnte den Genuß mit zwanzig Dukaten. Das Gericht der Revolution und französischen Occupation hatte dem kirchlichen Leben tiefe Wunden geschlagen, das Herkommen durchbrochen, die Sitte verstört, ein Trümmerfeld zurückgelaßen. R's Vater war Katholik à la Napoleon, der nur auf Commando die Kirche besuchte. Die Mutter, die Großeltern hielten am Altgewohnten und feierten die Kirchenfeste daheim und im Gotteshause mit traditionellem Pomp, der auch den Sohn und Enkel entzückte. Zu den specifischen Gütern des Katholicismus zählt Stahl jene naive, kindliche Frömmigkeit mit ihrer innigen Andacht, mit ihrer Energie der Liebe zu Gott, die darin wurzelt, daß der Mensch nicht durch Reflexion die Wahrheit zu suchen, nicht im Streit der Meinungen sich zu entscheiden und darauf einen großen Teil der Gaben und Kräfte zu verwenden braucht, sondern die Wahrheit als eine gegebene empfängt und seine ganze Kraft und Tätigkeit darauf zu verwenden hat, sie zu erfüllen. War dieser Schatz, der unzählige Katholiken trotz allem ihrer Kirche treu erhält, in R's Umgebung selten geworden? Hatten ihm die Augen dafür gefehlt? Er besaß ihn schon früh nicht mehr, und die Bedingung ihn zu erlangen, fehlte ihm ebenfalls, das zweifellose unbedingte Vertrauen zur heiligen Kirche. Die Bibel lag ihm fern. Was Thomas a Kempis voraussetzt, mangelte ihm. Realitäten des eigenen inneren Lebens, die er dem Zweifel, der Negation hätte entgegensetzen können, wie der Kranke das Factum der Genesung den Einwendungen gegen die Wirksamkeit des Heilmittels, besaß er nicht. Mit dem Eindruck untrüglicher Wahrheit hatten die Grundansichten der christlichen Weltanschauung seinen ganzen inneren Menschen nicht ergriffen. War ihm der Blick für die Bedeutung der Kirche getrübt, so erkannte er die Mängel um so deutlicher. Der Jesuit Grisar, der dem bekannten Buche von Gregorovius eine großartig angelegte Geschichte des christlichen Roms entgegensetzt, hat auf dem katholischen Gelehrtencongresse in München gegen den kritiklosen

Wunderglauben und die kritiklose Reliquien- und Heiligenverehrung treffliche, ernste Worte gesprochen, zur Remedur mahnend, in der Ueberzeugung, daß die Kirche sich ihre Gebrechen nicht von den Feinden zeigen laßen, sondern sie selbst sehen, rügen, heilen muß. Solches Unkraut ist denen erwünscht, die sich von der Autorität der Kirche emancipieren wollen oder bereits mit ihr zerfallen sind. Zu ihnen gehörte R. schon vor dem Abgange zur Universität. Wer ihn zurückzuführen Miene machte, wies er wie einen Feind ab. Stutzig machte es ihn, daß Zachariae in Heidelberg, ein juristischer Paulus, den Studenten riet: wer von Ihnen Diplomat werden will, muß Kirchengeschichte studieren. Es war ein Hieb auf den vermeintlichen Macchiavellismus der Pfaffen von den Päbsten bis zum Dorfkaplan, konnte aber als eine historisch-politische Anerkennung der Kulturmacht der Kirche nachdenklich machen. Der heroische Erneuerer christlich-deutscher Malerei, Cornelius, wurde durch „Berlin mit dem vertrakten, gottverlaßenen Volke“ wieder ganz katholisch gemacht. R. blieb dort, abgeschloßen von der Natur, der Stadt, dem pappendeckelnen, rappelgoldenen Geschlecht, ein Schiffbrüchiger nicht nur am katholischen, auch am christlichen Glauben. Unsägliches Weh erfaßte ihn und drückte noch schwerer wie Schwermut und Kränklichkeit.

Geschwächt von der Sünde (zu stärken durch die Taufe) lebt im Menschen ein zu seinem Wesen schöpfungsmäßig gehörendes Verlangen, aus dem natürlichen, durchsündeten Dasein in ein höheres vollkommneres Leben empor gehoben zu werden. Er muß Ergänzung, Erhöhung seines persönlichen Seins mit Hülfe Gottes suchen, der ihn über die empirischen Schranken seiner Weltstellung hinausrückt, seinen Willen stärkt und reinigt, die Schuld sühnt, ihn bindet zur Teilnahme am göttlichen Leben. Dieses Sehnen ist die Wurzel der Religion im Gemüt, sie selbst seine ursprünglichste centralste Aeußerung. Das heilswirkende Offenbaren Gottes kommt ihr entgegen und schafft die befriedigende Gemeinschaft mit ihm, in der der Mensch erst wahrhaft er selbst ist, ohne die er ein Zerrißener bleibt mit allem Jammer dieses Zustandes. Unter der Sünde hindert ihn die bewältigende Macht der sinnlichen Welt am Glauben und schließt ihn ab gegen die Gotteskräfte der Offenbarung. Weil die Natur in ihrer jetzigen

Gestalt uns umgibt und beherrscht, meinen wir, es könne keiner über sie hinausgehen und nie an ihre Stelle treten. Die Gegenwart bindet uns, als wäre sie ewig. Der Glaube fordert: ungeachtet dieser Macht sinnlicher Gegenwart der Natur, sollen wir der höheren, übernatürlichen Macht gewis sein und uns ihr, der unsichtbaren, unterwerfen, losgerißen von der Uebermacht der Umgebung, um ihr zu verdanken, was uns beseligt.

Davon war R. fern. Auf seinem Wüstenwege wählte er sich eine Zeit lang Jean Paul „zum tröstenden Gefährten." Sein nagendes Weh dämpften die schönen Schilderungen der Natur und reiner Jugendliebe voll Unschuld, Herzlichkeit, Sehnsucht und Wehmut, die zusammen „den Eindruck eines ewig heitern Frühlings machen, mit frischem Grün und Vogelsang, eines sommerlangen hellen Tages ohne Ende, eines rosigen Morgenrotes, welches ohne Nacht an das stille, friedliche Abendrot grenzt." (Vilmar) Nicht die oft armseligen, ja abgeschmackten Handlungen der sogenannten Romane ergriffen R., sondern einzelne große prächtige Gedanken, psychologische Tiefblicke, wie Sterne am Abendhimmel leuchtend. Leise erinnern konnte der Dichter an das entschwundene Glück kindlicher Frömmigkeit, indem er christlichen Stimmungen und Anklängen den zartesten Ausdruck gab. Aber zurück zu führen in die verlorene Heimat vermochte der nicht, der das Christentum als Mönchsgrillen haßte und sich größerer Blicke in das All rühmte als Peter und Paul. Mit Eau de mille fleurs heilt man kein Fieber, und wer Goldmedikamente bedarf, dem nützt kein Schaumwein. Merken konnte das R. an den Ausbrüchen innerer Pein, die seinen Unglauben strafen, ihm denselben zur Sünde machen und verleiden sollte. Manchmal hätte er sich zerfleischen mögen. Bald glich seine Seele einer Nachtlampe, die bei einem Leichnam Wache hält, bald einem freßenden Feuer. Nach den erfolglosen Sonnenbädern Jean Pauls versuchte er eine Luftkur bei Byron, das hieß ein vor Durst Verschmachtender trank Seewaßer. Der Don Juan und Hamlet zugleich gefiel sich in der Titanenpose eines Chorführers der satanischen Dichterschule. Börne hat von Heine gesagt, nie sei ihm jemand vorgekommen, der so schamlos mit seinen Ausschweifungen geprahlt habe. Byron hatte noch nicht genug an der wilden Sinnlichkeit, der Frivolität,

der Falschheit, dem Geiz, der Eitelkeit, dem Adels- und Genie-stolze, die auf sein Schuldconto kamen. Er log noch Posten hinzu. Man hat diese eminente Dichternatur treffend mit dem Vesuv verglichen, im Innern Feuer und Schwefel, außen Orangen-haine, Weingärten, Blumenflor. „Sobald der Sturm einer Leiden-schaft, ein großer Gedanke, ein heftiger Zorn den Feuersee in ihm aufwühlte, stiegen die Flammengarben seiner grandiosen Phantasie, die prasselnden Raketen seines zündenden Witzes auf" (Müllner). Was Altengland verabscheut, wird gefeiert: Vol-tairianismus, Revolution, Napoleon; was ihm teuer ist, trifft ein dämonischer Hohn: Christentum, Kirche, Patriotismus, Zucht und Sitte, Loyalität, Treue, Pietät gegen die Geschichte und ihre be-währten Bildungen, gesetzlicher Sinn. R. konnte hier die Quelle der Gottesferne, Gottentfremdung, Gottlosigkeit sehen in der hoch-mütigen Selbstvergötterung: das Ich, das sich nicht hingeben will, sich gegen das Höhere verschließt und es verwirft. Die anti-christliche Weltanschauung erschien hier in reiner, scharfer Gestalt, nach ihrem ganzen Inhalt und allen Consequenzen. Eine solche Erkenntnis kann rettend wirken, wie der verlorene Sohn in sich schlug, als er bei den Trabern und den Säuen angelangt war. In diesem Sinne sagt Vilmar: willst du zweifeln und leugnen, so bleib nicht auf halbem Wege stehen, treibe es bis zum Ab-grunde hin, dann kann dir geholfen werden. Byron ist groß, wenn er die Zerfallenheit des Gottlosen mit sich und der Welt malt, den das eigene Herz verklagt, der die Welt verklagt, das Kleben der Seele am Staube, ihr Verdorren wie Gras. Der totale Ruin und Bankrott kann in die Arme Gottes zurücktreiben, Heimweh wenigstens momentan erregen.

Was gäbe ich darum, lautet R's Ruf aus der Tiefe, wenn ich noch jetzt den schönen Kinderglauben haben könnte, an einen allwaltenden Vater, der das Alles — die Körper- und Seelen-leiden — so in seiner unendlichen Güte geleitet und gelächelt hätte über mein Fluchen, Schimpfen und Höhnen, meine trotzigen Geberden, und ich jetzt zermalmt vor ihn hinsinken könnte und Abbitte tuen und danken aus vollem, übervollem Herzen! Aber dieser Genuß ist wegphilosophiert. Der Glaube löst den Knoten nicht, ignoriert ihn bloß oder schürzt noch tausend neue,

wie die Concilien, Ketzer und Verzeichnisse verbotener Bücher das tuen. — Er ist froh, daß der rheinische Antiquarius ihn wenigstens nicht mit gottseligen Redensarten molestiere, da er zu hoch stehe, um ein Glaubensknecht zu sein, und sich nur um des weltlichen Einflußes und Zeitvertreibes willen zu den frommen Phantasien halte. Doch fühlt er sich mit seiner Philosophie wie der Taucher in der Glocke, dem die Luft auszugehen droht. Ein Schreiner möchte er geworden sein, dann würde er sich jeden Tag Appetit und Schlaf herbei hobeln, wäre doch nicht in der peinlichen Lage zu wißen, daß all das innere Zerquälen eine Albernheit ist, die zu nichts führt als zum Uebel. „Es gibt auf der Welt so gewisse, stille, harmlose Pflichterfüllungsseelen, die jeden Abend seelenvergnügt an das zurückgelegte Tagespensum denken und nicht ahnen, welche Rätsel sie in sich herum tragen. Warum bin ich nicht ein solcher? Warum bin ich überhaupt?" Neben diesem Neid nach der Stimmung Valentins im „Verschwender" regt sich Augustins Du hast uns für dich gemacht: es ist erhebend, das Gute und Schöne, das über Hoffen auf uns herab kommt, Gott zuschieben zu können. Ein Glücklicher sehnt sich mehr nach einem Gott, dem er danken, denn ein Unglücklicher nach Einem, den er um Hülfe anrufen kann. Das Glück sucht eher eine Stütze als das Unglück. Es ist doch ein trübes trauriges Erdenvegetiern auch in unseren geistigsten Verrichtungen ohne jede höhere Sonne. Sie sollte ihm wieder kehren, wenn er nicht mehr Farben schmecken, Töne riechen, den Verstand als Telescop für die göttlichen Dinge benutzen, der Vernunft abzwingen wollte, was Sache der Anschauung ist, wenn er die Torheit einsah, den allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erde mathematisch beweisen, mit einem dialectischen Netze einfangen zu wollen, vor allem wenn er dem Zöllnerbewußtsein nicht mehr wehrte, das auch die katholische Kirche für heilsnotwendig hält, mag sie auch hinter der lutherischen an Tiefe der Sündenerfahrung weit zurückstehen.

Seit 1831 in Münster und Koblenz bei dem Landgericht tätig, erfreute ihn der Contrast zwischen der würdevollen Form in den Assisen und dem altpreußischen Schlendrian. Es verdroß ihn die phlegmatisch-optimistische und schludrige Urteilsmacherei,

von der Bismarck Proben aus seiner Referendarszeit erzählt, die das Richteramt beim Volke bis zur Verachtung discreditieren müßen. Bewog doch der Ekel vor solcher juristischer Handwerkerei Eichhorn in Göttingen, sein von mehr als tausend Hörern besuchtes Auditorium mit einem Bauernhofe zu vertauschen. R. hielt dafür: kein strenges Recht ohne strenge Form. Ohne strenges Recht ist der Themis immer die Augenbinde verschoben oder gar abgenommen, und ein Herr Richter hängt sich einen Orden um den Hals. In Paris traten ihm als Vorzüge der französischen Rechtslehre entgegen: klarer, bestimmter, durchdachter Vortrag, entschieden practische Richtung, strenges Anschließen an das Gesetzbuch und dessen Anwendung, eine durchaus logische Anordnung. Seine Anhänglichkeit an die heimischen Rechtsinstitutionen steigerte sich durch diese Wahrnehmungen. Sie blieb von der Einseitigkeit frei, die Gneist den rheinischen Juristen nachsagte: sie bildeten sich ein, menschliche Vernunft, juristischer Verstand und politische Bildung könnten sich nicht auch in anderer Form manifestieren als in der des Code Napoléon.

Die tiefen Mängel des positiven Rechtes, sagt Stahl, beruhen auf der allgemeinen Mangelhaftigkeit des menschlichen Zustandes, die wol gemildert, aber nie gehoben werden kann. Das positive Recht mit seiner untrennbaren Begleiterin der Rechtswißenschaft ist eben in der Unvollkommenheit des sittlichen Zustandes ein Ersatz und eine Annäherung des vollkommenen Rechtes. Wird es aufgegeben, so wird nicht eine Vollkommenheit des Rechtszustandes erreicht, sondern es treten nur all die Uebelstände ein, die es noch zurück hält. Dieser Erkenntnis verschloßen sich auch die Rheinländer nicht, obwol sie ihr geltendes Recht für relativ gut hielten. Als Bürgschaft der Rechtssicherheit und der politischen Bildung war ihnen das öffentliche Gerichtsverfahren mit Geschworenen wertvoll. Entgegengesetzt urteilte der grundgelehrte Wirkliche Geheime Stats- und Justizminister für die Justizverwaltung in der Rheinprovinz v. Kamptz. Man schrieb ihm die Absicht zu, dieß Recht der Provinz zu zersetzen, einige altpreußische Placken darauf zu nähen und so die Herrschaft des preußischen Landrechtes anzubahnen. Auf die Gefahr hin, oben sehr anzustoßen und seine Carriere zu verderben, opponierte R.

gegen diese Intentionen scharf und energisch in seiner Erstlingsschrift. Sie nahm den bedrohten Besitz in Schutz, machte seine Vorzüge geltend, bestritt die Ersprießlichkeit der Rechtsgleichheit für alle preußischen Provinzen. Natürlich klagten die Angegriffenen über die Preußenfeindlichkeit und Franzosenfreundlichkeit des Verfaßers, der sich zum Sprachrohr der rheinländischen Frondeurs gemacht habe. Wol kaum ohne Rücksicht auf die unbequeme, misliebige Schrift ließ v. Kamptz erklären: das Gerücht, er habe in der Verwaltung seines Amtes je daran gedacht, die allgemeine preußische Gerichtsordnung in der Rheinprovinz einzuführen, sei eine lächerliche und boshafte Verleumdung. Er habe vielmehr bei jeder sich darbietenden Gelegenheit das rheinische Gerichtsverfahren gefordert, die wenigen Fälle abgerechnet, in denen die Einheit der Verfaßung und der Verwaltung des States die Anwendung der Gesetze und das Verfahren nach allgemeinem Gesetze bedingte. Wol habe er Einleitung getroffen, die rheinische Gerichtsverfaßung nach den Vorschlägen der dortigen Justizbeamten ihrem Geist gemäß immer mehr auszubilden. Aber er sei weit entfernt von dem Wunsche, daß sie mit einer andern vertauscht werden möge. Die Verbreiter solcher Gerüchte verdienten daher Mitleid oder Abscheu und ernstliche Strafe. Damit gestand Se. Excellenz eben das ein, was „Verleumder" wie R. denunciert hatten: die einzelnen Fälle und die verdächtige Einleitung zur Ausbildung. Trotz der geharnischten Protestnote wurde der Minister aufs ehrenvollste von der Justizverwaltung der Rheinprovinz entfernt, um, seinem Wunsche gemäß, dem Präsidium der Gesetzesrevisions-Kommission seine ganze Sorgfalt zuwenden zu können. Er erhielt einen Nachfolger, dessen Vergangenheit die stärksten Garantien für die Sicherheit der bedrohten Factoren bot.

(Schluß des Artikels folgt.)

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 54. [Neue Folge.] **December 1900. 9. Jahrgang.**

Die Vertretung der Centrumspartei und die innere Politik des neudeutschen Reiches.*

Von einem Katholiken.

Nachdem wir in der Novembernummer der „Rechtspartei" versucht haben, in kurzen Zügen darzulegen, wie die berufsmäßige Centrumsleitung, uneingedenk ihrer Ueberlieferungen und der mit zwingender Logik sich aufdrängenden Pflichten, fast bedingungslos, in der äußeren Politik hinter dem neudeutschen Reichswagen einher läuft, wollen wir heute die Haltung dieser Partei gegenüber der inneren Reichspolitik Revue passieren laßen.

Als Preußen nach Sprengung des deutschen Bundes und siegreichem Ausgange des 1866er Bruderkrieges den sogenannten Norddeutschen Bund gegründet hatte, waren im großdeutschen Lager die Ansichten geteilt, ob man unter den veränderten Verhältnissen sich am öffentlichen Leben noch beteiligen könne und dürfe oder nicht. Besonders in den Kreißen des katholischen Adels der Rheinlande und Westfalens war die Ansicht weit verbreitet, daß nur die „Flucht aus dem Lager der Ehrlosigkeit" übrig bleibe. Es ist wichtig und von bleibendem Interesse, wie der nachmalige Führer des neu zu bildenden Centrums, damals überdieß königlich preußischer Regierungsrat, hierüber dachte. Einem Freunde, welcher sich für Nichtbeschickung des ersten Norddeutschen Reichstages aussprach, schrieb Hermann v. Mallinckrodt wörtlich folgendes: „Ich kann die Hannoveraner und den Grafen Westphalen und das Princip des Föderalismus und die Wahr-

* In dem Aufsatze des Herrn Verfaßers in voriger Nr. muß es S. 330 heißen, daß H. v. Mallinckrodt aus einer reichsstädtischen (nicht ständischen adligen Familie hervorgegangen sei.

heit nicht im Stiche laßen und will mich nicht dem späteren Selbstvorwurfe aussetzen, daß ich in entscheidenden Krisen den Hasenfuß oder den Schranzen hinter dem Ofen gespielt habe."

Nach Eröffnung des Reichstages äußerte sich Mallinckrodt mit Bezug auf sich und seine Gesinnungsgenoßen, — nachdem er erst bemerkt hatte, die Sachsen hätten keine rechte Courage und diplomatisierten, um möglichst bald die preußischen Garnisonen los zu werden — weiter wie folgt: „Wir genießen den Vorzug, diejenigen zu sein, gegen welche unter der Firma der „Particularisten" am meisten losgedonnert wird, und welche ganz unzweifelhaft die unbequemsten sind. Unser Präses ist Windthorst."

Nach Gründung des neudeutschen Reiches entwickelte der Unvergeßliche in einer seiner Reichstagsreden das Centrumsprogramm in folgender Weise:

„Wir haben Ihnen drei und vier Mal gesagt: wir sind nicht nur keine confessionell gebildete Fraction, sondern wir wollen es auch nicht sein. Wir sind es principiell nicht nach unserem Programm, wir sind es auch tatsächlich nicht, insofern als wie bekanntlich im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen. Aber es kommt auf das Programm an. Das ganze Programm dreht sich um drei Punkte: „Der erste Punkt ist die Betonung des strengen Standpunktes positiven und historischen Rechtes. Das Zweite, meine Herren, ist das Princip der religiösen Freiheit, der Freiheit für alle Bekenntnisse, und ich denke, wir können uns darauf berufen, daß wir mit vollständig gleicher Entschiedenheit, wie für unser eigenes Bekenntnis, hier im Hause und in unserer sonstigen politischen Tätigkeit auch für andere Bekenntnisse eingetreten sind. Der dritte Punkt ist das Princip der Föderation im Gegensatz zu dem Princip der Centralisation, im Gegensatz zu den Tendenzen des Unitarismus. Meine Herren, das ist wieder ein rein politischer Gegensatz; das ist ein Gegensatz, der sich speciell auf das Gebiet der deutschen Frage bezieht; das ist ein Gegensatz, der den Herrn Reichskanzler allerdings berechtigt, zu sagen, wir seien seine Gegner, wir machten ihm Opposition — das Recht hat er, und ich meinerseits bekenne offen, daß ich vom ersten Augenblick des Jahres 1866 an, wo diese Politik

zum Durchbruche kam, ihm offene, entschiedene Opposition gemacht habe. . . ."

Es würde viel zu weit führen, wollten wir hier alle jene Reden und Kraftstellen des hochgemuten westfälischen Edelmannes und seiner Mitstreiter, welche den einstigen Rechtsstandpunkt der Centrumsvertretung markieren, im Einzelnen anführen.

Die Fragen, welche sich dem Beobachter der Jetztzeit vor allem Angesichts der gänzlich veränderten Haltung der Fraction aufdrängen, sind folgende:

1. Hat sich die Lage im Reiche und in den Bundesstaten dermaßen verändert, daß sich ein so weitgehender Umschwung im Auftreten der Centrumsvertretung rechtfertigen läßt?
2. Womit rechtfertigen die Parteiführer selbst ihre Haltung, und welche inneren oder äußeren Schwierigkeiten durften für das Verlaßen des alten Centrumsprogramms mitbestimmend sein?
3. Wie denkt sich die jetzige Centrumsvertretung die weitere Entwicklung der Dinge?

Gehen wir zuvörderst auf die erste Frage des Näheren ein. Nach dem Frankfurter Friedensschluße glaubte der Leiter des nach seinen eigenen Worten durch Blut und Eisen zusammengeschweißten neuen deutschen Reiches den richtigen Augenblick gekommen, wo er unbedenklich dem Teufel das ausbedungene Fährgeld in Gestalt des sogen. Kulturkampfes und damit verwandter Erscheinungen auszahlen konnte.

Ganz leicht mochte es dem Fürsten Bismarck doch nicht geworden sein, diesen für ihn neuen und eigenartigen Streit zu beginnen. Nicht als ob ihm sittliche Bedenken vorgeschwebt hätten. Im Gegenteil, bei dem gänzlichen Mangel an christlichem und Rechtsgefühl, einem besonderen fast instinctiven Widerwillen gegen alles Katholische, wozu die in ihm lebendige preußische Ueberlieferung kam, fehlten alle Schranken, welche einen Anderen abgehalten oder es schwer gemacht hätten, so viel Jammer und Leid über gläubige Christen und friedliche Statsbürger zu bringen. Aber der practisch erwägende Statsmann mochte sich doch fragen, ob der Triumph ein so gewisser sei, oder zum wenigsten die auf-

gewendete Mühe sich verlohnen würde. Immerhin lagen günstig scheinende Anhaltepunkte vor. Die weit überschätzte altkatholische Bewegung, viele Protestanten durch das Schlagwort vom evangelischen Kaisertume verwirrt oder durch die glänzenden Erfolge geblendet, die unbedingte Botmäßigkeit der unierten Kirchenbehörden, Bayerns ideal veranlagter König auf ganz falschen Bahnen hierin wandelnd, wodurch verbitzene Liberale vom Schlage eines Fürsten Chlodwig Hohenlohe und Lutz völlig freie Hand erhielten, Oesterreich zu Boden geworfen, überdieß selbst von ungeschickten liberalisierenden Elementen geleitet, und überhaupt beinahe durch ganz Europa ein Sturmlaufen des kirchenfeindlichen Liberalismus, — unter diesen glückverheißenden Zeichen begann der Kampf. Nach einigen einleitenden Plänkeleien sehen wir die Berliner Regierung zum entscheidenden Schlage ausholen: die Forderung der Anzeigepflicht der römisch-katholischen Geistlichen. Dieses Verlangen mußte die katholische Kirche innerhalb Preußens in ihrem innersten Leben empfindlich berühren. Es widersprach schnurgerade der Auffaßung von der Stellung des Priesters und der Bewegungsfreiheit der Kirche, daß Ersterer sich erst sein Placet von einer weltlichen, obendrein andersgläubigen Macht zu holen gehalten sei. Aus den Weigerungen der davon Betroffenen folgten fast alle weiteren Maßnahmen der Berliner Regierung sowie der hinterdrein marschierenden übrigen Bundesregierungen.

Zweck dieser Zeilen ist es nicht, den sogen. Kulturkampf des näheren zu schildern. Wir bitten nur die Tatsache festzuhalten, daß, nachdem die kirchliche Verfolgung so ziemlich das Gegenteil des Erhofften erreicht hatte, und die entgegenkommende Art, mit der der neu erwählte Papst Leo XIII. trotz Abbruches aller diplomatischen Beziehungen, seine Thronbesteigung dem preußischen Hofe anzeigte, Fürst Bismarck die erwünschte Gelegenheit verschafft hatte, aus der unangenehmen Klemme sich herauszuwinden, indem er nach und nach viele der Kampf- und Verfolgungsgesetze zurücknahm oder milderte, doch gerade die so tief einschneidende, unerträglich scheinende Anzeigepflicht bestehen geblieben ist.

Es ist daher ganz unrichtig, wenn den Wählermassen vorgeredet wird, „sämtliche“ oder „die drückendsten“ Kulturkampfsbestimmungen seien beseitigt worden und „wir hätten glänzend

gesiegt". Ein merkwürdiger Sieg, wo die heiß umstrittene Festung dem Feinde ausgeliefert wird! Wir wißen recht wol, wie bei den damaligen Friedensverhandlungen gewißenlose und leichtsinnige Erscheinungen vom Schlage eines Galimberti im Bunde mit Magnaten und Diplomaten Hohenloheschen Calibers über die Köpfe erprobter, ihrem Glauben ergebener Centrumsmänner hinweg verhandelt haben, wie man insbesondere in jenen Kreißen sich daran ergötzte, den „questo piccolo avocato hanovriano" mit seinem Scharfsinne und seiner Grundsatztreue als Luft zu behandeln. Aber wozu denn von einem Siege reden, wodurch in der breiten Masse der Wählerschaft doch nur der so geflißentlich von den Regierungsparteien verbreitete Glaube genährt wird, der eigentliche Kulturkampf sei beseitigt und das, was noch ausstehe, nur nebensächlicher Natur!

Das, was erreicht ist, reicht noch lange nicht an den Zustand vor 1870 heran. Die Lage der Bischöfe und sonstigen kirchlichen Oberen ist eine weit gebundenere als früher, überall fast ragt das „discretionäre Ermeßen" der Regierung herein. Keine Strickschule kann von einem noch so harmlosen Nönnchen gegründet, keine Predigt gehalten werden, ohne daß nicht von Seiten der sich berufen glaubenden Behörden die weitestgehenden Erhebungen angestellt werden, die betreffenden Eingaben und Akten erst eine mehrmonatliche oder selbst mehrjährige Seelenwanderung durch so und so viel Aemter und Aktenschränke anzutreten haben, um zu guterletzt doch noch dreimal von vier Fällen die endliche Ruhe im Papierkorbe zu finden. Ist aber wirklich nach langem Harren, verbunden mit den peinlichsten Umfragen über das statsungefährliche Vorleben aller dabei in Frage kommenden Personen, die regierungsseitige Genehmigung erteilt worden, dann wird über diesen „erneuten Huldbeweis" von der Regierung dienstergebenen Federn ein großes Geschrei verübt, als ob etwas ganz Außerordentliches geschehen wäre.

Der kleinlichen Kniffe, Nörgeleien, Behinderungen und Eingriffe in die kirchliche Freiheit sind Unzahl. Es ist dabei ganz undenkbar, daß bei der straffen Zucht im State Preußen untergeordnetere Beamte sich so manches herausnehmen dürften oder dulden würden, würden sie nicht von oben gedeckt, oder wüßten

sie nicht, daß die öffentliche Rüge in Folge irgend einer energischen, nicht gut zu umgehenden Beschwerde nur notgedrungen erfolgte.

Bekanntlich sind ja auch nach des Säcularmenschen Ausspruch die Waffen nur auf dem Fechtboden niedergelegt, um später wieder aufgehoben zu werden. Das heißt in gutes Deutsch übertragen, daß man bei gelegener Zeit den alten Kampf in voller Schärfe fortsetzen wird.

Nun könnte man von Seiten der Verteidiger der Centrumsvertreter erwidern, daß man recht wol wiße, daß der Kulturkampf noch nicht beendet sei und der alte Faden, nur einige Nummern feiner, weiter gesponnen werde, daß auch die Presse innerhalb des Centrums und die Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften es an dießbezüglichen Klagen und Berichten nicht fehlen laßen. Ganz recht, nur fehlt diesen letzteren der nötige Nachdruck, und dann vermissen wir in der Haltung der Fractionsgenoßen vollständig die aus alledem sich ergebenden Schlüße. Wenn eingestandenermaßen die alte kirchliche Verfolgung ob auch abgeschwächt anhält, wenn das Hineinregieren der Behörden in den Fragen, die ihrer Machtbefugnis entrückt sein sollten, fortdauert, wenn ferner im Großen und Ganzen die Stellung der Reichsregierung und der meisten in Betracht kommenden Einzelregierungen eine derartige ist, daß man, besonders bei der tonangebenden Preußens, von einer zielbewußt gegnerischen, von bestimmten, bereits in voriger Nummer der „Rechtspartei" berührten Gesichtspunkten geleiteten Kirchenpolitik überzeugt sein muß, dann ergibt sich daraus von selbst, daß die von Jahr zu Jahr entgegenkommendere Richtung der Centrumsfraction der inneren Berechtigung entbehrt.

Wo wir aber auch sonst Umschau innerhalb des Beringes der kleindeutschen Grenzpfähle halten, da starren uns ungelöste Fragen, halb- oder unfertige Zustände entgegen.

Eng verknüpft mit der kirchlichen sollte die Schulfrage sein. Preußen darf sich in der Beziehung wol rühmen, nächst dem Zarenreiche dasjenige Land zu sein, wo am tyrannischsten das statliche Schulmonopol aufrecht erhalten wird. Es ist bedauerlich, wie gering noch das Verständnis für die Freiheit des Unterrichts in deutschen Landen ist, noch bedauerlicher aber dürfte es

sein, daß von Seiten der am ehesten Mitberufenen so wenig geschieht, um gegen das Schulmonopol anzukämpfen.

Windthorst erkannte die Bedeutung der Schulfrage, und man darf annehmen, daß der greise Centrumsführer, falls ihm Gott das Leben noch länger geschenkt hätte, diesen Gegenstand mit besonderem Eifer verfochten haben würde. Heute aber erleben wir das Gegenteil, indem ein Redner auf der Bonner Generalversammlung, ohne Widerspruch zu erfahren, den preußischen Schulzuständen Anerkennung spenden durfte, wofür ihm, wie überhaupt dem ganzen Bonner Katholikentage, die „Kölnische Zeitung" Lob spendete. Auf die Wirkungen der preußischen Statsschule werden wir noch später hier zurückkommen.

Wie wenig sociales Verständnis die Reichs- und preußische Landesregierung zeigen, ist bekannt. Nur dem Drängen der Parteien gehorchend, ist man hier und da zu socialen Maßnahmen geschritten. Das Centrum hat durch den Mund hervorragender Socialpolitiker eifrig mitgewirkt und hatte es fertig gebracht, daß, während früher nur spöttisches Lächeln und geringschätziges Achselzucken bei der Regierung und ihrem liberalen Heerbann zu bemerken gewesen war, endlich die socialen Vorschläge beachtet werden mußten. Es wurde aber meistens so viel Waßer in den socialen Wein gegoßen und so einseitig vorgegangen, daß das, was der einen Gruppe heilsam, der andern eine Quelle steten Verdrußes ohne den geringsten Vorteil geworden ist.

Wie wird z. B. das „Klebegesetz" in den ländlichen Wirtschaften verwünscht! Rein auf größere, industrielle Betriebe zugeschnitten, passt es nicht auf die ganz anders gearteten meisten kleineren Betriebe, und es bleibt in Folge dessen nur seine unangenehme Seite fühlbar. Die Segnungen aller Arbeiterschutzgesetze stehen in keinem richtigen Verhältnis zu den Aufwendungen für das in palastartigen Gebäuden untergebrachte reich bedachte Beamtenheer. In lobenswerter Weise hat das Centrum gleichfalls auf Erlaß von Arbeitsruhe-Bestimmungen hingewirkt; aber wie sieht es mit der Handhabung in den großen industriellen und fiskalischen Betrieben aus! Uebrigens darf auch wol ausgesprochen werden, daß neben der verdrießlichen und unpractischen Seite, welche die Arbeiterschutzgesetzgebung für die mit den Ar-

beiterscharen des Großgewerbes in einen Topf geworfenen Landwirte und Handwerker zeigte, im Allgemeinen von der Centrumsvertretung die Arbeiterfrage zu einseitig auf Kosten der anderen Erwerbsstände behandelt wurde.

Dasselbe gilt auch von der Steuergesetzgebung. Es ist erfreulich, daß gewisse große Vermögen, welche sich früher der Besteuerung fast gänzlich entzogen, nunmehr in höherem Maße herangezogen werden, unerfindlich jedoch, wie gerade ländliche Vertreter der Centrumspartei im preußischen Landtage sich durch ganz allgemein gehaltene Erklärungen des Herrn Miquel beruhigen ließen und dergestalt einem Gesetze ihre Zustimmung liehen, welches an Stelle einer Entlastung ihrer Berufsgenoßen diesen nur noch eine neue Schraube aufsetzt.

Bezüglich der socialen Frage kann auch nicht genug hervorgehoben werden, daß eine Behandlung dieser, losgelöst von der politischen Frage, nicht möglich ist. Die Erfahrung lehrt, daß sociale Maßnahmen, mögen sie auch noch so gut gemeint und durchdacht sein, falls die staatlichen Zustände unbefriedigender Natur sind, nicht zur Durchführung gelangen oder ihren Zweck verfehlen. Alle Parteien, welche sich von politischen Idealen abwenden und nur wirtschaftlichen Fragen nachgehen, vermögen wol große Augenblickserfolge zu erringen, um sodann jedoch wildesten Interessenkampf zu entfeßeln und schließlich an dem toten Punkt anzulangen.

Das jetzige Deutsche Reich ist ganz unfähig, eine gesunde, durchgreifende Socialpolitik zu treiben. Hierzu muß erst der Boden durch Anwendung wahrhaft bündischer und freiheitlicher Grundsätze, wozu wir auch das Gebiet der Selbstverwaltung rechnen, vorbereitet werden. Bis dahin wird man sich nur auf Palliativmittel beschränken müßen, welche den gefürchteten Zusammenbruch nicht zu verhindern im Stande sind.

Seit dem großen 70er Kriege entwickelt sich der Militarismus immer mehr, und immer ungescheuter wird die Eroberungspolitik des angestrebten Weltreiches verkündet. In Folge dessen sind, abgesehen von den Schulden der Bundesstaten, die des bei seiner Gründung schuldenfreien Deutschen Reiches, welches außerdem noch als unfreiwillige Morgengabe die 5 Milliarden seitens

Frankreichs empfieng, ins Ungeheure gestiegen. Noch weit ungünstiger würden sich die Finanzverhältnisse des leitenden Bundesstates stellen, wäre nicht durch des listenreichen Ministers Miquel bereits oben angeführtes Steuergesetz, welches die Kräfte der Steuerzahler aufs Höchste anspannt, eine große Hülfsquelle dem Fiscus erschloßen.

Während nun aber die Wortführer der Centrumspartei Anfangs den damals doch viel bescheidener auftretenden Militarismus scharf bekämpften und aus ihrer grundsätzlich antimilitaristischen Stellung kein Hehl machten, sehen wir heute die Vertreter derselben Partei die dießbezüglichen Forderungen der Reichsregierung fast anstandslos bewilligen. Hierbei ist von grundsätzlicher Gegnerschaft keine Rede mehr. Man ist im Gegenteil bestrebt, seine vollste Uebereinstimmung mit der Reichspolitik auszudrücken, alles, was das „Ansehen und die Würde" derselben erfordern, zu gewähren. Die kleinen Nörgeleien und Abstriche dürfen hinsichtlich der bewilligten Unsummen nicht ins Gewicht fallen. So ganz glatt die Vorlagen durchgehen zu laßen, gienge mit Rücksicht auf die in diesem Punkte ganz anders denkenden Wähler nicht, auch unter den Abgeordneten selbst sind viele, die nur schweres Herzens und gegen ihre beste, innere Ueberzeugung den „Führern" nachgeben. Die Regierung ist nun in letzter Zeit auch so klug, nach dem üblichen Sträuben und Zerren die Sache nicht auf die Spitze zu treiben und die Liebenswürdigkeit selbst bis zu der Versicherung auszudehnen, daß dieses wirklich das allerletzte Mal sei.

Abgesehen von dem traurigen Mangel an Erkenntnis, wohin der Cäsareomilitarismus uns noch treiben wird, bestätigt sich auch hier wieder der alte Satz, daß wer einmal A gesagt, auch B sagen muß. Der schwache Augenblick, in dem die Centrumsvertretung zum ersten Male nicht gerechtfertigte Bewilligungen für Land- und Seemacht unterschrieb, rächt sich schwer, denn einmal auf der schiefen Ebene angekommen, ist es nicht leicht, von ihr wieder abzukommen.

Seit seiner Gründung hat die Vereinheitlichung im kleindeutschen Reich auch stets weitere Fortschritte gemacht. Es kommen hierbei sowol militärische Maßnahmen in Betracht, wie auch andere; wir denken an die Zustände im württem-

bergischen Heere, die erlangte Gleichförmigkeit in der Uniformierung bezüglich der bayerischen, sächsischen und braunschweigischen Truppen, die Entziehung des letzten Restes der Militärhoheit im Braunschweiger und Mecklenburger Lande, wobei sich die Regenten sehr willfährig erwiesen, vor allem die Behandlung des Herzogtums Braunschweig seitens Preußens, und die allerdings gescheiterten Versuche, es mit Lippe ebenso zu machen, sowie die Bahn- und Tariffrage a. g. Dazu gesellt sich die ganze Art des Auftretens der Reichsbehörden, insbesondere im Auslande, wodurch dort der Eindruck hervorgerufen werden soll und wird, als ob das „Kaisertum Deutschland" (Empire d'Allemagne) bereits ein vollständiger Einheitsstat sei.

Zur Sache der bündischen Gestaltung des Deutschen Reiches gehört auch die Selbstverwaltung, welche wir nur an einigen Stellen dem Scheine nach besitzen. Die Abhängigkeit und Bedeutungslosigkeit der preußischen Provinzen und die Pascharolle der Landräte lazen einen frischen, freien Zug im Volksleben gar nicht aufkommen. Schon Joseph von Görres, der Gründer der kirchlichen Bewegung in Deutschland und feurige deutsche Patriot, forderte, daß die neuerworbenen preußischen Landesteile, königlichem Versprechen gemäß, mit vollständiger Selbstverwaltung ausgestattet würden, und der Landesherr, in Anlehnung an die alten Stammesverhältnisse, als Herzog des betreffenden Volksstammes, den Willen des in seinen Ständen verkörperten Volkes zur Ausführung bringen sollte.

Diese Anschauungen verfocht Görres zu einer Zeit großen Tiefstandes im kirchlichen und statlichen Leben. Der kühne Sprecher mußte in Folge dessen seine rheinische Heimat, wo er in seiner Stellung als Leiter des Rheinischen Merkur eine Macht darstellte, vor den preußischen Nachstellungen verlaßen und sein Leben lang das Brot der Verbannung eßen. Die Macht der öffentlichen Meinung und der Presse ist heut zu Tage eine viel größere geworden, eine Partei sitzt als ausschlaggebend im Reichstage, welche des alten Görres Ideale ursprünglich auf ihre Fahne geschrieben hatte, aber man wendet sie nicht mehr an, man ist äußerst bescheiden in den Anforderungen geworden. Der Name von Görres prangt wol noch als Aushängeschild eines großen

wißenschaftlichen katholischen Vereins, aber die practischen Forderungen des großen Rheinländers erhebt man nicht mehr.

Eine ganz eigentümliche Stellung nimmt die jetzige Centrumsvertretung der Frage der 1866er preußischen Eroberungen gegenüber ein.

Aus dem Programm der Partei und sonstigen Aeußerungen Mallinckrodts sehen wir, wie die Partei damals dachte, und, fügen wir hinzu, denken mußte, wollte sie eine christliche Rechtspartei sein und bleiben.

Mallinckrodt war preußischer Beamter und Reserveoffizier; Windthorst, Hannoveraner und Katholik zu gleicher Zeit, erschien besonders geeignet, zwischen dem eigentlichen Centrum und den Vertretern der hannoverschen Sache ein enges Verhältnis anzubahnen, welches in dem sogen. Hospitantentum letzterer seinen Ausdruck fand. Die deutsch-hannoversche Partei teilt das Programm des Centrums. Eine ihrer Hauptforderungen ist aber die Aufhebung der Annexionen, insbesondere die Wiederherstellung des Königreichs Hannover auf friedlichem Wege. Windthorst hat sich des öftern zu dieser Forderung bekannt. Die hannoverschen Abgeordneten haben in der heißen Zeit des Kulturkampfes Schulter an Schulter mit dem Centrum gestritten, deren Mitarbeit war wol zu gebrauchen, und nun erleben wir das seltsame Schauspiel, daß, wenn man überhaupt von der auf Grund des alten Centrumsprogramms selbstverständlichen Pflicht absehen will, von einer Gegenleistung keine Rede sein soll. Gar ängstlich wird vermieden, von den „welfischen Freunden" zu sprechen. Dieß geht so weit, daß der in Zeitungsberichten viel genannte Dr. Brüel in der Regel einfach als Centrumsmitglied aufgeführt wurde. Seine Zugehörigkeit zur deutsch-hannoverschen Partei wurde verschwiegen. Wird die hannoversche „Deutsche Volkszeitung" einmal angeführt, dann spricht man nur von dem „protestantischen Blatte", obschon man im Centrum doch recht gut weiß, daß obige Zeitung weder protestantisch noch katholisch ist, sondern einfach das Hauptorgan der deutsch-hannoverschen Partei. Die Reden deutsch-hannoverscher Abgeordneter im Reichstage werden von den Centrumsblättern nur äußerst verstümmelt mit wenigen Worten abgetan. Ueberhaupt ist die Parole ausgegeben,

alles was mit der 66er und insbesondere der hannoverschen Frage zu tuen hat, so viel wie möglich totzuschweigen. Selbst bei Lebensbeschreibungen von Männern, die irgendwie eine Rolle dabei spielten, wird das, was sich auf die 66er Ereignisse bezieht, einfach ausgelaßen. Der Centrumsmann im Lande soll eben gar nicht wißen, daß solche Fragen noch existieren.

Wozu dieses Versteckspiel?

Die preußisch-kleindeutsche Politik hat sich seit Mallinckrodts und Windthorsts Zeiten nicht verändert, wol aber ist die jetzige Centrumsvertretung in Berlin hoffähig geworden und glaubt Rücksicht nehmen zu müßen auf die Gefühle der dortigen hohen Herren, die bei dem Klange des Wortes 66 äußerst nervös zu zu werden pflegen, denn der Wurm des bösen Gewißens stirbt nicht.

Im Grunde schätzt man im Centrum die Hannoveraner sehr wegen ihrer Grundsatztreue und Charaktereigenschaften, und mancher Centrumsabgeordnete mag in seinem Herzen denken: ach könnte ich doch auch so frank und frei das vor aller Welt bekennen, was ich für Recht halte, aber, aber, aber .....! Sogar der bekannte Freiherr v. Schorlemer-Alst machte nach einer Kammersitzung, wo die preußischen „Conservativen" wieder einmal ihre Unzuverläßigkeit an den Tag gelegt hatten, in einem lichten Augenblicke einem früheren hannoverschen Reichstagsabgeordneten in den Wandelgängen das Geständnis: „Ja, wir Westfalen und Niedersachsen gehören zusammen, wir haben den deutschen steifen Nacken, die verfl.... slavische Raßelbande da über der Elbe taugt nichts", was den eitlen Mann allerdings nicht abhielt, sich wenige Jahre später von eben dieser slavischen Raßelbande als Vorspann gebrauchen zu laßen.

Uns erinnert die eben gekennzeichnete Haltung der Centrumsvertretung den Deutsch-Hannoveranern gegenüber an die beiden Jugendfreunde, die beide auf derselbeu Schulbank geseßen, deren Wege sich aber nachher getrennt haben. Der Eine ist ein stolzer vornehmer Officier geworden, der Andere hat einen bürgerlichen Beruf ergriffen, welcher ihm zwar nicht Rang und Ruhm, wol aber ein ehrliches Auskommen und die Achtung seiner Mitbürger sichert. Als sich dieselben später einmal zufällig begegnen, fertigt

der Officier den ihn freudig begrüßenden alten Freund kurz und verlegen ab, denn was sollten wol seine Kameraden und Standesgenoßen sagen, wenn sie ihn in so gewöhnlicher Gesellschaft sähen! Seine vermeintliche Ehre war gerettet, aber wahrhaft vornehm hatte er nicht gehandelt.

Der bayerischen Centrumspartei fehlt ein hervorragender und energischer Führer. Erst die recht urwüchsig auftretende Bauernbundsbewegung rüttelte die Partei aus ihrer Gemächlichkeit auf und fegte Größen, welche außer einem vornehmen Namen und einigen langweiligen Reden aller Verdienste bar waren, mit Sturmesgewalt hinweg. Man mag gewißen- und glaubenslose Hetzer, welche in der Bauernbewegung ihr Weßen trieben, noch so sehr verurteilen, das Eine ist klar, daß es ohne die Saumseligkeit und Widerstandslosigkeit im bayerischen Centrum nie so weit gekommen wäre. Während der geistvolle Socialpolitiker Ratzinger herausgeärgert wurde, duldete man in Niederbayern eine Persönlichkeit als Reichstagsboten bis zu ihrem seligen Ende, welche der größte Wucherer und Güterschlächter der Gegend gewesen sein soll. Dank dem Bunde herrscht jetzt ein frischeres Leben im bayerischen Centrum, aber auch hier sind die Erfolge dem im preußischen Schlepptau segelnden Ministerium gegenüber gering. Insbesondere vermißen wir einen zielbewußten kräftigen Widerstand hinsichtlich der fortschreitenden Verpreußung des Landes. Schwer rächt sich auch hier das bisherige Geschehenlaßen.

Am volkstümlichsten und unabhängigsten treten unseres Erachtens noch die Centrumsvertreter in den Bundesstaaten Württemberg, Baden und Hessen auf. In den vom Logen-Liberalismus durchfeuchten Großherzogtümern hat das Centrum keinen leichten Stand, und in Hessen vorzüglich gebührt den Landtagsabgeordneten das Verdienst, die Fahne bürgerlicher und kirchlicher Freiheit, wie auch des bündischen Weßens nach Kräften hochgehalten zu haben. In dem Redeturnier anläßlich der Auslieferung der hessischen Ludwigsbahn an den preußischen Stat gebührte dem Mitgliede der Centrumsfraction, Rechtsanwalt Schmidt der Preis, indem er in eben so sachlicher als weitsichtiger Weise auf die

Pflichtwidrigkeit der großherzoglichen Räte und die bedenklichen Folgen für die Zukunft des Landes hinwies.

So dürfen wir es wol aussprechen, daß Angesichts der im Ganzen und Großen unveränderten, den Grundanschauungen des Centrums zuwiderlaufenden Politik der neudeutschen und preußischen Regierung, insbesondere hinsichtlich der immer deutlicher sich abzeichnenden cäsaristischen und militaristischen Richtung letzterer mit allen deren Folgen, als da sind: Centralismus nach altrömischem Muster, bureaukratische Schablone an Stelle volkstümlicher Selbstbestimmung, unabläßig steigender Steuerndruck, Verarmung der Erwerbsstände, Aufhäufung von Kapitalien in ungesunder, den Volkswolstand bedrohender Weise, Knebelung des freien Wortes, Kriechen nach oben, Abnahme sittlicher Grundsätze im öffentlichen Leben, Verfall jeglichen idealen Schaffens und Treibens, Unfreiheit der kirchlichen Zustände, die vollzogene Schwenkung der Vertreter der Centrums-Partei sich in keiner Weise rechtfertigen läßt.

Hier drängt sich von selbst die weitere Frage auf, womit die Parteiführer ihre veränderte Haltung erklären.

In erster Linie wird behauptet, die Sachlage habe sich inzwischen vollständig verändert, das Centrum habe früher noch Hoffnungen und Illusionen gehegt, die nicht mehr aufrecht erhalten werden könnten, der nationale Gedanke sei so mächtig geworden, daß man dagegen nicht mehr ankämpfen könne, man müße vielmehr suchen, mit ihm zu gehen, die Partei selbst nähme eine ganz andere, geachtete Stellung ein, man rechne in Berlin mit ihr, und demgemäß dürfe man auch nicht im Schmollwinkel sitzen bleiben, es sei überhaupt töricht, sich dem Zuge der Zeit entgegen zu stemmen. Dr. Lieber insbesondere fühlte sich gedrungen, auf einer vorjährigen Versammlung des katholischen Volksvereins zu Mainz den sicher nicht vereinzelten schweren Vorwürfen und bangen Fragen hinsichtlich der veränderten Haltung seiner Fractionsgenoßen mit den Worten zu begegnen: man solle nicht immer sagen, Mallinckrodt und Windthorst hätten das anders gemacht, sondern: was hätten diese unter den heutigen Verhältnissen getan. Sie hätten auch nicht anders handeln können.

Auch solle man nicht einzig deren Verlust beklagen, es sei uns reichlich Ersatz geworden, für Mallinckrodt hätten wir Gröber usw.

Ein anderer Centrumsabgeordneter, welcher in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, erwiderte auf die Bemerkung eines Parteigenoßen, im Volke verstehe man die entgegenkommende Haltung der Vertreter in Berlin nicht und befürchte, daß letztere nur die Gebenden wären, ganz ernsthaft: die Lage habe sich seit einem Jahre auf das Allergünstigste für die Partei verändert, das Centrum sei tonangebend im Reiche geworden und benutze seinen Einfluß in weitgehendster Weise, überall suche man eifrige Centrumsleute an maßgebenden Stellen unterzubringen, die im Sinne der Partei wirkten. Es sei ja wol begreiflich, daß diese stille, aber um so erfolgreichere Tätigkeit im Volke nicht so verstanden werde, aber man möge nur ja möglichst ruhig bleiben, damit kein Miston in den höchsten Kreißen entstehe. Nur noch zwei Jahre, und alle einflußreichen Stellen im Reiche und Preußen seien mit strammen Centrumsleuten besetzt. Dann habe man das Heft in der Hand, um das Programm der Partei spielend durchzuführen.

Seitdem sind nun sechs Jahre ins Land gegangen, jedoch der schöne Sommernachtstraum hat sich immer noch nicht erfüllt. Zur Ehre des Betreffenden wollen wir annehmen, daß er ebenso wenig als der also „Angekohlte" an seine Ausführungen glaubte, denn letzteres würde doch eine grenzenlose Verkennung des „Bodens der Tatsachen" bedeuten, jedesfalls eine eigene Illustration der bekanntlich von der „Kölnischen Volkszeitung" den unpractischen Schwärmern der Rechtspartei gegenüber so stolz verkündeten „practischen Politik".

Kurz und gut, die Herren fühlen sehr wol, daß sie sich vom alten Centrumsprogramm weit entfernt haben, und vom Standpunkt des letzteren aus gemeßen gibt es keine Entschuldigung und Erklärung dafür.

Wol aber sind Schwierigkeiten von Innen und Außen der Partei erwachsen, welche bei treuem Festhalten an den erprobten Grundsätzen voraussichtlich überwunden worden wären. Eine Schwierigkeit erwähnten wir bereits früher als schon von Windthorst empfunden. Es ist das die Durchsetzung der Centrums-

partei mit Elementen, denen auf Grund ihrer Landsmannschaft, Abstammung und sonstiger Eigentümlichkeiten ein nachhaltiges Verständnis für den stolzen Wahlspruch: Für Wahrheit, Freiheit und Recht! abgeht.

Im halbslavischen Schlesien besorgen ein strebsamer Kirchenfürst und der aufgeklärte Absolutismus gewisser Magnaten das Geschäft der Anlehnung an den Cäsarismus, wobei ihnen in dem Kampfe gegen Fuß bei Male haltende Parteigenoßen der Mangel altdeutscher Ueberlieferung und Fühlens zu Statten kommt. Nur aus diesem Ideenkreiß heraus ist es verständlich, wie der jetzige Reichstagspräsident den Gewaltmenschen Bismarck, welchen Pius IX. einst als zweiten Diocletian bezeichnet hatte, in einer Gedächtnisrede feiern konnte. Hierzu gesellen sich Adelige, welchen auf die Dauer die Hofluft unentbehrlich ist, und hinwiederum ehrenwerte Kleinbürger, die in ihrem heimischen Bannkreiße ganz auf dem Platze waren, nun aber, als Erwählte des Volkes von den Ministern und dem Reichsoberhaupte geladen und womöglich noch mit einer Ansprache beglückt, von Generälen und Hofwürdenträgern „gedrängelt", das Gleichgewicht verlieren. Das Glück, einen leibhaftigen Prinzen in seiner Mitte zu zählen, scheint auch sehr groß zu sein, denn sonst würde man Persönlichkeiten, welche ihrer ganzen Gesinnung und ihrem Auftreten nach sich als solche entpuppt haben, die der freiconservativen Partei sicher zu besonderer Zierde gereichen würden, nicht, selbst gegen den ausgesprochenen Willen der Wähler, weiter behalten.

„Man braucht nur als katholischer Jurist das eine oder andere Mal von der Regierung nicht berücksichtigt worden zu sein, aus Verstimmung hierüber schelten und sich mit einigen Herren der Parteileitung gut stehen, um als Centrumscandidat aufgestellt zu werden": in diesen Worten eines angesehenen rheinischen Centrumsmannes liegt gewis eine starke Uebertreibung, aber die Erfahrung lehrt, daß ein Kern von Wahrheit darin steckt. Sicherlich zählt die Centrumsfraction recht tüchtige Juristen, wie die sympathische Gestalt des Oberlandesgerichtsrats Roeren, man braucht aber noch nicht einmal ans allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen vielen Schwächen und seiner dem alten Partei-

programme schnurstracks entgegen gerichteten Tendenz zu denken, um eine richtigere Auswahl der Berufsstände hinsichtlich ihrer Vertretung zu wünschen. Wie sonderbar mutet es doch an, wenn ferner der Hauptverfaßer des neuen Gesetzbuches, ein ebenso militärfrommer als bewilligungslustiger Herr, nachdem seine dießbezügliche Haltung besonders in der ländlichen und gewerbetreibenden Bevölkerung den gröſten Unwillen erregt hatte, und diese seine Wähler durchaus einen Antimilitaristen im Reichstage haben wollten, als man ihm seitens des Wahlausschußes die Pistole mit den Worten auf die Brust gesetzt hatte: „entweder verpflichte Dich, gegen die Militärvorlagen zu stimmen, oder wir stellen einen andern auf", sich trotz früherer militaristischer Reden zur Rettung des Reichstagsseßels auf erstere Forderung festmachte.

Hätte das Centrum auf seiner alten Höhe bleiben wollen, so wäre eine weitergehende Säuberung von den Zahmen und Unsicheren am Platze gewesen. Es scheint aber, als ob auf die nötige Anpassungsfähigkeit an alle die oft sonderbaren Kreuz- und Quersprünge derer, die derzeit im Parteigetriebe Oberwaßer haben, viel mehr als auf die feste Gesinnung Wert gelegt würde.

Angesichts dessen darf leider im Innern ebenso wenig als in den Fragen der äußeren Politik eine zielbewußte Richtung erwartet werden. Man lebt wie der Arme von der Hand in den Mund. Tritt die Regierung einmal gar zu scrupellos oder verletzend auf, dann gibt es eine etwas erregte Debatte, die zu guter letzt con amore beigelegt wird, um nach dem Spruche „Selig ist, wer vergißt, was mal nicht zu ändern ist", wieder mit den liebenswürdigen Ministern anzubinden. In Berlin aber weiß man zu gut, daß nach einigem Sträuben doch das Meiste gewährt wird, und die Nichtachtung der gesetzgebenden Körperschaften nimmt immer größere Formen an. Wäre man es nicht den Wählern draußen und einem Teile der Presse schuldig, ab und zu einmal die Zähne zu zeigen, so giengen natürlich die Verhandlungen noch glatter von Statten.

Die Parteileiter haben nun offenbar das Gefühl gehabt, in der eben begonnenen Reichstagssitzung einen ihren Wählern angenehmen Antrag einbringen zu müßen, dem zufolge von Reichs-

wegen volle Religionsfreiheit in allen Bundesstaten herrschen soll, nebst einigen Zusatzbestimmungen. In erster Linie ist da nun bedauerlich, daß durch die Klausel der „statlich anerkannten Confessionen" die Altlutheraner und bekenntnistreuen Hessen, sowie sonstige Freikirchler von der Woltat der Religionsfreiheit ausgeschloßen sein sollen. Wo ist jene wahrhaft christliche Weltanschauung eines Mallinckrodt geblieben, welche damals alle die Gedrückten und Verfolgten in deutschen Landen zum Centrum als dem Horte der Freiheit aufblicken ließ, welche einem Clerus des Bistums Münster die herrliche Sympathiekundgebung für die sogen. hessischen Renitenten eingab!

Dann aber erblicken wir, so beklagenswert auch die unduldsamen Zustände in den hauptsächlich aufs Korn genommenen Bundesstaten Sachsen, Mecklenburg und Braunschweig sind, in dem Gesetzentwurf einen erneuten Vorstoß gegen die bündischen Grundsätze der Partei, der an liberale Muster in den 70er Jahren erinnert. Schon früher sind wol Stimmen laut geworden, welche einen Eingriff der Reichsgewalt in die inneren Verhältnisse besagter Bundesstaten zu Gunsten der katholischen Einwohner heischten. Wir erinnern uns noch lebhaft eines derartigen Antrages aus dem Schoße der Koblenzer Katholikenversammlung. Auf die Verlesung hin entstand ein lautes Beifallsrufen. Dann aber erbat Windthorst sich das Wort und führte aus, wie er bei aller Würdigung der traurigen Lage seiner Glaubensgenoßen in beregten Ländern unmöglich diesem Antrage, welcher gegen das Centrumsprogramm verstoße, das Wort reden könne. „Hüten wir uns, weitere Bresche in die Hoheitsrechte der Einzelstaten zu legen, unsere Lage kann dadurch nicht beßer, sondern nur schlimmer werden." Totenstille herrschte im Sale, und der ominöse Antrag wurde einstimmig zurückgestellt.

Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß in Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig für den minderjährigen bezw. angeblich behinderten Landesherrn Regenten von unbegrenzter Willfährigkeit gegenüber den preußischen „Wünschen" das Scepter führen. Auch in Sachsen pflegt man sich äußerst entgegenkommend dem leitenden Bundesstate gegenüber zu zeigen. Wenn man es in Berlin selbst der Mühe wert erachtete, im Interesse der Reichseinheit und zur

Erhöhung der militärischen Schlagfertigkeit, die königlich sächsische Regierung zur Ersetzung der Schöße mit Metallknöpfen an den Drillich-Stalljacken ihrer Soldaten durch die unästhetische preußische Normaljacke zu bewegen, so fragen wir uns billig, ob denn eine vertrauliche Note über mangelnde Religionsfreiheit an die verbündeten Regierungen nicht dieselbe Wirkung erzielen würde.

Uebrigens hat bereits ein dießbezüglicher, von dem Ausschußmitgliede der Rechtspartei, Hern von Gadow, in Verbindung mit einigen Gesinnungsgenoßen, in seiner Eigenschaft als ritterschaftliches Mitglied des Mecklenburger Landtages, eingebrachter Toleranzantrag letzteren im verfloßenen Winter beschäftigt. Das ist denn aber von der officiellen Centrumspresse totgeschwiegen worden, denn daß so ein rechtsparteilicher „unpractischer Phantast", wie der obige verehrte Herr vor 3 Jahren von der „Kölnischen Volkszeitung" betitelt wurde, derartiges leistet, darf die Centrumswählerschaft bei Leibe nicht erfahren. Es gehört das zu dem beliebten Vertuschungssystem. Mit dem Wahlspruch für Wahrheit, Freiheit und Recht reimt sich's aber nicht zusammen.

Wir sind am Ende unserer Ausführnngen. Unsere Zeit wie auch der Raum dieser Blätter erlaubten uns nicht, ausführlicher bei dieser Geschichte „des Abfalls" zu verweilen, wir hätten sonst Bände füllen können. Nur in gedrängter Kürze besprachen wir die erwähnenswertesten Erscheinungen, manches mußten wir gänzlich zu berühren uns versagen.

Nicht erfreulich sind die Betrachtungen, welche sich dem Leser zum Schluße aufdrängen. Wie stolz blickten wir dereinst auf das Centrum, und man darf wol ohne Uebertreibung sagen, daß das Entstehen und erste Auftreten dieser Partei eine der hehrsten Erscheinungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war. Ein Gegenstück gleich opfermutigen, idealen Strebens im Parteileben bietet uns vielleicht nur die irische Nationalpartei unter O' Connell, dem Löwen von Irland.

Gleich dem getreuen Eckehart stand die Centrumspartei am deutschen Hörselberge und warnte ihre vorüberschreitenden Landsleute, sich von den Tönen der falschen Abgöttin nicht betören zu laßen. Aber ungleich dem Helden der germanischen Sage hat sie selbst allmählich zu lauschen begonnen, und ist nun im Be-

griffe, dem bösen Zauber ganz sich hinzugeben. Wird es ihr gelingen, wie weiland dem Sänger Tannhäuser, sich mit männlichem Entschluße loszureißen von der gleißnerischen Umarmung und wieder ganz und ungeteilt den alten Idealen zu leben? Wir hoffen es mit Inbrunst. Noch steht, wenn auch der Dienst des Erfolgs, die werbende Kraft der Statsschule und die gloire de l'armée prussienne, sowie die wirtschaftliche Not manche Lücke geschaffen haben, ein treues, glaubens- und kampfesmutiges Volk dahinter, welches gern der alten Fahne für Wahrheit, Freiheit und Recht folgt.

Zur Zeit der alten Kaiser war es Sitte, daß der eben Gekrönte einigen Edelleuten den Ritterschlag verlieh. Fast stets wurden dieser Ehre Mitglieder des alten reichsfreien Geschlechtes derer von Dalberg teilhaftig, so daß wol, wenn gerade keiner gleich vortrat, der laute Ruf durch den Krönungsraum erscholl: „Ist kein Dalberg hie!"

Wäre man nicht versucht, gleicher Weise in unseren Tagen den Ruf durch Deutschlands Gaue allüberall vernehmbar erklingen zu laßen: „Ist kein Mallinckrodt hie?" Möchte doch der allmächtige Gott einen Mann erwecken, ausgerüstet mit den Gaben und Kräften, die Sache des Rechtes wie sein großer Vorgänger zum Heile der christlichen Kirche und des deutschen Vaterlandes weiter zu führen und siegreich gegen die undeutsche und unchristliche cäsaristische Weltmachtspolitik zu behaupten.

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

II.

Verlieren und Wiederfinden der Kirche.

(Schluß.)

Vor diesem Siege war freilich ein Kampf begonnen, der auch mit einer Niederlage endete, aber für Reichensperger die wichtigste Wandlung einschloß. Er ließ ihn die Kirchenheimat nach langer

Irrfahrt wieder finden. — Herr Jesu, richte mich nicht; Ich glaube an dich, daß du der wahrhaftige Sohn Gottes bist! Erbarme dich meiner nach deiner großen Barmherzigkeit! Herr Jesu, komm, nimm mich zu dir! Mit diesem Gebet starb Clemens August Freiherr von Droste zu Vischering, Erzbischof von Köln. Unser Anti-Bismarck, der große Freiherr von Stein, hat ihn einen wahrhaft treuen, innig frommen Mann genannt. Das war er geworden durch den Einfluß seines Hauslehrers Katerkamp, der Fürstin Amalie von Galyczin und ihres Kreißes. Seinen vertrauten Freund Fr. L. von Stolberg hat er vornehmlich aus der Eiszone des Nicolaischen Pseudoprotestantismus in die katholische Kirche zurückgeführt. Ein Mann des innern Lebens, war er Künstler auf der Harfe und an der Staffelei, aber der Streberkünste unkundig, gleichgültig gegen weltliche und kirchliche Ehren. Wiederholt schlug er selbst den Purpur aus. Als Gregor XVI. den Greis bei der letzten Romfahrt damit wieder bedrängte, rettete er sich durch schleunige Abreise. Ein altadliger Baron von der roten Erde, war er ein Vater der Seinen und hatte eine liebevolle Weise mit Kindern umzugehen. Mir erzählte eine Dame, mit andern habe sie als Kind immer gewartet, wenn er aus seinem Clemensspital kam, um ihm die Hand zu küssen. Woran kennst du mich? fragte er einst. An deinem schlechten Hute. — Er ist gut genug für mich, es regnet nicht hinein, erwiderte der Weihbischof. Als Generalvicar wirkte er für die Erhaltung der kirchlichen Gesinnung. Der Adel seines festen Characters war so bekannt, wie seine Unbeugsamkeit in der Vertretung des Rechtes, als er den Stuhl von Köln bestieg.

Nichts weniger wie ein Hofbischof von glattem conciliantem Wesen, kein Aspirant auf den preußischen Geh.-Rat und die Adlerorden, kein Feund der übertünchten Höflichkeit Europens, gieng er daran, die strenge Observanz in der Diöcese durchzuführen. Zwei Hemmnisse lagen vor. Der kurzsichtige Minister Altenstein hatte in dem Dynamit der Hegelschen Philosophie, mit christlich klingenden Phrasen drapiert und maskiert, eine Stütze für Stat und Kirche cultiviert. In gleicher Beschränktheit meinte er, durch eine neue Auflage des Josephinismus die katholische Orthodoxie in den neuen Provinzen unschädlich zu machen. Der

Hermesianismus sollte die Bresche besorgen. Rom verurteilte ihn, die Regierung ließ seine Anhänger auf den akademischen Lehrstühlen. Der Erzbischof tat nur seine Pflicht, als er den jungen Klerikern den Besuch der Vorlesungen untersagte und von den zu Weihenden die Zustimmung zur päbstlichen Verurteilung forderte. Sonderbare Dinge waren damals im Interesse des confessionellen Friedens möglich. Die katholischen, westfälischen Regimenter wurden zum evangelischen Gottesdienste commandiert, damit sie, wie der König wolwollend meinte, doch nicht dächten, wir glaubten gar nicht an Christus, wohin es freilich unsere Rationalisten fast schon gebracht hatten. Als dieses unkluge Seitenstück zur Kniebeugung protestantischer Soldaten vor dem Venerabile in Bayern auf entschiedenen Widerstand stieß, fiel der Plan, bei dem auch an die Rheinprovinz gedacht war. Ein geeignetes Mittel zu ihrer Verpreußung schien, protestantischen Beamten zu reichen katholischen Bräuten zu verhelfen. Für diesen Evangelisationszweck sollte die katholische Trauung gemischter Ehen ohne Zusicherung katholischer Kindererziehung dem Pabste abgewonnen werden. Die Forderung gehörte zu denjenigen, von denen Niebuhr sagte, auch der Erzengel Michael könne sie in Rom nicht erreichen. Pius VIII. gieng in Concessionen so weit wie möglich. Das Breve wird angenommen und feierlich im Namen Sr. Majestät publicert. Aber, was auf geradem Wege nicht zu erreichen gewesen, wird auf krummem zu erschleichen versucht. Die Regierung überrumpelte die Bischöfe zu einer geheimen Convention und Instruction. Darin ward das vom Pabste Verbotene als der Wille des Pabstes angeordnet. Dieses Meisterstück diplomatischer Zweizüngigkeit und Verlogenheit hatte der weltgeschichtliche Bunsen auf dem Gewißen, in dessen Leben das Wort: es irrt der Mensch, so lang er *strebt*, sich seltsam erfüllte. Ein Declamator und Intrigant, den die Diplomaten für einen Gelehrten, die Gelehrten für einen Diplomaten hielten, schillerte er chamäleonartig in den Farben der Religiositäten seiner Könige. Das Ränkespiel zur Verdrehung des Rechtes und Behauptung des Unrechtes sollte nicht lange im lichtscheuen Versteck bleiben.

Als Clemens August das geheime Document kennen lernte,

sprach er in Schmerz und Zorn: ich glaubte, in Frieden mein Amt führen zu können, aber ich sehe, Gott hat mich zum Kampfe bestimmt. Sofort erklärte er der Regierung, so weit irgend möglich, folge er dem Breve, der Convention und Instruction, wo sie nicht stimmten, dem ersteren. In Rom erfuhr man die Sachlage. Kardinal-Statssecretär Lambruschini ließ Bunsen wißen, es existiere eine Uebereinkunft und Instruction, die den Sinn des Breves verdrehten, die in ihm aufgestellten Maximen zerstörten, den Grundsätzen, Interessen und der Disciplin der Kirche nachteilig seien. Nun geschah das Weltgeschichtliche: Bunsen hatte die Diplomatenstirn, feierlich zu bekennen, die Existenz einer solchen Abmachung sei moralisch unmöglich; er habe die positive Gewisheit, daß ein solches Document nicht bestehe. Es könne nicht existieren, ohne daß die Regierung Sr. Majestät und er, Bunsen, davon unterrichtet wären. Existenz habe es nur in der Phantasie oder Bosheit des Denuncianten, sei eine nichtswürdige und lächerliche Verleumdung!

Bei solcher Virtuosität im Lügen muß man an Vilmars starkes Wort denken: die Diplomaten sind abgefeimte Schurken oder Gimpel. Bunsen rächte sich, indem er die Bedenken des Königs gegen die Anwendung von Gewalt niederdeclamierte. Der Erzbischof wies die Zumutung, zu erklären, daß er die Instruction dem Breve gemäß finde, also zu lügen, eben so entschieden zurück, wie die, sein Amt niederzulegen. Nun wird ihm die Verhaftung angekündigt. Gott sei Dank, nun geschieht Gewalt! rief er aus. Nicht ohne gemütlichen Humor bestand er auf den Gebrauch seines Reisewagens wegen der Vorrichtung, die Pfeife anzuzünden. Er stieg ein, ließ sich die Pfeife reichen, und bei brennenden Lunten und aufgefahrenen Kanonen brachte ihn eine starke Militärescorte auf die Festung Minden. Bunsen jubelte, daß der preußische Adler endlich seinen Flügelschlag hörbar gemacht habe. Der Statsminister v. Nagler, ein Bureaukrat von unsäglicher Gemeinheit, der bald Ursache hatte, auf den gräßlichen Bunsen zu schimpfen, accompagnierte: das Vorgehen des Gefangenen sei eine von fanatischen Schuften ausgehende Schweinerei; nachdem das Menuet — die Verhaftung — gut abgelaufen, werde der Pfaffenkampf ohne großen Lärm vorübergehen, das kirchenlateinische Ge-

schrei des fulminierenden Pabstes verhallen. Es verstand sich von selbst, daß außer einigen alten Betschwestern und Herzlweibern alle Welt der Regierung Recht geben werde, wenn sie das Publicandum lese, das am Tage nach der Gefangennahme angeschlagen war. Es zählte die Untaten auf: verderbliches, ahndungswürdiges Verfahren gegen die Hermesianer, Zerstörung der Universitätsbildung, Verhinderung aller wißenschaftlichen Studien, Misachtung gesetzlicher Vorschriften, Uebergriffe in die Rechte Einzelner, ja sogar des Landesherrn, Wort- und Treubruch, unwahrhaftes Verschweigen der Sachlage hinsichtlich der gemischten Ehen, Absicht die Gemüter aufzuregen, den Relgionshaß zu wecken, Handeln unter dem feindseligen Einfluße zweier revolutionärer Parteien. Für alles habe die Regierung unverdächtige Documente in Händen, die man nur aus höheren Rücksichten noch nicht mitteilen könne.

Wie hätte der beschränkte Untertanenverstand wagen sollen, an der Wahrheit dieser Anklage zu zweifeln? Die dummdreiste preußische Superklugheit, über die sich Jakob Grimm so oft ärgern mußte, sollte eines Andern belehrt werden. Sie hatte in ihrer Rechnung das katholische Volk vergeßen. Jammernd hatten Frauen den Wagen ihres Oberhirten umringt. Als die Eltern Janssen's in Xanten das Ereignis erfuhren, waren sie tief ergriffen. Die Mutter kniete sogleich nieder und betete die fünf Wunden für den Prälaten und seine Verfolger. Unzählige taten es in den überfüllten Kirchen. Wie ein Mann traten die Katholiken, die meisten Hermesianer nicht ausgenommen, auf die Seite des mishandelten Rechtes und seines Verteidigers, der ohne Verhör und Gericht, ohne Urteil und Recht Gewalt leide, weil er, wie er müße, die Rechte der Kirche verteidigt und, wie er geschworen, die Gebote des Pabstes befolgt habe. Ueber das Publikandum und seine unmitteilbaren Beweisstücke mußte jeder ungläubig den Kopf schütteln, der den Charakter des Angeklagten, seine Vergangenheit, seine reiche Bibliothek, seine asketische Weltferne kannte. Das Gerede von hochverräterischer Bündelei mit zwei revolutionären Parteien — man konnte nur an die demokratische in Belgien und an die des höchst antirevolutionären westfälischen und rheinischen Adels denken — um etwa die Rhein-

lande unter ein katholisches Scepter zu bringen, konnte nur Lachen erregen. Für diese Monstrosität boten die Gesinnung und Stellung des Beschuldigten nicht die entfernteste Wahrscheinlichkeit. Der günstigsten Aufnahme war daher das Anti-Publikandum gewis, die Allocution Gregors XVI. an die Kardinäle und die katholische Welt. Der Pabst war tief verletzt. Hatte ihm doch Bunsen, geübt Scenen aufzuführen, die dem Dichter des Tartuffe gefallen hätten, da der Erzbischof längst in der Festung saß, vorgelogen, die Verhaftung könne eventuell eintreten. Grund genug zu den Worten: „Wir beklagen uns über eine äußerst schwere Unbill, welche jüngst unserem ehrwürdigen Bruder Clemens August Erzbischof von Köln zugefügt worden ist, der durch königlichen Befehl aller und jeder Ausübung seines Hirtenamtes entsetzt, mit Gewalt und großer Waffenrüstung aus seinem Sitze geworfen und anderswohin verwiesen worden ist. — — Wer hätte glauben können, daß die päbstliche Erklärung, obgleich sie so nachsichtig ist und mehr als einmal von dem königlichen Gesandten in Rom angenommen war, in einem Sinne angewendet worden sei, der die unerschütterlichen Principien der katholischen Kirche verkehrt und der Absicht des apostolischen Stuhles geradezu widersprach. Aber, was niemand ersinnen konnte, und was auch nur leise zu vermuten ein Verbrechen gewesen sein würde, das ist durch hinterlistige Anschläge der weltlichen Gewalt geschehen." — Der Pabst erklärte die kirchliche Immunität für gekränkt, die bischöfliche Würde für verhöhnt, die heilige Jurisdiction für usurpiert, die Rechte der katholischen Kirche und des heiligen Stuhles für unter die Füße getreten, verwarf jede in Preußen gegen das Breve eingeführte Praxis in Ehesachen und lobte den Erzbischof, der mit so großer eigener Gefahr die Sache der Kirche unüberwindlich verteidigt habe.

So das küchenlateinische Geschrei, das sich bald in „die fatale Allocution" verwandeln sollte. Die Niederlage der Regierung bei dem Turmbau ohne Kostenüberschlag war vollständig. Bunsen segelte nach Rom und log in einer Note von Ancona aus, er kenne die Allocution, die in allen Kaffees zu lesen war, nur von Hörensagen. Gregor wollte ihn nicht sehen. Mit königlicher Ungnade zog er ab. Seitdem versuchte er sich als Dilettant in

Vielem, ohne in Einem etwas Gediegenes und Abgeschloßenes zu schaffen, als Mann von großer Vielgeschäftigkeit ohne die Sammlung, die zur Hervorbringung eines bedeutenden Werkes gehört. Der Rolle als Wühler gegen Katholicismus und Lutheranismus, Scholasticismus, Hierarchismus, Byzantinismus, für volkliche Gemeindlichkeit und die aus der demokratischen Einbildung und Suffisance der Massen heraus zu bildende deutsche Nationalkirche der Zukunft bereitete Stahl ein Ende mit Schrecken. Der protestantenvereinliche Deuter der Zeichen der Zeit erhielt das Abgangszeugnis: im leichten Litteratenstil laufe sein Buch über die höchsten und heiligsten Fragen hin und her, ohne Kenntnis der wirklichen Rechtszustände, ohne Sinn für Geschichte, ohne Klarheit der eigenen Gedanken, von einer unglaublichen Vermengung des Widersprechendsten, ein Buch der Schlagworte statt der Begriffe und Gründe, in welchem selbst die Wahrheiten zu Irrtümern sich verkehrten, ein Buch unter der Fahne der heiligen Schrift bei der gründlichsten Aufhebung der heiligen Schrift, ein Buch von der Wirkung, aus der Christenheit, statt ein Reich Gottes, ein Reich des Unglaubens und der Massenherrschaft zu machen.

Man muß gestehen, sagt Hase, die kraftvolle Opposition des Katholicismus, die sich seitdem entwickelte, hat ihren Anfang und Einigungspunkt in jener päbstlichen Anrede an die katholischen Völker. Er hielt es nicht für unmöglich, daß Clemens August einst canonisiert werde. R. weckte das Ereignis aus dem kirchlichen Scheintode. „Das Wort: Es geschieht Gewalt, gelobt sei Jesus Christus! war das Stichwort für uns alle.“ Das Attentat auf das verbürgte, verbriefte, feierlich garantierte Recht seiner Kirche brannte dem Manne des Rechtes auf dem Herzen. Klar ward ihm, wohin das preußische Statskirchentum mit einer Beamtenhierarchie führe, deren eigentliche Lust es ist, gleich den Schlangen des Laokoon, jede Kirche zu umstricken und zu ersticken. „Der gefangene Erzbischof hat mich wieder zur Kirche zurückgebracht.“ Er suchte die bisher gemiedenen frommen Kreiße, trat mit Geistlichen von lebendigem Glauben in Verbindung, studierte apologetische Werke. Sie konnten ihm Augensalbe bieten, um kennen und erkennen zu lernen, was er unwißend und unverständig verworfen hatte. Die Steine konnten sie hinweg räumen,

womit Unwißenheit, Misverstand, Vorurteile, Zeitautoritäten, Verstandeshochmut, Wißensdünkel, Selbstbetrug ihm den Weg zum Glauben verdorben hatten. Zu der alten Wahrheit konnten sie ihn zurück führen, daß der Christ das Heil in dem Mysterium, in der Heilstatsache als solcher findet, nicht in einem Denkprocess, der ihr Wie erschließen oder erklären könnte. Die Heilsmysterien sind ein Koh-i-noor. Die Kirche schleift an ihm Facetten, damit dieser „Berg des Lichtes" durch die Jahrhunderte immer heller strahle. R. glich bei diesen Studien demjenigen, der bisher gemalte Kirchenfenster nur von außen kannte. An den trüben Gläsern, den krummen Linien, den häßlichen Bleistreifen ohne Sinn und Verstand ärgert er sich. Er tritt in den Dom, „die Fenster glühen wunderbar von alter Märt'rer frommen Bildern". Nun geht ihm der Sinn des Verkannten auf, er sieht hinaus in „eine Welt von heiligen Treuen, Gottesstreitern", in die Seligkeitswelt des verheißenen, erschienenen, gekreuzigten, auferstandenen, gen Himmel gefahrenen, gegenwärtigen und wiederkommenden Gottmenschen. R. wird die Torheit inne, sich von der Kirche zu emancipieren, um als ein religiöser Robinson auf der Insel des Subjectivismus zu hausen, ohne Compass und Steuer Irrfahrten auf dem Meere der religiösen Fragen zu machen. Da nicht die Lava des Lasters sein Herz zum undurchdringlichen Wege gemacht, sondern mehr eine Eisrinde von Verstandeszweifeln es überzogen hatte, konnte die Taufgnade sie vereint mit dem Sonnenlichte der kirchlichen Wahrheit schmelzen. Zerfahrenheit, Pessimismus Weltschmerz erhielten den Abschied, nachdem der Glaube Ostern gefeiert hatte.

Einem Helfer zu diesem Friedenshafen blieb er lebenslang ein Dankesschuldner, Joseph v. Görres. Unabläßiger Krieg den Schlechtigkeiten aller Art, die Hand dem tugendhaften Manne, war dessen Parole, als er wie Schiller die französische Revolution begrüßte. Sie blieb es, als er die Geisel schwang gegen Gebrechen und Misstände der Zeit, die Uebergriffe der Beamten, den Uebermut des Adels, die Erschlaffung des Klerus, rücksichtslos, offen und ehrlich. Als die fünfte Macht, die gegen ihn in die Schranken getreten sei, bezeichnete Napoleon den Autor des „Rheinischen Merkur", der das deutsche Volk mit electrischer

Kraft erschütterte. Daß eine Restauration ohne Gott und die Kirche nur der Weg zu einer neuen Revolution sei, hielt er 1819 den Fürsten vor. Die Geschichte hat ihm Recht gegeben, wie sie es heute noch tut, wo nur ein Blinder verkennen kann, daß ohne die haltende Macht der göttlichen Institution der Kirche die christlichen Reiche dem Untergang rettungslos verfallen.

Der Kölner Streit bot Görres Gelegenheit, für die Selbständigkeit der Kirche eine Lanze zu brechen und Keulenschläge gegen den Cäsareopapismus zu führen. Sie sind von solchem Gewicht und solcher Wahrheit, daß alle cäsareopapistisch Vergewaltigten sich daran stärken und trösten können. Als ein Gonfaloniere seiner Kirche schrieb er den Athanasius. In R. entzündete das Buch eine Begeisterung, deren er sich nicht für fähig gehalten hatte. Unwiderleglich wird dargetan, daß Clemens August das höchste Lob verdiene, weil er Recht und Pflicht erkennend und in besonnener Prüfung vor Gott und seinem Gewißen beides mit einander abwägend, das Geprüfte mit unerschütterlicher, durch die allgemeine Billigkeit gemäßigter Festigkeit in Vollzug gesetzt habe. Als ein Michelangelo der Feder weist Görres nach: die sprechenden, schlagenden, unleugbaren, durch Wort, Schrift oder Tat des Angeklagten oder durch das Zeugnis der von ihm gebrauchten Agenten erwiesenen, in ihrer Unzweideutigkeit niederschlagenden Tatsachen, die den Beschuldigten vor jedem unparteiischen Richter seiner Strafbarkeit überführen müßten, mit denen die Ministerien geprahlt, hätten nie existiert. Dabei gab es wuchtige Hiebe nicht auf den preußischen Stat, sondern auf „den starren Knochenmann, dem man zu viel Ehre antut, wenn man ihn einen Geist nennt. Er hat damals die Säbel gewetzt und dann im Felde sich so meisterlich gehalten. Zu der Urgroßväter Zeiten hat er den trefflich langen Stock geführt, damit sechs ihm verfallene Rücken zugleich bestreichend; derselbe, der den jungen Friedrich genötigt, Zeuge der Hinrichtung seines Freundes zu sein, und den blutigen Rumpf dem Ohnmächtigen zur Seite hingelegt, damit der erste Blick des Erwachenden ihn wieder treffe. Dieser verhaßte Ungeist hat früher durch seine Aufforderungen wie im Rate, so in den öffentlichen Blättern, die Handlung herbeibeschworen. Er rumort jetzt wieder im Rat wie in den Blättern, zur Gewalt, zum Niedertreten aller

Rechtsansprüche, zur Beseitigung aller Concordate herausfordernd und dabei noch seine Vernünftigkeit, Freisinnigkeit und Versöhnlichkeit der Welt anrühmend. Dieser alte Spuk ist durchaus nicht der Geist der jetzigen preußischen Regierung, aber er ist das böse Gespenst, das nicht ablaßen will, im preußischen State umzugehen und Unheil anzurichten. Bei allen wichtigen Veranlaßungen, in allen kritischen Augenblicken, sehen wir es immer aufs Neue aus seiner Modergrube sich erheben und dem lassen Gegner Fehde und Feindschaft bieten. Und wie es eilt, hastet, rennt und läuft in Zeitungen, Journalen und Flugschriften! Es ist, als sei ein großer Sabbath allum angesagt. Da kommen sie denn aus allen Löchern hervor gekrochen, die alten Freunde Meister Hämmerleins. Was sich in der Eile bietet, Besenstecken, Ofengabeln, Dreschflegel, es ist alles recht, denn es gilt die Wette; kein Säumen wird zugelaßen; wer zuletzt kommt, muß ein Pfand bezahlen und wird mit großer Schmähle übel angefahren. Also ist das Aufgebot ohne Verzug aufgesetzen, und es geht nun wie Winterrauch zu allen Schornsteinen heraus. Einer tuts in Eile dem Andern zuvor; sie überrennen sich und überschlagen sich in der Hast, und an Ort und Stelle ist es wie Schneefall und Hagelschlag oder Heuschreckenziehen. Gleich ergötzlich ist es auch, den Reden zuzuhören, die um die Kanzel her geredet, den Ratschlägen, die geschlagen werden. Mit Feuer und Schwert soll darein gefahren werden, meinen die Einen; Unwetter, Windbraus und Schloßensturm, alles steht zu Gebot. Eine deutsche Kirche rufen die Andern, und zwar gleich hier, wo der Altar schon steht. Nein, ein Concilium soll versammelt werden; das wirds wißen, das wirds ordnen; dann kommt gute Zeit und die alte ist abgeschafft. Jeder, der seit fünfzig Jahren einen verrückten Gedanken ausgedacht, der keine Abnehmer gefunden, bringt ihn hier neuerdings zu Markte, denn, jetzt oder nie! Die königlich preußische Regierung, sagen sie zu einander, verlangts eben so; sie wirds ausführen prompt und schnell, und dann sollt ihr einmal sehen! Gute Leute! Bei aller Eile seid ihr doch nicht eilig genug gewesen; der rechte Moment ist schon vorüber; der Engel hat sich eben wieder aus dem Teiche zu Bethesda zurückgezogen; ihr müßt Zipperlein und Gicht

und die sonstigen Nervenübel, die ihr mitgebracht, schon einpacken und wieder nach Hause tragen."

Wie Franzosen Görres Abschiedsrede Napoleons bei dem Abgang nach St. Helena für das Beste erklärten, was Napoleon je geredet und geschrieben, so bezeichneten stimmfähige liberale Protestanten den Athanasius als die unerreichte polemische Musterleistung nach Gedankengehalt, Kraft, Kühnheit und Beredtsamkeit, die der Kölner Streit hervorgebracht. R. gestand, Görres alles zu verdanken: seine Schriften sind Löwenmark und für das faule Fleisch der modernen Gesellschaft Höllenstein. Wo es den Kampf für seine Ueberzeugung von Recht und Wahrheit gilt, ist er ein furchtbarer, unermüdlicher und unüberwindlicher Streiter, opferwillig ohne Maß, jeder Eigensucht fremd, ein ernst mahnender, anfeuernder Rufer im Streit zwischen byzantinischer Statsallgewalt und christlicher Freiheit.

Ein schlimmes Zeichen schien R., wenn einer Regierung die Genies und die Talente förmlich zur Last werden, sie die liebe laue Mittelmäßigkeit überall sehen will. Diese liebe Mittelmäßigkeit wußte sich durch die Betonung des beschränkten Untertanenverstandes in einträgliche Gunst zu setzen. Dieß Signalement hat übrigens nicht der Minister von Rochow, sondern der nach Oben kriechende, nach Unten brutale Berliner Stadtgerichtspräsident von Meding geprägt. Noch 1845 approbierte es ein gewesener preußischer Minister: der Untertanen Gewißen geht schlechthin im Befehl seines Landesherrn auf, und es ist frevelnder Fürwitz, sich auch nur ein sittliches Urteil über dessen Regentenhandlungen zu erlauben. Die Wirkungen dieses byzantinischen Irrtums hat Vilmar, dem ein Seherauge für die Tiefen göttlicher und menschlicher Dinge verliehen war wie wenigen, geschildert: „Die Regenten stehen nach dieser Ansicht nicht allein hoch über dem Volke, sondern beinahe ganz außerhalb des Volkes, seiner Anschauungen und Stimmungeu, seiner Richtungen und Wünsche. Sie herrschen ohne vom lebendigen Mitgefühl und der herzlichen Zustimmung des Volkes getragen zu sein. Sie regieren eigentlich nur durch das Papier und auf dem Papier von Oben herunter. Alle Klugheit und Einsicht, alle Weisheit und wol gar alle Fähigkeit soll in jene Kreiße und Klassen und Kasten

gebannt sein. Nichts Rechtes, am wenigsten etwas Gutes kann zu Stande kommen, was nicht von oben her angeordnet und befohlen wurde. Es war diese Alleinweisheit und Alleinklugheit, diese Ueberhebung, die oft genug nicht allein als Willkür erschien, sondern auch wirklich Willkür war, diese Alleinweisheit, welche verlangte, daß ein für alle Mal in den angegebenen Ton eingestimmt werden müße, wenn man für einen aufrichtigen Freund der Ordnung und Gesetzlichkeit gehalten werden wolle, und jede freie Regung, selbst wenn sie im besten Dienste des Herrschers war, niederhielt und unterdrückte. Diese Starrheit und Herbigkeit läßt keinen Widerspruch, keinen geistigen Verkehr, keine offene Verhandlung, kein eingehendes Besprechen der Dinge von Unten her zu." — Diese Defecte zeitigt „das Regiment der Furcht und Gnade", wenn es bureaukratisch und aristokratisch verknöchert und erstarrt ist; wesentlich, naturnotwendig sind sie der absoluten Monarchie, die in Gesetzgebung und Statshaushalt, ohne Schranke oder Garantie einer Landesvertretung, allein vom Fürsten bestimmt wird, nicht. Auf sittlichen Fundamenten und Motiven ruhend, die politische Freiheit nicht überhaupt ausschließend, strenge Beobachtung der Gesetze, Unabhängigkeit der Gerichte, gesicherte Rechte der Untertanen garantierend, kann sie selbst Völker auf hoher geistiger und sittlicher Stufe befriedigen. Oft ist sie nach der Individualität des Zustandes und der Geschichte eines Volkes die allein mögliche Statsform, beßer jedesfalls als die Macht einer Landesvertretung, die eigens darauf construiert ist, die höchsten Ziele des States zu gefährden. Es ist ein Irrtum des vulgären Pseudoconstitutionalismus, daß prompte Justiz, gesetzliche Schranken und Formen der Polizei, ordnungsmäßiger Gang der Verwaltung, Anerkennung der Persönlichkeit, ihrer Selbständigkeit und Ehre in den Untertanen, Rücksichtsnahme auf das begründete öffentliche Urteil, Unverbrüchlichkeit alles Rechtes, Pietät gegen geschichtliche Zustände und Rechte, in der unbeschränkten Monarchie unerreichbar seien. Dieselbe sei deshalb rechtswidrig, unbefriedigend, unerträglich, die Quelle aller Uebel in den gesellschaftlichen Zuständen. Diesen Annahmen widerspricht die Erfahrung. Der Despotismus einzelner absoluter Herrscher gehört dem Geiste der Zeit und dem Typus der

Einrichtungen. Friedrich Wilhelm IV. beklagte sich einst, es werde ihm so schwer, seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen, während die leisesten Wünsche des Kaisers Nikolaus sogleich zur Ausführung gelangten. Ja, Majestät, erwiderte scherzend der treue General von Gerlach, die Wünsche des Kaisers Nikolaus haben das Eigenthümliche, daß sie sich in den untern Regionen zu Stockprügeln konkretisiren. Die Angst vor diesem Process beschleunigte das Urtheil der Gegner, die absolute Monarchie und Patriarchie überhaupt, in welcher der Fürst Richter, Herr des Lebens und Gesetz der Unterthanen, des Landes, [illegible] der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt, Ordner in der Verwaltung und Vertheidiger [illegible]

[illegible] der [illegible] Recht [illegible] Ehe, des Eigenthums. Aber [illegible] die einzig [illegible] Recht und Freiheit [illegible] Monarchie. Nur in [illegible] der ehelichen Gehorsam und Liebe [illegible] Gatten und Kinder [illegible] eigenen Selbstbewußtsein, Eigensinn auf ihre [illegible] Geltung. Der König von Gottes Gnaden kann durch Unterordnung [illegible] beschränkt werden durch seinen Gegensatz der Gewalt. Soll es aus der göttlichen Sanktion der [illegible] Gewalt, der Unterordnung, ihren Umfang [illegible] Alle [illegible] mit Unterordnung [illegible] Recht gegen den König nicht mit Gewalt durchsetzen dürfen, so muß den Weg der Widerstand und Vertheidigung gegen die haben sollen. Soll es Dualismus der Gewalt wäre [illegible] vom [illegible] der Fürsten, und sich seine eigene Autorität unter Dienst, in der Ausübung der Gewalt, teilnehmen, durch die [illegible] nicht positiv gebunden, sondern nur abgehalten, in seiner Thätigkeit gehemmt wird. Als ist Grundsätzung der Gewalt Vernichtung ihres Einheit wäre Stabilität. Für ein christliches, gebildetes politisches Volk ist in der Staatsform die höher angemessene, wenn Charakter und eingeschränkte, starke Königtum sicher [illegible] Rechtsordnung geregelt, Verwaltung durch die Volksvertretung gestützt; wahrhafte Zusammenwirken der persönlichen selbständigen Fürstenwillen und der Volkswillen, politische Bedingung der Rechts- und Freiheitsbedürfnisse der Unterthanen, Oeffentlichkeit der Verwaltung, Selbstregierung, der verschiedenen Kreise der Gesellschaft, Schutz der Person gegen Willkür der

Statsgewalt, verständiges Maß der Preßfreiheit und des Vereinsrechtes, Erhebung des Bürgertumes zu einem starken Element der ſtatlichen Ordnung. Nach dieſer Richtung bewegten ſich R's politiſche Wünſche. Er verwarf das Idol der Volksſouveränetät, daß alles beſtehende Recht Geſetz, alle beſtehende Obrigkeit der oberſten unumſchränkten Gewalt der Menſchen in ihrer Geſamtmaſſe unterworfen ſei, wie den Despotismus Ludwigs XIV. und das ewige Wühlen, Rennen, ins Blaue Räſonnieren der Revolutionäre.

In gewiſſen urpreußiſchen Kreißen wurde die Fiction der Conſtitutionellen: der König kann nichts Böſes tuen — weil er überhaupt nichts tuen kann — gewiſſermaßen in dem übertragenen Sinne: Preußen kann nichts Böſes tuen und dieß als unanfechtbares Axiom ſtatuiert. Daher die endloſen Variationen des Themas: Bei uns in Preußen iſt das alles ganz anders. Da ſtehen Militär, Verwaltung, Schulweſen, Kirche in voller Blüte und auf ſeltener Höhe. Einen kalten Waßerſtrahl für das maßloſe Eigenlob brachte das Buch des Vicomte de Failly: **De la Prusse et de sa domination sous les rapports politiques et religieux specialement dans les nouvelles provinces**, 1842. Es iſt ein Stück Viviſection. Schadenfroh wird das Sündenregiſter durchblättert. Grell treten alle Gebrechen des Statsweſens hervor. Es fehlt nicht an Uebertreibungen, Ungerechtigkeiten, Gehäßigkeit. Pflegt doch der nächſten Betrachtung immer nur aufzufallen, was an einer Einrichtung noch mangelhaft iſt, nicht was ſie an Nachteilen verhütet. Die belgiſche Verfaßung wird als Maßſtab angelegt. Daher manche ſchiefe, einſeitige, grundloſe Urteile. Aber nach Abzug dieſer Zugaben blieb doch ein Netto von ſolcher Wahrheit, daß preußiſche Kritiker geſtehen mußten: der Verfaßer kennt uns zum Erſchrecken bis ins Innere hinein, er ſieht uns in unſerem Zuſtande nackt und bloß.

R. und ſeine Freunde in Koblenz hatten Material geliefert. Er hatte ſich den Nachweis zur Aufgabe gemacht, daß die feierlich garantierte, confeſſionelle, politiſche, bürgerliche Rechtsgleichheit in vollem Umfange nicht durchgeführt ſei. Die Parität werde zum Nachteil der Katholiken in allen Zweigen der Statseinrich-

tung und Verwaltung im Unterrichts- und Schulwesen, von den Universitäten an bis zu den Elementarschulen, in Kirchen- und Gottesdienstordnung des Militärs, bei Besetzung der Aemter, Handhabung der Censur, Leistungen für Kultusbedürfnisse verletzt. Principiell und systematisch würden Protestanten und Namenkatholiken denen vorgezogen, welchen es mit ihrem Glauben Ernst sei. Die Verdroßenheit, womit die belastenden Tatsachen zusammengebracht waren, hatte sich an dem Unrecht gegen den Erzbischof genährt, für dessen gute Sache R. journalistisch tätig gewesen. Die Verstimmung gegen Preußen beseitigte Friedrich Wilhelm IV. In einem Gespräch mit dem Könige bezog sich Ernst II. von Sachsen-Koburg, der spätere Schützenherzog und Kaiser in spe von Nationalvereins Gnaden, auf eine Zusicherung Friedrich Wilhelms III. Der Monarch hobs ab, zerschmetterte zornglühend das Schreibzeug und donnerte: Glauben Sie, daß ich alle Dummheiten, die mein Vater geschehen ließ, fortsetzen werde? Diese Ratgeber waren Dummköpfe, welche alles und jedes verdorben und verfahren haben! Gelegentlich rief er wol: schafft mir das Altensteinsche Pack vom Halse, das sind alle Rationalisten! Bei seinem Haße gegen die Bureaukratie in der Kirche gehörte ihm die Kölner Sache zu dem vom Pack Verpfuschten und Verfahrenen. Hochherzig schuf er Abhülfe. Nie vergaß ihm R. den Brief an Clemens August: „Der Gedanke, daß Sie an politisch-revolutionären Umtrieben Teil genommen, ist von mir nie geteilt worden, und auch meine Behörden haben schon früher Veranlaßung genommen, denselben zu widerlegen. Ich benutze diese Gelegenheit mit Vergnügen zu der Versicherung, daß sich nirgend der geringste genügende Anlaß zu dem Verdacht findet, daß Sie die Würde Ihrer Stellung und Ihres Amtes zur Beförderung politisch revolutionärer Umtriebe oder wißentlicher Verbindung mit Personen, die solche Zwecke verfolgten, gemisbraucht hätten." Der Erzbischof ward restituiert, Convention und Instruction wurden cassiert, das Placet aufgehoben, die Wahl der Bischöfe wurde wirklich frei, die Leitung der theologischen Lehranstalten ihnen überlaßen, die Hermesianer hatten aus ihren Aemtern zu scheiden. Ich will der katholischen Kirche vertrauen, sagte der edle König, dem ihre

geistliche Blüte am Herzen lag. Alle Kulturkämpfer haben ihm dafür geflucht. Alle Katholiken wie R. haben sein Andenken dafür gesegnet.

Der „Türmer."

(Eingesandt.)

Es wird für viele Leser der „Deutschen Rechtspartei" das Bedürfnis vorliegen, neben den Tageszeitungen mit ihrem besonders was unsere Presse anbelangt, nur leider oft zu beschränkten Raume eine Monatsschrift zu halten, an deren Hand sie sich auf dem Gebiete der allgemeinen Wißenschaft, der philosophischen, socialen, kirchlichen Tagesfragen, der Kunst und Belletristik auf dem Laufenden erhalten können. Dieses Bedürfnis ist besonders für den Landbewohner vorhanden, welchem nicht, wie dem Städter, in dem Maße die Möglichkeit geboten wird, sich in Bibliotheken und Lesezimmern, durch den Besuch von Vorträgen, Theatern, Concerten dem Wunsch entsprechend weiter zu bilden.

Die große Auswahl der bis vor Kurzem uns zu Gebote stehenden Monatsschriften konnte den Anhänger des Rechtes nicht befriedigen, da sie fast ausahmslos dem Zeitgeist, dem Erfolge und der Weltmachtspolitik huldigen.

Da hält Einsender es für seine Pflicht, eine Monatsschrift dringend zu empfehlen, welche soeben in ihren dritten Jahrgang getreten und vermutlich schon manchem Leser der „D. Rechtspartei" ein lieber Freund worden ist.

Es ist „**Der Türmer**", Monatsschrift für Gemüt und Geist, herausgegeben von **Jeannot Emil Freiherrn von Grotthuß.**

Unter dem Motto: Zum Sehen geboren — zum Schauen bestellt (Lynkeus der Türmer, Faust II.) läßt der Türmer von hoher geistiger Warte aus in christlichem Sinne und wahrem

deutschem Empfinden freimütig und offen den Warnungsruf erschallen vor all den gefährlichen „Ismen", welche unser öffentliches, unser Volks- und Geistesleben so schädlich beeinflußen: dem Materialismus und Pessimismus, dem Centralismus und Imperialismus, vor allem dem Byzantinismus.

Alles Nähere mag der geehrte Leser dem Prospect des „Türmers" für den 3. Jahrgang entnehmen, welchen die Redaction der „D. Rechtspartei" auf Bitten des Einsenders der heutigen Nummer beilegt.

Es versteht sich von selbst, daß nicht der gesamte Inhalt des „Türmers" den Beifall jedes Lesers finden, daß viele Artikel Widerspruch hervorrufen werden.

Ist doch der „Türmer" in mancher Beziehung selbst noch ein „halber" — (vergl. den Roman „Die Halben" von Grotthuß im 2. Jahrgang). Noch verbirgt ein dichter Nebel ihm mit seinen Mitarbeitern vom Herausgeber an bis zu Chr. Rogge, F. Lienhardt, R. Bahr, Bettex u. a. m. den einschneidenden Einfluß des Jahres 1866 auf unsere gesamte, nicht nur politische, sondern vor allem geistige und sittliche Entwickelung.

Daß dem „Türmer" auch in dieser Richtung die Sonne der Erkenntnis voll aufgehe, ist der Wunsch des Einsenders, welcher durch diese empfehlenden Zeilen an seinem Teil dazu beitragen möchte.

H. v. H.-R.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 55. [Neue Folge.] **Januar 1901. 10. Jahrgang.**

Monologe zur Jahrhunderts-Wende.

Sylvester! Das ist der Bischof, der nach der Sage als Reichsfeind vor dem Zorne des Kaisers flüchtig im Steingeklüfte saß. Und die Gläubigen schleichen bei Nacht zu ihm. Eine alte Geschichte. Und wird immer neu.

Und nun läuten die Neujahrsglocken. Ueber die Länder der occidentalischen Christenheit geht ihr feierlicher Ton. Sie läuten das neue Jahr und zugleich ein neues Jahrhundert ein. Und sie läuten auch: Frieden auf Erden!

Die Botschaft hör ich wol, allein mir fehlt der Glaube. Er fehlt, sobald ich meinen Blick vom Himmel wende und von Dem, welcher in der Höhe wohnt und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. Denn dann höre ich die Stimme meines Bruders Blutes von der Erde schreien und die Stimme aller Glocken übertönen. —

Einen schweren Stand haben wir doch! Auf der einen Seite das Gebot, den Königen und allen Obrigkeiten untertan sein, und alles zum Besten kehren. Auf der anderen das Gebot, ein Licht der Welt zu bleiben, also das Reichsgrundgesetz des heiligen Königs als Maßstab an das irdische Geschehen zu legen. Und dazu das Gebot der Liebe, zurechtzuhelfen, wo wir irren sehen, und der Stadt Bestes zu suchen. Alles ist ins Gebot der Liebe gefaßt. Grade darum darf freilich der Christ auch nicht feige schweigen.

Was andere Menschen sehen, ich weiß es nicht. Vielleicht blauen Himmel und blaue Blumen. Ich aber sehe in's alte Jahr zurück, und sehe mit Wehmut an seinem Ausgange aufgerichtet auf hohem Schandpfahl eine große schwarze Tafel. Und darauf das Bild des Menschen, der unter die Mörder gefallen. Und sie ließen ihn halbtot liegen. Und der europäische Pharisäer

geht kalt vorüber. Darunter die Unterschrift: „Völker Europas schützt eure heiligsten Güter!“

Wir sitzen nicht im Rate der Fürsten und kennen deren Beziehungen und Besorgnisse nicht, aber dieser unauslöschliche Eindruck wird bleiben. Es ist eine ungeheure Gesamtschuld, die auf den Cabinetten liegt, daß es soweit kommen konnte. Eine hippokratische Physiognomie!

Den ehrlichen alten Gesichtspunkt hat der alte Schlözer in Göttingen doch gegeben. Er ist allerdings schon seit 1809 tot — also recht alt. „Wenn — so sagt er — ein besoffener Schuster seinen Bruder halb tot schlägt, wirst du am anderen Tage doch wieder ein Paar Stiefeln bei ihm bestellen, wenn er auch der beste und wolfeilste Schuster in Hamburg ist?“

Und diese Politik ist unmöglich geworden? Wer das verschuldet — es ist der jetzige König der Welt. Wollt ihr ihn einmal gemalt sehen? —

Ja, wer den König Mammon sehen will, der sehe das Bild des Altmeisters englischer Malerei. Wir meinen Georg Frederick Watts.

Schauderhaft! Er tront hoch erhaben, das Antlitz voll Menschenverachtung. Totenköpfe bilden die Verzierung zu beiden Seiten des Trones, dessen Rücklehne über den düstern Herrscher unmerklich hervorragt. Und rechts und links zu Füßen des Entsetzlichen seht ihr die Liebe. Jugendliche Gestalten, nackt, elend ausgeplündert. Auf deren eine legt der Finstere die starke Hand, im dunkeln Handschuh steckt sie. Auf die andere setzt er den Fuß. Das ist der Herr des Tages. Blutleer muß er Blut haben. Und er läßt's über die Erde rieseln, daß er vom Blutgeruch lustig werde. Denn er ist der hochmögende, jetzt regierende Teufel. Der hat die Amerikaner imperialistisch und wild expansiv gemacht. Der hat den Taumel über das „größere Britannien“ geworfen. Der läßt seinen riesigen Odem gehen und ködert mit „unerhörtem Aufschwung der Industrie“ d. h. mit Interessenpolitik.

Wir wißen genau, wohin es mit den tonangebenden Völkern geht. Hogarth malt einmal eine Komödiantenbude. Da gehört zu den auffallenden Dingen die Meerkatze, die mit dem runden

Ball spielt. Es ist ein Reichsapfel, von dem das Kreuz gefallen ist. So rollt er haltlos. Das Tier hat das Kreuz herabgerollt und kann nun mit dem würdelos wertlosen Ball nach Gefallen spielen.

* * *

Aber wir Deutschen sind doch beßere Menschen!

Jawol, sie fürchten im Privatleben auch Gott, augenblicklich aber im öffentlichen Leben noch etwas mehr, „ihre — Großmutter", wie man sagt, oder wahrscheinlich dieß, daß ihnen gewisse Vorteile entgehen. Interessen-Politik, das ist's, wozu ihr neuer Reichskanzler sich nackt und brutal bekennt. Nicht das Recht, nicht die Ehre, nur der Nutzen soll die Politik der Deutschen dictieren! O Du alter, braver Schlözer!

Jener Hogarth, dieser Satiriker mit dem Pinsel, war nicht überflüßig. Seine Bilder leuchten in den Sumpf und die Fäulnis hinein. Und waren die alten Fischart und Rollenhagen überflüßig? Nein, wer sein Land liebt, der zürnt, spottet und weint zugleich. Die feige, satte Gleichgültigkeit sitzt, als ob nichts geschehen wäre, bei Kartoffeln oder Caviar. Und man überläßt sie ihrem Caviar. Wer aber sein Vaterland liebt, der spottet oder weint, wenn er sich nicht freuen kann, und glüht von ehrlichem Zorn. Es ist bitter genug, sehe ich doch Bismarcks Praxis nun amtlich zur Statsraison gemacht. Darum sehe ich aber auch die „deutsche" Tricolore: schwarz, weiß und etwas rot, als deutsche noch gar nicht an. Sie gehört nur dem Lande,

Wo an der Fahne, die sich hebt,
Wie an der Fahne, die sich senkt,
Der düst're Trauerflecken klebt,
Daß sie in Bruderblut getränkt.

Da hatte sie Recht, die Dichterin Ferdinande von Brackel. Es ist die Fahne: schwarz-weiß. Und das Rot bedeutet nur, daß sie mit Bruderblut getränkt. — Kann ich dafür, daß ich nichts anderes darin zu sehen vermag? Ist's Sünde? Auf dem Estrich dieses Reichs klebt noch das Blut. Keine Lauge hat's bis jetzt weggewaschen. Ist's Sünde, daß ich darauf hinstieren und die Sünde sehen muß?

Und ihr geht frivol darüber hinweg, als ob alles in der Ordnung wäre, und prahlt nun: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen". — So predigt der Berliner Prediger Ohly. Und da ruft der jetzige Reichskanzler: „Der Genius des deutschen Volkes hat noch immer gewußt, Humanität mit Heroismus zu verbinden." — Das ist die Musterphrase für „anhaltenden lebhaften Beifall des Hauses" und aller Hurrah-Patrioten.

Dort wie hier: Hoftheologie. Alles protzig! Wir bramarbasieren in die Welt hinein. „Ruhmeshallen", „Siegesallee" imposante Reden, gepanzerte Faust bis an der Welt Ende — — höchst bedenkliche Allüren eines jungen Emporkömmlings wie dieß Kleindeutschland ist! Es gibt doch Jemanden, der im Himmel wohnt und ihrer lacht. Und der kann doch den jungen Ruhm und alle lustigen Kartenhäuser zerknittern wie ein Mann ein kleines Stück Papier in seiner Hand.

Ist es denn Landesverrat oder Reichsfeindschaft, dieses Reich umgestalten helfen zu wollen? Es ist doch nicht fertig, nicht unfehlbar, und nicht ewig. Man darf doch wol an seiner Ewigkeit und Unveränderlichkeit Zweifel haben. Denken wir daran, wie selbst von Roon sie hatte. Im Januar 1870 nannte er's einen Bau, der auch „zusammenfallen" könnte. Und später gestand er bekanntlich, daß der Krieg auch noch nicht geholfen, und daß man „an Abgründen hin" wandle. Nun, so müßte man bescheiden sein, und es müßte willkommen sein, wer in monarchischem Sinne Stimmung machen will, um zu helfen, das Reich auf die Basis des Vertrauens zu stellen und den „Abgrund" der Revolution legitim zu schließen. Und es müßen doch für das Land die edlen Kräfte entbunden werden, welche auch in der preußischen Aristokratie, wie im Bürgertum, durch Erfolg aber und Ueberlieferung gebunden, wie tief schlafend nun liegen, also dennoch vorhanden sind. Und es muß doch auch endlich wieder das Gedächtnis des edlen von Mallinckrodt im „Centrum" aufsteigen.

Alter Ueberlieferung? Gewis. Der dritte Band von Hans Prutz' „Preußischer Geschichte" (Stuttgart 1901) lautet: „Der Friedericianische Stat und sein Untergang". Nun ja, er endigte mit Jena, dieser

Stat. Aber ist er denn wirklich untergegangen? Dann ist er wenigstens rasch wieder aufgelebt.

„Unsere Regenten kennen keine Ruhmbegierde" — läßt Prutz Scharnhorst sagen. Das war die Frucht der heilsamen Tiefe. Dann stiegen aber der „alte Fritz" und Leuthen wieder empor. Und der erste moderne Fürst bleibt Friedrich II. Er brachte für Preußen die alte Praxis in Theorie. „In der Politik muß man zurückkommen von den ängstlichen Ideen, die der große Haufe sich über Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und ähnliche Tugenden bildet: alles läuft auf die Macht hinaus." So an Bielefeld nach Paulig.

Und die preußischen Siege, die glorreiche Geschichte, die preußische Schule und die entsprechende Erziehung schufen ein preußisches Bewußtsein, einen Patriotismus, welcher für die darin Erzogenen eine Art Entschuldigung sein kann. Wenn sie von einer „Mission Preußens" zu träumen gewöhnt wurden, welche sich erfüllen und welche es mit den Rechten der Kleinen deshalb zu deren eigenem Heil nicht so genau nehmen müße —, man kann es verstehen, wenn man auch das zweihundertjährige Jubiläum des Königtumes Preußen nicht mit feiern wird. Aber daran ist freilich nicht zu denken, daß ein normaler Preuße als solcher deutsche Art und deutsche Geschichte verstehen könnte.

„Ich sehne mich mit allen Kräften meiner Seele nach dem Augenblick, wo ich dem Greuel des landesherrlichen Episcopats widersagen kann, wie dem Satan in der Taufe."* So Friedrich Wilhelm IV. Das war ein „Rückfall" im Sinne der Preußen. Das war „nicht preußisch", wie Abeken sagen müßte. Er hatte sich die richtige Klangfarbe völlig angeeignet. Er war seinem Herrn noch über. Denn der alte König Wilhelm — bekanntlich vermied er's noch, sich in den Salonwagen des von ihm vertriebenen Königs von Hannover zu setzen. Aber Heinrich Abeken aus Osnabrück setzt sich auf der Rückkehr von Ems standhaft hinein und breit: „auf den Welfentron des Königs Georg". Und er schrieb darauf an seine Frau. Und er tut den

* W. v. Petersdorff: König Friedrich Wilhelm der Vierte. Stuttgart 1900. S. 49.

treffenden Ausspruch über Friedrich Wilhelm IV., den edlen König: „Daß er die Kaiserkrone nicht für Preußen, sondern für Oesterreich dachte, war nicht preußisch". Sehr richtig!

Und was ist nun preußisch? Das hat ein Bonner Professor Otto Perthes in einem Brief an von Roon unumwunden erklärt. „Durch alle Preußen hindurch zieht sich ein Naturtrieb, gerichtet auf Annexion und Centralisation des Annectierten." *

So Perthes. Ganz fast nur aus erblicher Belastung zu erklären! Das also ist preußisch! Leider, leider! Es ist das Bewußtsein, welches sich aus den Erfolgen ergeben hat. Diese errang das Preußen, welches sich als Stat in theokratischem Ausbau dann vollendete. Das ist immer zu beachten. Nur solche Staten, welche eine Stats- und Hoftheologie besitzen, welche in ihren Schulen ihre Religion in die Gemüter prägen mit Katechismen, Königsbildern und Fahnen — nur solche Staten können diesen Fanatismus für eine heilige Mission wecken, erhalten und benutzen. So das alte Byzanz, so Rußland. Und Preußen folgt nach.

Die preußische Statskirche aber konnte erst durch die „Union" der lutherischen und reformierten Kirche werden. Sie ist, wie Döllinger sagte, „der neue Glaube königlicher Erfindung". Und diese ist genau genommen ein Unicum auf Erden. Dann aber ist vieles möglich. Mit Staunen lesen wir z. B., das Buch: „Das deutsche Kaiserpaar im heiligen Lande im Herbst 1898" sei ein „christliches Erbauungsbuch!" So der „Reichsbote" vom 5. November.

Das ist aber, nehmen wir die Lust am Annectieren und Centralisieren hinzu, bedenken wir, daß man für das Recht föderativer Gestaltung das Auge verliert, für die außerpreußischen Staten Deutschlands gemeingefährlich. Das ist in der Tat ängstlich. Die „Deutsche Kolonialzeitung" erklärte einmal: „Wir müßen den Neger dadurch beherrschen, daß wir ihm das Christentum bringen. Das Christentum ist einer der Kraftfactoren, welche wir auf das Negertum spielen laßen". Das „Polit. Wochenblatt" in Stuttgart, 1. Juli 1898, antwortete: „Die Mission ist

* O. Perthes Briefwechsel, Breslau 1896, S. 88.

nicht die dienende Magd der weltlichen Herrscherinnen. Es zeugt von wenig Achtung vor der Wahrheit des Christentums, wenn man in Europa in der Kirche nur eine Hülfsmacht für die Polizeigewalt und eine Schützerin der bestehenden Stats- und Gesellschaftsordnung sieht; nicht minder ist es eine Entwürdigung der Mission, wenn man sie als bloßes Kolonialhülfsmittel beurteilt. Darum ist es auch verkehrt, wenn die Kolonialregierung von Missionaren politische Hülfeleistungen fordert oder wenigstens erwartet, oder wenn sie gar in die innerkirchlichen Angelegenheiten der Missionsgemeinden sich einmischt."

Wenden wir das einfach zunächst auf die deutschen Landeskirchen an. Man wird auch auf sie etwas „spielen" laßen. Diese Statspolitik, die mit der „Union" eine preußische Kirche schuf, wird nicht ablaßen, bis sie auch ein kirchliches Groß-Preußen in Deutschland etablierte. Forderte doch Barkhausen, der höchste Diener der unierten Kirche, die Kirche des Kaisers auf, „sich zu sammeln um die allerhöchste Person des Kaisers!" Das ist „greuliche Verwüstung an heiliger Stätte". So hörten wir neulich. Und diese Verwüstung, wie müßte sie in einer evangelischen „Reichssynode" erst zur Lästerung werden! Ernste Christen in Preußen empfinden das auch. Gott gebe ihnen denn auch Mut zum Bekennen!

Wir sind in eine harte Schule geschickt. Wir sind in einen heißen Tigel geworfen. Ich bin überzeugt, daß Jakob Grimm Recht hat. „Euch katholischen Westfalen — schrieb er im September 1815 von Kassel aus an August v. Haxthausen — ist notwendiger Weise in der preußischen Herrschaft mancherlei nicht nach Eurem Sinne, dennoch aber würde Euch die österreichische auch nicht befriedigen, die im Ganzen und Weiten mehr gefällt, als bei Nähe und im Einzelnen gesehen." Er wird Recht haben. Aber eins steht fest. Unsere Lage, dieß Kleindeutschland, hat nicht genug Kapital von Naturkraft und Schwergewicht, also Ruhe in sich. Darum sagte „im ersten Monat des neuen deutschen Reiches", im Januar 1871, Fichte in Stuttgart: „Wir können uns kein Deutschland denken ohne das urkräftige, eine Fülle unentwickelter Keime enthaltende Bergvolk Tirols — — ohne die deutschen Stämme Vorder- une Hinterösterreichs."

Und dieß ist eben großdeutsches, echt nationales, geschichtliches Denken. Das Oesterreichertum, das rechte, geht nicht töricht auf Einverleibung Oesterreichs in das junge preußisch-deutsche Reich. Es wurzelt vielmehr „in den Grundsätzen Maria Thresia's und Josephs II.: organische Germanisierung ringsum und in den Osten hinab, organische, nicht gewaltsame. Bei einer organischen Germanisierung werden alle edlen Bestandteile der nichtdeutschen Völkerschaften mit aufgenommen, und es entsteht ein characteristisches Deutschtum, ein österreichisches Deutschtum. Dieß wollte er durchaus nicht in Gleichmacherei untergehen laßen, und den innigen Zusammenhang dieses österreichischen Deutschtums mit einem deutschen Reiche hielt er auch für eine Bereicherung des deutschen Reiches, für das gebahnte Feld der Kolonisierung, der deutschen Ausbreitung." So schildert nemlich Heinrich Laube Grillparzers Stellung. Das ist großdeutsches Denken. Preußisches kann weder Polen, noch die Reichslande angliedern, noch die Dänen.

Wir sind in eine harte Schule geführt. Zu welchen Demütigungen führt die kleindeutsche Politik! „Dem ernsten Deutschen war schon das Legendenbild eines toten St. Wilhelm unfußbar; es geht vollends über seinen Vorstellungskreiß hinaus, daß er nun einen Lebenden als den unfehlbaren Heiland anbeten soll. Ihm ist der Kaiser ein sterblicher Mensch." So Harden. Das war seine Antwort auf Prinz Heinrichs neues „Evangelium von des Kaisers geheiligter Person", die das deutsche Reich in Gischt und Dampf und Reichsgewalt führt.

Dir da reich werden wollen, fallen in Versuchung um Versuchung. „Hat nicht der Sultan, mit dem sich unser Kaiser jetzt freundschaflich begrüßt hat, 100,000 Armenier abschlachten und mit Knüppeln totschlagen laßen? Hat nicht jeder Zeitungsleser den unerträglichen Widerspruch zwischen Barbarei und Civilisation in der innersten Seele empfunden, als er las, daß unsere Kaiserin von dem Obereunuchen im Harem herumgeführt worden sei?" Hatte da Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" wol Unrecht? „Das deutsche Gefühl revoltiert gegen die Umarmung mit dem Muselmann" — setzt er hinzu. — — Und jetzt mit England setzen wir hinzu. Zu welchen Demütigungen sind wir verurteilt!

Und alle entspringen aus der Interessenpolitik. Diese wilde Politik hat Bismarck eingeführt. Sie hat 1866 gemacht. Und wer es machte, weiß, daß Mistrauen dieß Deutschland rings umlauert. Also stete Rüstung und noch mehr. Wir meinen, was Lippert zu Treitschke's in Berlin gehaltenen Vorträgen bemerkt: „Die geradezu dithyrambische Begeisterung für — den Krieg — wird kaum ganz erklärt erscheinen. Nicht ohne Zusammenhang mit dem an erste Stelle gestellten Machtprincip im Statsbegriffe erscheint ihm der Krieg nicht nur als ein notwendiges Uebel, sondern als die herrlichste Ausblüte des gesunden States." * — Man sieht, wir laßen am liebsten andere für uns das Wort nehmen.

Immer also Macht- und Interessenpolitik! Darum sind auch die großen Reden der preußischen Fürsten, die uns so beschweren, so auffallend. Als hätte Prinz Friedrich Karl 1866 das Muster gegeben! Zuerst und auf der einen Seite immer der liebe Gott, und dann auf der andern und rasch hinterher das: „eure Fäuste auf den Feind!"

Sind diese Reden im Ton der gepanzerten Faust denn Gott wolgefällig? Müßen sie uns nicht erschrecken und tief traurig machen? Kommt so wol Segen über das Land?

Und gegen das Machtprincip im Statsbegriff wird man in Deutschland nicht auftreten? Im Ganzen gewis nicht.

Es glaube niemand, die Deutschen seien zum Servilismus weniger geneigt als die Franzosen. Gerade jetzt vor hundert Jahren widmeten in Frankreich in einem einzigen Jahr sechzig Schriftsteller ihre Werke dem Kaiser. Und in Deuschland? Neunzig! Das machte das fascinierende Auge, nemlich der Erfolg Napoleons. Fehlte der Erfolg, so war er ein Komödiant. Der Erfolg kann aus den Deutschen Bediente machen. Laßt den Erfolg fehlen, und Ministerseßel werden wolfeil, und sämtliche Schnurrbärte im Reiche nehmen wieder ihre natürliche Form an. Und in diesem Augenblicke erst besinnt man sich dann vielleicht wieder, ob man mit einem Hurrah auf den Kaiser in den Tod gehen soll, wie die arme Mannschaft des „Iltis" es tat,

* Zeitschrift für Socialwißenschaft 1899, 11 S. 380.

oder mit einem Gebet zu Gott. Das letztere forderten die Socialdemokraten im Reichstag, nicht aber die Conservativen, welche — schwiegen! — Ja der Erfolg! Man prüfe. Und man wird die scheinheilige Verbrämung schlechter Politik mit christlicher Rückversicherung leicht finden. Selbst der rheinische Missionär Mans sagt: „Was die ganze Sache der Besitzergreifung eines chinesischen Hafens durch Deutschland angeht, so kann meines Erachtens das Urteil darüber nur folgendes sein: Einem State wie China gegenüber, der in seiner hochmütigen Selbstüberschätzung ein Recht von Nichtchinesen, in China zu wohnen und Handel zu treiben, überhaupt im Princip nicht anerkennt, dem vielmehr unsere europäischen völkerrechtlichen Grundbegriffe lediglich freche Anmaßungen der „fremden Teufel" sind, sieht sich ein europäischer Stat in die Notwendigkeit versetzt, einen Stützpunkt in China selbst zu haben, von dem aus der betreffende europäische Stat seine eigenen Untertanen und deren Handel schützen kann. Somit ist der Wunsch der deutschen Reichsregierung, einen chinesischen Hafen zu besitzen, im Princip nicht zu tadeln. Wenn die Socialdemokratie dieß tut, so geht sie dabei von einer Gleichwertung der chinesischen mit der europäischen Kultur aus, die den faktischen Zuständen in China gegenüber töricht und ungerecht ist. Die chinesische Welt sieht eben in Wirklichkeit ganz anders aus, als wie sie im Kopfe Bebels sich malt."

Wem wird nicht elend, wenn er diese Apologie vom November 1900 liest! Darf man die heiligen Gebote außer Wirkung setzen, wenn man mit Heiden zu tun hat? Aber die Statspolitik muß ja freilich von der Statskirche verteidigt werden. Das ist unsere Trauer eben.

Solche Dinge sind, wir wiederholen, nur durch erbliche Belastung völlig erklärlich. Das ist auch die mildeste Form der Erklärung dafür. Laßen wir sie also gelten. Aber unsere Kinder? — Denn wir sehen's, der Intellect läßt sich vorübergehend völlig züchten. Das ist mehr als die augenblickliche Hypnotisierung.

* * *

Wie stellen wir als denkende Christen uns zu unserer Umgebung?

Da fiengen an Sadrach, Mesach und Abed-Nego und sprachen zum Könige Nebucadnezar: Siehe, unser Gott, den wir ehren, kann uns wol erretten aus dem glühenden Ofen. Und wo er's nicht will, so sollst du dennoch wißen, daß wir deine Götter nicht ehren, noch das güldene Bild, das du hast setzen laßen, anbeten wollen! — — — Das heißt, wir beten und arbeiten, wie Christen ziemt. Auf Erden dienend, aber am Himmel haftend, und darum über den Elementen dieser Welt, welche vergeht, innerlich souverän erhaben, das Maß des Heiligtums unerschrocken an die Dinge legend — so sei es.

Es ist wahr, wir fürchten. Ein preußischer Werber unter Friedrich Wilhelm I. tauchte einmal im Jülich'schen auf. Es war ein Reichsbaron v. Hompesch. Er suchte „lange Kerls." Er fand einen baumlangen kräftigen Menschen. Es war ein Schreiner. Aber wie desselben habhaft werden? Er fand ein Mittel. Er bestellte bei ihm, bei dem Schreiner, eine Kiste, die so lang sein sollte, als der Schreiner selbst. Sie war nun fertig. Der Baron kam, sie zu besehen. Aber er fand sie zu kurz. Um zu beweisen, daß sie lang genug sei, hieß er den Schreiner, sich hinein legen. Der tat's. Da sprangen des Barons Leute herbei und warfen den Deckel auf die Kiste und nagelten sie zu und schleppten sie auch fort. Es ist wahr, die Kiste hatten sie, auch den Menschen drin. Aber — als sie die Kiste öffneten, da hatten sie — einen toten Mann! —

Wir fürchten die Folgen. Und wir wißen, es wird endlich jeder industriell gesättigte und angeschwollene, auf alle Meere gewiesene, zur Weltallpolitik vom Kapital verurteilte Stat immer verletzlicher. Und endlich im scheußlichen Ringkampf stürzen sie, die Tiere im Meere, übereinander, und der Erdball tönt vom Gekrach der Schuppenpanzer der Ungeheuer.

Wir fürchten. Aber wir schwanken nicht. Dann kommt ja, — das wißen die Christen, und darum sind Stellung und Blick von Oben herab so souverän, — endlich — das Ende!

Wildenbruch malt dichterich die „Zeit".

Mit Riesensprüngen kommt ein Riesenross,
Die „Zeit" sitzt drauf, ein halbverhüllter Reiter.

Sie ruft. Was ruft sie?
Weiter, weiter, weiter!

Sehr gut! Aber es gibt auch einen Herrn der Zeit. Und der ruft dann: Bis hierher und nicht weiter!

So wirds sein. Und Angesichts dieser Zukunft werden wir mit allem Christenvolk auf Erden die im alten Byzanz schon eingeführte Litaney beten — mit ihr sprechend und schließend:

Kyrie, eleison. Amen.

†

General Prim und die hohenzollersche Candidatur.

Herr H. Léonardon legt soeben die letzte Hand an eine Monographie über General Prim, die dann in dem Sammelwerke **Ministres et hommes d'Etat** bei Felix Alcan in Paris erscheinen wird. Eine ausführlichere Erörterung des im Titel genannten Gegenstandes bietet er schon jetzt in der **Revue historique** Jahrg. XXV (Band 74) II S. 287 ff. Da seine Ausführungen für das deutsche Publikum und für weitere Kreiße von Interesse sind, so bringen wir in einigen Fortsetzungen mit Genehmigung des Autors eine freie Uebersetzung seiner sehr sachgemäßen und gründlichen Darstellung:

Die September-Revolution 1868, welche mit der Vertreibung der Königin Isabella II. endete, war durch das Zusammenwirken dreier großer Parteien ins Werk gesetzt worden. Da waren die Liberalen, dem gemäßigten Liberalismus anhangend, der sich gern als Schutzherr der bürgerlichen Klassen gibt; die Progressisten, etwas mehr fortgeschritten in der Doctrin und zu Reformen ziemlich entschloßen; die Demokraten, am schwächsten an Zahl, allein die weitestgehenden in principiellen Fragen und dort wo es sich um Verfechtung der „Rechte des Volkes" handelt, größten Teils Föderativ-Republikaner. Diese letztgenannte Partei hatte bei dem Pronunciamónto von Cadix eine weit weniger glänzende

Rolle gespielt als die beiden anderen, und von den drei Männern, welche die Bewegung in die Bahnen geleitet hatten, gehörte ihr keiner an. Zwei von ihnen, General Serrano und Admiral Topete, rechneten sich zur liberalen Partei; der dritte, später von maßgebendem Einfluß auf den Gang der Ereignisse, General Prim, war Haupt der Progressisten. Dieses Triumvirat hatte es zu einmütigem Vorgehen gegen Isabella gebracht; es hatte sich auch dahin geeinigt, als die geeignetste Regierungsform für Spanien die Monarchie zu erklären. Gleich seine ersten Kundgebungen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, und die Januarwahlen 1869 brachten eine unbedenklich-monarchische Majorität in die constituierenden Cortez. Aber, wenn seither die theoretische Lösung der Revolution im Sinne einer liberalen Monarchie außer Frage stand, hinsichtlich der practischen Lösung d. h. für die Wahl eines Monarchen, zeigten die verschiedenen Parteien sehr weit auseinandergehende Strebungen. General Serrano, Admiral Topete und mit ihnen der überwiegende Teil der „Liberalen Vereinigung" wollten die Krone entweder dem Herzog von Montpensier zuwenden oder seiner Gemahlin, Donna Maria Luisa Ferdinanda, oder aber ihrem ältesten, damals erst neunjährigen Sohne. Ja es gab unter den „Unionisten" solche, die, schon durch den Sturz Isabellas zufrieden gestellt, die Wiedererhebung des Herrscherhauses in der Person ihres Sohnes Alfonso, des Prinzen von Asturien, unter der Vormundschaft des Herzogs von Montpensier, gerne gesehen hätten.

Die Progressisten wieder und jene Gruppe von Demokraten, die sich nicht für die Republik erklärt hatten, hielten an einem ganz anderen Ideale fest. Schon lange bevor sie zur Macht gelangt waren, hatten sie von Vereinigung der beiden Volksstämme der iberischen Halbinsel unter einem Scepter geträumt. Jetzt nachdem der Umsturz zur Tat geworden, schien die Zeit gekommen, diese Träume zu verwirklichen, sei es, indem man den regierenden König von Portugal Dom Luiz bestimmte, die Krone von Spanien anzunehmen, sei es, indem man sie seinem Vater, dem verwitweten König Ferdinand aus dem Hause Koburg antrug.

Diese Namen sind aber nicht die einzigen, die unmittelbar nach dem Pronunciaménto von Cadix sich hören ließen: in den

politischen Kreißen sprach man auch von Amadeus, Herzog von Aosta, von Espartero dem alten Häuptling der Progressisten, von Prinz Philipp von Koburg, Prinz Friedrich Karl von Preußen, Erzherzog Karl (Ludwig) von Oesterreich (des Kaisers Bruder), vom König von Sachsen; ja selbst einen Sohn der Königin von England nannte man als künftigen Herrscher von Spanien. Endlich, noch keinen Monat nach der Revolution, noch vor Mitte October 1868, spricht man schon vom hohenzollerschen Erbprinzen Leopold.[1]

Nun, das ist fürs erste nur ein Gerücht ohne Rückhalt, und kein dahin zielender Schritt war bei den Hohenzollern getan. In den ersten Tagen des December 1868 schreibt Leopolds Vater, Fürst Karl Anton, tatsächlich an seinen zweiten Sohn, den Fürsten Karl von Rumänien: „Die spanische Troncandidatur spukt bis jetzt nur in den Zeitungen, wir wißen kein Sterbenswörtchen davon, auch würde ich, wenn dieser Gedanke näher an uns herantreten sollte, niemals zur Annahme dieser zweifelhaften, in reinem Flittergold schimmernden Stellung raten können. Außerdem würde Frankreich wegen unserer Beziehungen zu Preußen niemals die Festsetzung der Hohenzollern jenseits der Pyrenäen gestatten können."[2]

Zwei Monate verstreichen, ohne daß, in Spanien wenigstens von diesem Candidaten die Rede gewesen wäre. Im Februar 1869 veröffentlicht ein zur „Liberalen Vereinigung" gehöriger Abgeordneter, Salazar y Mazerredo, eine kleine Schrift, in der er sich als entschiedenen Anhänger Ferdinands von Portugal bekennt, jedoch im Falle, daß dieser Fürst die Krone ausschlagen würde, seinen Mitbürgern in zweiter Reihe Leopold von Hohenzollern namhaft macht.

Etwa einen Monat später kommt Graf Rancès y Villanueva nach Berlin. Er war unter Isabella II. spanischer Botschafter daselbst gewesen und von der provisorischen Regierung an den Wiener Hof geschickt worden; der Posten in Berlin war seit der

---

[1] Aus dem Leben König Karls von Rumänien I, 296—297, 14. Oct. 1868.

[2] Ebenda 311.

Revolution unbesetzt geblieben. Villanueva kommt direct von Wien, um König Wilhelm zum Geburtsfeste zu beglückwünschen (22. Merz 1869) und bleibt fünf Tage in Berlin[4]. Dieser Besuch, der bis zu einem gewissen Grade mit dem Wiederaufleben jener Gerüchte zusammenfiel, die sich zu Gunsten der hohenzollerischen Bewerbung vernehmen ließen, ruft die Aufmerksamkeit Benedettis wach, des französischen Botschafters am Berliner Hofe. Herr von Bismarck hatte sich aber damals aus dem Staube gemacht; nun wendet sich Benedetti an den Stats-Untersecretär v. Thile und erörtert die Frage mit ihm. v. Thile entgegnet „in aller Form, daß zu keiner Zeit Anzeichen zu Tage getreten wären, die einer solchen Vermutung das Wort reden würden". Ueberdieß erklärte er Benedetti, daß dem Grafen Rancès y Villanueva nicht die geringste Anspielung auf diese Candidatur entschlüpft sei, und daß die beiden Unterredungen, die er mit Herrn v. Bismarck gehabt, sich nur auf die gegenwärtige Lage Spaniens bezogen hätten. Rancès hätte die Ansicht geäußert, daß die Cortes König Ferdinand erwählen würden, der ablehnen werde; dann werde sich die Majorität teils auf Montpensier teils auf den Herzog von Aosta werfen, das Feld würde Montpensier behaupten.[5]

Die Frage ist wol erlaubt, ob Herr v. Benedetti wirklich Gründe hatte, die seinen Schritt rechtfertigten, oder ob er ihn im Gegenteile auf eine vage Vermutung hin unternahm; jedesfalls gab er, unvorsichtig genug, Herrn v. Bismarck Gelegenheit, bei der französischen Regierung eine empfindliche Stelle zu entdecken, wo man ihr seiner Zeit bitter weh tun konnte.

Tatsächlich ist bis jetzt noch keine bestimmte Mitteilung zu Tage getreten, welche uns zu der Annahme ermächtigen würde, die Reise des Grafen Rancès habe wirklich den besonderen Zweck gehabt, den ihm Graf Benedetti unterlegte[6]. Auch ist zu be-

[4] Nach einer Pariser Correspondenz der „Indépendance Belge" vom 6. Juli 1870 war es Graf Rancès y Villanueva, dessen sich Bismarck bedient hatte, um den Sturz Isabellas herbei zu führen. Von dieser Correspondenz nimmt Bulle in Onckens Geschichte in Einzeldarstellungen IV, 3, S. 555 Notiz. (Anmerkung des Uebersetzers.)

[5] Benedetti, Ma mission en Prusse, S. 302 ff.

[6] Pirala erklärt in seiner Historia contemporanea III, 730,

achten, daß Rancès, vormals Botschafter unter Isabella, der sich der provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt hatte, nur der „Liberalen Vereinigung" angehören konnte, welche ja die Candidatur Montpensier begünstigte. Und das bestätigt seine Abschätzung der Aussichten verschiedener Bewerber, wie er sie, nach H. v. Thile, in seiner Unterredung mit v. Bismarck angestellt haben soll. Von Seiten Prims aber wäre es in ganz einzigem Grade unklug gewesen, einen Parteigänger des Herzogs zu wählen, um dem preußischen Hofe Eröffnungen bezüglich der Candidatur eines Hohenzollern machen zu laßen.

Anderseits sprechen gewisse Anzeichen dafür, daß Herr v. Bismarck sehr bald nach der Unterredung Benedettis mit v. Thile leise Einwirkungen auf die spanische Regierung versuchte, sei es, um ihr den Gedanken an diese Candidatur einzuflößen, wenn sie ihn noch nicht hatte, oder, wenn sie ihn schon hatte, ohne sich doch dabei aufzuhalten, um wieder ihre Aufmerksamkeit dahin zu lenken. Und wirklich — es war im April 1869 — erhält ein Vertrauensmann Prims — derselbe, dessen er sich im Januar für die Sendung an den verwitweten König Ferdinand bedient hatte —, Fernandez de los Rios, ein Schreiben von einem portugiesischen Edelmann, einem Freund Prims, dem Marquis de Niza. In diesem Briefe, der vom 16. April datiert war, gibt der Marquis Rios Nachricht von einer Unterredung, die er soeben mit dem italienischen Botschafter zu Lissabon, Oldoini, gehabt habe. Dieser hätte Niza nahegelegt, von seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Prim in dem Sinne Gebrauch zu machen, daß er ihm den Gedanken eingebe, sich an den Prinzen Leopold von Hohenzollern zu wenden. Am 22. April zeigte sich derselbe de Niza erbötig, nach Brüssel an jemanden zu schreiben, der den Prinzen könnte ausholen laßen. Am 30. macht er Fernando de

---

gestützt auf ein sicheres Zeugnis, Rancès habe wirklich mit Herrn v. Bismarck eine lange Unterredung über einen Gegenstand gehabt, der noch nicht aufgeklärt sei; doch behält sich Rancès vor, seiner Zeit darzulegen, daß er nicht den Unterhändler in der hohenzollerischen Candidatur gemacht habe. (Dazu bemerkt der Uebersetzer, daß gleichwol schon von ihr die Rede gewesen sein könne; den Unterhändler machte allerdings erst später Salazar.)

los Rios Mitteilung von einer mündlichen Unterredung, die er soeben mit dem italienischen Botschafter gehabt; er habe dem Italiener auseinandergesetzt, daß das spanische Cabinet, ohnehin schon höchlich verdroßen über die Weigerung König Ferdinands, die Krone anzunehmen, sich nunmehr nicht leichthin einem abermaligen Miserfolg aussetzen könne. Auf diesen Einwurf habe ihm der Botschafter den Rat gegeben, geheime Eröffnungen in Preußen machen zu laßen, wobei man sich vor allem an Bismarck, dann an die Familie Hohenzollern in Düsseldorf zu wenden hätte[1]. Zu guterletzt schreibt in einem weiteren Briefe vom 7. Mai 1869 Marquis de Niza eben wieder an Rios, daß ihm Vicomte de Seissal, der portugiesische Minister in Belgien, der soeben nach Lissabon zurückgekehrt sei, seinerseits geraten habe, Rios die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern namhaft zu machen. Preußen, habe er gesagt, werde sie freudig begrüßen; was Napoleon III. betrifft, werde er sie der Montpensiers noch vorziehen und auf jeden Fall sich ihr nicht zu widersetzen wagen.[2]

All diese Einflüsterungen blieben vor der Hand ohne Wirkung; allein, indem man ihren Spuren nachgeht, kann man nicht umhin, sich zu fragen, ob nicht Herr v. Bismarck es gewesen, auf den man ihren Ursprung zurückführen müße. Und ebenso ist zu beachten, daß der Mittelsmann, Marquis de Niza, zur nächsten Umgebung des verwitweten Königs Ferdinand gehörte, dessen Schwiegersohn ja Leopold von Hohenzollern war, als Gemahl seiner Tochter, der Infantin Antonie.

Zur selben Zeit wird Benedetti vom Kaiser nach Paris beschieden und verläßt Berlin für einige Wochen. Während seiner Abwesenheit bringt die „Augsburger Allgemeine" am 26. April 1869 eine Correspondenz angeblich aus Paris, die mit einer Anspielung auf Leopold von Hohenzollern, mitteilt, daß sich die Spanier glücklich schätzten, einen jungen Prinzen gefunden zu haben, intelligent, verwandt mit dem kaiserlichen Hause von Frank-

[1] Fernandez de los Rios, Mi Mision en Portugal, S. 341 ff.
[2] Ebenda 338.

reich. Man darf keinen Augenblick Bedenken tragen, in dieser Korrespondenz ein vom preußischen Minister inspiriertes Communiqué zu erblicken, bestimmt die Meinungen über den Eindruck zu vernehmen, den diese Kandidatur in Frankreich machen würde. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Das „Journal de France" beeilte sich Alarm zu schlagen.[9]

Nun wußte man genug; und Bismarck wurde in seiner Auffaßung noch bestärkt durch eine Unterredung, die Benedetti in den ersten Tagen des Mai mit ihm hatte.

Wenn man gewissen Zeugissen glauben darf, so würden der Kaiser und seine Regierung nicht die einzigen gewesen sein, die sich in dem Augenblicke mit dieser Frage der Politik beschäftigten. Man würde demnach in der Umgebung der Kaiserin Eugenie nicht ohne Wolwollen zwar nicht vom Prinzen Leopold, wol aber von seinem jungen Bruder Friedrich gesprochen haben, mit dem man eine Verwandte der Kaiserin vermählt haben würde.[10] Anderesteils berichtet der portugiesische Minister Saldanha, daß er im Mai 1869, als er in Paris die Geschäfte eines Botschafters besorgte, von der Prinzessin Mathilde beauftragt worden sei, sich bei Napoleon III. zu erkundigen, wie er die Kandidatur des Prinzen Leopold aufgenommen habe.[11] Solche Gerüchte sollen nur verzeichnet sein, ohne ihnen große Bedeutung beizumeßen, zumal für das zweite derselben Bestätigung durch eine der Personen, die am besten unterrichtet sein konnten, noch aussteht. Diese Erzählungen stehen überdieß in förmlichem Widerspruche mit den Ausführungen des Kaisers gegenüber Benedetti: „Die Kandidatur des Herzogs von Montpensier ist lediglich antidynastisch, sie berührt nur mich, und ich könnte sie hinnehmen; die Bewerbung des Fürsten von Hohenzollern dagegen ist wesentlich antinational, das Land (Frankreich) würde sich sie nicht gefallen laßen, und man muß sie hintertreiben."[12]

---

[9] Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 5 ff.

[10] Vgl. Archimbald Forbes Life of Napoleon III, 263. — Lauser, Geschichte Spaniens von dem Sturze Isabellas bis zur Tronbesteigung Alfonsos I, 218.

[11] Da Carnota, Memoirs of the Duke of Saldanha II, 405 ff.

[12] Benedetti Ma Mission en Prusse S. 307.

Allerdings hätte man diese Kandidatur „hintertreiben" sollen; allein es war ein grundlegender Irrtum der kaiserlichen Regierung, sie in Preußen „hintertreiben" zu wollen. Benedetti selbst gibt in seiner Depesche vom 11. Mai 1869 Nachricht von den Schritten, die er zu diesem Behufe bei Herrn von Bismarck getan.[13] Dieser Schritt war im Ganzen genommen nichts weiter als ein Versuch der Einschüchterung, und sein Ergebnis: das gerade Gegenteil von dem was angestrebt ward. Nicht nur war von Bismarck nicht eingeschüchtert worden, sondern er trug vielmehr aus dieser Besprechung die Ueberzeugung davon, daß die Kandidatur dem Kaiser genug mißliebig wäre, um sobald man es wünschte, einen casus belli aus ihr erwachsen zu laßen. Diesen casus belli, den seine vorschauende Schlauheit oder das täppische Ungeschick der französischen Diplomatie ihm eben an die Hand gegeben hatte, — er hielt ihn in Reserve und richtete sich darauf ein, ihn zur Hand zu haben an dem Tage, da er den Augenblick für gekommen hielt, sich seiner zu bedienen.

Es wäre von Seiten der kaiserlichen Regierung viel klüger gewesen, sich gar nicht an Bismarck zu wenden, wol aber an das spanische Kabinet. Man konnte diesen Gegenstand ganz leicht und in guter Freundschaft mit Prim erledigen. Die Haltung des Generals, seine beharrliche Gegnerschaft gegen die Bewerbung des Herzogs von Montpensier weist ja darauf hin, daß er den Wunsch hatte, dem Kaiser gefällig zu sein; und Prim würde ohne Zweifel in Zukunft um so lieber einem discreten Wink gegen die Kandidatur Hohenzollern entsprochen haben, als er ja noch gar nicht ernstlich an sie gedacht und sich noch durch keinen Schritt in dieser Richtung gebunden hatte. Es ist daher, bis auf beßere und tiefer gehende Informationen, die Ansicht Sybels zurückzuweisen, nach dessen Darstellung Prim dem Prinzen Karl Anton schon im April 1869 zu Düsseldorf einen erstmaligen Vorschlag habe machen laßen, einen Vorschlag, den nicht nur Prinz Leopold, sondern auch König Wilhelm und Herr von Bismarck trocken zu-

[13] Ebenda 307 ff. 311.

rück gewiesen hätten.[14] Vor allem stellt Sybel für diese Behauptung keinen Nachweis auf; ferner, was er auch immer darüber sagen mag, die Tatsache, daß die Memoiren Karls von Rumänien diesen ersten Schritt nicht erwähnen, gibt einen beachtenswerten Fingerzeig, ihn in Zweifel zu ziehen. Weiters würde wol dieser Schritt nicht von demselben Salazar y Mazarredo unternommen worden sein, welcher die geheimen Unterhandlungen zwischen Prim und den Hohenzollern führte, denn wenn Salazar schon im Frühjahr 1869 in Düsseldorf gewesen wäre, so würde derselbe Karl von Rumänien, welcher Zeuge der Verhandlungen vom September 1869 war, nicht gesagt haben, daß bei diesem Anlaße der Gesandte von Werthern wegen Vorstellung Salazars beim Prinzen Karl Anton ansuchte und diese Vorstellung auch bewerkstelligte.[15]

---

[14] Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. VII, 242 f.

[15] Léonardon meint, daß eine bereits früher stattgehabte Einführung die vom September überflüßig gemacht hätte, allein vielleicht war es im April noch Graf Rances, und vielleicht betraf die Anfrage nicht einen Prinzen aus dem Sigmaringer Zweige des Hauses Hohenzollern, sondern einen aus dem regierenden Hause. Léonardon erwähnt ja selbst den Namen des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, als einen der noch vor Leopold von Hohenzollern und noch vor October 1868 gleich nach dem Sturze der Königin Isabella, für den spanischen Tron namhaft gemacht wurde. Vom allgemeinen Gesichtspunkte betrachtet hatte diese Nennung jedesfalls auch nur denselben Zweck, zu dem die ganze hohenzollersche Kandidatur eingefädelt war: Frankreich zu vorzeitigem Losbrechen zu reizen. Ferner beweist die Nennung Friedrich Karls, daß es schon längst Leute in Madrid gegeben hat, die Bismarcks Pläne zu betreiben wußten, wie wir ja auch anderseits gehört haben, daß dem Grafen Rances, dem spanischen Botschafter in Berlin, ein Hauptanteil am Sturze Isabellas zukommt, demselben, der dann um den 29. Merz 1869 herum fünf Tage lang dem Könige von Preußen gratulieren mußte, bei dem er doch damals nicht accredidiert war. Es lag also gleich von Anfang etwas Hohenzollersches in der Luft, gleich Anfangs mußte Frankreich aufmerksam werden, und hatte wol auch Benedetti entsprechende Weisungen erhalten. Nun war es aber klar, daß man in Spanien an der Kandidatur Friedrich Karls würde Anstoß genommen haben wegen des Anstoßes, den sie in Frankreich geben mußte. Es wurde daher diese fallen gelaßen, dafür die

Endlich ist auch noch eine Unterredung, die während des deutsch-französischen Krieges der „Times"-Correspondent William Russel gehabt und die Sybel selbst überliefert, ein Beitrag, um die Annahme zu bestätigen, daß die ersten Eröffnungen von spanischer Seite nicht vor dem Herbste 1869 erfolgt sind.[16]

Uebrigens steht ja fest, daß die Kandidatur Hohenzollern zu jener Zeit noch nicht greifbare Gestalt angenommen hatte. Der beste Beweis dafür ist die Reise des Prinzen Leopold nach Rumänien und sein Aufenthalt bei Karl vom 26. April bis zum 7. Juni. Und vielleicht ist sogar die Annahme erlaubt, daß nach Bismarcks Meinung es allzu stille von diesem Handel wurde; denn am 14. Juli 1869 schreibt ein Berliner Bankier an den Regenten General Serrano einen langen Brief, um ihm die Vorteile jener Kandidatur zu Gemüte zu führen.[17]

Nicht früher als etwa gegen Mitte September 1869 ist von Seiten Spaniens der erste Schritt bei den Hohenzollern geschehen. Freiherr v. Werthern, der preußische Gesandte am Münchner Hofe, vormals Botschafter in Madrid, woselbst er mit Salazar bekannt geworden war, erwirkt vom Fürsten Karl August die Erlaubnis, ihm den spanischen Abgesandten vorzustellen, der dem Sohne die Krone anbieten soll. Die Vorstellung findet statt zu Weinburg, nahe bei Rheineck, den 17. September. Salazar

---

Leopolds aufgebracht. Daß man sich auch gegen sie unbedingt aussprechen würde, war nicht von vorne herein anzunehmen, man konnte für bewiesene Rücksichtsnahme erkenntlich sein. So sehr sich Spanien und Frankreich erleichtert fühlen mußten, als nicht mehr von dem Neffen des Königs von Preußen die Rede war, so sehr ließ sich hoffen, daß man einen andern hohenzollerschen Kandidaten rücksichtsvoll betrachten würde. Und Prinz Leopold verdiente auch alle Rücksicht; wie wir gehört haben, fand er sogar als Bruder seiner Brüder Interesse in Paris. Prim konnte hoffen, ihn durchzubringen. — In der Tat ein schlaues Spiel, das zuerst mit dem schwarzen Teufel anrückt, um durch sein Verschwinden den roten etwas annehmbarer zu machen. (Der Uebersetzer.)

[16] Sybel a. a. O. VI, 430 f. 438.

[17] **Pirala, Historia contemporanea III, 392,** — Pirala hatte sicherlich officielle Schriftstücke zu seiner Verfügung, die seinem Zeugnis einen ganz besonderen Wert verleihen.

kommt geradeswegs aus Vichy vom General Prim[48]. Bei dieser ersten Zusammenkunft tritt nun Salazar mit großer Wärme für sein Vaterland ein. Am zweitfolgenden Tage wird abermals eine Begegnung veranstaltet; sie findet auf der Rheinpromenade statt zwischen Salazar und dem alten Fürsten, den dießmal sein zweiter Sohn Karl von Rumänien begleitet. Wenn nun Salazar lediglich die Aufgabe hatte, zu erwirken, daß ein Hohenzoller sich des spanischen Trones annehme, so mußte ihm wenig daran gelegen sein, welcher es war: tatsächlich machte er bei dieser zweiten Zusammenkunft an Karl von Rumänien so wenig verhüllte Eröffnungen, daß der Prinz sich gezwungen sah, ganz entschiedene Ausdrücke zu gebrauchen, um seine Ablehnung zu bezeichnen. Am selben Nachmittage aber wird Salazar vom älteren Sohne Leopold empfangen. Dieser nun lehnt zwar die Krone nicht ausdrücklich ab, knüpft jedoch ihre Annahme an Bedingungen, die einer Ablehnung beinahe gleichkommen: so verlangt er einstimmige Wahl, will keinen Mitbewerber und die Gewisheit, nicht in eine Politik hineingezogen zu werden, die den Interessen Portugals entgegen sei mit Rücksicht auf die Familienbeziehungen, die ihn mit dem regierenden Hause dieses Landes verbinden. Mit diesem wenig ermutigenden Bescheid reist Salazar nach Hause.[49]

---

[48] „. . . der direct aus Vichy vom Marschal Prim kommt." (Aus dem Leben König Karls von Rumänien, II, 6.) Fürst Karl von Rumänien, der wie gerufen sich in Weinburg einfindet, sagt mit keinem Worte, daß Salazar irgend ein Einführungsschreiben von Prim gehabt habe.

[49] Pirala, der über so manche Einzelnheiten sich gut unterrichtet zeigt, setzt die Reise Salazars auf den 1. November und sagt, daß er von einem Beamten des Auswärtigen Amtes begleitet gewesen sei, mit Namen Don Juan Pablo Marino (Hist. contemporanea III, 392). Entweder unterläuft hierbei Pirala ein Datierungsfehler, oder es handelt sich vielleicht um eine andere Reise Salazars, die wir aber nirgends erwähnt finden. Wir (Lsonardon) neigen zur erst erwähnten Vermutung hin, da ein Fehler in der Zeitangabe schon dadurch nahegelegt wird, daß es Pirala an bestimmten Angaben über die Einzelnheiten der Sendung Salazars und ihre Zeitverhältnisse gemangelt zu haben scheint.

Zu allen diesen Vorgängen dürfte Prim, damals wenigstens, nichts weiter beigetragen haben, als daß er die guten Dienste Salazars eben guthieß. Als dieser nach Vichy zurückkehrte, war der General noch sehr unschlüssig in seinen Plänen. Er hatte gerade durch den portugiesischen Gesandten in Paris, Saldanha, neuerdings bei König Ferdinand anklopfen lassen, und da das Schreiben Saldanhas, das sich auf diesen Schritt bezieht, den 12. September trägt[20], so ist es ausgeschlossen, daß Prim die abschlägige Antwort Ferdinands in dem Augenblicke schon in den Händen hatte, als Salazar Vichy verließ, um sich nach Weinburg zu begeben.[21] Andererseits dachte Prim an einen anderen Candidaten, den Herzog von Genua, und wenn er Napoleon III. in einer Zusammenkunft, die er mit ihm hatte, über irgend eine Candidatur ausgeholt hat, so war es über diese. Nach Madrid zurückgekehrt, übernimmt Prim am 21. September die Leitung der Geschäfte[22]; am 28. beschließt der Ministerrat, die Krone dem Herzog von Genua anzubieten; am 1. October wird diese Candidatur einer Versammlung der Majoritätsgruppen vorgeschlagen, und am 30. in einer geheimen Sitzung eben dieser Gruppen zur Probewahl geschritten.[23]

Wollte man nun Sybel glauben[24], so hätte Herr v. Bismarck nicht vor Ende Februar 1870 von den Vorgängen in Weinburg Kunde erhalten, ja es würde ihm sogar erst im Juni desselben Jahres Gewißheit darüber geworden sein, welche Rolle Baron Werthern im September 1869 gespielt hatte. Diese Darlegung, die er auf das Zeugnis von Wertherns stützt, wird kaum zulässig sein. Sie wird noch unwahrscheinlicher, wenn man in Betracht zieht, daß Freiherr v. Werthern in den ersten Tagen des Octobers von München nach Baden-Baden kommt, um die Hohenzoller'sche Familie aufzusuchen und in sie zu „dringen",

[20] Veröffentlicht von Da Carnota, Memoirs of the duke of Saldanha, II, 378.

[21] Scheint doch nicht ganz unmöglich. (Der Uebersetzer.)

[22] Diario de Sesiones de las Cortes vom 1. October 1869.

[23] Annual Register, 1869, S. 259. — Orellana, Hist. del general Prim, II, 1014.

[24] Die Begründung des Deutschen Reiches VI, 486, Anm. 1.

den Gedanken an die spanische Bewerbung nicht ein für allemal von sich zu weisen[25].

Einige Wochen später, am 28. October, veröffentlicht Salazar y Mazarredo in Madrid einen Brief, in welchem er die hervorragendsten Bewerbungen eine nach der andern erörtert, um sie alle zurück zu weisen und schließlich, da König Ferdinand nicht zu haben sei, den Prinzen Leopold auszurufen, der Katholik, ein Mann von Kenntnissen und Bildung, Vater von drei Söhnen, reich, durch weiland seine Schwester und durch seine Gemahlin mit dem Hause Braganza verschwägert, durch Großmutter und Mutter mit der kaiserlichen Familie von Frankreich verwandt sei, während seine Bande mit dem regierenden Zweige der Hohenzollern ihm die Freundschaft Preußens in Aussicht stellten, wobei doch eine Verwickelung in dessen Politik von vornherein ausgeschloßen wäre. Ja, es war Salazar sogar gelungen, dem Prinzen Leopold in Spanien Ansprüche auf die Grafschaft Villalba und Verwandtschaft mit einem Valesco von Aragon zu entdecken[26].

Es scheint Léonardon nicht überflüßig, auf das Zusammentreffen der Schritte des Herrn v. Werthern in Baden und der Veröffentlichungen Salazars mit dem Zeitpunkte hinzuweisen, an welchem die spanische Regierung ihre Absicht kundgab, die Krone dem Herzoge (Thomas) von Genua anzubieten, und die Mehrheit der Cortes in dem Sinne zu bearbeiten begann, um die Wahl des Herzogs völlig sicher zu stellen. Diese Kandidatur wurde übrigens vom Kabinet mit vielem Eifer betrieben und ihr Erfolg schien ganz gesichert, um so mehr, als am 17. December der Minister des Aeußern Martos seine auswärtigen Organe beauftragte, die Mächte bei denen sie beglaubigt waren, officiös von ihr in Kenntnis zu setzen. In den Weihnachtsfeiertagen unternahm sogar Zorrilla, der Minister für Landesvertheidigung, zu Gunsten des jungen italienischen Prinzen eine Agitationsreise nach Aragonien.

---

[25] Aus dem Leben König Karls von Rumänien, II, 10. (5 October 1869.)

[26] Vergl. die deutsche Uebersetzung dieses Schreibens in Hirth, Tagebuch des deutsch-französischen Krieges, I, 9—18.

Da sollte mit einem Male, am 3. Januar 1870, ein endgültiger Bescheid Victor Emanuels die Hoffnungen Prims und seiner Genoßen vernichten. Unter dem Einfluße ihres morganatischen Gatten, Marchese Rapallo, und ihres Vaters, König Johann von Sachsen, hatte sich die Mutter des Herzogs (Tommaso) von Genua aufs entschiedenste einer Annahme der spanischen Krone durch ihren Sohn widersetzt.

Jetzt erst, nachdem er von allen Seiten abschlägig beschieden ist, entschließt sich Prim, officiell an Leopold von Hohenzollern heranzutreten. Er schickt Salazar direct nach Berlin mit Briefen von ihm, de dato 17. Februar 1870, an den König von Preußen, an Bismarck und an den Prinzen Leopold.[27] Die Verhandlungen finden nunmehr Ende Februar und Anfangs Merz in Berlin statt, wohin sich Leopold begibt. Bismarck ist lebhaft für die Annahme tätig. In einem an König Wilhelm gerichteten Promemoria weist er nach, welch' ein politischer Vorteil darin liegt, auf die freundschaftliche Haltung eines Volkes jenseits der Pyrenäen zählen zu können; er führt gleicher Weise den deutschen Handel ins Treffen, dem ein preußischer Prinz auf dem spanischen Trone neues Gedeihen verspreche. König Wilhelm erhebt wol Einwände — „die schwersten Bedenken" —,[28] überläßt jedoch die schließliche Entscheidung dem Prinzen Leopold.[29] Was den Kronprinzen Friedrich betrifft, so hält er die Lage in Spanien für durchaus unsicher und gibt dem Erbprinzen von Hohenzollern den Rat, sich dessen vollauf zu versichern, ob die preußische Regierung, welche für jetzt allerdings *vielleicht in ganz bestimmter Absicht* auf den Vorschlag eingehe, auch in Hinkunft jeder Zeit in der Lage sein werde, ihm tatkräftige Unterstützung zu leihen.[30] Der preußische Botschafter in Madrid, Graf Kanitz, zeigt an einem Teile wenig Begeisterung für diese Combination. Bismarck

[27] Pirala, Historia contemporanea III. 401.

[28] Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 68.

[29] Ebenda 66.

[30] Ebenda 68 f.: „Der Kronprinz warnt den Erbprinzen, sich darauf zu verlaßen, daß die preußische Regierung, wenn sie auch jetzt, vielleicht *zur Erreichung eines bestimmten Zweckes* auf dieses Project, eingienge ihm später ihre Unterstützung wirklich gewähren würde!"

sucht nur die Gegnerschaft der königlichen Familie und den Widerstand Leopolds niederzuringen. Am 15. Merz kommt es zu einem Kronrat, in dem der König den Vorsitz führt und dem der Kronprinz, Prinz Leopold, dessen Vater, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz, Thile und Delbrück anwohnen. Die preußischen Räte erklären sich einstimmig für Annahme, die sie als patriotische Pflicht hinstellen. Nach peinlichem Seelenkampfe beharrt Leopold bei der Ablehnung der Krone. Prinz Karl Anton bringt dann den Namen seines dritten Sohnes aufs Tapet. Der ist auf der Rückreise von der Riviera begriffen. Er wird telegraphisch nach Berlin beschieden und langt an, von der im Zuge befindlichen Unterhandlung durch wiederholte Rücksprache mit dem spanischen Gesandten in Florenz schon unterrichtet. Nach dem Beispiele seines älteren Bruders lehnt er das Anerbieten sehr entschieden ab und erklärt, nur auf förmlichen Befehl des Königs von Preußen darauf zurückkommen zu wollen.[21] Mittlerweile ist Salazar schon wieder nach Spanien zurück, aus Besorgnis, durch einen längeren Aufenthalt in Berlin und durch seine zahlreichen Besuche bei Bismarck Aufsehen zu erregen.

Unterdessen setzt der preußische Kanzler seine Bemühungen bei den Hohenzollern fort und macht aus der Annahme eine politische Notwendigkeit. Es ist kein Zweifel mehr, der Widerstand Leopolds und Friedrichs beginnt zu weichen, denn Anfangs April stellt ihr Vater drei Bedingungen, aus denen man entnehmen kann, daß im Falle des Zugeständnisses einer von den jungen Fürsten sich entschließen würde, König von Spanien zu werden.

Nunmehr läßt Bismarck am 3. April den Legationssecretär Lothar Bucher nach Madrid gehen, um hier die politische Lage zu studieren. Er sucht zu gleicher Zeit irgend einen Kenner des Spanischen ausfindig zu machen, um so in den Stand gesetzt zu werden, sich über die Volksstimmung in Spanien Rechenschaft zu geben; dieß auf Rat des Baron Werthern. Daraus kann man allerdings und zwar im Gegensatz zu Sybel entnehmen, daß Herr v. Werthern nicht erst den Monat Juli 1870 abgewartet habe, um dem Kanzler gegenüber den Schleier von seinem Anteil an

[21] Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 70, 72 f., 77.

jenem Geschäfte zu lüften.[32] Ein Officier des Generalstabes Major v. Versen, wurde in den ersten Tagen des April für die Sendung bestimmt. Versen dehnt seine Nachforschungen auf die Provinzhauptstädte aus und kommt zu dem Schluße, daß ein Hohenzoller gute Aufnahme finden würde. Er nimmt einen vorzüglichen Eindruck von der spanischen Armee mit.[33]

(Schluß folgt.)

Berliner Welt- und Kirchengeschichte.

I.

Im neuen Deutschland fängt bekanntlich die Weltgeschichte erst beim großen Kurfürsten von Brandenburg an. Der Berliner Professor Reinhold Seeberg hat es aber fertig gebracht, in seiner interessanten Schrift:

„An der Schwelle des 20sten Jahrhunderts, Rückblicke auf das letzte Jahrhundert deutscher Kirchengeschichte Leipzig, 2. Auflage 1901

auch eine mit dem Berliner Professor Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher im Jahre 1799 beginnende „Deutsche Kirche" zu construieren und in seinen Rückblicken auf den Verlauf des Jahrhunderts das wunderliche Phantasiebild einer „Berliner Kirchengeschichte" an die Wand zu malen. Es handelt sich darin weniger um die Eine, heilige allgemeine Kirche, das Königreich Christi, als um eine neue „preußische Kirche!"

Die Gegenwart ist allemal Resultat des ganzen voraufgegangenen göttlichen Weltregiments. Darum erkennen wir das abgelaufene Jahrhundert als eine Periode der unaufhaltsam triumphierenden Revolution gegen Gottes Gesetz und Ordnung. An

---

[32] General v. Versen .... aus hinterlaßenen Briefen und Aufzeichnungen zusammengestellt von Frhr. v. Werthern S. 78 (Berlin 1898).

[33] Ebenda 81. — Pirala a. a. O. III, 394 setzt die Sendung Versens mit Unrecht der Kriegserklärung von 1870 nach. Dem citierten Werke zufolge kehrt Versen nicht nach Spanien zurück und nahm am französischen Feldzuge Teil.

den entscheidenden Tatsachen verstehen wir die heutigen Zustände in allen christlichen Staten und können wir damit die Zukunft und die für die kommenden Geisteskämpfe uns vorgezeichneten Aufgaben aller gläubigen Christen bestimmen. Die Jahreszahlen 1813, 1830, 1848 und 1866 zeichnen die stufenweise auf einander folgenden und auseinander erwachsenen Epochen dieses Processes der universellen Revolution, für welche die erste französische Revolution von 1789 bis 1799 und 1813 das Vorspiel war. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Und diese Wirkungen haben wir an den heutigen Richtungen und Parteien, an den lebendigen Menschen noch immer vor Augen: Conservative Liberale, Imperialisten, Socialisten sind allzumal Förderer und Diener der uns vorausgesagten Ungerechtigkeit gegen das öffentliche Recht der christlichen Völkergesellschaft, gegen Gottes Gesetz und Gnadenregiment. Sie sind zugleich die beständigen Zeugen der Gerichte Gottes, der, wie das ganze Alte Testament und alle Weltgeschichte lehren, die Völker wie die einzelnen Menschen durch die Folgen ihrer eigenen Sünden züchtigt, und wenn sie sich nicht züchtigen laßen, Seine „Hand abtut" und sie damit zu Grunde gehen läßt.

Dieses große Drama der Weltgeschichte, das uns schon an der Geschichte von Pharao und Mose anschaulich gemacht ist, hat gerade bei dem jüngsten Wechsel des Jahrhunderts von Neuem die unfehlbare Ordnung der göttlichen Gerechtigkeit bestätigt, welche schon die antike Vorstellung einer Nemesis anerkannte. Das 19. Jahrhundert endete mit dem tiefen Fall der einst gewaltigsten Mächte Frankreich und Spanien; das 20. beginnt mit dem Mordbrennerkriege der in ihrem Reichtum entmenschten britischen Nation; und die sämtlichen Großmächte vereinigen ihre Armeen und Flotten um zu prahlen und zu plündern und beim ersten Anlaß übereinander her zu fallen. Was ist der gerühmte Kulturfortschritt? Völkerbetrug! Was ist die freie Presse? Ein Privileg für die Lügen der Mächtigsten, Reichsten und Schlausten! Und doch zittern sie vor der Zukunft. Mit Recht, denn die „Mehrheit" gehört der Socialdemokratie.

Dieses trostlose Resultat enthüllt den Grundschaden, woran die gesammte Christenheit jetzt krankt — und nach Gottes Barm-

herzigkeit genesen soll. Es ist die vollendete Bestätigung der Offenbarung: „Ich will die Sünde der Väter heimsuchen an den Kindern bis ins 3. Glied, aber übe Barmherzigkeit an denen, die Mich lieben bis in tausend Glied" — wie sie sich an Israel und Juda und an Heiden und Christen wiederholt hat und jetzt an der vorausgesagten Herrschaft der „Ungerechtigkeit" in Erfüllung geht. Aber wo sind die aufrichtigen Christen, die Diener des Wortes Gottes, die Hirten der Heerden Christi, welche mit offenen Augen furchtlos den Abfall bekämpfen? Das Wort haben die Spötter, welche nach ihren Lüsten wandeln und sagen: wo ist die Verheißung der Zukunft? Denn nachdem die Väter entschlafen sind, bleibt es Alles wie es von Anfang der Kreatur gewesen ist." So denkt die Mehrzahl der heutigen Gebildeten; es ist Alles schon dagewesen: Tag und Nacht, Gute und Böse; die Menschen, aus Affen erwachsen, werden von selbst immer vernünftiger und besser; Freiheit, womit Jeder tun kann, was er will, beseitigt die Schwachen; die Starken machen das Recht zum Glück der Völker. Das war das Evangelium Napoleons und Bismarcks und ist nun die Losung der Sozialdemokratie.

Aber seit 5000 Jahren ist noch nie ein Affe Mensch geworden; dagegen haben zahllose Gebildete und Gelehrte sich zu Affen gemacht, und bei allem Fortschritt des Wißens wachsen Verbrechen, Unehrlichkeit, Unsittlichkeit, Verarmung, Geisteszerrüttung, wie einst im sinkenden Römerreich. Alle Heiden sind früher oder später entartet, verwildert, vergangen; nur innerhalb der Christenheit bewegt sich seit 2000 Jahren der Kulturfortschritt. Was die Menschheit beständig bewegt, ist nicht bloßer Wechsel, sondern Kampf auf Leben und Tod zwischen Finsternis und Licht, trostloser Lüge und ewiger Wahrheit. Darum geht auch im 19. Jahrhundert, gegenüber dem lauten, unverkennbaren, unaufhaltsamen, stufenweise die menschliche Gesellschaft zerstörenden Niedergange der Revolution bis zum offenen Abfall, Leugnung von Gottes Gesetz und Regiment, Gottesfeindschaft und völliger Verblendung, ein ebenso stufenweise wachsender, den Massen der Gebildeten und Gelehrten unerkennbarer Aufgang der Glaubensgewisheit aus dem tiefen Schlafe des Rationalismus mit der gleichzeitigen Glaubenserweckung in allen Bekenntniskirchen,

Herstellung der Kirchen- und Kultusordnungen, Liebeswerken und im triumphierenden Kampfe wider die Irrlehren wachsenden Verständnis der H. Schrift, Kirchengeschichte und Kirchenlehre und der uns damit von Gott gesetzten Aufgaben.

Es kann doch nicht Zufall sein, sondern muß aus einem psychologischen Gesetze erklärt werden, daß die universelle Revolution von 1830 bis 1866 mit den noch heute in den Parlamenten sich scheidenden Parteien: Conservative, Liberale, Demokraten, Imperialisten, genau dem Verlaufe der ersten französischen Revolution von den Idealisten der Gironde und den Jakobinern bis zur napoleonischen Schreckensherrschaft entspricht, und daß die Jammergestalten oder naiven Starrköpfe der längst „abgelebten" Parteien — wie Herr von Miquel richtig sagte — noch immer mit dem Schein und den Phrasen ihres einstigen Idealismus unserer Rechtspartei gegenüberstehen, obgleich sie sämtlich — auch das einst unter Mallinckrodts Führung so tapfere, jetzt auf Herrn Lieber herabgesunkene katholische Centrum — dem Baal des Cäsarismus räuchern.

Anfang der Revolution war und ist noch immer das Evangelium der (Gottes Gesetz verleugnenden) Menschenliebe, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche, unter Beseitigung der von Gott zum Schutz von Recht, Ordnung und Frieden in der menschlichen Gesellschaft verordneten Obrigkeiten und mit der Sorge und Bevormundung des ungebildeten besitzlosen Volkes, die völkerbeglückenden Ideen der Gelehrten und Besitzenden: Volkssouverainetät, Repräsentativ-System, Majoritäten-Gewalt, Constitutionen, Parlament, öffentliche Meinung, Preßfreiheit, Handels- und Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw. realisieren will. Diesem Traum der Menschenliebe huldigten der unglückliche König Ludwig XVI. selbst, Adel und Geistlichkeit, bis sie beseitigt, d. i. ebenso wie bald darauf jene Volksbeglücker, guillotiniert wurden. Es war dasselbe Evangelium des Liberalismus, welches durch die Juli-Revolution von 1830 mit ihrem Bürgerkönige jene Theorieen in allen Staten zur Geltung brachte mit der Tendenz, nicht nur alle geschichtlich erwachsenen Ordnungen, sondern auch die vaterländischen und heimatlichen Sitten und Denkmäler zu verhöhnen und zu beseitigen. Und es ist dasselbe

Evangelium des Nationalliberalismus unserer Tage, der mit denselben Phrasen, an die keiner seiner Anhänger noch glaubt, in allen christlichen Staten noch Freiheit und Völkerbeglückung heuchelt, um sich in Cliquen unter einander um die Macht zu zanken oder dem jeweiligen Gewalthaber zu dienen. Er predigt noch Brüderlichkeit mit statsmännischen Phrasen, um seinen Landesverrat zu decken, und predigt Gleichheit, wenn er von dem jeweiligen Machtbesitzer ausgenutzt, verachtet und „an die Wand gedrückt" ist.

Auf diese erste Stufe der Revolution folgt die consequentere, ehrlichere, aber borniertere Demokratie, des nicht gelehrten nicht gebildeten und nicht besitzenden Volkes, welche die Souveränetät und die Sorge für das Glück des ganzen Volkes diesem selbst und seiner Mehrheit ohne Bevormundung der Herren Bourgeois beanspruchte und im Namen dieser Mehrheit (Jakobiner) die Vormünder (die Bourgeoisie) ebenso wie die Könige, Adel und Geistlichkeit, beseitigte, schließlich sich untereinander guillotinierte und damit die politische Anarchie herbeiführte, aus welcher dann der Cäsar die Gesellschaft mit dem Gesetz seines Machtwillens rettete. Das war wiederum der „Völkerfrühling" von 1848, vor dem der Bürgerkönig in Paris weg lief, und vor dem alle Trone zitterten, der aber ebenso schnell vergieng, wie die Jakobinerherrschaft, durch die eigene Unfähigkeit. Auch diese Phase der kurzsichtigen aber immerhin noch consequenten und characterfesten Vertreter des Freiheits-Evangeliums haben wir noch jetzt vor Augen an der Partei der Freisinnigen oder Fortschrittspartei (Eugen Richter), die aber von der im Jahre 1866 von Bismarcks Gnaden mit dem allgemeinen Wahlrecht beschenkte Socialdemokratie schon längst überflügelt und auf den Sterbeetat gesetzt sind.

Auf das verunglückte Evangelium der Völker beglückenden Menschenliebe, die allemal in politischer Anarchie endet, folgte dann der Cäsarismus des gewaltigen Korsen mit dem Gott trotzenden Gesetz des menschlichen Machtwillens, womit er im Innern die stumme Ruhe des Schreckens, nach außen den blutriefenden Schrecken erzwang, bis Gottes Wunderhand dem ein Ende machte. Und wiederum spottete ein schlauer Abenteurer,

der dritte Napoleon, den Phrasenhelden der Menschenliebe und Völkerbeglückung und ihrer Parlamente und öffentlichen Meinung. Aber was er erstrebte, die völlige Aufhebung des die christliche Völkergesellschaft regelnden Stats- und Völkerrechts, die schrankenlose Autorität der vollendeten (Unrechts-) Tatsache, das Macht vor Recht und die Herrschaft des die Herrschaft erstrebenden Eigenwillens, das vollendete im Jahre 1866 ein Stärkerer; ein in der Brutalität des ersten Napoleon und in der Schlauheit des Neffen geschulter Kraftmensch, der mit Blut und Eisen und mit Hülfe aller Revolutionäre die Skrupellosigkeit Beider übertrumpfte. Damit ist die Führung der universellen Revolution vom katholischen Frankreich an das protestantische Deutschland gefallen und die letzte Phase der Revolution eröffnet, die sociale Frage, welche nicht durch politische Kunststücke gelöst wird, noch auch durch politische Machtvermehrung. Es kommt da die sociale Gleichheit der Besitzenden und Besitzlosen, der Gebildeten und Ungebildeten, der Gelehrten und der Ungelehrten ins Spiel; die „Magenfrage", wie der politisch und geistig kranke Bismarck sagte. Es ist dieß die Frage aller derer, welche das Vater-Unser beten.

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf in Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 56. Februar 1901. 10. Jahrgang.

General Prim und die hohenzollersche Candidatur.

(Schluß.)

Während nun Versen seinen Forschungen nachgeht, fordert Prim von den Hohenzollern umgehend entschiedene Antwort. Prinz Karl Anton wird am 20. April nach Berlin beschieden. Bismarck liegt krank in Varzin. Der König kann sich nicht entschließen, auf Leopold oder Friedrich einen Druck auszuüben, und so übermittelt ein Telegramm vom 22. April auf dem Umwege über Lothar Bucher an Prim den abschlägigen Bescheid des Fürsten Leopold.[84]

Major v. Versen kehrt am 6. Mai nach Berlin zurück und erklärt, daß die Sache nahezu aufgegeben sei. Bismarck ist noch leidend. Versen übernimmt es, an seiner Stelle zu handeln. Er wendet sich an den Kronprinzen, stimmt ihn um, erwirkt von ihm ein Schreiben, mit welchem er sich am 20. Mai nach Düsseldorf begibt und jagt dem alten Fürsten bis Nauheim nach, woselbst dieser eben eingetroffen war. Er tritt bei ihm mit solchem Erfolg für die spanische Candidatur ein, daß Karl Anton sowie sein Sohn sich entschließen, an den Kronprinzen je einen Brief zu schreiben, den einen am 23., den andern am 25. Mai, woraus zur völligen Klarheit erhellt, daß Leopold, von Bedenken erfaßt, geneigt ist, von seiner Ablehnung zurückzukommen. Der Kronprinz verständigt zunächst den König, dann Bismarck (30. Mai) von dieser veränderten Haltung des Prinzen, und nun hat Bismarck nichts eiligeres zu tuen, als an den Fürsten Karl Anton ein

[84] Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 80 f. — General v. Versen, 81.

Promemoria zu richten, in welchem er all die Gründe ins Treffen führt, die für Wiederaufnahme der Bewerbung sprechen.[85]

Unterdessen hat Prim nach Empfang des Telegramms vom 22. April den Entschluß gefaßt, sich anderweitig umzusehen. Er ist zum dritten Male mit Ferdinand von Portugal in Verhandlungen getreten und hat sich zum dritten Male ein „Nein" geholt. Nun scheint er den Mut zu verlieren und kündigt, ohne Kenntnis des Wechsels, der sich in Preußen vollzogen, am 11. Juni der gesetzgebenden Versammlung den Miserfolg seiner Schritte beim König Ferdinand, den Herzögen von Aosta und von Genua an. In verhüllten Wendungen spielt er noch an auf fruchtlose Bemühungen bei einem vierten Candidaten. „Man wird mir erlauben", sagt er, „seinen Namen nicht auszusprechen, das würde Mangel an Tact verraten, und es könnten sich Verwicklungen daraus ergeben; überdieß habe ich in dieser Sache mein Wort verpfändet."[86] Dieser namenlose Candidat war Leopold.

Tags darauf wird Prim durch ein Schreiben Bismarcks, will sagen eine Antwort auf sein eigenes Schreiben vom 17. Februar, vielleicht auch durch unmittelbares Einschreiten eines Vertrauten des Kanzlers,[87] unterrichtet, daß die Umstände einer Wiederaufnahme der Verhandlungen sich günstig zeigten. Am 14. Juni entsendet General Prim Salazar mit Vollmacht nach Sigmaringen. Salazar kommt in Begleitung eines Secretärs am 19. in Sigmaringen an. Major v. Versen befindet sich daselbst und macht in eigener Person den Dolmetsch. Man kommt rasch ans Ziel. Für den Ruhm des Hauses und um des Vaterlandes willen, hat Leopold sich entschloßen, seine persönlichen Neigungen zu opfern. Ein Brief geht an König Wilhelm ab, der

---

[85] Ebenda 81 f.. — Bismarck-Jahrbuch, herausgegeben von Horst Kohl IV (1897), 96. Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 30. Mai 1870. — Aus dem Leben König Karls II, 92 f.

[86] Diario de Sesiones de las Cortes constituyentes, de 11. de junio 1870.

[87] Wahrscheinlich noch Lothar Bucher; Poschinger (Ein Achtundvierziger, Leben und Wirken Lothar Buchers) spricht im dritten Bande nicht ein Wort über Buchers spanische Sendung. (Der Uebersetzer.)

sich damals schon in Ems aufhält, um seine Genehmigung nachzusuchen. Während er die Antwort in Sigmaringen abwartet, schickt Salazar unter Vermittelung Versens zwei Depeschen nach Madrid, die eine an Prim, die andere an den Vorsitzenden der Cortes, Zorilla: in dem ersten Telegramm zeigt er die Annahme der Krone durch den Prinzen Leopold an, vorbehaltlich der Genehmigung des Königs; in dem zweiten teilt er Zorilla mit, daß er am 26. Juni wieder in Madrid zu sein hoffe; dann wird die Wahl stattfinden, und hierauf wird eine Deputation von fünfzehn Abgeordneten sich aufmachen, um die Krone dem Prinzen feierlich anzubieten.

Major v. Versen bringt das Datum der Depeschen nicht, allein da er sich seit dem 21. nicht mehr in Sigmaringen befindet, denn er ist schon in Berlin, muß man schließen, daß diese Telegramme vom 19. oder 20. Juni sind.[38]

Den 21. laßen Prim und Zorilla durch ihren Freund Martos den Cortes einen Antrag stellen und befürworten, welcher dem Präsidenten der Kammer das Recht gibt, die Tagung nach eigenem Ermeßen zu schließen; am 23. erklärte Zorilla, daß er bei dem Mangel an wichtigeren Angelegenheiten die Session schließe, wobei er der festen Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß man im November das Gebäude der Verfaßung werde krönen können.[39]

Um dieses unerwartete Vorgehen zu erklären, gibt die spanische Regierung vor, es sei die Depesche, vermittelst welcher Salazar seine Rückkehr für den 26. Juni festsetzte, mit einer Aenderung im Text angelangt, welche den „9. Juli" statt des „26. Juni" lesen ließ. Aus Furcht, man könnte von der Sache Wind bekommen, hätte die Regierung nicht gewagt, die Cortes, die sich schon nach Ferien sehnten, noch länger zurückzuhalten.[40]

Von Bismarcks Standpunkt gesehen ist dieser Fehler, wenn er wirklich gemacht wurde, beklagenswert. Denn für den vollen und sichern Erfolg der preußischen Machenschaften war es notwendig,

[38] Werthern, General v. Versen, 83 ff.

[39] Diario de Sesiones de las Cortes constituyentes (Sitzungen vom 21. und 23. Juni 1870.)

[40] Werthern, a. a. O. 84. — Pirala, Historia contemporanea III, 398.

daß die hohenzollersche Candidatur den Cortes noch während dieser Tagung zugieng.[41] Trat sie an die Versammlung officiell heran, so war kein Rückzug mehr möglich, weder von Seiten Prims noch von Seiten Leopolds, und der Protest Frankreichs mußte, indem er in den Abgeordneten der Cortes das Gefühl souveräner Unabhängigkeit verletzte, gerade die Wirkung haben, daß die Wahl des Prinzen Leopold unmittelbar darauf erfolgte. Wenn dann Napoleon III. die preußische Regierung wegen ihres Anteiles an diesen Umtrieben zur Verantwortung zog und dahin kam, ihr den Krieg zu erklären, konnten Spanien und sein neuer Herrscher sich der Verpflichtung nicht wol entziehen, zu den Waffen zu greifen, und eine Diversion über die Pyrenäen würde beigetragen haben, den Erfolg Preußens sicher zu stellen.

Nur bezweifeln wir einen Entzifferungsfehler in dem Telegramm Salazars an Zorilla. Prim wußte ja sehr genau, daß die hohenzollersche Candidatur Frankreich nicht willkommen sein konnte. Dafür genüge einstweilen der Hinweis auf die absolute Unkenntnis, in welcher Prim den spanischen Botschafter in Paris Olózaga über die Verhandlungen Salazars erhielt, denn er wußte um Olózagas warmes Interesse für Frankreich gar wol. Aber er hoffte, Napoleon III. im Monat Juli zu sehen; er kannte die freundschaftliche Gesinnung, die Napoleon dem Prinzen Karl von Rumänien, Leopolds Bruder, entgegen brachte, und wahrscheinlich hoffte er, seine Zustimmung zu erlangen, wenn er auf die verwandtschaftlichen Beziehungen hinwies, die mütterlicher Seits das Haus Hohenzollern mit den Bonapartes verbanden. Das war eine Einbildung, zu der aber Bismarck sein Möglichstes beigetragen hatte. Gleich Anfangs hatte die „Augsburger Allgemeine" im April 1869, dann Salazar mit seinen Darlegungen vom October des gleichen Jahres, die Welt von jenen verwandtschaftlichen Beziehungen in Kenntnis gesetzt.

Um zu dieser gütlichen Lösung zu kommen, mußte Prim gelegene Zeit abwarten und mit Napoleon davon sprechen; und zwar war es durchaus geboten, daß er als erster mit dem Kaiser

---

[41] Werthern a. a. O. 84 und Moritz Busch, Tagebuchblätter I, 80 Anmerkung.

über diese Candidatur verhandelte, und daß er sich ja nicht den Anschein gab, als wollte er Napoleon vor ein fait accompli setzen. Sobald Prim merkte, daß Bismarck ihn schneller, als er selbst sich vorgesetzt, zum entscheidenden Schritte treiben wollte, versuchte er sofort, sich aus dem Handel zu ziehen, und es ist nur geschehen, um sich die nötige Zeit und Actionsfreiheit zu wahren, wenn er in Uebereinstimmung mit Zorilla unter einem erfundenen Vorwande ganz plötzlich die Session der Cortes schließen ließ.

Möglicher Weise gieng ihm auch mit einem Male ein Licht auf über die Rolle des Lockspitzls, die ihn Bismarck spielen laßen wollte. Es ist in Spanien ein vertraulicher Brief bekannt geworden, der mit einer Klarheit sonder Gleichen den Vers erkennen läßt, welchen sich die preußische Politik zurecht gelegt hatte, um, wenn Frankreich Aufklärungen fordern sollte, antworten zu können, und dieses Stücklein hat sich ein wenig später in Ems abgespielt. Seine böse Absicht ist einleuchtend genug durch die Memoiren Karls von Rumänien dargetan worden. Es handelt sich um einen Brief Bismarcks, der in Piralas Historia contemporanea gebracht wird, doch ohne Adresse und ohne Datum. Gleichwol läßt der Inhalt als Adressaten jemanden erkennen, der in Madrid in der Umgebung Prims lebte, auch läßt er erkennen, daß der Brief unmittelbar nach jenem geschrieben wurde, mit welchem Bismarck das Schreiben Prims vom 17. Februar 1870 beantwortete. Dieses Antwortschreiben Bismarcks an Prim, das, wie bereits erwähnt, sehr lange hatte auf sich warten laßen, war in der Absicht entstanden, um Prim die Wiederaufnahme der Candidatur Hohenzollern nahe zu legen. Sybel scheint es an das Ende des Monats Mai 1870 hinabrücken zu wollen [42]; allein schon auf Grund des Inhaltes und wegen der Zeitlage, in der die Verhandlungen des Majors v. Versen mit den Hohenzollern vor sich giengen, glauben wir, diesen Brief an Prim mit mehr Recht einem Datum näher dem 11. Juni zuweisen zu müßen [43]; gleichermaßen das Document das wir nunmehr wiedergeben:

---

[42] Sybel a. a. O. VII, 255.

[43] Das ist auch die Meinung Chaudordy's, dem sich Legrelle in

„Es ist allerdings möglich, schreibt Bismarck, daß wir eine vorübergehende Gährung in Frankreich wahrnehmen werden, und es ist ohne alle Frage notwendig, allem aus dem Wege zu gehen, was beitragen könnte, diese Gährung hervorzurufen und zu steigern. Wäre es nun bei solchem Sachverhalte ersprießlich, meinen Namen mit diesen Verhandlungen in Verbindung zu bringen? Ich glaube nicht, ich glaube im Gegenteil, daß man meine Person vollständig aus dem Spiele laßen soll. Ich habe auch tatsächlich officiell nicht das Mindeste dabei zu schaffen. Es handelt sich um eine Willenskundgebung des spanischen Volkes auf der einen Seite, andererseits um einen Fürsten, der volljährig, Herr seiner Handlungen und einfacher Privatmann ist. Wenn er Gründe gehabt hat oder nicht gehabt hat, seinen Vater und den Chef des Hauses um ihre Zustimmung zu befragen, so ist das eine Frage privater Art, keine Statsaffaire. Dem Könige hinwieder eine Anleitung zu geben, wenn derlei Projecte auftauchen, ist Pflicht des Ministers vom königlichen Hause, aber als Präsident des Ministerrates habe ich ihnen mit meinen Ratschlägen nicht gedient, sondern lediglich in der Eigenschaft dessen, der mit dem auswärtigen Amte betraut ist, als Mann des Vertrauens, genau so wie die übrigen Statsdiener, die in das Geheimnis eingeweiht sind.[44]

„Was mich betrifft, so glaube ich, die spanische Regierung werde beßer tuen, nur das Schreiben des Generals Prim vom 17. Februar (an den Prinzen) und dessen Antwort zu veröffentlichen.[45] So werden wir gegenüber dem Forum von Europa eine uneinnehmbare Stellung behaupten. Macht man Lärm in Frankreich, so fragen wir mit der unschuldigsten Miene von der Welt: Was wollt ihr denn? Wollt ihr die Entschließungen des

---

seinem Werke La France et la Prusse anschließt. Octavausgabe 1874, S. 586.

[44] Der französische Text hat: ... de même que les autres serviteurs de l'Etat qui sont dans le secret. (Der Uebersetzer.)

[45] Den in () gesetzten Einschub schlägt Léonardon vor, der nur eine spanische Uebersetzung des vermutlich wol deutsch geschriebenen Briefes vor sich hatte, in der er manche Unklarheit vorfand; auch wir müßen den Mangel des deutschen Textes beklagen. (Der Uebersetzer.)

spanischen Volkes bestimmen und die eines deutschen Privatiers? Dann wäre die Gelegenheit gekommen, von Ihrem Vorschlage, Herr Doctor, Gebrauch zu machen. Ohne Zweifel, man wird über Quertreibereien schreien, man wird wütend sein über mich, doch ohne den Angriffspunkt genau bezeichnen zu können. Was meine Antwort betrifft: handelt es sich lediglich um eine Frage der Politik, die den General (allein) angeht.[46]

„Ich habe auf sein Schreiben geantwortet: Ich hoffte, er werde an meiner Hochachtung für seine Person nicht zweifeln, noch an meiner Anhänglichkeit an ein Project, dessen Verwirklichung mir mehr von ihm und von den Cortes abhienge. Daß ich[47] die Sache nicht ohne große Schwierigkeiten dahin gebracht, wo sie sich gegenwärtig befindet, das wird Herr Gama mit seiner Terrainkenntnis sich vorstellen und dem General begreiflich machen können."[48]

Findet man ein solches Document von einem spanischen Geschichtsschreiber veröffentlicht, der zufolge verschiedener Angaben über Mitteilungen vom Auswärtigen Amte in Madrid verfügte, so wird unwillkürlich der Verdacht erweckt, dieser Brief Bismarcks müße durch irgend welche Indiscretion zur Kenntnis Prims gelangt sein und ihm zu denken gegeben haben.

In welcher Weise nun immer Prim aufmerksam wurde, das ist feststehende Tatsache, daß er sich die Zeit frei halten wollte, um nach Frankreich zu gehen, in Vichy seine alljährliche Kur durchzumachen und den Kaiser zu sehen. Statt also einen Vor-

---

[46] Auch hier schwankt Léonardon — wir müßen bedauern, daß er nicht den spanischen Text citierte —; nach seiner Meinung könnte es auch heißen: „Es handelt sich lediglich, das wird meine Antwort sein, um eine den General Prim allein betreffende politische Frage." Wahrscheinlich ist aber doch der Sinn der Stelle der, daß Bismarck, wenn er über sein Schreiben an Prim befragt würde, so und so antworten würde. (Der Uebersetzer.)

[47] Nach L. müßte es hier heißen: „Ich habe." (Der Uebersetzer.)

[48] Offenbar ist in dieser Mitteilung eine Aufforderung an den Adressaten gelegen, Gama zu den entsprechenden Darlegungen bei Prim zu vermögen, damit Bismarck dessen überhoben sei, und dann so sprechen könne, wie er sich vorgenommen hatte. (Der Uebersetzer.)

wand zu suchen, um die Cortes zurückzuhalten, statt Salazar zu beauftragen, auf die Hohenzollern nachdrücklichst einzuwirken, läßt er von einem seiner Kollegen aus dem vorhergehenden Ministerium Schluß der Tagung vorschlagen; er selbst, der sich den Anschein gibt, als rechne er gar nicht auf Salazars Rückkunft vor dem 9. Juli, zieht sich am 25. Juni auf sein Landgut in den Bergen von Toledo zurück.[49]

Salazar trifft in Madrid am 28. Juni ein; Prim am Abend des 1. Juli. Auf dem Bahnhof findet er seinen Freund Balaguer, der uns diesen Auftritt erzählt, und einen andern Abgeordneten. Beide beeilen sich, ihrer Freude Ausdruck zu geben, da sie gehört hätten, daß Spanien nun endlich bald einen König haben werde. Prim ist überrascht, befragt sie und erfährt von ihnen, daß die ganze politische Welt von Madrid schon den Namen des Candidaten kenne. Prim runzelt die Stirne, zerknittert mit den Fingern den Handschuh und ruft aus: „Verlorene Mühe, verlorene Candidatur! Und Gott gebe, daß es nicht anders sei!“[50]

Das Bekanntwerden der Candidatur Hohenzollern durch Salazar sollte im Sinne der Bismarck'schen Pläne wieder gut machen, was die vorzeitige Schließung der Cortes schlimm gemacht hatte. Von diesem Augenblick an war Prim in der Tat nicht mehr Herr der Lage, er konnte nicht mehr Zeit gewinnen und mit dem Kaiser verhandeln. Noch am selben Abend hat er mit dem französischen Botschafter Mercier de Lostende, der schon auf dem Laufenden ist, eine lange Unterredung. Er bemüht sich dabei, die erschütternde Wirkung dieser verfrühten Enthüllung abzuschwächen, und macht für Spanien mildernde Umstände geltend.[51] Am 4. Juli begeben sich die Minister nach der Granja zum Regenten Serrano und faßen den Beschluß, wegen der Candidatur des Prinzen Leopold an die ständige Commission der Cortes

[49] Pirala a. a. O. III. 393 f. und 407 ff. Anm.

[50] La Fuente, Historia d'Espana (fortgesetzt von Valere, Borrege und Pirala) XXIV, S. 37. Anm. wo Balaguer, Memorias de un Constituyente citiert werden.

[51] Benedetti Ma Mission en Prusse 416 ff. (Der französische Botschafter in Madrid an den Minister des Aeußern, Madrid, 3. Juli 1870)

heranzutreten. Wenige Tage später sind die Cortes für den 20. Juli zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Gleichwol sieht man bereits, wie die spanische Regierung ängstlich bemüht ist, sich von jedem Einverständnisse mit Preußen frei zu zeigen. In einem Rundschreiben vom 7. Juli beauftragt allerdings Sagasta, der Minister des Auswärtigen, die Botschafter, die Candidatur den Mächten anzuzeigen, er legt ihnen jedoch nahe, allen Nachdruck auf die Tatsache zu legen, daß die Regierung ihren eigenen Beweggründen entsprochen habe, ohne fremden Interessen Rechnung zu tragen, und Graf Rances, damals Botschafter in London, gibt tatsächlich bei Lord Granville die Erklärung ab, daß dieser Wahl jede feindliche Absicht gegen Frankreich ferne liege.[52]

Prim seinerseits sucht nun Mittel und Wege, um aus der Sackgaße herauszukommen, in die er hinein geraten war. Zum Glück hatte die Erklärung des Herzogs von Gramont vom 6. Juli gegenüber Spanien einen sehr maßvollen Ton angeschlagen, um ja die öffentliche Meinung nicht in unheilbarer Weise zu überreizen. Und nun unternimmt Prim seit dem 7. Juli die ersten Schritte zum Rückzuge. „Möge Prinz Leopold mir gegenüber erklären," so führt Prim dem französischen Botschafter aus, „daß er hinsichtlich der königlichen Zustimmung auf Schwierigkeiten stoße, so will ich, statt ihm zuzusetzen, ihm vielmehr den Rücktritt erleichtern."[53] Auch Serrano rührt sich nunmehr, vielleicht unter englischer und österreichischer Einwirkung[54] Er begibt sich am 9. nach Madrid und hat noch am selben Tage zwei Unterredungen mit Mercier de Lostende. Er findet, daß die beste Möglichkeit, um aus der Sache heraus zu kommen, damit gegeben sei, daß Preußen jeden Anteil an der Affaire von sich weist; man möge beim Könige Wilhelm Verweigerung der Zusage erwirken. Ja Serrano geht so weit, zu sagen, daß Prim sich die Sache mehr

---

[52] Blue Book, Correspondence respecting the negotiations preliminary to the war between France and Prussia S. 5 u. 8.

[53] Benedetti a. a. O. 432 (Depesche Merciers vom 7. Juli 1870.)

[54] Sorel, Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande I, 80 f. — Blue Book, S. 14 u. 23.

zu Herzen nehme als irgend jemand, und daß weder der General noch er selbst die Tragweite ihrer Schritte ermeßen hätten.[85]

Folgendes Tages, es war am 10. Juli nach einer Zusammenkunft zwischen dem Regenten und Prim, beschloßen beide, neuerdings einen Schritt rückwärts zu machen, indem sie eine beim Könige und bei Bismarck wol angesehene Person entsenden mit dem Auftrage, in der höflichsten Form jene Erwägungen darzulegen, die eine Zurückziehung der Candidatur wünschenswert erscheinen ließen. Serrano verlangt bloß, daß Herzog von Gramont bei erster Gelegenheit die Erklärung abgeben möge, daß der Ausdruck „dulden" nicht auf Spanien zu beziehen sei. Gemeint ist jene Stelle in der Depesche vom 6. Juli, welche etwa folgendes besagt: „Wir glauben nicht, daß die Achtung der Rechte eines benachbarten Volkes uns die Verpflichtung auferlegt, zu dulden, daß eine fremde Macht .... zu unserem Nachteile das europäische Gleichgewicht verschieben dürfe." Gleichzeitig fordert der Regent tiefstes Geheimnis über die angekündigte Sendung, selbst gegenüber dem spanischen Botschafter in Paris, Olózaga.[86]

Dieser war, wie schon erwähnt, über die gesamten Verhandlungen mit den Hohenzollern in völliger Unkenntnis erhalten worden. Obgleich durch diese Vorgangsweise tief verletzt, gab sich Olózaga an seinem Teile doch alle Mühe, um die Nachwirkungen derselben zu lindern. Rasch entschloßen ergreift er die Initiative, wendet sich an den Fürsten Karl Anton selbst und zwar durch Vermittelung de Strats, Agenten des Prinzen Karl von Rumänien in Paris. Strat hatte sehr bald den völligen Umschwung gemerkt, der in den Gesinnungen des Tuilerienhofes gegenüber seinem Herrn von dem Tage an eingetreten war, da die Candidatur Leopolds bekannt geworden war. Durch diese Tatsache wurde Karls Lage eine schwierige. So fand Olózaga in dem rumänischen Agenten einen verständnisvollen Bundesgenoßen. Strat begab sich nach Sigmaringen, trat hier mit Nachdruck für Zu-

[85] Benedetti a. a. O. 484 f. (Depesche Merciers vom 9. Juli 1870.)

[86] Ebenda 486 (vom 10. Juli 1870). Diese Depesche ist in Folge eines Druckfehlers vom 18. datiert, was aber schon durch das Datum des Kopfregestes richtig gestellt wird.

rückziehung der Candidatur ein und trug jedesfalls viel dazu bei, den alten Fürsten auf diese Bahn zu bringen.[57]

Eben zu der Zeit, da er sich mit Strat zu gemeinsamem Vorgehen verband, ließ Olózaga am 8. Juli auf eigene Verantwortung an Saldanha, der damals Premierminister in Portugal war, auf telegraphischem Wege Vorstellungen machen: „Wenn sich, um den drohenden Krieg zu vermeiden, der preußische Candidat zurückziehen sollte, werden die in diesem Sinne wirkenden Mächte die portugiesische Candidatur unterstützen. Saldanha würde Europa einen großen Dienst erweisen, wenn er in dieser Richtung alle Schwierigkeiten beheben könnte. Der Kaiser hat in einem Gespräch mit mir viel Interesse und Zuneigung für ihn (Saldanha) an den Tag gelegt."[58] Schon am nächsten Tage wendet sich Saldanha mit der dringenden Bitte an König Ferdinand, von seiner früheren Weigerung zurückzukommen, und noch am Abend desselben 9. Juli war Prim, ohne über die Herkunft der Nachricht unterrichtet zu sein, von der Wiederaufnahme jener Candidatur in Kenntnis gesetzt, die ihm seit jeher die liebste gewesen war.

Vielleicht hat nun diese Nachricht etwas zu der Entschließung beigetragen, die Serrano und Prim am 10. gefaßt hatten, den General Dominguez oder Silvela nach Deutschland zu schicken. Dominguez also war es, der sich am Abend des 10. auf den Weg machte; seine Reise war übrigens zwecklos und wurde nicht mehr zu Ende geführt. Wir haben hier nicht über die Schritte zu berichten, die Benedetti zu Ems getan. War die Abreise des spanischen Gesandten ruchbar geworden und hatte sie mit beigetragen zur Entscheidung, die Fürst Karl Anton — Namens seines Sohnes — getroffen hatte, der eben damals auf einer Fuß-

[57] Lauser, Geschichte Spaniens I. 236. — Strat hatte das Original der Abdankung des Prinzen Leopold von Sigmaringen nach Paris zu bringen und es dann der spanischen Botschaft zuzustellen. (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 101 f.)

[58] Da Carnota, Memoirs of the Duke of Saldanha II, 407; wenn die Depesche in diesem Sinne abgefaßt ist, dann ist sie nicht, wie Léonardon meint, an Saldanha selbst, sondern an den Gesandten Spaniens in Lissabon gerichtet. (Der Uebersetzer.)

tour durch das bayerische Hochland begriffen war? Wir wißen das derzeit nicht. Unter allen Umständen steht fest, daß der Fürst von Hohenzollern am 12. Juli an Prim und Olózaga telegraphisch die Zurückziehung der Candidatur seines Sohnes bekannt gab.[59]

Am 15. Juli wurde die Einberufung der Cortes widerrufen, und Sagasta benachrichtigt officiell die spanischen Geschäftsträger von der Zurückziehung der Candidatur.[60] Es ist bekannt, durch welche Folge von Umständen der Krieg zwischen Frankreich und Preußen, der nun beschworen schien, dennoch unvermeidlich wurde. Was Spanien betrifft, so ist es von aller Schuld frei zu sprechen. Durch den Druck, den er auf die Presse übte, durch seine Erklärung bei Gelegenheit einer Zusammenkunft der liberalen Partei hatte Prim verstanden, jedem Ausbruch nationaler Empfindungen, jeder Ueberschwänglichkeit der öffentlichen Meinung zuvor zu kommen. Am 26. Juli verkündigte er die Neutralität Spaniens. Im letzten Augenblick war er der preußischen Schlinge entschlüpft. Bismarck hatte nun den gewünschten Krieg, aber er hatte nicht den Bundesgenoßen, der ein französisches Armeecops an den Pyrenäen festlegen sollte. Er ließ dafür Prim und die Spanier seine Rache fühlen; auf sein Betreiben hat es Moritz Busch sich geleistet, den General anzuklagen, daß er mit Napoleon gemeinsame Sache gemacht hätte, um Preußen herauszufordern; und der Kanzler ließ in den von ihm bezahlten Journalen das Volk von Castilien mit Schmutz bewerfen, das Volk, das mit verschränkten Armen, mit leidenschaftslosem Blick Zeuge jenes Streites war, zu dem seine häuslichen Angelegenheiten die Veranlaßung gegeben hatten.[61]

Es ist vorläufig wenigstens ziemlich schwer festzustellen, ob nicht selbst nach der Neutralitäts-Erklärung Bismarck noch einige Versuche gemacht habe, Spaniens Bundesgenoßenschaft gegen Frankreich zu gewinnen. Prim freilich verspürte nicht die geringste Lust, die Candidatur Hohenzollern wieder aufzunehmen,

---

[59] Aus dem Leben König Karls II, 101.

[60] Blue book, S. 55 u. 93 und Beilage.

[61] Tagebuchblätter von M. Busch I, 45 f., 54.

das steht fest. Man kann dieß einem vertraulichen Schreiben entnehmen, das er am 22. Juli 1870 an seinen Agenten in Lissabon, Fernandez de los Rios richtet: „Ich habe vergeßen, heißt es da, auf jenen Punkt in dem französischen Briefe zu antworten, den Ihnen die Gräfin[62] geschrieben hat, der sich mit der Frage der Möglichkeit einer Reaction zu Gunsten des Prinzen von Hohenzollern befaßt, was dann wieder Don Fernando bemüßigen würde, sein Wort zurückzuziehen. Ich kann Ihnen die vollste Sicherheit geben, daß solches nicht vorkommen wird; ich sage mehr, daß es nicht vorkommen kann, so lange ich an der Spitze dieser Regierung stehe; es kann nicht vorkommen, weil so etwas durchaus unwürdig wäre usw. usw. und es kann nicht vorkommen, weil Don Fernando es ist, der hier zu Lande den meisten Anhang besitzt. — Nach dem was vorgefallen, ist es ein für allemal vorbei mit der Bewerbung des Prinzen Leopold."[63]

Die in Portugal bei König Ferdinand wieder aufgenommenen Unterhandlungen zerschlugen sich abermals, und Fernandez de los Rios schreibt ihren Miserfolg geheimen Ratgebern zu, welche, wie er beifügt, durch seine wiederholten Ablehnungen in dem Fürsten „eine wol vorhergesehene Verantwortlichkeit aufgehäuft hatten, daß er dem blutigen Kriege nicht vorgebeugt habe, dessen Zeugen wir jetzt sind."[64] Vielleicht wird man nicht ganz ohne Grund den spiritus rector dieser Ratgeber auf preußischer Seite vermuten.

Nach diesem neuerlichen Miserfolge wendet sich Prim ein zweites Mal an den König von Italien, um von ihm seinen Sohn, den Herzog von Aosta, zu erbitten. Die Unterhandlungen beginnen am 20. August. Zu Anfang October ist Victor Emanuel mit seinen Ministern für Annahme, und es ermangelt nur die Zustimmung des Hauptbeteiligten Amadeus. In dieselbe Zeit fallen Schritte des spanischen Kabinets bei der preußischen Regierung, um sich zu unterrichten, welche Haltung Prinz Leopold für den Fall einnehmen würde, wenn ihn die Mehrheit der Cortes

[62] Gräfin Edla, morganatische Gemahlin des K. Ferdinand.
[63] Fernandez de los Rios, Mi Mision en Portugal, S. 367.
[64] Ebenda 386.

wählen sollte. v. Thiele antwortete, der König von Preußen habe sich darein nicht zu mischen, an Leopold müße man sich wenden. Nur so konnte man nach v. Thiele's Meinung einen guten Erfolg haben. Er wollte sogar, im Falle daß Spanien Italien gegenüber noch nicht formell gebunden wäre, eine Unterredung mit dem Prinzen Leopold vermitteln.[65]

Sollte dieser Schritt nur die Absichten Preußens ergründen in dem Augenblick, wo die Candidatur des Herzogs von Aosta hervortreten sollte? Oder war dieser Schritt von gewissen Politikern eingegeben, bei denen die deutschen Siege einen Umschwung zu Gunsten des Fürsten von Hohenzollern bewirkt hatten? Die erste Annahme scheint uns den Vorzug zu verdienen. Sie findet einen Rückhalt in der Tatsache, daß der italienische Gesandte seinerseits bei Bismarck anfragte, ob die Candidatur Hohenzollern endgültig zurückgezogen sei. Auch Bismarck entgegnete, ziemlich ungnädig, der König könne sich in diese Angelegenheit nicht einmengen.[66] Der Kanzler wäre offenbar nicht böse gewesen, wenn die Spanier, geblendet durch den Erfolg der preußischen Waffen, die Krone dem Prinzen Leopold zugesprochen hätten, fast gegen seinen Willen. Auch die Candidatur des Herzogs von Aosta gefiel ihm nur zur Hälfte. Man kann dieß aus dem Tone der Antworts-Depesche auf das Circular der spanischen Regierung schließen. Hier wird nemlich diese Candidatur angekündigt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß sie bei den Mächten sympathische Aufnahme finden werde". — Darauf antwortet der Kanzler am 28. October 1870: „Wir sind die ersten gewesen, die in einer Tronrede das Recht Spaniens anerkannt haben, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Wir werden uns jetzt nicht von diesem Grundsatze lossagen, noch werden wir das Beispiel nachahmen, das Frankreich vor dem Kriege gegeben hat, indem es sich in die inneren Angelegenheiten

[65] Depêche vom 8. October 1870 und Thieles Antworten, teilweise citiert bei Pirala, Historia contemporanea III. 393 f. Thieles Antwort enthält Anspielungen auf eine neue Entschließung Spaniens, die Preußen misfallen habe. Leider gebricht es uns an jedem Anhaltspunkte, zu bestimmen, um was es sich gehandelt haben könne.

[66] Pirala, Hist. contemporanea III, 394.

Spaniens einzumischen suchte und deren Lösung von der Zustimmung Frankreichs abhängig machte. Wir warten die Entschließungen Spaniens über seine eigenen Angelegenheiten ab, indem wir die aufrichtigsten Wünsche für sein Glück hegen."[67] Ein so kühler Bescheid kann als Nachwort zur Geschichte der Beziehungen Prims und Bismarcks dienen, wie man sie heute auf Grund der wenigen Actenstücke schreiben kann, die den Archiven entschlüpft sind.

Wie viel von der Verantwortlichkeit hat nun General Prim in der hohenzollerschen Angelegenheit zu tragen? Er selbst hat erklärt, daß diese Candidatur ihm ganz fertig zugestellt wurde, daß man sie ihm in die Hand gedrückt hatte, und nach der Aussprache, die er mit Herrn Mercier de Lostende gehabt, leuchtet ein, daß Salazar y Mazaredo es gewesen, der ihn darauf gebracht hatte.[68] Handelte nun dieser aus eigenem Antrieb? Stand er nicht vielmehr unter fremdem Einfluße? Wir neigen dieser zweiten Annahme zu, und vielleicht wird es die Correspondenz des Majors Bernhardi sein, der kurze Zeit nach der Revolution der preußischen Gesandtschaft in Madrid zugeteilt war, in der sich eines Tages die Lösung dieser Frage finden wird.

Sobald einmal durch Salazars Vermittelung Preußen es dahin gebracht hatte, daß Prim halbofficiell sich an die Hohenzollern wandte, also im Februar 1870, geriet er unmittelbar unter deutschen Einfluß, und es haben tatsächlich nur die Handlanger Bismarcks den General verhindert, sich durch den Widerstand des Prinzen Leopold entmutigen zu laßen. Wer ist jene hervorragende Persönlichkeit, welche im Monat Merz nach der Ablehnung durch den Prinzen Leopold mit Prims Genehmigung den Cortes am 19. anwohnte und mit welcher dann die Verhandlungen fortgesetzt wurden?[69] Im April waren es Lothar Bucher und Major von Versen, die nach Madrid kamen, nach ihnen vielleicht Herr von Keudell.[70] Es unterliegt daher keinem Zweifel,

---

[67] Ebenda 406, 408 f., Anm.

[68] Benedetti, Ma Mission en Prusse, 419.

[69] Diario de Sesiones (Sitzung vom 11. Juni 1870).

[70] Legrelle, La France et La Prusse, S. 580.

daß man Prim herumgekriegt hatte. Welche Gründe man ins Treffen führte, um ihn zu beschwatzen? wir wißen es nicht. Durch seine Eitelkeit, die groß war, ist er der Verführung leicht zugänglich gewesen, und aus dem Schluße des oben veröffentlichten Briefes von Bismarck an den „Doctor“ kann man ersehen,[71] daß Bismarck Prim gegenüber mit den schmeichelhaftesten Ausdrücken der Hochschätzung nicht kargte.

Welche Mittel nun auch mögen angewandt worden sein, Prim ließ sich in Bismarcks Netzen fangen. Hatte er volle Kenntnis von der Ausdehnung des Maschenwerkes und von der Rolle des agent provocateur, die man ihm zugedacht hatte? Das ist unsere Auffaßung nicht. Gewis war Prim gerieben genug, um zu begreifen, wie sehr die Eifersucht Frankreichs Preußen gegenüber Verdacht schöpfen müßte, wenn ein Hohenzoller auf den Tron von Kastilien gelangen sollte. Er wußte das so genau, daß er das tiefste Geheimnis in der ganzen Angelegenheit bewahrte. Obwol in sehr guten Beziehungen zu dem neuen Conseilspräsidenten in Frankreich, Herrn Emile Ollivier, hütete er sich wol, wie bei den anderen Candidaturen die französische Regierung officiös auszuholen, und selbst der Gesandte Olózaga wurde über die gepflogenen Unterhandlungen in Unkenntnis gelaßen. Ueberdieß, hatte Prim nicht selbst den Cortes am 11. Juni erklärt, daß die Preisgebung des Namens des Candidaten hätte „Verwickelungen herbeiführen“ können? Somit sah er Schwierigkeiten voraus, Frankreich zur Annahme der Candidatur eines deutschen Prinzen zu bewegen. Worin er sich aber schwer teuschte, das erwuchs aus seiner Einbildung, durch diplomatische Geschicklichkeit den Kaiser für diese Bewerbung gewinnen zu können. Und er glaubte es wirklich. Der Ruf des Erstaunens, mit dem er die Versicherung des H. Mercier de Lostende entgegennahm, Napoleon würde lieber den Herzog von Montpensier als den Prinzen Leopold acceptiert haben,[72] zeigt deutlich, daß er die Stärke der Beweggründe viel zu gering angeschlagen

[71] Wenn dieser Doctor in Madrid wär, so ist dieß um den 11. Juni der Fall gewesen. Siehe oben. Anm. 43. Der Uebersetzer.

[72] Benedetti, Ma Mission en Prusse, 420.

hatte, welche die Candidatur Hohenzollern dem Kaiser unannehmbar machten.

Obwol er nun Schwierigkeiten und Verwickelungen voraussah, hatte er doch nicht im Geringsten die reine und bestimmte Vorstellung, daß er sich zum Mitarbeiter einer Machenschaft hergegeben hatte, die bestimmt war, Frankreich in einen Hinterhalt zu locken; um so weniger ward ihm solche Einsicht, als Bismarck es sich besonders angelegen sein ließ, ihm weiß zu machen, daß eine Bewegung, die sich in Frankreich etwa zeigen sollte, nur eine „vorübergehende Gährung" wäre. Hätten wir für die mangelnde Mitwißerschaft Prims in diesem Handel keine anderen Beweise als seine wiederholten Erklärungen, daß er der Tragweite seines Vorgehens nicht inne geworden sei, wir könnten seine Vertrauenswürdigkeit in Zweifel ziehen. Was man aber nicht leugnen kann, ist, daß er sich nicht im letzten Augenblick aus der Sache gezogen haben würde, wenn er der bewußte und entschloßene Verbündete Bismarcks gegen Frankreich gewesen wäre. Hätte er seinen Rachedurst gegen Frankreich stillen wollen, der schon seit dem mexikanischen Feldzuge entbrannt sein soll, hätte er das angestrebt, wie behauptet wurde, so hat es nur von ihm abgehangen, die Wahl auf den hohenzollerschen Prinzen zu lenken und Spanien in den Krieg gegen Frankreich zu stürzen. Seine Verantwortung, so schwer sie sein möge, beschränkt sich doch auf einen Mangel an klarem Blick und auf ein Uebermaß von Selbstvertrauen. Er hat einen Fehler begangen, kein Verbrechen!

H. Léonardon.

Und Bismarck? so setzen wir Léonardons Gedankengang fort. Ist es vielleicht gar gestattet, bei ihm den Satz umzukehren, zu sagen: Einen Fehler hat er nicht begangen, aber ein Verbrechen?

Wenn wir uns auch nicht von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" leiten laßen, in welchen sich der Exkanzler-Uebermensch so gerne nicht nur als geschickten Benutzer, sondern sogar als weit vorschauenden Urheber jener günstigen Situationen aufspielt, die er dann im Interesse seiner Politik verwertet und fortentwickelt hat, in der spanischen Königsfrage scheint er wirklich ab ovo Ledae dabei gewesen zu sein, und gerade erst an den

späteren Phasen kann man merken, daß er nicht alles tun durfte, daß zwar der Mensch denkt, aber Gott lenkt.

Wenn wir also auch vielleicht die Nachricht der „Indépendance Belge“ über Bismarcks Anteil am Sturze Isabellas als eine nachträgliche Zudichtung bezeichnen wollten und annehmen, Lsonardon habe sie aus diesem Grunde nicht herbeigezogen, die Sendung Bernardis unmittelbar nach dem Tage von Cadix scheint doch auch ihm als ein sehr wesentlicher Factor im ganzen politischen Getriebe zu gelten; von der Veröffentlichung seiner Correspondenz erhofft er sich Licht in der Sache. Auch solche von der „Gräfin Edla“ wäre recht interessant.

Nun der „große Statsmann“ hatte ja etwas vom Feldherrn. Der darf den Feind zum Losbrechen reizen, noch ehe derselbe sich kräftig genug entwickelt hat, um bestehen zu können, und so durfte vielleicht Bismarck alles daran setzen, um die Franzosen zum Kriege zu bringen, ja er durfte vielleicht auch einem Hohenzollern die spanische Königskrone verschaffen, um wieder wie 1866 den Gegner an zwei entgegengesetzten Seiten angreifen zu können, einen Gegner, den mit ausländischer Hülfe zu bekämpfen, ihm dießmal kein Artikel XI verwehrte.

Allein wir fragen: warum das alles? Weil er einen Angriff des wol gerüsteten Frankreich zu fürchten hatte. Und warum hatte er den zu fürchten? Weil er Frankreich getenscht hatte? Darum war Frankreichs Rache zu fürchten. In irgend einer Form waren vor Königgrätz und Sadowa Zusicherungen an Napoleon III. erfolgt, der nun Einlösung der gemachten Versprechungen forderte. Alle Wege führen zu dem einen Ziel. Wie immer man den fluchwürdigen Waffengang von 1870 beurteilen mag, er ist aus dem noch fluchwürdigeren von 1866 hervorgegangen. Das ist für uns Deutsche die pointe de vue für alles was mit der „Reichsgründung“ zusammenhängt und zur „Reichsgründung“ führte.

Heute freilich stehen die Sachen nicht mehr so günstig für ehrgeizige Pläne. Das alte Gesetz der Weltgeschichte, daß das geringere Uebel immer durch das größere heimgesucht wird, stellt den „nationalen“ Gedanken von 1848 weit in den Schatten. An die Stelle der Nationen sind die Rassen getreten,

deren Einigung dem großen Zusammenbruch vorarbeiten soll. Eingekeilt zwischen der romanischen und slavischen wird bald die germanische Rasse an den Existenzkampf herantreten müßen. Der Platzhalter von damals, Rußland, das, gereizt durch den „Undank" von 1855, aufgestachelt durch Bismarck, stets bereit gewesen ist, allfällige Niederlagen Preußens wett zu machen, — Rußland ist heute nicht mehr das gefügige Werkzeug der Hohenzollernpolitik. Zwar sucht man auch ihm einen Feind in den Rücken zu setzen, indem man Englands Fahnen in China folgt, und wenns anders nicht geht, dort Japan zum Siege verhilft. Aber Meister Petz wird alle die Kläffer abschütteln, die man auf ihn hetzt, und nur mit dem sich zu schaffen machen, der ihn von vorne her, wo seine bedenklichen Stellen sind, angreifen muß. Freilich, das Kriegsglück gehört auch dazu. Der eine der 1866 Gewehr bei Fuß stand, um Preußen, auf dessen Niederlage er zählte, gegen Auslieferung des linken Rheinufers beizuspringen — der eine hat von demselben Preußen den Text bekommen; und der andere, dessen Haltung sich in nichts von der Napoleons unterschied —?!

Wer wollt' doch alles gleich ergründen,
Wenn der Schnee schmilzt, wird sichs finden!

Berliner Welt- und Kirchengeschichte.

II.[1]

Professor Seeberg zeichnet das neunzehnte Jahrhundert nicht an dem Verlauf der politischen und theologischen Rebellion gegen den lebendigen Gott; er ignoriert die Revolutionsjahre 1830, 1848 und 1866, woran die Berliner und die Professoren sich nicht gerne erinnern laßen. Seine Rückblicke auf die deutsche Kirchengeschichte teilt er in die beiden Hälften des Jahrhunderts. Die erste Periode geht vom Berliner Professor Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher — dessen „Reden über

Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern" im Jahre 1799 „ungeheueres Aufsehen" (in Berlin) erregten, sogar „alsbald als ein geistiges Ferment in das Empfinden der Nation" übergegangen sein sollen — bis zu David Strauß (dem Gottesleugner) und Baur (dem Bibelfälscher). Die zweite Periode des Jahrhunderts beginnt mit „Wandlungen" und dem „Umschwung", mit Bismarck — „da ist ein Mann gekommen" — und endet mit den letzten Schleiermacherschen „Anregungen": mit Ritschl, Harnack und Nietzsche! Schleiermacher am Anfang, am Ende und zum Wiedereintritt ins zwanzigste Jahrhundert der Berliner „Gebildeten"!

Seebergs Büchlein zeugt von außerordentlichem Fleiße, Belesenheit und Gelehrsamkeit. Es liest sich wie ein Brockhaussches Conversations-Lexikon vor sechzig Jahren; als ob der Verfaßer in seiner Heimat, in Erlangen und Berlin, niemals mit lebendigen Menschen, sondern nur mit sich selbst und seinen Büchern verkehrt, von der Außenwelt nur aus nationalliberalen Zeitungen geschöpft habe. In Berlin ist er ein höflicher Professor geworden; er behandelt sämtliche „Collegen", die gläubigen und die ungläubigen, die Wahrheitszeugen und die Lügner, mit liebenswürdiger Unparteilichkeit. Sein Salon umfaßt alle Theologen, und er placiert sie nach ihrem Range der Geistesgröße, nach ihrer Unsterblichkeit oder Vergänglichkeit. In der Mitte tront (gesperrt gedruckt und mit der Galauniform von drei Taufnamen) Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, der „Reformator der Theologie 'des Jahrhunderts!" Rund um ihn her auf bequemen Lehnstühlen (gesperrt gedruckt, aber meist ohne Taufnamen) die Würdenträger: Hengstenberg, Strauß und Baur, Kant und Hegel und die durch Schleiermacher „Angeregten": Schopenhauer, Hartmann und Nietzsche, Rothe, v. Hofmann, v. Frank und Ritschl. In Gruppen zusammengefaßt, aber doch aus Höflichkeit auf Stühle gesetzt, werden eine große Anzahl bloßer Namen (auch noch gesperrt gedruckt). Für die noch größere Masse, welche seit den Wandlungen und dem Umschwung nicht mehr mitreden, nur zuhören dürfen, sind Bänke an den Wänden da. Endlich gibt es noch ein dunkles Vorzimmer für solche, die zwar in der Theologie einen Namen bekommen haben, deren Schriften aber Prof. Seeberg

nicht gelesen hat und von denen die ganze Gesellschaft nichts wißen will: Vilmar u. a.

Einen unseligen Namen aber hat Seeberg noch in das Vorzimmer herein gelaßen, nur um ihn sofort mit tiefer Empörung wieder hinaus zu schmeißen. In der Begeisterung für den „ungeheueren Fortschritt" des Schleiermacherschen „Gedankens" entsetzt er sich noch heute darüber, daß „die starke Tendenz auf Restauration des alten Glaubens" sich nicht beschränkt hat auf Wiederaufrichtung der Bekenntnisse, liturgischen Formen, Lieder und Erbauungsschriften, sondern unverschämt auch eine Theologie fordere, welche dem alten Glauben die Formeln zu seiner Verkündigung darböte; man ließ sich zu unmittelbar — ohne sich erst bei Schleiermacher die Erlaubnis zu holen — „von der Praxis die Aufgaben und Mittel vorschreiben!" Dieses Verbrechen muß für die Männer der speculativen „Wißenschaft", deren Systeme, von aller Praxis unberührt, unaufhörlich mit einem neuen „Gedanken" die Vorgänger übertrumpfen, unerträglich sein. Daher der begreifliche Zorn Seebergs über ein im Jahre 1848 zuerst unter dem Titel: „Die Dogmatik der evangelisch-lutherischen Kirche, dargestellt und aus den Quellen belegt", erschienenes Buch. Aber es ist nicht der Inhalt dieses Buches, was den Professor Seeberg so erzürnt, auch nicht der Verfaßer, der längst verstorbene ehrliche und gewißenhafte Erlanger Professor H. Schmid; nein das Verbrechen ist nur der Titel! „So verdienstlich das Buch an sich sei, so wunderlich und irreführend sei doch der Titel." Denn nach diesem Titel wäre ja die Dogmatik des siebenzehnten Jahrhunderts die Darstellung der aus der Erfahrung aller Gläubigen seit der Apostelzeit erwachsenen Kirchenlehre; durch den Titel käme „vortrefflich zum Ausdruck — als wenn das siebenzehnte Jahrhundert „die classische Periode der lutherischen Lehrbildung gewesen sei", als ob die Werke von Gerhard, Calov und Quenstedt die Quellen für diese „alte Dogmatik" wären. Das sind sie in der Tat, aber das durfte 1848 und darf auch heute nicht gesagt werden. Denn wo bliebe da die Herrlichkeit der erst von Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher und aller von ihm „Angeregten" entdeckten nagelneuen „Wißenschaft" und „Systeme"?

Also das Schmid'sche Buch kann bleiben, es läßt sich nun einmal nicht ungedruckt machen; auch dem seligen Schmid kann man nichts mehr antuen. Aber weg mit dem Titel! Der Titel ist das Verbrechen.

Das Verdrießliche für Seeberg und für die gesammte, jetzt auf Nietzsche, Harnack und Ritschl heruntergekommene speculative Theologie ist gerade, daß die aus der Erfahrung der Gläubigen und der Praxis der ganzen Kirche hervorgegangene und gegen die Irrlehren erstrittene „alte Dogmatik", trotz ihrer anerkannten Lücken, irrigen Auffaßungen und noch ungelösten Fragen — die zu lösen die Aufgabe unserer Zeit ist — eben die unentbehrliche Grundlage für die Praxis der Kirche und für die wachsende Erkenntnis der Offenbarung des dreieinigen Gottes ist. Vollends ärgerlich muß es für die modernen Theologen sein, daß die theologischen Examinatoren und deshalb auch die Studenten nach jenem Schmid'schen Lehrbuche examinieren und auf das Examen und die Praxis studieren, aber nicht nach den Systemen der modernen „Wißenschaft", wie die „Theologie der Rhetorik" ihre stets wechselnden Stubenphantasien tituliert. Der Titel machts in unserer Zeit auf allen Gebieten der Gesellschaft; im Commerzienrat versöhnt sich der Christ mit dem Juden; ein Kaiser ist größer, edler, tugendhafter, klüger als ein bloßer König oder Großherzog. Es müßte ein Gesetz gegen irreführende Titel gegeben werden. Und die Männer der Wißenschaft müßten für ihre Erfindungen gleich auf dem Titel Reclame machen: Schleiermachers Gefühlspantheismus, Franks Causalitäten und Transeunten, Hegels Ding an sich usw. Da hätte man gleich die Auswahl. Wenn die Naturforscher sich fragen und streiten, ob der erste Mensch vom Affen oder vom Wurm oder von einer Zelle stammt, ob ein Naturvolk von Bäumen herabgeklettert oder ein anderes Urvolk aus dem Nebel der „Mythologie" herausgetaucht ist, so ist das lediglich Sache der naturwißenschaftlichen Narren. Dasselbe gilt für die „Systeme" der Philosophen und Theologen, sie tauchen aus ihrem eigenen Stubennebel hervor und verdunsten wieder vor Luthers Kleinem Katechismus.

Bei den heutigen Berliner „Gebildeten" wird aber Seebergs

bombastische Reclame kein ungeheures Aufsehen erregen. Berlin ist eine Millionenstadt geworden, und die Intelligenz verbreitet sich riesenschnell, wie noch nie zuvor, bis in die Massen der socialistischen Arbeiter. Da läuft die gelehrte Theologie Gefahr, von dem gesunden Menschenverstande aller derer ausgelacht zu werden, welche den Unterschied und Widerspruch von Moses: „Ich bin der Herr dein Gott, du sollst nicht fremdes Gut annectieren, nicht lügen, nicht heucheln" und Schleiermachers Gefühls-Pantheismus begreifen. Es ist umsonst, wenn Seeberg alle Kraftbegriffe aufbietet, um für Schleiermachers Glaubenslehre (1821) noch einmal Kundschaft anzuwerben: „Das Programm für die geistige Arbeit von Generationen — der erste Versuch einer evangelischen Dogmatik — das vollkommenste und großartigste dogmatische Werk der evangelischen Kirche, die einzigartige wißenschaftliche Kraft, die formale Virtuosität des großen Systematikers, ein System von imposanter Geschloßenheit, eine Schilderung des wirklichen religiösen Lebens der Gemeinde, wie es jetzt gerade ist, der ungeheuere Fortschritt, der in diesen Gedanken liegt" usw. — Mit solchem pomphaften Phrasenschwindel werden sich nicht einmal unwißende Jünglinge verlocken laßen. Die speculative Theologie hat sich erschöpft, ist beim Nichts angelangt (Harnack, Kaftan) und wird nun an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts lächerlich!

Das ist aber nicht Schleiermachers Schuld. Er war ein geistreicher Vorläufer im Kampfe gegen Rationalismus und Aufklärung; er wollte auch nichts anderes sein. Vilmar sagte: „Schleiermachers Glaubenslehre war ein scharfsinniger Versuch, den Pantheismus mit dem Christentum zu verbinden. Dieß Zurückgehen auf die Person Christi, so irrtümlich es auch war, bahnte den Weg zurück zum Glauben. Mehr zu sein, kann Schleiermacher niemals ansprechen; er war ein notwendiges, aber auch notwendig sich selbst überflüßig machendes Uebergangsglied; jetzt noch auf ihn zurückzukommen oder von ihm Förderung erwarten zu wollen, ist entweder Blödsichtigkeit oder böser Wille." Dieses Urteil hat Vilmar (in seiner Dogmatik und Moral) Schritt vor Schritt an der Beleuchtung jenes Pantheismus in allen Grundlehren der Offenbarung nachgewiesen. Wollte Seeberg

den heutigen Gebildeten und seinen Studenten die Wahrheit sagen, so müßte er zunächst solche gründliche Kritik Vilmars widerlegen.

Aber Seeberg kennt nur die Bücher, nicht den Menschen Schleiermacher, noch auch die „Gebildeten" jener Zeit. Die Gott verspottende Aufklärung, welche von Friedrich II., Voltaire Mendelsohn her in den Kreißen der Literaten und der in den Kriegen reich gewordenen Juden und geistreichen Jüdinnen ihr Spiel trieb — ein Vorspiel für unsere Zeit — verwechselt er mit dem schließlich völlig verknöcherten und eingeschlafenen Rationalismus, der durch die Renaissance der Philologen in allen Ländern und auf allen Gebieten der christlichen Gesellschaft, Kunst, Dichtung, Gewerbe, Statsverwaltung das natürliche Leben der Völker in Unnatur verzerrte, unter den Allongeperrücken erstickte und von der Kirche nichts übrig ließ als ehrliche Gottesfurcht und schweigsamen Gehorsam. Schon vor der allgemeinen Glaubenserweckung, welche in Folge der Pariser Schreckensherrschaft und der begeisterten Befreiungskriege alle Völker und Bekenntniskirchen erregte, hatte ein Erwachen der natürlichen Geister — in Deutschland die großen und kleinen Dichter — den Bann des Rationalismus gesprengt. Die Berliner Gebildeten, politisch gesättigt durch die Beraubung der Polen und den schmählichen Baseler Frieden, verloren auch durch die Gottesgerichte über Preußen bei Jena und über Napoleon bei Leipzig und Waterloo, ihre Gemütlichkeit nicht. Aus jener Zeit, unter einem Könige, der „allem Höheren abgeneigt, abgewendet, ja feindlich", mitten im Frieden an der Demagogenfurcht krankte und nicht den Mut hatte, seinem Bundesgenoßen, Nachbar, Schwager und Freund gegen die belgischen Revolutionäre und den Pariser Juli-König zu helfen, der dagegen mit seinen „Paladinen" (Altenstein, Eylert und Cons.) Dragoner gegen lutherische Christen ausschickte — hat Paul de Lagarde nach eigenen Erlebnissen allerlei Lehrreiches erzählt. Wir wollen hier einiges vorführen.

„Das religiöse Leben der Hauptstadt war gering. Die herbe Art der französischen Colonie blieb ihm (dem Dichter Rückert) fremd, so auch Goßner und dessen eifriger, ehrlicher, in der Beschränkung und einer unbeschränkten Hoffnung glücklicher Kreiß.

Schleiermachers Tod hatte nicht sowol eine Lücke gerißen, als gezeigt, daß der Abgrund, welcher schon damals gähnte, durch ihn für die Gebildeten nicht überbrückt, sondern nur verschleiert worden war. Ich habe als Kind mehr als einmal auf des lebhaften, kleinen, verwachsenen Mannes Schoße gesessen, an dem der rasche Gang, die Augen und die feinen Hemden mir stets behagten — ich habe fast stets ein Grauen vor ihm empfunden. Trotz seiner Leutseligkeit war er unnahbar, und sein Kuchen und Wein schienen mir nur Lockspeise, mit der ich gefangen werden sollte. Seine höchst sonderbare Art sich auszudrücken, ließ mich in meinem Kinderkopfe überlegen, ob wol in dem kleinen Menschen alles richtig sei. Den Berlinern war er im höchsten Maße unsympathisch, so voll auch seine Kirche war; nur als Oppositionsmann hatte er einen Ruf. Virtuosen genoß das Volk damals noch nicht. Und was war Schleiermacher mehr als ein Ole Bull oder Paganini? Er spielte Vormittags auf der G-Saite Religion und Nachmittags auf der D-Saite Philosophie, nach Belieben auch umgekehrt. Das nennt der Berliner: „Man so tuen." Es gehörte in den dreißiger Jahren zum Anstande, auch dann und wann zur Kirche zu gehen; ein Leben mit Gott gab es nur in der stillen Kammer Einzelner. — Da brach, als das Nichts zu totenkopfhaft zum Fenster herein grinste, das Streben durch, die alte christliche Frömmigkeit wieder zu erwecken. Aber — nur Goßner und die Brüdergemeinde waren echt, der Rest strengte sich aus Wahrheitsliebe an zu lügen." — Und an anderer Stelle: „Wie Schleiermachers letztes Abendmahl mich sonderbar dünkte, so der ganze Mann, der mich vor 55 Jahren „mein Verehrungswürdiger" oder „du Guter" nannte und mich dadurch nicht von mir groß, sondern von ihm geringe und mit Angst denken machte. Daß nach seinem Tode die Dreifaltigkeitskirche nicht mehr besucht wurde, gefiel mir, dem Kinde, nicht; es war ein Beweis, wie wenig kirchlich die Anhängerschaft Schleiermachers empfand; man hieng an der Person des frischen und beweglichen Mannes mehr als an dem, was er vortrug, oder gar an dem Evangelium. „Heute war er wieder 'göttlich", klingt mir noch in den Ohren. Man sollte einen Mann nicht nach dem beurteilen, was er hinter-

wilder wird das Menschengeschlecht; die Wildheit bricht dann erst recht heraus — ein Zeichen und Zeugnis dafür, daß in der Tiefe ein Verderben vorhanden ist, dem nur durch tiefere zerstörerische Mittel abgeholfen werden kann; nur Blut und Feuer wirken, bis zuletzt auch das nicht mehr wirken wird, so daß die Züchtigung aufhört und das Gericht eintritt über den gesamten unheilbaren Volkskörper, — das entsetzlichste Gericht der Selbstauflösung (V. 6).

Jes. 1, 15.

Und wenn ihr schon eure Hände ausbreitet, verberge ich doch meine Augen vor euch; und ob ihr schon viel betet, höre ich euch doch nicht: denn eure Hände sind voll Bluts.

Die Substanz, das Wesen des Gottesdienstes fehlt, die Opfer in ihrer eigentlichen Bedeutung sind dahin, obgleich die äußeren Gebräuche noch bestehen. Diejenige Gesetzes- und Kultusbeobachtung, welcher das Wesen, der Kern fehlt, ist schlimmer als kein Kult, ist schlimmer als Heidentum: leere Formen sind und bleiben dem Herrn ein Greuel (vgl. 1. Sam. 15, 22 f.). Darum verwirft Gott hier den ganzen Kultus, wie er damals in Israel seinen Ausdruck fand; er offenbarte das innerste Verderben, weil er ein rein äußerliches Dienen war im Bunde mit Ruchlosigkeit und Unbußfertigkeit. Alle die jährlich wiederkehrenden Feiertage waren Ihm zu einer nicht länger zu ertragenden Last und Mühe geworden. Der Ceremonialdienst ohne die echte Gesinnung ist Gott misfällig. Zu dieser Gesinnung aber gehört Sündenbewußtsein, Sündenbekenntnis und Verlangen nach Sündenvergebung. Und weil dieselbe fehlt, so tritt mit Notwendigkeit die Nichterhörung des Gebets als Strafe ein. Gott hat für solche Beter weder Augen noch Ohren, ist für ihre Gebete blind und taub.

Jes. 1, 21 f.

Wie geht das zu, daß die fromme Stadt zur Hure geworden ist? Sie war voll Rechts usw.

Wird auch das eine und andere Gottesgesetz noch gehalten,

Zeitgemäße Mahnungen und Warnungen

aus dem Propheten Jesaiah nach Vilmars Biblioum.

Jes. 1, 2. **Höret, Ihr Himmel, und Erde, nimm zu Ohren, denn der Herr redet.**

Daß Himmel und Erde auf Jehovahs Rede hören sollen, ist kein kunstpoetischer Ausdruck, kein Spiel der Phantasie, so wenig wie im Liede Mosis (5. Mos. 32) und in den Psalmen. Hinter dem leblos scheinenden Himmel stehen lebendige Zeugen, die Engel Gottes, die starken Helden. Sie, durch welche Gott Himmel und Erde regiert, sollen hören, und sie hören und horchen. Wenn wir beten: Dein Wille geschehe wie im Himmel, also auch auf Erden — so tun wir dasselbe, was hier der Prophet tut.

Jes. 1, 3.

Ein Ochs kennet seinen Herrn und ein Esel die Krippe seines Herrn, aber Israel kennet es nicht und mein Volk vernimmt's nicht.

Der Vergleichungspunkt (das tertium comparationis) geht hier, wie öfter bei den Propheten, z. B. Jer. 8, 7, auf den tiefen Instinct der Tiere, mit welchem sie an ihrem Herrn und Eigentümer hangen. So hatte auch der Mensch ursprünglich einen solchen tiefen Instinct in seiner Weise. Zwischen Mensch und Gott soll ein solcher instinctmäßiger Anschluß stattfinden; der Mensch soll an Gott instinctiv hängen, nicht aber sich künstlich zu Gott emporschrauben. Reißt sich der Mensch von Gott los, so sinkt er mithin unter das Tier zurück.

Jes. 1, 5—6.

Was soll man weiter an euch schlagen, so ihr des Abweichens nur desto mehr machet? Das ganze Haupt ist krank, das Herze ist matt.

Dieß Wort spricht eine der furchtbarsten Wahrheiten aus: die Strafen Gottes, wie Krankheiten, Seuchen und dergl., wie z. B. die Pest in Athen und die von da ab stets sich steigernde Ferocität und wilde Bestialität zeigt, machen nicht beßer, sondern ärger, härter. Je mehr Gott seine Pädagogie ausübt, um so

den Feldarchiven der kaiserlichen Armeen, die im Jahre 1866 gegen Preußen und Italien gekämpft und dabei auch mit dem Ungeziefer der Klapka-Legion zu tuen gehabt haben. Die Schrift gliedert sich wie folgt: Vorgeschichte bis zum Jahre 1864 — Preußen und Ungarn seit 1848 — Die Aufstellung der ungarischen Legion in Preußen — Die Chancen der Legion — Die Action der Legion — Die österreichischen Gegenmaßregeln — Die Legion in Bauerwitz — Die Legionäre in Krems.

Konnte sich jeder Recht und Ehre Liebende schon längst darüber klar sein, daß man es in der Legion Klapka mit einer der characteristischsten Erscheinungen des preußisch-italienischen Eroberungskrieges von 1866 und mit einem unauslöschlichen Schandflecken der preußischen Geschichte zu tuen habe, so wird man doch geradezu betroffen von den empörenden Einzelheiten dieses häßlichen Nachtbildes, welches die vorliegende Schrift mit aller sachlichen Ruhe und Objectivität, aber auch mit schonungsloser Offenheit vorführt. Vieles davon, namentlich die umfaßenden Auszüge aus den erst in den letzten Jahren in magyarischer Sprache erschienenen Mitteilungen der damaligen ungarischen Revolutionshelden und preußisch-italienischen Bundesgenoßen, vor allem aber das aus den Acten der kaiserlichen Feldkanzleien und des Kriegsministeriums hier zum ersten Male Veröffentlichte, war bisher auch den Kennern der 1866er Specialgeschichte unbekannt. Die Kienast'sche Schrift muß daher fortan unter denjenigen Quellen genannt werden, an denen niemand vorübergehen darf, der die Geschichte jenes verhängnisvollen Revolutionsjahres wirklich kennen oder gar darüber ein den Tatsachen entsprechendes Urteil abgeben will. Wer aber diese redliche Absicht hat, der wird sie mit lebhaftem Danke begrüßen und mit noch größerer Spannung von Blatt zu Blatt verfolgen. Bringt sie doch im engsten Zusammenhange mit der schmählichen Legionsgeschichte selbst auch eine Reihe neuer wertvoller Aufschlüße über den unheimlichen Umfang, den man damals in Berlin und Florenz der inner-österreichischen Revolution dadurch zu geben beabsichtigte, daß man nicht nur die Ungarn, sondern auch die Serben, Kroaten, Rumänen und Czechen zu insurgieren und ihre Regimenter zum Bruche des Fahneneides zu verleiten suchte. Erst aus diesen Aufschlüßen wird es voll-

ständig ersichtlich, wie der geplante „Stoß ins Herz" des Kaiserstates eigentlich gemeint war.

Es ist sehr begreiflich, daß die Kienast'sche Schrift in Preußen sehr übel vermerkt wird. Die „Kreuzztg." beschwerte sich alsbald nach ihrem Erscheinen in hochfahrendem Tone über ihre „Bosheit", deren „Spitze gegen Preußen und Ungarn" gerichtet sei. Echt preußisch! Denn „Bosheit" gegen Oesterreich war natürlich die Legion Klapka nicht, da Preußen überhaupt keine Bosheit begehen kann, wol aber ist es eine ganz infame und niederträchtige Bosheit, wenn jemand über die Klapka'sche Legion und Preußen selbst die Wahrheit an's Licht zu bringen wagt. Dabei hat die „Kreuzztg." allerdings noch einen besonderen Anlaß, über die „Bosheit" des unbequemen Buches zu klagen, da dasselbe u. a. (S. 106 ff.) auch von einem damaligen Mitarbeiter dieses „conservativen" und „königstreuen" Blattes zu erzählen weiß, daß er unter dem dringenden Verdachte, aufrührerische Proclamationen unter den ungarischen Soldaten verbreitet zu haben, von den kaiserlichen Militärbehörden aufgegriffen und in Untersuchung gezogen sei.

Sachliche Einwände weiß das genannte preußische Blatt natürlich nicht vorzubringen, darum sucht es demselben und seinem Verfaßer von einer anderen Seite beizukommen. „Wir hätten die Schrift des Herrn Kienast", schreibt die „Kreuzztg.", „überhaupt nicht besprochen, wenn sich hinter diesem harmlosen Namen nicht, wie wir hören, ein Officier der österreichischen kriegsgeschichtlichen Abteilung verbergen würde, der kaum ohne Genehmigung oder vielmehr kaum ohne directen Auftrag hätte schreiben dürfen", und weiter: „Es ist nicht recht erfindlich, was der k. k. Generalstab, wenn er in der Tat Anreger dieser Schrift war, mit der Veröffentlichung bezweckt." Auch das ist echt preußisch, leider aber ist es auch ebenso echt österreichisch, daß man in Wien sofort das Bedürfnis empfunden hat, sich dieser versteckten preußischen Drohung gegenüber zu entschuldigen, wie eine der dortigen „Neuen Fr. Presse" „von berufener Seite" gewordene Mitteilung beweist, welche besagt: daß die in Rede stehende Publikation weder vom Generalstabe noch vom Kriegsministerium veranlaßt worden sei, sondern daß sie die Privatarbeit eines nicht dem Generalstabe angehörigen Officiers sei, dem ebenso wie jedem

anderen Forscher die Schränke des Kriegsarchivs in liberalster Weise geöffnet wurden. Provociert sei die Arbeit durch eine Reihe von Veröffentlichungen, namentlich Lettow-Vorbecks und Bernhardis, in der „Deutschen Rundschau“ usw., die sehr viel unrichtige Tatsachen enthielten. Die Arbeit Kienasts sei übrigens ruhig, leidenschaftslos und sachlich gehalten, enthalte sich jedes eigenen Urteils und führe nur fremde Urteile an; nicht Haß gegen Preußen, sondern nur das patriotische Bestreben nach Erforschung der Wahrheit habe den Verfaßer inspiriert. Andreas Kienast sei pensionierter Hauptmann und der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Kriegsarchivs zugeteilt.

Unseres Erachtens konnte der Kienast'schen Schrift eine beßere Empfehlung gar nicht zu Teil werden als durch den „Bosheits“-Artikel der „Kreuzztg.“. Wir empfehlen das treffliche Buch einstweilen allen denjenigen, denen es um die Wahrheit über das Jahr 1866 und um die Erkenntnis der Mittel zu tuen ist, mit denen damals die angebliche „Einheit“ Deutschlands ins Werk gesetzt wurde, aber auch allen Liebhabern und Verehrern echter Soldaten-Ehre. Diese kann man hier nicht nur an ihrem äußersten Gegenteil, der Schändung durch die Legion Klapka und ihre Schöpfer, sondern glücklicher Weise auch an herzerhebenden Beispielen treuer Zurückweisung aller Versuchungen zu ihrem Bruche schätzen lernen.

Auf einzelne Partien des Buches, die wichtigere neue Beiträge zur Geschichte des Jahres 1866 bringen, werden wir ausführlich zurückkommen, sobald Raum und Zeit uns dieß gestatten. W. H.

Briefkasten. Herrn v. Gadow, Gr.-Potrems bei Laage in Mecklenburg. Von Ihrer gütigen Mitteilung, daß der im letzten Decemberhefte der „Deutschen Rechtspartei“, S. 379 erwähnte Antrag nicht von Ihnen, sondern von Herrn von der Lühe auf Stormstorff gestellt worden sei, nehmen wir dankend Kenntnis.

Redaction Druck und Verlag: W. Hopf Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 57. Merz 1901. 10. Jahrgang.

Centrums-Nöte und Sorgen.

Wer die Reden und Kundgebungen der Centrumspartei, das innere Treiben derselben, insbesondere auch die Presse, aufmerksam beobachtet, dem wird es nicht entgehen, wie sich in die stolzen Beteuerungen die „ausschlaggebende Partei im Reichstage" zu sein, in das sorglose Fortwursteln und das protzige Betonen des practischen Wirkens und Könnens, leise Sorge über die Zukunft mischt.

Gleich dem Schatten an der Wand, der bei sinkender Sonne länger und länger wird, so nehmen gewisse Erscheinungen im Parteileben eine immer bedrohlichere Gestalt an und zwingen den Parteimann, der gerne ungestört seinen Weg weiter gienge, so unlieb es ihm auch sein mag, sich mit ihnen zu beschäftigen.

Es sind uns in letzter Zeit mehrmals in verschiedenen Blättern des Centrums derartige Klagen zu Gesicht gekommen, welche vor allem darauf hinwiesen, wie es immer schwerer werde, den nötigen Ersatz sowol für erledigte Reichs- und Landtagssitze, als auch für das Wirken im Parteigetriebe zu finden. Selbst Herr Dr. Lieber nahm keinen Anstand, diesen Besorgnissen vorzüglich auf zwei großen Versammlungen beweglichen Ausdruck zu verleihen.

Es wäre denn auch sonderbar, wenn die leitenden Geister des jetzigen Centrums diese schwachen Seiten vollständig übersehen hätten. Verschließen sie sich auch nicht ganz vor den hervortretenden Folgen, so scheinen doch leider die Einsicht und der gute Wille, diesem Uebelstande zu steuern, vielfach zu fehlen.

Ein Rundgang durch die Centrumsburg, wobei wir vorzüglich bei der Organisation, dem Press- und Vereinswesen verweilen werden, dürfte das Verständnis dafür erleichtern, wohin es die hochgepriesene „practische Politik" des Centrumdiadochentums gebracht hat.

In Bezug auf das Verhältnis der Parteimitglieder unter und mit einander ist die früher auch wirklich practisch geübte Losung ausgegeben worden: **In necessariis unitas — in dubiis libertas — in omnibus caritas**; dieselbe wäre aber zeitentsprechender dahin abzuändern: **In necessariis opportunitas — in dubiis principum auctoritas — in nonnullis caritas.** — Während wirklich große und bedeutende Männer es nicht zu verschmähen pflegen, auch von denen, die nicht im hohen Rate sitzen, einen Ratschlag anzunehmen, eine freimütige Meinungsäußerung sich gerne gefallen laßen, tragen gewisse leitende Kreise der jetzigen Centrumsvertretung eine gespreizte Würde zur Schau, die nur zu sehr geeignet ist, den Unterschied zwischen Wesen und Schein lebhaft hervortreten zu laßen.

In der Masse der Centrums-Wählerschaft herrscht noch vielfach die alte Opfer- und Kampfesfreudigkeit, wie uns herzerhebende Beispiele auch in jüngster Zeit bewiesen haben. Da gilt es noch treu zusammenzuhalten, ohne Unterschied, einem jeden die ihm gebührende Ehre zu geben, und in der Glut der eigenen Begeisterung merken sie's kaum, wie die Reden der Führer matter und matter werden. In den leitenden Kreißen dagegen überwiegt die ängstliche Berechnung, daß sie nur ja obenan bleiben. Kommt dann so ein Hoher ab und an in die Provinz und steigt zum in gehöriger Weise bereits geraume Zeit vorher auf das große Ereignis in Stimmung versetzten Volke herab, so tritt er natürlich ein gut Stück oppositioneller auf als in Berlin; im Bayerlande gilt es ganz besonders seit der blutigen Lehre des „Bauernkrieges" als zeitgemäß und volkstümlich, den „Preußen" ein par Seitenhiebe zu versetzen, was im übrigen die tapferen Herren nicht abhält, beim Fürsten Hohenlohe oder Grafen Bülow Sect zu trinken und für des Reiches „Machtstellung und Ehre", nachdem ihnen in den Commissionssitzungen unter dem größten Siegel der Verschwiegenheit reichspolitische Geheimnisse, daß die Balken sich bogen, anvertraut, alles Erforderliche zu bewilligen.

Da ist dann die Sorge, es könne irgend ein Unheiliger in den Kreiß der Wißenden eindringen, groß und nicht minder der Aerger, wenn irgend ein gewöhnlicher Parteimensch sich erkühnt, eine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wehe dem

der es wagt, durch nicht vorher an zuständiger Stelle genehmigte Anträge oder Bemerkungen den Samen der Auflehnung zu säen, welche den Zusammenbruch des Berliner Idylls zur Folge haben könnte. Nur von diesem Gesichtspunkte aus läßt es sich verstehen, wie zwei Führer der Fraction über die gelegentlich einer Sectionsberatung auf einer katholischen Generalversammlung erhobene Forderung schärferer Betonung der römischen Frage sich dermaßen erhitzen konnten, daß sie sich ganz aufgeregt geberdeten, rot vor Wut dasaßen und die unglücklichen Fragesteller nachher durch Grußverweigerung zu strafen suchten. Einem sehr ehrenwerten Geistlichen, welcher sich bei den Vorbesprechungen eines Katholikentages bemühte, gewissen socialen Endforderungen klareren Ausdruck in den zu faßenden Resolutionen zu verleihen, wurde ähnlich mitgespielt. Selbst der frühere Generalcommissar der Katholikencongresse mußte sich einst in geschloßener Generalversammlung wegen abweichender Meinung gefallen laßen, von einem württembergischen Führer in einer Art und Weise angelaßen zu werden, welche zwar mit dessen Namen in Zusammenhang stand, sonst aber nur peinlichstes Empfinden wecken konnte.

En geistig sehr hervorragender Herr aus dem Hannöverschen, ständiger Besucher der Katholikencongresse und eifriges Mitglied aller möglichen katholischen Wolfahrtsbestrebungen, erbot sich, auf einer Generalversammlung einen Vortrag zu halten, welcher seiner Natur nach und Angesichts der Begabung des Redners recht interessant zu werden versprach. Aber besagter Herr ist folgerichtiger Weise auch großdeutscher Föderalist und insbesondere treuer Anhänger der hannoverschen Sache. Das passte natürlich den neuesten Centrumsvertretern nicht in ihren Kram, und so wurde er denn von dem ganz unter dem Einfluße dieser siehenden Vorsitzenden des Ortscomitees kalt abgewiesen. Wie zum Hohne fügte dieser hinzu, er dürfe jedoch am Begrüßungsabende mit einigen Worten die Grüße der hannoverschen Katholiken überbringen. Eben so würdig wie bescheiden erwiderte der Betreffende, daß er sich durchaus nicht für befugt halte, in dieser Weise aufzutreten.

Auch eine Kundgebung zu Gunsten der armen Armenier wurde zurück gewiesen, einer zweiten mußte man notgedrungen,

der Stellung des Beantragers wegen, Folge geben; es wurde aber dafür gesorgt, daß es hiermit sein Bewenden hatte, denn bei der bekannten Turkophilie hoher Berliner Kreiße ist jede Parteinahme für die morgenländischen Christen eben so verpönt wie das Bekenntnis zum alten Mallinckrodtschen Centrumsprogramm.

Die Art und Weise, wie seiner Zeit der Kampf gegen gewisse, die Forderungen der Landwirtschaft schärfer betonende Herren geführt wurde, war auch höchst unwürdig. Wir sind durchaus nicht geneigt, Leute, welche ihre an und für sich großenteils sehr berechtigten Wünsche und Forderungen durch Preisgabe von Volksrechten und ungezügelte Bewilligungslust zu erreichen suchen, und dergestalt dem Volke mit der einen Hand nehmen, was sie ihm mit der andern zu geben gewillt sind, abgesehen von der immer von uns vertretenen Anschauung, daß wirksame sociale, also auch agrarische Maßnahmen nur in einem Rechtsstate möglich und fruchtbringend sind, hierin in Schutz zu nehmen. Nun entfeßelten aber die derzeitigen Machthaber im Centrum gegen die Agrarier innerhalb ihres Lagers, und insbesondere gegen persönlich höchst ehrenwerte Männer eine überaus gehäßige Fehde, wobei man einigen Wortführern der Landwirtschaft die unlautersten Beweggründe unterzuschieben sich nicht scheute. Man machte Mitgliedern derselben zum Vorwurfe, was bei anderen mit dem Mantel der Liebe bedeckt wurde.

So hatte ein hervorragendes Glied des rheinischen Adels 1897 gegen die Militärvorlage gestimmt, hernach aber vor den Neuwahlen in seinem Kreiße erklärte, er könne sich nicht bindend verpflichten, im Wiederholungsfalle dasselbe zu tuen. Sicherlich setzte dieses einen Mangel an Verständnis der alten Centrumsgrundsätze voraus, die wütenden Angriffe hierauf, welche den Herrn zur Niederlegung seiner Candidatur nötigten, waren aber doch nur wol Mittel zum Zweck der Verdrängung dieses sonst ideal angelegten Mannes, denn zu gleicher Zeit begünstigte ein großes Centrumsorgan einen gewissen militärfrommen Prinzen gegenüber der officiellen antimilitaristischen Centrumscandidatur mit dem schönen Erfolge, daß letztere den Kürzeren zog, und der „Duzfreund des Kaisers" dem Centrum nach wie vor als kostbare Brücke erhalten blieb. Ein Kölner Rechtsanwalt durfte sich

sogar erlauben, für eine Bismarckehrung Gelder zu bewilligen und der Abstimmung über den Jesuitenzulaßungsantrag ostentativ fernzubleiben; man suchte ihn, obwol noch Anderes vorlag, krampfhaft zu halten, weil er sich gut mit den Machthabern stand, und erst wiederholt energische Vorstellungen aus seinem durchaus nicht hiermit zufriedenen Wahlkreiße ließen den Tapferen sein Mandat abgeben. In omnibus caritas!

Demgemäß trachten die leitenden Elemente im modernen Centrum dahin, die Parteiorganisation in der Weise einzurichten, daß nur ihnen ergebene Personen in den verschiedenen Landes- und Provinzialausschüßen an der Spitze stehen. Zur Erreichung dessen ist die Cooptation ein äußerst bequemes Mittel. Nehmen wir an, daß der Wahlausschuß der Centrumspartei in einem beliebigen Landesteile aus 6 bis 8 Herren der gekennzeichneten Richtung, nachdem mehrere durch Tod abgegangen waren, bestand. Diese betreffenden waren zu dreien verwandt, fast alle aber in sehr enger Verbindung. Im Grunde gaben drei Vettern ein und desselben Ortes den Ton an. Nun liegt es auf der Hand, daß, wenn ordnungsmäßig auf einem von Delegierten aller kleineren Wahlbezirke beschickten Parteitage diesem die Neuwahl überlaßen worden wäre, eine möglichst gerechte Vertretung aller Berufsstände und der im Schoße der Partei herrschenden Anschauungen gewählt worden wäre. Das aber soll verhindert werden. Und so wird dem staunenden Umstand nur verkündet, daß die und die Herren, natürlich alles sorgfältig ausgesuchte, ganz ergebene Naturen, bereit zu verbrennen morgen, was sie heute angebetet haben, wozu, um den Schein zu wahren, ein oder zwei anderer Richtung gefügt wurden — vom Wahlausschuß kooptiert worden seien. Und die drei guten Verwandten können nun weiter die Centrumspolitik machen, ohne ernsthafte Störung zu erleiden. Am Schipkapaße alles ruhig!

In der Centrumspresse hat es bekanntlich der Augustinusverein übernommen, die gewünschte mechanische Gesinnungseinheit herzustellen. Auch hier sind es nur einige, ganz wenige Herren, welche den Ton angeben und scharf darüber wachen, daß ein Jeder im gleichen Schritt und Tritt mitgeht. Wehe dem Redakteur, der, nachdem die Parole ausgegeben, eine selbsteigene

Ansicht, und mag sie noch so folgerichtig sein, verfechten wollte. Die „Deutsche Reichszeitung" weiß hiervon zu erzählen. Selbst der heilige Vater in Rom muß sich da wol noch von dem leitenden Organ einen Nasenstüber gefallen lassen. Wie hochweise wurde er doch vor einigen Jahren belehrt, daß die von ihm für die italienischen Katholiken ausgegebene Richtschnur: „Ni elettore, ni eletti", ganz veraltet und unpraktisch sei. Natürlich, der Pabst brauchte sich ja nur ein par redegewandte Advokaten vom Rheines- und Oberstrand zur Organisierung einer italienischen Centrumspartei kommen zu lassen, und das Weitere würde sich von selbst machen.

Als gemeinsamer Futtertrog dient eine Berliner, meist recht fade Centrumskorrespondenz. Was dazu noch aus Eigenem hinzugetan wird, läßt vielfach sehr zu wünschen übrig. Da muß heute einmal, um Eindruck hervorzurufen, fortissimo ins Horn geblasen werden, daß man meinen soll, das alte Centrum sei wieder erwacht, und dann wird wieder abgewiegelt, immer sanfter und sanfter, bis es zuletzt ganz pianissimo im Blätterwalde dahin erklingt, daß Herr Dr. Lieber und Herr Bachem durch ihre Bereitwilligkeit alles Verlangte zu gewähren, einen Akt höchster statsmännischer Weisheit geleistet haben. Oder es handelt sich darum, die Wähler glauben zu machen, daß durch den verschwindenden Abstrich eines Bataillönchens oder Millionchens mal wieder das Budgetrecht des Reichstages und die ausschlaggebende Stellung des Centrums glänzend bewiesen sei. In der auswärtigen Politik ordnet man sich ja vollends der Berliner Reichspolitik mehr und mehr unter. Uns hat es immer geschienen, daß, abgesehen von dem höheren geistigen Schwung, welcher früher das Centrum belebte, auch der Umstand nicht zu unterschätzen sei, daß an Stelle vieler hochgebildeter Geistlicher, welche bei Beginn des Kulturkampfes, aus ihrer Seelsorge vertrieben, die Leitung vieler Blätter in die Hand nahmen, später Laien mit oft recht ungenügender Vorbildung traten und dadurch, mochte auch die Abonnentenzahl sich mehren, die geistige Bedeutung der Zeitungen herabdrückten. Das soll uns natürlich nicht abhalten, der technischen Vollendung einzelner, sich eines vollständig geschulten Redaktionsstabes erfreuender Blätter innerhalb der

Centrumspresse alle Gerechtigkeit widerfahren zu laßen. Dieser Mangel eines selbständigen, logischen Urteils in politischen Fragen, die Unklarheit in der inneren Politik, die Unselbständigkeit und Unfähigkeit sich auf den öffentlichen Gebieten aus eigener Kenntnis zurecht zu finden, geben vielen dieser Organe ein so fades Gepräge. Da wird dann so oft gegen die farblose Presse in Wort und Schrift gewettert. Als wir aber die Herren vom Augustinusverein wie die olympischen Götter auf einer Versammlung sitzen sahen, und ein Chefredakteur heftig gegen die charakterlosen Generalanzeiger donnerte, während wir wußten, daß er einem seiner Angestellten als Hauptregel ans Herz gelegt hatte: „Vor allem bringen sie mir nie etwas gegen die Juden, das sind unsere besten Inserenten", und eben dieser Herr durch seine Untätigkeit es fertig gebracht hatte, die Abonnentenzahl von 12000 auf 6500 schwinden zu machen, wohingegen rings herum andere Blätter aufblühten, da überkam uns doch ein eigenartiges Gefühl. Wir haben seinerseit, Dank besonderer Umstände, einen bedeutenden Teil der Centrumspresse des Näheren kennen gelernt, und daraus die Ueberzeugung geschöpft, wieviel mehr bei richtiger Auswahl der leitenden Kräfte und geschickterer Tätigkeit geleistet werden könnte.

In Preußen sind es auch gewisse Geburtstage und Statsaktionen, wie die verflossene 200 Jahrfeier, wo einige Centrumsblätter die Ueberlieferungen ihrer Partei so weit vergaßen, Aufsätze zu bringen, welche dem rabiatesten liberalen Blatte zur Zierde gereicht hätten.

Dasselbe ängstliche Bestreben, die unbeschränkte Herrschaft sich, den zur Zeit Tonangebenden, zu erhalten, zeigt sich im Vereinsleben. Wir reden hier nicht von den rein woltätigen oder wißenschaftliche Zwecke verfolgenden Vereinen. Alte gute Vereine sind leider eingeschlafen, dafür sind neue, wie der Centrumsverein, Katholische Volksverein und Windthorstsbund entstanden. Des Ersteren Bestimmung geht aus dem Namen klar hervor. Der Volksverein sollte nach der Idee seiner Gründer in erster Linie den gerade damals heftig auftretenden Anfeindungen des evangelischen Bundes gegenüber die katholische Bevölkerung sammeln und aufklären; in der Folge jedoch richtete er bald sein Haupt-

augenmerk auf die socialistischen Bestrebungen, in deren Bekämpfung und Widerlegung er viel Gutes geleistet hat. In der jüngsten Zeit ist der katholische Volksverein aber auch mehr und mehr ein Wahlverein der Centrumspartei geworden und wird mit Vorliebe dazu benutzt, den jeweiligen Kurs der Parteileiter der Wählerschaft mundgerecht zu machen. Jeder, der nicht blind diesen Machthabern ergeben ist, wird von einer Betätigung an dem Vereine ausgeschloßen. Ergötzlich ist es, wenn auch nicht gerade erbaulich, wie es einem unserer Bekannten in dieser Beziehung gieng. Dieser war mehrmals unter großem Beifall in Versammlungen des Volksvereins aufgetreten. Seine Ausführungen bewegten sich vollkommen im Rahmen des Centrumsprogramms, aber von der gewohnten Schablone wichen seine Reden doch bedenklich ab. Da wurde ihm ein Büchlein zugesandt mit dem höflichen Ersuchen, sich des Inhaltes bei vorkommenden Gelegenheiten nur eifrig zu bedienen. Es fanden sich darin eine ganze Anzahl Reden über alle die Fragen, welche in Versammlungen des Volksvereins, ohne anzustoßen, gehalten werden konnten. Als er aber als Mann von selbständigem Geiste auf diese Hülfe verzichtete, gieng eine Warnung vor dem gefährlichen Menschen bei den verschiedenen Ortsvereinen rund, und wie mit einem Zauberschlag wurde es still von ihm.

Das frischeste Leben pulsiert wol noch im Windthorstsbunde, dem jüngsten Kinde unter den Centrumsvereinen. Der Zweck dieses Bundes ist äußerst practisch und zeitgemäß, und es ist nur bedauerlich, daß man ihn nicht früher ins Leben gerufen hat, handelt es sich doch darum, nach bewährten Vorbildern in Frankreich, Belgien und Hannover sowie in Hessen die jungen Leute für das Parteileben zu schulen und in den Wahlkämpfen nutzbringend zu verwenden. In Folge des freieren Geistes, der hier herrscht, und angesichts des Umstandes, daß hervorragende Katholiken, welche nicht zu dem derzeit in der Fraction den Ton angebenden Kreiße gehören, eine führende Rolle im Windthorstsbunde einnehmen, war derselbe bei letzteren weniger wol gelitten, und erfreute sich keiner besonderen Förderung. In letzter Zeit jedoch mehren sich die Anzeichen, daß man auch da nicht ohne Erfolg bemüht ist, den Bund in den herrschenden Bannkreiß zu

ziehen. Gelänge dieses vollständig, so wäre es um den eine wirkliche Lücke ausfüllenden und viel versprechenden Windhorstsbund geschehen.

Als letztes Glied in diesem Reigen sei noch des alljährlich stattfindenden Katholikencongresses gedacht. Ursprünglich Generalversammlungen sämtlicher katholischer Vereine, unter Beteiligung des ganzen alten Bundesgebiets, sind hieraus mehr und mehr Parteitage der Centrumspartei, auf denen in erster Linie die jeweiligen Leiter der Partei sich vernehmen laßen, geworden. Nach 1870 hat kein Katholikentag mehr in Deutsch-Oesterreich stattgefunden; man hat es bedauerlicher Weise zu einer Trennung kommen laßen, wobei den österreichischen Kleinmut auch manche Schuld trifft, und seitdem von Seiten eines Centrums-Reichsboten auf der Kölner Generalversammlung auf die erstaunte Frage, warum man denn von der guten Uebung, nur der kirchlichen Oberhäupter zu gedenken, abgekommen sei, erwiedert wurde, durch die telegraphische Begrüßung des bayrischen Prinzregenten in Würzburg sei eine Präcedenz geschaffen, ist die Bahn auch hier für höfische Liebedienerei frei geworden. Folgerichtiger Weise müßte man aller Bundesfürsten, eigentlich auch des Kaisers in Wien, gedenken, aber die Herren haben sich bereits so sehr mit dem Kaiser „von Deutschland" vertraut gemacht, daß ihnen der Gedanke daran gar nicht mehr kommt. Was die Auswahl der Redner betrifft, so wird da strenge darüber gewacht, daß die gelehrigen Ortscomités nur solche Persönlichkeiten mit Vorträgen betrauen, welche den leitenden Geistern genehm sind. Diese selbst reservieren sich natürlich das Hauptteil. In Folge dessen hat man dann wol, wie Schreiber dieses, den Genuß, ein und dieselbe Rede, selbst mit genau denselben Wendungen, innerhalb weniger Jahre zweimal anzuhören. Bei der großen Beschränkung in der Rednerzahl möchte ein Fernstehender versucht sein, sehr nachteilige Schlüße hinsichtlich der Intelligenz der deutschen Katholiken zu ziehen, als ob von den 17 Millionen dieser nur 40 bis 50 im Stande seien, eine genügende Redeleistung zu vollführen.

Herrscht nun auch auf dieser Seite eine große Engherzigkeit, so zeugt der Umstand, daß ein Schriftführer eines Katholikentages, Verwandter eines in der Fraktion sehr angesehenen Mit-

gliedes, für den Buddhismus Propaganda machte und unverfrorener Weise die meisten Einrichtungen der katholischen Kirche als von ersterem entlehnt darstellte, von verblüffender Freisinnigkeit.

Ist es verwunderlich, wenn unter diesen Verhältnissen der Ersatz für die durch Tod abgehenden oder sich vom Parteileben zurückziehenden Abgeordneten und Führer immer schwieriger wird? Wir haben aus dem Munde kompetenter Beurteiler bewegliche Klagen hierüber gehört. Eine Partei wie das Centrum, welche sich auf die breiteste Masse der Bevölkerung stützt, ist schon an und für sich in schwieriger Lage, die nötigen Kräfte aufzubieten. Dazu kommt, daß ein mächtiger Stand, die Geistlichkeit, durch ihren Beruf weit mehr als andere Gebildete verhindert wird an den parlamentarischen Arbeiten teilzunehmen. Die alten Kämpfer aus den 60er und 70er Jahren ziehen sich aus Altersrücksichten zurück oder werden vom Tode ereilt, manche treibt auch die Verstimmung über den neuesten Lieber'schen Kurs aus der Fraktion, und der Kreiß derer, die für hinreichend sicher und zuverläßig erachtet werden, wird immer geringer. Die Not, einen nicht bombenfesten Wahlkreiß mit einer passenden Kandidatur zu versehen, ist oft groß. Zum Glücke verspüren noch viele Amtsrichter ein menschliches Rühren. Auf der einen Seite Abgang durch Tod, Alter, Verstimmtheit, auf der anderen die äußerst hohen Ansprüche seitens der leitenden Fraktionkreiße an das Anpassungsvermögen der Auserwählten. Hierzu gesellt sich nun noch der in keiner Weise weg zu leugnende Uebelstand, daß Schule, Militarismus, der ganze Zeitgeist und — least not last — die Unterlaßungssünden der Parteileitung in den höheren Bürgers- und Adelskreißen, vielfach im Gegensatz zu den niederen Ständen, ein Geschlecht haben heran wachsen laßen, welches entweder nur in einseitigem Sport, Vergnügungen und Prassertum blöd und fad dahin lebt, oder verständnislos für die alten Centrumsideale sich ohne Rückhalt dem Militarismus und Cäsarismus ergibt.

Wir haben insbesondere gewisse Vorgänge in den katholischen Studentenverbindungen im Auge, wir denken vor allem an peinliche Kundgebungen in Freiburg im Breisgau und Münster i. W., zur Zeit als die Centrumsvertretung sich überhohen Heeres- und

Marineforderungen der Reichsregierung gegenüber fest zu verhalten schien, dann an Bismarcksfeiern und Verherrlichungen just wie ihre liberalen Commilitonen. Ferner darf die große Zahl katholischer Verwaltungsbeamter wir verweisen nur auf die militärfrommen katholischen Landrats-Candidaturen — welche ganz im uferlosen Fahrwaßer des neudeutschen Cäsarismus segeln, nicht gering angeschlagen werden.

Hier kann die derzeitig Ton angebende Richtung innerhalbdes Centrums nicht von Mitschuld frei gesprochen werden. Die „practische Politik" hat es dahin gebracht. Die Jugend will ihre greifbaren Ideale haben. Sociale und practische Maßnahmen pflegen in dieser Lebensperiode weit weniger Verständnis zu finden. Ein zündender Gedanke, ein kräftiges Schlagwort, eine leuchtende Persönlichkeit üben eine begeisterndere Wirkung aus als wolangebrachte, aber trockene Auseinandersetzungen über irgend einen Gesetzentwurf socialer Fürsorge oder Zoll- und Steuerangelegenheiten. Jung-Hannover begeistert sich an der hochsinnigen Gestalt seines Königs Georgs V., einer der edelsten Gestalten auf Fürstentronen, für sein vertriebenes Herrscherhaus, die Geschichte seines Landes- und Volksstammes. Welchen Beifallssturm entfeßelte nicht die kleine Excellenz, wenn sie von ihrer Treue zum angestammten Königshause sprach. Aber das ist alles jetzt im officiellen Centrum verpönt, und nirgends wird ein Ton angeschlagen, der des jungen Mannes Brust schwellen könnte. Und doch, haben wir nicht unser altes Kaiserhaus mit seinen glorreichen Erinnerungen, der Schwaben, Bayern und Franken reiche Stammesgeschichte, verdient nicht das Bild des Duldergreises Pius IX. auf Petri Stuhl und die unerhörte im Dreibund sanctionierte Schmach der Besetzung Roms der Jugend immer wieder vor die Seele gestellt zu werden! Läßt nicht dessen Nachfolger auf dem Stuhle des Apostelfürsten, Leo XIII., den Ruf nach Abrüstung erschallen! Wie begeisternd wirkt der Gedanke eines großen Friedensbundes, insbesondere einer Vereinigung aller germanischen Stämme zu einem großen Friedensreiche, in welchem jeder Stamm seine Eigenart bewahren darf.

Es ist nur zu begreiflich, daß Mangels jedes höheren Schwunges die gebildete Jugend sich falschen Idealen, Zerrbildern, zuwendet,

und für den gewalttätigen herzlosen Vollblutwenden Bismarck, für den ländersüchtigen Wilhelm I., für das unter der falschen Flagge des Deutschtums segelnde Großpreußen schwärmt.

Bietet man der Jugend kein wahres Ideal, so zimmert sie sich eben eins zurecht.

Bei der ungemeinen Unklarheit, Lauheit, wenn nicht völligem Einverständnis mit den typischen Erscheinungen des neudeutschen Cäsarismus seitens der herrschenden Richtung im Centrum wird der zu kennzeichnen versuchte Zustand innerhalb der Partei immer ernster werden.

Die Nöte und Sorgen werden naturgemäß wachsen, denn zu einer Abkehr von dem unheilvollen System fehlen leider die Vorbedingungen. Das Centrum muß aber zu seiner Festigung sich wieder auf seine alten Ideale besinnen, welche, weil auf dem Boden des göttlichen Rechtes erwachsen, immer Zugkraft haben werden.

Die Aussicht, daß dieß geschehe, ist aber sehr gering.

Berliner Welt- und Kirchengeschichte.

III.

Bevor wir Professor Seebergs Auffaßung der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts näher treten, müßen wir seine Vorstellung von dem ganzen Verlaufe der deutschen Kirchengeschichte in dieser Weltperiode zum Eintritt in das 20. Säculum ins Auge faßen. Am Schluße seines Buches sagt er: „Und es rauschen die Geschlechter heran wie Wogen, und inmitten auf dem Fels steht der große Christus und hält Heerschau." — Nun ja, die speculativen Theologen haben gerauscht und sind berauscht, aber bis zum Felsen sind sie nicht gekommen; sie sind im Sande verlaufen; ihre Leichen liegen auf der Gaße der großen Stadt (Off. 11, 18). Seeberg sieht sie, aber begreift sie nicht; er hat noch niemals gehört, was ein Auberlen, ein Culmann (über den

ethischen Stand unserer Zeit), ein Vilmar u. A. uns voraus-gesagt haben.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichnet er nur mit der Phrase: „Restauration des alten Glaubens gegenüber der Aufklärung und Entstehung der Fragen nach neuen Lebensformen für Theologie und Kirche." Die zweite Hälfte wird zusammengefaßt mit dem „Streben nach neuen Formen für den wiedergefundenen religiösen Glauben und für das Leben der Kirche." Wunderliche Logik! Fünfzig Jahre gefragt nach dem, was die Kirche achtzehnhundert Jahre lang gegeben und gelehrt hat; und dann fünfzig Jahre „gestrebt" nach Formen ohne Inhalt, ohne sie finden zu können, — ein urkomisches Rätsel, doch leicht erklärlich; können hundert Blumentöpfe eine blühende Blume hervorbringen? Kann ein Magazin von Pinseln und Farben ein Gemälde schaffen? Man strebte nicht für das Leben des Königreichs Christi, sondern für Formen einer „deutschen Kirche", und mit solchen Hirngespinsten kamen die „deutschen Theologen" in den Sumpf, der mit Kaftan und Nietzsche d. h. mit dem Nichts endete. Seitdem aber Deutschland um ein Drittel verkleinert und durch Hinterlist, Bundesbruch, Bruderkrieg, Annexionen, mit Hülfe von Landesverrätern und Revolutionären ein vergrößertes Preußen geworden ist, handelt es sich nur um eine Form für eine preußische Kirche. Und die ist leicht gefunden; sie heißt „Macht vor Recht" und wechselt ihr Streberkleid mit jedem Wechsel des Machthabers. Der „alte Glaube" ist dabei nur dreiste Heuchelei.

Die zweite Hälfte des Jahrhunderts beginnt in Seebergs deutscher Kirchengeschichte mit einer „wahrnehmbaren Wandlung" bis zu einem völligen „Umschwung". Es ist die Zeit von 1848 bis 1866, worin der „Umschwung" sich vorbereitete. Was die theologischen und kirchlichen „Bildungsziele" und das „Strebertum" jener Zeit waren, das zu zeigen, verbietet dem Berliner Professor die Höflichkeit, womit er in seinem Salon alle Kollegen, die Gottlosen und die Zeugen des „alten Glaubens", mit liebenswürdiger Toleranz durcheinandersetzt. Aber dazu muß er vor allem das Jahr 1848 ignorieren, wovon noch heute die „gebildeten Berliner" nicht gerne sprechen. Und doch

beginnt da gerade die „Wandlung", die Scheidung der Geister. Denn als die Pariser Februar-Revolution den feigen Bürgerkönig und mit ihm den aus den Ideen von Montesquieu, Rousseau, Voltaire im Jahre 1789 erwachsenen, 1830 von neuem triumphierenden Schwindel des constitutionellen Liberalismus und der Volkssouveränetät hinweg gefegt und dem schlauen zweiten Kaiser die Herrschaft eröffnet hatte, da wackelten alle Trone, und die Fürsten und Statsmänner mußten denselben Schwindel, der sich in Frankreich abgespielt hatte, nun in ihren „Verfaßungen" einführen. Es war nicht die „Macht der Ideen", womit auch in Berlin nur einige Rebellen, Studenten, Polen zum Aufstand hetzten, sondern es war die völlige Ratlosigkeit und Angst, die auch in Berlin schon vor dem 18. Merz die Gebildeten, die Statsmänner, Generäle, Professoren blind und lahm machte und den Aufstand zum Ausbruch brachte — (Schreiber dieses war damals als Student in Berlin). Die Revolution triumphierte, nicht im preußischen Volke, nicht in der gutherzigen Berliner Bürgerschaft, sondern im königlichen Schloße, nachdem die tapferen Truppen den Aufstand schon völlig niedergeschlagen und die öffentliche Ordnung hergestellt hatten. Sie triumphierte nicht durch die Schwäche des unglücklichen Königs, sondern durch den Leichtsinn eitler Streber, welche sich ins Schloß drängten, um ihre „Bildungsziele", wie Seeberg sagt, d. h. ihre werten Personen, zur Geltung zu bringen und den König endlich in später Nachtstunde zu dem unheilvollen Entschluße brachten, die Truppen aus der Stadt zu ziehen.*

---

* Verstehen wir die Weltgeschichte im Lichte des göttlichen Weltregimentes zu lesen, so müßen wir immer wieder staunen, wie Gott mit kleinsten Mitteln die größten Dinge sich vollziehen läßt. Wer den Stunden lang in der Nacht vom 18. Merz von allen Seiten bedrängten König schließlich zu der unheilvollen Entscheidung brachte, die Truppen zurückzuziehen, darüber ist von den Historikern hin und her gestritten, ob General von Prittwitz oder der Minister v. Bodelschwingh; letzterer war es, der noch in der Nacht die Proclamation: „An mein Volk!" an das Berliner „Volk" verteilte, — es waren die Nachtwächter und einige Weiber, die früh mit Gemüse zur Stadt kamen: sonst schlief alles in der guten Stadt Berlin. De Lagarde schreibt: „Strauß (der Oberhofprediger) hat Preußen einen Judasdienst getan, als er den

Die achtzehn Jahre von 1848 bis 1866, sagten wir, waren die entscheidende Periode in dem seit Rousseau und Voltaire begonnenen offenen Angriff auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes. Diese Emancipation des menschlichen Sündenwillens, welche Revolution heißt und in Robespierres Vergötterung der menschlichen „Vernunft" (einer Pariser Hure) ihr Vorbild für unsere Gegenwart zeigte, hatte sich seit 1830 auf die Agitation des

---

aller Besinnung baren — ich weiß was ich schreibe — König vermochte, die Truppen zurückzuziehen." Dann hätte es in jener Nacht wol mehrere Judasse gegeben. Die mit Unrecht Beschuldigten, zumal die tapferen Männer, welche, wie der General Prittwitz, den Aufstand niedergeworfen hatten und doch sich gegen jene Anschuldigung zu verteidigen verschmähten, waren die Märtyrer ihrer Ehre. In der Tat war es der Freiherr Alexander Heinrich von Arnim, preußischer Gesandter in Paris, der statt auf seinem Posten zu bleiben, nach Berlin gekommen war und in der Frühe des 19. Merz in das Schloß stürzte und den König beschwor, dem Blutvergießen Einhalt zu tuen: „unsere Somnambule" (eine Gesellschaftsdame seiner Gemahlin) „sieht ganz Berlin in Blut" — das Blut war schon vor Stunden geflossen! Der General von Gerlach, der, als der Aufstand niedergeschlagen war, nach Hause gieng, bemerkte später in seinem Tagebuche „Arnim mit seiner Somnambule — der sich am schwersten an seinem Könige versündigt hat." Von der Arnim'schen Somnambule erzählt V. A. Huber (in seiner Biographie). Die Arnims hatten kein Glück mit ihren „Bildungszielen"; der Boitzenburger Graf, der schon in jener Merznacht sein conservativ-constitutionelles Ministerium formierte, verließ es schon nach zehn Tagen, und der liberal-schwarz-rot-goldene Freiherr (der Mann mit der Somnambule) wurde nach drei Monaten beseitigt. Jedesfalls hat der König Friedrich Wilhelm IV., als er am 19. Merz nur von wenig Adjutanten begleitet durch die Straßen der Stadt ritt, mehr Vertrauen in seine guten Berliner und mehr Standhaftigkeit gezeigt, als der feige Orleans in Paris, mehr Mut als sein eigener Bruder, der an jenem Morgen in geschlossener Droschke mit dem Oberrock des alten Herrn v. Schweinitz, wie die „Kreuzztg." nach seinem Tode tactlos der Nachwelt erzählte, aus Berlin nach England flüchtete, obgleich ihn niemand verfolgte, derselbe, welcher später in hohem Alter noch Stunden lang zu Pferde sitzen konnte auf den Schlachtfeldern in Frankreich in Außerschußweite, weshalb er den Titel „Heldengreis" bekam, oder wie Professor Seeberg schreibt: „der große Kaiser mit seinen Paladinen".

Liberalismus der Bourgeoisie zur Beseitigung der bestehenden Rechtsordnungen nach französischem Muster beschränkt. Nun aber trat namentlich in der Frankfurter Nationalversammlung, schon das Gelüste hervor, solche Omnipotenz des souveränen Volkes auch in der Kirche und bis in die Häuser, Familien, Schulen zur Geltung zu bringen. Damit erwachte endlich bei den gläubigen Christen das seit den Befreiungskriegen (Heilige Allianz) wieder eingeschlafene Bewußtsein des göttlichen Weltregimentes, sowol im öffentlichen Völkerverkehr (Politik) wie in den socialen Fragen. Hatten schon gläubige Katholiken (Lacordaire) und Reformierte (Vinet) die Unabhängigkeit der Kirche, freilich mit der irrigen Theorie einer „Trennung von Stat und Kirche" verfochten, so trat nach 1848 gerade in Berlin Jul. Stahl für den Streit des Christentums gegen die Revolution auf, und gründete in Holland der unermüdliche Groen van Prinsterer seine antirevolutionäre Partei, vor der die alten Conservativen und die liberalen Doctrinäre sich ebenso verzogen, wie der Rationalismus vor der Predigt des „alten Glaubens".

Es ist ein trauriger Beweis der Blindheit der heutigen lutherischen Theologie, daß Professor Seeberg von diesem Kampfe für das Reich Gottes nichts anderes zu sagen weiß als oberflächliche Phrasen von „Bildungszielen" und Streben nach Formen liberaler Ideen, um schnell auf seine neue Religion zu gelangen: „Da ist ein Mann gekommen!" — Es ist zum Lachen, wie Menschenvergötterung und Größenwahn den gesunden Menschenverstand verrücken. Gern möchte man eine fromme Einfalt eines Stubengelehrten zur Entschuldigung nehmen, der in Berlin eben so wenig mit lebenden Menschen verkehrt wie in Erlangen und immer noch dieselbe nationalliberale Zeitung liest. Vielleicht hat er noch niemals die „Kreuzztg." gelesen oder nur ihre Devise zu Gesicht bekommen: er weiß nur, daß die preußischen Junker darin ihre Geburten und Verlobungen inserieren, und daß der „Mann" bevor er „gekommen" war, auch zu den Männern dieses Blattes gehörte. Was versteht denn Seeberg unter „Wandlungen" und „Umschwung"?

Es waren ernste, glaubensmutige, opferwillige Männer, welche im Schmerz über die Ereignisse von 1848 und über die

Ratlosigkeit der Christenvölker gegenüber der wachsenden Revolution sich vereinigten, um in der Kreuzzeitung die Gottlosigkeit zu bekämpfen und sie zur Leuchte in den Wirren der Zeit zu machen. Es waren keineswegs nur preußische Junker, sondern gläubige „Gebildete" und namentlich gläubige Geistliche, welche sich ihr anschloßen. Und in den 23 Bänden des von Hermann Wagner gegründeten Stats- und Gesellschafts-Lexikons, an dem die bedeutendsten Männer Deutschlands Anfangs (Vilmar nur bis zum 13. Bande) mit arbeiteten, kann man sehen, mit welchem Ernste im Anfange (vergl. Vorwort und Einleitung im 1. Bande), aber auch mit welcher frivolen Schamlosigkeit am Schluße der Streit gegen die Revolution begonnen und dann, als der Mann gekommen war, der „Umschwung", d. h. der offene Abfall von Gottes Offenbarung ausgeführt ist. Jahre lang hat die Kaiser-Comödie des dritten Napoleon der Kreuzzeitung zur Warnung für Preußen, dem Kladderadatsch zum Spotte gedient, und die Theologen (Dächsel, Henstenberg u. Consl.) sahen in dem französisch-italienischen Umsturze alles Völkerrechtes den Antichrist und den Anfang der „letzten Dinge". Als dann die schmähliche Rolle Preußens in dem Kriege gegen Oesterreich 1859 (wie im Baseler Frieden 1794) die Gefahr nahe legte, Preußen möge sich von der Annexions- und Lügenpolitik Napoleons und des Grafen Cavour zu gleichem Rechtsbruch und Raub verleiten laßen und der Prinzregent den in Baden versammelten Fürsten versicherte, daß er sie nicht bestehlen wolle, auch durch seine Regierung der sardinischen Regierung seine Misbilligung über die Annexionen aussprechen ließ, da haben die Kreuzzeitung und die kirchlichen Blätter (Hengstenberg) noch Jahre lang solchen Abfall von Gottes Ordnung aufs Schärfste bekämpft, bis der „Umschwung" kam!

Es ist ein kindisches, lügnerisches Bemühen der Bismarcks-Anbeter, durch Geschichtsfälschung und Ignorieren des Jahres 1866 den Abfall vertuschen und den Rechtsbruch und Bruderkrieg mit den Siegen in Frankreich und dem Kaisertitel beschönigen zu wollen. Seeberg will die Romantik zur Urheberin machen: „zu den Idealen der Romantiker gehörte auch das Kaisertum; der Gedanke schien Traum zu bleiben; da ist ein Mann gekommen, ihn zu verwirklichen." Die Romantik war seit

1848 verflogen; an Stelle von Arndts: „Was ist des Deutschen Vaterland? — Wo Treue schwört der Druck der Hand" sangen sentimentale Studenten und alte Narren das nationalliberale, gottlose: „Deutschland, Deutschland über alles." Aber der Kaisertitel nach dem Vorbilde des dritten Napoleon, Mexikos und anderer Schauspieler kam erst nach dem französischen Kriege, um die Gewißen über den Bruderkrieg und die Zerstückelung Deutschlands zu betäuben; es war eine Romantik der Feigheit, des Servilismus und der Lügenkünste. Culmann schrieb schon 1864 (Ethik S. 133): „So armselig und kleinlich schlagen manche Herzen, daß sie sich schon zufrieden geben würden, wenn die Herrlichkeit des deutschen Reiches und der alte Barbarossa wiederkehrte."

Warum ignoriert Professor Seeberg in seiner deutschen Kirchengeschichte des vorigen Jahrhunderts das Jahr 1866? Der scheußliche Bruderkrieg und die Zerstückelung Deutschlands waren für das Reich Gottes nicht so wichtig, als der „Umschwung" in der lutherischen Kirche, der feige Abfall der ganzen christlich-conservativen Partei, die mit einem Male bejubelte, was sie bis dahin verdammt hatte. Und für die Kirchengeschichte war dieser Abfall minder wichtig als die schamlose Gesetzesleugnung (ἀνομία) der gesamten Geistlichkeit und Theologen, nicht bloß der Oberhofprediger (Hoffmann, Kögel), sondern aller in Berlin und in ganz Preußen (Büchsel, Besser u. Conf.) und nach und nach in ganz Deutschland! Das gotteslästerliche Buch Hoffmanns: „Deutschland, Einst und Jetzt, im Lichte des Reiches Gottes", eigens zur Verwirrung der Gewißen der Geistlichen geschrieben, wurde der Koran dieses Antichristentums. Warum ignoriert Seeberg diese Lügentheologie, die doch tiefer und dauernder gewirkt hat als alle „Systeme" von Schleiermacher bis Frank und Ritschl? Dieses geflißentliche Ignorieren der allbekannten Tatsachen dauert nun schon ein Viertel Jahrhundert; es ist bewußter Sündenwille, den allwißenden Gott ignorieren, Sein Regiment nicht merken wollen. Wenn Bebel im Reichstage sagt: „es sind nicht die Socialisten, welche legitime Trone gestürzt, Länder annectiert haben", dann verstummen ängstlich alle Parteien. Darum gilt für die gesamte

lutherische Geistlichkeit, was Culmann von der einzelnen Seele sagt: „Wird sich dann der Mensch allmählich des inneren Gegensatzes zu allem auf dem Boden der Geschichte Gewordenen bewußt, so bemächtigt sich seiner eine Bitterkeit, welche mehr und mehr den harmlosen weltlichen Leichtsinn verdrängt. Hat der Mensch innerlich von Gott sich losgesagt, so hört er auf, in sich eine Stätte zu finden, wo er sich daheim fühlt, die Gottlosen haben keinen Frieden. Es stellt sich eine gewisse Vorliebe, ein geheimes Wolgefallen an allem Verkehrten, Zweideutigen und Sündigen ein. Der Mensch faßt hier nicht etwa erst eine herzliche Neigung zur Sünde, sondern die mit dem Sündenfall bereits vorhandene Neigung läßt er einfach gewähren. Er verträgt sie und hört auf, sie als etwas feindliches zu betrachten. Damit verdunkelt sich das Wahrnehmungsvermögen für die Wahrheit in demselben Grade, in welchem das der Lüge sich schärft. Ein solcher würde sich in der Person Jesu und seiner Apostel ebenso gewis teuschen, wie die Pharisäer und Juden. Hier gilt, was der Herr den Pharisäern sagte: Wie könnt ihr Gutes reden, dieweil ihr böse seid. Es gibt Erkenntnisfehler und Verkehrtheiten, die ethisch verschuldet sind und die man das beste Recht hat, denen, die sie begehen, ins Gewißen zu schieben.

„Aber" fährt Culmann fort, „den Schalk ertappt man auf der Tat und das Schalksauge auf den Zerrbildern, die es über Natur und Geschichte ausheckt. Wir haben das Recht, solchen Geschichtsschreibern den Vorwurf zu machen, daß sie ihr eigenes Fach nicht verstehen, weil sie nicht wißen, woher die Geschichte kommt und wohin sie geht, aber auch von ihrem Selbst nicht sagen können, woher es im Grunde stammt und wohin es führt (Joh. 8, 14)." Ueber das Zerrbild, welches Seeberg in seiner Begeisterung über das „Da ist ein Mann gekommen" vorführt, lachen jetzt die „Berliner Gebildeten", nicht nur die Massen der Socialisten, die durch Bismarcks allgemeines Wahlrecht intelligent geworden sind und gebildeter als seine Anbeter, weil sie die Tatsachen zu ignorieren nicht bedürfen, sondern auch die, welche noch jetzt ihn und seine Taten feiern.

Es ist erstaunlich, wieviel leere Phrasen und welchen Unsinn ein Professor der luth. Theologie auf nur anderthalb Seiten seines Zerrbildes Bismarcks aufzuhäufen verstanden hat: „Das wunderbare Augenmaß für geschichtliche Kraft, der Drang und das Gewicht der Realitäten des Lebens, die Anspannung des nationalen Bewußtseins, die Kräftigung des Statsgedankens, die große Erkenntnis, daß der Stat auch nach Innen das sociale Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, für das Patrimonium der Enterbten einzustehen habe — (totschießen wollte bekanntlich Bismarck die Socialisten) — der ungeheuere Aufschwung, die furchtbare Leidenschaft des Wollens (wie ein eigensinniges Kind: nach Canossa gehen wir nicht! und da gieng er doch hin) — der Sinn für das Reale, die Schätzung des nationalen Gedankens — (Fritz Reuter: „nimm was du kriegen kannst und halt was du hast") — das Bewußtsein vom Werte des Reiches usw. alles das sind die abgenutzten Phrasen der abgenutzten und an die Wand gedrückten Nationalliberalen; „alter Trödel" sagte Herr von Miquel, der einstige Freund des verunglückten Herrn von Bennigsen.

Noch amüsanter sind die grotesken Anstrengungen des seiner eigenen Kleinheit und Impotenz bewußten Professors, um die ungeheuere Größe seines Säcularmenschen glaubhaft zu machen, wie ein Marktschreier vor der Bude eines Riesen, dem er seine Länge und Breite andichtet und von seiner Erscheinung eine Karikatur macht, nemlich das Bild eines eitlen Professoren-Größenwahns. Dazu soll dann der, lange vor seiner Dienstesentlaßung, selbst an seiner Politik verzweifelnde Bismarck das Original hergeben. Seeberg phantasiert: Bismarck habe den Kaisertraum der Romantiker verwirklicht und der Großmachtsstellung des (verkleinerten) Deutschland einen sichern Bestand gegeben durch Steigerung der Kräfte (Kanonen, die in einer Schlacht, und Schiffe, die in einem Sturm verloren gehen können) und der Mittel des Volkes (stets wachsende Steuern und Schulden). In einem Zeitalter eines so ungeheuren Aufschwunges sei der heiße Kampf nach neuen Lebensformen (Reichskanzler und Bundesrat) und neuen Lebensidealen (Bismarcks Magenfrage) unausbleiblich gewesen.

Dieſer „heiße Kampf“ eitler Streber und Erfolgsanbeter auf Kathedern und an Biertiſchen iſt das Martyrium Bismarcks geweſen, das ihm die Freude an ſeinen Erfolgen verbitterte. Wenn er in ſteter Unruhe die von außen und innen drohende Gefahren, ſeine mit ſoviel Blut und Trug zuſammengeſchweißte Größe Preußens immer wieder vergeblich durch Alliancen zu beſchwören, ſich [illegible]te, die zu halten er ſelbſt nicht die Abſicht hatte, und ſchließlich auf ſeinem Lauenburger St. Helena die Magenfrage der oſtelbiſchen Junker in Scene ſetzte, da mußte ihm nichts verdrießlicher und ärgerlicher ſein als die Prahlereien jener elenden Mannesſeelen, die gar kein Verſtändnis haben für all' die Mühe und Arbeit, welche ihm der Umſturz aller göttlichen und menſchlichen Rechts- und Geſellſchaftsordnung gekoſtet hatte.

Aber nicht ärgerlich, ſondern verächtlich waren ihm die Heuchler, welche die Kirche Chriſti misbrauchten und Gottes Wort fälſchten, um ſeiner verwegenen Don-Juan-Politik den Schein des Rechts zu geben, den er gar nicht haben wollte. Wie es Profeſſor Seeberg einerlei iſt, ob der Theologe in ſeinem Salon für oder gegen Gottes Wort ſtreitet, wenn er nur „Epoche macht“, ſo gilt auch bei ihm nur die Tat, wenn ſie gelingt und wenn ſie groß iſt, einerlei ob der Tatentuter Menſchen ermordet, wenn es nur Tauſende ſind, oder ob er ſtiehlt, wenn es nur ganze Länder und Milliarden ſind. Seeberg ſagt: „Es wird lange dauern, bis in der Politik Gedanken aufkommen, die als neu den Ideen Bismarcks gegenüber werden gelten können. In dem Grade iſt er der Herr ſeines Zeitalters geweſen und hat ſein Volk (die Preußen!) in die Bahnen ſeines Geiſtes gezwungen. Er beſaß jenen wunderbaren Reichtum an Lebenskraft, der zu empfinden und zu aſſimilieren vermag, was immer an Kräften und Werten, an Wünſchen und Hoffnungen in der Seele des Volkes ſich regt. Und in ihm lebte jene furchtbare Leidenſchaft des Wollens die (nicht nach Canoſſa gehen wollte, aber doch hingieng) die wie ſpielend die Wege der Geſchichte meiſtert und die ein Volk bewegt und treibt, als wäre es der eigene Leib — ſie iſt das eigentliche Myſterium in der Weltgeſchichte (die Leidenſchaft des kraſſen Egoismus). Es iſt unſerm

Geschlecht vergönnt gewesen, einen jener ganz Großen der Weltgeschichte in seiner Mitte zu sehen, in dem die Ziele des Zeitalters wie verkörpert erscheinen, dessen Wille den Weg erschließt, den alles ahnte und ersehnte."

Mit diesem Bombast kann Seeberg vielleicht Berliner Oberhofprediger werden. Bismarcks Ideen waren die Ideen des großen Napoleon, vor dem Europa zitterte, dessen Größe als Kriegsheld in der Weltgeschichte bleibt, während Bismarck sie sich durch schmierige Zeitungsschreiber künstlich erkaufen mußte; er imponierte schon bei seinen Lebzeiten niemandem mehr, selbst wenn er im Reichstag mit seinem Kürassier-Säbel rasselte.

„Das Wunderbarste an der Genialität des Fürsten Bismarck" sagt Seeberg, „war vielleicht, daß er mit fast nie trügender Sicherheit mit dem Zweck die Mittel und mit den Mitteln selbst die kleinsten und unscheinbaren Hülfsmittel zusammen schaute". In dieser Kunst, die man Geschicklichkeit oder Schlauheit nennt, ist Bismarcks Meister der zweite französische Kaiser, der Neffe Napoleon gewesen, wie Bismarck selbst dem General von Gerlach schrieb. Es ist die Taschenspielerkunst, die bei beiden schließlich versagte.

Die Krone des Unsinnes setzt Seeberg diesem Bismarckskapitel „Deutscher Kirchengeschichte" auf, indem er „in der Wertung der Tat die Impulse des Genius der ersten und des Heros der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, Goethe und Bismarck in einander greifen" läßt. Goethe, der vornehme, glückliche, heitere, in erhabener Unabhängigkeit und Ruhe die Wirklichkeit mit ihren Widersprüchen, Weltfreuden und Weltleiden verklärende Dichter, der wie jeder wahre Künstler, seine geistige Ueberlegenheit nur dazu verwendet, seinem Volke und aller Welt und allen Zeiten zu schenken und sie zu erfreuen (vergl. Vilmar über Goethe in Wageners Statslexikon) — und Bismarck, der brutale Junker, gierig nach Geld und fremdem Gut, wortbrüchig, mit den verwerflichsten Mitteln, im Bunde mit den verworfensten Menschen, „selbst mit dem Teufel", der nur nehmen, nicht geben will, für alles Edle und Schöne im Menschen-

leben nur „Wurschtigkeit“ hat, — diese beiden „Impulse in einander greifen“ zu laßen, das soll wol geistreich sein, aber es klingt doch nur wie wenn ein Esel schreit.

August Reichensperger.*

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

III.

Der „Kunstwühler“.

Prädestiniert zum „Kunstwühler“ hat sich R. genannt. Als solcher hielt er am 12. Februar 1880 im preußischen Abgeordnetenhause eine Philippica, die ihm das Amen und den Dank aller christlichen Kunstfreunde eintragen mußte. Mit dem Preise der hohen hellenischen Kunst hebt sie an, veranlaßt durch die Erwerbung der pergamenischen Bildwerke für Berlin. Dann aber geißelt sie die Entwürdigung und Entweihung der Gottesgabe im Götzendienste der Emancipation des Fleisches, die einst das junge Deutschland, verrufenen Andenkens, auf seine schmutzige Fahne schrieb, für die heute der Goethebund in Bierhallen wieder Propaganda macht, von dem Mommsen zürnend klagt, daß er in Scheintod oder in Agonie liege. Diesem Treiben gelten die Worte: „In dem Maße, in welchem das christliche Ideal schwindet, tritt nicht die vorchristliche Gottesverehrung mit ihrem vom Glaubensdrang erzeugten poetischen Gefolge, sondern der gottvergeßene, lediglich dem Sinnentum huldigende und auf dasselbe speculierende Materialismus in den Vordergrund. Das zeigte sich von jeher und zeigt sich auch unter unseren Augen so recht auf dem Gebiete der bildenden Kunst. Laßen doch selbst in Bezug auf Begabung und

* Nach Ludwig Pastors „August Reichensperger. 1808—1893.“ Zwei Bände. Freiburg i. B., Herder'sche Verlagsbuchhandlung. Vergl. „Deutsche Rechtspartei“ Nr. 52 ff.

Augen auf für das Wunderbare, Unbegreifliche, Erhabene einer Baukunst, worin der Geist durch die reinsten und feinsten Formen, die rohe starre Masse überwindend, sich vom Stoffe befreit. Mit belebter Kraft führt sie das Ganze in all seinen Teilen aufwärts, verlängert den Rundbogen zum Spitzbogen, gestaltet den Pfeiler zum Strebepfeiler, setzt an die Stelle der drückend schweren Mauern nur gegliederte Stützen und Gewölbebogen. Der von Licht und schöner Form überall durchbrochene Stein umschließt den größtmöglichsten Raum mit dem möglichst wenigen Material, um „an lichter weite Christenglauben zu künden und Christusammet," wie es im jüngeren Titurel heißt. Eine tiefere Lösung des Problems der Architectur ist den Menschen nicht gelungen.

Ihr vollkommenstes, classisches Hauptwerk hat Köln zur Wunderstadt erhoben. Im Dome hat sie sich, wie nirgends sonst, zu edelster Harmonie und großartigster Durchführung, in strenger Gesetzmäßigkeit, keuscher Reinheit, hohem Adel, reicher Fülle der Phantasie und heiligen Poesie, genialster Consequenz bis zur Verkörperung des Ideals entfaltet. Er ist ein steinernes Abbild der Kirche, in der alles aus einem Geist entsprungen, von einem Geist getragen sein, durch die Einheit die lebendigste Mannigfaltigkeit gehen, eins dem andern in freier Dienstbarkeit sich unterordnen soll. Er ist als ein bis in die letzten Spitzen beseeltes Ganzes, ein Bild des freien Strebens ins Unendliche wider alle Erdenlast, ein Bild der Weltüberwindung des Christentums, in seiner edelsteinartigen Lichterpracht an das himmlische Jerusalem erinnernd.

Sinnig hat eine Sage die Einzigkeit und unübertreffliche Herrlichkeit dieses architectonischen Wunders ausgedrückt. Der Künstler war der Verzweiflung nahe im Sinnen über dem Plan einer Kirche, wie sie die Welt noch nicht gesehen. Dem Teufel versprach er seine Seele, falls der ihm helfe. Als er das Pergament in Händen hatte, hielt er dem Feinde eine Reliquie mit den Worten entgegen: im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes und kraft dieser heiligen Reliquie, beschwöre ich dich, Satan, weiche von hinnen! Ich bin besiegt, versetzte der Betrogene; aber die Kirche, die du mir gestohlen hast, soll nie vollendet und du sollst vergessen werden und bleiben immerdar.

Der Name Gerhards v. Rile, der, beinflußt von der Kathedrale zu Amiens, die Formen der französischen Gothik auf deutschen Boden verpflanzte, ward vergeßen. Auch einen Berater hatte er bei dem Entwerfen des ersten Planes. Es war der Graf von Bolstädt, Professor der Theologie in Köln (1193—1280). Mit Recht heißt er Albert der Große, als der heroische Ueberwinder ungeheuerer Schwierigkeiten, um das gesamte Wißen seiner Zeit, auch das naturwißenschaftliche zu besitzen, mündlich zu verbreiten und in den einundzwanzig Folianten seiner Werke der Nachwelt zu überliefern.

Fast hundert Jahre waren seit der Grundsteinlegung vergangen, als 1322 das Chor geweiht werden konnte. Die Unruhe der Zeiten ließ den Bau stocken. Seit dem XVI. Jahrhundert wird nicht weiter gearbeitet. Die Renaissance war hereingebrochen, ein Fortschritt über die Gothik hinaus wie Strauß' neuer Glaube über den alten der heiligen Apostel. Eine Zeit, die des Christentums müde geworden war, entfremdet sich seiner Verkörperung in der Kunst, die sie weder verstehen wollte noch konnte. Ihre Bildung meinte, in den unvollkommensten architectonischen Formen des Altertums, in der unentwickelten Technik, in dem unchristlichen Ausdruck unschätzbare Güter entdeckt zu haben. Auch der Kölner Dom teilte die allgemeine Ungnade. Das prachtvolle marmorne Sacramentshäuschen, einzig in Deutschland an künstlerischer Vollendung, aus Türmen und Knospen zusammengesetzt, die Kirche im Kleinen wiederholend, wurde 1760 abgebrochen und in den Rhein geworfen. Ein Aufsatz à la chinois zierte an seiner Statt den Hochaltar. Die Fenster des Umganges unterhalb der Chorfenster wurden so sorgfältig ausgeschlagen, daß von ihrer früheren Gestalt keine Spur blieb. Im nordwestlichen Turme wird eine Küsterwohnung eingeflickt. Noch beßer auf die Nützlichkeit verstanden sich die Franzosen. Sie verwandelten 1796 das Gotteshaus in ein Heumagazin. Der Chorbau ist die höchste Leistung der Gothik in Bezug auf streng logische Entwickelung der Massen, Harmonie der Verhältnisse und edle Einfachheit bei allem Reichtum der äußeren Erscheinung. Er drohte einzustürzen. Vorsorglich riet Weihbischof Barthelot, zur Decoration der künftigen Ruine jetzt schon Pappeln zu pflanzen. Ja, man soll

geplant haben, das ganze, alte, lebensgefährliche Gerümpel niederzureißen, um einen großen freien Platz zu schaffen. Nur wußte man nicht, wohin mit den Steinen, die doch nicht zur Bildung eines Drachenfels II in den Rhein wandern könnten.

1813 strafte Görres: „Ein ewiger Vorwurf, steht der Bau vor unsern Augen, und der Künstler zürnt aus ihm hervor, daß so viele Menschenalter nicht zur Wirklichkeit gebracht, was er allein, ein schwacher sterblicher Mensch, in seines Geistes Gedanken getragen." In Köln war nur noch ein alter Glasermeister ungebildet genug, den Dom schön zu finden. Es war die Zeit, wo man in München eine ganze Kammer voll der meisterhaftesten kirchlichen Gold- und Silberarbeiten, emaillierter Antipendien, nur deshalb zerschlug, um den abscheulichen gothischen Geschmack zu vertilgen. Schinkel klagte in seinem Gutachten über den Dom: „Wir arbeiten schon seit einem Jahrhundert aufs Eifrigste an der Vernichtung des uns hinterlaßenen Erbteils mit einer so barbarischen Planmäßigkeit, daß wir die planlose Barbarei von Attilas Zeiten schon längst hinter uns zurückgelaßen haben." Da erschien in der elften Stunde der Seher der Vollendung und erste Protector des Domes, wie Friedrich Wilhelm IV. ihn nannte, dessen Begeisterung die Kölner Narrheit schreckte, Sulpize Boisserée. Einst hatte der Jüngling ein großes Kirchenbild erstanden, das, wie Hunderte aus Kirchen und Klöstern, zerschlagen und verbrannt werden sollte. Es war das erste Stück der unschätzbaren altdeutschen Gemäldesammlung. „Da hast Du aber ein gutes Werk getan", sagte die Großmutter des glücklichen Besitzers, als das auch erbauliche Bild ins Haus getragen wird. Ein zehnfach gutes Werk war es, als es den nachhaltigen Anstoß gab, den Dom zu retten, fortzubauen, zu vollenden. Es geschah durch seine „Ansichten, Rißе und einzelne Teile des Domes von Köln" 1821—1831. Goethe hatte die 1808—13 dazu entworfenen Zeichnungen gesehen, die ihn bekehrten. 1784 ließ er mit Abneigung die ungeheueren Subtractionen der babylonisch über einander getürmten Kirchen von San Francesco in Assisi, für die selbst Taine alle Kirchen Roms hingab, links liegen, um in der Herrlichkeit eines kleinen, löblichen, schöngedachten Minervatempels zu schwelgen. 1815, nach einem Besuche in

Köln, schrieb er aus geänderter Tonart: „Hat der Fremde dieses leider nur beabsichtigten Weltwunders Unvollendung von außen und innen beschaut, so wird er sich von einer schmerzlichen Empfindung belastet fühlen, die sich nur in einiges Behagen auflösen kann, wenn er den Wunsch, ja die Hoffnung nährt, das Gebäude völlig ausgeführt zu sehen; denn vollendet bringt ein so großes Meisterwerk erst jene Wirkung hervor, welche der außerordentliche Geist beabsichtigte, das Ungeheuere faßlich zu machen. Bleibt aber ein solches Werk unausgeführt, so hat keine Einbildungskraft Macht noch der Verstand Gewandtheit genug, das Bild oder den Begriff zu erschaffen. Er gedenkt der Jünglinge Boisserée, die glücklicher Weise den Mut faßten, eine Vollendung des Domes nach der ersten Absicht des Meisters, wenigstens in Zeichnungen und Rißen, zu Stande zu bringen. Sind wir nun dazu gelangt, uns einen deutlichen Begriff von jenem unschätzbaren Gebäude zu machen, so daß wir es als ein Wunderwerk, gegründet auf die höchsten christlich-kirchlichen Bedürfnisse, so genial als verständig gedacht, durch vollendete Kunst und Handwerk ausgeführt, in der Einbildungskraft faßen und seine wirklich vorhandenen Teile einsichtig genießen können, so wird man sich nicht verwehren, jene kühne Frage nochmals aufzuwerfen, ob nicht jetzt der günstige Zeitpunkt sei, an den Fortbau eines solchen Werkes zu denken."

Den Druck schmerzlicher Empfindung, dessen der Dichter gedenkt, hatte R. schon als Tertianer des Jesuitengymnasiums gefühlt. Oft stand er vor dem südlichen Turm, versunken in trübe Betrachtung, daß dieses unvergleichliche Kunstdenkmal nach und nach vergehen müße und die Kirche sein Los teilen werde. Wie einst der Jüngling Felix Mendelssohn-Bartholdy gelobt hatte, nicht zu ruhen, bis Bachs „Matthäuspassion", die größte, wichtigste Tat deutscher Musik, dem Grabe der Vergeßenheit entnommen, wieder in lebendiger Wirkung die Gemüter erbaue, so legte R. ein Gelübde für den Dom ab. „Er wolle dafür einstehen mit allen Kräften und auf jede Weise nicht ruhen, bis auf den Türmen das siegreiche Zeichen des Kreuzes himmelwärts deute." Dieß Wort ist Tat geworden. Schon Goethe hatte den Geldpunkt berührt. Einst war der Dom sehr reich. Aber

die Güter für Bau und Erhaltung hatte man willkürlich und rechtswidrig zum Pfründenvermögen geschlagen und nie zurückgegeben. So genoß er nun vor allen Kirchen Kölns, die wieder zu ihrem Besitze gekommen waren, das Privilegium der Bettelarmut. Zur Abhülfe hatte Goethe eine Baustiftung vorgeschlagen. Die Anregung war unbeachtet geblieben, wol weil seit 1823 die Regierung jährlich bedeutende Summen zur Restauration des Chores anwies. Der Kölner Kirchenstreit stellte die Fortdauer dieser Zuschüße und damit die Vollendung des Baues in Frage.

Da bestieg am 5. Juni 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Tron. Er gelobte, ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König zu sein, sein Regiment in der Furcht Gottes und in der Liebe der Menschen zu führen, mit offenen Augen, wenn es die Bedürfnisse seiner Völker und seiner Zeit gelte, mit geschloßenen Augen, wenn es die Gerechtigkeit gelte. Alle Confessionen seiner Untertanen seien ihm gleich heilig, er werde allein ihre Rechte zu schützen wißen. Den huldigenden Bischöfen erwiderte er: „Sie können mir vertrauen, daß ich Ihrer Kirche die aufmerksamste Fürsorge widmen werde. Sollten, was ich nicht hoffe, Unbilden gegen dieselbe geschehen, so erkläre ich es für meine teure Pflicht, sie augenblicklich abzustellen. Sollten in der Kirche vielleicht Wunden vorhanden sein, die sie sich selbst geschlagen hat, so werde ich mit Entzücken dem schönen Schauspiele zusehen, wie sie dieselben ausheilt durch ihre Bischöfe und Hirten.“ Diese herrlichen Königsworte konnten die Wolken wie Sonnenstrahlen durchbrechen, von denen der kirchliche Horizont der Rheinprovinz bedeckt war. Vertrauen weckte Vertrauen. Am 5. September baten 120 angesehene Bürger Kölns Se. Majestät um die Erlaubnis zur Gründung eines Vereins zum Fortbau des Domes. Die Erteilung begleitete die Gabe von 10,000 Talern. Beides hob die Bedenken ernster Katholiken nicht ganz, der Verein solle das Interesse von den brennenden kirchlichen Fragen ablenken, Klemens August und sein gutes Recht in den Hintergrund drängen. Protestantische Herren säeten Argwohn durch den Vorschlag, den Dom zu simultanisieren, ihn zum deutschen Pantheon zu machen und ähnliche, kulturkämpferische Verrücktheiten. R. hörte, es sei eine Versammlung

in der Vereinssache in Zwiespalt auseinander gegangen. Nicht eher wolle man sich mit einem Fortbau des Domes befaßen bis der Erzbischof wieder auf seiner Kathedra sitze. Ehe man auf die Hürde Bedacht nehme, müße der Hirte zurückgegeben sein.

Nun griff R. ein durch „Einige Worte über den Dombau zu Köln, von einem Rheinländer an seine Landsleute" gerichtet. Sie beginnen mit dankbarer Anerkennung der hochherzigen Selbstverleugnung der protestantischen Regierung für die Erhaltung eines Denkmals des strengen Katholicismus, das im Gebiete der Kunst dastehe wie Meer und Alpen im Reiche der Natur. Der Autor hatte an der Hand von Boisserées Werk die Gothik von Grund aus studiert. Personen, mit welchen ihn Reisen in an gothischen Schöpfungen reichen Ländern zusammen führten, hatten Belehrungen gegeben, die aus Büchern nicht zu gewinnen gewesen wären. Diese erschöpfende Sachkunde merkt man der Characterisierung des strahlenden Edelsteines im reichen Schmucke des Mittelalters an, welche die Vorzüge vor dem Straßburger Münster, dem Mailänder Dome, der Notre-Dame in Paris, vor St. Peter in Rom präcisiert. Köln und das Rheinland werden zum Handeln aufgerufen. Jetzt, wo das Ausland uns hoch zu achten angefangen hat, ja sogar unsere Leistungen offenbar überschätzt, wollen wir zwar einerseits uns sorgsam davor bewahren, uns selbst zu verachten, andererseits aber auch uns nicht minder sorgfältig enthalten, im Teaterheldenschritt einher zu stolzieren und in ruhmrediger Geschwätzigkeit die Geringschätzung, welche man uns früherhin zu Teil werden ließ, in gleicher Münze dem Auslande zurück zu zahlen oder jeder derartigen französischen Phrase zwei deutsche entgegen zu stellen. An ihren Früchten d. h. an ihren Taten, nicht an ihren Worten, sollt ihr sie erkennen. Statt durch patriotische Rheinweinlieder und Bankettoaste, deutsche Grobheit und Purismen mögt ihr euer Vaterlandsgefühl dadurch an den Tag legen, daß ihr die Werke ehrt und erhaltet, in welche eure Vorväter ihre größten Ideen, den Kern und das Mark ihres Wesens niedergelegt haben. Das ist deutsch; das ist eine Sprache, die alle Welt versteht, selbst die Franzosen nicht ausgenommen. Ein Volk, welches das Ruhmwürdige seiner Vergangenheit nicht zu erkennen und hochzuhalten weiß, ist einer rühmlichen Gegen-

wart nicht wert und würde eben so wenig eine solche zu behaupten wißen; denn stark ist man nur in dem Bewußtsein, daß der vergängliche Augenblick durch etwas Höheres, Bleibendes getragen wird. Die Gedanken müßen aus Ideen stammen und in Ideen wieder aufgehen, wenn sie nachhaltig und befruchtend wirken sollen.

Nicht umsonst hatte R. alles aufgeboten, die Widerstrebenden zu ermutigen, ihnen Vertrauen einzuflößen, das Jetzt oder Nie ihnen vor die Seele zu führen. In Koblenz, seinem Wohnorte, ward der erste Dombauverein gegründet unter Zustimmung von Schadow, Zwirner, Kugler, Böhmer. Mehr als hundert sind ihm gefolgt. Mit der Herstellung des Kirchenfriedens trat in der Bevölkerung Kölns eine allgemeine Bewegung für die Dombausache ein. Als eine Versammlung im Sale des Jesuitengymnasiums sich nicht einigen konnte, bestimmte R.'s Freund Blömer durch eine begeisterte Rede die Anwesenden, nicht eher den Sal zu verlaßen, bis die Vereinsgründung feststehe. „Laß mit allen Glocken läuten, schrieb er, und ganz Koblenz in das Tedeum mit einstimmen, der Dom wird ausgebaut!" R. wurde, kraft seines eminenten Organisationstalentes und seiner eben so geräusch- wie rastlosen, energischen Tätigkeit, die Seele des Vereins, dem er die Devise „Eintracht, Ausdauer" empfahl.

(Fortsetzung folgt.)

Redaction Druck und Verlag: W. Hopf Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 58. April 1901. 10. Jahrgang.

Hellenentum, Allslaventum und Panislam.

Eine zeitgemäße Betrachtung vom großdeutsch-bündischen Standpunkte aus.

Es kann für den zielbewußten Großdeutschen, dem als Ideal und Endziel ein mitteleuropäischer Friedensbund unter Einbegriff aller germanischen Stämme und auf der Grundlage christlicher Gesittung vorschwebt, nicht bedeutungslos sein, wie sich die Dinge im Osten und Südosten entwickeln, und vor allem — wie die zünftigen Statsmänner des Abendlandes und besonders des deutschen Reiches die Verhältnisse dort unten betrachten.

Wer bestrebt ist, sein eigenes Haus wohnlich einzurichten, dem kann und darf es auch nicht gleichgültig sein, wen er als Nachbarn bekommt.

Dreierlei Mächte sind es, mit denen wir donauabwärts vorzugsweise zu rechnen haben: Hellenismus, Panslavismus und Panislam.

Wer wird von diesen im Ringkampfe an der Schwelle des Morgenlandes die Oberhand behalten, wer ist der Würdigste, die Schlüßel des Bosporus zu verwahren und, rittlings auf der völkerumrauschten Meerenge sitzend, den Osten mit dem Westen zu verbinden, wer endlich dürfte der christlich-abendländischen Welt der angenehmste und ersprießlichste Nachbar sein? Das sind Fragen, wichtig genug, um gründlich ins Auge gefaßt zu werden. Nur blöder Partikularismus vermag dieß zu leugnen. Jene törichte Selbstbeschränkung, welche vermeinte, mit dem Blick auf das eigene Ich nur gerichtet, am besten fahren zu können, hat sich immer, bei Völkern und Staten ebensowol wie bei einzelnen Personen, bitter gerächt.

Der Kampf zwischen der griechischen, slavischen und muhamedanischen Welt ist alt.

Als in den Stürmen der Völkerwanderung Westrom untergegangen, wußte der griechische Genius, selbst von der Lehre des Christentums verklärt, die andere Hälfte des altrömischen Weltreiches neu zu beleben, sodaß dieses oströmische Kaisertum, in die neue christlich-hellenische Form allmählich umgegoßen, noch tausend Jahre dem Anpralle der rings auf es einstürmenden Kriegsmächte zu widerstehen vermochte. Wie eine gewaltige Festung ragte dieses Reich aus dem brandenden Wogenschwall feindlicher Völkerschaften, Rassen- und Glaubensgegner empor. Stück für Stück von den Außenwerken wurde ihm abgerungen, bis endlich, aber nicht unrühmlich, auch die zerbröckelten Mauern der Citadelle fielen. Wahrlich dieser Umstand, allein eine so lange Zeit hindurch unter den widrigsten Verhältnissen sich aufrecht erhalten zu haben, muß uns Bewunderung abnötigen und spricht für die Lebenskraft des mittelalterlichen Hellenentums.

Der Zusammenbruch des Hunnenreiches und der Abzug der germanischen Stämme aus der Balkanshalbinsel schienen Ostrom auf der West- und Nordseite Luft zu verschaffen. Justinian, mehr eitel und unternehmend als weitblickend, wagte sich an den Gedanken der Wiederherstellung des alten Römerreiches, aber die hierfür geführten Kämpfe, insbesondere die Gothenkriege, endigten zwar mit dem Siege der kaiserlichen Waffen, schwächten und zersplitterten aber auch des Reiches Hülfsmittel und erleichterten hierdurch bei der doppelten Front gegen Perser und germanische Völkerschaften den Einbruch slavischer Stämme von Norden her. Bald waren Möfien und Illyrien von Slaven überschwemmt, welch letzteren in Kürze mit diesen sich vermischende mongolische Bulgaren folgten. Selbst tief nach Makedonien und Thrakien und bis tief in die Peloponesos hinein ergoß sich die slavische Flut. Das Völkergemisch, welches die alte Erdkunde unter dem Sammelnamen der Skythen, Sarmaten und Kymmerier zusammen gefaßt hatte, war den Ister, die Reichsgrenze nach der Aufgabe Dakiens, überschreitend, und den tückischen Wogen des Schwarzen Meeres auf ihren einfachen Fahrzeugen trotzend aus seiner nebelhaften Ferne der Reichshauptstadt selbst viermal zur See gefährlich geworden, und es hatte alles Aufwandes byzantinischer Kriegs- und Statskunst bedurft, um die ungebetenen

Gäste zu bannen und zum Teile wenigstens sich zeitweise untertänig zu machen.

Auf der anderen Seite wurde der persische Erbfeind durch einen weit gefährlicheren abgelöst. Gleich dem Samum der Wüste fegte der Islam, begünstigt durch Glaubensspaltungen innerhalb der morgenländischen Christenheit, fiscalische Härte der Reichsregierung und den alten Rassengegensatz zwischen den semitischen und hellenischen bezw. helleniserten Christen, über das Morgenland und Nordafrika dahin, und nur das griechische Feuer sowie die ausgebildetere Kriegskunst retteten Konstantinopel vor den Schrecken einer längeren Belagerung und etwaiger Erstürmung. Auch hier wußte griechische Geschmeidigkeit, Tapferkeit und Zähigkeit vorübergehend große Erfolge zu erringen. Erst die von den handelsneidischen, kurzsichtigen italienischen Krämerrepubliken ins Werk gesetzte Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer im Jahre 1204, — eines der großen Verbrechen der Weltgeschichte — und der hierdurch bedingte Zusammenbruch griechischen Wolstandes, was hinwiderum die Aufrechterhaltung bezw. Wiedereroberung der die Kerntruppen des Reiches stets liefernden kleinasiatischen Provinzen unmöglich machte, leiteten den steten Rückgang vor dem seit dem 13. Jahrhundert an der Spitze des Islam marschierenden Türkentum ein.

Wäre es in der Zwischenzeit gelungen, ein einigendes Band zwischen Hellenismus und Slaventum zu finden, so hätte vielleicht dem Ansturme der muhamedanischen Welt trotz des Misgeschickes von 1204 gewehrt werden können. Die orthodoxen Basileis hofften durch die Annahme des christlichen Glaubens nach griechischem Ritus seitens der slavischen Stämme sich letztere zu verbinden. Aber selbst das gemeinsame Bekenntnis erwies sich als unzureichend. Abgesehen davon, daß die Russen durch das mongolische Joch lange Zeit in Schach gehalten waren, fehlte in der Stunde der Not jede Einigkeit, was dem Großtürken erlaubte, die verschiedenen slavischen und griechischen Staten einen nach dem andern zu überrennen und niederzutreten.

Nachdem Konstantin XIII. Dragases aus dem Hause der Paläologen, eine überaus edle Erscheinung, eines freundlicheren Geschickes würdig, an dem Tore des heiligen Romanos tapfer

kämpfend gefallen war, und der Großherr Mohammed II. die himmelschreienden Greuel in der erstürmten Kaiserstadt mit der Niedermetzelung aller in seiner Gewalt befindlichen Vornehmen, damit dem Volke die Führer fehlten, beschloßen hatte, schien dem Griechentume der Todesstoß versetzt zu sein. Wenn die hellenische Nation, ungeachtet aller dieser Schicksalsschläge, nach einer vierhundertjährigen Schmach und Unterdrückung, sich die Freiheit auf dem Boden des eigentlichen alten Hellas erkämpfen konnte und seitdem überall wieder mit Feuereifer an ihrer Erneuerung arbeitet, so beweist dieses eine Lebenskraft und Frische, welche bewunderndes Erstaunen, aber nicht minder auch die eingehendste Beachtung aller derer herausfordert, welche an der Befreiung des Morgenlandes aus seiner geistigen Starre und Wiedereinbeziehung in den Kreiß christlicher Gesittung ein Interesse haben.

Inzwischen aber war es den Moskauer Großfürsten gelungen, der Goldenen Horde Oberherrschaft abzuschütteln und in raschem Zuge — durch Einbeziehung der angrenzenden tartarischen Chanate von Kasan, Astrachan, Sibir und der Krim, Unterdrückung der noch bestehenden freien großrussischen Gemeinwesen, Zurückdämmung der polnisch-littauischen Macht, sowie des Deutschordens und Schwedens — ein russisches, vom Eismeer bis zum Schwarzen Meere reichendes Zarenreich zu schaffen. Gestützt auf Erbansprüche in Folge der Heirat der Prinzessin Sophia, Nichte des letzten Paläologen, mit dem Großfürsten Iwan, alten, schon gleich nach der Bildung des heutigen Rußlands durch die Waräger betätigten Ueberlieferungen folgend, sucht dieses Reich einerseits alle Slavenstämme zu einem fest gefügten Ganzen zu vereinen, andererseits mit Hülfe der vorgeschobenen kleineren südslavischen Balkanstaten immer mehr festen Fuß dort an der Scheide Europas und Asiens zu faßen. Der Zar und Selbstherrscher aller Reußen soll in Konstantinopel ebenso wie in Moskau an der Spitze der slavischen Welt gebieten, das Schwarze Meer ein russischer Binnensee werden!

Zwar ist der führende Stamm der Großrussen eben so wenig rein slavischen Blutes, wie die Altpreußen reinrassige Germanen sind. Das hindert aber die Panslavisten Katkowscher Gefolgschaft eben so wenig, in Moskau ihren Mittelpunkt zu erblicken, wie unsere blindwütigen Alldeutschen nicht umhin konnten, in dem typischen Wenden

Bismarck und seiner Statskunst die Verkörperung reinsten Germanentums zu entdecken. Je weiter nun der slavische Zar auf den Bosporus zu vorrückt, begünstigt durch den Auflösungsprocess des türkischen Reiches, je mehr werden, trotz aller Glaubensgemeinschaft, Allslaventum und Hellenismus auf einander stoßen. Mit der slavischen Herrschaft auf der Balkanshalbinsel ist unvereinbar die Verwirklichung dessen, was der Hellene die „große Idee" nennt, worunter er die Wiedererrichtung des griechischen Kaisertums von Konstantinopel versteht. Ueberall, wo Griechen wohnen, im abgelegensten Winkel Anatoliens, in den großen jonischeu und rumelischen Handelsplätzen, zu Odessa, in Alexandrien, im Abendlande, wo nur irgend eine griechische Niederlaßung sich befindet, selbst in der neuen Welt und vor allem im hellenischen Königreiche, wird für die große Sache der Befreiung vom türkischen Joche geschwärmt und gearbeitet. Mit der ganzen Zähigkeit seines Stammes hängt der Grieche an diesem Ideale fest.

Wenn demgemäß, wie wir bereits vorher ausgeführt haben, zwischen Slaven- und Hellentum nie ein freundnachbarliches Verhältnis aufkommen konnte, so darf es aus den eben angeführten geschichtlichen Beweggründen nicht Wunder nehmen, daß die Spannung gerade in neuerer Zeit sich verschärft hat. In Makedonien und Rumelien pflegt recht eigentlich beständiger Kleinkrieg zwischen beiden Rassen zu bestehen. Das hellenische Königreich und die anderen christlichen Balkansstaten stehen sich kühl, wenn nicht feindselig gegenüber. Rußland rührte anläßlich des jüngsten türkisch-griechischen Feldzuges keinen Finger und ließ sich erst sehr verspätet herbei, wobei persönliche Dankbarkeit des Zaren seinem Lebensretter gegenüber mitspielte, Kreta die gewünschte Selbständigkeit zu erwirken. Vielleicht wird es auch noch gelegentlich die ersehnte Vereinigung dieser Insel mit dem Königreiche gestatten und selbst im Laufe der Zeiten noch einen Zipfel von Epirus anzugliedern erlauben. Aber weiter nördlich hinauf fängt die vermeintliche slavische Interessensphäre an.

Als Dritter tritt uns der Islam entgegen. Die Zeit seines Glanzes war das achte und neunte Jahrhundert, welchem noch einmal ein gewaltiger Aufschwung durch das bis vor die Tore Wiens siegreich vorrückende Türkentum folgte. Aber seit dem

Ende des 17. Jahrhunderts sehen wir fortdauernden Zerfall in staatlicher und religiöser Beziehung.

Es wäre jedoch Täuschung, anzunehmen, daß in Folge der gebrechlichen Lage der Osmanenherrschaft und des Eindringens zersetzender moderner abendländischer Ideen das Ende des Mohammedanismus angebrochen sei. Im Gegenteil bemerken wir in der jüngsten Zeit eine Bewegung, welche auf nichts Geringeres als eine Neubelebung und Wiederausbreitung sowie größere Geschloßenheit hinarbeitet und daher als Panislam bezeichnet werden kann. Diesem Streben kommen die neuen Errungenschaften und Erfindungen auch zu Hülfe. Vergeßen wir nicht, daß der Padischah von Stambul noch immer als der Kalif von zweihundert Millionen Gläubiger verehrt wird, daß bis in das Herz Afrikas und an den Gestaden des Atlantischen Weltmeeres, in China und Indien, wo nur irgend Anhänger des falschen Propheten wohnen, mit Ausnahme des Reiches von Maghreb und Irans, für ihn das Kanzelgebet gesprochen wird. Als der Schlächter auf dem Trone wolfeile Siege vor einigen Jahren in Thessaliens Gefilden errang, da meldeten dieß die mohammedanischen Zeitungen und Flugschriften der ganzen islamitischen Welt. Unter den mohammedanischen Untertanen ihrer britischen Majestät in Hindustan wurden die Erfolge der Waffen des Kalifen gegen die „Ungläubigen“ gefeiert und Beisteuern gesammelt. Die Dampfkraft trägt dazu bei, immer größere Massen zur Wallfahrt zum Grabe des Propheten auf die Beine zu bringen und die dort empfangenen Losungen wieder in ihrer entfernten Heimat verbreiten zu helfen. Das unheimliche Feuer islamitischen Fanatismus glüht noch immer unter der Asche; es bedarf nur eines Windstoßes, eines Losungswortes, um die Flamme zu entfachen.

Nun gibt es allerdings unter uns Abendländern Leute, welche sagen, der Türke sei gar nicht so schlimm, er sei ehrlicher, gemütlicher als seine christlichen Untertanen, man müße ihn nur zu nehmen wißen. Manche versteigen sich wol gar dazu, ein Loblied auf den mohammedanischen Glauben zu singen, der viel einfacher und natürlicher als die christlichen Dogmen sei. Letzteres sind Leute, welche dem Christentum mehr oder weniger ferne stehen, sich nie die Mühe gegeben haben, dessen Lehren wißen-

schaftlich zu ergründen. Die Lehren des Islam haben sie aber eben so wenig erforscht, sonst müßte sich ihnen neben Bilderreichtum und poetischem Schwung hie und da die Haltlosigkeit und unsinnige Phantasterei des Korans offenbart haben. Bei aller Gottseligkeit und Innigkeit edler und hervorragender Islamsbekenner kommt das ganze Lehrgebäude doch nur auf einen groben, mit allerlei sinnlosen Zutaten verbrämten Pantheismus heraus.

Was nun das Wesen des Türken angeht, so mag ja die äußerliche Ruhe den kaltblütigen Nordländer mehr als die südliche Beweglichkeit des Griechen ansprechen; hinter dieser Außenseite verbirgt sich jedoch empörende Herzlosigkeit, Grausamkeit und Trägheit. Als beste Veranschaulichung osmanischer Gemütlichkeit erschien mir stets der Vorgang, als auf die Nachricht von dem Ausbruch des griechischen Aufstandes der ökumenische Patriarch am Osterfeste wegen angeblicher Mitschuld vom Altare weggerißen und vor der Tür seiner Patriarchalkirche mit seinen beiden Diakonen aufgeknüpft wurde, der Großvezier aber sich gerade gegenüber seinen Sitz aufschlagen ließ und schmunzelnd eine Weile Tschibuk rauchend und Kaffee schlürfend sich an dem Anblick weidete. Die entsetzlichen Blutbäder, welche türkisch-mohammedanischer Christenhaß bis in die jüngste Zeit hinein verübt hat, reden im Uebrigen eine nur zu beredte Sprache zu Ungunsten jener angeblichen Tugenden. Es erscheint demnach die oben gekennzeichnete Bewertung des Türkentums oberflächlich, eben so wie der zuweilen vernommene Ausspruch, daß dem verkommenen Osmanen Stambuls gegenüber der kleinasiatische Türke das alte, biedere Türkentum vorstelle. Dort befindet sich allerdings der Kern des Reiches. Wie das mittelalterliche Griechenreich sich in erster Linie auf seine mit einer kriegstüchtigen Bevölkerung angefüllten anatolischen Provinzen stützte und deren Verlust nie wieder ausgleichen konnte, so findet auch die heutige Türkei unter dieser zur Zeit der Eroberung großes Teils mit roher Gewalt zum Islam gepreßten Bewohnerschaft seine Hauptstütze. Rasseechte Türken bilden auch hier nur eine kleine Minderheit. Nehmt dem Sultan Kleinasien, und das Ende seiner Herrlichkeit ist gekommen.

Wir müßen daher aus den Lehren der Geschichte bis in die

jüngste Gegenwart hinein die Schlußfolgerungen ziehen: der Islam ist eine christen- und kulturfeindliche Macht. Eine jede Begünstigung desselben kann unserer Gesittung die schwersten Gefahren bringen. Zudem hat die Zeit hinlänglich bewiesen, daß die Lehre Mohammeds keine völkerbildende und befruchtende Kraft in sich birgt. Nur zu wahr ist insbesondere bezüglich des Türkentums das Sprüchwort: Wo des Türken Roſs hintritt, da wächst kein Gras wieder. Wir Deutsche haben daher durchaus kein Interesse an einer künstlichen Erhaltung des islamitischen Osmanenreiches oder gar an einer Kräftigung des Islam, was gleichbedeutend mit einer Entfeßelung der in ihm ruhenden Leidenschaften wäre.

Gleicher Weise kann uns auch die alleinige Herrschaft des Slaventums auf der Balkanshalbinsel und in der Levante nicht erwünscht sein. Es würde dieß eine Vorherrschaft des Russentums auf der ganzen Linie vom Weißen Meere bis zur Adria bedeuten, ein Auffaugen auch der dem Germanentum vorgelagerten und seiner Geistesbildung am nächsten stehenden westslavischen Stämme, der Czechen, Polen, Kroaten vor allen, herbeiführen, und dergestalt eine bedrohliche Nachbarschaft in ungeheurer Ausdehnung zur Folge haben. Die russische Nation hat in ihrem Innern und nach Hochasien hinein große Kulturaufgaben zu erfüllen, die wir ihr neidlos überlaßen. Zum Erben der klassischen Erinnerungen an den Gestaden des ägäischen Meeres aber erscheint sie uns nicht berufen. Hierzu kommen gewisse kultur- und freiheitsfeindliche Erscheinungen sowol auf statlichem wie kirchlichem Gebiete innerhalb des Zarenreiches, welche erst überwunden sein müßten, ehe man es der Nachfolge Ostroms für würdig erachten dürfte.

Es bleibt also nur als echter Erbe die Nachkommenschaft jenes Volkes, welches im Altertum den ersten Platz unter den civilisierten Völkern einnahm und im Mittelalter bei allen ihm anhaftenden Schlacken ein Bewahrer und Ueberlieferer der Kenntnisse und Schätze der alten Welt war, sowie ein Hauptbollwerk gegenüber dem mohammedanischen und heidnischen Barbarentum.

Der große Görres sagt sehr schön in seiner markigen Weise von den Hellenen, indem er die Fürsten von der so genannten

heiligen Allianz an ihre Pflichten mahnt: „Da das Bündnis nicht bloß als ein politisches sich angekündigt, einzig und ausschließlich eingegangen, um die Ruhe Europas zu handhaben, sondern vielmehr als ein christliches, um alle zerstreuten Glieder der christlichen Gemeinde mit einem Familienbande zu umschlingen: so durften auch die Griechen mit Recht Ansprüche auf die Aufnahme im Vaterhause machen. So lange sie unter dem Fuße ihrer mohammedanischen Herren gefesselt lagen, waren sie mindestens die Schutzverwandte des Bundes und durften auf seinen brüderlichen Beistand rechnen. Als sie aber ihre Ketten gebrochen hatten, in einem Aufstande ganz so rühmlich und gerecht wie jener 700jährige der Spanier gegen die Mauren, den die Geschichte in seinem Heroismus zu bewundern und anzustaunen nie aufhört, waren sie, wenn auch keine feierliche Aufnahme vorangegangen, doch factisch Mitglieder des Bundes, und nur jene scheußliche Sophistik, die uns die Hölle heraufgespieen, um die verworrene Zeit vollends zu verwirren, konnte die einfache Sache, durch Einmischung aller schlechten Leidenschaften, verzerren und verschieben. Man sendet Missionare aus, um einzelne, halb tierische Wilde dem Glauben zu gewinnen, wie konnte man Hundertausende solcher, die längst gewonnen sind, mit kaltem Blute erwürgen sehen und es noch überdem wagen, im Angesichte der Welt die Schuld den unglücklichen Opfern mit herzloser Härte zuzuschieben? Man spricht von Barbaren, die gegen Barbaren sich aufgelehnt, aber was die Griechen Tapferes, Mutvolles, Entsagendes geübt, zeigt, daß ihr Stammescharacter noch nicht ganz entartet; was Feiges, Grausames, Niederträchtiges vorgefallen, ist Folge der langen Knechtschaft und ihren Tyrannen allein zuzurechnen. . . ."

Görres schrieb dieses zur Zeit des Congresses von Verona; diese und seine folgenden Ausführungen passen aber eben so gut auf die Jetztzeit. Faselte man doch während der jüngsten Wirren im Machtbereiche des Halbmondes von einer Legitimität des Großtürken, ohne zu bedenken, daß die Anerkennung der Türkenwirtschaft als berechtigt und gesetzmäßig ein Hohn auf die wahre Legitimität bedeutet. Die herzlose, eigensüchtige und kurzsichtige Diplomatie des Abendlandes scheint allerdings längst den christ-

lichen Gedanken über Bord geworfen zu haben und nur eifersüchtig über der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes zu wachen und vollauf befriedigt zu sein, wenn es gelungen, ein Concessiönchen für irgend ein Handelsunternehmen nach langem Harren herauszuschlagen. Wären sich die Vertreter der Großmächte nur ein wenig ihrer Aufgabe bewußt gewesen, so hätten die Metzeleien in Armenien, auf Kreta und vor allem vor den Augen der Botschafter in Konstantinopel selbst, ganz zu schweigen von den Greueln in Thessalien während des griechisch-türkischen Feldzuges, leicht verhindert werden können. Der Fall zu Adan in Kilikien, wo ein österreichischer Consularagent beleidigt und seine Flagge in den Staub getreten ward, beweist dieß schlagend. Der kaiserliche Botschafter Baron von Calice verlangte eine bestimmte Entschädigung, feierliche Hißung und Salutierung seiner Flagge und erbat für den Fall der Weigerung seine Pässe. Angesichts des energischen Auftretens bewilligte die hohe Pforte alles.

Görres warf den in Verona beratschlagenden Diplomaten ihre Untätigkeit in einer Weise vor, die ebenfalls genau auf das Verhalten der Vertreter der Großmächte vor einigen Jahren passt.

„. . . . Eine bloße Demonstration, schreibt er, der vereinten Flotten des Bundes vor der Hauptstadt hätte ohne Zweifel der bewaffneten Vermittlung das nötige Gewicht gegeben, und indem diese Armada, zu rechter Zeit ausgesendet, schon jedes Gemetzel unmöglich gemacht, hätte sie die bitteren Vorwürfe der Menschheit vom Bunde abgewendet, ohne daß es wahrscheinlich auch nur zu einem Kriege gekommen wäre, der, wenn er auch wider Verhoffen eingetreten, weil uneigennützig im Dienste des Glaubens, der Treue und des Rechtes nur für den Frieden mit gemeinsamer Kraft geführt, nichts Weitaussehendes noch Bedrohliches haben konnte und wahrscheinlich mehr Blutvergießen hinderte als veranlaßte."

Als der Großherr seine Blutbefehle aus dem Yildizkiosk, nachdem die erste Probe gelungen war, durch das ganze Reich entsandte, wußte er, was er den Mächten bieten durfte. Er hat sich leider nicht verrechnet. Abdul Hamid Chan, der Usurpator seines Bruders Murad V., träumt davon, daß Allah ihn als

Werkzeug für den neuen Siegeslauf des Islam ausersehen habe. Wenn dessen Gläubigen gewaltig der Kamm geschwollen, und eine tiefe Bewegung die absterbende mohammedanische Welt noch einmal durchzittert, so mögen wir uns für die dadurch heraufbeschworenen Verlegenheiten und Gefahren und die Hemmnisse, welche die Sache der Menschheit und Gesittung in Folge dessen erleidet, bei dem „europäischen Concert" bedanken!

Allen voran in Türkenfreundlichkeit macht die preußische Regierung. Seit den Tagen Friedrichs II., als der Schlesier Rexin mit der Hohen Pforte unterhandelte, um die Kaiserin Maria Theresia beßer von zwei Seiten faßen zu können, kann man sagen: „Alte Liebe rostet nicht", aber so ostentativ hervorgetreten als in der letzten Zeit war diese preußisch-türkische Freunschaft doch nie. Wir fürchten, den Leser mit der Aufzählung der verschiedenen Aufmerksamkeiten und Huldigungen zu ermüden. Mußte sich doch selbst die Kaiserin und Königin Victoria Augusta dazu herbeilaßen, den Haremsodalisken des Großsultans ihren Besuch zu machen.

Betrübend ist es nun, festzustellen, wie wenig Verständnis und Interesse, auch abgesehen von den leitenden Kreißen, innerhalb des Volkes der Dichter und Denker der Entwicklung der Dinge im Südosten entgegen gebracht wird. Der alte Görres insbesondere würde wol unwillig darein wettern, wenn er sähe, wie diejenigen, welche sich rühmen, sein Werk fortzusetzen, so gänzlich teilnahmslos dieser von ihm so warm berührten Frage gegenüber stehen. Die großen und kleinen Kinder haben ja solche Freude an dem Geschenk, richtiger Nutznießung, der **Dormitio Stae Mariae**, daß sie darüber das Wehegeschrei der Hunderttausende ihrer hingeschlachteten Glaubensbrüder und die weltbewegenden Fragen der Gegenwart und Zukunft ganz vergeßen.

In Bälde versammelt sich die Görresgesellschaft in der Geburtsstadt des großen Rheinländers, und bei der Gelegenheit wird man nicht unterlaßen, den Mann, dessen Namen der Verein entlehnt hat, in hohen Tönen zu feiern, nur nicht als das, was er war. Müßte nicht die „Kölnische Volkszeitung", in Folge richtiger Anwendung ihrer beliebten Auffaßung, über den „un-

practischen Phantasten Görres" die Schale ihres Zornes ausschütten?

Wir haben seiner Zeit nur bei einem Abgeordneten der Centrumspartei warmes Gefühl und Verständnis für die Lage und Aufgaben des Hellenenvolkes gefunden. Daß er dieses practisch in seinem Reichsbotenberufe zur Anwendung gebracht, davon haben wir allerdings noch nichts vernommen.

Pabst Leo XIII. hatte mit seinem Blick und mitfühlendem Herzen sich der morgenländischen Glaubensbrüder angenommen. Die Unionsbestrebungen haben bekanntlich im Griechentum immer mehr Entgegenkommen als bei den Russen gefunden. Schon der Hauptführer des griechischen Freiheitskampfes, Erzbischof Germanos von Patras, hatte Verhandlungen mit Rom zur Wiedervereinigung angeknüpft. Es wären diese Annäherungsversuche bereits weiter gediehen, hätte nicht die türkische Regierung, getreu ihrer schlauen Politik, als sie den Hauptschreier gegen das Henotikon, den ebenso fanatischen als beschränkten Mönch Gennadios, nach der Eroberung Konstantinopels zum Patriarchen ernannte, stets ihren Einfluß aufgeboten, um unionsfeindliche Geistliche in die höheren Stellen zu bringen und zu fördern. Die entwürdigende Stellung ihrer Patriarchen zur Hohen Pforte kommt den Griechen immer mehr zum Bewußtsein. Gelegentlich der Wahl Anthimos VII. im Jahre 1894 kam es — etwas Unerhörtes seit Jahrhunderten — in der Patriarchalkirche und in der großen Kirche zu Pera unter der hiermit unzufriedenen Menge zu dem Rufe: „Es lebe Leo XIII."

Zwischen der Hochwarte, von welcher aus der Pabst verständnisvoll die Vorgänge in der Levante verfolgt, und der Restauration des Berliner Reichstages, allwo die biedern Volksvertreter aus der ausschlaggebenden Partei unter dem Schatten des preußischen Adlers sitzen, falls sie nicht den Orakelsprüchen der modernen Pythia andachtsvoll lauschen, ist aber ein großer Abstand. In Folge der seitens der zur Zeit tonangebenden Führer im Centrum vorgenommenen sorgsamen Auslese pflegen Elemente vorzurücken, welche sich nicht einmal mit der Zukunft des eigenen Vaterlandes, geschweige denn mit der der Grenznachbarn beschweren. Erdkunde und Weltgeschichte sind auch nicht immer die stärksten

Fächer, und besonders in allem, was die Verhältnisse der drei gekennzeichneten Weltmächte angeht, pflegt selbst bei sonst Wolunterrichteten eine heillose Unkenntnis zu herrschen. Sagte uns doch einmal gelegentlich der kretischen Wirren eine Centrumsgröße gelaßen, er begreife nicht, wie man sich für eine Vereinigung dieser Insel mit dem hellenischen Königreiche erwärmen könne, Kreta habe doch nie zum griechischen Reiche gehört!

Eine Parteinahme für den Islam wäre demnach aus all den oben angeführten Gesichtspunkten ein wahrer Greuel, ein Festsetzen des Panslavismus unter russischer Führung auf den Trümmern des osmanischen Reiches aber wäre im Interesse des Deutschtums ebenfalls zu verwerfen. Nur der Hellenismus ist im Stande, dort unten, wo Abend- und Morgenland sich berühren, die ihm zugewiesenen Kulturaufgaben zu erfüllen.

Berliner Welt- und Kirchengeschichte.

IV.

Professor Seebergs deutsche Kirchengeschichte mit dem hundertjährigen Streben nach neuen Lebensformen des wieder gefundenen alten Glaubens enthüllt den Pharisäismus der heutigen auf Luther pochenden Theologen. Sie jammert über den Unglauben, aber will selbst kein Verständnis der h. Schrift, Kirchenlehre und Bekenntnisse annehmen und in dem gewaltigen Geisteskampfe unserer Zeit kein unerschrockenes Wahrheitszeugnis leisten. Was Auberlen schon 1857 schrieb: „Es ist oft schwer, ja fast unmöglich geworden, Wahrheit und Lüge zu scheiden; vorzüglich fehlt es an der Weisheit, an der Furcht Gottes und an der Furcht vor seinem Wort. Wir leben alle in einer vergifteten Luft. Es kann auch ein ganzes Geschlecht mit Blindheit geschlagen werden. Die Propheten reden von einem Geist des Schlafes und der Betäubung, der über das ganze

Israel, auch über Propheten, Fürsten und Seher als Strafverhängnis ausgegoßen sei; und der Herr Selbst und die Apostel reden von kräftigen Irrtümern, die Gott senden wird denen, welche die Liebe zur Wahrheit nicht angenommen haben", alles dieß hat sich seit dem Abfall von 1866 mehr und mehr erfüllt. Seeberg mit seinen sentimentalen Phrasen weiß was der „alte Glaube" ist; wie er seit dem ersten Pfingsttage immer wieder und namentlich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts neu gewonnen ist und das Reich Gottes gefördert hat; er weiß den Weg, aber will ihn nicht gehen. Es ist eben der Weg (Matth. 7, 13—23), um den sich der heutige Glaubenskampf bewegt, nicht gegen Unglauben und Gottesfeindschaft, sondern gegen Halbglauben und Scheinglauben. Darum schickt Gott die wachsende Trübsal in die ganze Christenheit, damit die Gläubigen Seine Wege erkennen und davon zeugen sollen. (Luc. 1, 52.)

Vor hundert Jahren „war es öde, niemals öder auf dem Weg nach Kanaan"; aber als dann Spitta sang: „Von den Bergen stiegen nieder Friedensboten in das Tal; in der Wüste wirds lebendig", da fand der „alte Glaube" und findet er noch immer Widerhall in tausend gläubigen Herzen. Jetzt aber ist es weit schlimmer als in dem tiefen Schlafe des Rationalismus. Bei aller Geistesleere war doch noch Gehorsam und Gottesfurcht. Jetzt ist das Gegenteil: Vielwißerei, Vieltuerei und leichtfertiges Spielen mit Gottes Wort und Kirchenlehre; Menschenfurcht anstatt der Gottesfurcht und leichtsinnige Verblendung gegenüber den Gottesgerichten. Das sind die Kennzeichen nicht der Ungläubigen, sondern derer, die mit dem „alten Glauben", mit Luther und Bibel, mit Heidenmission und Innerer Mission, mit toter Predigt und speculativen Systemen die Pharisäer unserer Zeit sind.

Die große Trübsal, von der uns alljährlich (am 25. nach Trin.) vorgepredigt wird, ist eingetreten. Freuen wir uns dessen. Freuen wir uns, daß wir sie nun kennen und nicht mehr mit Angst darauf warten müßen. Es gilt nur, ihr furchtlos ins Angesicht zu blicken und sie zu beleuchten mit dem hellen Verständnis der h. Schrift, der Welt- und Kirchengeschichte, der Bekenntnisse und Lehre, die wir der fleißigen und gründlichen

Arbeit der gläubigen Theologen des abgelaufenen Jahrhunderts verdanken, — welche aber von den speculativen Systematikern mit pharisäischem Fanatismus totgeschwiegen werden. Deshalb ist die Trostlosigkeit nicht bei den Massen, sondern bei den Geistlichen; nicht so sehr bei den katholischen und reformierten als bei denen, die mit „Gottes Wort und Luthers Lehr" prahlen, aber sich unter einander zanken. Schon vor dem Abfall von 1866 warnte Vilmar (Coll. bibl. zu Matth. 7, 13—23): „Wer nicht durch die Buße hindurch gegangen ist [nicht hindurch gehen, Sünde und Irrtum nicht beichten will, rechthaberisch bei der eigenen Meinung beharrt], ist ein Pseudoprophet, tut nicht den Willen des Vaters im Himmel, denn das Bußetun ist eben der Wille des Vaters (Luc. 6, 46)." Ein solcher zeigt wol die Gestalt der Heerde; er kann Herr, Herr sagen; aber „der lebendige, mit der Buße verbundene Glaube an die Gegenwart des h. Geistes und Christi in der Kirche, welche sich durch das geistliche Amt vermittelt, fehlt heutzutage der Mehrzahl der Geistlichen, auch denen, welche im Allgemeinen zu denen zu rechnen sind, welche den Herrn Christum bekennen, ja zu denen, welche, wie man das gewöhnlich nennt, an den Herrn Christum glauben. Der geistliche Stand ist in eine Gottes- und Christusferne getreten, welche Erschrecken, ja Entsetzen erregt; es hat sich der Personen desselben eine Zaghеit bemächtigt, welche oft an heidnische Furcht grenzt, und ein Zurückweichen von Gott, welches trotz des vorgeschützten individuellen Glaubens und kirchlichen Bekenntnisses den Abfall in sich enthält. Nicht bloß tote, sondern tötende Orthodoxie, besonders diejenige, welche sich den Statsgewalten schmeichelnd und heuchelnd gefällig zu machen sucht."

Der offene Abfall trat 1866 ein (Hengstenberg, Hoffmann, Münkel, Besser). Und jene Zaghеit, jene heidnische Furcht, jene tote und tötende Orthodoxie zeigte sich alsbald an allen denen, welche der frechen Gesetzesleugnung — „Politik hat keine Moral, geht die Kirche nichts an" — nicht offen entgegen zu treten wagten, statt dessen den heuchlerischen Windmühlenkampf gegen die Union in Scene setzten (1868) und darauf vor dem Bismarck'schen Kulturkampfe feige zu Kreuze krochen. Ein Viertel-

Jahrhundert ist darüber hingegangen, und wir können uns darüber freuen, weil es nicht schlimmer werden kann und der Antichrist, scheinbar herrschend, seine Impotenz offenbart hat. Wir kennen nun seine Lügenkünste, welche die gläubige Kirche mit einem neuen Bekenntnis überwinden soll.

Da ist vor allem zu betonen, daß es sich nicht mehr um die Leugnung der Gottheit des Sohnes Gottes handelt, so dreist auch die Christusleugner sich noch auf den Kathedern der Fakultäten geberden. Dieser Trug wurde schon vor dem Abfalle von 1866 entlarvt, als die Renan, David Strauß und Schenkel mit ihren „Leben Jesu" sich lächerlich machten, parallel mit der Darwinschen Affentheorie. Der Antichrist erscheint nicht mehr in der Gestalt eines falschen Christus. Die heutigen Christusleugner (Ritschl, Harnack u. Conf.) können nur noch Ungläubige verführen; den Einfältigen sind sie Komödianten. Es handelt sich heute um den Willen des Vaters zur Seligkeit des einzelnen Kindes Gottes einerseits und andererseits um die Wirksamkeit des H. Geistes in der Kirche zur Verherrlichung und Vollendung des Königreiches Christi. Es handelt sich um die weltgeschichtliche Offenbarung des Vaters und Seines Gesetzes, das zu Christus hinführt: „Ich will die Sünde der Väter heimsuchen an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied", und um die Offenbarung des H. Geistes, die von Christus ausgeht und seit dem ersten Pfingsttage durch das Amt der ewigen Güter: „Wort und Sacrament" immer mehr Welt, Sünde und Satan überwindet. Das ist das Leben der ganzen Menschheit und der einzelnen Seele, das keiner neuen Form bedarf und keine neue Form duldet, weil es, wie jedes Geschöpf, jede Blume, seine Formen in sich trägt, wachsend sie gestaltet und offenbart und unaufhörlich den Samen neuen Lebens erzeugt. Die Klugen unserer Zeit suchen nicht neue Formen für die alte Wahrheit, wie Seeberg sagt, sondern neue Formen für die alten Lügen, um immer von neuem teuschen und verführen zu können. Was hilft es ihnen? Was helfen ihnen alle ihre Systeme von Schleiermacher bis Frank und Ritschl? Der Katechismus ist stärker als alle moderne „Wißenschaft".

Es ist doppelte und dreifache plumpe Teuschung, wenn See-

berg sagt: „Aus der Kräftigung des Statsgedankens erkläre sich der Kampf gegen Rom“. Es war nicht der Stat, sondern die einzige Person Bismarck, der, seinen alten Kaiser teuschend, aus politischer Laune, wie er nachher selbst sagte, in brutaler Weise, wie Napoleon die Diener der Kirche vergewaltigte, Hunderte von Geistlichen und barmherzigen Schwestern aus dem Lande trieb, um dann seine frivole Prahlerei: „Nach Canossa gehen wir nicht“ zum Aerger der Liberalen selbst zu Schanden zu machen. Es war gar nicht ein Kampf gegen Rom, das aus dem Martyrium der treuen Katholiken nur gewinnen konnte. Vielmehr war es ein Gewaltsstreich gegen die Gläubigen aller Bekenntnisse innerhalb Deutschlands. Der bekannte Missionsdirector Fabri hat es ja dem Publikum erzählt, wie er mit dem damaligen Gouverneur in Straßburg, einem Vetter Bismarcks, den ganzen Elsaß mit einem Schlage hatte lutherisch machen wollen, aber von Bismarck die bedauerliche Antwort erhielt, „er könne doch in dem Augenblicke, wo er die Katholiken angreife, nicht die orthodoxen Lutheraner begünstigen“. Ein Beweis seiner gesunden Verachtung des lutherischen Pharisäismus. In der Tat nahmen nur die Katholiken den Kampf auf und triumphierten, während die lutherische Geistlichkeit kläglich die geistlichen Waffen und kirchlichen Güter dem „Statsgedanken“ zu Füßen legte. P. Lohmann declamierte: wenn Unrecht, Raub durch die modernen Factoren der Gesetzgebung geschäftsordnungsmäßig zum Gesetz gemacht sei, so müße dasselbe als Recht und göttliche Ordnung respectiert werden. Das ist nun seit einem Vierteljahrhundert das Bekenntnis der orthodoxen Geistlichkeit geblieben: die Geschäftsordnung der Berliner Factoren geht ihr über das „Ich bin der Herr Dein Gott, Du sollst nicht morden, stehlen, lügen“. Aber die zehn Gebote sind auch stärker als solche Sophisterei und als alle Systeme der speculativen Dogmatik. Die Bibel ist eben das System des dreieinigen Gottes; wie schon Bengel sagte: „Die Schrift brauchen Viele nur als ein Spruchbuch, und sie ist doch **unum continuum systema.**“ Dank der fleißigen Arbeit des vorigen Jahrhunderts haben wir jetzt ein reich vermehrtes, neues Verständnis der H. Schrift (Gerlach, Schmieder, Vilmar Coll. bibl. u. a.) und dadurch ein neues Verständnis der Welt-

geschichte, aller menschlichen Kultur, der Kirchengeschichte und der ganzen Offenbarung, wie noch nie zuvor. Woher kommt nun das trostlose und ratlose Verhalten der heutigen lutherischen Geistlichkeit, besonders derer, die sich gläubig und bekenntnistreu nennen, Angesichts der wachsenden Trübsal in der ganzen Christenheit, wovon alle Zeitungen und kirchlichen Blätter täglich voll sind?

Wer einfältig am „alten Glauben", wie Seeberg sagt, festhält, weiß, daß der heutige Götzendienst der Macht zerschmelzen wird wie Napoleons Größe im russischen Schnee, und daß gerade nach Gottes Regiment, wie die H. Schrift und die Weltgeschichte lehren, die allgemeine Trübsal und Auflösung aller Bande des Rechts, der Sitte und der Gesellschaft nach Gottes Willen dazu dienen soll und dazu dienen wird, eben diesen väterlichen Willen, der zum vollen Glauben hinführt, zum Verständnis und zu neuem Bekenntnis zu bringen. Die vor hundert Jahren durch die Schrecken der Revolution und die Begeisterung der Befreiungskriege angeregte Glaubens-Erweckung mit ihrem bis heute fortdauernden Liebes- und Werkeifer war doch, wie alle Erweckung, nur ein Anfang, ein gefährlicher Anfang, davon der Herr sagt: „Wer diese meine Reden höret und tut sie nicht, der ist einem törichten Manne gleich, der sein Haus auf den Sand baute. Da nun ein Platzregen fiel und kam ein Gewässer und weheten die Winde und stießen an das Haus, da fiel es und tat einen großen Fall". So wißen wir nun, daß die ehrlichen Christen und Theologen, so bald sie sich von der jetzt herrschenden Gesetzesleugnung mit unerschrockenem Bekenntnis lossagen, nicht bei dem oberflächlichen Erweckungs-Anfange stehen bleiben werden; es muß zur hellen Erleuchtung und vollen Bekehrung kommen.

Fragen wir aber, wie es zu einem so kläglichen Abfall der lutherischen Geistlichkeit, die so laut auf „Gottes Wort und Luthers Lehr'" gepocht hatte, hat kommen können, so müßen wir Seeberg völlig Recht geben, wenn er sagt: „Man meinte wirklich, in der Dogmatik bei den Alten stehen bleiben zu dürfen". Die einfache Logik des gesunden Menschenverstandes mußte ja sagen, daß man mit bloßer Restau-

ration der „alten Dogmatik" notwendig auch wieder in den alten Rationalismus geraten mußte; der Rationalismus war eben vertrocknete, eingeschlafene und schließlich leblose Orthodoxie. Man hatte die alte Dogmatik wieder aufgerichtet mit ihren Lücken und Mängeln, ohne genügendes Verständnis der H. Schrift und der Bekenntnisse, und damit wurde sie ein totes Lehrbuch für den Bücherschrank, ohne Nutzen für die Praxis des Geistlichen, ein abstractes, unlogisches Denkgesetz. Die Lücken und Mängel empfand man nicht. Die sich aber klüger dünkten als die Reformatoren und alten Dogmatiker steckten die ganze Kirchenlehre in die Polterkammer und construierten in ihrer Stube ein System neuer Götter. Das nannten sie „Wißenschaft" und waren zufrieden, wenn sie selbst ihr Gefallen daran hatten. Was Seeberg „Fragen nach neuen Formen des alten Glaubens" nennt, das waren und sind noch heute Lücken und Mängel der Dogmatik, welche in ihrem Eifer für Luthers Centrallehre von Sünde, Gnade und Glauben meinte, schon alles für immer gewonnen zu haben. Und doch hatte Luther selbst und hatten die Dogmatiker des 17. Jahrhunderts betont, wie viel noch zu erarbeiten und zu erstreiten übrig bleibe; und gerade diejenigen neueren Dogmatiker, welche die Resultate der Alten von neuem feststellten, haben auf die Lücken und Mängel hingewiesen und deren Lösung als die Aufgabe unserer Zeit betont (Martensen, Hase, Schmid, Lührs, Vilmar u. a.).

Jetzt stehen diese Mängel als die aller Welt erkennbaren Ursachen des Abfalls völlig zu Tage. Die Herrschaft weltlicher Gewalt über die geistlichen Angelegenheiten der Kirche (sogen. Summ-Episcopat, Union, Misbrauch des Wortes Gottes und des öffentlichen Gebets und Fälschung der Lehre, im directen Widerspruch zu Artikel 28 der A. C.) zum Dienste der „Ungerechtigkeit", der Revolution, Usurpation, Annexion und des Umsturzes der ganzen christlichen Gesellschaft (Krieg aller gegen alle) und zur Verfolgung der Gläubigen, alles dieß ist wachsende Offenbarung des Antichrist, der trostlosen Menschenfurcht an Stelle der Gottesfurcht, in offnem Widerspruch zu Jesu Wort: „Wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folget mir" und „Gehet ein durch die enge Pforte" — alles dieß

ist Verleugnung des Väterlichen Willens, der das ganze Israel (die Kirche) beständig durch Trübsal und die einzelnen Seelen durch die enge Pforte Seiner Kreuzesschule zu Christus hinführt. Und es ist Verleugnung des H. Geistes, der durch das Amt des Rufens (und Erweckens), Erleuchtens (Bekehrens) und Erneurens das Königreich Christi baut und in Ueberwindung der Welt, Sünde und Satans seiner Vollendung zuführt.

Diese zweifache Verleugnung: des Vaters, der durch Sein Weltregiment und durch die verborgene Kreuzesschule zu Christus hinführt, und des H. Geistes, der durch das Amt des Worts und Sacraments die Gläubigen nicht nur ihrer Seligkeit und Rechtfertigung gewis, sondern auch zu Zeugen, Mitarbeitern und Mitstreitern (Eph. 6) im Königreich Christi macht, ist die heutige Krankheit der Kirche und die Schuld der Theologie, welche von Trübsal und Christenkreuz nichts sagt und nichts wißen will. Sie quält sich statt dessen und disputiert noch immer seit Jahrhunderten über die speculative Zweifelfrage der Prädestination!

Freilich prädestiniert und auch vorausgesagt ist uns diese Trübsal; sie wird alljährlich von allen Kanzeln verkündet (Matth. 25); sie ist im Hinblick auf die wachsende Revolution und den Abfall voraus gezeichnet von den gläubigen Theologen des vorigen Jahrhunderts. Es ist daher für die heutige luth. Theologie keine Entschuldigung, wenn sie diese Glaubenszeugen totschweigt. Es ist vielmehr „der verkehrte Wille, der die Sünde in allen Bösen und Verächtern Gottes wirket, wie denn des Teufels und aller Gottlosen ist, welcher alsbald, so Gott die Hand abtut, sich von Gott zum Argen wendet; Joh. 8: Der Teufel redet Lügen aus seinem Eigenen“ (A. C. Art. 19: Von Ursach der Sünden). Die heutige luth. Theologie will nichts wißen von Gottes Gesetzes-Offenbarung, von der Geschichte des A. B. und der Kirche; deshalb auch nicht von Christi Zeugnis vom Vater; deshalb hat sie kein Verständnis vom Weltregiment des Vaters und den jetzigen Gottesgerichten. Sie ist feige geworden — hat die Furcht Gottes, den Anfang der Weisheit, den doch unsere ratio-

nalistischen Väter noch hatten — verloren; sie hurt mit dem Abfall. Unsere luth. Geistlichkeit hat keinen Glauben; darum kann sie nicht rufen (nicht predigen, nicht Sündenbewußtsein und Glauben erwecken); sie kann nicht erleuchten (nicht beichten, trösten, führen, bekehren); sie kann nicht heiligen (nicht erneuern, lehren, für die Wahrheit streiten). Sie ist dumm geworden mit ihren speculativen Systemen.

Es ist Barmherzigkeit Gottes, der in der jetzigen Trübsal Seine Hand zurückzieht, damit die auf Ihn warten erst die Erfahrung der Sündennot und Blindheit machen, welche wie alle Gläubigen der H. Schrift, wie Augustin und Luther, wie Paul Gerhardt und alle unsere Kirchenlieder lehren, zum rechten Glauben und zur völligen Erkenntnis führt. Jetzt können unsere Pastoren ihre Heerden nicht regieren, nicht einmal so, wie die katholischen Pfarrer; sie wißen nicht, was Rufen und Erwecken, was Erleuchten und Bekehren, was Erneuern und vom lebendigen Gott zeugen ist. Sie wollen auch nicht, weil ihnen ihr Halbglaube und Halbwißen bequemer ist. Aber sie wollen auch nicht, weil sie nicht können. Sie sind blind, weil sie keine rechte Lehre haben. Sie pochen auf die Bekenntnisse und verstehen sie gar nicht. Es fehlt der luth. Dogmatik seit Joh. Gerhard zweierlei: Die Lehre von der Trübsal und vom Kreuz des Christen und die Lehre vom H. Geist und von der Kirche und ihrem Regiment durch das Amt des Rufens, Erleuchtens und Erneuerens. Diese beiden Mängel und Lücken sind die Wurzel des alten Rationalismus, der durch Belehrung meinte selig machen zu können, und wiederum Wurzel der heutigen Blindheit und Verzagtheit, welche die Gewalt und Kraft des H. Geistes nicht kennt. Das große Wort: Gehet ein durch die Enge Pforte (Matth. 7, 13—27) versteht sie nicht, sie hat es noch nicht gelernt, weder von der alten Dogmatik, noch von den modernen Systematikern.

Darum ist Seebergs „alter Glaube" nichts andres als Schleiermachers Gefühls-Religion. Das ist wie ein seichter Roman in dem gewaltigen Entscheidungskampfe unsrer Zeit. Darum sitzen in Seebergs Berliner Salon alle Theologen des vorigen Jahrhunderts: die Gläubigen und die Rhetoriker, die

ist Verleugnung des Väterlichen Willens, der das ganze Israel (die Kirche) beständig durch Trübsal und die einzelnen Seelen durch die enge Pforte Seiner Kreuzesschule zu Christus hinführt. Und es ist Verleugnung des H. Geistes, der durch das Amt des Rufens (und Erweckens), Erleuchtens (Bekehrens) und Erneurens das Königreich Christi baut und in Ueberwindung der Welt, Sünde und Satans seiner Vollendung zuführt.

Diese zweifache Verleugnung: des Vaters, der durch Sein Weltregiment und durch die verborgene Kreuzesschule zu Christus hinführt, und des H. Geistes, der durch das Amt des Worts und Sacraments die Gläubigen nicht nur ihrer Seligkeit und Rechtfertigung gewis, sondern auch zu Zeugen, Mitarbeitern und Mitstreitern (Eph. 6) im Königreich Christi macht, ist die heutige Krankheit der Kirche und die Schuld der Theologie, welche von Trübsal und Christenkreuz nichts sagt und nichts wißen will. Sie quält sich statt dessen und disputiert noch immer seit Jahrhunderten über die speculative Zweifelfrage der Prädestination!

Freilich prädestiniert und auch vorausgesagt ist uns diese Trübsal; sie wird alljährlich von allen Kanzeln verkündet (Matth. 25); sie ist im Hinblick auf die wachsende Revolution und den Abfall voraus gezeichnet von den gläubigen Theologen des vorigen Jahrhunderts. Es ist daher für die heutige luth. Theologie keine Entschuldigung, wenn sie diese Glaubenszeugen totschweigt. Es ist vielmehr „der verkehrte Wille, der die Sünde in allen Bösen und Verächtern Gottes wirket, wie denn des Teufels und aller Gottlosen ist, welcher alsbald, so Gott die Hand abtut, sich von Gott zum Argen wendet; Joh. 8: Der Teufel redet Lügen aus seinem Eigenen“ (A. C. Art. 19: Von Ursach der Sünden). Die heutige luth. Theologie will nichts wißen von Gottes Gesetzes-Offenbarung, von der Geschichte des A. B. und der Kirche; deshalb auch nicht von Christi Zeugnis vom Vater; deshalb hat sie kein Verständnis vom Weltregiment des Vaters und den jetzigen Gottesgerichten. Sie ist feige geworden — hat die Furcht Gottes, den Anfang der Weisheit, den doch unsere ratio-

nalistischen Väter noch hatten — verloren; sie hurt mit dem Abfall. Unsere luth. Geistlichkeit hat keinen Glauben; darum kann sie nicht rufen (nicht predigen, nicht Sündenbewußtsein und Glauben erwecken); sie kann nicht erleuchten (nicht beichten, trösten, führen, bekehren); sie kann nicht heiligen (nicht erneuern, lehren, für die Wahrheit streiten). Sie ist dumm geworden mit ihren speculativen Systemen.

Es ist Barmherzigkeit Gottes, der in der jetzigen Trübsal Seine Hand zurückzieht, damit die auf Ihn warten erst die Erfahrung der Sündennot und Blindheit machen, welche wie alle Gläubigen der H. Schrift, wie Augustin und Luther, wie Paul Gerhardt und alle unsere Kirchenlieder lehren, zum rechten Glauben und zur völligen Erkenntnis führt. Jetzt können unsere Pastoren ihre Heerden nicht regieren, nicht einmal so, wie die katholischen Pfarrer; sie wißen nicht, was Rufen und Erwecken, was Erleuchten und Bekehren, was Erneuern und vom lebendigen Gott zeugen ist. Sie wollen auch nicht, weil ihnen ihr Halbglaube und Halbwißen bequemer ist. Aber sie wollen auch nicht, weil sie nicht können. Sie sind blind, weil sie keine rechte Lehre haben. Sie pochen auf die Bekenntnisse und verstehen sie gar nicht. Es fehlt der luth. Dogmatik seit Joh. Gerhard zweierlei: Die Lehre von der Trübsal und vom Kreuz des Christen und die Lehre vom H. Geist und von der Kirche und ihrem Regiment durch das Amt des Rufens, Erleuchtens und Erneuerens. Diese beiden Mängel und Lücken sind die Wurzel des alten Rationalismus, der durch Belehrung meinte selig machen zu können, und wiederum Wurzel der heutigen Blindheit und Verzagtheit, welche die Gewalt und Kraft des H. Geistes nicht kennt. Das große Wort: Gehet ein durch die Enge Pforte (Matth. 7, 13—27) versteht sie nicht, sie hat es noch nicht gelernt, weder von der alten Dogmatik, noch von den modernen Systematikern.

Darum ist Seebergs „alter Glaube" nichts andres als Schleiermachers Gefühls-Religion. Das ist wie ein seichter Roman in dem gewaltigen Entscheidungskampfe unsrer Zeit. Darum sitzen in Seebergs Berliner Salon alle Theologen des vorigen Jahrhunderts: die Gläubigen und die Rhetoriker, die

der Gewisheit, Wahrheit und Sittlichkeit durch göttliche Causalitäten und Transeunten (!), darnach haben weder jene Väter jemals gefragt, noch haben es jene Söhne jemals begriffen. Die Einen kamen begeistert zurück von dem fröhlichen Leben und lernten Kirchenlehre nach Schmid oder Luthardt für das Examen; die Andern, die fleißigen, zerquälten sich und verdummten an dem Unbegreiflichen, wie einst die Schüler Hegels an seinem „Ding an sich." Erst mit seinem Tode wurde Frank unschädlich; denn niemand, niemand wird je wieder seine 6 Bände, seine Transeunten studieren.* Dit Systematiker können nur eine Generation foppen. Und Seeberg begnügt sich jetzt mit der unschuldigen Bemerkung, daß auch in Erlangen „der Versuch einer Neubildung der christlichen Lehre erstrebt worden ist."

Weniger schädlich als die Frank'sche Verdummung war Ritschl. Er stand gar nicht in der Kirche, sondern stellte die Leiter ans Fenster, guckte hinein und erzählte seinen Schülern, „was Christus sei, nach der Aussage seiner Jünger, nach seiner Selbstaussage, nach den spätern Aussagen der Apostel und nach dem was die Kirche aus ihm gemacht habe." Daraus zimmerte er dann die Lehre, welche der berühmte Religionsstifter gemacht habe. Mit dieser schlauen Verführung hat Ritschl wol in manche Schwachköpfe den Zweifel gesät und ihnen den Glauben aus dem Herzen gerißen; aber er hat doch auch die unter Frank verlorene Denkfähigkeit wieder geweckt, und Andren, welche die plumpe Verführung merkten, den Glauben gestärkt.

Völlig ungefährlich ist Harnack; ein Komödiant für die Berliner Gebildeten. Man liest es gern, wie Professor Seeberg diesen Kollegen mit treffender Ironie behandelt: „Die Kräftigkeit der theologischen Absicht bei Harnack erinnert an Thomasius, zu dem er ein interessantes Gegenstück bietet. Beide machen das Luthertum zum Zielpunkt der Dogmengeschichte. Nach Thomasius ist es das letzte Glied der alten Kette, durch das diese abgeschloßen wird; nach Harnack ist es das erste Glied an einer neuen Kette, durch die die alte außer Wirkung gesetzt wird. Nach jenem

* Erlanger Theologie, Frank und Seeberg, von Theophilos. Hannover, Wolff und Hohorst Nachfolger 1899.

zimmert die Kirche am Bau des Dogmas, damit das Luthertum in ihm wohnen könne, nach diesem ist es eine wesentliche Aufgabe des Luthertums, den alten Bau abzutragen. Jener war der historische Apologet der restaurierten lutherischen Orthodoxie, dieser des Luthertums der modernen Theologie." Schärfer und feiner kann man den lächerlichen Betrug schwerlich zeichnen.* Harnack ist ein Taschenspieler, der mit sauer-süßer Miene bald dieses, bald jenes Wunder oder Buch der Schrift streicht oder wieder einsetzt und darnach allemal eine neue Religion für die ganze Christenheit aufbauen will. Dieser Schwindel wird vergehen wie Renans und Schenkels „Leben Jesu" oder die Affentheorie der Darwinisten. Darüber lachen schon heute die Socialdemokraten, und diese haben die Majorität.

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

III.

Der „Kunstwühler".

(Fortsetzung.)

Allerdings sollten die Vereine Geldquellen eröffnen. Doch hatte schon Goethe gesagt, die Sache müße „mit Großheit behandelt werden", und R. warnte vor dem gewöhnlichen Budgetmechanismus, „der nicht für Hellers Wert passieren läßt, wenn nicht gleich die

* Harnack imponiert auch außerhalb Berlins den Modernen. In der Hannov. Pastoral Korr. vom 18. Febr. d. J. behauptet der P. Wöhrmann in Leveste: „daß Harnack aus dem Glauben geboren sein könne und mit den Mitteln der historischen Wißenschaft behandelt werden solle; das Johannes-Evangelium werde bekanntlich von Harnack als primäre Geschichtsquelle ausgeschloßen; das nennt P. Wöhrmann historische Wißenschaft!

folgende Colonne die Deckung nachweist." Ein Gottesbau fordere Gottvertrauen, und wer auf Gott wahrhaft vertraue, habe nie umsonst gebaut. Solche, die sich, wenn sie so viel wie nichts geben, mit dem Scherflein der Witwe decken, wenn gar nichts, Judas' Sorge für die Armen copieren, Utilitarier, die den Spinnraderfinder über Homer, Eisenbahnen und Maschinen über gothische Dome setzen, Deutschtümler mit vollem Munde und geschloßenen Händen müßen hören: „Ja, wenn man statt der Dombaucollecte ein allgemeines, germanisches Nationalmittagseßen, etwa auf dem Blocksberge, ausschriebe, dann sollte man gleich ein anderes Regen und Wagen sehen. Da würde der Norden gewis nicht hinter dem Süden zurückstehen wollen. Er würde unwiderleglich zu beweisen sich bestreben, daß auch bei ihm die deutsche Zunge heimisch ist. Wie bereitwillig sollten da nicht gleich alle Gauen ihre Contingente stellen, jeden letzten Groschen sähe man flüßig werden, die nationalen Presßbengel sich in Bewegung setzen, die Redner wie Rübsaat aus der Erde schießen, eine eigene Dichter- und Prophetenschule aus dem Ereignisse erstehen, während das Ausland staunend und bebend auf die imposante Haltung der gewaltigen Tafelrunde hinblicken und die Waffe seiner Hand entfallen würde. Aber, im Ernst gesprochen, denn der Spaß will in der Tat doch nicht recht von Herzen gehen, sollte wirklich Deutschland von all seinen Statuen, Ehrenbechern, Musikfesten, Gelagen, Feuerwerken und sonstigen kostspieligen Lappalien nicht so viel allmählich sich abbrechen können, um seinen Dom sich auszubauen? Oder laßen vielleicht die Denkmäler, wie sie die Gegenwart errichtet, dieses Erzeugnis des Mittelalters so weit hinter sich zurück, daß es sich nicht der Mühe lohnt, noch eine Hand dafür aufzuheben, und daß ein Opfer für dasselbe nicht zu verantworten wäre? Oder ist es etwa der „Verinnerlichung und Vergeistigung" des deutschen Volkes, wovon zur Zeit so viel gesungen und gesagt wird, unwürdig, für irgend etwas sich zu begeistern, das nicht von heute stammt und morgen schon seine Früchte trägt? Wenn aber alles nur dem Moment angehören soll, was wird dann aus euch und eurem Wirken einst werden?"

Schmerzliche Erfahrungen, die hier so wenig fehlten, wie bei

irgend einer christlichen Sache, trübten R. den Ehrentag des Domes nicht, der seinem Gedächtnisse lebensfrisch vorschwebte, so lange er lebte. „Die Wege der Könige sind tränenreich und tränenwert, wenn Geist und Herz ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehen", hatte sein König bei der Huldigung der Stände in Berlin gesagt. Noch war ihm jede Erfahrung davon erspart geblieben, als er am 4. September 1842 in vollem Glanze der Krone und des Geistes, umgeben von Fürsten und Herren, den Grundstein zum Südportale des Domes legte. Er kam vom Hochamt, in dem Sulpiz Boisserée vom Gefühle des anbetenden Dankes überwältigt wurde, in dem Augenblicke, wo er auf den Knieen lag, das Gesicht in beiden Händen verbergend.

Dann vor dem Grundstein stehend, den Hammer in der Hand, den er im Feuer der Rede mehrere Male in der Luft schwang, sprach der König: „Meine Herren von Köln! Es begibt sich Großes unter Ihnen. Das ist, sie fühlen es, kein gewöhnlicher Prachtbau. Es ist das Werk des Bruderssinnes aller Deutschen, aller Bekenntnisse. Wenn ich dieß bedenke, so füllen sich meine Augen mit Wonnetränen, und ich danke Gott, diesen Tag zu erleben. Hier, wo der Grundstein liegt, sollen sich die schönsten Tore der ganzen Welt erheben. Deutschland baut sie, — so mögen sie für Deutschland, durch Gottes Gnade, Tore einer neuen, großen, guten Zeit werden. Alles Arge, Unechte, Unwahre und Undeutsche bleibe fern von ihnen. Nie finde diesen Weg der Ehre das ehrlose Untergraben der Einigkeit deutscher Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Confessionen und der Stände, nie ziehe jemals wieder der Geist hier ein, der einst den Bau dieses Gotteshauses, — ja den Bau des Vaterlandes hemmte! Der Geist, der diese Tore baut, ist derselbe, der vor zwanzig Jahren unsere Ketten brach, die Schmach des Vaterlandes, die Entfremdung dieses Ufers wandte, derselbe Geist, der, gleichsam befruchtet von dem Segen des scheidenden Vaters, des letzten der drei großen Fürsten, vor zwei Jahren der Welt zeigte, daß er in ungeschwächter Jugendkraft da sei. Es ist der Geist deutscher Einigkeit und Kraft. Ihm mögen die Kölner Dompforten Tore des herrlichsten Triumphes werden! Er baue! Er vollende!

Und das große Werk verkünde den spätesten Geschlechtern von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und Völker großen, mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland, von einem durch die Herrlichkeit des großen Vaterlandes und durch eigenes Gedeihen glücklichen Preußen, von dem Brudersinn verschiedener Bekenntnisse, der inne geworden, daß sie eins sind in dem Einen göttlichen Haupte! Der Dom von Köln — das bitte ich von Gott — rage über diese Stadt, rage über Deutschland, über Zeiten reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden bis an das Ende der Tage! Meine Herrn von Köln! Ihre Stadt ist durch diesen Bau hoch bevorrechtet vor allen Städten Deutschlands, und sie selbst hat dieß auf das Würdigste anerkannt. Heute gebührt ihr dieß Selbstlob. Rufen Sie mit mir — und unter diesem Rufe will ich die Hammerschläge auf den Grundstein tuen — rufen Sie mit mir das tausendfältige Lob der Stadt: Alaf Köln!"

Diese von den Gefühlen, den Idealen, der Begeisterung der Freiheitskriege bewegte Rede ergriff und entzündete die Hörer. R. überreichte dem Könige und den ihn umgebenden Großen die Grundsteinlegungsurkunde zur Vollziehung. Während der Festzug sich unter dem, nach einer Melodie Händels zum ersten Male gesungenen „Laßt Gesanges Jubel schallen" nach dem Gürzenich bewegte, waren alle tief religiös erregt; sie fühlten, es handele sich um ein Gotteswerk von höchster Bedeutung. R. schritt neben dem Herzog Prosper von Arenberg, dem Typus eines echten Edelmannes alten Stiles, der ihn das unerhörte Betragen des Fürsten Metternich vergeßen ließ. Während alles gespannt den Worten des königlichen Redners lauschte, zog der katholische Statskanzler einen großen Frisierkamm aus der Rocktasche und dirigierte damit die Haare vom Hinterkopfe nach vorn. Dieser Gestus spricht Bücher. Sagen kann er: Larifari, was nationale und heilige Ideale, was Größe, Einheit Deutschlands und Blüte der Kirche! Ein Soldaten-, Beamten-, Polizistenheer, eine geriebene Diplomatie, eine drakonische Censur, ein gefüllter Schatz — das tuts und nichts anderes. So hat wenigstens Se. Durchlaucht regiert, freilich in der Hoffnung „mich hälts aus" getäuscht.

Des Königs Wort vom confessionellen Brudersinne war wol begründet, denn die Weltanschauung, welche der gothische Kirchenstil ausdrückt, ist der ökumenisch christliche, nach Sünde Erlösung, Herrlichkeit streitender und triumphierender Kirche. Die Kirche deutscher Reformation kennt keinen schmucklosen Kultus, will Silber, Gold, Edelsteine im Heiligtum. Ganz in ihrem Sinne sagt der alte Scriver: „In vielen Kirchen sind die Altäre nicht allein mit allerlei herrlichem kostbarem Schmuck, sondern auch mit Lichtern, Blumen und Blumentöpfen geziert worden. Ich wollte, daß man die ganze Kirche und sonderlich den Altar wie einen kleinen Himmel ausschmücken könnte, alles dem hochwürdigen Abendmahl zu Ehren und den gottseligen Herzen zur Erinnerung, daß sie an demselben ein himmlisches Freudenmahl auf Erden haben." So kann der gläubige Lutheraner sich der Culmination geweihter Schönheit am gothischen Hochalter eben so freuen wie der in Rosen und verklärte Gemälde gefaßten Glaslichter, die alles in den dämmernden Räumen mit warmen Farbentönen wundersam, lieblich und großartig umziehen. Die Domrede läßt jener confessionellen Beschränktheit und Härte keinen Raum, die meint: wie ein Tropfen Gift ein Faß Wein vergiftet, so verwandelt ein Irrtum in einem einzigen Punkte den ganzen festgehaltenen Bestand christlicher Wahrheit in sein Gegenteil; hat eine Kirche eine Million Christentum, und es fehlt ihr die zweite Million, welche die andere Kirche besitzt, so wird auch die erste zu Null. R. hat stets das Vorurteil bekämpft, die gothische Kunstweise sei specifisch römisch-katholisch. Pflege und Wiederbelebung der christlichen Kunst seien, so meinte er, nicht von einem engherzig confessionellen Standpunkte zu betreiben. „Die gothischen Werke hätten auf den Schutz allerchristlichen Confessionen Anspruch, und dabei sei nicht ängstlich abzuwägen, ob die eine oder die andere dabei etwa einen Vorteil ziehe. Könne es doch bei allen, die sich einigermaßen auf die Zeichen der Zeit verständen, kein Geheimnis sein, in welchem Maße es not tue, daß auf allen Gebieten die aufrichtigen Christen mehr dessen eingedenk seien, was sie vereinige, als dessen was sie trenne." Nicht wenige Protestanten wandten dem Dombau die ausdauerndste Opferwilligkeit zu. Als Secretär des Kölner Vereinsvorstandes war

R. mit Freude Zeuge davon, wie in demſen Katholiken und Proteſtanten in ungeſtörter Eintracht arbeiteten, unter dem Kardinal-Erzbiſchof von Geißel, dem fleißigen Correſpondenten der ſpäteren Kaiſerin und Königin Auguſta, als Ehrenpräſes, der allen Verhandlungen beiwohnte.

Berichte über dieſelben, über die Vereinstätigkeit, die Einnahmen, den Fortgang des Baues, brachte der amtliche Teil des „Kölner Domblattes" ſeit 1842. R. hatte deſſen Gründung veranlaßt. Von 1845 an erſchien es als Monatsſchrift, deren nichtamtlichen Teil mit freiwilligen, unhonorierten Beiträgen zu verſorgen, keine leichte Arbeit war, bei der der Einpeitſcher ſelbſt das Beſte tuen mußte und um Gottes willen unermüdet getan hat. Ihn trieb die Ueberzeugung: wenn die Kunſt ihren erhabenen Beruf erfüllen will, muß ſie im Herzen des Volkes Wurzel ſchlagen. Wie könnte ſie das aber ohne Liebe und Verſtändnis? Der Dombau ſollte den Impuls zu einer wahrhaft lebendigen, in unſerem vaterländiſchen Boden wurzelnden Kunſtübung geben. Der Kryſtalliſationspunkt ſollte er ſein, an den ſich alle verwandten Beſtrebungen anſchlößen, ſollte alle ſo lange verſtoßenen und verſchloßenen Geiſter unter ſeine Flügel nehmen, eine neue Aera der Baukunſt gründen, wo die friſche, kräftige, einheitliche Tat an die Stelle der lahmen Bücherweisheit und aufgedunſenen Vielwißerei trete, und die Architectur, beſonders die kirchliche, wieder den ihr gebührenden Rang einnehme. Die Verbreitung dieſer hohen Auffaßung ſollte das Domblatt fördern, indem es den Laien zum Verſtändniſſe der mittelalterlichen Kunſt verhalf.

1804 ſchien es Fr. v. Schlegel, man habe ihren tiefen Sinn und ihre eigentliche Bedeutung noch gar nicht verſtanden. Sie verdiene, daß man ihre noch unerforſchten Tiefen zu ergründen ſtrebe. 1808 bewunderte der Schöpfer der wißenſchaftlichen Geographie K. Ritter, ihre Werke in Köln, das ihn ein deutſches Pompeji und Herkulanum dünkte. Ein Schatz habe ſich ihm da offenbart, wie er für deutſche Kunſt und Geſchichte nicht wichtiger ſein könne. Die Unterſuchung dieſer Bauwerke werde die Geſchichte unſeres Mittelalters in ihr wahres Licht zurück führen. Seine Eindrücke gab er in einer warm empfundenen Rede wieder. Mit Schlegels „Grundzügen der gothiſchen Baukunſt" wetteiferte

Th. Schwarz, der Vater des radicalen Atheologen, der als Generalsuperintendent Ernsts II. in Gotha die christliche Sitte auch dadurch verhöhnte, daß er, gleich Gregorovius, die Verbrennung seiner Leiche anordnete. Aber die geistvollen Betrachtungen über Gothik in dem anonymen und pseudonymen dreibändigen Roman „Erwin von Steinbach" (1834,) dürfte den Kreißen des Domblattes fremd geblieben sein.

R. konnte auf dankbare Leser rechnen, denen er überwiegend neues in der frischesten und anziehendsten Weise darzubieten hatte. Ueber die erste Restauration des Domchors, dessen vierzehn Standbilder, die Ausschmückung der Kirche hatte er geschrieben, ehe er die Arbeiten im Domblatt folgen ließ. Ihre Gegenstände sind bis 1848: Artistisches und Litterarisches den Dom betreffend, der Baumeister desselben, die Wandgemälde im Chor und über den Chorstühlen, v. Steinle's Wandgemälde, der Altar in der südlichen Chorcapelle, das Verhältnis des Domes zur Kathedrale von Amiens, Plan und Meister des Dombaues, die Ausschmückung der neu errichteten Domportale, die Restauration der Andreaskirche zu Köln, die Attribute der Heiligen, der Kreuzgang bei St. Peter in Köln, die Wiederbelebung der christlichen Kunst in Frankeich, die neue Kirche zu Weißenturm, die Restauration des Hochkreuzes bei Godesberg, die Baukunst des Mittelalters, die Kapelle in Fornich bei Andernach, die Bildwerke an der Liebfrauenkirche zu Trier, die neuesten Schicksale der Liebfrauenkirche zu Oberwesel, die Kathedrale zu U. L. Frauen in Bron, Simrocks Legende der h. drei Könige, die Schloßkirche zu Querfurt und die Sponheimer Abteikirche, die Restauration geschichtlicher Baudenkmale, die Portale der Kathedrale zu Amiens, die Baudenkmale der römischen Periode und des Mittelalters in Trier und Umgebung, Artistisches über Bauwerke am Rhein, Alte Wandgemälde in Braunschweig, Wandmalereien in der Karmeliterkirche zu Boppard, Fürsorge für die kirchlichen Kunstgegenstände in der Diöcese Trier. Neben diesen Publicationen giengen her das Buch: Die christlich-germanische Baukunst und ihr Verhältnis zur Gegenwart 1845, die Ausgabe des Büchleins von der Fialen Gerechtigkeit, die Besprechung der kirchlichen Kunstleistungen in Belgien, des St. Gangolph's Kirchenbaues, der baulichen Verschönerungen

der Stadt Trier, der Deckengemälde im Kapitelsaale der Abtei Brauweiler, des Zerstörungsfiebers in Saarburg.

K. gesteht, „er habe nie zum Publikum geredet, um dasselbe mit etwas Neuem zu überraschen, sondern lediglich nur dort, wo es ihm not zu tun schien, Schlimmes zu verhüten oder Rechtes zu fördern, also lediglich um eines äußern sachlichen Erfolges willen.“ In diesem praktischen Interesse wiederholt er unbedenklich. „Es gibt Wahrheiten, die unausgesetzt repetiert werden müssen, damit sie Körper annehmen, sich crystallisieren.“ Dazu rechnet er die elementaren Grundregeln der christlichen Kunst. Sie seien aus dem Volksbewußtsein durch eine falsche Strömung so gut wie völlig weggeschwemmt und müßten unaufhörlich wieder eingepflanzt und eingeübt werden. Ja selbst das Wesen der Kunst überhaupt hat diese falsche Strömung entstellt. Was es ist? „Dem gefallenen Menschen blieb die Erinnerung an seinen Urstand, die Sehnsucht nach dessen Herstellung in der Wiedervereinigung mit Gott. Wie alles Streben nach dem Idealen ist auch die Kunst der Ausdruck solchen Heimwehs, des Bedürfnisses und Verlangens, die Harmonie in der Schöpfung herzustellen, die vor dem Sündenfalle das Irdische durchdrang und mit dem Himmlischen verband, den Schleier hinwegzuziehen, der das Wesenhafte vor unseren Augen verbirgt. Product des höchsten, geistigen Bedürfnisses, wurzelt sie zugleich mit dem Wahren und Guten im Gesetze der göttlichen Weltordnung selbst, wie viele Brechungen und Schattierungen sie auch immer zulaßen möge. Auch dem nach Umfang und Wesen Unbedeutenden kann und soll sie jenen Ausdruck und Glanz verleihen, der wie ein Reflex aus der höheren Welt wirkt. Wie alle Schönheit darf sie nicht um ihrer selbst willen auf den Altar gehoben werden, nicht Selbstzweck sein. Denn nicht um ihrer und der Künstler willen ist sie da, als könnten die ihre bunten Seifenblasen in die Luft hineinsenden, ohne irgend nach Ziel und Zweck zu fragen. Sie muß dienen und wird verwerflich, wenn sie nicht Höherem dient. Der Schönheitskultus ist wie der Geniekult ein krankhaftes Product des Egoismus. Sie soll die Völker durch edle Werke erziehen, wahre Bildung, Seelenadel, Verständnis der idealen und praktischen Wahrheiten möglichst zum Gemeingut Aller werden. Gemäß ihrem Ursprung wuchs sie überall im Dienste der Religion auf und brachte unter ihrem Einfluß die edelsten, schönsten Früchte. Stets gieng ihr Verfall mit dem religiösen Hand in Hand.“ (Forts. folgt.)

Redaction Druck und Verlag: W. Hopf Melsungen (Kurhessen).

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 59. Mai 1901. 10. Jahrgang.

* Die Umbildung des preußischen Staatsministeriums.

Die preußische Regierung hatte sich bekanntlich mit ihrer Kanalvorlvorlage zum zweiten Male im preußischen Abgeordnetenhause festgefahren. Conservative und Centrum waren über einen Compromiss-Antrag einig geworden, der von der Vorlage so gut wie nichts übrig ließ. Die Regierung hatte also nur die Aussicht, entweder dieses Compromiss anzunehmen oder gar nichts zu erhalten. Beides bedeutete für sie eine Niederlage, die um so schwerer wiegen mußte, da der Kaiser und König Wilhelm II. für die Kanalvorlage als sein eigenstes Werk und für ihr rasches Zustandekommen seine Autorität in öffentlichen Reden wiederholt und auf das Nachdrücklichste eingesetzt hatte. Es ist unter diesen Umständen sehr begreiflich, daß sich Se. Majestät zu einem Eingriff in die verworrene Lage gedrungen fühlte. Weniger begreiflich ist es dagegen, daß der königliche Eingriff das Steckenbleiben der Kanalskarre nicht etwa beseitigt, sondern einstweilen zu einem dauernden Zustande gemacht hat.

Wilhelm II. hatte am 1. d. M. seine Auerhahn-Jagden auf der Wartburg unterbrochen und war nach Berlin zurückgekehrt. Dort erfolgte am 3. Mai durch königliche Botschaft die plötzliche Schließung der zu gemeinsamer Sitzung versammelten beiden Häuser des Landtages und gleichzeitig die Entlaßung dreier Minister, des Finanzministers von Miquel, des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein und des Handelsministers Brefeld, sowie die teilweise Umbildung und Ergänzung des Cabinets. Sobald dieß geschehen war, hat Se. Majestät Berlin wieder verlaßen, um in Schlitz der silbernen Hochzeit des gräflich Görtz'schen Ehepaares beizuwohnen und von da nach Süddeutschland zu gehen.

Die vom 2. d. M. datierte königliche Botschaft war im dürrsten Geschäftsstil abgefaßt und enthielt keine Silbe weder über den Grund der überraschenden Maßregel noch auch über das der Kanalvorlage weiter zugedachte Schicksal. Etwas deutlicher wurde Graf Bülow, der in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident mit Ausführung des Schließungsbefehls beauftragt war. Er entledigte sich seiner Aufgabe durch folgende Ansprache:

„Meine Herren! In der Tronrede, mit welcher ich im Auftrage Sr. Majestät des Königs am 8. Januar den Landtag der Monarchie eröffnet habe, nahm unter den angekündigten Gesetzentwürfen die wasserwirtschaftliche Gesetzesvorlage eine hervorragende Stelle ein. Beim Beginn der Etatsdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf neben dem Etat den Hauptgegenstand Ihrer dießjährigen Beratungen bilden würde. Ich habe gleichzeitig betont, daß die geplanten Bauten dem Osten wie dem Westen, der Industrie wie der Landwirtschaft zu Gute kommen sollten, daß dieselben bestimmt seien, den gesamten Güteraustausch nach allen Richtungen zu fördern, daß diese Vorlage im Zeichen wirtschaftlicher, ausgleichender Gerechtigkeit stände. Aus diesem Grunde muß die königliche Statsregierung die eingebrachte erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus welchem wesentliche Bestandteile ohne Gefährdung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgeschaltet werden können. Nach dem Gange, welchen die Beratungen in der Commission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die königliche Statsregierung zu ihrem Bedauern die Ueberzeugung entnehmen müßen, daß die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschloßen ist. Von der Fortsetzung einer zwecklosen Beratung kann sich die königliche Statsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten. Auf Grund des mir erteilten allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzungen des Landtages für geschloßen."

Hier wird wenigstens deutlich gesagt, daß die Eingangs von uns erwähnte Zerstückelung der Kanalsvorlage, wie sie von

der Mehrheit der Conservativen und des Centrums in der Commission des Abgeordnetenhauses verabredet war, von der Regierung für unannehmbar gehalten werde und die Schließung veranlaßt habe. Um so undeutlicher hat sich dagegen Graf Bülow über die Pläne ausgedrückt, welche die Regierung hinsichtlich der weiteren Verfolgung ihres nun zum zweiten Male ins Waßer gefallenen Kanalsprojectes hegt. Nicht einmal, ob sie solche Pläne überhaupt habe, läßt sich aus den Worten des Grafen entnehmen. Dieselben besagen nur, daß die Regierung das Project als ein unteilbares Ganzes ansieht, daß sie eine Verständigung über dasselbe mit dem Landtage „zur Zeit" für unmöglich hält und deshalb der weiteren „zwecklosen Beratung" durch Schließung des Landtages ein Ende machen wollte. In dieser Erklärung kann ebensowol der Verzicht auf die Vorlage wie die Absicht gefunden werden, sie demnächst wieder aufzugreifen. Es bleibt einstweilen nur die unzweifelhafte Tatsache des abermaligen Scheiterns der Vorlage und daneben die absolute Ungewisheit darüber bestehen, was die Regierung weiter mit ihrem Unglückskind und den hartnäckigen Gegnern desselben anzufangen gedenkt.

Auch die Aenderungen im Ministerium, die den Schlußact begleiteten, klären dieses Dunkel nicht in genügender Weise auf. Wenn Herr v. Miquel dem Zorn des Kaisers über die zweideutige Rolle endlich erlegen ist, die er einerseits als „Mann des Kaisers", andererseits als Liebling und heimlicher Gönner der agrarischen Kanalfeinde schon seit Jahren spielte, so ist das zwar im höchsten Grade begreiflich, gibt aber noch keinen sicheren Fingerzeig für die Zukunft. Man kann sich nur wundern, daß dieser von allen Parteihänden abgebrauchte, in allen möglichen und unmöglichen Farben schillernde, unheimliche und unsympathische Geselle nicht schon längst von seinem Schicksal ereilt wurde. Und wenn es wahr ist, daß der geriebene Coulissenschieber bis zuletzt geglaubt hat, die Stellung als Vertrauensmann der Conservativen, zu der — man weiß nicht, ob man sagen soll: er oder diese moralisch am heillosesten verkrachte preußische Partei — schließlich herunter gekommen war, werde ihn auch jetzt wieder am Ruder erhalten und ihn, wie er gesagt

die Ausarbeitung eines vollständigen socialpolitischen Systems. Was wir in dieser Beziehung bieten, soll nur zur Beleuchtung und Unterstützung der grundsätzlichen Erörterungen dienen. — Im Uebrigen müßen wir uns an dieser Stelle darauf beschränken, eben unsere grundsätzlichen Anschauungen in Bezug auf die so genannte Arbeiterfrage vorzutragen und dieser Frage in unserem politischen und wirtschaftlichen System die ihr gebührende Stellung anzuweisen. Indem wir dieß klar und bestimmt durchführen, werden wir bewahrt sowol vor einseitiger Ueberschätzung der in Betracht kommenden Dinge, wie auch vor der unentschuldbaren Vernachläßigung derselben.

Wenn in einer freilich nicht erschöpfenden Weise die Diagnose kurz so gestellt worden ist: Die sociale Frage ist der Hunger, so läßt sich gewis nicht leugnen, daß damit allerdings die hauptsächlichste Seite der modernen Arbeiterfrage getroffen ist. Es ist die bittere Not, die einem großen Teile unserer unbemittelten Mitmenschen ständig entgegen grinst. Denn, ausgerüstet lediglich mit der Arbeitskraft seiner Hände, gerät sofort seine ganze Wirtschaft und Lebenshaltung ins Schwanken, wenn diese Kraft versagt, oder wenn sich niemand findet, der diese Kraft mieten und bezahlen will. Immer nur so viel verdienend, daß der eigene Körper und der der Angehörigen notdürftig erhalten werden kann, ist das Leben dieser Menschen ein ständiges Mühen und Sorgen, das nie zur Ruhe, nie zu behaglichem Genuße kommen läßt. — Mag man noch so viele Beweise gegen das Vorhandensein des „eisernen Lohngesetzes“ erbringen, jene Tatsache wird man nicht aus der Welt schaffen. Mag dieses Lohngesetz für Hunderttausende zeitweilig nicht gelten — gleichsam latent sein — andere Hunderttausende sind eben doch gezwungen, so zu leben, als wenn es vorhanden wäre. — Nichts ist unverständiger und verderblicher, als wenn man den lebendigen Erscheinungen in der menschlichen Gesellschaft mit mechanischen Erhebungen und Berechnungen gegenüber treten will. Not hat es gewis immer gegeben auf der Welt, und sie wird auch niemals ganz aus ihr verschwinden aber die moderne, durch den Industrialismus geschaffene Not ist etwas Unnatürliches, Ungerechtes und darum auch etwas Un-

Herrn Brefeld im Handelsministerium ersetzen soll, als eifrigster Beförderer der Miquel'schen „Sammelpolitik" schon bisher dem Conservatismus seiner neuen Kollegen die anerkennenswerteste Concurrenz gemacht hat.

So bleibt als politisches Ergebnis der neuesten preußischen Statskrisis nur ein großes Fragezeichen. Einstweilen ist die Kanalsvorlage beseitigt, und das bedeutet zweifellos einen Sieg der Agrarier. Ob und wann ihnen derselbe auf's Neue streitig gemacht werden, welche Richtung überhaupt die innere Politik demnächst einschlagen soll, das weiß niemand. Die Situation ist nicht geklärt, sondern womöglich noch unklarer geworden als sie vorher war. Von den alten und neuen preußischen Ministern wird sie auch niemand aufklären, da diese selbst jedesfalls noch gar nicht wißen, wohin die Fahrt gehen soll. Das hängt, wie die Dinge heut zu Tage liegen, nur von Wilhelm II. ab. Aber auch er scheint, wie die dunkle Haltung des Schließungsactes vermuten läßt, über die weitere Wahl des Weges noch zu keiner Entschließung gekommen zu sein.

Vom demokratischen Socialismus.

Wir können und wollen uns hier nicht die Aufgabe stellen, die Arbeiterfrage und das ganze socialistische Lehrgebäude* in der Breite und Tiefe zu erörtern. Auch kann es sich in einer so zusammen gedrängten Darstellung nicht handeln um die erschöpfende Beurteilung der bestehenden Zustände und um

* Wir verweisen hier auf die, wie wir glauben, erschöpfende Darlegung, die Const. Frantz in seinem wertvollen Buche: der Föderalismus von dem von uns eingenommenen Standpunkte aus gibt. — Das genannte Werk ist auch im Uebrigen als eine Ergänzung des hier Vorgetragenen zu betrachten.

die Ausarbeitung eines vollständigen socialpolitischen Systems. Was wir in dieser Beziehung bieten, soll nur zur Beleuchtung und Unterstützung der grundsätzlichen Erörterungen dienen. — Im Uebrigen müßen wir uns an dieser Stelle darauf beschränken, eben unsere grundsätzlichen Anschauungen in Bezug auf die so genannte Arbeiterfrage vorzutragen und dieser Frage in unserem politischen und wirtschaftlichen System die ihr gebührende Stellung anzuweisen. Indem wir dieß klar und bestimmt durchführen, werden wir bewahrt sowol vor einseitiger Ueberschätzung der in Betracht kommenden Dinge, wie auch vor der unentschuldbaren Vernachläßigung derselben.

Wenn in einer freilich nicht erschöpfenden Weise die Diagnose kurz so gestellt worden ist: *Die sociale Frage ist der Hunger*, so läßt sich gewis nicht leugnen, daß damit allerdings die hauptsächlichste Seite der modernen Arbeiterfrage getroffen ist. *Es ist die bittere Not, die einem großen Teile unserer unbemittelten Mitmenschen ständig entgegen grinst.* Denn, ausgerüstet lediglich mit der Arbeitskraft seiner Hände, gerät sofort seine ganze Wirtschaft und Lebenshaltung ins Schwanken, wenn diese Kraft versagt, oder wenn sich niemand findet, der diese Kraft mieten und bezahlen will. Immer nur so viel verdienend, daß der eigene Körper und der der Angehörigen notdürftig erhalten werden kann, ist das Leben dieser Menschen ein ständiges Mühen und Sorgen, *das nie zur Ruhe, nie zu behaglichem Genuße kommen läßt.* — Mag man noch so viele Beweise gegen das Vorhandensein des „eisernen Lohngesetzes" erbringen, jene Tatsache wird man nicht aus der Welt schaffen. Mag dieses Lohngesetz für Hunderttausende zeitweilig nicht gelten — gleichsam latent sein — andere Hunderttausende sind eben doch gezwungen, so zu leben, als wenn es vorhanden wäre. — Nichts ist unverständiger und verderblicher, als wenn man den lebendigen Erscheinungen in der menschlichen Gesellschaft mit mechanischen Erhebungen und Berechnungen gegenüber treten will. Not hat es gewis immer gegeben auf der Welt, und sie wird auch niemals ganz aus ihr verschwinden aber die moderne, durch den Industrialismus geschaffene Not ist etwas Unnatürliches, Ungerechtes und darum auch etwas Un-

menschliches, und die dringende Aufgabe aller gerecht und menschlich Denkenden ist es, hier Wandel zu schaffen.

Keinem Zweifel unterliegt es nun, daß wie Trötsch meint,* die Entwickelung des großkapitalistischen Betriebs und die wachsende Vermögens- und Einkommens-Ungleichheit, verbunden mit einer immer weiter schreitenden Zerstörung der Selbstständigkeit des Einzelnen,** diejenigen Factoren sind, die in erster Reihe die moderne Arbeiterfrage geschaffen haben. Und fügen wir zu den eben genannten Ursachen noch die früher ungeahnte Entwickelung der Technik*** und des Verkehrswesens, so haben wir in der Tat schon einen guten Teil der treibenden Kräfte in der uns hier beschäftigenden Entwickelung kennen gelernt.

Als eine der hauptsächlichsten Folgen des Fortschritts auf dem Gebiete der Technik und des Verkehrs ergab sich die vielfach schon auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung.† Hat nun dieselbe auch zu einer gewaltigen Zunahme und stellenweise zu

---

* Ueber die neuesten Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben. S. 8.

** Die Zahl der in den Kleinbetrieben beschäftigten Personen ist in der Zeit von 1882 bis 1895 von 61 auf 49 % gesunken, während diese Zahl in den Mittelbetrieben von 13 auf 17 % und in den Großbetrieben von 26 auf 36 % gestiegen ist.

*** Nach Herkner brauchte ein Handspinner des vorigen Jahrhunderts 11 Stunden, um eine Strähne Garn herzustellen; der Spinner am Selfaktor erzeugt, unterstützt von 2 Hülfsburschen, 1000 Strähnen in einer einzigen Stunde. Der Handwerker webte 8 Ellen im Tage; der Maschinenweber 250 Ellen. Um 5 Tonnen Roheisen in schmiedbares Eisen zu verwandeln, bedurfte man mittels des Herdfrischens 1½ Wochen, mittels des Puddelns 1½ Tag, heute mittels des Bessemer-Processes 20 Minuten.

† Die Baumwolle, die der Neger der Südstaten Nordamerikas baut, wird in Werdau oder Chemnitz gesponnen, gewebt und dann für denselben Neger, der den Rohstoff erbaute, zu Hemden verarbeitet. Australische und südafrikanische Rohwolle geht zum Spinnen nach England; Kottbus stellt Tuch daraus her, und Berlin verarbeitet dasselbe, um dem Züchter der Wolle in Neusüdwales und am Kap Röcke, Hosen und Mäntel zu fertigen.

einer Verfeinerung der Erzeugung geführt, so ist es doch immerhin sehr fraglich, ob die Nachteile dieser Entwickelung nicht viel größer sind.

„Die Arbeitsteilung, sagt Troeltsch sehr richtig,* hat Schatten auf unser heutiges Wirtschaftsleben geworfen, die der Vergangenheit mindestens nicht in dem Maße bekannt waren. Zunächst: Die Arbeitsteilung entspricht durchaus nicht immer den subjectiven Gaben und oft noch weniger dem objectiven Bedürfnisse. Und das schafft Misstimmung und Erfolglosigkeit.

„Ferner: Die Arbeitsteilung hat Personen dem gewerblichen Leben zugeführt, die vorher durch ihr Geschlecht und Alter vor Inanspruchnahme geschützt waren. Sie hat in ihnen Bedürfnisse nach Arbeit geweckt, die nur auf Kosten der Erziehung und Ausbildung, der Gesundheit und des Familienlebens zu befriedigen sind.

„Sodann: Die Arbeitsteilung hat in wachsendem Maße die Menschen in Abhängigkeit verstrickt. Auch der Betriebsleiter, der selbständig sich sein engeres Arbeitsgebiet gewählt hat, empfindet sie. Sein Absatz wird schwankender, unübersehbarer; das Schicksal seiner Lieferanten trifft ihn mit. Und wie viel drückender ist die Abhängigkeit des Arbeiters, der im arbeitsteiligen Betrieb sein Brot suchen muß! Wie unentrinnbar fest ist er durch die Einseitigkeit seiner Ausbildung an bestimmte Industrien und Orte gefesselt!

„Endlich noch eins: Wie stark macht sich Specialisierung der Tätigkeit in den Anschauungen aller Kreise geltend! Im engen Kreise verengert sich der Sinn. Je enger das Arbeitsgebiet, um so enger wird in der Regel für Herrn und Knecht der Blick. Die moderne Schärfe der Interessengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Handel und Landwirtschaft, zwischen Städter und Nichtstädter beruht nicht zum wenigsten auf unserer vorgeschrittenen Arbeitsteilung."

Hierzu kommt noch, daß es, je mehr wir durch das Fabrikwesen und die Arbeitsteilung von der geschlossenen Eigenwirtschaft

* A. a. O. S. 8.

abgedrängt werden, um so schlimmer, mit dem leiblichen und geistigen Wol des Menschen bestellt ist.

Es besteht eben leider bei uns schon lange jene Spannung, in der nach Schäffle „die ringenden Kräfte, ohne die Möglichkeit erheblicheren Fortschrittes auf dem Wege der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung zu erzielen, einander festhalten, ermatten und aufreiben und so nur ein mühseliges Fortschreiten selbst erreichen oder stehen bleiben, um schließlich rückwärts zu schreiten."

Diese durch die Uebervölkerung erzeugte und immer weiter getriebene Spannung im ganzen Volksleben ist es, die zum guten Teile die Arbeiterfrage im deutschen Reiche zu einer so brennenden und die organisierte deutsche Arbeiterschaft zu einer so drohenden Macht gestaltete. Sie gibt aber andererseits auch — und das macht es verständlich, daß man diese Entwicklung weiter ihren Gang gehen läßt oder sie gar noch beschleunigt — gewissen Kreißen die Möglichkeit, auf bequeme Weise Reichtümer zu sammeln. Reicht die natürliche Grundlage eines Volkes nicht mehr aus, so werden mehr Gewerbswaren erzeugt, als das Volk gebrauchen kann, und es findet darum ein natürlicher Abfluß nach außen statt; dieses aber wird für die Unternehmer um so lohnender sein, je reichlicher das Angebot von Arbeitskräften ist und eine billige Erzeugung ermöglicht. Freilich führt dieser Umstand auch wieder zu einer Uebererzeugung und zu Krisen, die hiervon untrennbar sind, und das Land, das auf diese Art der Ausfuhr angewiesen ist und eine billige Erzeugung ermöglicht, befindet sich in der Lage des Spielers; heute schwelgt man im Ueberfluß, morgen hungert man, und in Zeiten besonderen Unglücks geht man auch wol an einer solchen Entwickelung ganz zu Grunde.

Daß bei einer solchen Wirtschaft aber immer derjenige Teil den ärgsten Schaden zu tragen hat, der außer seiner Hände Arbeit nichts zu bieten hat und darum den geringsten Widerstand zu leisten vermag, ist leicht zu verstehen.

Können wir nun auch nicht leugnen, daß unser Unternehmertum in den letzten Jahrzehenden auf dem Gebiete industrieller Machtentfaltung ganz achtenswerte Erfolge errungen hat, so wird doch ein jeder gerecht und billig Denkende rückhaltslos zugeben, daß diese Erfolge durch die Unterdrückung und Zerreibung eines großen

Teiles des arbeitenden Volkes zu teuer bezahlt sind. Aber das ist ja eben das brandmarkende Kennzeichen des Industrialismus: das kalte Geld ist der einzige Maßstab, möglichst große Gesamtproduction und Anhäufung der großen Gesamtwerte der letzte Zweck, der absolute Reichtum des unpersönlichen Ganzen, nicht das relative Besitztum oder gar das Wolbefinden des Einzelnen; die Erzeugung, nicht aber die Verteilung, sind die Triebfedern unseres von diesem Industrialismus beherrschten Lebens.* Der Reichtum steigt in ihm bis zu schwindelhafter Höhe, und der Einzelne sinkt tiefer und tiefer. Die Träger dieses Systems aber glauben, indem sie die wenigen glänzenden Seiten desselben aufs lebhafteste schildern und alles verhüllen, was wolmeinende Beobachter stutzig machen könnte, trotz alledem die Entwickelung in ihrem Sinne weiter leiten zu können. Und sie dürfen dieß mit um so größerer Zuversicht hoffen, je mehr sie sehen, daß selbst die Männer der Wißenschaft sich auf ihre Seite stellen.

Daß die deutsche Bevölkerung heute nicht mehr ernährt werden kann ohne die Arbeitsgelegenheit, die die großindustriellen Unternehmer schaffen, ist ja richtig, und wir wißen das so gut wie ein Stumm oder Vorster, ein Schulze Gävernitz und Schmoller. Traurig genug, daß es dahin gekommen ist und noch trauriger, daß derjenige Statsmann, der uns in diese furchtbare Lage gebracht, als Messias der Deutschen gepriesen werden darf, und zwar, was ja verständlich ist, in ganz besonderem Maße gerade aus den Kreißen jener großen Unternehmer und Millionenmacher heraus.

Bismarck selbst hat ja allerdings bis zu seinem letzten Atemzuge sich als Anwalt dieser Leute gefühlt, und er war es, der in Gemeinschaft mit ihnen aus der deutschen Arbeiterpartei die statsfeindliche internationale Socialdemokratie gemacht hat.

„Es besteht eine Geistesverwandtschaft", so ließ sich kurz nach dem 66er Kriege eine süddeutsche Stimme vernehmen, „zwischen der Revolution von Oben und der Revolution von Unten. Ihr Gemeinsames liegt in der Rücksichtslosigkeit gegen göttliche und menschliche Gesetze, wenn es gilt, übermütige Pläne durchzuführen.

* Schweiz. Bl. f. Socialpolitik. 1895. S. 578.

Die französische Geschichte ist die Erläuterung hierzu. Napoleon I. wiewol Anfangs von den Republikanern verabscheut, wurde der Abgott für viele durchaus revolutionäre Männer. Sie bewunderten an ihm die in großartigem Maßstabe durchgeführte Gesetzlosigkeit, die sie selbst nur in kleinem Kreiße auszuüben vermochten. Die Sympathien, die sich bei uns für den preußischen Premierminister regen, sind derselben Art."

Man macht uns, die wir die bismarckisch-preußische Umsturzpolitik verurteilen, gar oft den Vorwurf, daß wir dem allgemeinen Fortschritte blind und taub gegenüber ständen, daß wir nicht begreifen wollten, wie im Grunde genommen die Gewaltspolitik von 1866 eine durch den notwendigen Fortschritt der statlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland bedingte gewesen wäre. Darauf erwidern wir, daß wir allerdings noch nicht vermocht haben, uns auf den Standpunkt jener Nützlichkeitspolitik aufzuschwingen, welche vergißt, daß alle wahrhaft nutzbringende Politik nur mit den Mitteln der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit arbeiten darf, und die eines augenblicklichen Vorteiles wegen die ganze Zukunft aufs Spiel setzt.

Revolution ist immer verwerflich, sowol vom sittlichen, wie vom reinen Nützlichkeitsstandpunkte. Vom sittlichen Standpunkte aus deshalb, weil der Ausgang einer jeden Revolution schließlich immer gegen den Urheber sich wendet. Und so sehen wir denn, wie in dem durch die Revolution von Oben geschaffenen deutschen Einheitsstate die Socialdemokratie immer weiter anschwillt und sich in Bereitschaft setzt, die Früchte zu pflücken, die ihre Gegner zur Reife gebracht. Gar nicht auffällig ist es, daß gerade in denjenigen Städten und Gegenden, wo der „Reichsgedanke" am kräftigsten entwickelt ist, heute, trotz der rücksichtslos angewandten Machtmittel der „Ordnungsparteien" und des States, gewöhnlich mit erdrückender Mehrheit Socialdemokraten gewählt werden. — Kein Zweifel also, daß zwischen diesem Reiche und der Socialdemokratie eine innere Verwandtschaft besteht. Eine Verwandtschaft, die freilich von Einsichtsvollen schon bei der Geburt des Reiches erkannt wurde, und welche der weise Bischof von Ketteler mit den Worten kennzeichnete: die Revolution von Oben wird ausklingen in die Revolution von Unten.

Die Männer, die nach den Tagen von Königgrätz rückhalts- und characterlos sich vor dem ersten Erfolg in den Staub warfen, waren gegenüber der Gefolgschaft eines Singer nur im Grad nicht im Wesen verschieden.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht, welches Bismarck eingestandener Maßen herbei holte, um sich in den Arbeiter-Bataillonen Bundesgenoßen gegen die widerspänstigen liberalen Bourgeois zu schaffen, — dieses, allgemeine und gleiche, den Franzosen abgeguckte Wahlrecht also gab nun den Elementen, die dereinst die Erbschaft der gekrönten Revolution anzutreten alle Aussicht haben, die Gelegenheit, sich unter dem Schutze der Gesetze allmählich einzurichten.* — So zeigt sich denn auch diese vielgerühmte Tat, gerade vom Standpunkte Bismarcks und seiner Bewunderer gemeßen, als eine so in die Augen springende Kurzsichtigkeit, daß man es sehr wol begreift, wenn hintendrein alles versucht worden ist, die Wirkung desselben abzuschwächen.

Auch sonst war es das denkbar Unehrlichste nicht nur, sondern auch das Unklügste, politische Rechte zu erteilen und die socialen Rechte vorzuenthalten. — Treffend hatte Const. Frantz schon in jener Zeit, in der die constitutionellen Statskünstler das später durch Bismarck Verwirklichte theoretisch herausarbeiteten, dieses nichtswürdige Gebahren gekennzeichnet: „Ehemals, so sagte er,** hatte man privilegierte Stände, die eine drückende Herrschaft ausübten, aber es war doch kein Lügensystem, denn diese Stände sprachen keineswegs von Freiheit und Gleichheit, sondern sie sprachen eben von ihren Privilegien. Und wurden die Massen in Dienstbarkeit gehalten, so bewies man wenigstens die Klug-

---

* Der ernste Beobachter und genaue Kenner der socialen Entwickelung im neuen Deutschland, Jörg, sagt: „Das allgemeine und direkte Wahlrecht fordern, heißt nichts Anderes, als diese Massen zur Empörung aufrufen gegen das alleinherrschende Bürgertum, und in diesem Sinne wurde auch die Forderung Lasalles verstanden." Und der Vorwärts vom 4. Januar 2893 gesteht ganz offen: Die Socialdemokratie verstehe es, alle Waffen, die der Klassenstat bietet, namentlich das Wahlrecht, gegen den Klassenstat und zur Erkämpfung der socialistischen Gesellschaftsorganisation zu gebrauchen.

** Die Constitutionellen. S. 15.

heit, auch keine Ansprüche in ihnen zu erregen, die über ihre Lage hinaus giengen. Man hat dem Leibeigenen nicht eingeredet, er sei ein Statsbürger und ein Partikelchen von der souveränen Nation, sondern man hat ihm gesagt, daß er zum Dienen geboren, und die Kirche verhieß ihm die ewige Seligkeit dafür. Ein Drucksystem, aber doch Logik darin, und darum konnten die Feudalverfaßungen lange Zeit in Kraft bestehen. Jetzt wird von Freiheit und Gleichheit gesprochen, und in der Wirklichkeit kann man sie suchen, denn man mag an den Constitutionen flicken, so viel man will, den Census erhöhen oder erniedrigen, das Geheimnis dieser Statsform ist die Bourgeoisie-Herrschaft, also keineswegs die allgemeine Freiheit, sondern ein tatsächliches Privilegium." Und wenn Kießelbach in derselben Zeit** mit Bezug auf die Bestrebungen der französischen Socialisten meinte: „An sich freilich ist der Socialismus und Communismus ein Unsinn. In Zusammenhang gebracht mit den gesellschaftlichen Zuständen Frankreichs wird das System der neuen Weltbeglücker jedoch zu dem naturgemäßen geistigen Producte der vorhandenen Wirklichkeit. Sie übersetzten nur in ihre Theorieen, was sie tatsächlich vorfanden, eine Arbeiterbevölkerung, der die Sonderart des Eigentums abhanden gekommen war, und welcher nun folgerichtig auch schließlich die Eigenart des Individuums abhanden kommen mußte," — so liegt es klar zu Tage, daß sich ganz dasselbe vom neuen Deutschland sagen läßt.

Als dann das riesige Fabriksproletariat herangewachsen war und immer drohender mit seinen Forderungen den Unternehmern und der gesamten Bourgeoisie gegenüber trat — da zeigte sich die geistige Inferiorität dieser Kreiße in ihrem vollsten Glanze: mit dem reichsdeutschen Socialistengesetze, mit Büttel und Knüppel glaubte man nun der freventlich hervorgerufenen Bewegung Herr werden zu können. Und trotzdem daß der Schöpfer dieser Theorieen Gelegenheit gehabt hat, die Wirkungslosigkeit und Gefährlichkeit derselben zu erproben,* blieb er doch unentwegt bei ihr;

* Socialpolitisch. Studien. S. 337.

** Die Zahl der socialdemokratischen Stimmen stieg unter der Herrschaft des Socialistengesetzes (1881 bis 1890) von 311 961 auf 1 427 298.

Individualismus; des sogenannten Rationalismus, Subjectivismus und Kriticismus."*

Herkner entwickelt uns das Verhältnis zwischen Hegel und seinem Schüler Marx, zu dem übrigens der Junghegelianer Feuerbach hinüberleitet,** in folgenden klaren Sätzen:

„Für Hegel war der Denkproceß, den er, wie Marx erklärt, unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subject verwandelte, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei Marx und Engels wird das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopfe umgesetzte und übersetzte Materielle. Die stofflich, sinnlich wahrnehmbare Welt, zu der wir selbst gehören, gilt ihnen als das einzig Wirkliche, und unser Bewußtsein und Denken wird als das Erzeugnis eines stofflichen körperlichen Organes, des Gehirnes, aufgefaßt. Die Einwirkungen der Außenwelt auf den Menschen drücken sich in seinem Kopfe aus, spiegeln sich darin ab als Gefühle, Gedanken, Triebe, Willensbestimmungen, kurz, als „ideale Strömungen", und werden in dieser Gestalt zu „idealen Mächten". Der sociale Materialismus der communistischen Dioskuren leugnet also nicht das Vor-

* Die Marxisten können und wollen freilich nicht zugeben, daß sie auch auf den Schultern der Bourgeois-Philosophen stehen, und Marx selbst versichert in seinem Kapital: „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkproceß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts Anderes als das im Menschenkopfe umgesetzte und übersetzte Materielle." Wir wißen aber, daß dieß von Marx auf eine mangelhafte Erkenntnis oder vielleicht auch auf ein absichtliches Misverstehen der Lehre Hegels zurückzuführen ist: Marx hat in der Tat in seiner Art an einem bestimmten Beispiel — der menschlichen Wirtschaft — nur weiter ausgeführt, was Hegel dem Universum gegenüber ausspricht.

** Der Mensch ist, was er ißt, sagt Feuerbach und man wird uns zugeben, daß sich dieser Satz dem Sinn nach in Nichts unterscheidet von der von Sombart zugegebenen Quintessenz der Marxschen Anschauung, die da lautet: „Es ist die Menschheitsgeschichte entweder ein Kampf um den Futteranteil oder ein Kampf um den Futterplatz auf unsrer Erde."

handensein ideeller Triebkräfte. Aber sie nehmen die ideellen Triebkräfte nicht als letzte Ursachen hin, sondern untersuchen, was hinter ihnen steht, welches die Triebkräfte dieser Triebkräfte sind. Diese letzteren treibenden Ursachen glauben sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, der Productionsweise, zu finden und entwickeln die sogenannte materialistische Geschichtsauffaßung. Diese geht nach Engels von dem Satze aus, ‚daß die Production und nächst der Production der Austausch ihrer Producte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Producte und mit ihr die sociale Gliederung in Klassen und Stände sich danach richtet, was und wie produciert und wie das Producierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Productions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Woltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Productionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Productionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müßen. Die Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen zu entdecken.‘“*

So bestimmt und nachdrücklich wir unsererseits nun diese Auffaßung der Dinge und insbesondere diese Misachtung des selbständigen menschlichen Geistes ablehnen müßen, eben so bestimmt müßen wir andererseits diese Auffaßung als die natür-

* Vergl. Herkner, Die Arbeiterfrage. 2. Aufl. S. 288.

liche Folge von Ursachen bezeichnen, die im Schoße unserer heutigen Bourgeois-Herrlichkeit liegen. Man kann sagen: Die materialistische Weltanschauung war ebenso ein notwendiges Uebel wie der Socialismus selbst; ist es ihr doch in erster Reihe zu verdanken, daß an Stelle der Salbadereien eine ernste wißenschaftliche Beurteilung und Würdigung der socialen Angelegenheiten getreten sei: weil die materiellen Dinge mit Bezug auf die große Masse der arbeitenden Bevölkerung bisher in einer so sträflichen Weise vernachläßigt worden sind, darum verfielen eben die Anwälte dieser Arbeiter in das andere Extrem und stellten die ganze Entwickelung des Menschengeschlechtes auf einen rein materialistischen Boden. Und so weit giengen dieselben, daß sie nicht nur den Schwerpunkt, sondern das Ganze der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und statlichen Weiterentwickelung in das unter dem Schlachtruf der materiellen Interessen sich zusammen ballende Proletariat verlegten.

Sehr zutreffend urteilt die „Ethische Kultur" (Nr. 26, achter Jahrg.) über das hohle Gleißnerische und Verwirrende der durch die Marxistische Lehre unter weiten Schichten der handarbeitenden Bevölkerung gezüchteten Anschauung. „Es bringt ihm (dem Arbeiter) ein Gefühl von Gehobenheit und Siegesgewisheit, da mit zu gehen im Tacte der Arbeiterbataillone, im klingenden Spiel rythmischer Parteiprogramme. Kennte er das Leben, so würde er wißen, wie wenig diese lauten Dinge mit der großen Erneuerung zu tun haben, wie wenig Liebe von ihnen ausgeht, wie wenig tiefere Genoßenschaft. Wie überhaupt aus dem Willen zur Macht nie und nirgends Menschlichkeit geboren wird, und wie das Zusammenballen getretener und zurückgesetzter Menschen nur eine vorübergehende und scheinbare Solidarität hervorbringt, nur ein Zerrbild der großen Bejahung menschlicher Lebenseinheit mit allen Kräften des Gefühls und der Vernunft. Und wie das große Manko immer lauter übertäubt wird durch den Lärm der Parade und der Action, je mehr es einzelnen Beteiligten zum Bewußtsein kommt."

Marx hat, wie Sombart gleichfalls feststellt, „das Proletariat zum vollen Bewußtsein seiner selbst gebracht, daß es sich in seiner geschichtlichen Bedingtheit erkennen lernt". Und das ist, wenn wir

gerecht sein wollen, immerhin etwas, denn seitdem dürfen die herrschenden Kreiße doch nicht mehr über die Interessen, über die Forderungen und Drohungen der Arbeiterschaft hinweg gehen, als wären sie gar nicht da.

Freilich wird man andrerseits auch nicht leugnen können, daß die Marx'sche Theorie — sowie die materialistische Geschichtsauffaßung überhaupt — der socialistischen Bewegung alles Idealistische entzieht. Ist alles nur Mechanik und kommt alles schließlich doch von allein, kraft der in Bewegung gesetzten mechanischen Kräfte, so fällt jeglicher Antrieb zur Anspannung des menschlichen Geistes hinweg. Diejenigen aber, die doch noch in die Welt hinausschreien, die Socialisten wären die einzige Partei mit idealen Zielen, sind eben keine Idealisten mehr, sondern Phantasten oder richtiger Narren! Und ihre Narrheit wäre gewis auch schon lange der großen Masse des proletarischen Heerbannes offenkundig geworden, wenn nicht die heutige sogenannte bürgerliche — Gesellschaft oder richtiger: die herrschenden Kreiße in derselben — alles daran setzten, durch noch größere Dummheiten und heuchlerisches Gebahren die Wortführer des Socialismus fortwährend zu übertrumpfen. Nirgends aber nimmt diese Heuchelei eine so abstoßende Form an als auf dem Gebiete des religiösen Lebens, und nirgends wird darum auch dem jüdisch atheistischen Socialismus sein Wirken leichter gemacht als hier. Ist es doch eine ganz natürliche Sache, daß, je mehr die heutigen Parteien von Gott und dem Christentum reden und dasselbe als Schild vorhalten, hinter dem sie und ihr System geborgen sein sollen, um so mehr die Proletarier, gegen welche dieses ganze „göttlich und christliche System" sich kehrt, dasselbe als etwas ihm feindlich Gesinntes betrachten müßen und sich veranlaßt fühlen werden, dasselbe zu bekämpfen.

So falsch und verwerflich es nun aber auch ist, wenn die heute herrschenden Parteien ihr System als ein christliches, als das einzige mit den Forderungen des Christentums verträgliche hinstellen, so ist es doch nicht minder verkehrt und anmaßend, wenn die Socialisten verkünden, daß ihre Lehre dazu bestimmt sei, das Christentum zu ersetzen. — Der Socialismus ist in seinen Grundzügen ebenso einseitig wie der Liberalismus, von

herrscht die Zahlen- und Einteilungsverhältnisse, die vielen Pyramiden, die wie Opferflammen emporsteigen, die Kleeblätter, die Rosen und die anderen geheimnisreichen Blumen, die gebündelten Säulchen, wie Springquellen aus der Erdentiefe zum Lichte aufschießend, die Statuen, die in stillem verklärtem Ernste von ihrer siegreichen Höhe auf die leidende, streitende Menschheit herab schauen, die Farbenglut, welche wie das Licht einer höheren Sonne mit dem mystischen Dunkel der verschlungenen Hallen kämpft. Alles wirkt zusammen, um die Gläubigen der Macht der Sinnenwelt zu entheben und ihre Seelen mit Ewigkeitsluft zu erfrischen, sie auf den Weg des Lebens zu leiten, der überwärts geht, zu meiden die Hölle unterwärts."

An dieser großen Kunst, deren Wunderbäume, durch die Jahrhunderte wachsend, bei allem Reichtum und aller Mannigfaltigkeit der Bildung stets einem und demselben Gesetze gehorchen, mißt R. die heutige Kunst, deckt ihr ganzes Elend auf und bezeichnet die Heilmittel. „Der echt künstlerische Ausdruck ist fast so tief wie möglich gesunken. An seine Stelle haben Schul- und Bücherweisheit, akademische Bildung, Nachahmung der Antike, Abfall von der angestammten nationalen Kunstweise Leerheit gesetzt, Monotonie, Formenarmut, geistlose Routine, Schwerfälligkeit, Gradlinigkeit und Abgedroschenheit."

Zu den Heilmitteln rechnet R. das nur theoretische Interesse für Denkmäler der Vergangenheit nicht. „Es kann dem bodenlosen Jammer, worin namentlich das deutsche Bauwesen, unter dem Gesichtspunkte der Kunst betrachtet, steckt, eben so wenig abhelfen als alle Phrasen, welche man in Vers und Prosa täglich statt der Obolen zu Gunsten der Proletarier erklingen läßt, jemals dem Pauperismus ein Ende machen werden. Wenn das Wort nicht die entsprechende Tat im Gefolge hat, so beweist es nichts als unsere Ohnmacht und dient nur dazu, unsere Schmach zu vergrößern, indem es zeigt, wie weit der Wille hinter der Tat zurück bleibt. Es gibt gelehrte Gesellschaften, die einen förmlichen Raubbau auf Kunstschätze des Altertums betreiben, indem sie Gräber, Monumente usw. devastieren und plündern, um ihre Sammlungen zu bereichern, oder auch wol nur, um das Material zu einer gelehrten Abhandlung oder einer genußreichen

einen Anspruch erheben darf. Um zur Realisierung ihrer communistischen Pläne zu gelangen, geht die verzweifelte Propaganda des socialistischen Radicalismus darauf aus, alles dieß über den Haufen zu werfen."

(Fortsetzung folgt.)

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

III.

Der „Kunstwühler".

(Fortsetzung.)

In der gothischen Baukunst hat die Kunst ihren göttlichen Beruf in erhebendster Weise erfüllt. „Die Schöpfungen derselben sind in ihren Massen anzusehen, als ob sie von Riesen getürmt seien, im Detail als hätte ein Volk kunstreicher Zwerge sie ausgeführt. Sind doch ihre Kirchen durchweht von dem Hauche eines höheren Lebens, das die Erde nur als einen vorübergehenden Durchgangsort betrachtet und fortwährend die Flügel regt, um sich wieder in seine wahre Heimat zu erheben. Freies ungehemmtes Aufstreben in pyramidalischer Gestalt, auf der Grundform des Kreuzes, eine großartige, im Inneren abgeschloßene Perspective von magischer Wirkung, möglichste Auflösung und Verflüchtigung der Massen, das sind die characteristischen Merkmale dieser neuen Weise. In ihr hat der deutsche Geist, genährt durch die tiefsinnige Mystik des römisch-katholischen Glaubens, gekräftigt durch all die Stürme, die von Norden und Süden über ihn dahin gebraust waren, sein innerstes Leben sinnbildlich zu offenbaren sich gedrungen gefühlt. Aber jener Typus gibt sich nicht allein in den großen Verhältnissen der hohen Hallen kund, die sich nach dem Hochaltar hinziehen, der gewaltigen Pfeiler, die sich an einander reihen, um sich in das in steter Bewegung auf- und abschwebende Gewölbe zu verlieren. Auch in jedem Einzelteile, in jedem ornamentalen Beiwerke, waltet dasselbe erhabene Streben. Es be-

Tempel sollen die von unseren Vorfahren aufgetürmten Kathedralen dem angehenden Architekten als Richtschnur und Zielpunkt vorgehalten und in den Akademien ebenso viele Stunden der christlichen Kunst gewidmet werden als der vorchristlichen. Unsere Architekten sollen so bauen lernen, wie die mittelalterlichen Meister gebaut haben würden, wenn sie unseren Verhältnissen und Bedürfnissen gegenüber gestanden hätten. Die Griechen sollen wir in der Art nachahmen, daß uns die christliche Kunst wieder wird was ihnen die heidnische war."

So energisch und klar auch R. das gute Recht der mittelalterlichen Kunst geltend macht, ist er doch so weit davon entfernt, sie und ihre Zeit zu vergöttern wie H. Leo, dem das welthistorische wie das deutsche Mittelalter die vielseitigste, reichste, geschichtliche Zeit ist, „deren kirchliche und politische Verhältnisse, Neigungen, Sitten und Gewohnheiten auch unsere Gegenwart noch so beeinflußen, daß es hieße, der eigenen Mutter ins Gesicht schlagen, alle Fäden zerreißen, mit denen wir an ihr naturgemäß hängen, wenn wir an dem Herrlichen und Erhebenden achtlos vorüber gehen wollten, um Kloaken aufzusuchen und zu durchwühlen. Also es gelte nicht erstorbene Verhältnisse des Mittelalters als Ideale der Jetztzeit zu betrachten und sie den unseren aufzupfropfen, sondern die wesentlichen, bleibenden, guten Gedanken zu bewahren und zu gestalten, dem Leben und den Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen."

Nur dieß hat auch R. gefordert. Natürlich hatte er die gute Sache seines Domes gegen solche zu vertreten, die in der von Leo gerügten Roheit ihre Ehre suchten. Heine kreischte: „Das Leben der alten Dombauer sei nutzlos und dumm gewesen, gescheite Leute hätten anderes zu tuen als Dome zu vollenden." Ward es denn etwa den Juden und der Börsenintelligenz zugemutet? Heines Papageien übertrumpften ihn noch: „Der Dom sei ein Denkmal deutscher Schande! Liege doch in ihm eine ganze Geschichte aufgedrungener und aufgeschwatzter socialer Zustände. Die Millionen, die dieses sogenannte Gotteshaus, das nichts als ein Priesterpalast sei, verschlinge, seien beßer auf Menschenwohnungen verwendet. Ob ein solcher gothischer Bau in seiner kolossalen Kleinlichkeit, mit seinen Fratzen, etwa ein Kunst-

werk sei? Es verrate stupide Geduld; Geist, Genius, Gemüt sei nicht darin, so viel man auch davon faseln möge, ja nicht einmal Verstand. Ein solcher gothischer Bau entspreche weder einer denkbaren Vorstellung von Schönheit noch einem vernünftigen Zweck. Nationalunglück, Nationaltorheit, Nationalschande, das würden die Folgen der Vollendung sein, so heillos, daß sie jeden, der sie sich vergegenwärtige, zum Aeußersten treiben könnten." Bretschneider, der als Konsistorialpräsident und Generalsuperintendent Gotha mit einem der schlechtesten Gesangbücher beschenkt hat, geeignet für eine Schweizer Kirche, die aus vier Wänden und Dach, Stuhl, Tisch, Bänken und Ofen besteht, machte seinem Aerger in der Allgemeinen Kirchenzeitung Luft: „Die einzige Beziehung zwischen dem Dombau und Deutschland bestehe darin, daß in ganz Deutschland dafür gebettelt werde. Und Köln? Was sei daran Glanzvolles? An seinen Namen knüpfe sich keine große Erinnerung, nur die an die Gründung durch die Römer. Und der Baustil? Nichts Deutschland Eigentümliches sei daran. Auch Frankreich, Holland, England hätten gothisch gebaut." Schade, daß Bretschneider seiner Thersitesrede nicht das Bauprogramm beifügte, wodurch ein rationalistischer Pfaffe Ungewitter erheiterte. Die Wünsche, die dieser große Gothiker in der projectierten Kirche realisieren sollte, sind wirklich in allem ernst zu nehmen. „Es soll, schreibt Se. Hochwürden, nicht bloß ein Altar, sondern auch jede Andeutung, daß an einen solchen gedacht werde, vermieden werden. Hinsichtlich des Stiles haben wir den klassischen, griechischen gewählt, als am bestimmtesten dem Geiste unserer Kirche entsprechend. Unser Geist ist liberal, frei, hell, klar, der äußersten Linken der Reformation angehörend. Der dorische dünkte mich am meisten geeignet, wenn nicht der jonische gefälliger wäre; die dorischen Pilaster werden sich etwas schwer machen. Sorgen Sie, bitte, für recht viel Tag und laßen Sie die Kirche einen recht freien, heitern, frohen Eindruck machen; sie soll mehr Hörsaal als Bethaus sein." Die Speisekarte, nach der in diesem freien, frohen, heitern Hörsaal serviert wird, hat der Wandsbecker Bote geschrieben. Er läßt einen modernen Pfarrer sagen: „Ich habe mich ganz in Moral und Menschenglück hineingeworfen, bleibe aber in abstracto und faße

alles à jour, doch bald so, bald so und immer anders, damit die feste Form nicht nach und nach Ahnenrechte erwerbe und sich die Vernunft selbst nicht zu Aberglauben verhärte. Ich sehe davon die ersprießlichsten Folgen. Das Bewußtsein und der edle Trotz auf die schönste Gabe des Himmels lebt und webt in meiner Gemeinde. Der gemeinste Kerl fordert hier Gründe, lacht über Glauben und Vertrauen und will sehen. Von den leeren Ceremonien sage ich nichts. Ich mache keine mehr; ich mache fast nichts mehr." Das Kirchenproject samt dazu gehörigem Pastor dürfte sich heute allen Gemeinden des Protestantenvereins und der Unionskirchen, sowie den Clubs empfehlen, die der skandalöse, abscheuliche Schönererschwindel los von Rom und zu verlogenen Namenprotestanten gemacht hat.

Wie nötig wäre diesem Gelichter heute ein Görres, der damals den Domschändern das Quos ego zurief: „Schon hören wir um die alten Türme sich ein großes Geschwirr erheben: die Turmheher, die Mauern umkreißend auf und nieder, tuen, als seien sie am Bau sehr geschäftig. Auch Krähen und Dohlen vollführen großen Lärm. Die Käuze, die das Oel in den Kirchen aus den Lampen saufen, und die Fledermäuse, die das viele Treppensteigen und der Tumult der Leute aufgestört, flattern tageblind und unsicher umher und murren ihr altes Lied von den Finsternissen des Mittelalters, die ihr renovieren wollte. Das ist so die Art der leichten Luftbewohner. Tut nicht in ihrer Weise. Es wird alles spurlos verschwinden, wie auch die officielle Geschäftigkeit in der Tiefe verrinnen wird. Ihr alle werdet dann, ist der Saus und Braus vorüber, ungestört bei der Arbeit bleiben, und sorgt nur jetzt und immer, daß alles, was ihr tut, wolgetan ausfalle. Erinnert euch immerdar, daß ihr ein Haus Gottes erbauen sollt; vor Gott aber will freilich das Beste, was Menschen vermögen, gar nicht viel bedeuten."

Eine andere Klasse von Opponenten fertigte R. ab. „Anfangs machte der Gedanke, nicht bloß den Verfall des Domes aufzuhalten, sondern fortzubauen, Glück. Die Verfechter des Eklekticismus und der Geschmacksmengerei hießen auch dieses Element willkommen, indem sie hofften, es für ihre Zwecke verarbeiten und ausbeuten zu können. Aber bald zeigte sich, daß

dieſer Dom ein viel zu ſelbſtändiges Leben in ſich trage, um ſolchem Amalgamationsproceſs ſich zu fügen. Als dann gar allerwärts die alten Stämme und Wurzelſtöcke friſche, kräftige, gedeihende Zweige trieben, wandten gar viele der eifrigſten Förderer der Gothik ihr den Rücken und warnten aufs Eindringlichſte vor allen Wiederbelebungsverſuchen, die am Ende doch nur zu ſchlechthin mit dem Geiſte des 19. Jahrhunderts unverträglichen Ergebniſſen führen könnten. Insbeſondere die Praktiker, hoch und niedrig, ſteckten gar zu tief in den Gleiſen des Afterklaſſicismus, um in die neue Bahn füglich einlenken zu können. Ihr ganzes Wißen und Vermögen ſtand in Gefahr, außer Kurs geſetzt zu werden, und ſo machten ſie denn vor allem Chorus mit den Starkgeiſtern, die, den Katholicismus nur aus Romanen und von der Oper her kennend, ſchon alle Schrecken der mittelalterlichen Hierarchie gegen die moderne Aufklärung im Anzuge ſahen. In allen Stilen möge man bauen, nur nicht im gothiſchen, der habe ſich ausgelebt für immer und könne höchſtens nur noch ein geſpenſtiſches Daſein friſten. Selbſt die Cylinderhüte und Fracks wurden zu Hülfe gerufen, um darzutuen, daß die ſpitzbogigen Arkaden, Fialen, Wimperge und Waßerſpeier die ſchreiendſten Anachronismen ſeien, indem man als ſelbſtverſtändlich vorausſetzte, daß unſere Kirchen und Rathäuſer vor allem ſich vor den jedesmaligen Modejournalen zu beugen hätten." Goethe's Wort: „Kunſt und Poeſie ſind nur ſo lange productiv, als ſie religiös ſind" ward ebenſo überhört wie das andere: „Die chriſtliche Richtung iſt doch ſo ſchlimm nicht, denn ihr hat man Dante, Shakeſpeare und Calderon zu verdanken".

Es verſteht ſich von ſelbſt, daß ein Mann von ſo feinem, tiefem, künſtleriſchem Senſorium wie R. es empfand, wie der echte und rein griechiſche Bauſtil mit ſeinen geraden Linien und maſſiven, ununterbrochenen Flächen durch das wahrhaft Schöne die Seele beruhigt und mit Natur und Menſchheit relativ verſöhnt. Daß dieſe Kunſt ſo wenig wie die Religion der Griechen über beide zu erheben vermöge, war ihm keine Frage. Er beklagte, daß die Renaiſſance taub werde für das Wort des Täufers, das auch auf das Verhältnis der antiken und chriſtlichen Baukunſt Anwendung leidet: Der von oben kommt iſt über alle, wer von

der Erde ist, der ist von der Erde und redet von der Erde. Verlaßen vom christlichen Geiste, erkannte sie nicht mehr, wie er den antiken an Innerlichkeit und Tiefe überrage, und sah in den klassischen Werken der Griechen und Römer das allein, allgemein und immer Gültige. R. dachte nicht daran zu leugnen, daß sie sich die antiken Formen originell und großartig dienstbar zu machen gewußt und Werke von wahrhaft bewundernswerter Größe, Fülle und Schönheit geschaffen. Selbst die Kirchen Brunelleschi's, Bramante's, Michelangelo's, Palladio's imponieren durch den altrömischen Luxus des Materials, die ungeheuren Dimensionen, die kühnen Combinationen, obwol das Eine was not ist mangelt. Hier hatte aber auch seine Anerkennung ihre Grenze an seiner deutschen und christlichen Gesinnung. Für die romanischen Völkerschaften liege zum Kult der Renaissance ein plausibler Grund vor. Wie ein von seiner Nationalität nicht gänzlich abgefallener Deutscher ihm sich ergeben könne, schien ihm unbegreiflich. „Datiert doch der Cäsarismus, der fast alle germanischen Ordnungen aus den Angeln gehoben hat, das falsche Gottesgnadentum mit seinem car tel est notre plaisir, die Statsomnipotenz mit ihrem Gefolge, dem Bureaukratentum und der Polizeiherrschaft, aus jener Zeit, die in Macchiavell ihren prägnantesten Ausdruck findet. Nicht bloß unsere vaterländische Kunst, sondern auch unsere Sprache, unsere Sitte, unser Recht mußten nach und nach den über Frankreich zu uns herüber kommenden Renaissance-Einflüßen erliegen. Selbst das Verständnis für das altgermanische Wesen und die in demselben wurzelnde politische Freiheit gieng verloren. Fast in allem und jedem wurden wir endlich die Affen der Franzosen. Daß England sich verhältnismäßig so gesund erhalten hat, rührt zumeist daher, daß die frische Seeluft den Miasmen der Renaissance dort größeren Widerstand leistete, wie denn überhaupt der Sachsenstamm seiner Natur nach jenem Wälschtum am antipathischesten ist. Als es in die ausgefahrenen Gleise des abgelebten Heidentums einlenkte, meinte es, die heidnische Kunst könne mit der christlichen Hand in Hand gehen, übersah aber, daß ihren Bildungen mit einander unverträgliche Grundanschauungen unterliegen. Als Wiedergeburt hielt die Mischgattung ihren Umzug durch die christliche Welt,

die, so weit sie am alten Erbgut zehrte, den Abfall nicht merkte. Wenn längst die Sonne schon gesunken ist, wirkt ihr Licht und ihre Wärme in der Atmosphäre noch eine geraume Zeit fort. Kunst und Handwerk giengen verschiedene Wege, auf welchen erstere allmählich verdunstete, letzteres versumpfte. Fürstenhöfe, Adel, Gelehrte, huldigten dem klassischen Mischmasch; das Volk verlor die geistige Führung und sah ruhig zu, wie alles Angeerbte, Verfaßung, Freiheit, Recht, Sitte, Litteratur, Kunst Stück für Stück durch diese moderne Bildung hingeopfert wurde und die Caricaturen des Heidentums sich an die Stelle der herrlichsten Bildungen der eigenen Vergangenheit selbst bis ins Heiligtum eindrängten." Von der modernen Renaissance urteilt R., sie verhalte sich zur alten wie Gußeisen und Zink zu Gold und Silber, und stimmte den Worten Schlegels zu: „Das Schlimmste bei der Nachahmung des Ausländischen in der Kunst ist, daß sie gemeiniglich erst dann eingreift, wenn die Kunst in dem nachgeahmten Lande schon längst von der erreichten Vortrefflichkeit abgewichen und entartet ist, wie auch die jetzige Zeit so manches, dem Namen nach freilich Griechische, der späteren, schon entarteten Zeit ängstlich nachbildet, was die wahren, alten Griechen selbst verwerfen und verachten würden. Daher bleibt es das Gefährlichste aller Experimente auch in der Kunst, fremde Weisen nachzuahmen. Das Eigene wird gewis verloren, und das Fremde, wonach man strebt, wird nie erreicht."

R. würde mit der Kunst der Renaissance säuberlicher verfahren sein, hätte sie sich ihn nicht zum Todfeinde gemacht durch ihr Verdict über die Gothik. Vasari tat sie als barbarisch definitiv in den Bann, nachdem sie vorher von Malern und Architekten, die ihr nicht Schritt zu halten vermochten, als deutsche Kunst nach Möglichkeit discreditiert und auf ihrem Siegeszuge durch Italien gehemmt worden war. Und dieses Urteil wurde in Deutschland zum Orakel durch Joachim von Sandvarts „Deutsche Akademie der Bau-, Bildhauer- und Malerkunst 1675 bis 79." Nachdem er Vitruv's classische Ordnungen besprochen, fährt er fort: „Noch ist eine, und die sechste, Gothica genennet, welche von den Alten nach Verlust der Baukunst an Geschicklichkeit und Verstand sehr abgewichen, weil sie keine richtige Ord-

nung, Proportion und Maß beobachtet und ebensobald unter das Haupttor, auf welchem die gröste Last liegt, kleine, schmale Säulen, hingegen in einen Lustgarten, zu geringen Portalien, centnerschwere Maßstücke setzet. Ja, sie behänget die Säulen mit Weinreben und Weinblättern bald so dick und häufig, als ob ein ganzes Weingebirg darauf gebaut wäre, bald aber so zart, subtil und wenig, als wenn es kleine, ausgeschnittene Kartenblättlein wären. In diesem Irrgarten haben auch unsere alten Teutschen lang und viel gewaltet, und solches für eine Zier gehalten, wie denn fast alle alte Gebäude, auch die fürnehmste, mit dergleichen Unordnung erfüllt sind. Diese Unform haben die Gothen nach Italien gebracht. Denn nachdem sie Rom verbrannt und zerstört und fast alle römischen Künstler in selbigen Kriegszeiten umgekommen, haben sie nachgehends diese schnöde Art zu bauen eingeführt, womit sie sich durch ganz Wälschland mehr denn tausend Millionen Flüche auf den Hals gebürdet und gezogen." Noch nicht genug. Volkmann, der Herausgeber der zweiten Ausgabe des Werkes, schilt über die schnöde Art, deren Denkmäler die Türme von Wien und Straßburg und so viele Kathedralen seien, noch ärger. Man bewundere die Festigkeit der Gebäude, Fleiß und Geduld in der Ausführung. „Allein man sehe doch dem Ganzen etwas Gezwungenes und Aengstliches an. Die Zierraten sind nicht am rechten Orte angebracht." — Das war Kunstweisheit. Man muß an den Ausspruch Napoleons I. denken: Die Deutschen haben etwas Dummes. Freilich, auch ein so hochgebildeter französischer Geist wie Fenelon stimmt mit Sandwart überein. Beide waren von Gebilden des Barockstils umgeben. „Alle Flächen werden mit bunten willkürlichen Ornamenten, mit Muscheln, Laubgewinden, Blumenguirlanden, Fruchtschnüren überfüllt. Vorweltliche Tiere, indische Götter, Sphinxe müßen zur Decoration herbei. Jede Linie gestaltet sich auf's Capriciöseste in einem beständigen, kokettierenden Vibrieren, Sich-kräuseln, Verschlingen und Umbiegen; jede Schwingung scheint sich die Aufgabe gestellt zu haben, immer den Weg zu nehmen, den der vernünftige Sinn am wenigsten erwartet hat." Der Schwan von Cambray hätte es so wenig wie der Adler von Meaux (Bossuet) barock gefunden, daß an der marmornen Pestsäule auf dem Graben in Wien der

Kaiser Leopold I. betend kniet, den von Julius Cäsar datierenden Lorbeerkranz auf der großen Allongeperücke. Der Barockstil, diese verwilderte Renaissance, verdrängte die harte Strenge der Antike durch geschmeidige effectvolle, moderne Formen, oft mit pomphafter Prahlerei, Spielwerk, gehalt- und sinnloser Anordnung bis zur Narrheit sitzender Säulen. Seine Entartung, der Rokoko-Perücken-Zopfstil, mutet an wie versteinerte Fieberphantasien. Da mußte die arme Gothik mit ihrem Spitzbogen, ihrem Klee- und Rosenblatt zum verspotteten Aschenbrödel werden.

Auch mit ihren Freunden hatte R. freundschaftliche Debatten. Sie läßt sich, sagt er, nicht nebenher treiben, sondern fordert den ganzen Mann und ein ganzes Leben. Wie sie dann die Treue lohnt, das hat er erfahren. Der Dom blieb sein Lehrmeister. Jeden Stein kannte er und wünschte, daß das Gotteshaus wie in den alten, so auch in den neuen Teilen vor dem Urteil der wirklichen Kenner tadellos, daß es vor unserer Gegenwart und vor der Nachwelt in jeder Beziehung als ein Musterbau dastehe. Deshalb heischte er unerbittlichen Gehorsam gegen den ersten Paragraphen des Dombauvereins-Statuts, der stricte Befolgung des ursprünglichen Planes vorschrieb. Deshalb kämpfte er tapfer gegen Aenderungen, die eine flagrante Verletzung desselben waren. Freilich gibt es keinen von allen Baumeistern als unantastbare Norm befolgten Originalplan. 1814 kam in Darmstadt auf dem Speicher des Gasthofes zur Traube ein Pergament zu Tage, das den Aufriß des südlichen Turmes enthielt. Es war über einen alten Koffer genagelt (!!!) und prangt jetzt, in prächtigem Eichenholzrahmen, in einer Chorkapelle des Domes. In Paris fand man den Riß des nördlichen Turmes, den Grundriß des Erdgeschoßes und des ersten Stockwerks eines Turmes, in Ulm den Aufriß eines Strebewandsystems, in Wien den Grundriß zur gesamten Turmanlage. Aus diesen Urkunden construierte R. den Originalplan. „Die einzelnen Teile, fand er, stehen mit dem Ganzen in einem organischen Zusammenhange und sind nur verjüngte Bilder der ersten Idee, die der Baumeister in Andacht und Begeisterung empfangen haben muß. Sie gründen sich alle auf rein geometrische Figuren, Rechteck, Dreieck, Vieleck, Bogen, Kreuz. Diese Figuren sind

nicht tote Linien. Jede hat ihre Seele mit ihrem besondern Ausdruck, welche der Künstler gleichsam aus ihren Banden entläßt und zu einer großen Harmonie verknüpft. Er arbeitet mit Steinen wie der Orgelspieler mit Tönen und fügt Stäbe und Gewölbe kunstreich zusammen, wie jener die Melodien, um ihnen als dienstbaren Geistern zum Lobe Gottes die Zunge zu lösen." So gewis war R. seiner Sache, daß er die Verstöße, die der Dombaumeister Ahlert gegen den ursprünglichen Plan machte, öffentlich nachweisen und um Gotteswillen bitten konnte, sich streng daran zu halten. Den Dom von Amiens hatte er genau studiert und die Ueberzeugung gewonnen, diese Kathedrale, deren Hauptschiff 1248 gewölbt wurde, als einer der größten Erzbischöfe Kölns Konrad von Hochstaden den Grundstein zum Dome legte, sei nach dem ursprünglichen Plane und der ersten Anlage eine bewußte und unmittelbare Nachbildung der Kathedrale von Amiens. Sulpiz Boisserée wandte ein, Türme und Vorhalle seien ursprünglich mit dem ganzen Gebäude zusammen erdacht und erfunden. Unmöglich sei die stückweise Entstehung des Planes zum Dome. Wie eine gerüstete Minerva sei er aus dem Haupte eines Meisters hervorgegangen. In einigen Artikeln des Domblattes begründete R. seine Ansicht. Daß er Recht hatte, steht heute allgemein fest. „So verstand es dieser Dombaumeister mit der Feder bei seinem Kunststudium in der Verschiedenheit der Erscheinungen das treibende und verknüpfende, einheitliche Gesetz zu finden, den Begebnissen und Erscheinungen die Geheimnisse abzulauschen, die sie in sich tragen."

(Schluß des 3. Artikels folgt.)

Redaction, Druck und Verlag: W. Hopf Melsungen (Kurhessen.)

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 60. Juni 1901. 10. Jahrgang.

Eine Störung der russisch-österreichischen „Solidarität"?

Die Verhandlungen der dießjährigen österreichisch-ungarischen Delegationen haben weit weniger Bemerkenswertes geboten wie die der letzten Jahre. Beachtung aber verdienen sie gleichwol schon deshalb, weil diese Körperschaften sich neben den Budget- und Wehrangelegenheiten ganz eigens mit der auswärtigen Politik des österreichisch-ungarischen Reiches zu befaßen haben, d. h. mit einem Gegenstande, der in den Parlamenten der übrigen Großstaten nur bei besonderen Gelegenheiten und dann meist nach einem mit der betreffenden Regierung vorher verabredeten Schema behandelt zu werden pflegt. Deshalb laßen die Erörterungen, welche dieses Thema in den Delegationen ex professo erfährt, trotz aller Zurückhaltung und dem auch hier vorhandenen Bestreben, die Zirkel der Regierung nicht durch unliebsame Indiscretionen zu stören, doch nicht nur auf die österreichisch-ungarische Außenpolitik, sondern auch auf das Verhältnis zu den Nachbarreichen fast immer gewisse Streiflichter fallen, die zur Orientierung über die gesamte Weltlage von Wert sind.

Schon in der Ansprache des Kaisers, welche die Delegationsverhandlungen am 21. Mai einleitete, fiel es auf, daß die auswärtigen Beziehungen des habsburgischen Reiches in dem wortkargen Satze erledigt wurden: „Mit besonderer Befriedigung kann ich auch dießmal auf unser unverändert herzliches Verhältnis zu den mit uns alliierten Reichen sowie auf unsere vertrauensvollen und durchwegs freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten hinweisen und aus dieser erfreulichen politischen Lage die berechtigte Hoffnung auf die weitere Erhaltung des Friedens ableiten." Diese Worte des Kaisers sind dann noch

auffallender geworden durch die Erläuterungen, welche ihnen der gemeinsame Außenminister Graf Goluchowski in dem am 22. Mai vorgetragenen „Exposé“ und seinen sonstigen Ausführungen über die auswärtige Lage zu Teil werden ließ. Hier unterschied der Minister ausdrücklich zwischen dem „engen Anschluß an unsere Verbündeten“ einerseits und der „parallell laufenden Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor allem zu dem benachbarten russischen Reiche“ andererseits, mit welchem letzteren, wie er in den Verhandlungen beider Delegationen vom 22. und 24. Mai wiederholt versicherte, „kein formeller Vertrag und Bündnis“, „kein Vertrag, keine Convention“ bestehe. Demnach sind in dem oben angeführten Satze des Kaisers unter den „alliierten Mächten“, zu denen das „unverändert herzliche Verhältnis“ fortdauert, nur die Dreibundsmächte zu verstehen, während das Verhältnis zu Rußland nicht mehr besonders erwähnt, sondern mit den „vertrauensvollen und durchwegs freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten“ zusammen geworfen wird. Das ist ein sehr empfindlicher Gegensatz zu früheren kaiserlichen Eröffnungsansprachen, welche seit der im Jahre 1897 zu St. Petersburg proclamierten österreichisch-russischen „Solidarität“ sich geflißentlich bemüht gezeigt hatten, die guten Beziehungen zu den Dreibundsmächten und Rußland als gleichwertige Directiven der österreichisch-ungarischen Reichspolitik erscheinen zu laßen.

Der durch die Ausdrucksweise des Kaisers geweckte Verdacht, daß die Beziehungen zu Rußland in letzter Zeit Schaden gelitten hätten, ist dann durch den Grafen Goluchowki wenigstens indirect bestätigt worden. So sehr sich dieser Minister gewohnheitsmäßig bemühte, durch üppige rhetorische Wattierungen die stets besetzene Dünnleibigkeit und jährlich zunehmende Abmagerung seiner statsmännischen Gedanken zu verhüllen, — einen neuen positiven Inhalt ließ sein dießmaliges Exposé doch erkennen, und das war die fröstelnde Kühle gegen Rußland.

Sie trat zunächst in den sehr verständlichen, darum aber noch keineswegs verständigen Drohungen hervor, in denen sich der Graf gegen Bulgarien und Serbien ergehen zu sollen glaubte, und in denen er die offenbar gesuchte Gelegenheit fand, „das

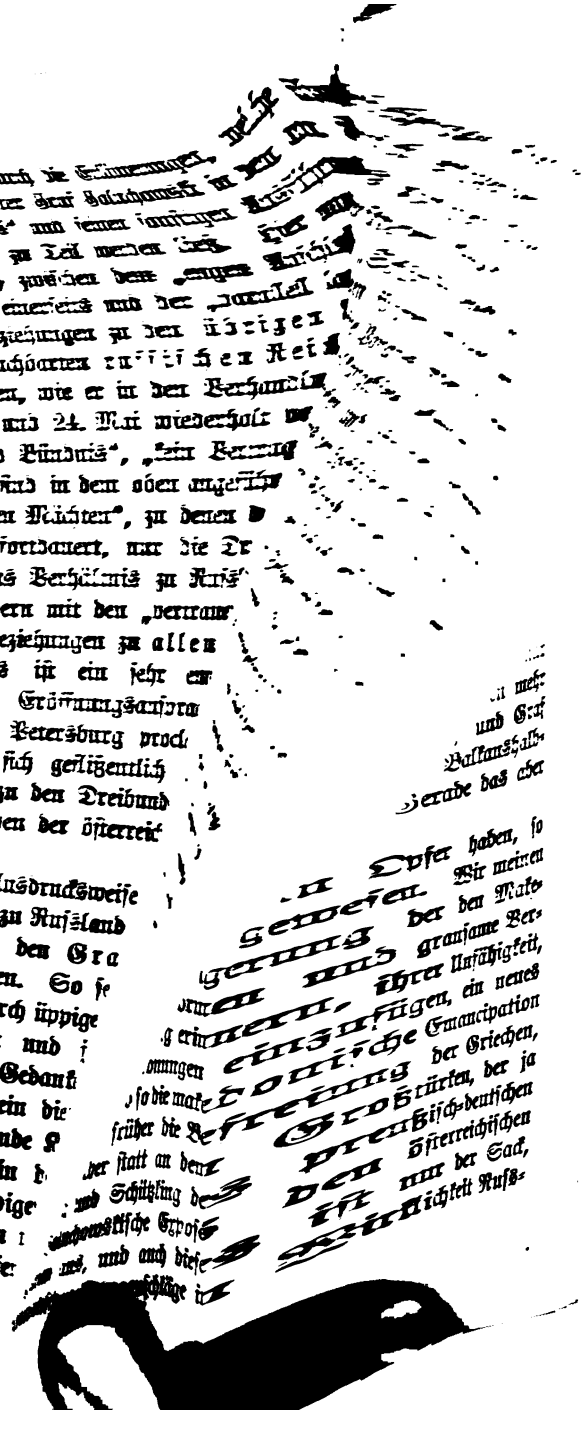
glücklich bestehende Einvernehmen zwischen uns und Rußland" als problematisch erscheinen zu laßen, da es gegen den „in jenem Wetterwinkel des nächsten Orients angehäuften Zündstoff" „nicht immer wirksam auftreten könne." Ja der Minister bezeichnete es geradezu als eine „Schönfärberei" und „Vogel-Strauß-Politik", die zu Enttäuschungen führen müßte", wenn man „dieses enge Zusammengehen als eine Panacee wider alle Ueberraschungen hinstelle, an denen die Balkangebiete bekanntlich so reich zu sein pflegen." Schon aus diesen und ähnlichen Wendungen Goluchowskis, mehr aber noch aus den hochfahrenden Einschüchterungsversuchen, die er nach Sofia und Belgrad richtete, läßt sich unschwer entnehmen, daß man in Wien höchlich verstimmt ist über die jetzt in Bulgarien sowol wie in Serbien wieder zu vollem Durchbruche gekommene russische Strömung. In beiden Ländern sind die Tage Stambulows und Milans unwiederbringlich dahin, und wenn man sich in Wien einbilden konnte, die Epigonen dieser gewißenlosen und verkommenen Abenteurer zu dauernder Etablierung des österreichischen Einflußes auf beide Länder im ausgesprochenen Gegensatze zu dem russischen ausnutzen zu können, so verriet das, ganz abgesehen von den dazu verwendeten fragwürdigen Mitteln, eine Unkenntnis der Verhältnisse, die nur noch durch die geradezu staunenswerte Ungeschicklichkeit aller beteiligten österreichischen Statsmänner — von dem Zigeunerbaron Andrassy bis herab auf den Polen Goluchowski — übertroffen wurde.

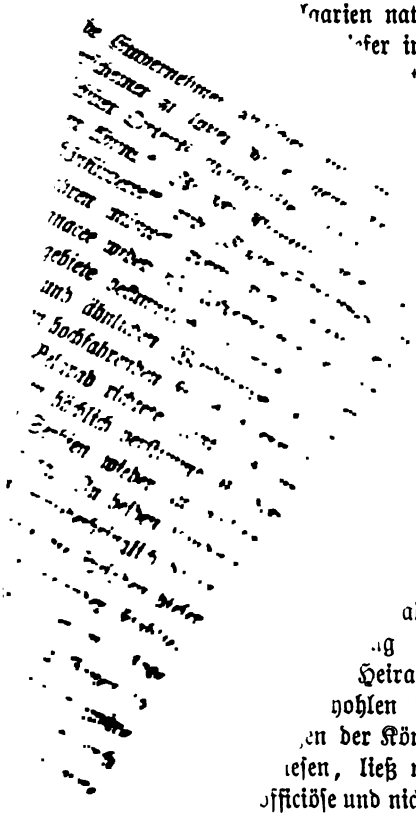
Die im Jahre 1897 mit nächster Beziehung auf die orientalischen Verhältnisse zu Stande gekommene russisch-österreichische Solidarität war endlich einmal ein Lichtblick in diesen dunkeln Irrgängen der Wiener Politik, und die einzige Leistung, die dem Grafen Goluchowski bisher gutgeschrieben werden kann, besteht darin, daß wenigstens sein Name bei diesem Abkommen eine Rolle spielte. Dasselbe allein hat bisher die Ruhe auf dem Balkan verbürgt und dort für Oesterreich-Ungarn eine Stütze geschaffen, die sich bei einigem Geschick und gutem Willen zu einer starken Rückendeckung des Reiches für seine gesamte auswärtige Politik hätte entwickeln laßen. Allem Anscheine nach empfindet man aber im Wiener auswärtigen Amte schon seit einiger Zeit über den ungewöhnlichen Weisheits-Anfall von 1897 bittere Reue, und wenn die

auffallender geworden durch die Erläuterungen, welche [illegible]
gemeinsame Außenminister Graf Goluchowski in den [illegible]
vorgetragenen „Exposé“ und seinen sonstigen [illegible]
die auswärtige Lage zu Teil werden ließ. [illegible]
Minister ausdrücklich zwischen dem „engen [illegible]
Verbündeten“ einerseits und der „parallel [illegible]
vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen [illegible]
allem zu dem benachbarten russischen Rei[illegible]
mit welchem letzteren, wie er in den Verhandlu[illegible]
gationen vom 22. und 24. Mai wiederholt [illegible]
meller Vertrag und Bündnis“, „kein Vertrag [illegible]
bestehe. Demnach sind in dem oben angeführ[illegible]
unter den „alliierten Mächten“, zu denen [illegible]
liche Verhältnis“ fortdauert, nur die Dr[illegible]
stehen, während das Verhältnis zu Russ[illegible]
ders erwähnt, sondern mit den „vertrau[illegible]
freundschaftlichen Beziehungen zu allen [illegible]
worfen wird. Das ist ein sehr en[illegible]
früheren kaiserlichen Eröffnungsanspra[illegible] mehr
Jahre 1897 zu St. Petersburg proc[illegible] und Graf
schen „Solidarität“ sich geflißentlich [illegible] Balkanshalb-
guten Beziehungen zu den Dreibund[illegible] Gerade das aber
gleichwertige Directiven der österreic[illegible]
erscheinen zu laßen.

Der durch die Ausdrucksweise [illegible] Opfer haben, so
daß die Beziehungen zu Russland [illegible] gewesen. Wir meinen
hätten, ist dann durch den Gra[illegible] gerung der den Make-
indirect bestätigt worden. So se[illegible] und grausame Ver-
heitsmäßig bemühte, durch üppige [illegible] ihrer Unfähigkeit,
besetzene Dünnleibigkeit und [illegible] einzufügen, ein neues
seiner statsmännischen Gedank[illegible] donische Emancipation
positiven Inhalt ließ sein die[illegible] so die make[illegible] Befreiung der Griechen,
und das war die fröstelnde [illegible] früher die Be[illegible] Großtürken, der ja

Sie trat zunächst in d[illegible] der statt an dem [illegible] preußisch-deutschen
noch keineswegs verständige[illegible] und Schützling de[illegible] den österreichischen
der Graf gegen Bulgarien [illegible] Goluchowskische Exposé [illegible] ist nur der Sack,
und in denen er die offe[illegible] und auch diese [illegible] Wirklichkeit Russ-
[illegible] Vorschläge in [illegible]





...garien natürlich auf diese Weise, wenn es
...fer in die Arme getrieben wird.
...örichteres als dieses Kunststück, so
...handlung Serbiens sich als-
...n leisten der Mann sei.
...lichen Unschädlich-
... für schweres
...onarchie
...ornahm,
...es, den er
...chstem Maße
...un ist die Ge-
...seitigung Milans
...ie Wiener Beschützer
...er Frau gegenüber den
...itbar ist jedesfalls, daß
Vampyr Milan befreit hat,
... auch begreiflicher Weise nicht
hätte man es doch mit möglichst
als unabänderliche Tatsache in der
...g verwerten müßen. Statt dessen
Heirat des Königs und der Landesver-
...hohlen für letzteren Partei. Dann aber,
...en der Königin Draga auf Nachkommenschaft
...esen, ließ man gar in allzu blöder Schaden-
...fficiöse und nichtofficiöse Wiener und Pester Press-
... dasselbe sucht bekanntlich an armseliger Gemeinheit
Welt vergeblich seines Gleichen — sich mit ungestörtem
...uf das serbische Königspaar stürzen und dasselbe in
...rhalb und außerhalb Oesterreichs erreichbaren Blättern
...r Jauche von Obscönitäten bespritzen, die diese Presse damals
...lang für jeden anständigen Menschen ungenießbar machte.

Die natürliche Folge dieser „österreichisch-ungarischen Orient-...itik" hat sich Graf Goluchowski jetzt sogar in seinen zahmen Delegationen ins Gesicht sagen laßen müßen, wo widerspruchslos festgestellt wurde, daß es im ganzen europäischen Orient, namentlich aber in Serbien und Bulgarien, nichts verhaßteres gebe als

heurigen Delegationsvorträge Goluchowskis überhaupt einen Sinn haben, so verraten sie die heiße Sehnsucht nach einem gründlichen Rückfall in die alten Torheiten einer antirussischen Balkanspolitik.

Denn nur dahin zielen die verletzenden Ausfälle gegen Bulgarien und Serbien. Bulgarien hat die makedonische Bewegung insofern begünstigt, als es die Häupter derselben eine Zeit lang in Sofia ihr Wesen treiben ließ. Sobald aber nicht nur Oesterreich, sondern auch Russland verlangte, daß dem ein Ende gemacht werde, hat es diesem Begehren unweigerlich Folge gegeben. Nun ist auf der Balkanshalbinsel jetzt an Makedonien die Reihe; der nächste Sturm wird dieses Land von dem morschen Baume der türkischen Gewaltsherrschaft ebenso unweigerlich herabschütteln, wie vorher Griechenland, Rumänien, Serbien und Bulgarien von demselben abgefallen sind. Bulgarien aber kann den berechtigten Beschwerden der Makedonier gegenüber ebensowenig taub und kalt bleiben wie Serbien und Griechenland das gegebenes Falles tuen werden. Wenn es das makedonische Comité aus Sofia erst entfernte, nachdem nicht nur Oesterreich, sondern auch Russland dieß verlangt hatte, so hat es damit nur bewiesen, daß ihm das russisch-österreichische Einvernehmen mehr imponiert als die österreichischen „Ratschläge" allein, und Graf Goluchowski konnte daraus lernen, daß er auf der Balkanshalbinsel nur mit, nicht gegen Russland stark sei. Gerade das aber scheint ihn geärgert zu haben.

Mußte nun dieser Aerger durchaus ein Opfer haben, so wäre das richtige wol der wirklich Schuldige gewesen. Wir meinen die Türkei, die durch beharrliche Verweigerung der den Makedoniern vertragsmäßig zugesicherten Reformen und grausame Verfolgung derer, die an diese Verpflichtung erinnern, ihrer Unfähigkeit, sich in europäische und christliche Ordnungen einzufügen, ein neues vernichtendes Zeugnis ausstellte und so die makedonische Emancipation recht eigentlich züchtete, wie sie früher die Befreiung der Griechen, Serben ꝛc. gezüchtet hat. Aber statt an dem Großtürken, der ja auch der besondere Freund und Schützling des preußisch-deutschen Reiches ist, läßt das Goluchowskische Exposé den österreichischen Aerger nun an Bulgarien aus, und auch dieses ist nur der Sack, während die Goluchowskischen Zungenschläge in Wirklichkeit Russ-

land gelten, dem Bulgarien natürlich auf diese Weise, wenn es möglich wäre, nur noch tiefer in die Arme getrieben wird.

Gibt es aber noch etwas törichteres als dieses Kunststück, so hat Graf Goluchowski durch seine Behandlung Serbiens sich alsbald zu zeigen beeilt, daß er auch das zu leisten der Mann sei. Das Verbrechen Serbiens besteht in der endlichen Unschädlichmachung des Königs a. D. Milan, der dort Jahre lang für schweres österreichisches Geld die Interessen der habsburgischen Monarchie nach der Meinung der Wiener Statskünstler erfolgreich wahrnahm, während er in Wahrheit den Haß und Fluch des Volkes, den er sich selbst durch sein nichtswürdiges Treiben in reichstem Maße zuzog, auch auf Oesterreich-Ungarn übertrug. Nun ist die Geschichte der Königin Draga, der Serbien die Beseitigung Milans verdankt, gewis keine sehr reinliche, aber die Wiener Beschützer Milans sind doch wol die letzten, die dieser Frau gegenüber den Sittenrichter spielen dürften. Unbestreitbar ist jedesfalls, daß Draga Maschin Serbien von dem Vampyr Milan befreit hat, und wenn man ihr das in Wien auch begreiflicher Weise nicht als Verdienst anrechnen will, so hätte man es doch mit möglichst guter Miene hinnehmen und als unabänderliche Tatsache in der eigenen politischen Rechnung verwerten müßen. Statt dessen nahm man schon bei der Heirat des Königs und der Landesverweisung Milans unverhohlen für letzteren Partei. Dann aber, als sich die Hoffnungen der Königin Draga auf Nachkommenschaft als Teuschung erwiesen, ließ man gar in allzu blöder Schadenfreude das ganze officiöse und nichtofficiöse Wiener und Pester Pressgesindel — und dasselbe sucht bekanntlich an armseliger Gemeinheit in der ganzen Welt vergeblich seines Gleichen — sich mit ungestörtem Behagen auf das serbische Königspaar stürzen und dasselbe in allen innerhalb und außerhalb Oesterreichs erreichbaren Blättern mit einer Jauche von Obscönitäten bespritzen, die diese Presse damals Tage lang für jeden anständigen Menschen ungenießbar machte.

Die natürliche Folge dieser „österreichisch-ungarischen Orientpolitik" hat sich Graf Goluchowski jetzt sogar in seinen zahmen Delegationen ins Gesicht sagen laßen müßen, wo widerspruchslos festgestellt wurde, daß es im ganzen europäischen Orient, namentlich aber in Serbien und Bulgarien, nichts verhaßteres gebe als

nur der Wirkungen der Predigt, sondern auch der Qualität derselben sei", so ist damit das Urteil gesprochen über die ganze speculative Theologie von Schleiermacher bis zu Ritschl und Harnack; insbesondere auch über diejenige theologische Disciplin (Homiletik u. a.), welche den angehenden Hirten der Heerden Christi keine andere Unterweisung zu geben versteht als den hergebrachten Perikopen-Schlendrian von der Kanzel.

Ebenso richtig und wichtig ist der andere Ausspruch Seebergs: „Diejenige Dogmatik wird recht behalten, die am besten predigen lehrt." Damit constatiert er die unbestreitbare Tatsache, daß die Predigt der lutherischen Kirche heute, am Eingang des 20sten Jahrhunderts, durch Schuld der falschen (speculativen) Dogmatik des vorigen Jahrhunderts „schlechter geworden ist, als sie vor 50 Jahren war", wo sie aus dem tiefen Schlafe des öden Rationalismus, der die Sprache des offenbarten Gotteswortes nicht mehr verstand, hervorbrach wie die Frühlingsblüte aus langem Winterschlafe. Das kann sich so nicht wiederholen. Damals waren die Kinder des armseligen Rationalismus unwißender als jetzt die Massen der Katechismusschüler in jedem Dorfe; aber sie waren empfänglich, hungrig und durstig nach der neuen Botschaft, welche in der ganzen Christenheit die Gewißen und Herzen zu neuem Licht, Liebe und Leben erweckte. Und wo diese Botschaft wieder gepredigt wurde, fragten aufrichtige Seelen, wie jene 3000 Schüler des Alten Bundes auf die erste Predigt Petri: „Was sollen wir tuen?" und empfiengen dieselbe Antwort: „Tut Buße, ändert euren Sinn und verkehrten Willen und glaubet an den gekreuzigten Sohn Gottes."

An Stelle jener naiven Unwißenheit vor hundert Jahren ist nun im letzten Drittel des voriges Jahrhunderts in allen Klassen der Gesellschaft eine blasierte Vielwißerei getreten, mehr und mehr abgestumpft für die Wahrheit, teilnahmlos für den Streit des Reiches Gottes, über alles urteilend, oberflächlich, gleichgültig für das Wol des Mitmenschen und der Völker, eifernd aus Eigennutz und Eigensinn für die eigene Nation, den eigenen Stand oder Partei, für die eigene Meinung, für das materielle Interesse, aus Eitelkeit oder Genußsucht. Dem gegen-

über fehlt dem geistlichen Stande die Kraft zu predigen und die Fähigkeit. Sie fehlt nicht nur den Zöglingen der Gottes- und Gesetzesleugnung und der speculativen Theorien, sondern auch der auf Bibel und Bekenntnis pochenden — protestantischen, orthodoxen, lutherischen — Predigt. Ihr fehlt der „Anfang der Weisheit", die Gottesfurcht, der unerschrockene Glaubensmut. Seeberg sagt: „Es gibt in unserer Mitte eine Verzagtheit und Hoffnungslosigkeit, die sehr fromm und gläubig tun kann und doch nicht glaubt; man glaubt, was man predigt, aber man glaubt nicht, daß diese Predigt Kraft des Heils für alle ist; daher so oft der matte Ton" —.

Das ist ein erfreuliches Eingeständnis des Berliner Professors; freilich noch lange kein Verständnis der Predigt, deren wir bedürfen; immerhin beßer als der gewohnte Zwang der Perikopen-Auslegung und der trostlosen Selbstzufriedenheit von Laodicäa, die sich rühmt: ich bin reich und habe gar satt und bedarf nichts, und ist doch lau, weder kalt noch warm, und weiß nicht, daß sie elend ist und jämmerlich arm, blind und bloß. Aber Seeberg weiß mit keinem Worte zu sagen, wie die neue Predigt beschaffen sein muß; welche „neue Formen" man „versuchen" soll, den großen Aufgaben des Tages gegenüber. Ihm imponiert die heutige Wandlung der Kultur! Etwa der neue Berliner Dom und die niedliche Siegesallee oder die Fahrräder, Electricität und Photographieen? Das ist kindliche Naivetät des Kleinstädters, der in eine Großstadt kommt. „Man vergeße es doch nie", sagt Seeberg, „wir stehen in einer neuen Zeit, vor einer Wandlung der Bildung und der Kulturziele. Da gilt es arbeiten und streben; es gilt, die Zeit und das Evangelium für die Zeit verstehen." So ist es recht! Die Bildung steigt mit erstaunlicher Schnelligkeit hinab in die Massen der Berliner Socialdemokratie, und die Heilsarmee predigt ihnen mit Trommeln und Pfeifen, immerhin wirksamer als eine langweilige Kanzelrede. Die Wandlungen zeigt uns die Bibel an der Geschichte der Kultur, im Wechsel des Aufganges und Niederganges der einzelnen Völker, und das ist die Predigt, der wir bedürfen. Israel zitterte vor der Macht und Pracht von Babylon, Ninive und Egypten, vor dem Reichtum der Millio-

näre von Tyrus und Sydon, aber es sah diese Kultur zusammenbrechen vor dem Schelten der jüdischen Propheten. Die Apostel bewunderten den Tempel des Herodes, aber erlebten die furchtbare Wandlung bei der Zerstörung der heiligen Stadt und ihres Tempels. Da folgte eine 300jährige Kulturwandlung. Hellas und Rom mit ihrer herrlichen Kunst und furchtbaren Macht versanken, und aus dem Märtyrerblute der Kreuzesträger erblühte ein neues Reich und eine neue Kultur des Glaubens und der schaffenden Liebe. Seeberg kann nicht, was er mit Recht verlangt, „unsere Zeit, und das Evangelium für diese Zeit verstehen"; denn wir verstehen unsere Zeit nur an Gottes Weltregiment, an der Weltgeschichte von Babel und Abraham bis auf unsere Zeit; und wir verstehen das Evangelium für die Gegenwart nur, wenn wir die Geschichte des Reiches Gottes begriffen haben.

„Groß ist das Ringen, das durch die Geister geht", sagte Seeberg. Ist es ein wirkliches Ringen? Sind es Kämpfe der Geister? Es gilt auch für die christlichen Großmächte, was der Prophet Jesaias von den heidnischen sagte: „Seid böse, ihr Völker und gebet doch die Flucht; höret es alle, die ihr in fernen Landen seid: rüstet euch und gebet doch die Flucht; beschließet einen Rat und werde nichts daraus; beredet euch und es bestehe nicht, denn hier ist Immanuel."

Was versteht Professor Seeberg unter „Wandlung der Bildung und der Kulturziele"? Meint er ernstlich, die Schöpfungsordnung des allmächtigen Gottes und Sein Gesetz: „Ich will die Sünden der Väter heimsuchen an den Kindern" könnten sich ändern durch neue von Menschen gemachte „Formen", durch eine neu erfundene Berliner Kulturpredigt? Jedes Volk, jede Nation hat ihre Kulturblüte und ihren Verfall, wie der Apostel Paulus den schon an sich selbst verzweifelnden Athenern predigte: „und hat gemacht, daß von Einem Blut aller Menschen Geschlechter auf dem ganzen Erdboden wohnen, und hat Ziel gesetzt, zuvor versehen, wie lange und weit sie wohnen sollen." Die Geschichte des Kulturfortschritts ist zugleich die Geschichte des Verfalles der einzelnen Völker. Das Römische Reich deutscher Nation zerfiel an der Kirchenspaltung; das Italien der Dante und Rafael, Michel Angelo und Bra-

manie ist längst ein Räubervolk geworden; das stolze Spanien das den Erdkreiß umarmte und überall das Kreuz des Erlösers aufrichtete, verarmte an dem Golde, welches ihm aus seinen Kolonien zuströmte. Das Frankreich Ludwigs XIV. richtete die Herrschaft der Mode auf in allen Ländern, die es hinterlistig bekriegte, und muß heute den bittern Kelch seiner selbstmörderischen Revolution trinken. Und das britische Volk, einst als Hort der Freiheit und des Völkerrechtes gesegnet und gerühmt, verleugnet heute mit brutalem Egoismus alle menschliche Scham und läßt sich von gewißenlosen Geldspeculanten verführen, Blut und Geld, Ehre und guten Ruf dahin zu geben, um Weiber und Kinder zu bekriegen. Ihm gilt wieder das Prophetenwort: „Seid böse und gebet doch die Flucht, beschließet einen Rat und werde nichts daraus."

Meint nun Professor Seeberg ernstlich, die neueste Weltmacht, die der „ganz Große" mit „furchtbarer Leidenschaft des Wollens, spielend die Wege der Geschichte meisternd", mit Bruderkrieg, Bundesbruch, Teuschungen und Annexionen, im Bündnisse mit allen Revolutionären und Landesverrätern durch Zerreißung Deutschlands aufgerichtet hat, werde mit neuen Berliner „Lebensformen" und neuen „Predigten" ewig dauern und dem Geschicke aller ihrer Vorgänger entgehen? Das wäre eine Verleugnung der ganzen Schöpfungs- und Weltordnung Gottes, wie sie allerdings die Propheten des vorigen Jahrhunderts, namentlich in Berlin — die Stahl und Hengstenberg, Herrenhaus und Kreuzzeitung — zur Zeit der Napoleonischen und Cavourschen Annexionspolitik vorausgesagt haben, freilich nicht als Anfang einer neuen Kultur, sondern als *Anfang des Endes*. Seebergs Klage über die heutige Predigt stimmt gar nicht mit dem neupreußischen Größenwahn; sie stimmt vielmehr völlig mit jenen Prophezeiungen des Endes. Und darum sind diese Klagen für uns, die wir an einen neuen Aufgang des Reiches Gottes nach dem jetzigen „Ende" glauben, von besonderem Interesse; sie sind richtig, eine Weckpredigt an die heutigen Prediger und besonders ~~an die~~ heutigen Theologen, die gar nicht wißen, was *predigen* — rufen, wecken — ist. Die Seeberg'sche Predigtkritik ist treffend: Ich will keineswegs sagen, daß, kunstmäßig angesehen, heute schlechter

gepredigt wird als vor fünfzig Jahren. In der Regel aber wird ebenso gepredigt. Wir sind sachlich nicht fortgeschritten. Der Wechsel der Zeit und ihrer Bedürfnisse und Aufgaben fordert aber — das zeigt die Geschichte der Predigt unwiderleglich — Fortschritt und neue Formen. Auch hier bedeutet Stehenbleiben Zurückbleiben. Was einst lebenwirkendes Wort der Meister war, mag immerhin heute Gemeingut geworden sein — was folgt daraus? Etwa, daß dann doch alles gut sei und wir „herrlich weit" gekommen? Es ist doch eine bekannte geschichtliche Erfahrung, daß das Leben zur Form, der Gedanke zur Formel, die Formel zur Phrase wird; die Gedanken und Formen sind da, sie werden einfach wiederholt, aber der Wiederholung fehlt es an der Kraft. Unter diesem Gesichtspunkt, sagt Seeberg, müße man bekennen, daß die Durchschnittspredigt von heute, verglichen mit der vor einem Menschenalter, zurückgegangen sei. Hochtönende Redensarten, Sprüche, Liederverse — so sagt er — stolpern über die ausgefahrenen Geleise einer alten Populardogmatik hin — in dem Brustton der Ueberzeugung, der doch niemand überzeugt; Sonntag für Sonntag und niemand hört darauf hin, niemand gewinnt Inhalt für sein Leben daraus. Das war einmal anders, als die Dogmatik innerlich erworben, als gerade diese Sprüche und diese Gedankengänge das Erdenleben vieler wiedergaben. Aber die Zeit wurde anders und der Odem der Geschichte ließ neue Fragen und Probleme aus den Menschenherzen hervorgehen. Es ist geschehen, wir können es nicht ändern. Nicht das alte Evangelium wurde alt; fürwahr nicht am Wein liegt der Fehler, sondern an den Schläuchen, nicht Gottes Gedanken veralteten, sondern unsere Begriffe und Formeln. Wie wenig originelle Gedanken, neue Beobachtungen, heilige Psychologie, praktische Beziehungen begegnen uns in der modernen Predigt! Ein neues Geschlecht ist herangewachsen, was bietet ihm die Predigt? Neue Gedanken, Empfindungen und Bedürfnisse sind da; was geschieht denn, auf sie einzugehen, Gottes Licht in sie einzuführen, das alte und ewige Evangelium auch diesen neuen Menschen verständlich und eindringlich zu machen?

Diese scharfe Kritik ist aus dem Munde eines Berliner Professors eine beachtenswerte Bußpredigt an die Prediger

und mehr noch an die Theologie unserer Zeit. Denn diese hat die Kraftlosigkeit und Verkehrtheit der Predigt verschuldet. Ihr sind die von Seeberg gestellten Fragen und Forderungen unbequem, weil sie nicht weiß und nicht sagen kann, was in der Oeconomie des Reiches Gottes Aufgabe der Predigt ist. Die heutige Theologie kennt die Wirksamkeit des H. Geistes und Seine Heilsordnung nicht mehr. Deshalb ist auch Seebergs Kritik nur negativ; seine Forderung neuer Formen ist ohne Wert; auch er kann nicht sagen, was in der Praxis der Kirche Aufgabe des Predigtamtes ist.

Und doch lernt dieß jeder Katechismusschüler: „Ich glaube, daß ich nicht aus eigener Vernunft noch Kraft an Jesum Christum meinen Herrn, glauben oder zu Ihm kommen kann, sondern der H. Geist hat mich durch das Evangelium berufen, mit seinen Gaben erleuchtet, im rechten Glauben geheiligt und erhalten; gleichwie Er die ganze Christenheit auf Erden" usw. Predigen heißt Rufen — Praeco, griechisch: κῆρυξ ist der Herold, der öffentliche Ausrufer, der die Parteien vor Gericht ruft, das Volk zusammenruft, Lob und Strafe verkündigt mit lauter Stimme, daß alle hören und aufachten sollen. Aber dieß Rufen muß ein Weckruf zu einem neuen Leben sein; es muß aus der Stille der Gottesnähe, aus dem Boden des Gottesdienstls hervorgehen und seines Zweckes, seiner Wirkung und seines Erfolges gewis sein in der göttlichen Pädagogie bis zu der Stelle, wo auf das laute Rufen in den Schmerzen und Kämpfen des dunkeln Pilgerweges die Erleuchtung des neuen Lebens zur vollen Bekehrung führt. Das sind die ewigen Formen der neuen Schöpfung auf Erden, wie uns das Alte Testament vom Anfang bis Bethlehem und wiederum das Neue Testament bis auf den heutigen Tag vor Augen stellen; dieselben Formen, die wir am Wechsel der Jahre und Tage, der Pflanzen und Tiere und jedes Menschenlebens erkennen. Andere Formen entdecken zu wollen, ist Torheit. Allerdings hat die lutherische Dogmatik im Eifer für die Rechtfertigungsgewisheit diese Heilsordnung verdunkelt. Aber aus der Trübsal und den Leiden dieser Zeit wird das Licht kommen, das uns lehrt, daß wir leiden müßen, nicht nur zu unserer eigenen Neugeburt, sondern

gepredigt wird als vor fünfzig Jahren. In der Regel aber wird ebenso gepredigt. Wir sind sachlich nicht fortgeschritten. Der Wechsel der Zeit und ihrer Bedürfnisse und Aufgaben fordert aber — das zeigt die Geschichte der Predigt unwiderleglich — Fortschritt und neue Formen. Auch hier bedeutet Stehenbleiben Zurückbleiben. Was einst lebenwirkendes Wort der Meister war, mag immerhin heute Gemeingut geworden sein — was folgt daraus? Etwa, daß dann doch alles gut sei und wir „herrlich weit" gekommen? Es ist doch eine bekannte geschichtliche Erfahrung, daß das Leben zur Form, der Gedanke zur Formel, die Formel zur Phrase wird; die Gedanken und Formen sind da, sie werden einfach wiederholt, aber der Wiederholung fehlt es an der Kraft. Unter diesem Gesichtspunkt, sagt Seeberg, müße man bekennen, daß die Durchschnittspredigt von heute, verglichen mit der vor einem Menschenalter, zurückgegangen sei. Hochtönende Redensarten, Sprüche, Liederverse — so sagt er — stolpern über die ausgefahrenen Geleise euer alten Populardogmatik hin — in dem Brustton der Ueberzeugung, der doch niemand überzeugt; Sonntag für Sonntag und niemand hört darauf hin, niemand gewinnt Inhalt für sein Leben daraus. Das war einmal anders, als die Dogmatik innerlich erworben, als gerade diese Sprüche und diese Gedankengänge das Erdenleben vieler wiedergaben. Aber die Zeit wurde anders und der Odem der Geschichte ließ neue Fragen und Probleme aus den Menschenherzen hervorgehen. Es ist geschehen, wir können es nicht ändern. Nicht das alte Evangelium wurde alt; fürwahr nicht am Wein liegt der Fehler, sondern an den Schläuchen, nicht Gottes Gedanken veralteten, sondern unsere Begriffe und Formeln. Wie wenig originelle Gedanken, neue Beobachtungen, heilige Psychologie, praktische Beziehungen begegnen uns in der modernen Predigt! Ein neues Geschlecht ist herangewachsen, was bietet ihm die Predigt? Neue Gedanken, Empfindungen und Bedürfnisse sind da; was geschieht denn, auf sie einzugehen, Gottes Licht in sie einzuführen, das alte und ewige Evangelium auch diesen neuen Menschen verständlich und eindringlich zu machen?

Diese scharfe Kritik ist aus dem Munde eines Berliner Professors eine beachtenswerte Bußpredigt an die Prediger

und mehr noch an die Theologie unserer Zeit. Denn diese hat die Kraftlosigkeit und Verkehrtheit der Predigt verschuldet. Ihr sind die von Seeberg gestellten Fragen und Forderungen unbequem, weil sie nicht weiß und nicht sagen kann, was in der Oeconomie des Reiches Gottes Aufgabe der Predigt ist. Die heutige Theologie kennt die Wirksamkeit des H. Geistes und Seine Heilsordnung nicht mehr. Deshalb ist auch Seebergs Kritik nur negativ; seine Forderung neuer Formen ist ohne Wert; auch er kann nicht sagen, was in der Praxis der Kirche Aufgabe des Predigtamtes ist.

Und doch lernt dieß jeder Katechismusschüler: „Ich glaube, daß ich nicht aus eigener Vernunft noch Kraft an Jesum Christum meinen Herrn, glauben oder zu Ihm kommen kann, sondern der H. Geist hat mich durch das Evangelium berufen, mit seinen Gaben erleuchtet, im rechten Glauben geheiligt und erhalten; gleichwie Er die ganze Christenheit auf Erden" usw. Predigen heißt Rufen — Praeco, griechisch: κῆρυξ ist der Herold, der öffentliche Ausrufer, der die Parteien vor Gericht ruft, das Volk zusammenruft, Lob und Strafe verkündigt mit lauter Stimme, daß alle hören und aufachten sollen. Aber dieß Rufen muß ein Weckruf zu einem neuen Leben sein; es muß aus der Stille der Gottesnähe, aus dem Boden des Gottesdienstls hervorgehen und seines Zweckes, seiner Wirkung und seines Erfolges gewis sein in der göttlichen Pädagogie bis zu der Stelle, wo auf das laute Rufen in den Schmerzen und Kämpfen des dunkeln Pilgerweges die Erleuchtung des neuen Lebens zur vollen Bekehrung führt. Das sind die ewigen Formen der neuen Schöpfung auf Erden, wie uns das Alte Testament vom Anfang bis Bethlehem und wiederum das Neue Testament bis auf den heutigen Tag vor Augen stellen; dieselben Formen, die wir am Wechsel der Jahre und Tage, der Pflanzen und Tiere und jedes Menschenlebens erkennen. Andere Formen entdecken zu wollen, ist Torheit. Allerdings hat die lutherische Dogmatik im Eifer für die Rechtfertigungsgewisheit diese Heilsordnung verdunkelt. Aber aus der Trübsal und den Leiden dieser Zeit wird das Licht kommen, das uns lehrt, daß wir leiden müßen, nicht nur zu unserer eigenen Neugeburt, sondern

der Größenwahn dieser Leute in seiner ganzen Höhe und Blöße zu Tage. Und die Verkündigung der freien Ehe, durch welche ein vollständiger Umsturz unserer sittlichen und gesellschaftlichen Anschauungen erzwungen werden soll, macht die Blöße nur noch offenkundiger. Wie falsch das Bebel'sche Dogma von der freien Ehe ist und wie dasselbe geradezu vergiftend auf weite Kreiße des Volkes wirkt, das wird heute glücklicher Weise selbst im socialistischen Lager erkannt; geradezu vernichtend aber ist die Kritik, die die Bebel'sche Theorie in den Pernerstorfer'schen „Deutschen Worten" (1900, S. 240) erfährt: „Die Aufstachelung von Trieben", so heißt es dort, „die vielleicht in einer socialistischen Ordnung unschädlich sein könnten, vermag in einer anders gearteten, auf Ehe und Familie beruhenden Gesellschaft nur den allmählichen Verderb dieses Volkes zu bewirken, sichert aber keineswegs den Uebergang zu einem socialistischen Gemeinwesen. Das ist einer der vielen Irrtümer der socialistischen Geschichtsphilosophie, die Meinung nemlich, daß die Corruption einer Kultur notwendiger Weise den Uebergang zu einer andern, höheren bilde. Indem diese Lehre einen schrankenlosen geschlechtlichen Egoismus proclamiert, untergräbt sie alle Keime altruistischen Empfindens, auf deren Entwickelung allein die Möglichkeit eines socialistischen Gemeinwesens beruht; sie schafft so recht das Hurenmaterial, während sie sittenrichterlich über unserem Zeitalter zu Gericht sitzt. Und daß derselbe Mann, welcher so rücksichtslos die Geschlechtsfreiheit predigt, sich nicht enthalten kann, einen höhnischen Blick auf tief decolletierte Hofdamen zu werfen, beweist, daß sich der kleinbürgerliche Tugendstolz noch zuweilen in der Brust des genußverlangenden Socialisten regt. Noch stärker als dieser Widerspruch ist das Nebeneinanderstehen der Behauptung, daß der Geschlechtstrieb der stärkste menschliche Trieb sei, und der anderen, daß das Proletariat in dem tiefsten Elend dahinsieche. Niemand, der auch nur einmal drei Tage Hunger gelitten hat, wird sich darüber unklar sein, welcher Trieb der stärkste aller Triebe ist. Offenbar haben Bebel und seine Anhänger derartige Erfahrungen nie zu machen Gelegenheit gehabt. Und endlich die Entstehungsursache der Prostitution, welche diese Männer allein in der wirtschaftlichen Lage und in den Verführungskünsten der Jeunesse

dorée zu erblicken vermögen. Die materialistische ‚Theorie' beweist genügend, daß sie der Psychologie, der Geschichte der Prostitution wie dem Seelenleben des Volkes gleich ferne stehen und nicht ahnen, wie bedenklich gerade sie alle geschlechtliche Sittlichkeit untergraben und damit das psychologisch-ethische Fundament der Prostitution stärken. In der Tat, wenn die Gebildeten sich stärker von den socialistischen Idealen abwenden, dann liegt es daran, daß die Wahrheiten des Socialismus immer mehr von den Irrtümern der Socialdemokratie überwuchert werden."

Es ist wahr, die socialdemokratischen Lehren, wie sie sich unter dem Einfluß von Lassalle und Marx entwickelt haben, wirken nur zersetzend. Und so, wie diese Lehren selbst sich in fortwährendem Fluße befinden, ist auch nicht an irgend welchen greifbaren festen Kern zu einer weiteren organischen Entwickelung zu denken. Und eine große Vermeßenheit war es, zu glauben, in der materialistischen Anschauung das innerste Wesen organischer Entwickelung gefunden zu haben; sehen wir doch, wie schon heute der prahlerische Bau der materialistischen Geschichts-Construction, welcher untrennbar mit dem Marx'schen Socialismus verbunden ist, in allen Fugen kracht und wie nun wiederum in den Kreißen der Socialisten selbst „Revisionen" und „Modificationen" der materialistisch-socialistischen Ideen gefordert werden.

„Die materialistischen Theorien", urteilt Schmoller* sehr richtig, „haben alle eine mehr utopistische Farbe, einen mehr pamphletartigen agitatorischen Character. Sie haben das Verdienst, auf eine große, von der individualistischen Theorie übersehene Seite unserer wirtschaftlichen Entwickelung, auf die Lage der unteren Klassen, auf die Klassengegensätze und Klassenkämpfe, auf die praktische Wirksamkeit einer zielbewußten Organisation der einzelnen Klassen, auf die furchtbaren Misstände und Misbräuche innerhalb der modernen Volkswirtschaft aufmerksam gemacht zu haben; sie haben auch redlich mitgearbeitet an der empirischen Er-

* Ueber einige Grundfragen der Socialpolitik. Leipzig 1898, S. 327.

kenntnis dieser Erscheinungen, hauptsächlich der Nachtseiten des socialen Lebens, wenngleich das Zuverlässigste in dieser Richtung von anderen Kreißen geschaffen wurde. Die Socialisten haben im Anschluß an die Geschichtsphilosophie der Zeit den großen Gedanken der Entwickelung in die Socialwißenschaften eingeführt und haben damit begonnen, das historische Verständnis der wirtschaftsgeschichtlichen Epochen und ihrer Unterschiede zu begründen, aber sie haben bei der Darstellung dieser Unterschiede der Phantasie und der Leidenschaft so die Zügel schießen laßen, daß ihre Schriften nach dieser Seite vielfach den Boden der ernsten Wißenschaft überhaupt verlaßen. Sie haben im Gegensatz zu einer überspannt idealistischen Geschichtsschreibung die wirtschaftlichen und technischen Ursachen der historischen Entwickelung mit Recht betont, sind aber in Ermangelung genügender psychologischer und historischer Vorstudien mit dieser Tendenz, der sogenannten materialistischen Geschichtstheorie, zu so maßlosen Uebertreibungen und Karicaturen gelangt, daß heute nur noch Parteifanatiker oder der Geschichtskenntnis bare Schwärmer der Theorie in der Form zustimmen können, wie sie Engels, Mehring und andere Epigonen von Marx formuliert haben."

Trifft Schmoller hier in der Tat die schwachen Seiten der socialistischen Agitation, so sollte er selbst aber auch zugeben, daß die von ihm und seinen Gesinnungsgenoßen verkündete socialpolitische Wißenschaft nicht minder mangelhaft ist. Der Statssocialismus mit seinem centralistischen, die Statsallmacht so gewaltig stärkenden Wesen wird, wie er einerseits weit davon entfernt ist, die sociale Frage der Lösung näher zu bringen, andererseits dem so erbittert bekämpften socialdemokratischen Stat nur in die Hände arbeiten. Ist es doch wahrlich nicht einzusehen, wie es sich verhindern laßen sollte, daß der viertels- und halbsocialistische Stat der Schmoller und Wagner sich zum ganzsocialistischen Stat der Singer und Bebel umwandelt!

Als man mit der vielgerühmten socialpolitischen Gesetzgebung begann, die uns nach Delbrück an die Spitze der Nationen gebracht haben soll, stellte man sich grundsätzlich auf den Boden des demokratischen Socialismus. Daran ändert gar nichts die Tatsache, daß diese Gesetzgebung auch vom socialistischen Stand-

punkt aus so außerordentlich mangelhaft erscheint. War sie von Bismarck selbst als praktisches Christentum bezeichnet worden, so darf man doch nicht vergeßen, daß sie von jenen Leuten gemacht worden ist, die zwar „mit Worten der Liebe helfen, aber von den Werken der Ungerechtigkeit nicht laßen wollen", d. h. von Leuten, die wol ein Intereſſe daran hatten, die vollſtändige Zermörtelung der induſtriellen Arbeiterſchaft zu verhindern, die aber andererſeits auch nicht im Entfernteſten daran dachten, auf den übermäßigen Gewinn zu verzichten. Als die Großinduſtriellen das erreicht hatten, was ſie brauchten, aber gleichwol einſahen, daß das arbeitende Volk nicht damit zufrieden ſein konnte, geboten ſie Einhalt und brachten dann die öffentliche Meinung dadurch zum Schweigen, daß ſie verkünden ließen, es müße eine Pauſe gemacht werden: Vorläufige Ruhe und keine Ueberhaſtung.

Sehr treffend ſagte ein Centrumsblatt ſchon bei Beginn der ſocialen Aera: „Ihr Zweck ſcheint nicht die Hebung der Leiden, ſondern weit eher eine Organiſation derſelben zu ſein". Sehen wir nun ſchon, wie trotz alledem gerade diejenige Partei, die ſich als die berufene Vertreterin der handarbeitenden Bevölkerung aufſpielt, dieſem Geſetzeswerk die allergröſte Förderung zu Teil werden läßt, ſo läßt ſich das nur verſtehen, wenn man bedenkt, daß die Grundrichtung des betreffenden Werkes ſich nicht von jener unterſcheidet, die zu dem von den Socialiſten ſelbſt angeſtrebten Baue führt. Das Sehen mit eigenen Augen mußte doch ſofort dazu führen, daß ſich der Betrachtende fragt: Wie ſoll eine herrſchende Minderheit, die unter dem Feldgeſchrei: Schutzzoll — Export ficht, und deren Beſtand in der geſicherten ferneren Ausbeutung der Maſſen beruht, der ſocialen Frage gerecht werden, deren Löſung ja gerade in der Befreiung der Arbeit aus der Sklaverei des Kapitals, in der Verhinderung jeglicher Volksausbeutung und in der Beſeitigung der heutigen Klaſſenwirtſchaft beſteht.

Herkner, dem wir, nebenbei bemerkt, die beſte zuſammenfaßende Darſtellung der modernen Arbeiterfrage verdanken, beſtätigt, wenn auch mit etwas mehr Zurückhaltung und weniger liberalen „Wenn" und „Aber" verbrämt, im großen Ganzen die

von uns Vorgetragene, wenn er sagt*: „Die Stellung zu der Arbeiterversicherungsfrage ist abhängig von der Auffaßung der Arbeiterfrage überhaupt. Wer in der Arbeiterfrage das Problem erblickt, eine neue gesellschaftliche Klasse auf eine höhere Stufe des Daseins in allen menschlichen Beziehungen empor zu heben, die gesamte Erwerbs- und Productionsordnung zu verbeßern, die Arbeiter zu freieren, unabhängigeren und selbständigeren Statsbürgern zu entwickeln und eine höhere Auffaßung des Verhältnisses der Menschen zu einander anzubahnen, den kann die enge bureaukratisch-technische Lösung, welche unter dem Einfluße der statssocialistischen Gedankenkreiße in Deutschland versucht wird, nicht zufrieden stellen. Er wird überall der Selbstbetätigung der Arbeiter in freien Organisationen den Vorzug geben, mag deren Wirksamkeit auch, nach verwaltungstechnischen Gesichtspunkten beurteilt, heute der Function statlich organisierter Kassen zuweilen nachstehen. Nicht darauf, daß eine solche Einrichtung eine mechanisch vollkommene Leistung aufweist, sondern darauf, daß sie aus den sittlichen und ordnenden Kräften gerade jener Klasse hervorgeht, deren Lebensverhältnisse zu organisieren und zu verbeßern das Ziel der ganzen Reform ist, wird dann der Hauptton zu legen sein.

„Von diesem Standpunkte aus kann man eine statliche Versicherungsorganisation, abgesehen von der Unfall-Versicherung, nur so weit befürworten, als sie einen subsidiären Character behält, als sie die Selbstbetätigung der arbeitenden Klassen nicht einschränkt, sondern nur denjenigen, die zur Selbstbetätigung noch nicht im Stande sind, hilft, sich selbst zu helfen."

Bekanntlich ist heute eine Bewegung im Gange, welche darauf hinausgeht, den bestehenden Reichsversicherungen noch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hinzu zu fügen. Wir können uns auch einer solchen Einrichtung gegenüber nur ablehnend verhalten. Dieselbe würde übrigens schon daran scheitern, daß die Arbeitslosigkeit kein Zustand ist, der so wie etwa eine Krankheit nachgewiesen oder verneint werden kann. Vielfach wird die Arbeitslosigkeit vom persönlichen Wollen oder Nichtwollen abhängen.

---

* A. a. O., S. 186.

Die als zweckentsprechend bezeichnete Baseler Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, auf die man oft hinweist, soll durchaus kein Schritt sein zur Hebung der Volksnot. Diese Einrichtung bezweckt nur, die verhältnismäßig gesunden Verhältnisse unter der Baseler Bevölkerung gesund zu erhalten durch das Fernhalten eines zersetzenden Unternehmertums und des durch ein solches hervorgerufenen Proletariats.

Daß gewisse Socialpolitiker sich der Meinung hingeben, diese Arbeiterversicherung könne zu einer heilbringenden Welteinrichtung werden, das beweist nur, wie wenig diese Leute von den Grundursachen der Volksnot, insbesondere bei uns im Reiche, wißen, wo Volksnot fast gleichbedeutend mit Landnot ist. Auch die Meinung, durch einen gut ausgebildeten Arbeitsnachweis den beschäftigungslosen Arbeitern einen wirklichen und dauernden Nutzen erweisen zu können, ist eine vage. So lange die Grundverhältnisse dieselben bleiben wie heute, wird man nur erreichen, daß der Arbeitgeber mehr auswählt, immer nur die besten Arbeiter zu erlangen sucht und die weniger brauchbaren auf die Straße setzt.

(Fortsetzung folgt.)

August Reichensperger.

Von D. Dr. C. A. Wilkens in Kalksburg bei Wien.

III.

Der „Kunstwühler".

(Schluß.)

Manches gute Korn trug das Domblatt an Orte und brachte es zum Keimen, wo der Boden bis dahin mit hoffnungsloser Unfruchtbarkeit geschlagen zu sein schien. Es trug bei, einen Geist des Opfers für öffentliche, kirchliche und künstlerische Untersuchungen zu entzünden, der kein Strohfeuer war. Und darauf kam es R. an. „Nicht das Geld darf der Gott der Kirche werden.

Auch ist es nicht das Geld, um das es sich bei Errichtung und Erhaltung echter Monumente hauptsächlich handelt. Es ist der Geist, der gute Wille, das rechte Verständnis, was die Monumente belebt und erhält."

Durch diese Factoren, die es stärkte, hat das Domblatt Retterdienste leisten können. Die fortschrittliche Gedankenlosigkeit preist die heutigen Millionenstädte als die Prachtblüten der modernen Kultur, als enthielten sie kein haarsträubendes Massenelend, keine jeder Beschreibung spottende Verbrecherwelt, ganz abgesehen von dem Verkehrsgerase, dem Höllenlärm, den Mietskasernen. Bekanntlich wünschte Bismarck diese Kolosse, auch als Lagerstätten lebenden Dynamits, von der Erde verschlungen. Nun ein Kontrast: „Was kann reizender sein, hat Wilhelm Grimm gefragt, als das Bild einer Stadt des Mittelalters? Künste, die nur Reichtum ernährt, zogen herbei. Kunstreiche Kirchen und öffentliche Gebäude stiegen auf in ihren sichernden Mauern, grün bepflanzte Plätze erheiterten die zutraulichen Wohnungen, und darin ein arbeitsames, reges Schaffen neben aller Lust im Spiel, Scherz, Tanz und Kriegsübung. Eines festgegründeten Reichtums sich bewußt, giengen die schön gekleideten Bürger einher, stolz auf ihre Freiheit, tapfer sie verteidigend gegen jede Anmaßung, großmütig in Geschenken, ehrbar und streng in ihrer Familie, fromm vor Gott." Wer denkt bei dieser Characteristik nicht an die Schilderung Wiens, die Pius II. mit Künstlerhand entworfen hat, an Nürnberg, Köln, Mainz, Lübeck, Regensburg, Augsburg, Rothenburg ob der Tauber und so viele andere große und kleine Städte. Sie wetteiferten im Reichtum und Schmuck von Kirchen, Kapellen, Klöstern, Kreuzgängen, Rat- und Zunfthäusern, Burgen, Palästen der Großen, Patricierwohnungen, Mauertürmen, Turmbergen, Stadt- und Brückentoren, Brunnen, malerischen Baugruppen mit steinernen Stirnen, von mannigfaltigem, sprechendem Ausdruck. Sie sprachen die kräftige, wahre Sprache der alten, vaterländischen Kunst, waren verknüpft mit weit zurückreichenden Erinnerungen, wahre Jungbrunnen der Volksseele, von tiefer, aus historischen, politischen, religiösen, ästhetischen Elementen entsprungener Wirkung.

Wer hat den Untergang eines großen Teiles dieser monu-

mentalen Herrlichkeit verschuldet? Was die Raupen ließen, das fraßen die Heuschrecken, was die Heuschrecken ließen, das fraßen die Käfer, was die Käfer ließen, das fraß das Geschmeiß. Dieses Prophetenwort kann die Zerstörungsarbeit der echten und falschen Renaissance, des dreißigjährigen Krieges, des Rokoko bezeichnen. Feuer und Schwert, Gedanken, Muster, Mode haben zertrümmert, verdunkelt, entwertet, verspottet, dem Ruin überlaßen, was in seinen Resten noch ein Heimweh nach einem verehrungswürdigen, das Gemüt erhebenden, längst verschwundenen und doch so vertrauten Gute erweckt.

R. kannte diese Stimmung. Er lebte in der untergegangenen Welt, versenkte sich immer von neuem in sie durch eines seiner Lieblingsbücher, die Topographieen Merians. Riehl, der Vater der deutschen Kulturgeschichte, hat in seine „Kulturstudien aus drei Jahrhunderten" ein Cabinetstück aufgenommen, überschrieben „der Homannsche Atlas". Man hört ihn Zwiesprache halten mit den 1716 erschienenen 126 Landkarten. Die Zahl ist so groß, weil jedes deutsche Reichsland, das zwei Mann zur Reichsarmee stellte, seine stattliche Karte hat, als Urkunde souverainer Herrlichkeit, mitten unter den Weltkarten. Der geistvolle Autor mustert die reichcomponierten, groß angelegten Vignetten, die das Land allegorisch darstellen sollten. Norwegen erhält Tritone mit Seekrebsen, Muschelhörnern und Stockfisch, Dänemark feiste Ochsen, Böhmen Fasanen und Wildschweine, die Lausitz einen Tuch abmeßenden Merkur, Hessen-Kassel eine Schafschur. Wie sich Riehl vom Homann ein Privatissimum lesen läßt, so R. von seinem Merian. Von ihm ließ er sich das Bild des dreißigjährigen Krieges aufrollen und sagen, daß auch in dieser furchtbaren Zeit der deutsche Wißenstrieb, der angestammte Sinn für das Tüchtige und Aechte sich lebendig erhalten und Spielraum behauptet habe. M. Merian, der sich in seinem Leben tugendhaft, christlich hielt, die weltlichen Ueppigkeiten gar nichts achtete, sondern Gott und dem Nächsten zu dienen für sein höchstes Gut in der Welt hielt, gab 1643 die Topographie der Schweiz heraus als Anfang eines Werkes, das 1672 seinen Abschluß fand. Die Publication dieser dreißig Folianten wäre unmöglich gewesen ohne die Kauflust und Kaufkraft der kirchlichen und politischen Corporationen, „deren

Wurzelwerk dermaßen tief in die Jahrhunderte hinabgieng, daß ihm das Eisen so leicht nicht beikommen konnte, und die Arbeit von Generationen erforderlich war, um es zu unterwühlen." Betrachtete R. die Radierungen nach der von Dürer eingeführten Stichmethode, die die Topographieen unschätzbar machen, so stand vor ihm, was in der Civil- und Kriegsarchitektur vor 400 Jahren erreicht war, ein Ehrentempel. Hier bestätigte sich ihm, „daß in den früheren Jahrhunderten die Geschichte, das was das Volk fühlte, dachte, erstrebte, nur in sehr geringem Maß auf Pergament gebracht, sondern gebaut, gemeiselt, gemalt wurde, so daß in den Kunstwerken großes Teils die Historie unserer Vergangenheit beruht". Ihm bekundeten die Bauten für kirchliche und nichtkirchliche Zwecke, daß unsere Vorfahren damals mehr auf Inneres als auf Aeußeres, mehr auf den Kern als die Schale sahen. „Nicht bloß die einzelnen Gebäude in ihrer so malerisch ungezwungenen Gruppierung, auch die Städte, als Ganzes betrachtet, bekundeten jene hohe, den Stoff wie die Form nach allen Richtungen hin beherrschende Meisterschaft, die, ihres Principes und ihres Zieles sicher, das Auge überall hat, alle Verhältnisse abwägt und das Recht des Kleinen wie des Großen zu wahren weiß, ein Ziel, welches auch die Statenkünstler des Mittelalters stets anstrebten". R. hoffte, „es werde die übervolle Schatzkammer des Merian'schen Nationalwerkes endlich wieder einmal einer näheren Aufmerksamkeit gewürdigt und ausgebeutet werden für eine bildliche Beschreibung aller bedeutenden Baudenkmäler christlichen Ursprunges auf dem Gebiete des weiland heiligen römischen Reiches deutscher Nation bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts.

Ehe sich aber dieser Wunsch erfüllte, wollte er das Seine tun, „damit wiederhergestellt und erhalten werde, was noch an Originalen zu Merians Bildern sich zu uns herübergerettet habe, die weite Bresche wieder auszufüllen, welche die letzten Jahrhunderte in unsere turmgekrönten Städte gelegt, ihnen jenes „lustige" Ansehen zurück zu geben, welches die älteren Reisebeschreiber ihnen nachzurühmen pflegen, und wovon jetzt höchstens in den Wirtsstuben etwas zu bemerken ist." — Man erzählt mir, in der Reisezeit verkaufe ein Kunsthändler in Nürnberg an Ame-

rikaner, Engländer, Russen, Franzosen täglich 300—400 Bilder seiner Stadt. Das ist dem Riegel zu danken, den König Ludwig I. vorschob, als die magistratlichen Fortbildungsnarren, denen alles Rückschritt ist, was nicht in der Richtung ihrer Nasen liegt, die Perle altdeutscher Städte so modernisieren wollten, daß sie platt, kahl und hohl werde wie der Stadtväter eigener Schädel. In ihrer Unschuld dachten sie nur zu copieren, was ihnen die Zeit der Aufklärung tausendfältig vorgemacht. Im Verwüsten concurriert sie mit dem dreißigjährigen Kriege. Sie macht die Klarheit zum Maßstab der Wahrheit. Klar und wahr ist ihr in allen Lebensgestaltungen nur die Naturgrundlage. Alle Autoritäten, alle objectiven Lebensformen löst sie auf. Ihre Religion ist ein mit christlich klingenden Phrasen schlecht gefirnißter Deismus. Baar jeder Pietät haßt sie die Geschichte, bricht mit der Ueberlieferung, vergöttert den gemeinen Nutzen, die ordinäre Prosa, ermächtigt den Einzelnen, Dank seiner Vernunft, alles im Himmel und auf Erden zu meßen. Ohne vaterländischen, kirchlichen, christlichen, künstlerischen, poetischen, historischen Geist mußte sie Denkmäler verfolgen, die den christlich-kirchlichen, den deutschen Stempel an der Stirn tragen, Säulen conservativer Gesinnung, Zeugen der Geschichte, Quellen der Ehrfurcht vor der Vergangenheit waren, durchtränkt von Poesie. So hat die Aufklärung aufgeräumt mit allem Hohen, das sie packen konnte. Die alten deutschen Städte wetteiferten hinsichtlich der Zahl und Höhe ihrer Türme, als Symbole der Macht und des Ansehens. Den Aufklärungsphilistern waren Turmkronen, hohe Giebel, steile Dächer ein Greuel, den man ausrotten müße. R. konnte ihre Untaten inventarisieren, „die den ästhetisch Gebildeten mit Unwillen erfüllen, dem Patrioten die Schamröte ins Gesicht treiben mußten". Die Rheinfaçade Kölns bei Merian vor sich, seufzte er: „Und jetzt? Die unvergleichliche Turmkrone in den Staub gestürzt, die malerischen Häusergruppen verdrängt von eintönigen, formlosen Wirtschaftskasernen, die stattlichen Tore niedergerißen oder durch Flickereien und Umgestaltungen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt; was originell, historisch, künstlerisch wertvoll war zerstört oder verpfuscht". Und das war nicht etwa vor hundert Jahren geschehen, wo ein Metzger den Dom zu Freising für 500 Gulden kaufen

konnte, wo man eine riesige Klosterglocke zerschlug, weil das Nest sie nicht haben solle. Sie waren neuen Datums.

Die modernen Aufklärungsgothen hat R. mit Skorpionen gezüchtigt, um den Stadtmagistraten und ihren Helfershelfern das Verwüstungshandwerk mindestens zu erschweren, wenn er es ihnen auch nicht immer legen konnte. „Das Lineal unserer Herren Stats- und Stadtbaumeister läßt sich in der Regel auch nicht zu der allerunbedeutendsten Concession herbei. Mit einer so consequenten Rücksichtslosigkeit gehen sie auf ihr Ziel los, daß man unwillkürlich an jene Mäusegattung erinnert wird, die, nicht anders als geradeaus gehend, den höchsten Turm überklimmt, um auf die entgegengesetzte Seite zu gelangen." Davon wißen die Sterberegister der Monumente ein Lied zu singen. Damit die Chaussee etwas regelrechter und gradliniger laufe, sollte Andernach sein ältestes, schönes Tor und die malerischen Reste einer erzbischöflichen Pfalz verlieren. In Kyllberg an der Mosel stürzte der reiche, gothische Kreuzgang zusammen, weil der Stadtmagistrat die Schieferstein der Bedachung, fünf Taler wert, anderweitig verwenden ließ. In Danzig ward die großartige, kunstreich construierte Karthause niedergerißen, um den Platz mit Kartoffeln zu bepflanzen. „So zerrißen die alten Städte ihre Adelsbriefe. Wo ein Stadtname von historischem Klange sich findet, macht sich die Glatt- und Gleichmacherei auf, um alles zu verwischen, was an die frühere Bedeutung erinnert. Läßt eine solche Gemeindebehörde, um aufzuklären, ihr fiat lux über das Weichbild ihres Wohnortes ergehen, so verschwören sich Seichtigkeit und Geschmacklosigkeit mit Rücksichten des Privatinteresses gegen die Ueberbleibsel der Vorzeit. Es wird wol noch dahin kommen, daß die Gastwirte des Rhein- und Mosellandes im Interesse ihrer Wirtschaften und der reichen, Altertümer aufsuchenden Reisenden einen Actienverein zur Erhaltung der Denkmäler gründen trotz Regierungen und Magistraten". Ob dieses Institut zu Stande kam? In Erfurt soll kürzlich der Bau einer künstlichen Ruine, als Magnet für englische Geldbörsen, beschloßen sein.

R. lag die Neigung fern, zur Ehre der Kirche die Sünden ihrer Diener zu leugnen oder totzuschweigen. Die Verschuldung des Klerus auf dem Gebiete der Kunst deckt er ernst auf. Mit

Boisseree gesteht er, in St. Peter wehe der Geist überschwänglicher Pracht und Massenhaftigkeit, wenn auch verbunden mit der himmelanstrebenden Richtung, der wir die deutschen Dome verdankten, es sei, als wäre der Pabst Kaiser geworden. Das geistliche Element sei hinsichtlich der Baukunst vielfach ebenso geschädigt worden, wie es durch das Zurückgreifen zur antiken Bildung überhaupt in jeder Beziehung Abbruch litt. „Der Klerus hat sich den auflösenden, verflachenden Einflüßen der letzten Jahrhunderte nicht zu entziehen gewußt, am wenigsten auf dem Kunstgebiet. Auch da läßt sich das von dem sterbenden Kardinale Pacca so bitter beklagte Verderben durch die Verweltlichung des Klerus und das Ueberwiegen des politischen Elements deutlich erkennen. Die gottgesetzten Hirten entschlugen sich des lebendigen Wechselverkehrs mit den Heerden und lenkten in die Bahnen ein, deren Centralpunkt Versailles war. Die Chöre der altehrwürdigen Kathedralen wurden in Marmor- und Täfelwerk ausstaffiert, so daß es fast den Anschein gewann, als ob, wo früher der Kirchenfürst den Gottesdienst, nur noch der Reichsfürst sein Levée abhalten wollte. Die Bischofshöfe verwandelten sich in lachende Schnörkelpaläste à la Marly und Trianon. Nach den Wohnsitzen der Prälaten modelten sich natürlich die Abteien, die Klöster, selbst die Pfarrhäuser so lange, bis auch der letzte Rest von Kirchlichkeit abgestreift war, und nicht einmal ein Heiligenbild sich zeigen durfte, dessen Stelle Embleme menschlicher Eitelkeit einnahmen. Das schwere Gericht, das, wie über viele andere, auch über die rheinischen Kirchenfürsten ergangen ist, erklärt sich schon vollkommen, wenn man nur die Paläste in Mainz, Trier, Koblenz, Bonn, oder gar Brühl sich ansieht. Klarer kann es einem nirgends in die Augen springen, wie die Herren dieser Behausungen, ihres Berufes und ihres Ursprunges vergeßend, statt auf dem alten, kirchlichen Grunde, auf dem Flugsande des Tages gebaut. Die Kirche muß dem civilisierten Chaos in der Kunst entgegentreten, wie sie früher Maß und Regel in das barbarische brachte. Beten muß die Kunst wieder lernen. Auf wen anders wird sie zu diesem Ende ihre Blicke richten als auf diejenigen, deren ganzes Leben nach St. Bernhard ein Gebet sein soll. Von ihnen muß der Impuls zur Rechristianisierung der Kunst ausgehen."

In dieſer Weiſe, predigte R. im Domblatt unbekümmert um den Vorwurf der Hyperſentimentalität und nutzloſen, ſauertöpfiſchen Oppoſitionsmacherei, damit viele Partei nähmen. Die indolente Gleichgültigkeit ſei überall der gefährlichſte Feind des Rechten und Wahren. Wo einem hiſtoriſchen Bauwerk Gefahr drohte, ward ſofort Lärm geſchlagen und bei Erfolg Victoria gerufen. Es ſollten die echten Rheinländer auch durch dieß Mittel aufgeweckt werden, das angeſtammte Weſen möglichſt wieder zu beleben, zu ſtärken und rein zu erhalten. Konnten die Artikel des Domblattes nur Einzelheiten herausgreifen, ſo gab „Die chriſtlich-germaniſche Baukunſt“, die drei Auflagen erlebte, einen Ueber- und Einblick in das ganze Gebiet. In klaſſiſcher Form zeigt ſie, daß das heutige Bauweſen in keiner Beziehung mehr dem Begriff einer Kunſt entſpreche, vielmehr das Bild einer an gänzliche Anarchie grenzenden Ausartung biete. Zum Behuf der Abhülfe verbreitet ſich der Verfaßer über Weſen, Technik, Formenreichtum, Anpaſſungsfähigkeit an die Bedürfniſſe heutiger Civiliſation, Koſtſpieligkeit und Billigkeit der Gothik. Gewißensfragen werden geſtellt: „Was haben Univerſitäten und Akademien bis jetzt für den Kölner Dom getan? Iſt von all dieſen hohen Schulen auch nur Ein Schrei der Indignation über den Vandalismus ausgegangen, der zerſtörend oder reſtaurierend fortwährend nach allen Richtungen ſein Unweſen treibt? O nein, da hat man viel zu viel mit dem Ei des Heſiod zu tun, mit etruskiſchen Vaſen und römiſchen Legionsſteinen, um an gothiſche Kathedralen denken zu können, deren wolgefügte, weiſe geordnete Steine einen Geiſt ausſtrahlen, wie ihn keine andere Sprache, auch die Muſik nicht, zu verkünden vermag, deren kalte Quadern ein warmes Herz bergen, worin ein höheres Leben, der heilige Geiſt des Chriſtentums pulſiert. Hat nicht das Werk der Erlöſung die Künſte, vor allem die gemeinſame Mutter, die Baukunſt, von den Banden frei gemacht, womit das Heidentum ſie an die Erde gefeßelt hielt? Hat es nicht der Malerei Flügel verliehen, auf denen ſie ſich wie die Laute einer Stimme himmelwärts ſchwingt und keinen Sturz mehr fürchtet? Die Stämme, welche der Polytheismus verſteinert hatte, ergrünen wieder unter dem belebenden Hauch der neuen Offenbarung. Man ſieht ſie

Blätter und Blüten treiben und zu einem heiligen Haine sich wölben, in deren Schatten der Altar des wahren, lebendigen Gottes sich erhebt. Was bietet dagegen die Tageskunst mit ihrer verunglückten Nachahmung der Antike? Von Petersburg bis Genf, von Philadelphia bis Triest gähnt uns dieselbe klassische Langeweile an, eine Herrlichkeit aus Tannenbrettern, Backsteinen, Mörtel und Oelfarbe. Da prangen jene klassischen Häuser-Futterale, denen das Haschen nach Effect, die Lust am bloßen Schein, die kindische Nachäfferei, die gänzliche Principienlosigkeit, die maßlose Geschmacksmengerei auf der Stirn stehen."

Stahl hat es dem Mittelalter zur hohen Ehre gerechnet, daß es zuerst gezeigt habe, was Stand ist. „Jene Beschränkung auf einen besonderen Lebensberuf und die Wirksamkeit in einem besonderen Kreiße, jene Durchdrungenheit von der besonderen Bedeutung, der Würde und den besonderen sittlichen Anforderungen dieses Berufes, sei es Ritterschaft oder Waffenwerk, sei es Gewerbe oder Kunst oder was immer für ein Beruf, jene liebevolle Pflege desselben, die ihn nicht als bloßes Mittel für Erwerb oder politische Stellung, sondern zugleich selbst als Zweck betrachtet, jenes innige Band der Berufsgenoßen, diese Züge geben ein Bild von unvergänglicher Schöne." In gleichem Sinne spricht R. in den Ausführungen „Ueber den Bau unserer Wohnungen" 1845: Unmöglich sei die Rückkehr zum Beßeren im Bauwesen, so lange nicht die Institution der Zünfte, gereinigt von allen Misbräuchen, von allem Abgestorbenen, mit den notwendigen Ergänzungen und Modificationen, im gesunden Kern unangetastet, wieder aufgerichtet sei. „Es muß dadurch wieder Ehrbarkeit, Gemeinsinn, Selbstgefühl an die Stelle der Zuchtlosigkeit, Unordnung und Versunkenheit treten, welche wie ein Krebsschaden an unserem Handwerksstande nagen. So lange die ungemeßene Concurrenz jedem tüchtigen Streben den Weg verlegt, so lange der alte deutsche Kern, der gewis noch tief im Innersten des Volkes liegt, nicht wieder zum Bewußtsein und Durchbruch gekommen ist und auf dem Grunde echter Religiosität wieder ein in sich geschloßenes Gemeinwesen erbaut hat, welchem der Stat wieder jene Unabhängigkeit und jene äußere Ehre gewähren muß, ohne welche keine Corporation nachhaltig wirken und gedeihen kann, ist keine

Aussicht auf Heilung der so gefährlichen und entsetzlichen Zustände im Gewerbsleben. Vor der Hand sollte jeder Arbeiter sich den Spruch zu Herzen nehmen, daß die Arbeit den Meister loben muß, daß die Pfuscherei sich ihr eigenes Grab gräbt. Jeder Besteller aber sollte bedenken, daß die Arbeit auch ihres Lohnes wert ist, die gute Arbeit mithin des guten Lohnes. Arbeiter und Besteller sollten es machen, wie die Alten es gemacht haben, der Wahrheit und nicht dem Schein, der Solidität und nicht dem Flitter, der meisterhaften Tüchtigkeit und nicht dem hergebrachten Schlendrian die Ehre geben, gute Muster aus gediegener Vorzeit nachbilden."

Als Student in Löwen schrieb der Historiker Janssen an die Seinen: „O liebe Eltern, es ist immer schön, in einem rein katholischen Lande zu leben, in einem Lande ohne Spaltung und Irrung, wo der eine Mensch das religiöse Gefühl des anderen nicht verspottet oder belächelt, in einem Lande, wo Groß und Klein und Arm und Reich von demselben Geiste durchdrungen sind; die Religion zeigt dem Betrachtenden dann so recht ihre liebende Kraft und gewinnt die Herzen mehr und mehr." Dieses sympathische Milieu erhöhte für R. die Kunstgenüße, die ihm Belgien bot, vor allem Brügge, die gothischeste Stadt. Geblieben war sie es, weil die Ebbezeit der mittelalterlichen Kunst mit der ihres Reichtums zusammentraf. „Die Bürger mußten also darauf verzichten, die Herrlichkeiten der Renaissance und ihres Sohnes, des Perrückenstils, sich aus Paris zu verschreiben. Selbst die Gebildeten konnten zumeist ihren guten Willen, dem Zeitgeist, dem Fortschritt zu huldigen, nur in der Art betätigen, daß sie die ragenden Giebel ihrer Häuser abrißen, um sie geradlinig mit einem klassischen Brettergesims abzuschließen, daß sie die steinernen Fensterkreuze herausrißen, die Erker und was sonst vorsprang beseitigten, und namentlich mittelst der Tüncherquaste den Hauch edler Einfachheit über das Ganze ergoßen, so daß der ordinäre Hau- oder Backstein hinter der weißen oder gelblichen Schönheitsmilch ganz und gar verschwand." R. pries es, daß in den ehrwürdigen, alten Rheinstädten, die einst in baulicher Hinsicht zu den schönsten im Vaterlande gehörten, bevor die Sucht der Gleichmacherei und die schale Vornehmtuerei, die meint, in einem alt-

väterischen Hause laße sich unmöglich nach der neuen Mode leben, hereingebrochen war, noch manches Gebäude aus jener guten alten Zeit so weit gerettet sei, daß sich erraten läßt, was es einst war. „Man muß sich nur nicht durch die Verstümmelungen und Vernachläßigungen irre machen laßen, welche diese alten Bauwerke erlitten haben. Vielmehr suche man sie im Geiste oder auch womöglich auf dem Papier so hinzustellen, wie sie ihre Baumeister sich gedacht haben, und man wird finden, daß man das Alte nur nachzubilden braucht, um wenigstens etwas weit Schöneres zu bekommen, als das Schönste, was unsere Architecten auf ihren Akademien schaffen lernen. Wer aber noch ein altes kunstreiches Wohnhaus besitzt, möge es in Ehren halten, und wo es bereits verunstaltet oder verkommen ist, wieder zu Ehren bringen. Die Erbauer und Bewohner solcher Häuser wollten durch die äußere Erscheinung bekunden, was sie glaubten, seien, vermöchten, daß ihre Häuser ihnen mehr seien als Schutz gegen Wind und Wetter. Heute macht man sich vor Heiden und wirklichen Christen lächerlich durch Herkulesse, Merkure, Widderköpfe. Was würde ein alter Grieche gesagt haben, hätte man ihm Moses, Confucius oder einen indischen Bonzen auf seine Brunnen oder Stadttore gestellt? Er hätte den Baumeister in's Narrenhaus geschickt. Einst zierte die Häuser mannigfaltiger, echt und rein künstlerischer Schmuck. Heute müßen sie viereckige Kasten sein mit so und so vielen gleich großen, viereckigen Löchern, und ist es heute leichter, eine Prachtstraße herzustellen, in der freilich Holz, Stein, Metall nicht ihrer Natur treu bleiben dürfen, sondern durch Kleister und Oelfarbe metamorphosiert werden müßen, als das gewöhnlichste Bauernholzhaus im Stil des XVI. und XVII. Jahrhunderts." Diese Kerngedanken R.s spiegeln die tiefsinnige deutsche Auffaßung des Hauses wieder als eines persönlichen, aus dem Leben der Familie hervorgewachsenen Wesens, die Ideen des organischen Zusammenhanges zwischen Wohnung und Familie, der Persönlichkeit des Hauses und der Heiligkeit des häuslichen Lebens. Riehl hat sein köstliches Buch „Die Familie" mit einem verklärten Bilde des bürgerlichen Hauses geschloßen. Wir sehen es mit der Giebelfront in einer neuen und dennoch krummen, wie ein anmutiger Fußpfad geschlängelten Straße dieser zugekehrt; denn

das ist das Wahrzeichen des deutschen Hauses. „Wie es lächerlich ist, in seinem Hause französisch zu sprechen, so nicht minder, sein Haus nach französischer oder italienischer Art zu bauen. Ueber dem steilen friedlichen Dache öffnet sich der Himmel, daß man die Engel erschauen kann, wie sie sich freuen über solch' ein Haus und musicieren dazu mit ihrer himmlischen Hausmusik, die ungefähr klingt wie das schönste Quartett von Joseph Haydn. Wir besitzen dieß Haus schon halb, in der Idee ist es unser altes, deutsches Haus. So laßt uns dasselbe in der Wirklichkeit erbauen nicht bloß für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart." Wie? Gibt es unzweifelhaft einen allerchristlichsten Stil, wie muß es dann den gläubigen Christen erheben und beglücken, wenn er in einem alten oder neuen, schlecht und recht gothischen Hause die Steine predigen hören kann von dem, was seines Lebens Leben ist. Das Lob heiliger Schönheit ist solchem Hause von allen Unbefangenen gewis. Am 17. August v. J. illuminierte Wien wie ganz Oesterreich zur Feier des 70. Geburtstages unseres Kaisers. Das von Baron v. Schmidt, dem vertrauten Freunde R.s, in venetianischer Gothik ausgeführte Rathaus strahlte in 15500 Flammen. Die daneben stehende von Baron von Ferstel in französischer Gothik erbaute Salvatorkirche tauchten Scheinwerfer in Ströme von Licht. Hätte man Umfrage halten können bei den Hunderttausenden aus dem Volke, welche die Hofmuseen, die Justiz-, Parlaments-, Ringpaläste im Lichtgewande bewunderten: „Was g'freut Ihna am meisten?" Unisono wäre geantwortet: „Natürli d' Kirch'n und 's Rathaus!" „Warum denn?" „Weil's himm'lscheen saan!"

Druck und Verlag: W. Hopf Melsungen Kurhessen.

Deutsche Rechtspartei.

Correspondenzblatt für Gesamt-Deutschland.

Nr. 61. Juli 1901. 10. Jahrgang.

Der Streit um den braunschweigischen Landesherrn.

Ein bei der braunschweigischen Landessynode eingebrachter Antrag der braunschweigischen Landes-Rechtspartei und der braunschweigischen welfischen Partei betreffend Aufnahme einer Fürbitte für den Herzog von Cumberland in seiner Eigenschaft als Landesherrn in das allgemeine Kirchengebet ist zwar, wie bei der Zusammensetzung der Synode vorausgesehen werden konnte, in der Sitzung derselben vom 13. Mai d. J. mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt worden, hat aber einige Aeußerungen zu Tage gefördert, die so interessant und z. T. auch so erfreulich sind, daß sie hier wenigstens kurz erwähnt werden müßen.

Erfreulich war es zunächst, daß der von dem bekannten nationalliberalen Landgerichtsrat Kulemann zur Sache erstattete Commissionsbericht die Eigenschaft des Herzos als rechtmäßigen Landesherrn im Herzogtum Braunschweig unumwunden anerkannte und die Ablehnung des Antrages nur aus dem Umstande zu folgern suchte, daß der herzogliche Landesherr durch die bekannten Acte von 1884/88 „für die Dauer der in dem Regentschaftsgesetze vorgesehenen Verhinderung von der Ausübung der landesherrlichen Rechte in vollem Umfange ausgeschlossen" sei. Diese Schlußfolgerung ist dann von dem dermaligen ausgezeichnetsten Juristen des Herzogtums, dem Landgerichtspräsidenten Dr. Dedekind, und später noch von andern juristischen Gutachten angefochten und unseres Dafürhaltens zu Nichte gemacht worden. Auch hat Herr Kulemann selbst in seinem mündlichem Referat am 13. Mai zugegeben, es ließen sich auch sehr gewichtige Gründe gegen seine Ansicht geltend machen, und er hat ferner festgestellt, daß er schließlich zu seinem ablehnenden

Votum nicht aus dem Grunde gelangt sei, weil die Richtigkeit seiner Ansicht zweifellos feststehe, sondern deshalb, weil im Zweifel am bestehenden Zustande festzuhalten sei. Mit besonderer Genugtuung muß auch die persönliche Schlußbemerkung des Referenten erfüllen, in der er seiner „inneren Sympathie" für die Bestrebungen der Antragsteller offenen Ausdruck verlieh und sein Bedauern aussprach, daß er auf Grund seiner objectiven juristischen Prüfung der Sache nicht einen der Eingabe günstigen Standpunkt einnehmen könne, den er anderesfalls mit großer Freude vertreten haben würde.

Erfreulich ist ferner eine in der Sitzung vom 13. Mai abgegebene Erklärung des Synodalen Superintendenten Schulz, welche das Recht der Kirche, für den Landesherrn zu beten, vom kirchlichen Standpunkte aus begründete. Der „Vaterländischen Volkszeitung" zu Folge nahm die Synode diese Erklärung mit „tiefem Stillschweigen auf, welches aber den großen Eindruck dieses schönen Zeugnisses für die Wahrheit nur zu erhöhen vermochte."

Um so merkwürdiger nahm sich diesen erfreulichen Zeugnissen für das landesherrliche Recht des legitimen Herzogs Ernst August von Braunschweig gegenüber der Einspruch aus, den im Auftrage der Kirchenregierung und des herzoglichen Statsministeriums der Geh. Rat Dr. Trieps in der Synodalsitzung vom 10. Mai zum Vortrage brachte. Diese Aeußerung, welche sich direct gegen die in dem Kulemann'schen Commissionsbericht enthaltene Anerkennung des Herzogs Ernst August als Landesherrn richtete, erklärte sich einverstanden mit dem Antrage der kirchenrechtlichen Commission, „die Eingabe des ersten Vorsitzenden der braunschweigischen Landes-Rechtspartei und der braunschweigisch-welfischen Partei vom December 1900 nebst Nachtrag vom Februar 1901 unberücksichtigt zu laßen", und begründete dieß u. a. wie folgt: „Die herzogliche Landesregierung und die Landesversammlung sind, als es sich um die dem Regentschaftsgesetze vom 16. Februar 1879 Nr. 3 entsprechende Begründung und Gestaltung der gegenwärtigen Regierung des Herzogtums handelte, unter anderem von der damals und bis heute anerkannten Tatsache ausgegangen, daß Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland der erbberechtigte Tronfolger sei. Soll

jetzt mit der Bezeichnung Höchstdesselben als „Landesherr" dasselbe gesagt werden, so ist der oben erwähnte Satz überflüßig; soll die Bezeichnung etwas anderes bedeuten — ohne daß übrigens zu ersehen wäre, was? — so ist mit dem Aufstellen des Satzes eine Frage angeregt, über welche zu befinden Organen des States, der herzoglichen Landesregierung und der Landesversammlung zusteht. Beide, die herzogliche Landesregierung und die Landesversammlung, haben stets fest auf dem Boden der Verfaßung, insbesondere des erwähnten Regentschaftsgesetzes, gestanden und die weder durch die Gesetze, noch durch die Sachlage gebotene Erörterung und Aufstellung von statsrechtlichen theoretischen Sätzen, wie der hier fragliche, **im wolverstandenen Interesse des States vermieden.** Von gleichem Grundsatze wird die Landessynode sich leiten laßen wollen, zumal es sich bei der Aufstellung solcher Sätze um ein ihrer Zuständigkeit nicht unterliegendes Gebiet handelt, und die Aufstellung des Satzes geeignet sein könnte, **zum Nachteil einer glücklichen Entwickelung der Geschicke des Herzogtums** in den Kreißen der Bevölkerung Zweifel bezüglich der vollen verfaßungsmäßigen Rechte des gegenwärtigen Trägers der höchsten Statsgewalt entstehen zu laßen".

Gegenüber dieser auffallenden Erklärung der Stats- und Kirchenregierung betonte schon der Commissions-Referent Herr Kulemann in seinem Schluß-Referat, daß die Begriffe „erbberechtigter Tronfolger" und „Landesherr" trotz der Regierungs-Erklärung durchaus zu trennen seien. Es sei ganz unzweifelhaft, daß Herzog Ernst August bis zum Tode des Herzogs Wilhelm erbberechtigter Tronfolger gewesen, seitdem aber Landesherr sei. Die offenbar nur politischen — ihm unbekannten — Motive der Regierung könnten für ihn nicht maßgebend sein. Er habe für seine Person nur den Wunsch, daß Recht und Gerechtigkeit die Grundlage aller statlichen Maßnahmen seien. Die Landesherrn-Eigenschaft des Herzogs sei ja aber auch bereits durch die gewis keiner welfischen Sympathien verdächtige Autorität des Reichsgerichts als der höchsten juristischen Körperschaft des Reiches festgestellt. Um so

unverständlicher sei es, wenn die Regierung besorge, daß die Stellungnahme der Commission zu Zweifeln über die vollen verfaßungsmäßigen Rechte des Regenten Anlaß geben könne. Denn Landesherr und Regent seien in der Tat Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen.

Das alles ist für jeden, der die statsrechtlichen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig kennt, so zweifellos, daß sich eine Erörterung der absoluten rechtlichen Nichtigkeit des Regierungsstandpunktes, der denn auch in der Synode keinen einzigen Verteidiger fand, gar nicht der Mühe verlohnt. Ebenso zweifellos ist es, daß das braunschweigische Ministerium sein Quos ego! — so wird die Erklärung des Herrn Trieps von der „Vaterl. Volksztg." mit Recht genannt — nur deshalb in die Synode hineinwarf, um ein Bekenntnis derselben zu dem klaren und unzweifelhaften Rechte des Herzogs Ernst August als braunschweigischen Landesherrn zu verhindern. Weniger verständlich bleiben dagegen die von der Regierung für den Fall der Anerkennung des rechtmäßigen Landesherrn in Aussicht gestellten Gefahren. Von wem befürchtet sie in diesem Falle die Bedrohung des „wol verstandenen Interesses des States", den „Nachteil einer glücklichen Entwickelung der Geschicke des Herzogtums"? Der Verdacht ist unabweisbar, daß die herzogliche Regierung diese Gefährdungen von Preußen her erwarte, ja daß sie vielleicht ihr eigenes Quos ego erst in Folge eines ihr selbst zu Teil gewordenen preußischen ausgesprochen habe.

Dieser Verdacht hat auch seine augenscheinliche Bestätigung durch einen weiteren Aufsehen erregenden Vorgang erfahren. Die braunschweigisch-welfische Partei sandte von ihrem am Sonntage dem 23. Juni auf dem „Kaffeehause" zu Wolfenbüttel abgehaltenen Parteitage ein Telegramm ab, in welchem sie dem Herzog von Cumberland als „unserem allverehrten Landesherrn" „ehrerbietigsten, untertänigsten Gruß" mit dem Gelöbnis „unwandelbarer Treue" entbot. Während nun dieses Telegramm in Braunschweig selbst von der Telegraphenbehörde unbeanstandet angenommen und weiter befördert wurde, erhielt der Absender, Fabrikdirektor Sollmann, Tags darauf von dem dortigen Postamte die Mitteilung, daß das Telegramm durch

das kaiserliche Telegraphenamt in Berlin „wegen Unzuläßigkeit des Inhalts, insbesondere wegen der Worte ‚unserem allverehrten Landesherrn‘, von der Weiterbeförderung ausgeschloßen“ worden sei.

Dieser merkwürdigen Berliner Verfügung gegenüber ist alsbald auch von nicht-welfischen Blättern darauf hingewiesen worden, daß schon das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 16. September 1892 (Entscheidungen in Strafsachen, Band 23, S. 241) festgestellt habe, daß der Herzog von Cumberland unzweifelhaft braunschweigischer Landesherr sei. Zugleich erfuhr man, daß die braunschweigisch-welfische Partei entschloßen sei, gegen den Eingriff des Berliner Telegraphenamtes Beschwerde zu erheben und die Sache bis in die letzten Instanzen durchzufechten, weil man darauf gespannt sein dürfe, wie das Berliner Telegraphenamt sein Vorgehen rechtfertigen werde, da nach § 1 Ziffer III der Telegraphenordnung nur solche Privattelegramme zurückgewiesen werden können, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksichten des öffentlichen Woles oder der Sittlichkeit für unzuläßig erachtet wird.

Wir können die Absicht der Absender, den Beschwerde-Weg bis in die letzte Instanz zu verfolgen, nur billigen, so wenig auch voraussichtlich dabei herauskommen wird. Zugleich sollte aber die Angelegenheit im braunschweigischen Landtage nicht nur, sondern auch im deutschen Reichstage erörtert werden. Vor den Reichstag gehört dieselbe sogar in erster Linie, und da das in Betracht kommende Berliner Telegraphenamt eine Reichsbehörde ist, so ist auch eine formelle Begründung für die Inanspruchnahme des Reichstages gegeben.

Dabei wird es vor allem darauf ankommen, den Hintergrund der Gedanken und Absichten zu beleuchten, um derentwillen die Bezeichnung des Herzogs von Cumberland als braunschweigischer Landesherr dem herzoglichen Ministerium als gefährlich und dem kaiserlichen Telegraphenamte in Berlin als geradezu „unzuläßig“ erscheint. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß beide von einander ganz unabhängige Instanzen zu ihrem identischen Handeln auch identische Beweggründe gehabt haben, und daß ihnen dieselben von einer dritten Stelle insinuiert worden sind. Wer ist nun

diese „maßgebende Stelle“? Welches Recht und welches Interesse hat sie, einem deutschen Bundesstate die Existenz seines ohne jeden Zweifel rechtlich wie tatsächlich vorhandenen, wenn auch an der vollen Ausübung seiner Rechte zur Zeit angeblich verhinderten „Landesherrn“ zu bestreiten?

Man wird sich dabei zu erinnern haben, daß bei der „Behinderung“ des rechtsmäßigen Landesherrn an der Regierungsausübung und bei Einsetzung des Prinzen Albrecht von Preußen zum Regenten des Herzogtums die Absicht Preußens zweifellos auf endgültige Beseitigung des welfischen Herrscherhauses auch aus Braunschweig und seine Ersetzung zunächst durch eine preußische Secundogenitur gerichtet war. Diese Absicht transspirierte damals, so zu sagen, aus allen Poren der officiellen und officiösen preußischen Welt. Sie ist nachträglich aber auch offen bekannt geworden, und zwar auf Veranlaßung keines Geringeren als des Fürsten Bismarck, der im Juli 1896 eines seiner namhaftesten Organe, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ folgende Enthüllung machen ließ:

„Es gilt als selbstverständlich, daß die Selbstständigkeit des Herzogtums erhalten bleiben muß, aber als eben so selbstverständlich, daß dort nicht ein Hoflager für welfische Zwecke und Aspirationen errichtet werden darf. Kein Erbe aus dem welfischen Hause vermöchte in dieser Beziehung unbedingte Garantien zu bieten, und in solcher Erwägung **gieng Kaiser Wilhelm** I., als er seine Genehmigung zu der Regentschaftsübernahme des Prinzen Albrecht erteilte, **von der Annahme aus, die braunschweigischen Stände würden der schwierigen Lage ihres Landes dadurch ein Ende bereiten, daß sie den Prinzen Albrecht oder einen seiner Söhne zum Herzog erwählten**“.

Hier wurde also ohne alle Scheu ausgesprochen, daß Kaiser Wilhelm I. den Prinzen Albrecht in der „Annahme“ nach Braunschweig geschickt habe, die Landstände, die ihn ja schon auf preußisches Betreiben zum Regenten gemacht, würden ihre Willfährigkeit noch weiter treiben und ihn auch zum Herzog „wählen“, — obwol das braunschweigische Regentschaftsgesetz vom 16. Februar 1879, auf welchem die Regentenstellung des Prinzen ausschließlich

beruht, seinem Wortlaute nach, keinen anderen Zweck hatte, als dem „erbberechtigten Tronfolger“ (§ 1) die Succession zu wahren, und obwol § 6 dieses Gesetzes die Stellung des Regenten ausdrücklich dahin einschränkt, daß er „die Regierungsverweſung bis zum Regierungsantritt des Tronfolgers fortführt“. Diese Bismarck'sche Enthüllung passt aber genau zu dem Geschichtsbilde eines Königs, der am 18. Juni 1860 den in Baden-Baden versammelten deutschen Fürsten versicherte, „niemals die Absicht zu haben, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staten umfaßt, zu erschüttern“, wol aber seine „erste Aufgabe“ darin zu sehen, „den Territorialbestand sowol des Gesamt-Vaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen“, — und der dann sechs Jahre später zwecks Herstellung der preußischen „Spitze“ den Territorialbestand des Gesamt-Vaterlandes zerriß, indem er denselben um Oesterreich, Luxemburg 2c. verkleinerte und fünf deutsche Länder annectierte.

Im Lichte jener durch Bismarck enthüllten „Annahme“ Wilhelms I. gewinnt auch alles weiter in Braunschweig Geschehene erst volle Klarheit: die berühmte Kundgebung des preußischen Generalmajors v. Hilgers vom 18. October 1884 über das „unbeerbte Hinscheiden“ des Herzogs Wilhelm; die Weigerung des braunschweigischen Statsministers Grafen Görtz-Wrisberg und seiner Collegen, das Regierungsantritts-Patent des Herzogs Ernst August vom selben Tage anzuerkennen; der preußische Bundesrats-Antrag vom 21. Mai 1885, „die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem innern Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich“ zu erklären; die Nachgiebigkeit der braunschweigischen Landesregierung und Landesversammlung diesem Antrage gegenüber, und endlich der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885. Der ganze Verlauf der sogen. braunschweigischen Frage läßt sich in Folge jener Bismarck'schen Enthüllung nach viel beßer, wie das früher schon der Fall war, begreifen als einfache Consequenz der Entstehung des „Reiches“ aus der preußischen Gewalts- und Vergrößerungspolitik.

Die „Annahme“ Wilhelms I., daß Prinz Albrecht von Preußen, an Stelle des an- und eingestammten welfischen, ein neues Regentenhaus in Braunschweig begründen solle, scheint aber

auch mit dem Tode des ersten preußisch-deutschen Kaisers noch nicht erloschen zu sein. Sehr deutliche Anklänge an jene „Annahme" finden sich noch in den Ansprachen, welche Kaiser Wilhelm II. bei seinem Besuche in Braunschweig, den 18. Mai 1889, mit dem Prinz-Regenten Albrecht wechselte, namentlich in derjenigen des Kaisers selbst. Derselben nannte in dieser an den preußischen Prinzregenten gerichteten Ansprache Braunschweig und seine Bewohner: „Ihr Land, Ihre Bevölkerung und Ihre Stadt"; er sagte: es „sind die geschichtlichen Beziehungen schon seit Jahrhunderten nahe und eng zwischen unsren beiden Häusern, und Unser Haus gedenkt daran mit Dank, daß die braunschweigischen Fürsten, ihrer Pflicht als deutsche Fürsten eingedenk und immer auf die Größe unseres deutschen Vaterlandes bedacht, für Unser Haus ihr Land und Leben in die Schanze schlugen"; der Kaiser freute sich des Weiteren, daß, wie er sehe, in Braunschweig „Fürst und Volk eng verbunden mit einander" seien, sowie besonders darüber, „daß die alte gute Tradition, daß die braunschweigischen Fürsten preußische Feldmarschälle waren, heutzutage wieder hergestellt worden ist", und er trank schließlich auf „das Wol des States Braunschweig und Seines Hauptes, Sr. Kgl. Hoheit des Prinz-Regenten". Wer diese Rede Wilhelms II. liest, der wird zugeben müßen, daß sie durchaus den Eindruck mache, als ob es einen rechtmäßigen welfischen Landesherrn in Braunschweig überhaupt nicht mehr gebe, und als ob der Prinz Albrecht von Preußen und sein Haus bereits voll und ganz in die Nachfolge des braunschweigischen Welfenhauses eingetreten seien.

Mit der Erwählung des Prinzen Albrecht durch die braunschweigischen Stände hat es nun allerdings gehapert, vielleicht weniger durch Schuld der letzteren als durch diejenige des Prinzen Albrecht, der schon lange in dem Geruche steht, daß er an der ihm in Braunschweig gestellten Aufgabe keine Freude habe. Auch hatte es in den letzten Jahren den Anschein, als ob in Berlin selbst jene „Annahme" Wilhelms I. — freiwillig oder unfreiwillig — fallen gelaßen worden sei und man wol oder übel sich wieder dazu verstehen wolle, mit der Existenz des

rechtmäßigen braunschweigischen Landesherrn zu rechnen. Gegen diesen Anschein war auch die oben referierte Enthüllung des nörgelnden Sachsenwäldlers gerichtet, in der es geradezu hieß: „Daß dieß [nemlich die Erwählung des Prinzen Albrecht zum Herzog durch die braunschweigischen Stände] bis heute nicht geschehen, ja daß die ehedem fast verschwundenen welfischen Aspirationen stärker denn je in den Vordergrund treten, ist nur eins der mancherlei Symptome einer im nationalen Sinne rückläufigen Bewegung, die ihren Ursprung weniger in den Gesinnungen der Bevölkerung als in der Wahrnehmung seitens der letzteren haben, daß an der leitenden Stelle des Reiches seit der Katastrophe von 1890 nicht mehr jener feste, zielbewußte Wille, jener sicher vorausschauende Blick und die starke, unbeugsame Hand vorhanden ist, die bei dem Hinscheiden des Herzogs Wilhelm jeder antinationalen Entwickelung der braunschweigischen Angelegenheit mit fester Entschloßenheit vorbeugten."

Man konnte über die in Folge dessen eingetretene ruhigere Entwickelung der Dinge in Braunschweig, welche es dem gesunden Sinne der Bevölkerung gestattete, sich wieder in der alten Treue gegen das angestammte Fürstenhaus zurecht zu finden und zu befestigen, nur Genugtuung empfinden, wenn sich daraus zunächst auch eine politische Versumpfung dessen ergab, was man euphemistisch die braunschweigische Frage zu nennen pflegt, was in Wahrheit aber nichts anderes ist als die Frage, ob wirklich der rechtmäßige Landesherr, Herzog Ernst August von Braunschweig, an der Ausübung seiner landesherrlichen Rechte durch Preußen und seine Reichs-Vasallen endgültig verhindert werden soll.

Die oben von uns besprochene Bestreitung der landesherrlichen Eigenschaft des Herzogs Ernst August durch das Ministerium in Braunschweig und das kaiserliche Telegraphenamt in Berlin scheint nun auf die in Berlin bestehende Absicht hinzudeuten, der bisherigen Versumpfung der braunschweigischen Frage im Sinne einer endgültigen Unterdrückung des landesherrlichen Rechtes des Welfenhauses ein Ende zu machen. Sie legt sogar die Vermutung nahe, daß wieder auf die von Bismarck enthüllte Absicht, des

ersten preußisch-deutschen Kaisers, in Braunschweig eine preußische Secundogenitur zu errichten, zurückgegriffen werden solle.

Darum scheint es uns jetzt vor allem geboten zu sein, die in dieser Richtung spielenden Berliner Gedanken, mögen es nun schon bestimmte Absichten oder noch schwankende Velleitäten sein, auf parlamentarischem Wege sowol im braunschweigischen Landtage wie im Berliner Reichstage möglichst klar zu stellen. Eine beßere Gelegenheit dazu wie das Vorgehen des Herrn Trieps in Braunschweig und des kaiserlichen Telegraphenamtes in Berlin dürfte sich so bald nicht wieder bieten.

W. H.

Ein hannoversches Zeugnis für das Recht.

Am 19. Mai d. J. hielt die deutsch-hannoversche Partei zu Lüneburg ihre siebente Landesversammlung ab, die bei starker Beteiligung aus allen Teilen des Hannoverlandes einen glänzenden Verlauf nahm, obwol sie schließlich der der polizeilichen Auflösung verfiel. Auf dieser Versammlung hielt der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Wangenheim-Wake eine längere Rede, der wir die nachstehenden, auf die allgemein deutsche Lage und Entwickelung bezüglichen Ausführungen entnehmen.

* * *

Seit jener Zeit, [dem Annexionsjahre 1866], meine Herren, ist es für uns die Pflicht, auf dem Kampfplatze, den uns unser Gewißen, den uns unsere Treue, den uns unser Rechtsgefühl anweist, auszuharren. (Lebhafte Zustimmnug.) Wir wollen und können dabei ja nicht leugnen, meine Herren, daß im Laufe der Jahrzehnde auch bei uns der treibende Gedanke in diesem Kampfe, der Gedanke, der in erster Linie steht, wol eine andere Form angenommen hat. Wir können gewis zugestehen, daß in den ersten Jahrzehnden nach 1866 es in erster Linie die Abneigung gegen

den Sieger, die Abneigung gegen das fremde Wesen, welches bei uns im Lande die Herrschaft führte, es gewesen ist, welches an die Fahne der deutsch-hannoverschen Partei die Masse des Volkes fesselte. Aber, meine Herren, je weiter die Zeit geschritten ist, je länger Gott diese Fügung über unser Volk zuließ, je mehr sind wir uns bewußt geworden, daß wir nicht bloß für unser Recht, sondern daß wir für das Recht im allgemeinen auf dem Kampfplatze stünden, je mehr sind wir uns des idealen Zieles bewußt geworden, daß der Kampf für das Recht, der Kampf gegen die Revolution es für jeden ehrlichen Menschen, für jeden ehrlichen Deutschen, insbesondere aber für jeden Hannoveraner zu einer zwingenden Pflicht macht, an unsere Fahne seine Schritte zu fesseln. . . .

Meine Herren, ich sagte vorhin, wir wären, je länger die Zeit vorschritt, uns immer klarer geworden über unsere idealen Ziele, und, meine Herren, es ist wunderbar, daß nicht gleich uns auch andere Parteien dasselbe erkannt haben, daß sie nicht erkannt haben, daß es wol möglich ist, mit den Waffen der Gewalt ein großes Reich zu begründen, daß es aber nicht möglich ist, auf die Dauer ein solches Reich lediglich auf dem Fundament der Gewalt zu erhalten und darauf weiter zu entwickeln. (Sehr richtig.) Meine Herren, ganz abgesehen von der Zertrümmerung des Rechtsbodens, auf dem das neue deutsche Reich errichtet wurde, ganz abgesehen davon liegt es für jeden Menschen, der in nüchterner Weise unsere ganze Entwickelung in den letzten Jahrzehnden zu beurteilen im Stande ist, auf der Hand, daß schon allein die auf den damaligen revolutionären Ereignissen sich begründende sociale Entwickelung, welche das deutsche Erwerbsleben seit jener Zeit genommen hat, eine stetig wachsende Gefahr, insbesondere eine wachsende Gefahr für eine Monarchie, ein monarchisches Deutschland bildet. Durch die stets fortschreitende demokratisierende politische Richtung ist von Jahr zu Jahr in immer stärkerem Maße der Bestand des neu gebildeten Statswesens bedroht, und, meine Herren, es ist wunderbar, daß nicht auch die anderen Parteien sich jemals dieser Gefahr gegenüber darauf besinnen, daß ihr allein mit den Waffen des Rechtes entgegen getreten werden kann und nicht auf die Dauer allein mit den Waffen der Gewalt.

Es ist eine Gerechtigkeit des Schicksals, meine Herren, daß diese Wirkung der damaligen geschichtlichen Ereignisse sich in erster Linie, am meisten und am allerfühlbarsten in der Monarchie Preußen zeigt und zwar nach doppelter Richtung.

Meine Herren, zunächst darf ja nicht verkannt werden, daß auch das preußische Königtum durch die deutsche Kaiserkrone an Souveränetät, an Einfluß, an Machtgewalt in dem eigenen Lande verloren hat. So gut wie alle übrigen deutschen Fürsten und Regierungen hat auch der König von Preußen der Reichsgewalt eine ganze Anzahl von Machtmitteln, eine ganze Anzahl von Souveränetätsrechten opfern müßen, und, meine Herren, wenn auch Anfangs der Glanz der Kaiserkrone die preußischen Parteien — ich meine die speciellen Parteien des Königreiches Preußen in den alten Provinzen — wol über diese Einbuße an Macht im eigenen Lande hinweg geteuscht hat, und wenn vielleicht auch manche geglaubt haben: die Entwickelung würde ganz von selbst dahin führen, daß sich die Machtmittel des Reiches immer mehr in centralistischer Richtung auf Preußen vereinen würden und daß immer mehr Preußen allein die Führung und die Macht im Reich gewinnen und dadurch eine Stärkung auch dem preußischen Königtum widerfahren könnte, so ist der Glaube doch mit der Zeit dahin geschwunden. Die Entwickelung hat sich denn doch etwas anders gezeigt. Meine Herren, wie ist die Wirkung dieser Erkenntnis gerade bei denjenigen Parteien, die in erster Linie berufen sind, dem Königreiche Preußen Stützen des Trones zu sein, die sich immer wenigstens als die alleinigen Stützen, möchte ich beinahe sagen, des Trones angesehen haben! Ja, meine Herren, wir dürfen mit Wahrheit behaupten, daß, während in allen übrigen dem deutschen Reiche angehörenden deutschen Staten mit der Zeit, entgegen der ursprünglichen Abneigung, entgegen dem ursprünglichen Particularismus, der Reichsgedanke immer mehr an Gewalt und Einfluß gewonnen hat und alle deutschen Stämme immer mehr sich hineingelebt haben auch in das Gute, was das Reich ihnen bietet, daß umgekehrt in Preußen, in den alten Provinzen des Königreichs Preußen, die Abneigung gegen das Reich von Stunde zu Stunde, von Jahr zu Jahr immer gewachsen ist.

Meine Herren es gibt im ganzen deutschen Reiche keine

Partei, welche der Entwickelung des Reichsgedankens einen stärkeren einen particularistischeren Widerstand entgegensetzt als die conservativen Parteien im Königreich Preußen. (Sehr richtig.) Ich brauche Sie nur daran zu erinnern, meine Herren, es gibt keine Partei, die in ihrem Urteil, in ihrer Kritik gegen ihren Landesherrn, gegen ihr Statsoberhaupt schärfer und unbescheidener geworden ist wie die conservative Partei. (Sehr richtig!) Meine Herren, das ist nicht in diesem Maße der Fall gewesen, solange der alte Kaiser Wilhelm I. lebte. Von ihm wußten die preußischen Conservativen ganz genau, daß ihm der preußische König sehr viel näher lag als der deutsche Kaiser. Damals waren diese Parteien ihrer Sache sicher. Sie spotteten über das Reich. Es war ihnen nur ein Zuwachs zu ihrer preußischen Macht. Aber, meine Herren, die Verhältnisse haben sich anders gestaltet, nachdem der jetzige Kaiser den Parteien häufiger in dem Gewande des deutschen Kaisers als in dem des Königs von Preußen erschien. Ich möchte Ihnen da noch Kenntnis geben von dem Urtheile eines Mannes, dem man gewis keine Reichsfeindschaft zutrauen kann. Herr Otto Mittelstädt, m. W. Reichsgerichtsrat, schrieb vor der letzten Wahlperiode 1897 eine Broschüre „Vor der Flut", die sich in erster Linie mit dem preußischen Königtum beschäftigt und viel Aufsehen erregte. Diese Broschüre ist damals in Form eines Briefwechsels geschrieben worden und so gehalten, als wenn die Briefe an jemanden gerichtet seien, der ein hoher Würdenträger der Krone Preußens ist. Ich möchte Ihnen ein Urteil vorlesen, das er an einen Mann, der in der Nähe der Krone Preußens sitzt, schreibt: „In Ihrer Sphäre, verehrter Freund, ahnt man nicht, wie entsetzlich rasch sowol in den Kreißen unseres Beamtentums, wie in den weiten Schichten deutschen Bürgertums die Empfindung persönlicher Verehrung, ehrerbietiger Scheu, rückhaltloser Treue dem Träger der deutschen Kaiserkrone gegenüber sich verflüchtigt haben. Was darüber hinwegtäuscht, ist einmal der rote Lappen der Socialdemokratie und zum anderen Teil eine ungewöhnliche Anhäufung charakterloser Feigheit und serviler Heuchelei." Er sagt dann weiter noch an einer anderen Stelle: „Der Platz, den früher die königstreue Gesinnung altpreußischer Ritterschaft und altpreußischen Bürgertums

Besitz- und Erwerbsverhältnisse. Vor allem erstrebt sie die Aufrichtung der Herrschaft des vierten Standes. Das sind die Ziele der Socialdemokratie, die es ihr unmöglich machen, zur Trägerin und zur Stütze eines Statswesens zu werden.

Dem gegenüber reiben sich die anderen Parteien auf, indem sie zwar gegenseitig sich anschreien und anfeuern zum gemeinsamen Kampfe gegen die gefürchteten Socialdemokraten, indem sie aber gleichzeitig ihrerseits dieselben revolutionären Wege betreten wie die Socialdemokraten. (Sehr richtig.) Ich meine, meine Herren, darin liegt der Grund der Zerrüttung und des Zerfalles der anderen großen politischen Parteien. Teuschen wir uns nicht darüber: eine conservativ-agrarische Demagogie revoltiert unser Volk von der rechten Seite in genau dem Maße und in derselben verderblichen Weise wie die revolutionäre Bewegung, die demokratische Bewegung der Socialdemokraten von der linken Seite es tut. (Sehr richtig.)

Und, meine Herren, die liberalen Parteien aller Schattierungen bereiten diesen revolutionären Bewegungen den Boden schon allein durch ihre Abneigung gegen Kirche und Religion. Ohne einen festen Gottesglauben gibt es keine wahre Freiheit, gibt es keine wirkliche Ueberzeugungstreue, gibt es keine wahre Vaterlandsliebe und keinen opferfreudigen Gemeinsinn. Wo die Gottesfurcht fehlt, da tritt Menschenfurcht an ihre Stelle, und an die Stelle der Gottesverehrung tritt die Verehrung der Güter und Schätze dieser Welt. Meine Herren, der Tanz um das goldene Kalb und der Kampf um die materiellen Güter dieser Erde, das ist es, was die nationalliberale Partei zerrüttet, das ist es, was auch die conservative Partei zerrütet. Beide begegnen sich auf demselben Boden. Meine Herren, in dieser Minderung des Rechtsbewußtseins, in diesem Sichverlieren in materiellen Interessen sehen wir den Untergang der anderen Parteien. Wir haben uns also dieses Menetekel vor Augen zu halten, daß wir nicht in denselben Fehler verfallen. Gewis, wir sind Menschen, der eine unter uns hat diese, der andere jene materiellen Interessen. Aber hüten Sie sich davor, die materiellen Interessen eine Herrschaft gewinnen zu laßen über Ihre politische Ueberzeugung, über Ihr moralisches Denken.

Meine Herren, auch unsere deutschen Fürsten und deutschen

gierungen sind sich noch nicht ganz klar darüber, daß allein der
eg des Rechtes, die Macht des Rechtes dasjenige ist, was auf
Dauer diesen revolutionären Bestrebungen gegenüber allein den
eg in der Hand behalten kann. Meine Herren, sie zaudern,
s wird auf allen Seiten von den revolutionären Parteien sehr
htig gefühlt. Als Illustration dazu möchte ich Sie daran er-
nern, was vor ganz kurzer Zeit ein socialdemokratischer Führer
em unserer Parteiführer gelegentlich von Wahlversammlungen
sagt hat. Es war zwischen beiden Herren die Rede davon, wie
komme, daß eine deutsch-hannoversche Versammlung viel schärfer
n der Polizei überwacht, viel leichter aufgelöst werde, wie eine
cialdemokratische Versammlung. Ja, meine Herren, da hat der
treffende socialdemokratische Führer gesagt: Das ist ganz na-
rlich, denn die Welfen sind eine legitimistische, eine königstreue
artei. Das kann man in Hannover seitens der Regierung nicht
rtragen. Wir sind eine revolutionäre Partei; das paßt viel
er; die kann man bekämpfen; man kann sie auch vertragen, denn
: rührt nicht an das Gewißen. . . .

Meine Herren, wir freuen uns jeder Regung des Rechts-
wußtseins, die sich im deutschen Volke zeigt. Gott sei Dank
ben gerade die letzten Jahre uns ja mehrere derartige Regungen
kennen laßen. Ich erinnere Sie bloß an die Bewegung, die
urch das deutsche Volk gieng, als die amerikanische Uebermacht
uf der Insel Cuba den spanischen Stat niedertrat und verge-
waltigte. Ich erinnere Sie an die Empörung, die durch alle
eutschen Gemüter geht, wenn wir denken an den Krieg Englands
egen die Buren. Meine Herren, ich möchte Ihnen da aus der
ingsten Zeit vorlesen, was z. B. die preußische Kreuzzeitung, das
)rgan der preußischen Conservativen, urteilt über eine Aeußerung,
ie in einem englischen Blatte gemacht wurden, wo man darüber
ichelte, daß ein Burenführer geltend gemacht hatte, er könne nicht eher
ine Waffen niederlegen, als bis die englische Regierung mit der
ransvaal-Regierung Frieden geschloßen habe. Die Kreuzztg. sagt
arüber: „Wenn der Standard sich darüber lustig macht, daß Botha
on seiner Regierung redet, der er die englischen Endvorschläge nicht
orlegen könne, so ist das aller Wahrscheinlichkeit nach ein Spott,
er von der englischen Regierung selbst widerlegt werden wird.

Denn mit wem soll sie verhandeln und durch wen die ersehnte Unterwerfung erreichen, wenn nicht durch „die Regierung“ der Burenrepubliken? Darüber helfen keine Annexionsdecrete und keine Proklamationen hinweg. Unrechtmäßig wird der Kampf der Buren erst, wenn die von ihnen gewählte Regierung nach den geltenden Verfaßungsformen mit der englischen Regierung oder ihren Bevollmächtigten abgeschloßen haben wird. Früher wird kein Völkerrechtslehrer die weiterkämpfenden einzelnen Burenscharen als außerhalb des Kriegsrechtes stehend betrachten, und früher wird auch das empörte Gewißen der gesamten nicht englischen Welt sich nicht zufrieden geben.“ Ja, meine Herren, ich frage, wo das empörte Gewißen dieser Herren war, deren Organ die Kreuzzeitung ist, als das Gesetz vom 20. September 1866 im preußischen Landtage beraten wurde. Wo war es, das empörte Gewißen dieser Herren, als im königlich preußischen Herrenhause unser Landsmann, der Herr von dem Bussche-Streithorst, einen Protest einlegte dagegen, daß der preußische Landtag ein Gesetz machte über das Königreich Hannover? Wo war das empörte Gewißen der Herren? Das empörte Gewißen der Herren bekundete sich darin, daß sie einstimmig jenes Gesetz annahmen. (Entrüstungsrufe.)

Ja, meine Herren, ist es wunderbar, daß bei einer solchen Entwickelung unserer Verhältnisse schließlich ein Pessimismus bei uns einreißt, der auf der einen Seite nur die Revolte, auf der anderen Seite nur noch ein soziales Kaisertum als die Rettung für das Ganze ansieht und, weil er vielleicht an beiden verzweifelt, in weitgehendstem Pessimismus daran apellirt, daß nur die Gewalt eines äußeren Krieges eine reinigende Wirkung auf unsere Verhältnisse ausüben könne; kann man sich darüber wundern, daß ein entsagender Pessimismus auftaucht, ... wenn als treibende Kraft für unser deutsches Volk der krasseste Egoismus und Eigennutz genannt werden muß? Man kann sich nicht darüber wundern, daß solcher Pessimismus weite Kreiße unseres Volkes ergreift. Aber darüber kann man sich wundern, daß diese weiten Kreiße noch niemals darauf verfallen sind, die Macht des Rechtes anzuerkennen. (Beifall.)

Meine Herren, Gott hat uns mit unserem Gewißen auf den Kampfplatz gestellt, einzutreten für das Recht, gegen die Revolu-

tion. Gott gebe, daß wir diesen Kampf mit Ehren zu Ende führen können; Gott gebe, daß die Erkenntnis der Macht des Rechts auch in weiteren Kreißen immer mehr um sich greife, sich immer mehr Bahn breche, damit auf diese Weise immer weitere Kreiße des deutschen Volkes sich der Waffe bemächtigen, mit der sie allein im Stande sind, der zunehmenden revolutionären Wirkung zu begegnen, sie zu bekämpfen. Gott stärke uns in unserem Kampfe für das Recht und gegen die Revolution! Gott helfe uns in diesem Kampfe, dem wir mit Wahrheit die alte preußische Devise geben könnten: Mit Gott für König und Vaterland! (Lebhafter Beifall.) In diesem Kampfe für Deutschland und für Hannover Gott schütze, Gott stärke uns darin! Justitia fundamentum regnorum! Was will die deutsch-hannoversche Partei? Gerechtigkeit! (Stürmischer Beifall.)

* Vom demokratischen Socialismus.

(Fortsetzuug und Schluß.)

Im Uebrigen wollen wir es, all' diesen einseitigen Bestrebungen gegenüber, bestimmt und deutlich aussprechen: So lange unsere Statsmänner, wie auch alle anderen durch Beruf oder Neigung mit der praktischen Politik heute Verflochtenen, die eine grundlegende Wahrheit nicht erkennen, daß es sich in der socialen Frage nicht bloß um Wol und Wehe der handarbeitenden Bevölkerung, sondern um die ganze Gesellschaft handelt, so lange wird man sich auch nutzlos an verfehlten Projecten zerarbeiten. „Nicht zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, Unternehmern und Arbeitern, Geburtsadel und Nichtgeburtsadel soll der Kampf geführt werden, sondern zwischen allem ehrlichem Erwerb einerseits und unredlicher Plutokratie (und Statsausbeutung) andererseits." (Marlo.)

Das marxistisch-socialistische zur vielumstrittenen Theorie vom „Mehrwert" führende Dogma, daß lediglich die Arbeit

das Bestimmende in der Erzeugung sei*, enthält ohne Zweifel eine große Wahrheit insofern, als das ursprüngliche gleiche Recht aller am Naturgut nicht zu leugnen ist; nur verzerren leider die Folgerungen, die der materialistische Socialismus zieht, das Bild so sehr, daß es den Verteidigern der heutigen Wirtschafts-Anarchie nur zu leicht wird, die unliebsamen Kritiker dieser Anarchie als Hansnarren an den Pranger zu stellen. Hüten wir selbst uns darum vor Uebertreibungen und beginnen wir mit dem Geständnis, daß es unserer Ueberzeugung nach eine erschöpfende Antwort auf die sociale Frage nicht gibt und nie geben wird, und daß derjenige, welcher sich vermißt, eine solche in Aussicht zu stellen, nur beweist, daß er nicht das Zeug hat, um in dieser Sache mitzureden.

Nach Marlo handelt es sich in dem Rätsel der Neuzeit, d. h. in der socialen Frage, um die verhältnismäßige individuelle Selbstentfaltung aller zu höchstem sittlichem Lebensglück. Die Hindernisse, zu diesem Ziele zu gelangen, liegen außerhalb des Einzelnen in den Gesamtverfaßungen und Zuständen der Gesellschaften und Staten und können nur durch eine Neuordnung oder richtiger durch eine Organisation der Gesellschafts- und Statskörper entfernt werden. Die sociale Frage ist demnach ebenso sehr eine Angelegenheit der inneren wie der äußeren Politik, und hieraus ergibt sich zugleich, daß die verhältnismäßige Lösung der socialen Frage nur auf dem Wege der föderalistischen Organisation — wirtschaftlich gesprochen: der Genoßenschaft oder Association — liegt. Wir werden also vor allem einen offenen und rücksichtslosen Kampf zu führen haben gegen die mechanische Auffaßung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dinge, gegen staatliche Bevormundung und Niederhaltung, und hierdurch werden wir zugleich den Beweis erbringen, daß es uns keinesfalls zu tun ist um eine künstliche Hemmung unserer industriellen Entwickelung, und wir werden ferner das Unsere dazu tun, den nationalen Productionsapparat — nach dem Verlangen Rodbertus' — wieder

* Die Socialisten haben diesen Gedanken, wie bekannt, Ad. Smith entnommen.

in Verbindung mit den Haushaltungen des Volkes und deren tatsächlichen Bedürfnissen zu setzen.

„Worin", fragt J. J. Roßbach*, „liegt die große Bedeutung des Wortes Association? Unter der Herrschaft des Industrialismus kann der Einzelne mit seinem Großkapital die Kapitalien von Hunderten und Tausenden verschlingen; hier kann also das Individuum die Gesellschaft ausbeuten. In der communistischen Gesellschaft ist es umgekehrt, da soll der Einzelne denken, arbeiten, wie die communistische Gesellschaft will; hier also beutet die Gesellschaft das Individuum aus. Beide Extreme vermeidet die Association, denn sie ruht auf dem freien Vertrag, sie ist zusammengehalten durch den Geist der Ehre und der Gemeinschaft. Darum hält auch die Association die beiden Extreme der tiefsten Armut wie des luxuriösen überschwellenden Reichtums ab, sie führt notwendig zur Bildung von mittleren Vermögen, bei welchen die Arbeit mit dem Kapitale verbunden ist, und in dieser Verbindung allein erhält sich am besten die Frische der Kraft und des Lebens. Die Association vernichtet aber auch den socialen Krieg, in dem sich alle auf Tod und Leben bekämpfen. Dieser Kampf findet in der genoßenschaftlichen Verbindung sein Ende." Und weiter läßt sich derselbe Gelehrte vernehmen: „Was also muß der vierte Stand tun, wenn er sich zu größerer socialer Selbständigkeit erheben will? Drei Factoren gehören hierzu: Besitz, Bildung, Character, d. h. Religiosität und Gesittung. Es scheint, als habe unsere Zeit die richtige Würdigung dieser Momente verloren: vor dem Mammon beugt man sich, die Talente vergöttert man, die Charactere aber — die tritt man in den Staub. Darum ist die Characterlosigkeit die klaffendste Wunde der Zeit! Und doch hat es in der Geschichte nichts wahrhaft Großes und Dauerndes gegeben, das nicht von sittlicher Weihe umflossen war; wo diese Grundlage fehlte, haben alle Schöpfungen bald wieder Schiffbruch gelitten und sind untergegangen."

Wir wißen freilich, daß unsere nationalliberalen Gelehrten, dieselben Leute, welche sich nicht genug über den Geschichts-

* Die sociale Frage, S. 8.

Materialismus der Marxisten erbosen können unsere Darlegung wie überhaupt unsere föderalistische Weltauffaßung auf's Heftigste bekämpfen. Sie sagen uns: Ihr irrt, wenn Ihr glaubt, die Unvollkommenheiten eines Zustandes, eines States, einer Gesellschaft entsprängen immer der mangelhaften Einsicht der leitenden Personen, und Ihr irrt darum auch, wenn Ihr glaubt, ein Universalmittel gegen die bestehenden Schäden zu besitzen. Das, was Euch vorschwebt, sind Utopien! Wir aber erwidern hierauf, daß wir nicht sowol mit Utopien die Menschheit betrügen wollen, als vielmehr bestrebt sind, die utopistischen Vorgaukelungen gewißenloser Führer zu zerstören. Wir wollen — insoweit es sich um die handarbeitende Bevölkerung handelt — endlich einmal die Frage lösen, wie der Mensch aus einem Sklaven der Maschine zum Herrn derselben gemacht werden könne.

In England ist diese Frage heute als gelöst zu betrachten. Wir wißen wol, daß es ein undankbares, ja fast aussichtsloses Unternehmen ist, in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung selbst in Kreißen der Wol- und Ehrlichgesinnten krampfhafte Anstrengungen macht, England als ein Statswesen hinzustellen, in dem eine Sippschaft von großen Kapitalbesitzern und Ausbeutern herrscht und immer und überall nur sein eigenes Interesse verfolgt, — in einer solchen Zeit davon zu reden, daß in Bezug auf die Arbeiterfrage und auf die socialen Dinge überhaupt das englische Volk und das von ihm Geschaffene als unerreichte Vorbilder dastehen. Die Engländer haben für denjenigen, welcher sich nicht seine Sinne durch eine unerhörte, noch nie dagewesene Pressmache verwirren läßt, gerade auf dem Gebiete der Socialpolitik den Beweis erbracht, daß es auch einen Egoismus innerhalb sittlicher Schranken gibt. Wer hierfür die überzeugenden Belege bis ins Einzelne aus- und durchgeführt kennen lernen will, der nehme das Buch des sächsischen Legationsrates v. Nostitz über „Das Aufsteigen des englischen Arbeiterstandes" in die Hand. Aus dieser ausgezeichneten Darstellung heraus wird es sich ihm mit einer zwingenden Notwendigkeit aufdrängen, daß, nicht veranlaßt durch eine nach Millionen zählende Socialdemokratie oder durch abscheuliche Mordanschläge auf das Statsoberhaupt, sondern

geführt lediglich durch den geistigen Zwang, den das Gefühl der Pflicht ausübt, ein Emporheben und Gleichstellen der einst elend und unterdrückt gewesenen Industriebevölkerung vollzogen worden ist. Und so folgenreich ist dieses Aufsteigen geworden, daß in der großen Krisis, welche der südafrikanische Krieg heraufbeschworen, die Arbeiterschaft einmütig zur Regierung und den herrschenden Kreißen gestanden hat.

Wie steht es in dieser Beziehung im Deutschen Reiche? Nun, wir glauben: Noch können wir, trotz so wenig befriedigender socialer Zustände, im Falle äußerer Verwickelungen darauf rechnen, daß die Masse der deutschen Arbeiterschaft treu zum Vaterlande stehen wird; aber noch ein Jahrzehend jener Tätigkeit, die nach Bismarck als einziges wirksames Mittel gegen die Socialdemokratie das „Totschießen" kennt und anpreist, und die Zeiten des verfallenden Griechenlands, welches eine Beute der Makedonier wurde, und des niedergehenden, den anstürmenden Barbaren verfallenden Roms kehren auch für uns wieder. Auch in der antiken Welt gieng jener breite und tiefe Spalt durch die menschliche Gesellschaft: besitzende Bürger und besitzlose Proletarier standen sich in tötlicher Feindschaft gegenüber.

* Von den geistigen Gewalten.

Alle die Lobrednereien, welche wir seit Jahrzehenden über die preußisch-bismarcksche Reichsgründung zu hören bekommen, erschöpfen sich in der Aufzählung materieller Erfolge, und selbst der unbedingteste und urteilsloseste Bewunderer dieses Reiches wagt es heute kaum noch, von Fortschritten geistiger Art als einer Folge der neudeutschen Einheit zu reden. Um so mehr allerdings glaubt man, die materiellen Erfolge als eine Sache hinstellen zu können, die anders als auf dem Wege der Reichsgründung nicht zu erzielen gewesen sei. Hierauf möchten wir im

Voraus Eines bemerken: Wir sind der festen Ueberzeugung — und können es durch Tatsachen reichlich belegen — daß ein anderer Ausgang der Krisis von 1866, daß die Niederwerfung Preußens auch nicht im Entferntesten die Hemmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland bedeutet hätte. Die wirtschaftliche Entwicklung würde ja einen andern Gang genommen haben, das ist gewis; aber es wäre sicherlich kein Unheil gewesen, wenn wir nicht mit so krankhafter Hast in den Export-Industriestat hineingejagt wären und statt dessen unsere, der Gesundheit des ganzen Volkes förderliche landwirtschaftliche Grundlage verbreitert hätten. Daß damit auch zugleich der geistig-sittlichen Entwicklung Vorschub geleistet worden wäre, liegt auf der Hand, während wir jetzt umgekehrt unter dem Einfluß des Industrialismus einen ebenso offenkundigen Niedergang gewahren, eine geistige Verflachung um sich greifen sehen, die dem denkenden Beobachter wahrhaft beängstigend zu Mut werden läßt. — Zwar hat Wilhelm I. nach Abschluß der „Einigungs"-Kriege versichern laßen, es solle nunmehr „ein Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" geschaffen werden, aber es ist wol kaum anzunehmen, daß diese Worte ernst gemeint gewesen, und daß man sich in leitenden Kreißen in Wahrheit dem Glauben hingegeben habe, aus jener blutigen Saat könne „fromme Sitte" und vollends der Friede auf Erden entstehen — wem fielen hierbei nicht Aussprüche ein wie: Wer Wind säet, wird Sturm ernten, und: Wenn ihr gleich viel betet, so höre ich euch doch nicht, denn eure Hände sind voll Bluts — und sollte man wirklich sich solchem Irrwahn hingegeben haben, so kann man doch sich hinterdrein nicht damit entschuldigen, daß niemand es unternommen hätte, diesen Wahn in sein Nichts aufzulösen. Wir erinnern an die von einem Feuer hoher Begeisterung durchglühten Mahnschriften der V. A. Huber, Ketteler, Frantz, Wuttke, Gerlach, Trautwein von Belle, Schriften von z. T. so zwingender Logik, daß man sich in den leitenden Kreißen nur dadurch mit ihnen abzufinden wußte, daß man sie vollständig totschwieg.

„Kein Deutscher, der des Namens Deutscher noch wert ist", sagte nach der Begründung des Nordbundes Trautwein v. Belle*„

* Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1869, III, S. 144.

„wird das Streben nach Einigung Deutschlands an und für sich verdammen wollen. Im Gegenteil, es ist das höchstberechtigte der Neuzeit. Aber das kann, darf und muß verlangt werden, daß dieses Streben sich befinde im Einklange mit der Entwicklung des deutschen Volksgeistes, mit den Blüten deutscher Geschichte und deutscher Kultur. Soll dieses Streben rein, lauter und unanfechtbar bleiben, so muß es sich immerdar in den Bahnen geistiger Freiheit bewegen, es darf keinem Bestandteile des Deutschtums einen Schatten von äußerem Zwang auferlegen, sondern es muß sein Ergebnis aus dem Gesamtwillen und dem freien Entschluße der Nation selbständig und selbsttätig hervorgehen! Denn Deutschland ist eine individuell gestaltete Welt, die nie einem unbeschränkten Machtgebot sich willenlos beugte. Absolutismus und Deutschtum sind entgegengesetzte Größen. Wider alle abflachenden Einflüße hat der deutsche Volksgeist sich stets mannhaft gewehrt, wider alles über einen Kamm Scheeren hat er derb und geradeaus protestiert, gegen den Protestantismus selbst hat er sogar dereinst Protest erhoben, als die Lehre Luthers und Calvins zu toten Formeln versteinerte und der Buchstabenglaube in die Herzen der Evangelischen einzog. Es gibt kein rein protestantisches Deutschland, es gibt kein rein katholisches, weder das eine noch das andere ist auf der Landkarte zu finden. Ueberall durchkreuzen sich die Elemente. Nirgends in Deutschland trifft man ein Gebiet, in welchem ständisches Wesen als Einschränkung des Fürstentums immerdar gefehlt hätte, nirgends aber, auch wird man bei uns eine Gegend ausfindig machen, in welcher die ständischen Rechte das Fürstentum völlig verdunkelt oder zur Parlamentsregierung herabgedrückt hätten Ganz freie Stadtgemeinden, wahrhaftige Republiken hat es in Deutschland sechs Jahrhunderte lang viele gegeben, am 1. Januar 1792 waren ihrer noch einundfünfzig, aber auch diese standen unter der höchsten schirmenden Obhut des monarchischen Reichsoberhauptes, ihre Freiheit war eine kaiserliche, im Ursprung eine königliche, ihre Unabhängigkeit war mit dem leitenden Gedanken der Reichsregierung innig verbunden. Wo eine Reichsstadt sich als vollkommen souverain geberdete, wie z. B. Straßburg im dreißigjährigen und im bourbonischen Einverleibungskriege, da hat sie es bitter, Straßburg

mit der Fremdherrschaft, bezahlen müßen. Nie und nach keiner Seite steuerten die deutschen Dinge ins Unbegrenzte, Schrankenlose hinaus, es war überall dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Wer die deutsche Einheit erkämpfen will, muß diesen Lebensbedingungen sich fügen. Nicht wie über ein niedergestampftes Saatfeld darf derjenige über das deutsche Wesen einherfahren, der dem Vaterlande den Vollgenuß der Einheit und der lebendigen Kraft auswirken will. Drei Dinge wird er heilig zu schonen haben: Das deutsche Gewißen, das deutsche Fürstentum und, im Sinne der Zeit sicher am meisten, das deutsche Volkstum.

„Es ist mit dem deutschen Gewißen beßer bestellt, als die oberflächliche Alltagsmeinung es gemeinhin vermuten läßt. Denn diese Alltagsmeinung, welche unter dem hochtönenden Namen „öffentliche Meinung“ die Herrschaft des ganzen Erdkreißes beansprucht, ist bei allen Völkern gleich anmaßend, übermütig und inhaltsleer. Der Liberalismus unserer Tage hat ihr alle Tore und alle Häfen Europas und Amerikas aufgetan und sie wie einen breiten, reißenden Strom über die Länder ergoßen. Dennoch gibt es in diesem wilden Getümmel Ruhepunkte, und so lange der deutsche Mensch ebenso sehr innerlich als äußerlich lebt, wird er immer ein stilles Plätzchen und einen ungestörten Augenblick finden, in welchem er über die Dinge dieser und jener Welt nachdenken, das Recht und Unrecht der Streitenden abwägen und ein sittliches Urteil über das Geschehene fällen wird. Mögen Tausende und Abertausende vor dem materiellen Erfolge in den Staub sinken, anbetend die Größe der freisinnigen Volksbeglücker bejubelnd die Niederlagen des historischen Rechtes oder gar die der eigenen Partei: andere ernstere tiefere Charactere wird man auf deutschem Boden jederzeit hinter der gleichgültigen Menge, und nicht wenige, heraus erkennen, die niemals der Losung folgen mögen: ubi bene, ibi patria! In Deutschland handelt es sich allerwegen nicht bloß um das „ob“, sondern auch um das „wie“! Scheinen Zweck und Ziel noch so glänzend und lockend verheißungsvoll, der deutsche Mensch läßt sich die Frage nach den Mitteln des also erstrebten Zweckes nie ganz in den Hintergrund rücken. Er will die Großtaten der Geschichte mit reinen Hän-

den vollbracht sehen, und er hat Recht daran, weil solche Taten der edelsten Anstrengung würdig und des heiligsten Aufschwunges der Gemüter bedürftig sind."

Die glänzenden, wenngleich rein äußerlichen wirtschaftlichen Erfolge, die sich an die kriegerischen Ereignisse nach 1866 und 1870/71 anschloßen, konnten Hand in Hand mit einer bestochenen Presse das Volk so umnebeln, daß wir schließlich auf einem Punkte anlangten, auf dem auch ein Eucken bedenklich gestimmt und zu dem beklommenen Geständnis hingerißen werden konnte: „Augenscheinlich befinden wir alle uns heute in dringender Gefahr, daß die unermeßlich anschwellende und immer leidenschaftlicher vordringende Arbeit das Individuum völlig absorbiert, alles selbständige Seelenleben unterdrückt und zu bloßen Werkzeugen eines seelenlosen Kulturprocesses herabsetzt." Und auch ein Vertreter der jetzigen Reichsregierung, Graf Posadowsky, hat sich im Reichstag durch die gegenwärtige Entwicklung der Dinge den Wunsch abpressen laßen: das deutsche Volk möge sich wieder etwas mehr als das Volk der Denker und Idealisten fühlen. Aber so etwas ist heute leicht gesagt, nachdem der Volksgeist durch eine gewißenlose, nur auf materielle Erfolge ausgehende Realpolitik bis in das Innerste hinein vergiftet worden ist und Hoch wie Niedrig nun miteinander wetteifern in der Anbetung des Götzen Materialismus. Das englische „to make money" — beim einzelnen Engländer immer gemildert durch ein nationales Pflichtgefühl, so daß man in der Tat von einem gesunden englischen Egoismus sprechen kann, — ist bei den Deutschen in die roheste, durch keine sittliche Schranke eingeengte Sucht Geld zu verdienen ausgeartet.

Es war nicht bloß ein großer Irrtum, es war ein Verbrechen, als man daran gieng, die politischen Gebrechen des alten Deutschlands mit „Blut und Eisen" zu heilen, als man Bundesbruch und Bruderkrieg aus Gründen der Statsraison guthieß und doch von der Moralität und geistigen Beschaffenheit der Einzelnen erwartete, daß sie intakt bleiben sollten. Daran ändert gar nichts, was die auf den Gelehrtenstühlen des neuen Deutschlands sitzenden geistigen Schildknappen, das „wißenschaftliche Leibregiment der Hohenzollern" — wie Du

Bois-Reymond sich so klassisch ausdrückte — vor allem ein Treitschke zur Verteidigung jener Politik vorgebracht haben.

Gerade Treitschke, dieser undeutscheste aller deutsch sich geberdenden Chauvinisten, hat durch seine gewaltsame Verrenkung von Moral und Geschichte, durch die oft bajazzohaften Sprünge auf dem ernsten Gebiete wißenschaftlicher Forschung der von ihm verteidigten Sache vielleicht mehr geschadet als genützt, wenn auch gar nicht zu leugnen ist, daß seine mit dem Feuer einer aus dem Innersten kommenden Begeisterung vorgetragenen Phantasien in den Köpfen seiner jugendlichen urteilslosen Hörer eine grauenhafte Verwüstung angerichtet haben.

Hier nur ein Beispiel der Heuchelei und bewußten Verzerrung*: „Da springt zunächst in die Augen", so wird uns an der einen Stelle mit sittlichem Pathos versichert, „daß der Stat als eine große Anstalt zur Erziehung des Menschengeschlechts notwendig unter dem Sittengesetz stehen muß. Es ist gedankenlos, wenn man so unbedingt davon redet, Dankbarkeit und Großmut seien keine politischen Tugenden. Denke man nur an jenen frechen und frivolen Landsknecht Felix Schwarzenberg. . . . So ist es, im Großen gesehen, überhaupt nicht richtig, daß die Mittel der Verschlagenheit im diplomatischen Verkehr entscheiden. Eine loyale und rechtliche Politik gewinnt sich vielmehr einen Kredit, der eine wirkliche Macht ist. Wenn die Nachbarstaten wißen: auf diese Regierung können wir uns verlaßen, so liegt darin eine gewisse moralische Kraft für den Stat." Und gleich darauf heißt es: „Großmut und Dankbarkeit sahen wir, sind sicherlich auch politische Tugenden, aber nur, wenn sie dem Hauptzweck der Politik, der Erhaltung der eigenen Macht,** nicht widersprechen." Das ist im Großen und Ganzen die politische „Moral", wie sie Friedrich II. in folgenden Sätzen niederlegte: „Es folgt weiter aus dem Wesen des States als souverainer Macht, daß er einen Schiedsrichter über sich nicht anerkennen kann und mithin rechtliche Verpflichtungen in letzter Linie seiner eigenen Ent-

* Festgehalten in der nach Treitschke's Tod herausgegebenen Vortragssammlung: „Politik", I, S. 86.

** Das heißt natürlich im Sinne Treitschke's gedacht und auf Preußen angewendet: der weiteren Ausdehnung dieser Macht.

scheidung unterliegen. Das muß man im Auge haben, um bei großen Krisen nicht philisterhaft vom Standpunkt des Advocaten zu urteilen." Nur schade für die Moralphilosophen vom Schlage eines Treitschke und Friedrich, daß gerade die großen Krisen zum Schluße immer gegen den entscheiden, der sich nicht auf den „philiströs rechtlichen" Stadpunkt gestellt. Fiel doch die letzte Entscheidung jener Krisis, die Friedrich II. über Preußen heraufbeschworen hatte, bei — Jena!

Die grenzenlos leichtfertige Art, mit der bei Schafffung des neuen Deutschlands alle geschichtliche Ueberlieferung bei Seite geschlagen — aus dem Blauen heraus und ins Blaue hinein gebaut wurde, weiß Treitschke in seiner blumenreichen Sprache nicht nur zu entschuldigen, sondern geradezu als etwas ganz besonders verdienstliches hinzustellen. — „Die oft gewaltsame Lösung der Fäden unserer Entwicklung", so läßt er sich vernehmen, „und der verworrene Gang unserer Geschichte haben wenigstens den Vorteil gehabt, uns vor politischen Traditionen und Vorurteilen zu bewahren, durch die andere Völker leicht die Klarheit des politischen Denkens und Urteilens verlieren."

Ein Zeichen geistigen Niederganges ist es immer, wenn im Volke das Gefühl für Menschenwürde erstirbt, wenn die führenden Geister in byzantinischer Unterwürfigkeit den Massen ein schlimmes Beispiel geben und die Dinge vorbereiten für Cäsarismus und statlichen Verfall. Bedarf es noch eines Beweises, daß die Entwicklung im Deutschen Reiche heute auf diesem Punkte angelangt ist, so denke man nur an den Götzendienst, der mit dem Namen eines Bismarck getrieben wird, man sehe hin auf den Wald von Denkmälern, der im letzten Jahrzehend in Deutschland empor geschoßen ist, und welcher keineswegs Deutschlands große Geister ehrt, sondern einen Bismarck und Wilhelm I.*

* Der alte Demokrat Zschokke tat einst den Ausspruch: „Derjenige, der ein Denkmal verdient, braucht keins, und derjenige, der eins braucht, verdient keins." Ihm war bekanntlich schon das alte Deutschland, das Deutschland der Befreiungskriege, zu byzantinisch, und er wandte ihm deshalb den Rücken. Was würde er nun wol sagen zur — Anpassungsfähigkeit seines Volkes, das man noch immer das Volk der Denker nennt, wenn er das neue Deutschland sähe mit seinen Siegesdenkmälern, Victorien, Imperatoren, Bismarcken und anderen ehernen Zeichen deutscher Dankbarkeit?

Es ist wahrlich eine traurige Sache, daß es geradezu ein Stück der sogenannten deutschen Bildung geworden ist, diejenigen Persönlichkeiten zu preisen, deren Streben im tiefsten und unversöhnlichsten Gegensatz stand zu dem innersten Wesen des deutschen Volkes. Nichts ist dem Deutschen mehr zuwider, als ein soldatisch centralisierter selbstherrlicher Einheitsstat, dessen Zweck die Eroberung ist, und für den die Menschen einen Wert nur haben als Material zum Aufbau und zur Erhaltung dieses States, und doch hören wir heute, daß wir eben denjenigen Männern, die uns in ein solches Statswesen hinein gezwungen haben, die Wiedergeburt unseres Volkes verdanken sollen.

Im Vorwort zum Busch'schen dreibändigen Bismarcks-Werke wird von Bismarck behauptet, daß er, der immer alle Pose gehaßt und eifrig bemüht gewesen, Legenden um seine Person zu zerstören, niemals seine Gestalt nur von der einen Seite zeigen wollte, „weder in seinen Gedanken und Erinnerungen, noch in dem, was er andere von sich veröffentlichen ließ, ohne seine Verantwortung, aber meist auch ohne Widerspruch." Darauf paßt nun sehr schlecht, was die breite Oeffentlichkeit von Welfenfond und Bismarck'scher Reptilienpresse heute schon weiß; und daß Bismarck es nicht ohne Widerspruch hinnahm, wenn jemand etwas ihm nicht Genehmes über seine Person veröffentlichte, davon zeugt die schier unendliche Reihe von Bismarcksbeleidigungs-Processen, davon zeugen die Gefängnis- und Zuchthausstrafen, die in diesen Processen erkannt wurden. War doch auch der berüchtigte Arnim'sche Hochverratsproceß in letzter Reihe weiter nichts als ein Proceß wegen Bismarcksbeleidigung.

Daß aber ein Mann wie Bismarck Jahrzehende das deutsche Volk beherrschen und in einer bis dahin unerhörten Weise ausnützen konnte, daran trägt vor allem die Schuld jene Partei, die sich prahlerisch nationalliberal nannte, obgleich sie Nation wie Freiheit zu verraten bereit war zu jeglicher Stunde. Die allerschlimmste Wirkung, die in der Weltanschauung dieses Nationalliberalismus liegt, ist die, daß sie das Leben aller Ideale entkleidet und sich doch wiederum in der Oeffentlichkeit als die vornehmste, ja einzige Vertreterin dieser Ideale stempelt und (durch eine bestochene Presse) stempeln

läßt.* Die Begriffe Vaterland, Patriotismus, Nationalgefühl usw. werden dadurch, daß sie in den Dienst des Nationalliberalismus gestellt werden, ihres sittlichen Inhalts entkleidet; sie sinken, dem Gemütsleben des Menschen entrückt, zu bloßen Werkzeugen herab und dienen lediglich noch materiellen Interessen. Und so erlebten wir denn auch, daß die nationalliberale Partei zugleich die Geschäftspartei par excellence war, daß die nationalliberale Gesetzgebungsära die Aera der Gründer und Schwindler war, und daß die nationalliberalen Führer auch zugleich Führer waren in jenem großen und leider nur zu erfolgreichen Raubzug, der in den ersten Jahren des neuen Reichs gegen das Vermögen des arbeitenden Volkes unternommen worden ist.

August Reichensperger, eine der würdigsten, zuverlässigsten und feinfühligsten der aus jener Zeit hervorragenden Gestalten, kennzeichnete den nationalen Liberalismus bereits in einer Zeit, in der er noch weit von seiner Herrschaft entfernt war, folgendermaßen: „Die deutschen Cavourianer wollen den centralisierenden, alles Recht, die Religion und die deutsche Sitte nivellierenden Beamtenstat, die französische Kopfzahlvertretung statt des englischen, germanischen Selfgovernements der Corporationen, Stände und Genoßenschaften, den französischen Statsabsolutismus, den „modernen" Polizeistat. Das deutsche Sardinien soll die Rolle des italienischen spielen, und ohne Rücksicht auf die germanische Selbstständigkeit der deutschen Hauptstämme soll ganz Klein-Deutschland von Berlin aus centralisierend, wie Frankreich von Paris, Jung-Italien von Rom aus, beherrscht werden. Diese Gothaer können nichts Neues schaffen; sie kehren immer wieder in den falschen Zirkel ihres Statsabsolutismus zurück, mit den aus ihnen bestehenden Kammermajoritäten, mit der sich unter ihren Händen vermehrenden Bureaukratie, mit der Monopolisierung des Rechtes und den bevormundenden, welschen Einheitsstaten, mit der stetigen Vermehrung des Statsbudgets, mit dem Statskirchentum." *

* Man denke daran, daß in der Presse die der nationalliberalen Weltanschauung huldigenden Parteien allein als die nationalen, die vaterländischen Parteien bezeichnet werden, während man die anderen Parteien, also auch die Bismarcks-Partei des verjudeten Rickert'schen Freisinns und die jetzige Regierungspartei des Centrums, einfach als vaterlandsfeindlich bezeichnet.

* August Reichensperger 1808—1895. Von Ludw. Pastor, 1. Bd., S. 419.